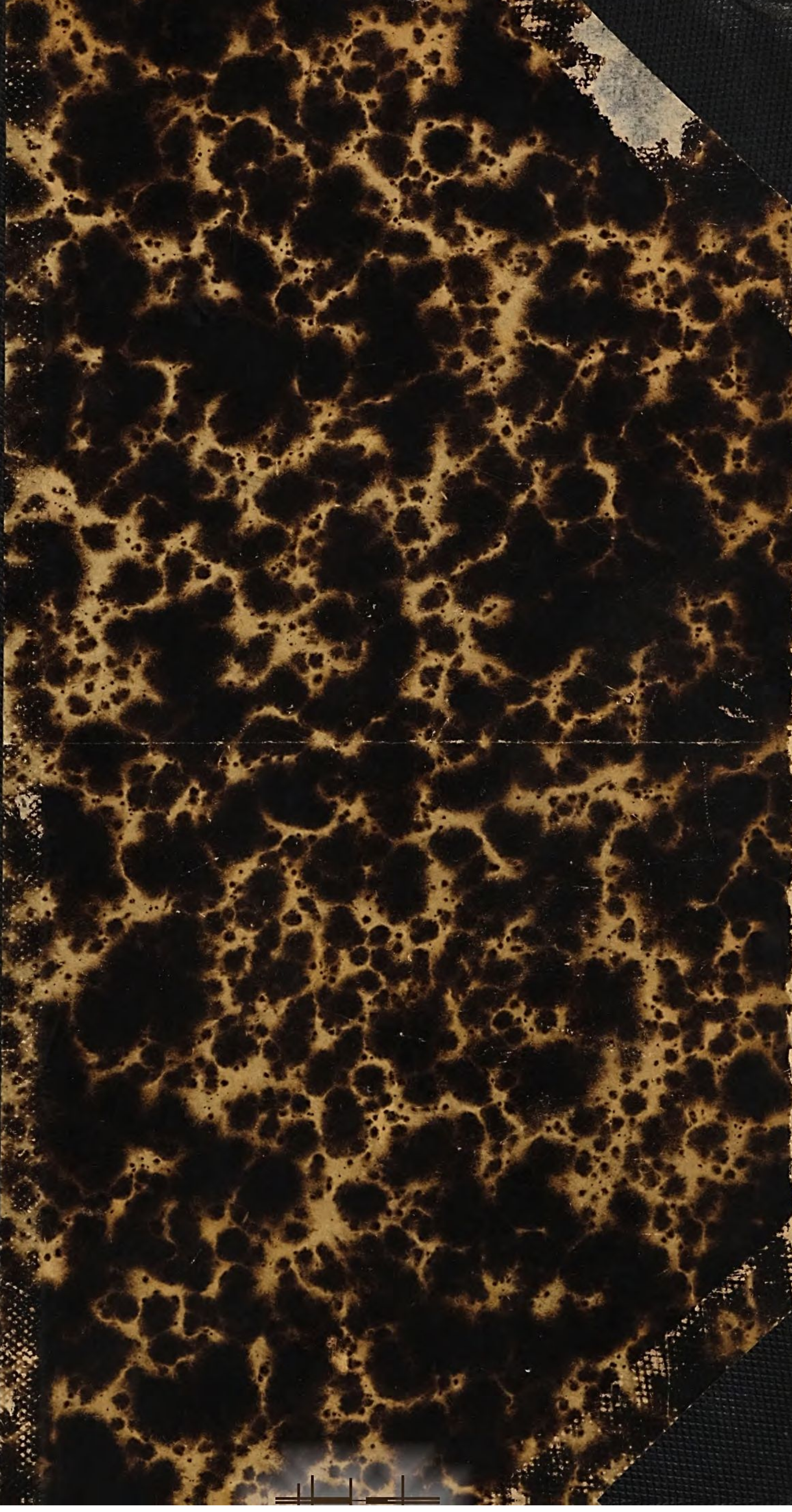


W  
70

hek  
mittel-  
ker

M.





Pol. civ.  
18 po

Bibliothek



<36634538730014

<36634538730014

Bayer. Staatsbibliothek







❖ Bibliothek für Nahrungsmittel-Chemiker ❖

(2)

Die  
Nahrungsmittel-Gesetzgebung  
im Deutschen Reiche  
und in den einzelnen Bundesstaaten

Von

**Dr. Arthur Würzburg**

Bibliothekar im kaiserl. Gesundheitsamte



Johann Ambrosius Barth (Arthur Meiner) in Leipzig

6/5 94

6439



## Zur Einführung.

Von dem Gedanken ausgehend, dass durch die am 22. Febr. 1894 vom Bundesrate genehmigte Prüfung für Nahrungsmittel-Chemiker in nächster Zeit das Studium und die Ausübung der Nahrungsmittel-Chemie eine grössere Ausdehnung wie bisher gewinnen wird, haben wir unter Förderung von Herren Prof. Dr. Geissler (Dresden), Prof. E. Hanausek (Wien), Prof. Dr. Medicus (Würzburg), Geheimrat Dr. K. Thiel (Darmstadt) die vorliegende

### **„Bibliothek für Nahrungsmittel-Chemiker“**

ins Leben gerufen.

Diese Bibliothek für Nahrungsmittel-Chemiker soll eine bis jetzt noch nicht festgestellte Zahl von Bänden umfassen, die in zwangloser Reihenfolge, von einander sowohl in Umfang wie Inhalt unabhängig, für sich vollständig abgeschlossen, verschiedene Zweige der Nahrungsmittel-Chemie behandeln. Der Zweck dieser Werke ist ein doppelter: Einmal sollen dem Studierenden Bücher geboten werden, welche ihm die einzelnen zur Ablegung des Examens notwendigen Zweige der Wissenschaft in knapper Form, welche das Wesentliche von dem Unwesentlichen trennt, darstellen. Dann sollen dem bereits ausgebildeten Nahrungsmittel-Chemiker die litterarischen Hilfsmittel geboten werden, welche ihm einerseits das praktische Arbeiten erleichtern, andererseits ein weiteres Eindringen in die Wissenschaft, einen Ueberblick über das bisher Geleistete ermöglichen. So vorzügliche Werke über Nahrungsmittel-Chemie auch bereits vorliegen, so fehlen nach unserer Ansicht gerade für den Studierenden geeignete Lehrbücher, sowie Werke, welche in monographischer Form ein einzelnes Gebiet der Nahrungsmittel-Chemie möglichst erschöpfend darstellen und dabei sowohl das analytische Material, wie die für die Beurteilung der Nahrungsmittel wichtige Art der Gewinnung, Bereitung und Bearbeitung vom Standpunkte des Nahrungsmittel-Chemikers behandeln.

Diese geschilderte Lücke auszufüllen, soll das Ziel der geplanten Bibliothek für Nahrungsmittel-Chemie sein. Es erscheinen vorläufig folgende sechs Werke:



1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

8

1000

1000

1000

1000



**Bibliothek**  
für  
**Nahrungsmittel-Chemiker**

Herausgegeben von

**Dr. Julius Ephraim**

unter Mitwirkung von

**Dr. Mayrhofer** (Mainz), **Dr. Carl Müller** (Berlin), **Dr. H. Röttger**  
(Würzburg), **Dr. E. Wernicke** (Berlin), **Dr. A. Würzburg** (Berlin)

und unter Förderung von

**Prof. Dr. Geissler** (Dresden), **Prof. E. Hanausek** (Wien), **Prof.**  
**Dr. Medicus** (Würzburg), **Geheimrat Dr. K. Thiel** (Darmstadt)

---

**Dr. Arthur Würzburg**  
**Nahrungsmittel-Gesetzgebung**

---

**Leipzig 1894**

**Johann Ambrosius Barth** (Arthur Meiner)



(Die  
**Nahrungsmittel-Gesetzgebung**

im Deutschen Reiche

und in den einzelnen Bundesstaaten

Von

**Dr. Arthur Würzburg**

Bibliothekar im kaiserl. Gesundheitsamte



Leipzig 1894

Johann Ambrosius Barth (Arthur Meiner)



Übersetzungsrecht vorbehalten.



Druck von Metzger & Wittig, Leipzig.



## Vorwort.

---

Die vorliegende Schrift, welche lediglich eine Privatarbeit ist, hat sich die Aufgabe gestellt, die auf Nahrungsmittel, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände bezüglichen Bestimmungen und Einrichtungen, welche im Deutschen Reiche und in den einzelnen Bundesstaaten in gesundheitlichem Interesse getroffen sind, in zusammenhängender Form darzustellen. Die Auswahl der in Betracht zu ziehenden Gebrauchsgegenstände ist innerhalb der durch das Nahrungsmittelgesetz und seine Folgegesetze gegebenen Grenzen erfolgt. Die landesrechtlichen Vorschriften sind im allgemeinen insoweit berücksichtigt worden, als sie für die Staaten im ganzen oder für Regierungs-Bezirke bzw. die denselben ungefähr entsprechenden Bezirke erlassen sind. Zur Erläuterung der Gesetze sind vielfach Entscheidungen des Reichsgerichts, hin und wieder auch solche von anderen Gerichten angezogen.

Der zum Schluss angefügte Anhang enthält das Nahrungsmittelgesetz, die zu demselben von reichswegen erlassenen Folgegesetze, sowie die Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker im Wortlaut. Um dem Leser auch eine Einsichtnahme in die übrigen Bestimmungen zu erleichtern, sind regelmässig die amtlichen Quellen unter thunlichster gleichzeitiger Berücksichtigung der „Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes“, welche den Meisten leichter zugänglich sein dürften, angegeben worden.



Die Schrift ist ausschliesslich für den Rechtslaien bestimmt. In erster Reihe ist bei ihrer Ausarbeitung an den Sachverständigen, besonders den Nahrungsmittel-Chemiker, gedacht, welchem es zum Zweck seiner Ausbildung, wie später bei der Ausübung seines Berufs erwünscht sein dürfte, die in Kraft befindlichen Bestimmungen über Nahrungsmittel u. s. w. in gedrängter Zusammenstellung zur Hand zu haben. Sodann kann das Werkchen für nichtjuristisch vorgebildete Beamte, wie andererseits für Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler als Nachschlagebuch von Wert sein.

Berlin, im März 1894.

**Würzburg.**



## Inhaltsverzeichnis.

|                                                                                                                      | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Einleitung . . . . .                                                                                                 | XIII  |
| I. Abschnitt. Zuständigkeit des Reichs. — Reichs- und Landes-<br>gesetzgebung. . . . .                               | 1     |
| II. Abschnitt. Gesetzgebung vor 1879 . . . . .                                                                       | 3     |
| 1. Reichsgesetzgebung . . . . .                                                                                      | 3     |
| 2. Landesgesetzgebung . . . . .                                                                                      | 9     |
| III. Abschnitt. Gesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp.,<br>vom 14. Mai 1879 . . . . .                     | 14    |
| 1. Entstehungsgeschichte . . . . .                                                                                   | 14    |
| 2. Inhalt . . . . .                                                                                                  | 18    |
| 3. Ausführungsbestimmungen . . . . .                                                                                 | 106   |
| IV. Abschnitt. Beaufsichtigung des Nahrungsmittelverkehrs. —<br>Märkte, Markthallen. — Gewerbebetrieb im Umherziehen | 109   |
| V. Abschnitt. Bestimmungen über einzelne Nahrungsmittel pp.                                                          | 116   |
| 1. Allgemeine Übersicht . . . . .                                                                                    | 116   |
| 2. Fleisch und Fleischwaren . . . . .                                                                                | 117   |
| a. Schlächtereien — öffentliche Schlachthäuser . . . .                                                               | 117   |
| b. Fleischschau . . . . .                                                                                            | 138   |
| A. Allgemeine Fleischschau . . . . .                                                                                 | 139   |
| B. Trichinenschau (Untersuchung des Schweine-<br>fleisches auf Trichinen und Finnen) . . . . .                       | 161   |
| C. Pferde(Ross)fleisch, Pferde(Ross)schlächtereien .                                                                 | 180   |
| c. Fleisch von kranken Tieren (Notschlachtungen) .                                                                   | 184   |
| A. Rinderpest (Löserdürre) . . . . .                                                                                 | 186   |
| B. Milzbrand . . . . .                                                                                               | 187   |
| C. Tollwut . . . . .                                                                                                 | 187   |
| D. Rotz (Wurm) der Pferde, Esel, Maultiere und<br>Maulesel . . . . .                                                 | 187   |
| E. Lungenseuche . . . . .                                                                                            | 187   |
| F. Maul- und Klauenseuche . . . . .                                                                                  | 188   |
| G. Pockenseuche, Schafpocken . . . . .                                                                               | 188   |
| H. Rauschbrand . . . . .                                                                                             | 188   |
| I. Rotlauf . . . . .                                                                                                 | 188   |



|                                                           | Seite |
|-----------------------------------------------------------|-------|
| K. Perlsucht (Lungensucht, Tuberkulose, Hirse-            |       |
| sucht, sog. Franzosen) . . . . .                          | 189   |
| L. Strahlenpilzkrankheit (Aktinomykose) . . . . .         | 191   |
| M. Tierische Parasiten . . . . .                          | 191   |
| d. Fleisch von vergifteten Tieren . . . . .               | 192   |
| e. Fleisch von verunglückten Tieren . . . . .             | 192   |
| f. Fleisch von gehetzten Tieren . . . . .                 | 193   |
| g. Fleisch von ungeborenen, zu jungen und zu alten        |       |
| Tieren . . . . .                                          | 193   |
| h. Fleisch von trächtigen Tieren . . . . .                | 194   |
| i. Fleisch von verendeten (gefallenen, umgestandenen,     |       |
| krepierten) Tieren . . . . .                              | 195   |
| k. Aufgeblasenes Fleisch . . . . .                        | 195   |
| l. Gesundheitsschädliches Fleisch . . . . .               | 196   |
| m. Minderwertiges Fleisch — Freibänke . . . . .           | 196   |
| n. Wurst . . . . .                                        | 197   |
| o. Aushängen und Beförderung von Fleisch . . . . .        | 198   |
| 3. Getreide, Mehl, Backwaren . . . . .                    | 199   |
| 4. Butter — Kunstbutter, Margarine . . . . .              | 201   |
| 5. Wasser — Eis . . . . .                                 | 207   |
| 6. Milch . . . . .                                        | 210   |
| 7. Bier . . . . .                                         | 234   |
| 8. Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke . . . . .  | 240   |
| 9. Branntwein und Liqueure . . . . .                      | 257   |
| 10. Kaffee . . . . .                                      | 259   |
| 11. Künstliche Mineralwässer . . . . .                    | 259   |
| 12. Obst . . . . .                                        | 262   |
| 13. Gewürze . . . . .                                     | 262   |
| 14. Gesundheitsschädliche Farben . . . . .                | 263   |
| 15. Blei- und zinkhaltige Gegenstände . . . . .           | 275   |
| 16. Bierdruckapparate . . . . .                           | 282   |
| 17. Petroleum . . . . .                                   | 286   |
| VI. Abschnitt. Behörden und Sachverständige . . . . .     | 290   |
| 1. Reichsbehörden . . . . .                               | 290   |
| 2. Landesbehörden . . . . .                               | 291   |
| 3. Gerichte . . . . .                                     | 296   |
| 4. Sachverständige . . . . .                              | 301   |
| a. Allgemein . . . . .                                    | 301   |
| b. Öffentliche Anstalten zur technischen Untersuchung     |       |
| von Nahrungs- und Genussmitteln . . . . .                 | 309   |
| c. Nahrungsmittel-Chemiker . . . . .                      | 320   |
| d. Fleischbeschauer . . . . .                             | 324   |
| Anhang . . . . .                                          | 331   |
| 1. Gesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln u. s. w. |       |
| Vom 14. Mai 1879. Mit Abänderung vom 29. Juni 1887        | 331   |
| 2. Kaiserl. Verordnung über das gewerbsmässige Verkaufen  |       |
| und Feilhalten von Petroleum. Vom 24. Februar 1882        | 334   |



|                                                                                                                                                         | Seite |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 3. Gesetz, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen. Vom 25. Juni 1887 . . . . .                                                       | 335   |
| 4. Gesetz, betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln pp. Vom 5. Juli 1887 . . . . .                    | 337   |
| 5. Gesetz, betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter. Vom 12. Juli 1887. Mit Ausführungsbestimmungen vom 26. Juli und 12. November 1887 . . . . .  | 340   |
| 6. Kaiserl. Verordnung, betr. das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen. Vom 1. Februar 1891 . . . . .                          | 343   |
| 7. Gesetz, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken. Vom 20. April 1892. Mit Ausführungsbestimmung vom 29. April 1892 . . . | 343   |
| 8. Vorschriften, betr. die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker. Bundesratsbeschluss vom 22. Februar 1894                                                | 346   |
| Sach- und Namenverzeichnis . . . . .                                                                                                                    | 355   |



(Abkürzungen.)

Drechsler. Anleitung zur Handhabung der Lebensmittelpolizei in Bayern. München 1888.

(Entsch.) Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen,  
herausgegeben von den Mitgliedern des Gerichtshofes. Bd. 1—23.  
Leipzig 1880—1893.)

(Gew.-O.) Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juni  
1869. (Neue Fassung vom 1. Juli 1883.)

Guttstadt, A. Deutschlands Gesundheitswesen. 1. Teil. Leipzig  
1890.

Haas, R. Die Reichsgesetze vom 25. Juni, 5. und 12. Juli 1887 u. s. w.  
Nördlingen 1887.

John e, A. Der Trichinenschauer. 4. Aufl. Berlin 1893.

Junginger, E. Das Zivilveterinärwesen Bayerns. Würzburg 1890.

König, J. Bestand und Einrichtungen der Untersuchungsämter für Nahrungs- und Genussmittel in Deutschland und ausserdeutschen Staaten. Berlin 1882.

Krauss, J. Das Medizinalwesen im Königreich Württemberg.  
Stuttgart 1891.

Marquardsen, H. Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegen-  
wart. Freiburg 1883/92.

Martin, A. Das Zivil-Medizinalwesen im Königreich Bayern. 2 Bde.  
München 1884 und 1887.

(Mediz.-Gesetzgeb.) Medizinal-Gesetzgebung, die, des Deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten. Begründet von G. M. Kletke. Bd. 1—3. 1875—1877. — Medizinal-Gesetzgebung, Zeitschrift



für Medizinal-, Veterinär- und Gesundheitspolizei im Deutschen Reiche und in seinen Einzelstaaten. Bd. 5. 1878/79. 1880 und 1881 als Deutsche Medizinal-Zeitung, 1882—1888 als Beilage zu dieser Zeitschrift erschienen.

Menzen. Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp., die auf Grund desselben erlassenen Verordnungen pp. 2. Aufl. Paderborn 1892.

Meyer, Fr. u. Finkelnburg, C. Das Gesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp. 2. Aufl. Berlin 1885.

(N.-M.-G.) Nahrungsmittelgesetz.

Ostertag, R. Handbuch der Fleischbeschau. Stuttgart 1892.

(Rechtspr.) Rechtsprechung des deutschen Reichsgerichts in Strafsachen, herausgeg. von den Mitgliedern der Reichsanwaltschaft. München und Leipzig. Bd. 1—10. 1879—1888.

(R.-G.-Bl.) Reichsgesetzblatt.

Reincke. Das Medizinalwesen des Hamburgischen Staates. 2. Aufl. Hamburg 1890.

v. Rönne, L. Das Staatsrecht des Deutschen Reichs. 2. Aufl. 2 Bde. Leipzig 1876/77.

Schlamp, W. Die Fleischbeschau-Gesetzgebung in den sämtlichen Bundesstaaten des Deutschen Reichs. Stuttgart 1892.

Schmidt, F. Deutsche Reichsgesetze, betr. I. den Verkehr mit Kunstbutter (Margarine), II. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, III. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, IV. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp. 2. Aufl. Bielefeld.

v. Schwarze, Fr. O. Die strafrechtlichen Bestimmungen in dem Reichsgesetze vom 14. Mai 1879, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp. Stuttgart 1879.

Siedamgrotzky, O. Das Veterinärwesen im Königreich Sachsen. Dresden 1893.

(Str.-G.) Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. (Neue Fassung vom 26. Februar 1876.)

Tiemann, Fr. Illustrierter Leitfaden für die praktische mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen. 4. Aufl. Breslau 1892.

(Veröff.) Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes. Berlin 1885—1893.

(Veröff. Beil.) Auszüge aus gerichtl. Entscheidungen zum Gesetze, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp., Beilage zu den vorgenannten Veröffentl. Berlin. Bd. 1. 1891/92. Bd. 2. 1892/94.



Wiener. Handbuch der Medizinal-Gesetzgebung des Deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten. 2 Bde. Stuttgart 1883/87.

*Wiederholung*  
Zelle, R. Handbuch des geltenden öffentlichen und Privatrechts für das Gebiet des preussischen Landrechts. 2. Aufl. Berlin 1890.

Zils, W. Das Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltenen und weinähnlichen Getränken, vom 20. April 1892. Berlin 1892.

Zinn, A. — Haas, R. Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp. 2. Aufl. Nördlingen 1885.

Die ausserdem benutzten Werke sind im Text angegeben.

*zum*

---



## Einleitung.

---

Nach der Begründung des kaiserlichen Gesundheitsamtes im Jahre 1876 waren es verschiedene Gegenstände auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens, deren baldige reichsgesetzliche Regelung gewünscht wurde. Obenan standen die gemeingefährlichen Krankheiten, die Flussverunreinigung und die Lebensmittelverfälschung.

Die Sorge vor der Verbreitung der grossen Volksseuchen trat im laufenden Jahrhundert schon in den dreissiger Jahren in den Vordergrund und hat seitdem anlässlich der erheblichen Opfer, welche die Cholera damals und später forderte, die öffentliche Meinung wiederholt lebhaft beschäftigt. Wie die Erkenntnis der Notwendigkeit, gegen solche Gefahren Maassregeln zu ergreifen, im Laufe der Zeit in verschiedenen Staaten der alten und neuen Welt zur Errichtung staatlicher Gesundheitsbehörden führte, so hat sie auch bei der Begründung des kaiserlichen Gesundheitsamtes in hervorragendem Maasse mitgewirkt.

Die Frage der Flussverunreinigung wurde gerade zur Zeit der Begründung des Gesundheitsamtes lebhaft erörtert und noch im Jahre 1876 fasste der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege den Beschluss, das Amt um Herbeiführung systematischer Untersuchungen auf den deutschen Flüssen behufs Feststellung der Frage, inwieweit nach der Wassermenge, Geschwindigkeit und geologischen Beschaffenheit der Flüsse die direkte Ableitung städtischen Kanalwassers in dieselben gestattet werden könne, zu ersuchen.

Wenn gleichwohl die Regelung des Nahrungsmittelverkehrs unter den umfangreicheren Aufgaben des Amtes



zuerst in Angriff genommen wurde, so waren dafür verschiedene Gründe maassgebend. Die Bedürfnisfrage wurde immer und immer wieder erörtert, da die Fälschung der Nahrungsmittel in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ausserordentlich zunahm. Hierzu kommt die Bedeutung der Nahrungs- und Genussmittel für den menschlichen Körper, sowie die Thatsache, dass eine mangelhafte oder gar schädliche Beschaffenheit derselben die gesamte Bevölkerung berührt und sich tagtäglich von neuem geltend macht. Dieser Sachlage entsprechend äusserte denn auch Fürst Bismarck gelegentlich der Budgetberatung am 14. März 1877: „Mir schien es wichtiger, dasjenige, was dem menschlichen Körper zugeführt wird, lieber in erster Linie zu betrachten, als dasjenige, was den Flüssen zugeführt wird.“ Nicht ohne Einfluss war wohl ferner der Vorgang Englands geblieben, wo der Nahrungsmittelverkehr durch „The Sale of Food and Drugs Act, 1875“ einer umfassenden Neuregelung unterzogen war.

Durch den Erlass des Nahrungsmittelgesetzes war 1879 der erste und bedeutsamste Schritt auf dem fraglichen Gebiete geschehen. Zur weiteren Entwicklung der Angelegenheit waren der Erlass der Ausführungsbestimmungen, die Errichtung einer ausreichenden Zahl von Untersuchungsstellen und die Beschaffung eines geeigneten Sachverständigenpersonals erforderlich.

Von den Ausführungsbestimmungen ist bereits eine ganze Reihe erschienen, wenngleich die Schwierigkeit des Gegenstandes es unmöglich machte, hierbei so schnell vorzugehen, als vielfach gewünscht wurde. Die Zahl der Untersuchungsstellen hat sich allmählich erheblich vergrössert; in einigen Staaten konnte diese Angelegenheit schon erschöpfend erledigt werden. Auch zur Beschaffung eines geeigneten Untersuchungspersonals ist vor kurzem durch Bundesratsbeschluss betreffs der Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker ein entscheidender Schritt gethan.

---



## Erster Abschnitt.

### Zuständigkeit des Reichs. — Reichs- und Landesgesetzgebung.

---

Das Reich ist seit seiner Begründung zur Regelung und Überwachung des Nahrungsmittelverkehrs neben den Einzelstaaten zuständig. Diese Zuständigkeit folgt aus Art. 4, Ziff. 13 und 15 der Reichsverfassung vom 16. April 1871, wonach das Strafrecht, sowie Massregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterliegen. Das letztere ist also nicht nur befugt, Gesetze über den Nahrungsmittelverkehr zu erlassen, sondern auch die Ausführung derselben zu überwachen. Das Überwachungsrecht steht dem Reiche auch insoweit zu, als eine gesetzliche Regelung durch dasselbe, wie dies beispielsweise für Fleisch und Milch zutrifft, noch nicht erfolgt, demnach noch die einschlägige Landesgesetzgebung massgebend ist.

Soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrecht Gebrauch gemacht hat, gehen nach Art. 2 der Verfassung die Reichsgesetze den Landesgesetzen vor. Infolge dieser Bestimmung treten diejenigen Landesgesetze ausser Geltung, welche durch das Reichsgesetz entweder ausdrücklich für aufgehoben erklärt sind, oder mit dem Reichsgesetz unvereinbar sind. Dies gilt ebenso wie für die Landesgesetze im ganzen, auch für einzelne Teile derselben. Falls eine ausdrückliche Aufhebung der Landesgesetze weder im Reichsgesetze ausgesprochen, noch auf landesverfassungsmässigem



Wege erfolgt ist, unterliegt die Prüfung und Entscheidung darüber, ob ein Widerspruch oder eine Unvereinbarkeit beider besteht, den zur Handhabung der Gesetze berufenen Organen, den Gerichten und Verwaltungsbehörden.

Die Reichsgesetzgebung wird durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung (Publikation) der Reichsgesetze zu. Letztere erfolgt im Reichsgesetzblatt. Die verbindliche Kraft der Reichsgesetze beginnt, sofern in ihnen etwas anderes nicht bestimmt ist, mit dem 14. Tage nach Ablauf des Tages, an welchem in Berlin das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben ist.

Über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen beschliesst der Bundesrat (Art. 7 der Verfass.); die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze steht dem Kaiser zu (Art. 17).

---



## Zweiter Abschnitt.

### Gesetzgebung vor 1879.

---

#### 1. Reichsgesetzgebung.

Vor dem Erlasse des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, konnten Massnahmen zur Bekämpfung der Nahrungsmittelverfälschung, soweit reichsrechtliche Bestimmungen in Frage kommen, im wesentlichen nur auf Grund des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 ergriffen werden.

Von allgemeiner Bedeutung ist zunächst § 263 Str.-G., der sogenannte Betrugsparagraph. Der Bestrafung wegen Betrugs verfällt, wer in der Absicht, sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält. Die Anwendbarkeit dieses Paragraphen ist indess eine beschränkte. Denn ausser dem subjektiven Moment der gewinnsüchtigen Absicht ist in objektiver Beziehung die Vermögensbeschädigung eines anderen erforderlich; diese ferner muss durch Erregung oder Unterhaltung eines Irrtums, und zwar in der Weise bewirkt werden, dass falsche Thatsachen vorgespiegelt oder wahre entstellt oder unterdrückt sind. Die Feststellung dieses ursächlichen Verhältnisses und der auf demselben beruhenden Vermögensbeschädigung



hat aber ihre besonderen Schwierigkeiten, wenn, wie es im täglichen Kleinverkehr mit Lebensmitteln häufig der Fall ist, bei den gepflogenen Verhandlungen unzweideutige Erklärungen in klaren, jedes Missverständniss ausschliessenden Worten nicht abgegeben sind, die Erklärungen vielmehr aus den mit den Worten verbundenen, auf die Absicht der Beteiligten einen Schluss gestattenden (sog. konkludenten) Handlungen gefolgert werden müssen. Dazu kommt, dass der Begriff „Unterdrückung wahrer Thatsachen“ ein bestrittener ist. Ebenso kann die Frage, ob eine Vermögensbeschädigung anzunehmen ist, im einzelnen Falle, und besonders dann Bedenken veranlassen, wenn nach den ortsüblichen Preisen für den Betrag, welcher für ein verfälschtes Nahrungsmittel gezahlt worden ist, das unverfälschte überhaupt nicht und das verfälschte nicht besser, als es geliefert wurde, zu haben gewesen wäre.

Bestraft wird der Betrug mit Gefängnis, gemäss § 16 Str.-G. von 1 Tage bis zu 5 Jahren, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Für den Fall mildernder Umstände ist die ausschliessliche Verhängung einer Geldstrafe zulässig. Ausser dem vollendeten Betrug ist auch der Betrugsversuch strafbar. Die vorerwähnte Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wird durch § 32 St.-G. auf die Fälle beschränkt, in denen die Strafdauer 3 Monate erreicht. Sie bemisst sich auf mindestens 1 Jahr und höchstens 5 Jahre. Ihre Folgen bestehen laut §§ 33 und 34 Str.-G. in dem Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, der öffentlichen Ämter und Würden, der Fähigkeit, solche zu erlangen, politische Rechte auszuüben, beim Militär zu dienen und Zeuge oder Vormund zu sein.

Eine härtere als die angegebene Strafe, nämlich Zuchthaus bis zu 10 Jahren mit gleichzeitiger Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark, wird nach § 264 wegen abermals begangenen Betruges verhängt, wenn der Verurteilte bereits im Inlande, d. h. innerhalb des Reichsgebiets, wegen Betruges einmal und wegen darauf begangenen Betruges zum zweiten Male bestraft worden ist. Beim Vorhandensein mildernder



Umstände tritt alsdann Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein, neben welcher zugleich auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden kann. Nach § 32 Str.-G. ist es zulässig, mit diesen Strafen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu verbinden, deren Dauer für den Fall der Zuchthausstrafe mindestens 2 und höchstens 10 Jahre, für den Fall der Gefängnisstrafe, wie schon zuvor angegeben wurde, 1 bis 5 Jahre beträgt. § 264 ist übrigens gemäss § 245 Str.-G. nicht anwendbar, wenn seit der Verbüssung oder dem Erlasse der letzten Strafe bis zur Begehung des neuen Betruges 10 Jahre verflossen sind.

Gegenstände, welche zur Begehung eines Betruges gebraucht oder bestimmt waren, können, sofern sie dem Thäter oder einem Teilnehmer gehören, selbst in dem Falle eingezogen werden, dass die Verfolgung oder die Verurteilung des Eigentümers nicht ausführbar ist; die Einziehung muss jedoch im Urteile besonders ausgesprochen werden (§§ 40, 42 Str.-G.).

Beim Mangel der Merkmale des Betruges ist die Möglichkeit einer Bestrafung aus § 367, Ziff. 7 Str.-G. gegeben, wenn verfälschte oder verdorbene Getränke oder Esswaren, insbesondere trichinenhaltiges Fleisch, feilgehalten oder verkauft sind. Diese Bestimmung gewährt zwar bei ihrer allgemeinen Fassung eine bequemere Handhabe zum strafrechtlichen Einschreiten als diejenige des § 263, allein sie bezieht sich nur auf das Feilhalten und den Verkauf verfälschter oder verdorbener Getränke oder Esswaren, nicht auch auf die Verfälschung als solche. Ausserdem ist die Strafe, welche ausgesetzt wird — Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft, deren Dauer in § 18 Str.-G. auf 1 Tag bis 6 Wochen bemessen ist — eine verhältnismässig geringe. Die strafbare Handlung wird dadurch gemäss § 1 Str.-G. lediglich als eine Übertretung gekennzeichnet, während der Betrug im Sinne des § 263 ein Vergehen, im Sinne des § 264 sogar ein Verbrechen darstellt. Diese Unterscheidungen haben bezüglich der Zuständigkeit der Gerichte, sowie der Verjährung, eine praktische Bedeutung. Neben der Geld- oder Haftstrafe kann aus § 367, Ziff. 7 auch auf die Einziehung der verfälschten oder verdorbenen Ge-



tränke oder Esswaren ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht, erkannt werden. Bezüglich der Begriffe „Feilhalten, Verkauf, Verdorbensein, Verfälschung“, welche in dem angezogenen Paragraphen nicht näher bestimmt werden, wird auf die Besprechung des Nahrungsmittelgesetzes verwiesen.

Einen besonderen Schutz gewährt § 324 St.-G. im Falle einer solchen Veränderung von Nahrungsmitteln pp., dass beim Gebrauche derselben die Zerstörung der menschlichen Gesundheit in Frage kommt. Die Strafe ist auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder auf lebenslängliches Zuchthaus festgesetzt. Daneben kann nach § 325 auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden, welche gemäss §§ 38 und 39 Str.-G. bis zu 5 Jahren dauert und die Wirkungen hat, dass den Verurteilten der Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten von der Landespolizeibehörde untersagt, ein Ausländer von der letzteren aus dem Reichsgebiete verwiesen werden kann und dass Haussuchungen keiner Beschränkung hinsichtlich der Zeit, zu welcher sie stattfinden dürfen, unterliegen. Dazu kommt laut §§ 32 und 40 Str.-G. die Zulässigkeit der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Einziehung der durch das Verbrechen hervorgebrachten oder zur Begehung desselben gebrauchten oder bestimmten Gegenstände, sofern sie dem Thäter oder einem Teilnehmer gehören. (Vgl. S. 4 und 5.)

Der Höhe dieser Strafen entsprechend kommen nur die höchsten Grade der Körperbeschädigung in Frage und auch diese nur unter gewissen Beschränkungen. Aus § 324 wird nämlich strafbar, wer vorsätzlich Brunnen oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche anderer dienen, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmt sind, vergiftet, oder denselben Stoffe beimischt, von denen ihm bekannt ist, dass sie die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet sind, oder wer solche vergiftete oder mit gefährlichen Stoffen vermischte Sachen wissentlich oder mit Verschweigung dieser Eigenschaft verkauft, feil-



hält oder sonst in Verkehr bringt. Abgesehen von den Fällen einer Beimischung von Stoffen, welche nur zu Körperbeschädigungen geeignet sind, bleiben hiernach auch alle diejenigen der Bestrafung entzogen, in denen der betreffende Gegenstand seine gesundheitszerstörende Eigenschaft nicht durch Beimischung, sondern durch die Art der Herstellung oder das dabei eingeschlagene Verfahren erlangt hat oder sie als Ganzes besitzt, in denen ferner diese Eigenschaft nicht durch die Handlung eines Menschen, sondern durch inneren Verderb hervorgebracht ist, oder in denen die Gegenstände nicht zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmt waren. Sodann ist eine Kenntnis der gesundheitszerstörenden Eigenschaft der beigemischten Stoffe erforderlich, und die Bedingung der Verschweigung dieser Eigenschaft schützt den Fabrikanten und Grossisten beim Verkaufe des Gegenstandes durch einen Zwischenhändler, vorausgesetzt, dass letzterem von derselben Mitteilung gemacht ist.

Ist eine der im § 324 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist nach § 326, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht worden ist, auf Gefängnis bis zu 1 Jahre und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnis von 1 Monat bis zu 3 Jahren zu erkennen.

Ausser den vorgenannten Bestimmungen des Strafgesetzbuchs kann unter Umständen das **Gesetz über den Markenschutz** vom 30. November 1874<sup>1)</sup> zur Anwendung kommen. Der mit diesem Gesetz verbundene Zweck ging dahin, Treue und Glauben im Handelsverkehr zu festigen oder wieder herzustellen und den durch eine Menge falscher Bezeichnungen von Waren abgestumpften Rechtssinn bei den Handelsleuten von neuem zu schärfen. Es verfolgte demnach bereits eins der Ziele, welches später das Nahrungsmittelgesetz in weiterem Umfange und nach anderer Richtung zu erreichen suchte.

Das Markenschutzgesetz bestimmt in § 1, dass Gewerbetreibende, deren Firma im Handelsregister eingetragen ist, Zeichen, welche zur Unterscheidung ihrer Waren von den Waren anderer Gewerbetreibenden auf den Waren selbst oder

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 143.



auf deren Verpackung angebracht werden sollen, zur Eintragung in das Handelsregister des Ortes ihrer Hauptniederlassung bei dem zuständigen Gerichte anmelden können. Wer Waren oder deren Verpackung wissentlich mit einem nach Massgabe dieses Gesetzes zu schützenden Warenzeichen oder mit dem Namen oder der Firma eines inländischen Produzenten oder Handeltreibenden widerrechtlich bezeichnet oder wissentlich dergleichen widerrechtlich bezeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft und ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet (§ 14). Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Statt der Entschädigung kann auf Verlangen des Beschädigten neben der Strafe auf eine an ihn zu erlegende Busse bis zum Betrage von 5000 Mark erkannt werden (§ 15).

Der durch das Gesetz gewährte Schutz ist nach § 18 auch dann nicht ausgeschlossen, wenn das Warenzeichen, der Name oder die Firma mit Abänderungen wiedergegeben sind, welche nur durch Anwendung besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden können.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Die Wichtigkeit des Gesetzes für das Nahrungsmittelgewerbe erhellt daraus, dass dieses mit etwa dem dritten Teile aller Zeichen am meisten an der Benutzung des Zeichenschutzes beteiligt gewesen ist. Neuerdings wird beabsichtigt, diesen Schutz wesentlich zu erweitern. Der Zeichenschutz soll nicht nur Gewerbetreibenden mit eingetragener Firma, sondern allen Verkehrskreisen zugänglich gemacht werden. Ausserdem aber sollen auch alle diejenigen charakteristischen Bezeichnungen der Waren, welche, ohne in den Bereich der eigentlichen Marken zu fallen, ähnliche Zwecke wie diese verfolgen, geschützt werden. So sollen die unredlichen Nachahmungen der als Merkmal der Waren eines bestimmten Geschäfts im Verkehr anerkannten Art der Verzierung oder Aufmachung und die fälschlichen Angaben über die Herkunft der Waren bekämpft werden. Diese und andere grundsätzliche Änderungen in der Regelung der Angelegenheit haben eine Umgestaltung des Gesetzes in Form einer Novelle als ausgeschlossen erscheinen lassen und die Regierung veranlasst, dem Reichstage zu Beginn der Session 1893/94 den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen vorzulegen, welches an die Stelle des bisherigen Markenschutzgesetzes zu treten bestimmt ist.



## 2. Landesgesetzgebung.

In der Landesgesetzgebung war schon ein besserer vorbeugender Schutz bezüglich des Nahrungsmittelverkehrs gegeben, als er ehemals für das Reich im Ganzen bestand. Dies gilt besonders für den Gewerbebetrieb auf Märkten und im Umherziehen, welcher fast überall in der Weise geregelt war, dass der Polizei weitgehende Befugnisse zustanden. In einigen Staaten gewährten auch die über den allgemeinen Lebensmittelverkehr erlassenen Vorschriften eine Handhabe zum Eingreifen, bevor es zu einem Feilhalten oder gar Verkauf gekommen war. Der Berichterstatter der vom Reichstage 1878 zur Vorberatung des Nahrungsmittelgesetzes ernannten Kommission, Dr. Zinn, hat dem von ihm ausgearbeiteten Berichte eine auszugsweise Zusammenstellung der in den Bundesstaaten damals bestehenden einschlägigen Gesetze und allgemeinen Verordnungen als Anlage beigegeben<sup>1)</sup>. Nach dieser interessieren in der fraglichen Hinsicht besonders einige bayerische, württembergische, badische und hessische Bestimmungen, welche, zumal sie teilweise noch jetzt die Grundlage zu Spezialverordnungen bilden, nachstehend wiedergegeben werden.

In **Bayern** wird nach Art. 74 des Polizeistrafgesetzbuchs vom 26. Dezember 1871 mit Geld bis zu 15 Thalern gestraft: 1. wer den ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften über Beschau des zur menschlichen Nahrung bestimmten Viehes vor und nach der Schlachtung zuwiderhandelt; 2. wer andere verkäufliche Nahrungsmittel, Esswaren oder Getränke der durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschrift angeordneten Beschau entzieht. — Art. 75 giebt eine Ergänzung des § 367, Ziff. 7 (s. S. 5) des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich dahin, dass, wer den zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit in Bezug auf die Beschaffenheit, Zubereitung und Aufbewahrung oder das Ausmessen und Auswägen verkäuflicher Nahrungsmittel, Esswaren und Getränke ergangenen ober- und ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, mit Geldstrafe bis zu 15 Thalern bestraft wird. Falls die Übertretung innerhalb zweier Jahre wiederholt wird, kann hiermit Haft bis zu 8 Tagen verbunden werden. Ferner wird die Übertretung der ortspolizeilichen Anordnungen über Reinlichkeit in Mühlen, Schlachthäusern, Fleischbänken und auf Märkten mit Geldstrafe bis zu 5 Thalern geahndet. Im Strafurteile ist zugleich die Zulässigkeit der Einziehung der vor-

---

<sup>1)</sup> Bericht der XIII. Kommission pp., S. 47.



stehend als schädlich bezeichneten Gegenstände auszusprechen. — Art. 76 sieht eine Bestrafung der Zuwiderhandlungen gegen die oberpolizeilichen Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit 1. bei Verfertigung, Aufbewahrung oder Verpackung von Tabak oder bei Verfertigung von Koch-, Ess- oder Trinkgeschirren, Kleidungsstoffen, Kinderspielwaren, Tapeten oder sonstigen Gegenständen des menschlichen Gebrauchs oder 2. beim Anstreichen oder Bemalen von Wohnungsräumen mit Geldstrafe bis zu 15 Thalern oder mit Haft bis zu 8 Tagen vor. Gleicher Strafe unterliegt, wer gegen oberpolizeiliches Verbot solche für die Gesundheit gefährlichen Gegenstände feilbietet oder verkauft. Zugleich kann auf Einziehung solcher Gegenstände erkannt werden. — Nach Art. 77 fließen die auf Grund der vorstehenden Artikel erkannten Geldstrafen, sowie der Erlös der eingezogenen und nicht zur Vernichtung bestimmten Gegenstände zu zwei Drittteilen in die Armenkasse des Ortes der Betretung. — Art. 146, Abs. 1 eröffnet die Möglichkeit des Erlasses ortspolizeilicher Vorschriften für den Verkehr mit Getreide, sowie für den Verkehr auf Märkten. Abs. 2 dieses Artikels berührt den Gewerbebetrieb mit Lebensmitteln im Umherziehen; Zuwiderhandlungen gegen ortspolizeiliche Vorschriften über das Herumtragen verkäuflicher Lebensmittel und sonstiger Gegenstände des Marktverkehrs auf der Strasse und das Hausieren mit denselben unterliegen danach einer Geldstrafe bis zu 5 Thalern.

Das **württembergische** Gesetz vom 27. Dezember 1871, betreffend Änderung des Polizeistrafrechts bei Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, belegt in seinem Art. 28 mit Geldstrafe bis zu 50 Thalern oder mit Haft: 1. wer bei der Zubereitung, Aufbewahrung oder Verpackung von für den Verkauf bestimmten Genussmitteln oder anderen Gegenständen des menschlichen Gebrauchs aus Fahrlässigkeit gesundheitsschädliche Substanzen beimischt oder verwendet, sowie wer den in dieser Beziehung zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt; 2. wer ausser den Fällen des § 367, Ziff. 7 des Strafgesetzbuchs (s. S. 5) solche gesundheitsschädlichen Genussmittel oder Gebrauchsgegenstände, desgleichen wer neue Gefässe oder Werkzeuge, die für Aufbewahrung, Zubereitung oder Gebrauch von Genussmitteln dienen, in einem die Gesundheit gefährdenden Zustand verkauft oder feilhält. In weiterer Ergänzung des § 367, Ziff. 7 werden laut Art. 29 Zuwiderhandlungen gegen die polizeilichen Vorschriften in Beziehung auf das Schlachten von Vieh und den Verkehr mit Fleisch, auf die Reinlichkeit in den Schlachthäusern und Verkaufslokalen, sowie in Beziehung auf die Bereitung von Brot und den Verkehr mit demselben mit Geldstrafe bis zu 15 Thalern geahndet. — Wer ausser den im Strafgesetzbuch und den vorstehend bezeichneten Fällen den von den Polizeibehörden zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesundheit von Menschen erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird gemäss Art. 32 mit Haft bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 20 Thalern bestraft.



Ferner sind die Art. 7 und 8 der württembergischen Gewerbeordnung vom 12. Februar 1862 zu erwähnen, welche auch nach dem Erlass der Reichsgewerbeordnung soweit in Geltung blieb, als sie durch diese nicht abgeändert ist. Nach Art. 7 ist der Unternehmer in den Einrichtungen und dem Betriebe eines Gewerbes den für dasselbe bestehenden polizeilichen Vorschriften unterworfen. Dies gilt insbesondere in Betreff der Aufsicht über die Bereitung der unentbehrlichen Lebens- und Arzneimittel und den Verkehr mit denselben. Art. 8 ordnet eine Untersuchung der Werkstätten und Magazine an, aus denen entweder erwiesenermassen schädliche Fabrikate hervorgegangen sind oder gegen die ein von der zuständigen Behörde für genügend erkannter Verdacht einer Gefährdung für das Gemeinwesen vorliegt, desgleichen die öffentliche Bekanntmachung derjenigen Handwerker und Fabrikanten, welche sich betrüglicher oder gemeinschädlicher Bereitungen schuldig machen.

In **Baden** wird laut § 87 a des Polizeistrafgesetzbuchs von 1871 an Geld bis zu 30 Gulden oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, wer den zur Sicherung der öffentlichen Gesundheit erlassenen Verordnungen oder den auf Grund solcher Verordnungen ergangenen bezirks- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt; desgleichen laut §§ 93 bis 95 an Geld bis zu 25 Gulden, wer der Verordnung oder den auf Grund derselben erlassenen bezirks- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwider Schlachtvieh oder andere verkäufliche Nahrungsmittel, Esswaren oder Getränke der Beschau entzieht oder den infolge dieser letzteren getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, an Geld bis zu 50 Gulden, wer den zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit bei der Zubereitung und Aufbewahrung, dem Ausmessen und Auswiegen verkäuflicher Nahrungsmittel, Esswaren und Getränke erlassenen Verordnungen zuwiderhandelt. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen über Reinlichkeit in Mühlen, sowie gegen die ortspolizeilichen Vorschriften über Reinlichkeit auf den Märkten, in den Schlachthäusern, Fleischbänken, über das Schlachten und den Fleischverkauf in denselben beträgt die Strafe bis zu 10 Gulden.

In **Hessen** belegt das nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober 1871 revidierte Polizeistrafgesetz vom 30. Oktober 1855 denjenigen, welcher zu Lebensmitteln (Ess- und Trinkwaren), die zum Verkaufe bestimmt sind, gesundheitsschädliche Substanzen beimischt, oder bei Bereitung der ersteren unterlässt, solche davon zu entfernen, insoweit die Handlung nicht in ein bestimmtes anderes schwereres Vergehen oder Verbrechen übergeht, neben der Wegnahme der Ware mit Geldstrafe von 3 bis 50 Gulden oder Haft von 3 Tagen bis zu 4 Wochen (Art. 311). — Eine Verletzung der Vorschriften über Reinlichkeit in Schlachthäusern, auf Märkten oder in Werkstätten, wo Lebensmittel zubereitet oder verkauft werden, wird gemäss Art. 325 mit einer Geldstrafe von 35 Kr. bis 5 Gulden bestraft. — Nach Art. 346 unterliegen Fabrikanten und Handelsleute, welche neue Gefässe und Werkzeuge, die für die Aufbewahrung, Bearbeitung



oder den Genuss von Nahrungsmitteln bestimmt sind, in einem die Gesundheit gefährdenden Zustande in den Verkehr bringen, sowie diejenigen Gewerbetreibenden, welche ihre zum Gewerbebetrieb bestimmten Mobilien mit Farben bestreichen oder bestreichen lassen, welche durch eine Verordnung der Regierung für gesundheitsgefährlich erklärt sind, einer Geldstrafe von 5 bis 30 Gulden.

Die älteren landesrechtlichen Bestimmungen, welche sich lediglich auf ein einzelnes Nahrungsmittel oder einen einzelnen Gebrauchsgegenstand beziehen, werden, soweit sie zur Zeit noch in Kraft sind, später bei Besprechung dieser Erwähnung finden.

Die vorstehend wiedergegebenen allgemeineren Bestimmungen enthalten zum Teil wesentliche Ergänzungen zu den für das Reich gültigen Vorschriften. Es sei nur die in Württemberg und Hessen unter Strafe gestellte Beimischung von Stoffen, welche die Gesundheit lediglich beschädigen, nicht auch zerstören oder zu ihrer Zerstörung geeignet sind, zu Lebensmitteln hervorgehoben.

In Ansehung ihrer vorbeugenden Wirkung verdienen diejenigen Vorschriften ein besonderes Interesse, welche Besichtigungen nicht nur der Verkaufs-, sondern auch der Herstellungs- und Lagerräume ermöglichen. Die einschlägige Bestimmung der württembergischen Gewerbe-Ordnung ist bereits auf S. 11 mitgeteilt worden. Für die bayerischen Regierungsbezirke sind ferner auf Grund des Art. 75 des Polizeistrafgesetzbuchs (s. S. 9) oberpolizeiliche Vorschriften ergangen, von denen beispielsweise diejenigen der kgl. Regierung von Oberbayern vom 13. Januar 1874<sup>1)</sup> anordnen, dass ausser dem Fleische alle übrigen verkäuflichen Nahrungsmittel, Esswaaren und Getränke, sowie die zu deren Aufbewahrung, Zubereitung, Zumessung und Zuwägung bestimmten Geschäftsräume, Einrichtungen und Gerätschaften der polizeilichen Beschau unterliegen. Über die Fleischschau giebt es in sämtlichen bayerischen Regierungsbezirken eingehende Bestimmungen, deren mehrere ausserordentliche unvermutete Besichtigungen der Ställe, Fleischaufbewahrungs-orte und etwaigen sonstigen Lokalitäten durch die Fleischbeschauer vorschreiben. Die Ausführung der einschlägigen

---

<sup>1)</sup> Martin a. a. O., Bd. 1, S. 588.



Bestimmungen ist den mit der Handhabung der Lebensmittelpolizei beauftragten Behörden und Organen seitens des kgl. bayerischen Staatsministeriums des Innern wiederholt — durch Entschliessungen vom 2. Dezember 1873, 29. November 1876 und 17. Juni 1877<sup>1)</sup> — ans Herz gelegt worden. Sie sollen der Lebensmittelpolizei eine ununterbrochene, eingehende Aufmerksamkeit zuwenden, sich durch häufige, unvermutete Revisionen bei den betreffenden Gewerbetreibenden von der Beschaffenheit der Lebensmittel genaue Kenntniss verschaffen und wahrgenommenen Fälschungen oder sonstigen einschlägigen Übertretungen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten.

Ähnliche Bestimmungen über eine ausserordentliche und unvermutete Fleischschau, wie in bayerischen Regierungsbezirken, bestanden, schon vor 1879, auch in Baden und in Sachsen-Meiningen. In dem Abschnitte „Allgemeine Fleischschau“ wird auf dieselben zurückzukommen sein. An dieser Stelle sei nur noch hervorgehoben, dass es auch in Preussen an Vorschriften der fraglichen Art nicht gefehlt hat. So ist durch Cirkular-Verfügung des kgl. Regierungspräsidenten zu Gumbinnen vom 7. Februar 1876<sup>2)</sup> angeordnet worden, dass erforderlichenfalls durch unvermutete Revisionen der Schlächtereien, Fleischläden und Fleischbänke festgestellt werden soll, ob und inwieweit den gesetzlichen Vorschriften genügt ist.

---

<sup>1)</sup> Drechsler a. a. O., S. 32 und 33.

<sup>2)</sup> Generalber. üb. d. öffentl. Gesundheitswes. d. Reg.-Bez. Gumbinnen f. d. J. 1872 bis 1875. Rudolstadt 1878, S. 59.



### Dritter Abschnitt.

## Gesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879.

---

#### 1. Entstehungsgeschichte des Nahrungsmittelgesetzes.

Die vor dem Erlasse des Nahrungsmittelgesetzes bestehende Gesetzgebung hatte es nicht zu hindern vermocht, dass die Verfälschung der Lebensmittel mehr und mehr um sich griff. Dieselbe hatte sich allmählich zu einem besonderen Gewerbe entwickelt, welches die Fortschritte der Wissenschaft eifrig verfolgte und zur eigenen Erweiterung und Vervollkommnung ausgiebig benutzte. Seit Mitte der siebziger Jahre wurden die Klagen immer lauter. Sie richteten sich nicht nur darauf, dass die Nahrungs- und Genussmittel durch Verfälschung an Nähr- und Kaufwert verlören, sondern wurden auch in dem Sinne erhoben, dass die Verfälschungen in einer die Gesundheit geradezu gefährdenden Weise vorgenommen würden. Die letztere Klage erstreckte sich überdies über den Kreis der Lebensmittel hinaus auf eine Reihe von Gebrauchsgegenständen, welche infolge ihrer besonders häufigen Verwendung und wegen der nahen Berührung, in die sie mit dem menschlichen Organismus kommen, in der fraglichen Hinsicht mit den Nahrungs- und Genussmitteln auf etwa gleicher Stufe stehen. Auch im Reichstage fanden diese Klagen bei ver-



schiedenen Gelegenheiten, so 1875 betreffs des Bieres bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Brausteuer, 1876 und 1877 allgemeiner bei Beratung des Etats des kaiserlichen Gesundheitsamtes ihren Wiederhall. Der Reichskanzler sah sich daher veranlasst, das Gesundheitsamt im Laufe des Jahres 1877 mit den Vorarbeiten zu einer gesetzlichen Regelung des Gegenstandes zu beauftragen.

Nachdem das einschlägige Material gesammelt und bearbeitet war, trat zur Prüfung der Angelegenheit im November 1877 unter dem Vorsitze des Direktors des Gesundheitsamtes eine Kommission zusammen, welche aus den Mitgliedern dieses Amtes, einem Kommissar des Reichs-Justizamtes und einer Reihe von medizinischen, chemischen und landwirtschaftlichen Sachverständigen bestand. Dieselbe bemühte sich zunächst, die thatsächlichen Verhältnisse möglichst umfassend festzustellen. In Betreff der gebräuchlichsten Nahrungs- und Genussmittel, nämlich Mehl, Konditorwaren, Zucker, Fleisch und Wurst, Milch, Butter, Bier, Wein, Kaffee und Thee, Chokolade, Mineralwasser, sowie einiger Gebrauchsgegenstände — Petroleum, Bekleidungsstoffe, Papier und Tapeten, Farben, Kinderspielwaren, Glasur von Thonwaren, Hausgeräte aus Metall, Email —, wurden die damals bekannt gewordenen Verfälschungsarten gesammelt. Die Kommission äusserte sich ferner gutachtlich darüber, ob und in welcher Weise aus diesen Verfälschungen oder aus einer krankhaften oder verdorbenen Beschaffenheit der Nahrungs- oder Genussmittel eine Gefahr für die menschliche Gesundheit sich ergebe, und inwieweit es nach dem zeitigen Stande der Wissenschaft und Technik möglich sei, den objektiven Thatbestand einer stattgehabten Verfälschung durch die Untersuchung festzustellen. Sodann hielt sie es für angemessen, in den Kreis ihrer Erwägungen auch die Frage zu ziehen, welche Stellung die Gesetzgebung dieser Lage der Dinge gegenüber einzunehmen, inwieweit dieselbe durch polizeiliche Vorbeugungsmassregeln und andererseits durch Strafbestimmungen einzugreifen habe. In dieser Beziehung gab die Kommission ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, dass die Frage, wie eine wirksame Kon-



trolle zur Verhütung der Gesetzesübertretungen auszuüben sei, mit derjenigen der Organisation der Gesundheitspflege im Ganzen in einem inneren Zusammenhange stehe; insbesondere erachtete sie zu einer erfolgreichen Bekämpfung der im Übrigen von ihr anerkannten Missstände die Errichtung einer ausreichenden Zahl technischer Untersuchungsstationen für erforderlich.

Das Ergebnis der Beratungen gipfelte darin, dass, wofern man die Schuld an den damaligen Verhältnissen nicht etwa einer mangelhaften Anwendung der bestehenden Gesetze beimessen wollte, ein Eingreifen der Gesetzgebung unvermeidlich sei.

Auf Grund der Kommissionsvorschläge wurde ein Gesetzentwurf im Reichs-Justizamt ausgearbeitet, welcher nach unwesentlicher Abänderung im Bundesrat am 22. März 1878 nebst Motiven und den vier Anlagen A bis D dem Reichstage vorgelegt wurde. Die Anlage A, betitelt „Materialien zur technischen Begründung eines Gesetzentwurfes gegen die Verfälschung der Nahrungs- und Genussmittel und gegen die gesundheitswidrige Beschaffenheit anderweitiger Gebrauchsgegenstände“, enthält eine im Gesundheitsamte ausgearbeitete Zusammenstellung der von der erwähnten Kommission gepflogenen technischen Erörterungen und behandelt in 13 Ziffern die ebenfalls oben namhaft gemachten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Sie bildet sowohl für den Richter, wie für den Sachverständigen ein wertvolles Material, um sich zu unterrichten, ohne dass sie indess für die Auslegung des Gesetzes bindend wäre. In Anlage B wird eine Darstellung der ausländischen gesetzlichen Bestimmungen über die Verfälschung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, in Anlage C eine vergleichende Zusammenstellung von Bestimmungen aus den Gesetzgebungen von Frankreich, Belgien, den Niederlanden, England, St. Gallen, Zürich und Österreich, in Anlage D eine Darstellung des auf die Verfälschung von Lebensmitteln bezüglichen englischen Rechts gegeben. Der in England bestehende Rechtszustand ist deshalb ausführlicher geschildert worden, weil die dort in dem vorangehenden Jahrzehnt gemachten Versuche, dem Übel auf dem



Wege der Gesetzgebung beizukommen, die hierbei zu überwindenden Schwierigkeiten am besten darthun, besonders aber weil die in diesem Lande endlich zustande gekommenen Gesetze für die im Deutschen Reiche angestrebte Änderung der Gesetzgebung als hervorragend nachahmungswerte Vorbilder erschienen.

Der Entwurf wurde am 1. April 1878 einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, welche denselben in zehn Sitzungen eingehend beriet und am 1. Mai einen ausführlichen Bericht erstattete. Bei den von ihr vorgeschlagenen, nicht unerheblichen Änderungen liess sich die Kommission von dem Gedanken leiten, dass man nicht ausschliesslich den gesundheitlichen Gesichtspunkt berücksichtigen dürfe, sondern auch die volkswirtschaftlichen Interessen, und zwar letztere in höherem Maasse, als der Entwurf es gethan habe, in Erwägung ziehen und jede Gewerbs- und Verkehrsbeschränkung, die nicht die Rücksicht auf das allgemeine Interesse gebieterisch fordere und bei der die Gewissheit des beabsichtigten Erfolges nicht zweifellos feststehe, vermeiden müsse.

Da der Entwurf wegen des inzwischen erfolgten Schlusses der Session nicht mehr erledigt wurde, liess ihn der Reichskanzler unter thunlichster Berücksichtigung der von der Kommission geäusserten Wünsche umarbeiten, um hin alsdann dem Bundesrate und dem Reichstage von Neuem vorzulegen. Auch die Materialien zur technischen Begründung des Entwurfs waren vom kaiserlichen Gesundheitsamte gemäss den Fortschritten der Wissenschaft und den Bereicherungen der praktischen Erfahrung auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei einer teilweisen Umarbeitung unterzogen worden.

Am 25. Februar 1879 wurde die Vorlage wiederum einer Kommission überwiesen, welche zum Teil aus denselben Mitgliedern, wie die frühere, bestand und diesmal nur wenige Änderungen vorschlug. Am 1. und 2. April 1879 fand die zweite, am 28. April die dritte Plenarberatung statt. Am 30. April erfolgte die Annahme des Gesetzes im Ganzen. Dasselbe wurde, nachdem auch der Bundesrat den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hatte, von Sr. Majestät



dem Kaiser unter dem 14. Mai 1879 vollzogen und demnächst im Reichsgesetzblatt S. 145 verkündet. Rechtliche Verbindlichkeit (s. S. 2) erlangte es am 5. Juni 1879. — Auf die Insel Helgoland ist das Gesetz, ebenso wie die Gesetze über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, über die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben etc. und über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, nebst Ausführungsbestimmungen mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1893 an durch kaiserliche Verordnung vom 24. Juli 1893<sup>1)</sup> ausgedehnt worden.

## 2. Inhalt des Nahrungsmittelgesetzes. (Vgl. den Wortlaut desselben im Anhange.)

Das Gesetz, welches kurzweg gewöhnlich als Nahrungsmittelgesetz (N.-M.-G.) bezeichnet wird, verfolgt im wesentlichen zwei Ziele. Diese bestehen in der Verhütung und Bekämpfung erstens der Unlauterkeit im Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln und zweitens der Gefahren für Leben und Gesundheit, welche durch den Genuss oder Gebrauch der Nahrungs- und Genussmittel und gewisser Gebrauchsgegenstände bedingt sind. Der Gesetzgeber ging davon aus, dass eine Beseitigung oder doch Verringerung der Lebensmittelverfälschung und ihrer Folgen durch den Erlass von Strafvorschriften allein nicht erreichbar sei, sondern gleichzeitig einer vorbeugenden Kontrolle bedürfe. Man war sich ferner darüber einig, dass letztere nur in die Hände der Polizei gelegt werden könne. Nur wenn das Feilhalten und der Verkauf von Nahrungsmitteln u. s. w. einer genügenden Beaufsichtigung seitens der hierzu berufenen Organe der Polizei unterliege, sei einige Aussicht vorhanden, dem Fälschungsunwesen mit Erfolg beizukommen. Daneben sind die bestehenden Strafbestimmungen ergänzt worden. Es handelt sich thatsächlich nur um eine Ergänzung derselben, nicht um ihre Aufhebung, vielmehr können sie in geeigneten Fällen auch jetzt noch, allein oder neben den neueren Strafvorschriften zur Anwendung

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 236; Veröff. 1893, S. 614.



kommen. Dasselbe gilt im allgemeinen von den Bestimmungen, welche in den Einzelstaaten über Nahrungsmittel u. s. w. erlassen sind. In den Motiven des Gesetzesentwurfs wird ausdrücklich anerkannt, dass namentlich gewissen lokalen Bedürfnissen nur im Wege lokaler Verordnungen wirksam entsprochen werden kann. Neben der übereinstimmenden Regelung derjenigen einschlägigen Verhältnisse, welche überall wesentlich gleiche sein werden, für das Reich soll die landesrechtliche Befugnis zum Erlasse von Vorschriften auf dem nämlichen Gebiete an sich unberührt bleiben. Ferner wird als selbstverständlich bezeichnet, dass die Befugnisse der Landesgesetzgebung, aus steuerlichen Rücksichten die Fabrikation von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie den Verkehr mit solchen zu regeln und hierauf bezügliche Strafbestimmungen zu erlassen, durch das Nahrungsmittelgesetz überhaupt nicht berührt werden.

Wenn das Nahrungsmittelgesetz auch in erster Reihe die Gewerbetreibenden, insbesondere solche, welche in Läden oder auf Märkten Waren feilbieten oder sonst in Verkehr bringen, berührt, so ist es doch weder ausschliesslich für diese bestimmt, noch auf sie allein anwendbar.<sup>1)</sup>

Das Gesetz zerfällt in 17 Paragraphen, von denen die vier ersten die Bestimmungen über die vorbeugende Kontrolle enthalten. In den §§ 5 bis 7 wird der Erlass von Ausführungsbestimmungen vorgesehen. Die §§ 8 bis 16 enthalten die strafrechtlichen Vorschriften. Der letzte Paragraph bezieht sich auf die öffentlichen Untersuchungsanstalten.

#### (§§ 1 bis 4.)

Zum Zwecke der vorbeugenden Kontrolle wird durch § 1 eine Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln, sowie mit gewissen Gebrauchsgegenständen vorgesehen. Der Kreis der letzteren beschränkt sich auf Spielwaren, Tapeten, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und Petroleum.

---

<sup>1)</sup> Urteil des Reichsgerichts v. 11. Dez. 1885. Entsch. Bd. 7, S. 153; Veröff. 1886, S. 363.



Während hierdurch genau angegeben ist, welche Gebrauchsgegenstände unter den § 1, demnächst auch die §§ 2 bis 4 fallen, findet sich eine Bestimmung des Begriffs „Nahrungs- und Genussmittel“ an keiner Stelle dieses Gesetzes. Es kann daher nur aus dem sonstigen Inhalte, der Entstehungsgeschichte, den Motiven und Materialien des Gesetzes in Verbindung mit dem gewöhnlichen Wortsinn und dem Sprachgebrauch des Gesetzgebers an anderen Orten gefunden werden, was letzterer darunter verstanden wissen will. Der nämliche Ausdruck, wie im Nahrungsmittelgesetz, findet sich im § 370, Ziff 5 Str.-G. und in § 1, Ziff. 2 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 (jetzt vom 7. April 1891), der ähnliche „Getränke oder Esswaren“ in § 367, Ziff. 7 Str.-G. Eine ausdrückliche Erklärung der Bezeichnungen lassen aber auch diese Gesetze vermissen.

Aus der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist zunächst festzustellen, dass lediglich die für Menschen bestimmten Nahrungs- und Genussmittel gemeint sind.<sup>1)</sup> Eine ausführlichere Bestimmung sowohl des Begriffs „Nahrungsmittel“ als des Begriffs „Genussmittel“ im Sinne des Gesetzes (§ 370, Ziff. 5 Str.-G.) findet sich in einem Urteile des Reichsgerichts vom 9. April 1881.<sup>2)</sup>

Danach sind unter Nahrungsmitteln die Mittel zu verstehen, welche — es sei in fester oder flüssiger Gestalt — der Ernährung des menschlichen Körpers dienen, auch wenn zu deren Geniessbarkeit eine vorherige Zubereitung erforderlich ist. Der Begriff der Genussmittel ist weiter. Er umfasst alle Mittel bezw. Stoffe, welche, auch ohne der Ernährung zu dienen, von Menschen genossen zu werden pflegen. Der Begriff von geniessen ist im eigentlichen, nicht im uneigentlichen Sinne zu nehmen. Genussmittel im Sinne des Gesetzes sind nur solche, welche durch die menschlichen Organe dem Körper wirklich zugeführt und mit dem Genusse verbraucht werden. Gegenstände, welche, ohne diesem Erfordernisse zu entsprechen, für die menschlichen Sinne lediglich eine angenehme Empfindung, ein Wohlbehagen, einen Genuss in uneigentlicher Bedeutung hervorrufen, einen „Genuss bereiten“, fallen darunter nicht. Sodann wird ausgeführt, dass Blumen nicht zu den Genussmitteln gehören. Das Empfinden des Wohlgeruchs, welchen duftende Blumen verbreiteten,

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 2. Juli 1881. Rechtspr. Bd. 3, S. 456; desgl. v. 7. März 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 231.

<sup>2)</sup> Rechtspr. Bd. 3, S. 220; Entsch. Bd. 4, S. 72.



sei kein Genuss, wie ihn das Gesetz meine; der Genuss des Riechens sei kein Verbrauch der Blume.

Wie schon in dem vorstehend erwähnten Urteile vom Reichsgericht ausgesprochen wurde, ist die sofortige Geniessbarkeit eines Gegenstandes zur Feststellung des Begriffs „Nahrungs- und Genussmittel“ nicht erforderlich. Von Interesse ist in dieser Beziehung noch unter anderem ein Reichsgerichtsurteil vom 16. April 1888,<sup>1)</sup> worin es unter Bezugnahme auf das Nahrungsmittelgesetz heisst:

„Der allgemeine Sprachgebrauch begreift unter der Bezeichnung Nahrungs- oder Genussmittel auch diejenigen Gegenstände, welche nur erst nach vorgängiger Verarbeitung oder Zubereitung von Menschen genossen werden. Weder der Wortlaut des Nahrungsmittelgesetzes, noch die Entstehungsgeschichte des letzteren ergeben aber, dass der Gesetzgeber den Begriff des Nahrungs- oder Genussmittels in einem gegen den allgemeinen Sprachgebrauch beschränkten Sinne verstanden habe. (Vgl. auch Rechtspr. Bd. 3, S. 456, Bd. 4, S. 684.)“

Dieser Auffassung entsprechend können z. B. die zur Saat ausgesteckten Kartoffeln,<sup>2)</sup> Weizen, Gerste<sup>3)</sup> und selbst lebende Tiere als Nahrungs- und Genussmittel im Sinne des Gesetzes angesehen werden.

Über den Weizen äusserte sich das Reichsgericht a. a. O.: „Zwar ist der Weizen in unvorbereitetem Zustande nicht geeignet, als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen, dasselbe gilt aber auch von dem aus Weizen bereiteten Mehl.“

Dass lebende Tiere unter den Begriff „Nahrungs- und Genussmittel“ fallen können, hat das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen. Nach einem Urteil desselben vom 2. Dezember 1886,<sup>4)</sup> welches den Verkauf eines auffallende Krankheitserscheinungen aufweisenden Kalbes betraf, dessen Fleisch demnächst als geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen, erkannt wurde, sind lebende Tiere zu den Nahrungs- und Genussmitteln im Sinne des § 12 (14) zu rechnen, wenn dem Verkäufer bewusst war, dass die Tiere zu menschlicher Nahrung dienen sollten. In dem Urteile vom 16. April 1888<sup>1)</sup> wird es als bedenkenfrei bezeichnet,

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1888, S. 636. — <sup>2)</sup> Urteil v. 24. Febr. 1880. Rechtspr. Bd. 1, S. 385; Entsch. Bd. 1, S. 223. — <sup>3)</sup> S. Note 1 auf Seite 20; und Urteil v. 11. Dez. 1888. Veröff. 1889, S. 551. — <sup>4)</sup> Rechtspr. Bd. 8, S. 721; Veröff. 1887, S. 543. —



die Vorschriften der §§ 10, 11 N.-M.-G., falls im konkreten Falle die sonstigen im Gesetz bezeichneten Thatbestandsmomente gegeben erscheinen, auf lebende Tiere für anwendbar zu erklären, vorausgesetzt, dass das Tier von dem Angeklagten in Kenntnis des Umstandes, dass dasselbe alsbald getötet und von Menschen genossen werden sollte, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht worden ist. Aus einem Urteile des Reichsgerichts vom 6. Oktober 1892<sup>1)</sup> ferner erhellt, dass die Annahme, nicht schon der Verkauf lebenden erkrankten Viehes, sondern nur der Verkauf des nach dem Schlachten von ihm herrührenden gesundheitsschädlichen Fleisches werde von dem Gesetze bestraft, rechtsirrtümlich ist. Dagegen hat neuerdings das Oberlandesgericht Kiel in einem Urteile vom 8. November 1892<sup>2)</sup> unter eingehender Motivierung eine gegenteilige Auffassung vertreten. Es verneint die Frage, ob eine zum Schlachten und zur Wurstbereitung verkaufte kranke, noch lebende Kuh im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes überhaupt einen als Nahrungsmittel veräusserten Gegenstand darstellen kann, dessen Genuss die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist und erklärt, der in dem Urteile des Reichsgerichts vom 2. Dezember 1886 (s. oben) vertretenen Ansicht nicht folgen zu können.

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts können auch solche Gegenstände zu den Nahrungs- und Genussmitteln gezählt werden, welche, wie z. B. der Hopfen, zum Zwecke des Genusses einer Verbindung mit anderen Stoffen bedürfen.<sup>3)</sup> Cigarren sind vom Reichsgericht<sup>4)</sup> als Genussmittel bezeichnet worden. Die Eigenschaft eines Gegenstandes, wie z. B. des Lebensbitters, als Arzneimittel, schliesst dessen gleichzeitige Auffassung als Genussmittel nicht aus.<sup>5)</sup>

Die Unterscheidung zwischen Nahrungs- und Genussmitteln kann unter Umständen Schwierigkeiten bieten. Für

---

<sup>1)</sup> Entsch. Bd. 23, S. 242; Veröff. Beil. Bd. 2, S. 162\*. —

<sup>2)</sup> Ebd. S. 159\*. — <sup>3)</sup> Urteil v. 10. Juli 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 684.

— <sup>4)</sup> Urteil v. 31. März 1881. Rechtspr. Bd. 3, S. 848. — <sup>5)</sup> Urteil v. 13. Juli 1881. Entsch. Bd. 4, S. 393.



die Auslegung des Gesetzes ist sie indess ohne Bedeutung, da in demselben beide Bezeichnungen stets gleichzeitig aufgeführt werden, so dass es im einzelnen Falle nur der Feststellung bedarf, ob der betreffende Gegenstand unter den Sammelbegriff „Nahrungs- und Genussmittel“ fällt.

Die vorher erwähnte Beschränkung, welche im § 1 bezüglich der Gebrauchsgegenstände stattgefunden hat, war durch den Wunsch veranlasst worden, jeden über das Maass des Notwendigen hinausgehenden Eingriff in den gewerblichen Verkehr zu vermeiden. So ist der Verkehr mit Bekleidungsgegenständen, deren in den §§ 5 und 12 Erwähnung geschieht, von der Beaufsichtigung ausgeschlossen worden.

Zu den Spielwaren, unter denen nach den Motiven zum Gesetze die Kinderspielwaren zu verstehen sind, gehören unter anderen besonders die Tuschkästen, die Bilderbücher, Bleisoldaten, Holz- und Kautschukspielsachen. — Die Farben anlangend, geht die Absicht nicht dahin, die Farbenfabrikation einer Kontrolle zu unterwerfen, sondern nur die Anwendung der Farben bei solchen Gegenständen, die wegen ihrer Berührung mit dem menschlichen Organismus einen gesundheitsgefährlichen Einfluss haben können. — Als Ess-, Trink- und Kochgeschirr werden alle Gegenstände zu gelten haben, in denen Nahrungs- und Genussmittel zubereitet oder bis zum Verzehren aufbewahrt werden, oder mit denen letztere zum Zweck des Verzehrens in Berührung kommen. — Dem Petroleum wurde eine besondere Stelle eingeräumt, weil bei dem bisherigen Mangel einschlägiger Bestimmungen im Gegensatz zu anderen Staaten vielfach Petroleum von geringerer Beschaffenheit gerade nach dem Deutschen Reiche eingeführt wurde. Im übrigen wird auf die später zu besprechenden besonderen Bestimmungen, welche über Petroleum, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirre erlassen sind, verwiesen.

Worin die im § 1 vorgesehene „Beaufsichtigung“ besteht und innerhalb welcher Grenzen sie ausgeübt werden darf, ergibt sich aus den §§ 2 und 3.

§ 2 erteilt den Beamten der Polizei die Befugnis der Probeentnahme von den Gegenständen der in § 1 be-



zeichneten Art, d. h. also von Nahrungs- und Genussmitteln, von Spielwaren, Tapeten, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und von Petroleum, und zwar

1. soweit solche sich in Räumlichkeiten (s. auch S. 32) befinden, in denen sie feilgehalten werden, und

2. soweit sie an öffentlichen Orten, auf Märkten, Plätzen, Strassen oder im Umherziehen verkauft oder feilgehalten werden.

Um diese Befugnis im ersteren Falle ausüben zu können, wird den Beamten der Polizei die weitere Befugnis gegeben, in Räumlichkeiten, in denen Gegenstände der bezeichneten Art feilgehalten werden, während der üblichen Geschäftsstunden oder während die Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind, einzutreten.

In dem Falle der Ziffer 2 ist vom Verkaufen oder Feilhalten die Rede, sodass auch diejenigen Gegenstände der fraglichen Art, welche an öffentlichen Orten oder im Umherziehen auf Grund vorgängiger Bestellung, also ohne dass ein Feilhalten an Ort und Stelle des Verkaufs stattgefunden hat, verkauft werden, der Probeentnahme unterliegen. Andererseits genügt ein Feilhalten der Gegenstände, ohne dass es zum Verkaufe derselben kommt, zur Probeentnahme in den Fällen beider Ziffern.

Bezüglich der Begriffe „Feilhalten“ und „Verkauf“ wird auf die Ausführungen auf S. 29 ff. verwiesen.

In dem Falle der Ziff. 1 ist die Befugnis zum Eintritt und zur Probeentnahme lediglich auf solche Räumlichkeiten beschränkt, in denen die fraglichen Gegenstände feilgehalten werden; sie bezieht sich nicht auch auf die Herstellungs- oder Aufbewahrungsräume. Die Zeit, innerhalb welcher diese Befugnisse ausgeübt werden dürfen, ist nach den Motiven zum Gesetze nicht etwa nach den allgemeinen Orts- oder Geschäftsgewohnheiten zu bestimmen; vielmehr sind unter „üblichen Geschäftsstunden“ nur die in dem betreffenden Geschäft üblichen Stunden gemeint. Daraus folgt, dass die Beamten der Polizei auch dann ein Recht zum Eintritt haben, wenn die Räumlichkeiten während dieser Stunden ausnahmsweise vorübergehend dem Verkehr verschlossen sind. Die weitere Bestimmung „oder während



die Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind“ gewährt ihnen die gleiche Befugnis, falls dies, wie z. B. zur Weihnachtszeit, ausserhalb der üblichen Geschäftszeit geschieht.

Die Probeentnahme erfolgt zwar, wie § 2 weiter bestimmt, nach Wahl der Polizeibeamten, doch soll ihnen nach Absicht des Gesetzgebers ein eigentliches Durchsuchungsrecht damit nicht eingeräumt werden. Als Zweck der Entnahme der Proben wird eine Untersuchung derselben bezeichnet, welche insoweit erforderlich wird, als der Augenschein allein den Polizeibeamten ein sicheres Urtheil nicht gestattet. Bei Entnahme von Proben haben letztere eine Empfangsbescheinigung zu geben, auch sind sie verpflichtet, dem Besitzer auf Verlangen einen Teil der Probe amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen. Dies geschieht zum Zweck der Vergleichung, falls bestritten oder sonst zweifelhaft wird, dass die untersuchte Probe auch die entnommene war.

Für die entnommene Probe ist Entschädigung in Höhe des üblichen Kaufpreises zu leisten. Es wird absichtlich nur von einer Entschädigung, nicht von einer Bezahlung, wie sie bei einem regelrechten Kauf zu leisten ist, gesprochen. Daher kann auch nicht Baarzahlung beansprucht werden, sondern zunächst wird lediglich eine Empfangsbescheinigung gegeben. Die thatsächliche Leistung der Entschädigung hängt von dem Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung ab.

Die nähere Ausführung der in den vorstehenden Bestimmungen den Polizeibeamten erteilten Befugnisse ist Dienstanweisungen überlassen.

Die Frage, wem die durch die polizeilichen Untersuchungen erwachsenen Kosten zur Last fallen, war in dem ursprünglichen Gesetz unerörtert geblieben. Nachdem später das Bedürfnis zur Regelung derselben zu Tage getreten war, erfolgte diese durch einen Zusatz zu § 16 (s. unten).

Der mit der Beaufsichtigung verfolgten Absicht eines vorbeugenden Schutzes entsprechend sind die fraglichen Befugnisse allen Personen gegenüber anwendbar, welche Gegenstände der bezeichneten Art feilhalten oder verkaufen. Wesentliche Erweiterungen erfahren sie nach § 3 denjenigen



gegenüber, welche auf Grund der §§ 10, 12, 13 des Nahrungsmittelgesetzes zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt sind. Bei solchen nämlich dürfen die Beamten der Polizei vom Eintritt der Rechtskraft des Urteils bis zum Ablauf von drei Jahren nach Verbüßung, Verjährung oder Erlass der Freiheitsstrafe sowohl in den Räumlichkeiten, in welchen die fraglichen Gegenstände feilgehalten werden, als in denjenigen, welche zur Aufbewahrung oder Herstellung solcher zum Verkauf bestimmter Gegenstände dienen, während der zuvor angegebenen Zeit Revisionen vornehmen. Die Vornahme dieser Revisionen, welche als wirkliche Durchsuchungen schon an sich, sodann durch ihre Ausdehnung auf die Aufbewahrungs- und besonders auf die Herstellungsräume eine erhebliche Verschärfung der Beaufsichtigung bilden, ist demnach von folgenden Bedingungen abhängig, 1. von einer Verurtheilung auf Grund bestimmter Paragraphen des Nahrungsmittelgesetzes, 2. von der Strafe, auf welche erkannt ist — aus § 10 wenigstens kann auch auf Geldstrafe allein erkannt werden —, 3. von der Zeit in zwiefacher Beziehung, nämlich a. im Ganzen (innerhalb drei Jahren u. s. w.), b. an jedem Tage (während der üblichen Geschäftsstunden u. s. w.) und 4. von der Bestimmung der in Betracht kommenden Gegenstände zum Verkauf. Bei Erfüllung dieser Bedingungen aber können diese Revisionen ohne weiteres, also auch ohne dass es etwa einer besonderen Anordnung im Strafurteil dazu bedürfte, vorgenommen werden. Ferner sind sie durchaus unabhängig von den Haussuchungen, welche bei Stellung unter Polizeiaufsicht (s. S. 6), auf deren Zulässigkeit aus § 13 N.-M.-G. erkannt werden kann, stattfinden. Auch in ihrer Ausführung bieten sie letzteren gegenüber der Zeit, wie der Örtlichkeit nach, auf welche sie sich erstrecken, Verschiedenheiten dar, insofern die Revisionen innerhalb einer Frist von drei Jahren nur zu bestimmten Stunden und nur in den vorher angegebenen Räumen, die Haussuchungen innerhalb einer Frist bis zu fünf Jahren — gemäss Feststellung derselben seitens der Landespolizeibehörde in jedem einzelnen Falle — zu jeder Zeit und in sämtlichen Räumlichkeiten vorgenommen werden dürfen, allerdings unter der Voraussetzung, dass



ein bestimmter Anlass dazu vorliegt, dessen es bei den Revisionen nicht bedarf.

Die Einbeziehung der Herstellungsräume ist für die Beweisführung vor Gericht insofern von grossem Wert, als dadurch die Möglichkeit geboten wird, die bei der Herstellung von Nahrungsmitteln u. s. w. zu benutzenden Stoffe unverarbeitet in die Hand zu bekommen. Welche Räume dazu gehören, hängt von der Beschaffenheit des Nahrungsmittels ab. Es können ebensowohl Fabriken, wie Mühlen, Backstuben, die Küchen von Restaurationen u. s. w. sein.

Welche Behörden und Beamten zu den in den §§ 2 und 3 bezeichneten Massnahmen zuständig sind, richtet sich gemäss § 4 nach den einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen, d. h. Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen u. s. w. der Einzelstaaten. Soweit hierüber nicht besondere Anordnungen getroffen sind (s. die Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes unter Ziff. 3 und diejenigen über einzelne Nahrungsmittel u. s. w. im V. Abschnitt), hat es bei den Bestimmungen der allgemeinen Organisation der Behörden sein Bewenden. Von einer besonderen Organisation für das Reich ist in dieser Beziehung demnach abgesehen worden.

Sodann stellt § 4 ausdrücklich fest, dass die in den §§ 2 und 3 getroffenen Anordnungen nur das Mindeste enthalten, was gefordert werden soll, während landesrechtliche Bestimmungen, welche der Polizei weitergehende Befugnisse geben, unberührt bleiben. Vgl. die Ausführungen in Ziff. 2 des II. Abschnitts auf S. 9, sowie die Bestimmungen über einzelne Nahrungsmittel u. s. w. im V. Abschnitt.

Über die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 2 bis 4 trifft § 9 Bestimmung. Danach wird die Verweigerung des Eintritts in die betreffenden Räumlichkeiten, der Probeentnahme und der Revision, soweit letztere zulässig ist, mit Geldstrafe von 50 bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft. Die Zuwiderhandlungen kennzeichnen sich hierdurch als Übertretungen im Sinne des § 1 Str.-G.



Die Strafe geht aber, weil der Mindestbetrag auf 50 Mark festgesetzt ist, über die in § 367, Ziff. 7 Str.-G. angedrohte hinaus. Selbstverständlich bezieht sie sich nur auf einfache Verweigerungen, während bei gewaltsamem oder mit Drohung verbundenem Widerstande die §§ 113 ff. Str.-G. zur Anwendung kommen.

Einer Besprechung bedürfen noch die in § 2 vorkommenden Begriffe des Feilhaltens (s. auch § 3) und Verkaufens. Dieselben finden sich ferner in den §§ 5, 6, 10 (und 11), 12 (und 13 bis 15). Neben dem Feilhalten kennt der Sprachgebrauch auch die Bezeichnung „Feilbieten“, welche zur Feststellung des ersteren Begriffs ebenfalls erwähnt werden muss. Wenn auch in § 2 (3) die Bezeichnungen „Feilhalten“ und „Verkaufen“ allgemein gebraucht werden, während, wie kurz vorweg bemerkt werden mag, in den §§ 10 ff. nur das Feilhalten und Verkaufen verdorbener, nachgemachter oder verfälschter Nahrungs- oder Genussmittel, in den §§ 12 ff. dasjenige mindestens gesundheitsschädlicher Nahrungs-, Genussmittel oder Gebrauchsgegenstände in Frage kommt — wegen §§ 5, 6 s. unten — so bleiben diese Begriffe an sich doch die nämlichen, sodass die der Übersichtlichkeit wegen erwünschte gemeinsame Besprechung derselben angängig sein dürfte. Aus dem gleichen Grunde empfiehlt es sich, schon an dieser Stelle den umfassenderen Begriff des Inverkehrbringens heranzuziehen, welcher sich in den §§ 12 ff. findet. Da aus den letzteren Paragraphen auch der Versuch strafbar ist, ergibt sich für die Erörterung ferner die Notwendigkeit einer Unterscheidung des versuchten und vollendeten Feilhaltens, Verkaufens und Inverkehrbringens.

Das Nahrungsmittelgesetz selbst giebt für keinen dieser Begriffe eine nähere Bestimmung; höchstens lässt sich aus den Worten des § 12 „verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt“ ersehen, dass das Verkaufen und Feilhalten besondere Arten des Inverkehrbringens sind, der letztere Begriff mithin der weitere ist. Dass die in Rede stehenden Bezeichnungen aber sämtlich einer verschiedenen Auffassung fähig sind, erhellt aus der Thatsache, dass sie vielfach die Handhabe zur Ergreifung der Rechtsmittel der Berufung



und Revision geboten und infolge dessen den Gerichten Anlass zu ihrer Erörterung gegeben haben.

Unter „**Feilhalten**“ im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes ist nach der vom Reichsgericht gegebenen Erklärung jedes Bereithalten zum Verkauf an das Publikum, also an jeden Erwerbslustigen, anzusehen. Es besteht in einer ausdrücklichen oder durch konkludente (s. S. 4) Handlungen abgegebenen Erklärung, gewisse, meistens unmittelbar zur Hand befindliche Gegenstände verkaufen zu wollen, und zwar in dieser Erklärung nicht gegenüber einer bestimmten Person, sondern gegenüber dem Publikum, und nicht notwendig, ja nicht einmal regelmässig, unter Ankündigung bestimmter Preise<sup>1)</sup>. Zur Feststellung dieses Begriffs gehört als subjektives Moment die Absicht des Verkaufs, als objektives das äusserlich erkennbare Zugänglichmachen zum Verkauf (Ausstellen)<sup>2)</sup>.

Hiernach fallen unter den Begriff des Feilhaltens zweifellos alle jene Fälle, in denen Nahrungsmittel u. s. w. in den jedermann zugänglichen Läden oder auf Märkten zum Verkauf ausgestellt sind, oder in denen solche auf Märkten oder im Umherziehen ausgerufen werden.

In den letzteren Fällen handelt es sich gleichzeitig um ein Anpreisen oder **Feilbieten**, welches zur Feststellung des Begriffs des Feilhaltens indess nicht einmal erforderlich ist.<sup>1)</sup>

Nach einem Beschlusse des kgl. sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden v. 28. Okt. 1886<sup>3)</sup> ist das Anpreisen oder Feilbieten, sei es gegenüber mehreren oder auch nur einem Kauflustigen, eine Thatsache, welche für den Begriff des Feilhaltens nicht wesentlich ist, vielmehr lediglich ein Indiz (Anzeichen) dafür abgiebt, dass der Besitzer der Waren diese mit der Absicht des Verkaufs bereit und deshalb feilhält.

Ebenso wenig wie ein Anpreisen ist ein Zurschaustellen

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 8. Febr. 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 137. Desgl. v. 15. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 47. Desgl. v. 8. Mai 1884. Meyer und Finkelnburg a. a. O., S. 18.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 4. Juni 1881. Entsch. Bd. 4, S. 274; Rechtspr. Bd. 3, S. 373.

<sup>3)</sup> Annal. d. pp. Oberlandesger. Bd. 8, S. 393 u. 405; Veröff. 1887, S. 674.



des betreffenden Nahrungsmittels u. s. w. zum Feilhalten erforderlich.<sup>1)</sup> Das äusserlich erkennbare Zugänglichmachen zum Verkaufe (Ausstellen) braucht nicht ein Zurschaustellen zu sein.<sup>2)</sup> Wenn beispielsweise eine bestimmte Verkaufsstelle auf dem Wochenmarkte dem Verkaufe von Fleisch dient, so wird die Annahme, dass das dorthin gebrachte Fleisch feilgehalten werde, dadurch nicht gehindert, dass es sorgfältig verpackt (zu besserem Schutze) oder vor gewissen Personen (revidierenden Beamten) versteckt gehalten wird.

In einem Falle dieser Art, in welchem finniges Fleisch von der Angeklagten auf dem Markte in einem Korb unter ihrem Verkaufsstande verpackt, für Kauflustige zur Hand gehalten wurde, sprach sich das Reichsgericht dahin aus, dass zum Begriff des Feilhaltens jedes Bereithalten für das Publikum zum Verkauf genügt, ohne dass es dazu besonderer Einrichtungen, insbesondere einer Aufstellung oder Lagerung der zu verkaufenden Gegenstände bedarf, vermöge welcher dieselben dem Kauflustigen in die Augen fallen.<sup>3)</sup>

Das äusserlich erkennbare Zugänglichmachen wird andererseits regelmässig ein Anzeichen für die Verkaufsabsicht sein, vermag dieselbe jedoch nicht ohne weiteres zu ersetzen. Die Absicht kann auch eine beschränkte, von Voraussetzungen oder Bedingungen abhängige sein, bei deren Fehlen dann der subjektive Thatbestand des Feilhaltens (nämlich die Verkaufsabsicht) fehlt.<sup>2)</sup> Wenn jemand z. B. unreifes Obst auf seinem Marktstande nicht anders als zum Kochen verkaufen will, so hat er es auch nicht anders als zum Kochen feilgehalten.

Als ein für das Feilhalten im Sinne des Gesetzes wesentliches Erfordernis wurde oben bezeichnet, dass ein Nahrungsmittel u. s. w. nicht zum Verkaufe an eine bestimmte Person (vergl. unten „Verkaufsversuch“), sondern an das Publikum bereit gehalten wird. Das Wort „Publikum“ ist indess nicht immer im weitesten Sinne des Wortes auf-

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 8. Febr. 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 137. Desgl. v. 15. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 47. Desgl. v. 8. Mai 1884. Meyer und Finkelnburg a. a. O., S. 18.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 4. Juni 1881. Entsch. Bd. 4, S. 274; Rechtspr. Bd. 3, S. 373.

<sup>3)</sup> Desgl. d. Reichsgerichts v. 27. Mai 1887. Veröff. 1888, S. 279.



zufassen. Nach dem Reichsgerichte ist vielmehr der Begriff des Feilhaltens auch dann nicht ausgeschlossen, wenn im Einzelfalle mit Rücksicht auf die Natur des Gegenstandes thatsächlich und nach Absicht des Feilhaltenden eine Beschränkung des Feilhaltens auf eine bestimmte Gattung, einen begrenzten Kreis von Abnehmern stattgefunden hat.<sup>1)</sup> Lediglich ein in diesem Sinne begrenztes Publikum kommt im Grosshandel allgemein in Betracht. Auch das kgl. sächsische Oberlandesgericht hat in dem oben erwähnten Beschlusse<sup>2)</sup> ausgesprochen, dass eine Beschränkung des Begriffs „Feilhalten“ auf die gewöhnlichen Fälle des Bereithaltens der Waren in Läden, Verkaufsbuden, Markthallen u. s. w. den Absichten des Gesetzes ebenso wenig entsprechen würde, wie eine Ausdehnung desselben auf den Fall, wenn zwischen der bereitstehenden Ware und dem Aufenthaltspunkte desjenigen, dem sie als Abnehmer empfohlen wird, räumlich eine solche Entfernung vorhanden ist, dass von einem gegenwärtigen Kaufsobjekte nicht gesprochen werden kann. Die Beschaffenheit der örtlichen und sonstigen Verhältnisse sind hier im Einzelfalle ausschlaggebend. Unter den letzteren kommt auch die Zeit in Betracht. So ist nach einem Urteil des Reichsgerichts<sup>3)</sup> das blosse Öffnen des Ladens vor Beginn der Verkaufszeit noch nicht ein Feilhalten des im Laden enthaltenen gesundheitsgefährlichen Fleisches, weil es nach dem Willen des Verkäufers erst von einer Untersuchung der im Laden befindlichen Waren abhängen sollte, welche von denselben zum Verkaufe zu bestimmen seien. Ferner fallen Verrichtungen, welche nach Absicht des Geschäftsmannes zu erfolgen haben, ehe die Ware dem Publikum zugänglich wird, wie das Bringen von Fleisch (einer perlsüchtigen Kuh) in den Schlachtraum, welcher regelmässig nur zum Zurichten der Waren dient, nicht unter den Begriff des Feilhaltens.<sup>4)</sup>

Aus der Feststellung des Begriffs des Feilhaltens ergibt

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 2. Nov. 1886. Veröff. 1887, S. 30.

<sup>2)</sup> S. Note 3 auf S. 29.

<sup>3)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 14. Jan. 1886. Veröff. 1886, S. 410.

<sup>4)</sup> Desgl. v. 11. Mai 1886. Veröff. 1886, S. 683.



sich unmittelbar, in welche Räumlichkeiten die Beamten der Polizei zum Zwecke der Probeentnahme einzutreten aus § 2 befugt sind. Insbesondere weist die Erläuterung des Wortes „Publikum“ darauf hin, dass als solche nicht bloss die offenen Verkaufsläden, welche dem Kleinverkaufe dienen, sondern unter Umständen auch gewisse Räumlichkeiten in den Fabriken und Lagereien in Betracht kommen. Die Entscheidung darüber im einzelnen Falle wird allerdings davon abhängen, ob die betreffende Räumlichkeit zum Bereithalten von Nahrungsmitteln für das Publikum zum Verkauf im Sinne der obigen Ausführungen dient. Beispielsweise würde ein Schlachthaus als eine solche Räumlichkeit anzusehen sein, wenn der Besitzer desselben gewohnt ist, seine Waren an einer dort befindlichen Verkaufsfleischbank, wie sie von den Fleischern bei den Verkaufsständen benutzt werden, zum Zwecke des Verkaufs aufzuhängen.

Über den Unterschied zwischen vollendetem und versuchtem Feilhalten äusserte sich das Reichsgericht unter anderem am 5. Juni 1890.<sup>1)</sup> Vollendung des Feilhaltens liegt vor, wenn die vollständige Bereitschaft der Ware zum Verkauf an das Publikum (in einem demselben zugänglichen Verkaufsort) stattfand und ein Versuch des Feilhaltens ist vorhanden, wenn mit der Bereitstellung der Ware zum Verkauf an das Publikum begonnen worden ist. Diese Unterscheidung steht mit der im § 43 Str.-G. gegebenen Bestimmung des Begriffs des strafbaren Versuchs überhaupt im Einklang. Danach ist wegen Versuchs zu bestrafen, wer den Entschluss, ein Verbrechen oder Vergehen zu verüben, durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses Verbrechens oder Vergehens enthalten, bethätigt hat, wenn das beabsichtigte Verbrechen oder Vergehen nicht zur Vollendung gekommen ist. Der Versuch einer Übertretung (s. §§ 8, 9, 11 N.-M.-G.), beispielsweise der Versuch, einem Polizeibeamten die Entnahme einer Probe zu verweigern, ist also straflos; der Versuch eines Vergehens wird, wie § 43 Str.-G. weiter vorschreibt,

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 5. Juni 1890. Veröff. 1891, S. 304.



nur in den Fällen bestraft, in welchen das Gesetz dies ausdrücklich bestimmt. In § 10 N.-M.-G. ist dies nicht geschehen, wohl aber in § 12. Im letzten Absatze dieses Paragraphen, sowie im § 13, in denen von Verbrechen die Rede ist, bedurfte es schon deshalb der ausdrücklichen Bestimmung nicht. Ein strafbarer Versuch, sei es des Feilhaltens oder des Verkaufs oder des sonstigen Inverkehrbringens, kommt demnach im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes nur dann in Frage, wenn es sich um Nahrungs- oder Genussmittel oder gewisse Gebrauchsgegenstände handelt, deren Genuss oder Gebrauch die menschliche Gesundheit zu beschädigen oder gar zu zerstören geeignet ist. Auch in diesen Fällen bleibt der Versuch als solcher nach § 46 Str.-G. straflos, wenn der Thäter 1. die Ausführung der beabsichtigten Handlung aufgegeben hat, ohne dass er an dieser Ausführung durch Umstände gehindert worden ist, welche von seinem Willen unabhängig waren, oder 2. zu einer Zeit, zu welcher die Handlung noch nicht entdeckt war, den Eintritt des zur Vollendung des Verbrechens oder Vergehens gehörigen Erfolges durch eigene Thätigkeit abgewandt hat. — Es könnte noch in Frage kommen, ob sich die Bestimmung des § 12 N.-M.-G. „der Versuch ist strafbar“ auch auf die in § 14 unter Strafe gestellten Handlungen aus Fahrlässigkeit bezieht. Diese Frage muss schon deshalb verneint werden, weil, wie das Reichsgericht am 2. November 1885<sup>1)</sup> ausgeführt hat, der Versuch nach § 43 Str.G. (d. h. also der strafbare Versuch) begriffsgemäss den Entschluss, ein Delikt (Vergehen oder Verbrechen) zu begehen, mithin vorsätzliches Handeln und beabsichtigte Gesetzesverletzung voraussetzt und sich daher ein Versuch von Handlungen, deren Strafbarkeit darauf beruht, dass bei denselben die erforderliche Aufmerksamkeit zur Abwendung voraussehbarer Folgen nicht angewandt wurde, nicht denken lässt. Der Versuch z. B. einer fahrlässigen Veräusserung von gesundheitsschädlichem Fleisch ist also im Sinne des Strafgesetzbuches nicht denkbar, mithin auch nicht strafbar.

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 2. Nov. 1885. Rechtspr. Bd. 7, S. 634; Veröff. 1886, S. 114.



Wie die Versuchs- von den vollendeten Handlungen zu unterscheiden sind, so ist andererseits zu untersuchen, ob nicht bloss Vorbereitungshandlungen vorliegen. Das Reichsgericht äusserte sich am 20. November 1886<sup>1)</sup> hierüber folgendermaassen:

„Wenn auch im allgemeinen die Grenzlinie zwischen Vorbereitungs- und Versuchshandlungen keine feste ist und es deshalb in der Regel eine Frage lediglich thatsächlicher Natur sein wird, ob eine Handlung in den Kreis jener oder dieser fällt, folgt doch aus dem Wortlaute des § 43 des Strafgesetzbuchs als zweifellose Voraussetzung des strafbaren Versuchs, dass mit der Ausführung wenigstens einer der zum Thatbestand der beabsichtigten Straftat gehörigen Handlungen der Anfang gemacht ist.“

Ein solcher Anfang der Ausführung des Feilhaltens, von dem hier zunächst die Rede ist, kann darin liegen, dass der feilzuhaltende Gegenstand in diejenige Form und Lage gebracht wird, die ihn unmittelbar zum Absatze geeignet macht. So ist beispielsweise das Zertheilen des Fleisches in Stücke von verschiedenem, auf die Wünsche der Kauflustigen berechnetem Gewichte und das Zurhandstellen derselben unmittelbar am Laden als Versuch des Feilhaltens angesehen worden<sup>2)</sup>. Ein strafbarer Versuch des Feilhaltens ist ferner in einem Falle angenommen worden, in welchem gesundheitsgefährliches Fleisch nach dem Verkaufslokal geschafft war und dort behufs Bereitstellung zum Verkauf zur Dämpfung des üblen Geruchs mit Wasser berieselt wurde<sup>3)</sup>, sowie in einem Falle, in welchem das zur Füllung von schon vorher durch Händler bestellter Wurst verarbeitete (teils in Würfel zerschnittene, teils bereits durch eine Maschine zerkleinerte) gesundheitsschädliche Fleisch auf einem Tische in dem zum Handel mit Fleischwaren dienenden Raume des Angeklagten vorgefunden wurde<sup>4)</sup>. Dagegen wurde in einem Falle, in welchem es sich um die Beförderung von gesundheitsschädlichem kauf-

---

<sup>1)</sup> Entsch. Bd. 15, S. 56; Veröff. 1887, S. 584. Vgl. auch Entsch. Bd. 9, S. 81.

<sup>2)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 1. Nov. 1881. Entsch. Bd. 5, S. 145.

<sup>3)</sup> Desgl. v. 15. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 46.

<sup>4)</sup> Desgl. v. 6. Mai 1890. Veröff. 1891, S. 14.



gerecht, wie zum Verkauf für den menschlichen Genuss in Stücke zerlegtem Fleische vom Schlachtorte nach einem anderen Orte handelte, um es dort auf den Markt zu bringen, ein Verkaufsort aber weder schon besorgt, noch in sichere Aussicht genommen war, die Annahme eines versuchten Feilhaltens für nicht ausreichend begründet erachtet. Der letzte Versuchsakt sei nicht in dem Transport gegeben, sondern würde in dem Besorgen einer Verkaufsstelle und in der Beförderung des Fleisches vom Bahnhofe nach derselben bzw. in dort behufs des Feilhaltens getroffenen Maassregeln gelegen haben<sup>1)</sup>. In diesem Falle lag also lediglich eine straflose Vorbereitungshandlung vor.

Das Thatbestandsmerkmal des **Verkaufs** erfordert Verhandlungen mit einer bestimmten Person als Käufer.<sup>2)</sup> Im Hinblick auf den vollendeten Verkauf äusserte das Reichsgericht,

die Ansicht, dass schon derjenige eine Sache „verkauft“ habe, welcher in ausreichender Form einem anderen den Willen zu erkennen gegeben habe, ihm das Eigentum einer Sache gegen Zahlung eines Preises abzutreten und dass einem solchen „Verkaufe“ gegenüber die Annahme des Angebots von der anderen Seite den „Kauf“ im engeren Sinne darstelle, verkennt völlig die zweiseitige Natur des rechtlich ein Ganzes bildenden Kaufvertrages, welcher zwar vom Standpunkte des einen Kontrahenten als Verkauf und von demjenigen des anderen als Kauf bezeichnet wird, stets aber die erfolgte Willenseinigung beider Teile zur notwendigen Voraussetzung hat.<sup>3)</sup>

Zu dem, was das Gesetz „Verkauf“ nennt, gehört aber nicht bloss der Vertragsabschluss, sondern auch die Erfüllung des Vertrages.<sup>4)</sup> Wenn jemand also z. B. gesundheitsschädliche Wurst als Nahrungsmittel verkauft, deren Gesundheitsschädlichkeit er selbst erst im Augenblicke der späteren Erfüllung des Vertrages kannte, so ist er gleichwohl aus § 12 N.-M.-G., eventuell in Verbindung mit § 14 strafbar. Ebenso gehört die Erfüllung zu dem, was das Gesetz als „Inverkehrbringen“ (s. S. 37) bezeichnet.<sup>5)</sup>

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsger. v. 24. Okt. 1887. Veröff. 1888, S. 368. — <sup>2)</sup> S. Note 1 auf Seite 32. — <sup>3)</sup> Urteil v. 26. April 1887. Veröff. 1887, S. 634. — <sup>4)</sup> Desgl. v. 26. Sept. 1892. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 151\*. — <sup>5)</sup> Desgl. v. 30. März 1881. Entsch. Bd. 4, S. 92.



Zu dem Verkaufe im Sinne des Gesetzes gehört auch die Verabfolgung von Nahrungsmitteln, welche als teilweise Erfüllung eines Vertrages über Verabfolgung von Wohnung und Kost gegen Entgelt (Pension) abgegeben werden, indem unter Verkaufen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes nichts anderes zu verstehen sei als Verkaufen im Sinne des Zivilrechtes. Ein solcher Vertrag sei nicht als ein einheitliches Rechtsgeschäft aufzufassen, sondern die einzelnen Teile desselben müssten nach der ihnen zukommenden besonderen Natur, unter Berücksichtigung des Einflusses ihrer Verbindung mit einander, beurteilt werden. Anderenfalls würde der Zweck des Nahrungsmittelgesetzes gerade denjenigen Berufskreisen gegenüber vereitelt, die beim Verkaufe zubereiteter Speisen am meisten in Betracht kämen: den Gastwirten, die ihren Gästen ausser der Kost auch Wohnung und Bedienung — und zwar in vielen Fällen ohne Preisausscheidung (Pensionspreis) — gewährten.<sup>1)</sup>

Dem Verkaufe entsprechend erfordert der Verkaufsversuch wenigstens das Verkaufsangebot an eine bestimmte Person behufs Einleitung des mit dieser abzuschliessenden Kaufgeschäfts.<sup>2)</sup> So ist das Heranholen gesundheitsschädlichen Fleisches nach der Verkaufsbude ebensowenig als strafbarer Verkaufsversuch anzusehen, wie das Aufhängen von in Fäulnis übergehendem Kalbfleisch an einer Verkaufsfleischbank. Für die richtige Auffassung des strafbaren Verkaufsversuchs aus § 12 N.-M.-G. kommt in Betracht, dass dieser neben dem Verkaufen und dem Verkaufsversuche auch das Feilhalten bedroht und daher zwischen dem Feilhalten und dem Verkaufsversuch unterscheidet.

Mag man auch in dem öffentlichen Ausstellen eines zum Verkaufe bestimmten Gegenstandes ein allgemeines Verkaufsangebot erblicken, so ist dasselbe doch noch nicht der Anfang einer zum Thatbestande des nach § 12 strafbaren Verkaufs gehörenden Handlung.<sup>3)</sup> Der Verkaufsversuch setzt voraus, dass mit der Ausführung

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 23. Jan. 1893. Entsch. Bd. 23, S. 396.

<sup>2)</sup> S. Note 1 auf S. 32.

<sup>3)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 20. Nov. 1886. Entsch. Bd. 15, S. 56. Veröff. 1887, S. 584.



wenigstens einer zum Thatbestand des beabsichtigten Verkaufs gehörigen Handlung der Anfang gemacht ist. Das Feilhalten dagegen setzt einen bestimmten Käufer nicht voraus, besteht vielmehr im Gegenteile darin, dass das Nahrungsmittel gegenüber noch unbekannten Kauflustigen zum Verkaufe bereit gehalten wird.<sup>1)</sup>

Bei dem nur in den §§ 12, 13, 14 mit Strafe bedrohten **Inverkehrbringen** handelt es sich um einen viel weiteren Begriff, als bei dem Feilhalten oder Verkaufen, denn derselbe umfasst jede Art der Überlassung eines Gegenstandes an andere oder der Zugänglichmachung desselben, demnach auch das Verschenken, die Verwendung in der eignen Familie, die Überweisung an Dienstboten.<sup>2)</sup> In letzterer Beziehung hat das Reichsgericht ausgeführt, dass nicht abzusehen ist, weshalb die Angehörigen und das Gesinde des Besitzers oder Gewahrsaminhabers von dem für das gesamte Publikum bestimmten Schutze ausgeschlossen sein und der Familien- und Dienstvorstand ermächtigt sein soll, während er im eintretenden Falle allen sonstigen Personen gesundes Fleisch abgeben muss, gerade diesen ihm am nächsten Stehenden gegenüber seine Alimentationspflicht durch Gewährung von gesundheitsschädlichen Nahrungsmitteln zu erfüllen.<sup>3)</sup>

Selbst wenn ein gesundheitsschädliches Nahrungsmittel, wie z. B. mit Finnen starkdurchsetztes Fleisch, käuflich erworben ist, bildet die Rückgabe an den Verkäufer ein aus § 12<sup>1</sup> strafbares Inverkehrbringen, vorausgesetzt, dass dem Abgeber nicht nur die Gesundheitsschädlichkeit des Gegenstandes bekannt war, sondern auch dass derselbe mit der Voraussicht oder wenigstens mit dem Bewusstsein der Möglichkeit handelte, derjenige, dem der gesundheitsschädliche Gegenstand übergeben sei, werde diesen selbst

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 32. Vgl. auch Entsch. Bd. 5, S. 145, Bd. 6, S. 46.

<sup>2)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 13. Dez. 1880. Entsch. Bd. 3, S. 119; Rechtspr. Bd. 2, S. 633; v. 8. Mai 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 448; v. 23. Sept. 1887. Entsch. Bd. 16, S. 191; Rechtspr. Bd. 9, S. 462; Veröff. 1888, S. 236; v. 5. Juni 1890, s. Note 1.

<sup>3)</sup> Desgl. v. 27. Okt. 1882. Entsch. Bd. 7, S. 151; Rechtspr. Bd. 4, S. 768.



geniessen oder als Nahrungsmittel an andere weiter veräussern oder überlassen.

Liegt dieses Wissen vor, so kann der Thäter seine Bestrafung aus § 12<sup>1</sup> nicht durch Berufung auf zivilrechtliche Verhältnisse ausschliessen, kraft deren ein Recht oder eine Verpflichtung zur Rückgabe bestanden habe. Die thatsächliche Geltendmachung dieses Rechts und die Erfüllung dieser Verpflichtung sind, wenn und soweit es sich um gesundheitsschädliche Nahrungsmittel handelt, kraft des Verbots des § 12<sup>1</sup> rechtlich unmöglich und die Konsequenzen dieser Sachlage sind nach den sonstigen in Betracht kommenden thatsächlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten zu regeln.<sup>1)</sup>

Wie schon die obige Begriffsbestimmung erkennen lässt, setzt übrigens das strafbare Inverkehrbringen nicht einmal eine positive Thätigkeit des Thäters mit Notwendigkeit voraus. Es bedarf z. B. nicht einer direkten Übergabe, vielmehr liegt das Überlassen ebenso in dem stillschweigenden oder ausdrücklichen Dulden der Wegnahme des Gegenstandes zum Zwecke der Benutzung als Nahrungsmittel.

So konnte nach der Auffassung des Reichsgerichts in einem Falle, in welchem jemand dem Angeklagten gegenüber den Wunsch, von dem im Kessel befindlichen trichinösen Fleische Stücke zum sofortigen Verzehren zu erhalten, ausgesprochen, und sich, nachdem der Wunsch nicht bestimmt zurückgewiesen oder seiner Ausführung entgegen getreten war, sodann in Abwesenheit des Angeklagten Stücke von dem Fleische genommen und genossen hatte, unter der Voraussetzung eines wissentlichen Duldens seitens des Angeklagten ohne Rechtsirrtum ein aus § 12 strafbares wissentliches Inverkehrbringen gefunden werden.<sup>2)</sup>

Handelt es sich um die Hingabe eines Nahrungsmittels, dessen gesundheitsgefährliche Eigenschaft durch eine geeignete Behandlung beseitigt werden kann, wie das z. B. für finniges Fleisch zutrifft, so wird die Strafbarkeit eines wissentlichen Inverkehrbringens hierdurch an sich nicht ausgeschlossen.

Nur dann ist dies der Fall, wenn der Abgebende die nötigen Vorsichtsmaassregeln, beim finnigen Fleische dadurch, dass das in kleine Stücke zerschnittene Fleisch längere Zeit einer starken Siedehitze ausgesetzt wird, getroffen hat, um den Gebrauch des Nahrungsmittels in seiner gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit zu verhindern, sodass

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 23. Sept. 1887. S. Note 2 auf S. 37.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 7 Juni 1887. Veröff. 1888, S. 280.



nach seiner Voraussicht das Nahrungsmittel nur in einer die Gesundheit nicht mehr gefährdenden Weise genossen werden konnte.<sup>1)</sup>

Zu dem vollendeten Inverkehrbringen gehört, dass dem Willen des Handelnden entsprechend einem dritten die wirkliche Möglichkeit der Verwendung des Gegenstandes als Nahrungs- oder Genussmittel verschafft worden ist. Kommt es dazu nicht, weil z. B. die betreffende Ware (etwa Fleisch einer hochgradig perlsüchtigen Kuh) vor ihrer Ablieferung an den Adressaten, also zu einer Zeit, als sie noch der Verfügung des Absenders unterstand, polizeilich beschlagnahmt wurde, so liegt nur ein strafbarer Versuch des Inverkehrbringens vor.<sup>2)</sup> Zu letzterem wird ebenso wie zu einem Verkaufsversuche eine bestimmte Person, welcher der Thäter den Gegenstand überlassen will, vorausgesetzt.<sup>3)</sup>

Die obige Bestimmung des Begriffs „vollendetes Inverkehrbringen“ schliesst eine Mitwirkung des Empfängers eines in Verkehr gebrachten Gegenstandes zu dem Inverkehrbringen in sich und es kann daher die Frage entstehen, ob bei dem strafbaren Inverkehrbringen der Empfänger als **Teilnehmer** zu bestrafen ist. Unter Teilnehmer begreift das Strafgesetzbuch den Mitthäter, Anstifter und Gehilfen. Als Anstifter wird nach § 48 Str.-G. bestraft, wer einen anderen zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung (also Verbrechen, Vergehen oder Übertretung) durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Missbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrtums oder durch andere Mittel vorsätzlich bestimmt hat, als Gehilfe nach § 49, wer dem Thäter zur Begehung des Verbrechens oder Vergehens (Beihilfe zu Übertretungen ist also straflos) durch Rat oder That wissentlich Hilfe geleistet hat. Über den Mitthäter bestimmt § 47, dass, wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, jeder als Thäter bestraft wird.

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 15. Jan. 1885. Entsch. Bd. 11, S. 375; desgl. v. 21. März 1888. Veröff. 1888, S. 649.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 23. März 1886. Veröff. 1886, S. 651.

<sup>3)</sup> S. Note 1 auf S. 32.



Eine strafbare Handlung im Sinne dieser Bestimmungen fällt dem Empfänger lediglich als solchem bei dem strafbaren Inverkehrbringen nicht zur Last. Hierüber giebt ein Urteil des Reichsgerichts vom 6. Oktober 1892<sup>1)</sup> Auskunft, welches gleichzeitig den Unterschied zwischen dem Gehilfen und den Mitthäter kennzeichnet.

Die Witwe E. war vom Vorderrichter nach § 12<sup>1</sup> N.-M.-G. verurteilt worden, weil sie eine lebende erkrankte Kuh an den Angeklagten B. verkauft hatte, obwohl ihr bekannt gewesen war, er werde das bereits zu dieser Zeit gesundheitsschädliche Fleisch derselben in seinem Gewerbe als Metzger für den menschlichen Genuss verwenden; B. war als Gehilfe zu diesem Vergehen in Betracht gezogen worden. Das Reichsgericht äusserte sich dahin, dass, wenn die Verurteilung des B. wegen Teilnahme an dem in Rede stehenden Vergehen rechtlich haltbar wäre, derselbe nicht als blosser Gehilfe, sondern als Mitthäter hätte bestraft werden sollen. Denn es wird, heisst es weiter, nach § 12 des cit. Gesetzes der Verkauf nicht als solcher, sondern nur als das angewandte Mittel für das stattgefundene Inverkehrbringen des gesundheitsschädlichen Nahrungsmittels bestraft; das Inverkehrbringen aber war vorliegend erst eingetreten, als dieser Angeklagte die von ihm gekaufte Kuh in Empfang nahm, und er selbst würde sonach das Vergehen zur Vollendung geführt haben, während der Gehilfe seine Vollendung nur unterstützen darf. Allein es erscheint überhaupt jede Teilnahme dieses Angeklagten an dem Vergehen der Witwe E. rechtlich ausgeschlossen. Allerdings hat er dadurch, dass er die von ihm gekaufte Kuh in Empfang nahm, dazu mitgewirkt, dass die Witwe E. sie in den Verkehr brachte. Aber nur derjenige kann gesundheitsschädliches Fleisch in den Verkehr bringen, welcher es auf einen anderen überträgt und das trifft auf ihn nicht zu, da er vielmehr nur derjenige war, auf welchen dasselbe übertragen wurde. Sonach enthält freilich die bezeichnete Thätigkeit des Angeklagten B. im Hinblick auf die Person der Witwe E. eine Mitwirkung zu dem Inverkehrbringen des gesundheitsschädlichen Fleisches, im Hinblick auf seine eigene Person fehlt jedoch dieses Merkmal des Vergehens, und es erscheint darum um so begreiflicher, dass der § 12 des Gesetzes nur den Verkäufer, nicht jedoch den Käufer des gesundheitsschädlichen Nahrungsmittels, Anstiftung und Beihilfe also nur insoweit bestrafen will, als sie bezüglich des Verkaufs stattgefunden haben (vgl. Rechtsprechung Bd. 4, S. 68). Strafbar kann hiernach der Käufer lediglich unter der Voraussetzung sein, dass er nunmehr selbst das gesundheitsschädliche Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht oder doch hierzu den Versuch gemacht hat.

Bestrafung wegen Beihilfe, und zwar durch Rat, zu

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 22.



einem Vergehen aus § 12<sup>1</sup> N.-M.-G. erfolgte beispielsweise in einem Falle, in welchem der Betreffende den Ankauf gesundheitsschädlichen Fleisches selbst ablehnte, jedoch einen anderen Käufer vorschlug und diesen in seinem Namen schriftlich auffordern liess, sich wegen des Ankaufs einzufinden.<sup>1)</sup> Eine strafbare Beihilfe durch die That zu einem Vergehen aus § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. wurde in einem Falle erblickt, in welchem der Betreffende, der aushilfsweise in einem Restaurationsbetriebe beschäftigt wurde, den Gästen Bier, dessen Verfälschung ihm bekannt war, zugetragen hatte.<sup>2)</sup>

Während die bisher besprochenen Paragraphen des Nahrungsmittelgesetzes sich mit dem Umfang und der Art und Weise der Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen beschäftigen, sieht § 5 den Erlass von Vorschriften vor, welche einen Teil der materiellen Grundlagen für die Beurteilung solcher Gegenstände zu enthalten bestimmt sind und, soweit dies der Fall ist, sowohl den mit der Beaufsichtigung betrauten Beamten der Polizei, wie den technischen Untersuchungsorganen, ferner den Staatsanwälten und Gerichten die Gesichtspunkte angeben, von denen sie sich bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten leiten zu lassen haben. Wenn eben gesagt wurde, dass diese Vorschriften nur einen Teil der materiellen Grundlagen zu enthalten bestimmt sind, so bezieht sich das, abgesehen von dem später zu besprechenden § 6, darauf, dass nach der Fassung des § 5 neben den auf Grund desselben zu erlassenden Vorschriften auch für die einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen noch Raum bleibt. In der That erschien für die Berücksichtigung des in den Motiven zum Entwurf des Nahrungsmittelgesetzes ausgesprochenen Gedankens, dass nur diejenigen Verhältnisse übereinstimmend geregelt werden sollen, welche überall wesentlich gleiche sein werden, und nament-

---

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. Landgerichts Elbing v. 2. Nov. 1891. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 164\*. — <sup>2)</sup> Desgl. d. kgl. Landgerichts Leipzig v. 17. März 1891. Ebd. S. 46\*.



lich gewissen lokalen Bedürfnissen nur im Wege lokaler Verordnungen wirksam entsprochen werden kann (vgl. S. 19), gerade bei den hier in Betracht kommenden Vorschriften Veranlassung gegeben. Soweit solche in einzelnen Staaten, Bezirken oder Orten bestehen, werden sie durch Vorschriften, welche auf Grund des § 5 erlassen werden, nur dann bzw. in dem Umfange unwirksam, als sie mit letzteren unvereinbar sind. Für die aus § 5 für den Umfang des Reiches zu erlassenden Vorschriften ist die Form kaiserlicher Verordnungen, welche die Zustimmung des Bundesraths erhalten haben, vorgesehen. Dies geschah, um den rasch wechselnden Praktiken der Verfälschkunst mit der erforderlichen Schnelligkeit folgen zu können. Eine Mitwirkung des Reichstags wurde dadurch gesichert, dass die etwa erlassenen kaiserlichen Verordnungen nach § 7 des Gesetzes demselben, sofern er versammelt ist, sofort, andernfalls bei dessen nächstem Zusammentreten vorzulegen und, soweit der Reichstag dies verlangt, ausser Kraft zu setzen sind. Dem Reichstag ist demnach das Einspruchsrecht verliehen worden.

Nach den weiteren Bestimmungen, welche § 5 über den Erlass der fraglichen Vorschriften trifft, sind diese verschiedenen Beschränkungen unterworfen. Zunächst dürfen sie ausschliesslich zum Schutze der Gesundheit, mithin nicht etwa auch aus rein gewerblichen Rücksichten oder zum Schutze gegen Täuschungen erlassen werden. Sodann dürfen sie nur Verbote enthalten, während positive Anordnungen nicht vorgesehen sind. Hieraus folgt, dass über denselben Gegenstand mehrere Vorschriften erlassen werden können, ohne dass die spätere die frühere aufzuheben braucht. Die dritte allgemeine Beschränkung besteht darin, dass die Gegenstände, auf welche sich die Vorschriften beziehen dürfen, in § 5 ausdrücklich angegeben sind. Von den fünf Gruppen von Vorschriften, welche vorgesehen werden, betreffen drei die Nahrungs- und Genussmittel, zwei gewisse Gebrauchsgegenstände. Die erstere Hauptgruppe enthält zwei Arten von Vorschriften, welche die Nahrungs- und Genussmittel im allgemeinen ins Auge fassen (Ziff. 1 und 2



des § 5), während die dritte (Ziff. 3) sich ausschliesslich auf Tiere und Fleisch bezieht.

Aus Ziff. 1 können — zum Schutze der Gesundheit — Vorschriften erlassen werden, welche bestimmte Arten der Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungs- und Genussmitteln, die zum Verkaufe bestimmt sind; aus Ziff. 2 Vorschriften, welche das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln von einer bestimmten Beschaffenheit oder unter einer der wirklichen Beschaffenheit nicht entsprechenden Bezeichnung verbieten. In Ziff. 2 handelt es sich demnach um Verkaufen und Feilhalten, in Ziff. 1 um die Herstellung und weitere Behandlung der Nahrungs- und Genussmittel bis zur Abgabe an den Käufer. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Ziff. 1 alle Nahrungs- und Genussmittel ins Auge fasst, sofern dieselben zum Verkaufe bestimmt, Ziff. 2 dagegen nur von solchen spricht, welche gewerbsmässig, d. h. in Ausübung einer fortgesetzten, auf Erzielung eines Erwerbes gerichteten Thätigkeit, verkauft und feilgehalten werden. Gleichzeitig ergibt sich hieraus, dass neben den vorher erwähnten allgemeinen Beschränkungen, welche dem Erlass von Vorschriften für das Reich gesetzt sind, auch noch solche im besonderen bestehen. Dies bezieht sich nicht nur auf Ziff. 2, sondern auch, wenngleich in geringerem Grade auf Ziff. 1, da in beiden nur eine oder mehrere Arten des Inverkehrbringens, nicht aber dieses im Ganzen in Betracht gezogen ist. Wegen der Begriffe „Verkaufen“ und „Feilhalten“ vgl. S. 29 ff. Die Worte „Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung“ sind der Fassung der Ziff. 1 entsprechend in weitestem Sinne aufzufassen. Für die „Herstellung“ können daher ausser der Bereitung im engeren Sinne auch alle Handhabungen in Frage kommen, welche an dem Nahrungs- oder Genussmittel bis zur Abgabe an den Käufer vorgenommen werden, wie z. B. das Aufblasen von Fleisch oder die Schaumerzeugung im Bier. Bei der Bereitung selbst ferner kann es sich ausser den zur Verwendung gelangenden Stoffen auch um die Geräte, wie blei- oder kupferhaltige Gefässe, handeln, in denen dieselbe vorgenommen wird. Die „Aufbewahrungs“-Verbote können



sich auf die zur Aufbewahrung dienenden Räume, wie feuchte Räume, in denen gewisse Stoffe, wie Mehl, leicht dem Verderben ausgesetzt sind, oder solche Räume, in denen bei gleichzeitiger Aufbewahrung stark riechender Gegenstände Nahrungsmittel wie Milch leicht den Geruch dieser annehmen, oder auf die Gefässe und Umhüllungen beziehen, in denen Nahrungs- und Genussmittel aufbewahrt werden. In letzterer Hinsicht kommen besonders blei- oder zinkhaltige Gegenstände, sowie mit schädlichen Farben gefärbtes Papier in Betracht. Dasselbe gilt für die „Verpackung“, da die für diese geeigneten Gegenstände auch für die Aufbewahrung verwendbar sind.

Die in Ziff. 2 enthaltenen Worte „Nahrungs- und Genussmittel von einer bestimmten Beschaffenheit oder unter einer der wirklichen Beschaffenheit nicht entsprechenden Bezeichnung“ dürfen nur mit der im Eingange des § 5 gegebenen Beschränkung „Vorschriften zum Schutze der Gesundheit“ verstanden werden. Im Hinblick hierauf könnte die Bestimmung, dass schon eine falsche Bezeichnung verboten werden darf, auf den ersten Blick irre führen. Es sei daher hervorgehoben, dass an sich durchaus gesunde Nahrungs- und Genussmittel in einem gewissen Alter oder bei Krankheiten zu schaden geeignet sind, sodass es wohl begründet erscheint, wenn der Verkauf von Stoffen von einer bestimmten Beschaffenheit als Kindermilch, Kinderpulver, Medizinalwein, Gesundheitsbier u. s. w. lediglich zum Schutze der Gesundheit verboten wird.

Für das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten im Sinne der Ziff. 2 macht es keinen Unterschied, ob die betreffenden Nahrungs- und Genussmittel aus dem In- oder Auslande stammen. Die aus Ziff. 1 erlassenen Verbote treffen andererseits auch solche Nahrungs- und Genussmittel, welche zum Verkaufe nach dem Auslande bestimmt sind.

Ziff. 3 sieht den Erlass von Vorschriften vor, welche das Verkaufen und Feilhalten von Tieren, welche an bestimmten Krankheiten leiden, zum Zwecke des Schlachtens, sowie das Verkaufen und Feilhalten des Fleisches von Tieren, welche mit bestimmten Krankheiten behaftet waren, verbieten. Es handelt sich also nur um kranke



Tiere und Fleisch von solchen, unter welchen letzteren Begriff der allgemeinen Fassung nach auch die aus Fleisch hergestellten Gegenstände fallen, während Tiere und Fleisch von anderer Beschaffenheit Verboten aus Ziff. 1 und 2 unterliegen. Die gesonderte Aufführung von „Tieren“ neben „Fleisch“ steht der Ansicht, dass auch lebende Tiere als Nahrungsmittel im Sinne des Gesetzes betrachtet werden können, nicht entgegen, wie das Reichsgericht dies bezüglich des § 12 N.-M.-G. am 6. Oktober 1892 (vgl. S. 22) ausdrücklich ausgesprochen hat, weil die in § 5 Ziff. 3 enthaltene Ermächtigung lediglich polizeilicher Natur ist und daher hieraus eine gewollte Einschränkung des § 12 nicht gefolgert werden darf.

Die Verbote aus Ziff. 3 sind nicht nur für das gewerbsmässige, sondern für jedes Verkaufen und Feilhalten vorgesehen. Welche Krankheiten in Frage kommen, ist im Gesetz nicht angegeben, sodass beim Erlass von Vorschriften eine dem jeweiligen Stande der Wissenschaft entsprechende Auswahl getroffen werden kann. Eine Unterscheidung der Vorschriften in solche, welche schon das Schlachten und in solche, welche das Verkaufen und Feilhalten des Fleisches verbieten, war aus verschiedenen Gründen erforderlich. Es giebt Krankheiten, welche, wie die Trichinose, am lebenden Tiere gewöhnlich nicht erkennbar sind, während man bei anderen Krankheiten, z. B. Milzbrand, deren Feststellung schon während des Lebens möglich ist, nicht nur im Interesse der Veterinärpolizei oder einer direkten Infektion von Menschen, sondern auch zur besseren Verhütung einer Verwendung des betreffenden Fleisches als Nahrungsmittel trachten muss, es zum Schlachten für den Genuss gar nicht kommen zu lassen. Da jedoch das Schlachten bereits auswärts stattgefunden haben kann, ist es notwendig, auch das Feilhalten und Verkaufen solchen Fleisches besonders zu verbieten.

Jede Vorschrift aus Ziff. 3 setzt die Vornahme einer Untersuchung, sei es der Schlachttiere oder des Fleisches oder beider voraus. Wie die Motive zum Gesetzentwurf bemerken, ist daher der Erlass diesbezüglicher Vorschriften von der Möglichkeit abhängig, überall Untersuchungsein-



richtungen zu treffen, welche dem Publikum zugänglich gemacht werden, um die Untersuchung vornehmen zu lassen.

Wie in Ziff. 3 für Tiere und Fleisch als ein einzelnes Nahrungs- und Genussmittel, ist in Ziff. 5 für einen einzelnen Gebrauchsgegenstand, das Petroleum, der Erlass von Verboten vorgesehen worden. Dieselben beziehen sich auf Verkaufen und Feilhalten von Petroleum von einer bestimmten Beschaffenheit, aber nur insoweit dies gewerbmässig geschieht. Der Grund der besonderen Hervorhebung des Petroleums im Gesetz ist bereits auf S. 23 angegeben worden.

Die aus Ziff. 4 zu erlassenden Verbote richten sich gegen die Verwendung bestimmter Stoffe und Farben zur Herstellung einer Reihe von Gebrauchsgegenständen — die Beschränkung der Ziff. 1 „die zum Verkaufe bestimmt sind“, fehlt hier —, sowie gegen das gewerbmässige Verkaufen und Feilhalten von Gegenständen, welche diesem Verbote zuwider hergestellt sind. Die in Frage kommenden Gebrauchsgegenstände, welche ausdrücklich bezeichnet werden, sind die in § 1 aufgeführten ausschliesslich des in Ziff. 5 behandelten Petroleums, nämlich Spielwaren, Tapeten, Ess-, Trink- und Kochgeschirr, und ausserdem Bekleidungsgegenstände. Zu letzteren gehören nicht nur die ganz oder teilweise mit dem Körper in direkte Berührung kommenden Gegenstände, sondern beispielsweise auch Schlipse, Gürtel, Strumpfbänder, da, wie aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes hervorgeht, alle zur Bekleidung, wenn auch im weiteren Sinne dienlichen Gegenstände hierher zu rechnen sind. Demnach müssen auch künstliche Blumen, welche zum Schmucke des menschlichen Körpers bestimmt sind, als Bekleidungsgegenstände im Sinne des Gesetzes gelten<sup>1)</sup>. Der Verkehr mit Bekleidungsgegenständen ist, wie wiederholt werden mag, der Beaufsichtigung im Sinne der §§ 1 bis 4 entzogen. Bezüglich der neben den Farben genannten Stoffe ist vornehmlich an Metalle

---

<sup>1)</sup> Beschluss des kgl. bayerischen Oberlandesgerichts München v. 17. Mai 1884. Samml. v. Entsch. d. kgl. Oberlandesger. Bd. 3, S. 131. Veröff. 1886, S. 338.



und Metallverbindungen zu denken. Das Verbot des gewerbsmässigen Verkaufens und Feilhaltens bezieht sich auch auf solche Gegenstände, welche im Auslande vorschriftswidrig hergestellt sind.

Auch in § 6 des Gesetzes wird der Erlass kaiserlicher Verordnungen, welche die Zustimmung des Bundesrates gefunden haben, für das Reich vorgesehen. Dieselben beziehen sich auf Nahrungs- und Genussmittel, obschon nicht auf diese selbst, sondern auf Gegenstände, welche zur Fälschung solcher bestimmt sind. Das Herstellen, Verkaufen und Feilhalten der fraglichen Gegenstände, soweit es gewerbsmässig erfolgt, kann auf dem Verordnungswege verboten oder beschränkt werden. Nach den Motiven wird beabsichtigt, hierdurch den einschlägigen unlauteren Industriezweigen entgegenzutreten; dies habe zweckmässig für das ganze Reich in übereinstimmender Weise zu geschehen. Zur Begründung dafür, dass Bestimmungen dieser Art erwünscht sein können, wird auf die plastische Nachbildung roher Kaffeekörner aus Thon oder anderen Pasten, sowie auf die Anfertigung von Bier- und Weinsurrogaten hingewiesen.

Dieser Paragraph hat im Gegensatze zu § 5 nicht bloss den Schutz der Gesundheit im Auge, sondern ist wesentlich vom Standpunkte der öffentlichen Moral aus in das Gesetz aufgenommen worden. Neben dem Herstellen ist auch das Verkaufen und Feilhalten ins Auge gefasst worden, um die im Auslande verbotswidrig hergestellten Gegenstände vom heimischen Markte fernzuhalten. Im Gegensatze zu § 10, wo von Verfälschen und Nachmachen (s. unten) die Rede ist, wird hier der diese beiden Thätigkeiten deckende Begriff „Fälschung“ gebraucht. Ob Gegenstände zur Fälschung von Nahrungs- oder Genussmitteln oder zu anderen, nicht unter Strafe gestellten Zwecken bestimmt sind, ist nach Lage des einschlägigen Falles zu beurteilen. Soweit das letztere zutreffen kann, wird von der Ermächtigung, nur beschränkende Anordnungen zu erlassen, Gebrauch zu machen sein.

Das Einspruchsrecht des Reichstages bezüglich der aus § 6 erlassenen Verordnungen besteht gemäss § 7 in gleicher



Weise, wie dies für die Vorschriften aus § 5 (s. S. 42) angegeben ist.

Die Strafen, denen Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund der §§ 5 und 6 erlassenen Verordnungen unterliegen, sind in § 8 auf Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft, also in genauer Übereinstimmung mit dem Strafmaasse in § 367, Ziff. 7 Str.-G., festgesetzt. Wie ferner auf Grund dieses letzteren Paragraphen kann in den Fällen des § 8 gemäss § 15 N.-M.-G. auf die Einziehung der in Betracht kommenden Gegenstände erkannt werden. Abs. 2 des § 8 bestimmt ausdrücklich, dass landesrechtliche Vorschriften eine höhere Strafe nicht androhen dürfen. Hierin liegt eine vom Gesichtspunkte der Rechtsgleichheit gebotene Beschränkung des Verordnungsrechts, welches den Einzelstaaten bezüglich der in den Kreis der §§ 5 und 6 fallenden Gegenstände gemäss den Motiven (vergl. S. 19 und 42) auch nach dem Inkrafttreten des Nahrungsmittelgesetzes verbleiben sollte.

Auf Grund des § 5 sind bisher zwei Verordnungen erlassen worden, die Verordnung, betreffend die Verwendung giftiger Farben, vom 1. Mai 1882 und die Verordnung über das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum, vom 24. Februar 1882, auf Grund des § 6 die Verordnung, betreffend das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen, vom 1. Februar 1891. Der beiden letzteren Verordnungen wird später ausführlicher gedacht werden. Die auf die Farben bezügliche Verordnung ist seit dem 1. Mai 1888 ausser Kraft gesetzt worden, nachdem der Reichstag in Ausübung des ihm laut § 7 N.-M.-G. zustehenden Rechts am 12. Februar 1883 verlangt hatte, dass die §§ 2 und 3 der Verordnung nicht in Kraft treten und diesem Verlangen durch Verordnung vom 5. März 1883 entsprochen war. An die Stelle der Verordnung ist mit dem 1. Mai 1888 das Gesetz, betreffend die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 5. Juli 1887 getreten. Auch für die Regelung des Verkehrs mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, mit Ersatzmitteln für Butter



und mit Wein ist statt der im § 5 vorgesehenen kaiserlichen Verordnungen der Weg des Gesetzes gewählt worden.

Die in den folgenden Paragraphen (10 ff.) enthaltenen Bestimmungen dienen zur Ergänzung der vor dem Erlass des Nahrungsmittelgesetzes bereits vorhanden gewesenen Strafvorschriften. Es galt, die verschiedenen Lücken, welche in letzteren im Laufe der Jahre zu Tage getreten waren und sich aus den Ausführungen auf S. 3 ff. ergeben, in Rücksicht auf den Lebensmittelverkehr auszufüllen. Die neuen Bestimmungen zerfallen im wesentlichen in solche, welche sich gegen eine Beschädigung oder gar Gefährdung der menschlichen Gesundheit richten, und in solche, welche die Lebensmittelfälschung an sich treffen wollen. Auch den letzteren, welche scheinbar nur den Schutz wirtschaftlicher Interessen gegen Unredlichkeit oder Nachlässigkeit im Lebensmittelverkehr im Auge haben, liegt insofern ein gesundheitlicher Zweck zu Grunde, als sie nach den Motiven zum Gesetzentwurf verhüten sollen, dass der Konsument für sein Geld Lebensmittel erhält, die, wenn sie auch seine Gesundheit nicht positiv zu schädigen geeignet sind, dennoch infolge einer mit ihnen vorgenommenen Veränderung den ihrem Preise entsprechenden Nährwert (oder Genusswert) nicht haben und ihren Zweck aus diesem Grunde nicht ganz erfüllen.

Die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs sind übrigens durch das Nahrungsmittelgesetz nicht aufgehoben worden, sondern bleiben nach wie vor anwendbar. Es können auch beide Gesetze oder mehrere Bestimmungen desselben Gesetzes gleichzeitig verletzt werden. Bei solchem **Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen** unterscheidet das Strafgesetzbuch (§§ 73 und 74) zwei Fälle, welche als ideale und reale Konkurrenz bezeichnet werden. Die erstere liegt vor, wenn eine und dieselbe Handlung (eine selbständige Handlung) mehrere Strafgesetze verletzt, die letztere, wenn mehrere selbständige Handlungen, welche verschiedene Strafgesetze oder dasselbe Strafgesetz mehrmals verletzen, gleichzeitig zur Aburteilung kommen oder wenn, bevor eine erkannte Strafe verbüsst,



verjährt oder erlassen ist, die Verurteilung wegen einer strafbaren Handlung erfolgt, welche vor der früheren Verurteilung begangen war. Hiernach bleibt der im Strafgesetzbuch nicht besonders hervorgehobene Fall übrig, dass eine und dieselbe Handlung eine mehrfache Verletzung desselben Strafgesetzes enthält; z. B. gleichzeitige Verletzung von § 10, Ziff. 2 und § 12, Ziff. 1 durch Verkauf einer verfälschten und zur Beschädigung der menschlichen Gesundheit geeigneten Backware<sup>1)</sup>. Nach reichsgerichtlicher Entscheidung<sup>2)</sup> sind auch diese Fälle im Sinne des § 73 (ideale Konkurrenz) zu behandeln. Der wesentliche Unterschied zwischen der idealen und der realen Konkurrenz besteht demnach darin, ob eine oder mehrere selbständige Handlungen vorliegen. Unter selbständiger Handlung ist eine zusammenhängende von demselben strafbaren Willen getragene Thätigkeit zu verstehen. Ob dies im einzelnen Falle zutrifft, ist eine Thatfrage. Der Richter hat also gegebenenfalls zu prüfen, ob eine oder mehrere selbständige Handlungen in dem bezeichneten Sinne vorliegen. Kommen beispielsweise Verkauf eines verfälschten Nahrungsmittels aus § 10, Ziff. 2 und Betrug aus § 263 Str.-G. gleichzeitig in Frage, so ist, wenn es sich nur um eine aus einem und demselben Entschluss hervorgegangene einheitliche That handelt, ideale, andernfalls reale Konkurrenz der beiden Gesetze anzunehmen. Auch eine selbständige Handlung kann aus mehreren zeitlich getrennten Einzelhandlungen bestehen. Wenn beispielsweise ein Händler eine Partie verfälschten Kaffee erwirbt in der Absicht, denselben im Kleinen zu verkaufen, so bildet die Mehrheit der in der Folge von ihm vorgenommenen Einzelverkäufe bei Annahme eines diesem zu Grunde liegenden einheitlichen Entschlusses nur eine Gesetzesverletzung, bei deren Ahndung die Mehrheit der Einzelhandlungen nur durch das Strafmass getroffen werden kann. In den Fällen der idealen Konkurrenz kommt nach § 73 Str.-G. nur dasjenige Gesetz, welches die

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 20. Jan. 1888. Veröff. 1888, S. 696.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 1. Juli 1880. Entsch. Bd. 2, S. 255.



schwerste Strafe, und bei ungleichen Strafarten (z. B. Geldstrafe und Gefängnis) dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafart androht, zur Anwendung. Bei realer Konkurrenz dagegen schreibt § 74 Str.-G. die Erkennung einer Gesamtstrafe vor, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht. Dies gilt jedoch nur für Verbrechen und Vergehen, durch welche mehrere zeitige Freiheitsstrafen verwirkt sind, während die Strafe der Haft und die Geldstrafe gemäss § 77 und § 78 Str.-G. gesondert erkannt werden müssen. Bei Besprechung der §§ 10 ff. N.-M.-G. wird auf die Konkurrenz derselben mit einander, sowie mit dem Strafgesetzbuch zurückzukommen sein.

Die Lebensmittelfälschung ohne Gefährdung der menschlichen Gesundheit wird in den §§ 10 und 11 behandelt. Dieselben stellen sich zwischen § 367, Ziff. 7 und § 263 Str.-G. und ermöglichen teils in Fällen, in denen dies bisher nicht anging, Strafen zu verhängen, teils in solchen, in welchen dies schon früher aus § 367, Ziff. 7 geschehen konnte, eine strengere Ahndung, als beim Mangel eines Betruges (§ 263) zulässig war, vorzunehmen. Sie beziehen sich ausschliesslich auf Nahrungs- und Genussmittel (vgl. S. 20).

Aus § 10 ist unter gewissen Voraussetzungen strafbar 1. die Nachmachung oder Verfälschung von Nahrungs- oder Genussmitteln und 2. das Verkaufen oder Feilhalten nachgemachter oder verfälschter oder, wie es hier noch ausserdem heisst, verdorbener Nahrungs- oder Genussmittel. Die Voraussetzung einer Strafbarkeit aus **Ziff. 1 (§ 10)** besteht darin, dass die Nachmachung oder Verfälschung zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr erfolgt ist. Es genügt also zur Anwendbarkeit dieser Ziffer nicht eine Nachmachung oder Verfälschung von Nahrungs- oder Genussmitteln an sich, sondern es muss zu der objektiven Nachmachung oder Verfälschung noch als subjektives Moment die Absicht einer Täuschung, und zwar einer Täuschung im Handel und Verkehr, hinzukommen. Ist dies der Fall, hat also ein Fabrikant oder Händler oder sonst jemand einen unter den Begriff „Nahrungs- oder Genussmittel“ fallenden Gegenstand nachgemacht oder verfälscht und hat er die



Nachmachung oder Verfälschung vorgenommen, um im Handel und Verkehr zu täuschen, so ist es für seine Strafbarkeit aus § 10, Ziff. 1 zunächst unerheblich, ob die Nachmachung oder Verfälschung derart war, dass überhaupt jemand im Handel und Verkehr getäuscht werden konnte oder ob eine solche Täuschung thatsächlich nachher stattgefunden hat. Es kommt sogar nicht einmal in Frage, ob das betreffende Nahrungs- oder Genussmittel wirklich feilgehalten oder verkauft worden ist.

Nach einem Urteile des Reichsgerichts vom 17. Januar 1881<sup>1)</sup> ist ausser der Fabrikation eines nachgemachten oder verfälschten Nahrungs- oder Genussmittels nicht die Vornahme einer weiteren Handlung, sondern der Zweck, den die Handlung der Fabrikation verfolgt, also ein inneres Moment, entscheidend. Ferner ist es nicht erheblich, wem gegenüber, ob etwa einem bestimmten Abnehmer oder ob überhaupt dem unmittelbaren Abnehmer gegenüber die Täuschungsabsicht bestanden hat, es genügt, dass sie überhaupt bestanden hat.

Nach feststehender Praxis des Reichsgerichts kann der Thatbestand des § 10, Ziff. 1 auch dann gegeben sein, wenn eine Täuschung des unmittelbaren Abnehmers (Wiederverkäufers) nicht beabsichtigt ist, sofern nur der Thäter auf Täuschung der weiteren Abnehmer rechnet.<sup>2)</sup>

Das ist z. B. bei der Nachahmung von Himbeer- oder Johannisbeersaft der Fall, wenn der Thäter voraussetzen darf, dass die direkten Abnehmer vermöge ihrer Geschäftskenntnis aus Etikette, Praxis und Verpackung ersehen werden, ob sie den echten oder den nachgemachten Fruchtsirup erhalten, während er annehmen kann, dass den Konsumenten diese Geschäftskenntnis abgeht.

Daher wird selbst durch die Aufklärung des unmittelbaren Abnehmers eine Strafbarkeit aus § 10, Ziff. 1 nicht unter allen Umständen ausgeschlossen. Das oben erwähnte Reichsgerichtsurteil vom 17. Januar 1881<sup>1)</sup> sagt hierüber:

„Diesen Zweck (der Täuschung) verfolgt die Fabrikation nicht bloss dann, wenn der unmittelbare Abnehmer des nachgemachten oder verfälschten Nahrungs- oder Genussmittels über die wahre Beschaffenheit desselben in Unkenntnis gelassen wird, sondern auch dann, wenn sie bewusstermaassen dazu dient, trotz einer Aufklärung des unmittelbaren Abnehmers über die Beschaffenheit der Waren das aus der Hand dieses Abnehmers — sei es unmittelbar oder mittel-

---

<sup>1)</sup> Entsch. Bd. 3, S. 274; Rechtspr. Bd. 2, S. 735.

<sup>2)</sup> Urteil v. 3. Nov. 1890. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 116\*.



bar — Nahrungs- oder Genussmittel erwerbende Publikum zu täuschen. Damit wird der Fabrikant nicht straffällig für eine fremde Handlung, wie denn auch behufs seiner unter § 10, Ziff. 1 fallenden Strafbarkeit gar keine Handlung einer Person ausser ihm erfordert wird, sondern er ist straffällig für eine eigne Handlung, die aber den in § 10, Ziff. 1 bezeichneten inneren Charakter trägt. Ob derselbe vorhanden und aus welchen Umständen derselbe zu entnehmen ist, fällt in das Gebiet der thatsächlichen Feststellung.“ In dem vorliegenden Falle handelte es sich um Nachmachung von Wein, und es war vom Gericht angenommen worden, die Angeklagten hätten mit dem Bewusstsein gehandelt, es werde der durch sie fabrizierte Kunstwein von ihren Abnehmern den Kunden derselben als echter Wein verkauft werden.

Die Absicht des § 10, Ziff. 1 geht demnach dahin, Fälschungen von Nahrungs- oder Genussmitteln, ohne weitere Rücksicht auf etwaige Schädigungen an Gesundheit oder Geld, schon als solche unter Strafe zu stellen, wofern sie zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr vorgenommen sind. Es macht daher keinen Unterschied, ob die Waren zum Absatze im In- oder nach dem Auslande gefälscht sind. — Der in Ziff. 1 gebrauchte Ausdruck „Verkehr“ (vgl. Inverkehrbringen auf S. 37) verleiht derselben an sich eine weitere Anwendbarkeit, als sie für Ziff. 2, wo nur vom Verkaufen oder Feilhalten gesprochen wird, zulässig erscheint. Es ist aber zu beachten, dass für die Strafbarkeit eine Täuschung im Handel und Verkehr in Frage kommt und in dem Erfordernis der Täuschung eine Beschränkung der Anwendbarkeit des § 10, Ziff. 1 liegt. Vom Standpunkte der Vorbeugung verfolgt die Ziff. 1 demnach den Zweck, gefälschte Nahrungs- oder Genussmittel vom Handel und vom Verkehr überhaupt soweit auszuschliessen, als mit ihrer Herstellung eine Täuschung verbunden ist.

Der Begriff der **Täuschung** ist weiter als derjenige des Betruges. So kommen die für den Thatbestand des letzteren erforderlichen Merkmale der gewinnsüchtigen Absicht und der Beschädigung des Vermögens eines andern für die Täuschung überhaupt nicht in Frage; es entfällt daher auch, um Strafe eintreten zu lassen, die Notwendigkeit ihrer nicht immer leichten Feststellung.

Ob die täuschenden Mittel leicht und von jedermann



oder nur schwer oder nur von Sachverständigen zu erkennen sind, erscheint rechtlich nicht als erheblich.<sup>1)</sup>

Die Anwendung des § 10, Ziff. 1 ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn das nachgemachte oder verfälschte Produkt nicht in seinem gegenwärtigen Zustande in Handel und Verkehr gebracht, sondern mittelst desselben vorerst weitere Verfälschungen ausgeführt werden sollen. Immerhin aber muss dieses Produkt selbst ein dergestalt nachgemachtes oder verfälschtes Nahrungs- oder Genussmittel sein, dass es im Handel und Verkehr als solches verwendbar ist.<sup>2)</sup> Einer Mischung von 20 0/0 Milch und 80 0/0 Wasser z. B. ist diese Eigenschaft nicht ohne weiteres zuzuschreiben.

Die Begriffe „Nachmachen“ und „Verfälschen“ werden im Gesetz selbst nicht erläutert. Eine Definition dieser und anderer Begriffe ist im Gesetz hauptsächlich deshalb unterlassen worden, weil die Aufstellung solcher Definitionen überhaupt im Strafrecht nicht gebräuchlich ist. Unter **Nachmachen** (Nachahmen) versteht das Gesetz nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Herstellung eines Nahrungsmittels (oder Genussmittels) in der Weise oder zu dem Zwecke, dass es ein anderes zu sein scheint, als es in Wirklichkeit ist.<sup>1)</sup>

Ein Nahrungs- oder Genussmittel gilt als nachgemacht, wenn es dem echten nachgebildet ist, so dass es nur den Schein, nicht das Wesen und den Gehalt der echten Ware hat, indem es ganz oder doch wesentlich aus fremdartigen Stoffen künstlich hergestellt ist, also entweder vollständig oder doch der Hauptsache nach aus andern Stoffen besteht als die echte Ware.<sup>3)</sup> Der in Rede stehende Himbeerliqueur würde hiernach, wie es in dem Erkenntnis weiter heisst, dann als nachgemacht anzusehen sein, wenn er entweder lediglich oder der Hauptsache nach nur aus Sprit, Fruchtäther und Fuchsin hergestellt wäre, so dass die Beifügung einer geringfügigen Menge natürlichen Himbeersaftes darin nichts geändert hätte. — In dem vorher erwähnten Erkenntnis<sup>1)</sup> war Nachmachung von Schwartzenmagen (oder Presswurst) angenommen worden, weil die Bestandteile, welche nach allgemein hergebrachter lokaler Übung als die

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 15. Mai 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 485.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 16. Okt. 1890. Veröff. 1891, S. 285.

<sup>3)</sup> Desgl. v. 24. Febr. 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 194.



normalen anzusehen sind, nämlich Blut, geschnittenes Fleisch, Schwarte und Speck vom Schweine, in der beanstandeten Ware bis mindestens zur Hälfte durch regelmässig unverdaut bleibende Stoffe, Sehnen und elastische Bänder, und mit diesen bis zu zwei Dritteln durch erheblich weniger nährende Kuttelflecke ersetzt waren, das letzte Drittel aber aus Blut mit äusserst wenig Fett bestand. — Eine Nachmachung von Cognac wurde in einem Falle angenommen, in welchem eine als Cognac verkaufte Flüssigkeit keinen Cognac, sondern ein geringwertiges Gemisch von fuseligem Sprit, Rumessenz, Zucker, Farbstoff, Gerbsäure und Russtinktur enthielt.<sup>1)</sup> — Eine Nachmachung von Wein bestand in der Herstellung eines Gemisches von 10 bis 12 Hektolitern Trauben- bzw. Trestersaft mit drei Zentnern Zuckerabkochung und mindestens 20 Hektolitern reinem Wasser.<sup>2)</sup> Es wurde hierbei der Zusatz fremder Stoffe zu dem ursprünglichen Traubensaft als das Nebensächliche, der zugesetzte fremde Stoff dagegen als die Hauptsache angesehen. Ein anderes Beispiel der Nachmachung von Wein bietet ein Fall, in welchem es sich um die Herstellung einer Flüssigkeit aus  $\frac{1}{5}$  Wein- und Spritmischung,  $\frac{4}{5}$  Wasser, Glycerin, Weinsteinsäure, Citronensäure, Tannin und Bouquet handelte.<sup>3)</sup>

Ein nachgemachtes Nahrungs- oder Genussmittel trägt also, ohne das Wesen der nachgeahmten Sache zu besitzen, den äusseren Schein derselben an sich. Eine Beimischung fremdartiger Stoffe ist dazu nicht immer erforderlich.

So wurde bei Lieferung von 40 Flaschen, welche zu  $\frac{3}{4}$  mit Lager- und zu  $\frac{1}{4}$  mit einfachem Bier gefüllt waren, als „böhmisches Bier“ statt der verlangten 40 Flaschen böhmischen Schankbiers die Annahme einer Nachmachung vom Reichsgericht<sup>4)</sup> als nicht rechtsirrig erkannt, weil durch die in der Absicht der Täuschung des Abnehmers bewirkte Mischung das Wesen beziehungsweise der Gehalt des von der Waldschlösschenbrauerei zu Dresden als ein fertiges, selbständiges Brauprodukt hergestellten böhmischen Schankbieres nicht erzeugt, der zusammengegossenen Flüssigkeit vielmehr nur äusserlich der Schein eines solchen gegeben war. Es sei noch bemerkt, dass die beiden vermischten Biersorten aus derselben Brauerei stammten, welche das böhmische Schankbier braute und dass das Gemisch dem Angeklagten durch den höheren Gehalt an Stamm-

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 18. Mai 1888. Veröff. 1889, S. 368.

<sup>2)</sup> Desgl. d. kgl. sächs. Oberlandesger. Dresden v. 28. Febr. 1889. Veröff. 1890, S. 804.

<sup>3)</sup> Desgl. d. kgl. preuss. Landgerichts Koblenz v. 17. Nov. 1886. Veröff. 1887, S. 323.

<sup>4)</sup> Desgl. d. Reichsgerichts v. 20. Mai 1889. Veröff. 1890, S. 162. Vgl. auch Entsch. Bd. 4, S. 435 u. Bd. 14, S. 432.



würze im Lagerbier vielleicht teurer zu stehen kam, als das verlangte Bier.

In dieser Hinsicht sprach sich das Reichsgericht in demselben Urteil dahin aus, dass der Begriff „Nachmachen“ nicht erfordere, dass das hergestellte Produkt ein schlechteres sei als das echte. — Im Danziger Weinprozess äusserte sich das Reichsgericht dahin, dass die Nachmachung sich nicht bloss auf das Getränk „Wein“ schlechthin, sondern auch auf einzelne Sorten desselben erstrecken kann. Bei Nachmachung bestimmter Unterarten von französischem Wein z. B. würde dann allerdings nicht eine Nachmachung von Wein, auch nicht von französischem Wein, sondern eine Nachmachung bestimmter Unterarten des französischen Weines in Frage stehen. (Über die Vermischung von Wein mit Wein vergl. § 3, Ziff. 2 des Weingesetzes vom 20. April 1892 in Abschn. V, Ziff. 8.)

Die Verschlechterung kommt, und zwar nicht als allein entscheidend, nur bei der **Verfälschung** von Nahrungs- und Genussmitteln in Frage.<sup>2)</sup> Hierin liegt also ein wesentlicher Unterschied zwischen Nachmachung und Verfälschung, obwohl eine scharfe Grenze zwischen beiden Begriffen nicht gezogen werden kann, weil ihnen ein gemeinsames Grenzgebiet zufällt.<sup>1)</sup>

Die Verfälschung eines Nahrungs- oder Genussmittels hat immer eine Abweichung von dem echten und normalen zur Voraussetzung. Die Frage aber, ob das mit irgend welchem nicht normalen Zusatze versehene Produkt damit zum verfälschten geworden sei, hängt noch von der weiteren Voraussetzung ab, dass an der gesetzlich vorgeschriebenen oder normalen stofflichen Zusammensetzung des Nahrungs- oder Genussmittels eine Veränderung eingetreten ist, durch welche dasselbe einen seinem wahren Wesen nicht entsprechenden Schein erhält, sei es, dass dasselbe mittelst Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert, sei es, dass ihm der Schein einer besseren als seiner wirklichen Beschaffenheit verliehen wurde (Entsch. Bd. 13, S. 97).<sup>1)</sup> Eine Verfälschung kann demnach auf zweierlei Weise vor-

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 2. Nov. 1886. Entsch. Bd. 14, S. 428; Rechtspr. Bd. 8, S. 660; Veröff. 1887, S. 11; 10. — <sup>2)</sup> S. Note 3 auf S. 54.



genommen werden: 1. dadurch, dass die Nahrungs- und Genussmittel mittelst Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert werden, z. B. Milch durch Abrahmen oder durch Zugiessen von Wasser — jedes Bier und jeder Himbeerliqueur durch normalwidriges Verdünnen mit Wasser u. s. w.; 2. dadurch, dass die Waren mit dem ihrem Wesen nicht entsprechenden Schein einer besseren Beschaffenheit versehen werden, z. B. wenn dünner abgerahmter Milch durch einen Zusatz von Mehl, verdorbenem Bier durch Beimischung von Natron, schlecht hergestelltem Himbeerliqueur durch Zusetzen von Fuchsin oder Fruchttäther der Schein guter Milch bezw. unverdorbenen Bieres und normalmäßig fabrizierten Himbeerliqueurs verliehen wird, wobei die Veränderung an sich keine Verschlechterung der Ware, wie sie vor der Operation war, zu sein braucht, ja meist auch nicht sein wird. In beiden Fällen wird, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, eine Veränderung der Nahrungs- und Genussmittel herbeigeführt und hiermit derselbe Zweck — Täuschung des Publikums — verfolgt.<sup>1)</sup>

Der Begriff „Verfälschung“ setzt nicht ausschliesslich voraus, dass eine bereits zusammengesetzte Sache in ihren einzelnen Bestandteilen verändert worden ist — z. B. fertiges Bier durch Wasserzusatz —, sondern findet auch Anwendung, wenn eine Sache im ganzen erst durch Hinzunahme von nach der Verkehrsauffassung nicht reellen und nicht üblichen Substanzen hergestellt und auf diese Weise zu einer mit den im Handel und Wandel gewöhnlich vorausgesetzten Eigenschaften nicht versehenen Ware geworden ist.<sup>2)</sup>

Eine solche Art der Verfälschung wurde z. B. bei Zusatz minderwertiger Pferdebestandteile zu den von dem Angeklagten gefertigten Schlack- und Mettwürsten, welche als reelle Würste in Verkehr gebracht waren, angenommen, nachdem festgestellt war, dass im Handel und Verkehr als Schlack- und Mettwürste diejenigen gelten, welche lediglich aus Rind- und Schweinefleisch hergestellt sind.

Eine Verfälschung kann auch in dem Zusatze eines geringer wertigen zu einem höher wertigen Stoffe gleicher

<sup>1)</sup> S. Note 3 auf S. 54. — <sup>2)</sup> Urteil d. kgl. preuss. Kammergerichts v. 11. Nov. 1886. Jahrb. f. Entscheid. d. Kammergerichts pp., hrsg. von Johow, Bd. 7, S. 232; Veröff. 1888, S. 571.



Art gefunden werden, selbst wenn ersterer ein unschädliches, im reellen Handel vorkommendes Nahrungsmittel ist,<sup>1)</sup> z. B. in der Vermischung von Weizengries mit Maisgries behufs Verkaufs als Weizengries, oder in der Beimischung von Pfefferschalen und Pfefferstaub zu gemahlenem schwarzen Pfeffer. Dass die Gesundheitsbeschädigung bzw. Gesundheitsgefährdung nicht zum Thatbestande der in § 10 aufgestellten Vergehen gehören, ist übrigens schon auf S. 51 erwähnt worden und gilt daher für die Verfälschung und für die Nachmachung in gleicher Weise.

Die Verfälschung braucht, wie oben hervorgehoben wurde, nicht notwendig eine Verschlechterung herbeizuführen. Ist die Ware aber verschlechtert worden, wie dies z. B. bei einer Vermischung von 10 Ohm Rotwein mit 1 $\frac{1}{2}$  Ohm Hollundersaft, um den stickigen Geschmack des ersteren zu beseitigen und demselben eine bessere, stärkere Farbe zu geben, der Fall war, so kommt die Absicht der Verbesserung für die Anwendbarkeit des § 10 nicht in Betracht. Dass die Absicht gerade auf die „Verschlechterung“ als solche gegangen sei, ist nicht nötig und wird sogar der Natur der Sache nach regelmässig ausgeschlossen sein. Die Absicht geht auf Täuschung des Publikums, das Mittel der Täuschung ist die Verfälschung, d. h. die Veränderung der echten Beschaffenheit des Nahrungsmittels, in der Regel durch Zusatz oder Entnahme von Stoffen; und der Erfolg dieser Thätigkeit zeigt sich je nach Umständen in dem Scheine einer besseren oder in einer schlechteren Beschaffenheit des verfälschten Gegenstandes, die Verschlechterung an sich wird, da mit derselben eine Täuschung verbunden sein soll, nie Selbstzweck sein.<sup>2)</sup>

Weiter heisst es dann: „Verschlechterung und scheinbare Verbesserung schliessen daher weder in der Absicht des Thäters, noch im Erfolge einander aus, können vielmehr sehr wohl nebeneinander bestehen . . . Jedenfalls begründet der vom Angeklagten angeblich

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 13. Nov. 1880. Entsch. Bd. 3, S. 234; Rechtspr. Bd. 2, S. 506. Desgl. v. 7. Febr. 1889. Veröff. 1890, S. 9.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 28. Febr. 1887. Entsch. Band 15, S. 321; Rechtspr. Bd. 9, S. 161; Veröff. 1887, S. 369.



beabsichtigte, wie der wirklich eingetretene Erfolg das für die Strafbarkeit erforderliche Moment einer unzulässigen Veränderung des echten Produkts und erweisen sich nur äusserlich als verschiedene Erscheinungsformen eines und desselben gesetzlichen Thatbestandsmerkmals, der Verfälschung.“

Die durch die Verfälschung vorgenommene Veränderung braucht nicht notwendig die stoffliche Zusammensetzung der Speise zu betreffen; es kann dazu eine blosser Manipulation oder das Hinzuthun eines Stoffes genügen, wenn dadurch — auch ohne eigentliche Substanzveränderung — die Speise unter Wahrung des Scheines ihrer normalen Beschaffenheit thatsächlich verschlechtert wird oder auch nur dem mit dem Zusatze Bekannten ihr Genusswert verringert sein würde<sup>1)</sup>.

Im vorliegenden Falle handelte es sich um die Beimischung von menstruellem Blut zu Speisen. Andere Beispiele dieser Art sind das Bestreichen der Kiemen von Fischen mit roter Farbe<sup>2)</sup> und der Zusatz eines Farbstoffes zu Fleischwaren (Wurst),<sup>3)</sup> um den Waren ein besseres äusseres Ansehen zu geben.

Bleibt auch in Fällen dieser Art die stoffliche Zusammensetzung des verfälschten Nahrungs- oder Genussmittels unverändert, so ist die Verfälschung doch an der Sache selbst vorgenommen worden. Dies ist ein unbedingtes Erfordernis sowohl für die Verfälschung, als für die Nachmachung, wie aus der nachstehenden Ausführung eines Reichsgerichts-Urteils, welches sich zunächst allerdings auf § 10, Ziff. 2 bezieht, deutlich hervorgeht.

„Das Nachmachen ist der Akt der Herstellung einer Sache in der Weise und zu dem Zwecke, dass sie eine andere Sache zu sein scheint. Auch die Verfälschung ist ein Akt, der an der Sache selbst vorgenommen sein muss . . . Solche Fälle, in welchen weder ein Gegenstand dem andern (echten) in der Weise nachgebildet worden ist, dass er den Schein, das Aussehen, obschon nicht das Wesen des andern hat, noch die Beschaffenheit der Sache selbst, die verkauft oder feilgeboten wurde, einer Einwirkung unterworfen worden, sondern es ausschliesslich um die Bezeichnung derselben sich handelt,

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 1. Juni 1886. Veröff. 1887, S. 69.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 2. Dez. 1881. Entsch. Bd. 5, S. 178; Rechtspr. Bd. 3, S. 761.

<sup>3)</sup> Desgl. v. 18. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 51; Rechtspr. Bd. 4, S. 174.



gehören also nicht unter die Strafvorschrift des citierten § 10, No. 2. Sie können den Thatbestand eines Betrugs enthalten...<sup>1)</sup> Eine Verfälschung des Weines z. B. kann darin allein nicht gefunden werden, dass ihm durch das blosse Aufkleben einer Etikette auf die Flasche, in welcher der Wein zum Verkauf gelangen soll, der Schein einer besseren Beschaffenheit verliehen wird; denn die Verfälschung ist ein Akt, der an der Sache selbst vorgenommen sein muss.<sup>2)</sup>

Um im gegebenen Falle ein Urteil darüber zu gewinnen, ob eine Verfälschung oder Nachmachung vorliegt, bedarf es nach den vorstehenden begrifflichen Erläuterungen einer Kenntnis des Wesens der einzelnen Nahrungs- und Genussmittel. Es muss daher die Frage aufgeworfen werden, worin das wahre Wesen, die echte und normale Beschaffenheit derselben besteht. Bei Naturprodukten giebt die Natur selbst den Maassstab der Vergleichung. Bei den Kunstprodukten, zu welchen z. B. innerhalb gewisser Grenzen auch der Wein zu rechnen ist, entscheidet die gesetzliche oder herkömmliche Regel; letztere jedoch nur insoweit, als ihr nicht verwerfliche Geschäftsgebräuche, das heisst solche Gebräuche zu Grunde liegen, welche nicht dem Zweck, den Erfordernissen der Gesundheitspflege, sowie den Bedürfnissen der Konsumenten entsprechende Nahrungs- und Genussmittel zu verschaffen, sondern einem vom Standpunkte des Gesetzes aus nicht berechtigten Zweck dienen.<sup>2)</sup> Soweit also Gesetz und berechtigtes Herkommen innerhalb des Deutschen Reichs verschieden sind, kann auch das Urteil über eine etwaige Fälschung verschieden lauten.

So kann z. B. in der Bereitung eines Bieres in Bayern, wo dasselbe nach dem dortigen Malzaufschlaggesetz nur aus Hopfen, Malz und Wasser hergestellt werden darf, eine Verfälschung gefunden werden, welche unter gleichen Umständen in anderen Staaten nicht vorhanden wäre (Vgl. auch unter V, 7 „Bier“.) Bezüglich der herkömmlichen Regeln sei angeführt, dass Mehlezusatz zu Wurst in einigen Gegenden üblich, in andern nicht üblich ist. Beispielsweise wurde eine Mischung von 3 % Kartoffelmehl zu Leberwurst in Krefeld als nicht strafbar aus § 10, Ziff. 1 erachtet, nachdem festgestellt war, dass ein Zusatz von 2 bis 3 % Mehl bei den sogenannten „kleinen“ Metzgern in Krefeld und Umgegend allgemein, wenigstens im Hochsommer, üblich ist und derselbe nur den

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 14. Juli 1881. Entsch. Bd. 4, S. 434; Rechtspr. Bd. 3, S. 486.

<sup>2)</sup> S. Note 1 auf S. 56.



Zweck hat, die Bestandteile der Wurst fester mit einander zu verbinden und so ihre Haltbarkeit um einige Tage zu verlängern.<sup>1)</sup> Das Reichsgericht sprach sich am 7. Januar 1887<sup>2)</sup> ausdrücklich dahin aus, dass, wo das Publikum herkömmlich gewohnt ist, dass dem begriffsmäßig ursprünglichen Stoffe bestimmte fremde Stoffe beigemischt werden und diese Beimischung der fremden Stoffe eine durch allgemeines Herkommen geduldete ist, wohl regelmäßig die Fälschung, wie die Absicht einer solchen ausgeschlossen erscheint. Dagegen seien etwa einseitige, nur nach den Wünschen und Gewohnheiten des Produzenten bestehende Geschäftsgebräuche für die Beurteilung des Herkommens nicht massgebend. Von diesem Gesichtspunkte wurde im vorliegenden Falle eine Verurteilung aus § 10 N.-M.-G. wegen Zusatzes von 4 bis 5 % Stärkemehl unter Bindung von 10 bis 18 % Wasser bei der Bereitung von Wurst in München als rechtsirrtümlich nicht erachtet, weil nach den dortigen Verhältnissen die Wurst ohne Zusatz von Mehl als die normale und die mit dem Zusatz versehene und dadurch verschlechterte als verfälscht angesehen werden müsse. In gleicher Weise entschied das Reichsgericht am 23. September 1886<sup>3)</sup> wegen Zusatzes von 1 bis 5 % Weizen- oder Roggenmehl zu Leberwürsten, von feinstem Kunstmehl zu Presssack, Speckwürsten, Blutpresssack, Weisswürsten, Lyoner Würsten und Pariser Würsten in Regensburg.

In der 2. Ziff. des § 10 werden Verkaufen und Feilhalten (vgl. S. 35 und 29) nachgemachter oder verfälschter (vgl. S. 54 und 56) Nahrungs- oder Genussmittel, mit welchen die verdorbenen (s. unten) auf gleiche Stufe gestellt werden, unter gewissen Umständen mit Strafe bedroht. Zur Strafbarkeit des Verkaufs wird erfordert, 1. dass der Verkäufer die Nachmachung, die Verfälschung oder das Verdorbensein gekannt (Wissentlichkeit) und 2. dass er diesen Umstand verschwiegen hat. Hierdurch wird dem Verkäufer die Pflicht auferlegt, die ihm selbst bekannte Eigenschaft der Nachmachung u. s. w. dem Käufer, auch ohne von diesem darum befragt zu sein, mitzuteilen. Diese Pflicht der Mitteilung besteht nicht bloss für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, sondern erstreckt sich, wenn dessen Erfüllung nicht in demselben erfolgt, bis auf denjenigen der Erfüllung, was in dem Falle eine praktische Bedeutung hat, dass der Verkäufer die fragliche Kenntnis selbst erst zwi-

---

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. Landger. Düsseldorf v. 5. Febr. 1891. Veröff. Beil. S. 95\*. — <sup>2)</sup> Entsch. Bd. 15, S. 161; Veröff. 1887, S. 445. — <sup>3)</sup> Rechtspr. Bd. 8, S. 552; Veröff. 1887, S. 116.



schen Abschluss und Erfüllung des Vertrages erlangt hat. (Vgl. S. 35, letzten Absatz). Ein Unterdrücken wahrer Thatsachen ist für den Begriff der Verschweigung im Sinne des § 10 Ziff. 2 nicht erforderlich, es genügt regelmässig das negative Merkmal der Nichtangabe der verdorbenen Beschaffenheit. Diese Nichtangabe enthält hiernach schon allein ein pflichtwidriges Verschweigen, welches beim Verkauf verdorbener Waren zur Anwendung der Strafvorschrift auch dann führt, wenn der Käufer mit Rücksicht auf den hohen Grad, welchen die verdorbene Beschaffenheit erreicht hat, an sich im stande sein könnte, dieselbe zu erkennen, selbst ohne darauf besonders aufmerksam gemacht zu sein. Nur dann würde in der Nichtangabe ein Verschweigen nicht liegen, wenn thatsächlich dem Käufer der fragliche Zustand des verkauften Gegenstandes bekannt ist, und der Käufer um diese Kenntniss weiss, weil überhaupt nur Unbekanntes verschwiegen werden kann.<sup>1)</sup> Was hier von der verdorbenen Beschaffenheit gesagt ist, gilt in gleicher Weise von der Nachmachung und Verfälschung. In welcher Weise die Mitteilung erfolgen soll, ist nicht bestimmt. Es genügt also jede Mitteilung, welche den Käufer in die Lage setzt, die Beschaffenheit der Ware zu erkennen. Wann dies der Fall ist, lässt sich weder für den Verkauf an Grosshändler, noch für den Verkauf an das nicht sachkundige Publikum allgemein bestimmen, ist vielmehr eine nach den Umständen edes einzelnen Falles zu entscheidende Thatfrage.<sup>2)</sup> Dass der Käufer sich wirklich über die Beschaffenheit einer Ware habe täuschen lassen, gehört nicht zum Thatbestande; bei manchen Arten des Handels wird es zwar ohne solche Täuschung nicht zum Verkauf kommen, da der Käufer, wenn er die Fälschung rechtzeitig erkennt, die Ware nicht nehmen wird; bei einem Distanzkauf aber wird der Käufer regelmässig die Fälschung erst nach Empfang der Ware erkennen.<sup>3)</sup>

Zur Strafbarkeit des Feilhaltens ist neben der Wis-

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 1. Okt. 1886. Veröff. 1887, S. 83.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 2. Nov. 1886. Veröff. 1887, S. 28.

<sup>3)</sup> S. Note 1 auf S. 58.



sentlichkeit erforderlich, dass dasselbe unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung stattgefunden hat. So wenig also die Nachmachung oder Verfälschung an sich, d. h. ohne die Absicht einer Täuschung im Handel und Verkehr, und der wissentliche Verkauf verdorbener oder nachgemachter oder verfälschter Nahrungs- oder Genussmittel ohne Verschweigung dieses Umstandes aus § 10 N.-M.-G. strafbar ist, so wenig trifft dies für das selbst wissentliche Feilhalten solcher Gegenstände zu, wenn dasselbe nicht unter einer Bezeichnung geschieht, welche geeignet ist, über den Umstand der Verfälschung u. s. w. zu täuschen. Im Gegensatz zum Verkauf wird bei dem Feilhalten ein auf Täuschung gerichtetes positives Verhalten erfordert und das blosse Verschweigen für nicht ausreichend erachtet, weil, wie das Reichsgericht im Einklang mit den Motiven zum Gesetzentwurf erklärend ausgeführt hat, die Möglichkeit bleibt, dass der Verkäufer bei den Unterhandlungen mit einem bestimmten Kauflustigen seiner Pflicht zur Angabe der Wahrheit nachgekommen sein würde.<sup>1)</sup> Für die Frage, ob eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung gewählt ist, kommt neben anderen Umständen auch die Intelligenz und Sachkunde der bestimmten Personen in Betracht. Ist es doch denkbar, dass eine bestimmte Bezeichnung ausschliesslich zur Täuschung bestimmter, in besonderen Vorurteilen befangener Personen geeignet und gerade deshalb vom Verkäufer gewählt sei. Allerdings ist der Regel nach unter dem „Feilhalten“ das Zugänglichmachen für das gesamte Publikum zu verstehen. Für solche Fälle trifft die Erwägung zu, dass eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung nicht schon dann anzunehmen ist, wenn überhaupt nur ein einziges Mitglied des im Kulturleben stehenden Publikums getäuscht werden kann. Dasselbe wird für eine Personenmehrheit anzunehmen sein, falls sie so verschwindend klein ist, dass sie im Geschäftsverkehr unbeachtet bleibt; denn bei entgegenstehender Auslegung würde das Merkmal, welches das Gesetz mit den Worten „eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung“ zum Ausdrucke

---

<sup>1)</sup> S. Note 2 auf S. 62.



bringt, für die Praxis bedeutungslos sein. Auf der anderen Seite erscheint es aber auch unzulässig, das „Verkehrspublikum im allgemeinen“, also das Durchschnittsmass der bei den in Frage kommenden Personen vorhandenen Geschäftskunde zur Norm zu nehmen und so gewissermassen die Mehrheit der Köpfe entscheiden zu lassen. Auch eine Minderzahl von Geschäftsunkundigen hat auf den Schutz des Gesetzes Anspruch. Sie gerade bedürfen am meisten den Schutz, der ihnen ohne Vereitelung der Zwecke des Gesetzes nicht versagt werden kann.<sup>1)</sup>

Wenn das für den Verkauf in Betracht kommende Publikum durch die gewählte Bezeichnung nicht getäuscht werden konnte, so war diese eben nicht zur Täuschung geeignet und es liegt daher ein aus § 10, Ziff. 2 strafbares Feilhalten nicht vor.

In einem Falle des Feilhaltens von Muskatfaçon u. s. w. an Grossweinhändler hat der Vorderrichter sich nach dem Urteile des Reichsgerichts bei Erörterung dieser Frage mit Recht auf den Kreis der Grosskaufleute, innerhalb deren allein die Feilhaltung des Fabrikats nach Absicht des Angeklagten erfolgen sollte und erfolgt ist, beschränkt. Weiter heisst es in dem Urteil: „Thatsächlich konnte aber, wie geschehen, ohne Rechtsirrtum festgestellt werden, dass die Bezeichnungen „Muskatfaçon, Muskatliqueur und Süssweinflaçon für diejenigen, die es vorliegend anging, d. h. für die „Grossweinhändler“, denen allein die Ware in Gebinden angeboten ist, genügt haben, um sie erkennen zu lassen, dass sie nicht echten Muskatwein erhielten, da diesen aus der Bezeichnung klar wurde, dass es sich um eine Nachahmung handelte. Es reichte hin, dass die gewählte Bezeichnung geeignet war, die Täuschung derjenigen, für welche das Fabrikat bestimmt war, fern zu halten, dass es sich um Naturwein und nicht um Kunstwein handele.“<sup>2)</sup> Eine andere Beurteilung würde dieser Fall, wie das Reichsgericht am Schlusse seines Erkenntnisses andeutet, erfahren haben, wenn eine Nachmachung zum Zwecke der Täuschung stattgefunden, die Kenntnis des Angeklagten von einer etwaigen, seinem eigenen Willen entsprechenden Absicht der Weingrosskaufleute, ihre weiteren Abnehmer zu täuschen, bestanden hätte und infolgedessen eine Anklage aus § 10, Ziff. 1 erhoben worden wäre.

Aus diesem Beispiele erhellt der Unterschied der Strafbarkeit einer Täuschung im Sinne der Ziff. 1 gegenüber der Ziff. 2 des § 10. (Vgl. S. 52).

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 31.

<sup>2)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 4. Mai 1883. Rechtspr. Bd. 5, S. 315.



Eine zur Täuschung geeignete Bezeichnung wurde beispielsweise in dem Feilhalten von Wein, der durch Verschnitt von geringem fertigen mit neuem Wein und Gährenlassen des Gemisches unter Zusatz von sog. Krystallzucker und Wasser hergestellt war, als reiner Wein, in dem lediglich ein Zuckerzusatz enthalten sei, bzw. als reiner verzuckerter Wein gefunden, da von dem Wasserzusatze nie etwas gesagt sei und die Käufer deshalb hätten annehmen müssen, dass nur der zur Auflösung des Zuckers etwa erforderliche Wasserzusatz in dem Weine enthalten sei.<sup>1)</sup> Als weitere Beispiele seien das Feilhalten einer aus 45 Liter Spirit, 50 Liter Wasser und 10 Liter Jamaika-Rum zusammengesetzten Flüssigkeit als Jamaika-Rum,<sup>2)</sup> von Theetafeln, Verbindungen von reinem Thee mit sog. Theefegsel, als Thee,<sup>3)</sup> von Chokolade mit einem Mehlsatz von etwa 10% in sog. Riegeln als feinste Riegel-Chokolade<sup>4)</sup> angeführt. In einem Falle dagegen, in welchem eine Mischung natürlicher Kaffeebohnen mit etwa 20 bis 30% künstlicher, aus Mehlsatz und Kleister hergestellter Bohnen als Bohnenkaffee mit Zusatz zum Verkauf angeboten war, sprach sich das kgl. Landgericht Altona<sup>5)</sup> unter Aufhebung des Urteils der Vorinstanz dahin aus, dass aus dem Ausdrucke „Bohnenkaffee mit Zusatz“ zu entnehmen sei, dass der Kaffee einen in anderen Stoffen als Kaffee bestehenden Zusatz enthalte, und dass es keinen Unterschied mache, ob dieser Zusatz in aus Mehlsatz hergestellten künstlichen Kaffeebohnen oder aus sonstigen Stoffen bestanden habe.

Zur Strafbarkeit aus § 10, Ziff. 2 ist nicht erforderlich, dass die Ware als Nahrungs- oder Genussmittel verkauft ist.

Anlässlich eines Falles, in welchem der Käufer mit Krebs behaftete, mithin verdorbene, weil in ihrer Substanz veränderte Gerste zur Saat, nicht als Nahrungsmittel verwenden wollte, führte das Reichsgericht<sup>6)</sup> aus, dass, während § 12 (s. unten) den Verkauf der Ware als Nahrungs- oder Genussmittel, also das Bewusstsein des Verkäufers und seinen Willen fordere, es werde und solle der verkaufte Gegenstand als Nahrungs- oder Genussmittel verwendet werden, im § 10 nur objektiv die Beschaffenheit des Gegenstandes als eines Nahrungs- oder Genussmittels, nicht aber auch der Verkauf

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. Landger. Koblenz v. 21. Juli 1891. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 79\*.

<sup>2)</sup> Desgl. d. kgl. Landger. Altona v. 8. Mai 1891. Ebd. S. 90\*.

<sup>3)</sup> Desgl. d. Hanseatischen Oberlandesger. v. 26. Juni 1890. Ebd. S. 93\*.

<sup>4)</sup> Desgl. d. kgl. Landger. Leipzig v. 16. Dez. 1890. Ebd.

<sup>5)</sup> Desgl. v. 25. März 1892. Ebd. S. 91\*.

<sup>6)</sup> Desgl. v. 11. Dez. 1888. Veröff. 1889, S. 551.



desselben als eines solchen verlangt wird, hier also das subjektive Schuldmoment jenes Bewusstsein nicht umfasst.

Neben den nachgemachten oder verfälschten Nahrungs- oder Genussmitteln, von denen auf S. 54 und 56 bereits die Rede gewesen ist, werden in § 10, Ziff. 2 auch die verdorbenen aufgeführt. Die Merkmale des gesetzlichen Begriffs des **Verdorbenseins** (§ 10, Ziff. 2) hat man, wie vom Reichsgericht stets anerkannt worden ist, dahin aufzufassen, dass die als Nahrungsmittel für Menschen verkaufte Ware in ihrer Tauglichkeit als solches im Vergleiche mit der normalen Beschaffenheit erheblich herabgesetzt ist.<sup>1)</sup> Es wird also keineswegs eine völlige Unbrauchbarkeit oder Untauglichkeit des betreffenden Nahrungsmittels erfordert.

Im vorliegenden Falle wurde die Anwendung dieses Begriffs auf Fleisch eines im letzten Stadium der Agonie (Todeskampf) geschlachteten Bullen, das infolgedessen sehr wenig ausgeblutet und vermöge der Zusammensetzung seiner Bestandteile und seines übergrossen Blutgehalts gegenüber dem Zustande normalen Fleisches zum Schlechteren mit der Wirkung verändert war, dass es sich zum menschlichen Genusse weniger eignete, vom Reichsgerichte als zutreffend erkannt.

Wesentlich für den Begriff des Verdorbenseins ist nur die Abweichung vom Normalen und für die Bestimmung des Normalen ist der zu vermutende Wille der Beteiligten, die Erwartung, welche der Käufer bzw. das kauflustige Publikum hinsichtlich der Beschaffenheit der Ware hegen durfte, als Ausgangspunkt zu nehmen. Die Zeit, in welcher der Zustand des Verdorbenseins eingetreten war, ist nicht von Belang.<sup>2)</sup>

Das Reichsgericht sah es daher nicht als rechtsirrtümlich an, dass in einem Falle, in welchem Fleisch von einer beim oder nach dem Krepieren getöteten Kuh verkauft war, obwohl es auf der Schnittfläche blutig aussah, fettarm und weich war, als verdorben bezeichnet wurde, während die Revision auszuführen gesucht hatte, dass als verdorben nur ein Nahrungsmittel gelten könne, wenn es, nachdem es Nahrungsmittel geworden, eine Veränderung zum Schlechteren durchgemacht habe.

Einer ausführlichen Erörterung wurde der Begriff „ver-

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 25. Jan. 1886. Veröff. 1886, S. 485.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 9. Nov. 1886. Veröff. 1887, S. 511.



dorben“ durch das Reichsgericht<sup>1)</sup> anlässlich eines Falles unterzogen, in welchem finnenhaltiges Schweinefleisch zum Verkauf gebracht, der Verkäufer aber vom Vorderrichter von einem Vergehen aus § 10, Ziff. 2 freigesprochen war, weil dem Fleisch mittels Einlegung in Salzlösung nicht nur, wie anzunehmen, die Gesundheitsschädlichkeit benommen, sondern auch der Übergang desselben in den Zustand der Ungeniessbarkeit durch innere Zersetzung des Fleisches verhindert worden sei, mithin das Fleisch nicht als verdorben im Sinne des Gesetzes bezeichnet werden könne. In dem Urteil des Reichsgerichts heisst es:

„Nach dem Vorgange des § 345<sup>5</sup> des preuss. Str.-G.-B. findet sich der Ausdruck schon im § 367<sup>7 2)</sup> des deutschen Str.-G.-B. in der Zusammenstellung mit „verfälscht“, im Gesetze vom 14. Mai 1879 in der Zusammenstellung mit den Worten „verfälscht“ und „nachgemacht“. Der Ausdruck „verfälscht“ weist auf eine absichtliche, in der Wegnahme oder dem Zusatze von Stoffen bestehende, eine Verschlechterung bewirkende menschliche Handlung; im Gegensatz hierzu der Ausdruck „verdorben“ auf eine Eigenschaft, die nicht infolge einer absichtlichen unter den Begriff der Verfälschung fallenden menschlichen Handlung entstanden. Das positive Moment des Verdorbenseins besteht in einer Veränderung des ursprünglich vorhanden gewesenen oder des normalen Zustandes des Nahrungs- oder Genussmittels zum Schlechteren mit der Folge verminderter Tauglichkeit und Verwertbarkeit zu einem bestimmten Zweck. In Beziehung auf welchen Zweck diese Verminderung eingetreten sein muss, ergibt sich aus der bei Erlass des Gesetzes vom 14. Mai 1879 vom Gesetzgeber gehegten Absicht, welche in erster Linie dahin ging, die menschliche Gesundheit vor gewissen, aus dem Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln und mit gewissen Gebrauchsgegenständen erwachsenen und ferner befürchteten Gefahren besser zu schützen, als es nach der bis dahin geltenden Gesetzgebung (vgl. besonders §§ 263, 367<sup>7</sup> des Str.-G.-B.) möglich gewesen war. Ist durch jene Verschlechterung eines Nahrungs- oder Genussmittels das letztere gesundheitsgefährlich geworden, und hat der Verkäufer pp. desselben dies gewusst oder fahrlässigerweise nicht gewusst, so greifen die §§ 12, 13, 14 des Gesetzes Platz; die §§ 10, 11 beziehen sich auf ein Verdorbensein, welches entweder objektiv nicht geeignet ist, Gefahr für die menschliche Gesundheit herbeizuführen, oder bei welchem diese Gefährdung wenigstens ausserhalb derjenigen Kenntnis geblieben ist, die beim Verkäufer vorhanden war oder bei genügender

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 5. Okt. 1881. Entsch. Bd. 5, S. 290; Rechtspr. Bd. 3, S. 594.

<sup>2)</sup> Vgl. S. 5.



Achtsamkeit und Aufmerksamkeit vorhanden gewesen sein würde. Minder tauglich und verwertbar muss, nach der bezeichneten Absicht des Gesetzes, das Nahrungs- oder Genussmittel für den Zweck geworden sein, dem es als solches zu dienen hatte, also für den Zweck der Ernährung bzw. des Genusses. Für die Beantwortung der Frage, in welchen Fällen, namentlich auch bei welchem Grade eingetretener Verschlechterung die §§ 10, 11 anwendbar sind, kommt der weitere Zweck des Gesetzes in Betracht, der aus eigennützigen Motiven entspringenden Unreellität im Verkehr entgegen zu wirken; der Kauflustige soll über die wirkliche Beschaffenheit der Ware nicht im Unklaren gelassen werden; die Strafbarkeit der Handlung des Verkäufers ist dadurch bedingt, dass derselbe dem Kauflustigen die wirkliche Beschaffenheit derselben verschwiegen oder verborgen und denselben hierdurch verleitet hat, etwas zu kaufen, was er, wenn er seine Beschaffenheit gekannt, nicht als ein ihm passendes Nahrungs- oder Genussmittel erachtet haben würde. Als zum Genuss ungeeignet oder minder geeignet, mit anderen Worten, als verdorben, müssen auch diejenigen Gegenstände bezeichnet werden, deren Genuss infolge einer Veränderung der beschriebenen Art Ekel erregt und zwar nicht bloss bei dieser oder jener einzelnen Person, nach dem individuellen Geschmack derselben, sondern nach der gemeinen Anschauung oder doch nach der Anschauung derjenigen Bevölkerungsklasse, welcher der Kauflustige angehört.

Weitergehende Einschränkungen des Begriffs des Verdorbenseins, als die aus dem Vorstehenden sich ergebenden, finden im Gesetz und auch in dem üblichen Sprachgebrauch keine Stütze. Es ist insbesondere unbegründet, dass, wenn ein Gegenstand als verdorben gelten solle, die in ihm eingetretene Verschlechterung auf innerer Zersetzung beruhen müsse. Sie kann vielmehr auch in einer bloss quantitativen Veränderung der Bestandteile bestehen, aus denen der Gegenstand zusammengesetzt ist, und diese Veränderung kann auch die Folge einer menschlichen Handlung sein, vorausgesetzt, dass die letztere nicht unter den Begriff der Verfälschung fällt. Es ist sehr wohl möglich, dass eine Sache, auch ein Nahrungs- oder Genussmittel, durch einen Zufall von aussen her oder durch ein menschliches Versehen, verdorben wird, ohne dass im einen oder andern Fall ein chemischer Zersetzungsprozess verursacht worden wäre. Ebenfalls möglich ist es, dass durch Erkrankung eines Tieres, oder durch Infizierung desselben mit Parasiten, die nicht notwendig eine Erkrankung zur Folge zu haben braucht, das Fleisch des Tieres für die menschliche Ernährung und den menschlichen Genuss verdorben wird, auch wenn eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit dabei nicht zu befürchten, oder wenn sie ursprünglich zu befürchten war, durch geeignete Mittel wieder beseitigt worden ist. Auch in Fällen dieser Art handelt es sich, wenn die Abweichung vom Normalen, die das Wesen des Verdorbenseins ausmacht, bestimmt werden soll, vor allem um die Bestimmung des Normalen selbst, wofür der vermutliche Wille der den



Verkauf schliessenden Parteien, die Erwartung, welche der Käufer nach den Umständen des Falls hinsichtlich der Beschaffenheit der Ware hegen durfte, als Ausgangspunkt zu dienen hat. Einen positiven Anhalt dafür, dass die Definition des Begriffs „verdorben“ durch den Instanzrichter zu eng ist, liefert der § 367<sup>7</sup> des Str.-G.-B. Das trichinenhaltige Fleisch wird darin, wie aus dem Worte „insbesondere“ hervorgeht, als ein Beispiel zu dem Hauptsatze „wer verfälschte oder verdorbene Esswaren feilhält oder verkauft“ angeführt; da nun das Behaftetsein mit Trichinen sich keinesfalls als eine „Verfälschung“ des Fleisches darstellt, kann es nur als ein Beispiel für das „Verdorbensein“ desselben angeführt sein, ungeachtet sich dabei an innere Zersetzung nicht denken lässt. Zwar gehört jetzt mit noch lebenden Trichinen behaftetes Fleisch nach dem Gesetze vom 14. Mai 1879 nicht unter die verdorbenen Nahrungsmittel der §§ 10, 11, sondern unter die gesundheitsgefährlichen der §§ 12 bis 14, aber bloss deshalb, weil der Verkauf dieses letzteren unter eine schwerere Strafe gestellt worden ist; dass sich dagegen der Sprachgebrauch des Gesetzgebers in Beziehung auf das Wort „verdorben“ seit Erlass des Str.-G.-B. bis zum Erlass des Gesetzes vom 14. Mai 1879 geändert haben sollte, dafür ist nicht der geringste Grund ersichtlich.

Eine ungerechtfertigte Beschränkung dieses Begriffs durch den vorigen Richter liegt ferner darin, dass die Ungeniessbarkeit des Nahrungsmittels gefordert wird, wenn es als verdorben gelten solle. Da die Ungeniessbarkeit nicht gleichbedeutend mit Gesundheitsgefährlichkeit genommen worden ist, lässt sie sich nur als Unmöglichkeit des Genusses verstehen. Gesetz und allgemeiner Sprachgebrauch wenden aber den Ausdruck „verdorben“ nicht ausschliesslich auf den denkbar höchsten Grad der Abweichung vom Normalen an, lassen vielmehr verschiedene Stufen der Verderbnis zu und verkennen nicht, dass auch bei verdorbenen Nahrungsmitteln die Möglichkeit des Genusses bestehen bleiben kann. So ist z. B. trichinenhaltiges Fleisch nach dem Vorstehenden verdorbenes, zugleich auch gesundheitsgefährliches, aber nicht ungeniessbares Fleisch.“

Bei der vorstehenden Begrenzung des Begriffs „Verdorbensein“ ist insbesondere auch der Verfälschung, der Ekelerregung (nach der gemeinen Anschauung), der Gesundheitsgefährlichkeit und der Ungeniessbarkeit, sowie des gleichzeitigen Vorkommens des Begriffs in § 367, Ziff. 7 Str.-G. gedacht worden. Zur weiteren Klarstellung des „Verdorbensein“ mögen folgende Angaben dienen.

Nicht jede quantitative Verringerung des normalen Nährwerts eines Nahrungsmittels kann mit dem Prädikat „verdorben“ bezeichnet werden. Insbesondere hat Fleisch diese Eigenschaft nicht notwendig schon dann, wenn



es mager oder sehr mager und vielleicht deshalb nicht in gleichem Maasse nahrhaft ist, wie Fleisch von grösserem Fettgehalt, weil diese Beschaffenheit auch in der mangelhaften Ernährung oder in dem hohen Alter eines völlig gesunden Tieres ihren Grund haben kann. Vielmehr wird es in jedem Falle auf die Ursache der Magerkeit ankommen und in der Regel wird man nur in dem Falle, wenn die anormale Beschaffenheit des Fleisches in einer Krankheit des Tieres ihren Grund hat, welche eine die Geeignetheit desselben als Nahrungsmittels für Menschen erheblich beeinträchtigende Veränderung seiner Bestandteile zur Folge gehabt hat, dasselbe als verdorben im Sinne des § 10 Ziff. 2 bezeichnen dürfen.<sup>1)</sup> Ein blosser Verdacht aber, welcher sich bezüglich des etwaigen Vorhandenseins einer inneren Krankheit aus der Ununtersuchtheit eines Tieres vor seiner Zerteilung ergibt, ist hierfür nicht entscheidend, da das Gesetz nicht schon an den blossen Verdacht mangelhafter Beschaffenheit oder an die Unterlassung der Beobachtung etwaiger Vorschriften oder Regeln zur Prüfung der Mangellosigkeit den Begriff des Verdorbenseins des Nahrungsmittels geknüpft hat und auch nicht etwa die allgemeine Anschauung schon hierin ein Verdorbensein desselben erblickt. Zur Versetzung in die Kategorie eines verdorbenen Nahrungsmittels berechtigt daher nicht der blosse Umstand, dass das Tier, von welchem das Fleisch bzw. Fett herrührt, ohne Schlachtung gestorben ist.<sup>2)</sup>

Nach den Voraussetzungen des Gesetzes sind nicht bloss diejenigen Gegenstände als verdorben anzusehen, welche ursprünglich normal hergestellt waren, demnächst aber durch natürliche Vorgänge die ursprüngliche Güte verloren haben, sondern auch diejenigen, welche bereits in ihrem Entwicklungsstadium und vor ihrer fertigen Herstellung nachteilige Veränderungen erlitten haben, die sich auf den fertigen Gegenstand übertragen

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 9. Juli 1883. Rechtspr. Bd. 5, S. 510.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 12. Jan. 1882. Entsch. Bd. 5, S. 343.



und dessen geringere oder aufgehobene Gebrauchsfähigkeit bestimmen.

Rechtlich steht demnach nichts entgegen, das Fleisch ungeborener Kälber, welches, durch den Tod der Mutter in seinem natürlichen Entwicklungsprozesse zum normalen Fleische gehindert, auf einer Stufe geringeren Nahrungswertes im Verhältnis zum letzteren steht und dem Publikum angeboten und verkauft wird, wenn auch nicht als geeignet, die menschliche Gesundheit zu beschädigen im Sinne des § 12, Ziff. 1, so doch als verdorbenes Kalbfleisch zu erachten und, wenn die übrigen Voraussetzungen des gedachten § 10, Ziff. 2 zutreffen, diesen zur Anwendung zu bringen.<sup>1)</sup>

Über das Verdorbensein eines Nahrungsmittels kann nicht lediglich die Ansicht des Publikums als solche, sondern, soweit es dabei überhaupt auf die Ansicht des Publikums ankommt, dieselbe nur in Verbindung mit einer objektiven Eigenschaft des Nahrungsmittels, wodurch eine die Benutzung desselben zur Nahrung beeinträchtigende Wirkung thatsächlich herbeigeführt wird, entscheiden. Es genügt zwar, wenn beispielsweise das Fleisch, weil es nicht hinreichend ausgeblutet war, nachgewiesenermaassen den Ekel des Publikums erregt, obgleich vielleicht nicht lediglich vermöge seiner physiologischen Wirkung, sondern erst vermöge der hinzukommenden Rückwirkung der Vorstellungen von dem zu grossen Blutgehalte auf die körperlichen Organe. Auch eine solche aus den Vorstellungen, wie sie einmal in gewissen Personenkreisen herrschend sind, entspringende und wirklich stattfindende Rückwirkung wäre etwas Thatsächliches und würde den Wert wirklich vermindern. Eine blossе Ansicht des Publikums dagegen, dass das Nahrungsmittel minderwertig oder minder tauglich zur Nahrung sei, während möglich bleibt, dass dasselbe in Wahrheit gleichen Nahrungswert und gleiche Tauglichkeit zur Nahrung, wie ein normales besitzt, kann zur Annahme des Verdorbenseins nicht genügen.<sup>2)</sup>

Für die normale nicht verdorbene Beschaffenheit eines Gegenstandes ist es nicht entscheidend, dass derselbe im Augenblicke des Genusses die Eigenschaft nicht mehr an

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 3. Jan. 1882. Entsch. Bd. 5, S. 287; Rechtspr. Bd. 4, S. 8.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 28. Sept. 1885. Entsch. Bd. 12, S. 407.



sich trägt, welche zu seiner Beanstandung als Essware geführt hat; vielmehr muss das Augenmerk darauf gerichtet werden, ob der betreffende Gegenstand bereits zur Zeit des Feilhaltens oder Verkaufs als verdorben zu erachten war.

Mit Hydatiden (Wasserblasen) durchsetzter Hammellunge und Leber war vom Vorderrichter die Eigenschaft eines verdorbenen Nahrungsmittels im Sinne des § 367, Ziff. 7 Str.-G. (über die gleiche Bedeutung des Wortes „verdorben“ im Sinne des § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. s. S. 69) abgesprochen worden, weil die Hydatiden beim Kochen platzen und verschwinden. Nach Annahme des Reichsgerichts<sup>1)</sup> ist aber davon auszugehen, dass für Gegenstände, welche als Esswaren zu dienen bestimmt sind, zur vollen Gebrauchsfähigkeit jedoch noch einer besonderen Zubereitung durch Kochen u. s. w. bedürfen, der dieser Zubereitung vorausgehende, zur Zeit des Feilhaltens oder Verkaufs bestehende rohe Zustand entscheidet und nichts darauf ankommt, ob die zu diesem Zeitpunkte bestehenden Mängel, welche den Gegenstand als verdorben erscheinen lassen, durch die Zubereitung selbst oder eine anderweite Behandlung sich beseitigen lassen. Es wird sich kaum in Zweifel ziehen lassen, dass z. B. verdorbener Wein nicht deshalb zu einem unverdorbenen wird, weil der frühere normale Zustand durch gewisse mechanische oder chemische Manipulationen einer Wiederherstellung fähig ist. Denn indem das Gesetz das Feilhalten und Verkaufen verdorbener Getränke und Esswaren verbietet und den letzteren auch trichinenhaltiges rohes Fleisch beizählt, erkennt es zunächst nicht bloss an, dass unter den Begriff der Esswaren auch unzubereitete Gegenstände dieser Art fallen, sondern auch weiter, dass die Eigenschaft des Verdorbenseins im Moment des Feilhaltens oder Verkaufens vorliegen müsse, was mit Notwendigkeit dahin führt, dass auch solche Gegenstände, welche vielleicht in späterer Zeit den vollen Nahrungswert wieder erlangen können, denselben aber augenblicklich noch nicht oder nicht mehr besitzen, sofern bei ihnen im übrigen der Begriff des Verdorbenseins zutrifft, der Strafvorschrift unterliegen.

Über den Umfang, in welchem § 367, Ziff. 7 Str.-G. im Hinblick auf § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. anwendbar geblieben ist, heisst es in einer Reichsgerichtsentscheidung<sup>2)</sup>:

„Eine ausdrückliche Aufhebung des § 367, Ziff. 7 spricht das Gesetz vom 14. Mai 1879 nicht aus . . . Daher greift die allgemeine Regel Platz, wonach ältere Gesetze durch neuere nur insoweit für aufgehoben angesehen werden müssen, als sie denselben wider-

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 9. Mai 1882. Entsch. Bd. 6, S. 269; Rechtspr. Bd. 4, S. 451.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 11. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 34; Rechtspr. Bd. 4, S. 149.



sprechen. Es liegt aber kein Widerspruch darin, dass der § 10, Ziff. 2 des neueren Gesetzes vom 14. Mai 1879 aus den unter § 367, Ziff. 7 fallenden Handlungen, die mit Vorsatz begangenen, und soviel das Feilhalten betrifft, die durch Anwendung eines auf Täuschung berechneten besonderen Mittels erschwerten Handlungen herausgehoben und mit härterer Strafe bedroht hat, während er für die in solcher Weise nicht ausgezeichneten Handlungen die Vorschriften des § 367, Ziff. 7 hat bestehen lassen . . . Infolge davon, dass der Thatbestand des § 367, Ziff. 7 anders<sup>1)</sup> definiert worden ist, bezieht sich die Strafandrohung des § 10, Ziff. 2 nicht auf alle unter den § 367, Ziff. 7 fallenden Handlungen, und hat der letzte Paragraph ein Gebiet der Anwendbarkeit behalten. Dasselbe ist freilich ein sehr beschränktes.“

Der Strafvorschrift des § 367, Ziff. 7 unterliegen also diejenigen einschlägigen Fälle, bei denen der Umstand der Täuschung nicht in Frage kommt. Da die Täuschung zur Anwendbarkeit des § 10, Ziff. 2 auf ein Feilhalten in einem positiven Verhalten des Verkäufers (vgl. S. 63) gegeben sein muss, so erstreckt sich § 367, Ziff. 7 auch auf solche Fälle des Feilhaltens, in denen eine Täuschung nur gefolgert wird.

So macht das Feilhalten von verdorbenen Nahrungsmitteln auf einem Markte, wo nur unverdorbene Nahrungsmittel feilgeboten werden, unter Verschweigung des Verdorbenseins, aber ohne eine zur Täuschung geeignete positive Bezeichnung, den Feilbietenden nicht wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, sondern nur wegen Übertretung des § 367, Ziff. 7 Str.-G.-B. strafbar,<sup>2)</sup> mit anderen Worten, das Auslegen verdorbener Nahrungsmittel an einer Stelle, wo nur gute Nahrungsmittel verkauft werden sollen, an sich ist nur Feilhalten unter Verschweigen des Verdorbenseins und vermag die in § 10, Ziff. 2 geforderte positive Angabe nicht zu ersetzen.

Ein Vergehen aus § 10, besonders Ziff. 2 kann mit einem solchen aus § 263 Str.-G. (Betrug) zusammentreffen (vgl. S. 49). Ein Zusammentreffen der beiden Paragraphen wurde beispielsweise in folgendem Falle angenommen.

Der Angeklagte hatte im Sommer 1890 fabriziertes Sauerwasser unter der zur Täuschung geeigneten Bezeichnung „Selzerwasser“ und unter Verschweigung des Umstandes, dass es nur ein künstlich nachgemachtes Genussmittel sei, sowie in einem besonderen Falle unter der Vorspiegelung, das Wasser infolge direkten Bezuges von der Quelle billiger liefern zu können, verkauft. Da der Käufer

<sup>1)</sup> Nämlich anders als in § 10, Ziff. 2.

<sup>2)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 18. Juni 1885. Entsch. Bd. 12, S. 301; Rechtspr. Bd. 7, S. 406; Veröff. 1885, II, S. 132 und 235.



das angebliche Selzerwasser nur infolge dieser Vorspiegelung und der sich hieraus ergebenden Billigkeit gekauft hatte, wurde er auch als in seinem Vermögen geschädigt erachtet.<sup>1)</sup>

Die beiden Ziffern des § 10 können auch mit einander, je nach dem Thatbestande ideell oder real, konkurrieren, gleichzeitig kann ferner eine Konkurrenz mit § 263 Str.-G. vorliegen. In einem Falle von Kaffeeverfälschung und wiederholtem Verkauf des betreffenden Kaffees unter Verschweigung des Umstandes der Verfälschung in betrügerischer Weise äusserte sich das Reichsgericht<sup>2)</sup> hierüber folgendermaassen:

„Der Angeklagte ist nach § 10, Pos. 1 des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879, sowie wegen Betrugs in drei selbständigen Fällen in idealer Konkurrenz mit § 10, Pos. 2 des zitierten Gesetzes verurteilt worden. . . . Es ist zunächst keineswegs richtig, dass im Falle der Thäter die von ihm selbst verfälschten Nahrungsmittel verkauft, die Pos. 1 des § 10 des zitierten Gesetzes von der Pos. 2 dieses Paragraphen konsumiert werde. Vielmehr stellt sich die in Pos. 1 mit Strafe bedrohte Handlung als ein selbständiges Delikt dar, nach dessen Vollendung erst das Delikt der Pos. 2 ausgeführt werden kann. . . . Dem Urteil fällt jedoch auch darin kein Rechtsirrtum zur Last, dass es eine zwischen den mehreren Betrügereien bestehende Real Konkurrenz angenommen hat. Es sagt allerdings, der Angeklagte habe einen Teil seines Kaffeevorrats zum Voraus, nicht erst bei Gelegenheit der Verabfolgung der einzelnen verkauften Quantitäten, verfälscht, und es sei darum seine Absicht von vornherein auf gelegentliche Verübung wiederholter Betrügereien gerichtet gewesen. Allein dieses allgemeine Vorhaben des Angeklagten musste nicht zur Folge haben, dass nunmehr sämtliche ausgeführte Betrügereien zu einer That zusammen zu fassen gewesen seien. Denn wenn dem einen Entschlusse, durch welchen die mehreren Akte des fortgesetzten Verbrechens zu einer That verbunden werden, eine Wirksamkeit beigelegt werden soll, so muss verlangt werden, dass diese mehreren Akte von dem einen Entschluss mit solcher Bestimmtheit umfasst gewesen waren, dass es bei der Verübung eines jeden einzelnen der nachfolgenden Akte einer weiteren Ausgestaltung dieses Entschlusses nicht bedurfte und sich vielmehr dieser Entschluss gerade so zur Geltung gebracht hat, wie er bereits bei Vornahme des ersten Aktes gefasst gewesen war. Wer aber lediglich entschlossen ist, gelegentlich das Verbrechen zu wiederholen, der macht unwill-

---

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. Landger. Frankenthal v. 16. Dez. 1890. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 95\*.

<sup>2)</sup> Urteil v. 8. Dez. 1887. Veröff. 1888, S. 311.



kürlich die Benutzung einer sich etwa darbietenden Gelegenheit von einer besonderen, derselben anzupassenden Entschliessung abhängig, und es ist darum dann auch nicht der nämliche, bereits vor dem Akte gefasst gewesene Entschluss, sondern ein neu gefasster Entschluss, welcher zum Vollzuge gebracht wird.“

Strafrechtlich sind die von § 10 getroffenen Handlungen Vergehen im Sinne des Strafgesetzbuchs, da sie mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet werden. Gleichzeitig kann nach § 15 N.-M.-G. auf die Einziehung der verdorbenen, verfälschten oder nachgemachten Gegenstände erkannt und nach § 16 in dem Urteil oder dem Strafbefehl angeordnet werden, dass die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei.

Von diesen beiden letzteren Strafen, deren Verhängung dem Richter überlassen ist, abgesehen, ermässigt sich nach § 11 N.-M.-G. die Strafe für die im § 10, Ziff. 2 bezeichneten Handlungen auf Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft, wenn solche aus Fahrlässigkeit begangen sind. Der Begriff der **Fahrlässigkeit**, welche der „Wissentlichkeit“ in § 10 gegenübergestellt wird, ergibt sich aus der Voraussetzung, dass, wer Lebensmittel feilhält oder verkauft, die Pflicht hat, sich über deren Beschaffenheit zu unterrichten und unterrichtet zu halten. Hat er dies nicht selbst gethan oder hat er die ihm gebotene Gelegenheit, sich durch Einziehung von Belehrung bei Sachverständigen Auskunft zu verschaffen, unbenutzt gelassen, so wird er, wie es in den Motiven zum Gesetzentwurf heisst, den Vorwurf der Fahrlässigkeit von sich nicht abwehren können. Unkenntnis aus Fahrlässigkeit schützt nicht, und ganz unzweifelhaft wird eine solche immer da anzunehmen sein, wo der Beteiligte die ausdrücklichen Vorschriften einschlagender polizeilicher Verordnungen oder Anordnungen unbeachtet gelassen hat. Derjenige, welcher thunlichst bemüht war, sich über die Beschaffenheit der von ihm feilzuhaltenden Ware zu unterrichten, kann, falls ihm dies nicht möglich war oder die eingeholte Auskunft ihm keine Veranlassung zu Bedenken gegeben hat, nicht bestraft werden, wenn sich später herausstellen sollte, dass die Ware dennoch verfälscht



oder verdorben gewesen. Hierzu bemerkt das Reichsgericht<sup>1)</sup>: „In diesen Sätzen der Motive ist nichts enthalten, was mit dem allgemeinen Prinzip der strafrechtlichen Fahrlässigkeit im Widerspruch stände. Diese ist unabhängig von dem Umstande, ob etwa noch durch eine besondere und selbständige Anordnung für gewisse Arten von Gegenständen eine Untersuchung, wie die obligatorische Trichinenschau, vorgeschrieben ist. Selbstverständlich erscheint allerdings, dass, wo letzteres der Fall, die Unterlassung der vorgeschriebenen Untersuchung, abgesehen von der schon dadurch etwa verwirkten Strafe, auch als ein starkes Indicium der Fahrlässigkeit in Betracht kommen kann. . . . . Das Wesen der allgemeinen strafrechtlichen Fahrlässigkeit besteht darin, dass durch Nichtanwendung der nach den gegebenen Umständen gebotenen Sorgfalt und Umsicht von dem Handelnden ein vom Recht reprobiertem Erfolg seines Handelns herbeigeführt worden ist.“ Hieraus ergibt sich, dass die Entscheidung über eine etwa vorliegende Fahrlässigkeit nach der Lage des einzelnen Falles zu treffen ist. Insbesondere wird es wesentlich sein, ob der Thäter sich gewerbsmässig mit dem Absatz von Nahrungs- oder Genussmitteln befasst, da in diesem Falle eine grössere Sorgfalt und Umsicht von ihm vorausgesetzt werden darf.

Als Beispiel einer aus § 11 strafbaren Fahrlässigkeit sei ein Fall<sup>2)</sup> erwähnt, welcher den Verkauf von Pfefferpulver mit 13,79% Aschengehalt und 7,21% Sand seitens eines Kaufmanns betraf. Die thatsächliche Feststellung hatte ergeben, dass das Fabrikat erheblich mehr fremde Stoffe enthielt, als nach den üblichen, wissenschaftlich gerechtfertigten Anschauungen im Handelsverkehr üblich ist, dass der Angeklagte ferner weder eine Untersuchung des Pfefferpulvers veranlasst, noch den Käufern von der Beschaffenheit desselben Mitteilung gemacht hatte. Als Fabrikant des Pfefferpulvers hätte der Angeklagte nach gerichtlicher Annahme voraussetzen müssen, dass dasselbe eine nach Handelsgebrauch nicht zulässige Menge von Sand und Asche enthalten und hierdurch objektiv den Charakter eines gefälschten Genussmittels annehmen könne. Er sei deshalb verpflichtet gewesen, um sich von der fehlerfreien Beschaffenheit seines

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 15. Febr. 1882. Entsch. Bd. 6, S. 41; Rechtspr. Bd. 4, S. 165.

<sup>2)</sup> Urteil d. kgl. Oberlandesger. Kiel v. 13. April 1887. Veröff. 1887, S. 764.



Fabrikats sicher zu überzeugen, eine Untersuchung desselben zu veranlassen. Durch Unterlassung dieser habe er die Voraussetzung der Kunden, ein wenn auch nicht sandfreies, so doch nicht in dem angegebenen Grade mit Sand und Asche vermischtes Pfefferpulver zu erhalten, obwohl nicht vorsätzlich getäuscht und daher fahrlässig gehandelt.<sup>1)</sup> — Ähnlich verhielt es sich in einem Falle des Verkaufs nachgemachter Butter unter Verschweigung des Umstandes der Nachmachung. Die Annahme strafbarer Fahrlässigkeit wurde auf das Ergebnis der Untersuchung, nach welcher die Butter nur eine ganz geringe Menge Butterfett enthielt, sowie darauf gestützt, dass der Angeklagte mehrfach Butter von sehr geringem Werte, welche teilweise einen dem Talg und Stearin ähnlichen Geschmack hatte, bezogen und verkauft hat. Nach dem Revisions-Urteil<sup>2)</sup> ist nicht allein von demjenigen, welcher, wie der Angeklagte, aus dem Feilhalten von Nahrungsmitteln ein Gewerbe macht, im allgemeinen zu verlangen, dass er sich über die Eigenschaft der feilgehaltenen Gegenstände, soweit dies irgend thunlich, unterrichte, sondern es lagen auch im gegenwärtigen Falle noch besondere Umstände — der auffallende Geschmack der Butter in Verbindung mit deren geringem Werte — vor, welche dem Angeklagten Vorsicht geboten und eine genaue sachverständige Prüfung der Vorräte an geringwertiger Butter notwendig erscheinen liessen. Bei Anwendung gewöhnlicher Sorgfalt hätte daher der Angeklagte den später eingetretenen Erfolg als eine mögliche Folge seines Verhaltens, der Unterlassung einer Prüfung jener Butter, voraussehen können. — Dagegen lag in einem Falle des Verkaufs von verfälschtem Kaffee seitens eines Krämers eine Fahrlässigkeit nach Annahme des Gerichts<sup>3)</sup> nicht vor, weil der Angeklagte schon nach der geringen Menge des zunächst zum eigenen Gebrauche bezogenen Kaffees, welche einige Pfund im Jahre betragen, keinen Anlass gehabt habe, sich durch kostspielige und umständliche Untersuchung der Sendungen, welche jahrelang seitens der Abnehmer unbeanstandet geblieben seien, von der Echtheit der Ware zu überzeugen und er im vollen Vertrauen auf die Reellität des langjährigen Geschäftsfreundes den Kaffee als „Mischung“ übernommen und wieder abgegeben habe.

In ähnlicher Weise hängt in Fällen, in welchen ein Vergehen wider § 10 N.-M.-G. von einem Angestellten des Beschuldigten begangen ist, das Urteil über eine Fahrlässigkeit des letzteren ganz von dem Thatbestande ab.

---

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. Oberlandesger. Kiel v. 13. April 1887. Veröff. 1887, S. 764.

<sup>2)</sup> Desgl. d. kgl. Oberlandesger. Dresden v. 9. Juli 1888. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 10\*.

<sup>3)</sup> Desgl. d. kgl. Landger. München II v. 30. April 1892. Ebd. S. 92\*.



So kann ein Bierbrauereibesitzer, welcher den gesamten technischen Betrieb der Brauerei einem Braumeister mit der Weisung übertragen hat, nur gesundes Bier zu verkaufen, sofern nicht besondere Umstände ihm Veranlassung zur Prüfung der Beschaffenheit des Bieres gegeben haben, wegen der Unterlassung dieser Prüfung nicht der fahrlässigen Herbeiführung des von dem Braumeister begangenen Verkaufs gesundheitsschädlichen<sup>1)</sup> Bieres beschuldigt werden.<sup>2)</sup> Dagegen wurde in einem Falle der Verfälschung von Reineclauden durch Verwendung von Blaustein (krystallisiertem Kupfervitriol) beim Einmachen derselben durch den Küchenchef des angeklagten Restaurateurs eine Fahrlässigkeit des letzteren darin gefunden, dass er von dem Ankauf und von der Verwendung des Blausteins in seiner Küche aus eigener Wahrnehmung Kenntnis gehabt hatte. Der Umstand, dass er die Leitung des Küchenwesens seinem Küchenchef übertragen habe, befreie ihn nicht von der Verantwortlichkeit für alle Vorgänge in der Küche bei Zubereitung der Speisen; daher sei es auch im vorliegenden Falle seine Pflicht gewesen, als in seiner Gegenwart und mit seiner Kenntnis zu einem demnächst an die Gäste zu verkaufenden Genussmittel eine Ingredienz verwandt wurde, welche einen Anstoss erregenden Namen habe, sich nach dem Wesen dieser Ingredienz zu erkundigen und erforderlichenfalls deren Verwendung zu verhindern, da selbst jeder Laie in der Kochkunst, der auch die Beschaffenheit des Blausteins nicht kenne, die Verwendung desselben zum Einmachen von Früchten für höchst bedenklich halten müsse.<sup>3)</sup>

Der § 367, Ziff. 7 Str.-G. steht zu § 11 in demselben Verhältnis, wie zu § 10 N.-M.-G. Die Fahrlässigkeit wird in demselben zwar nicht besonders erwähnt, allein es lag hierzu auch keine Veranlassung vor, weil er die Fälle wissentlicher und fahrlässiger Handlungen nicht von einander sondert. Bezüglich der einschlägigen nicht unter § 11 fallenden, aus Fahrlässigkeit begangenen Handlungen muss § 367, Ziff. 7 ebenso fortgeltend erachtet und es muss deshalb das fahrlässige Feilhalten und Verkaufen verdorbener oder verfälschter Esswaren und Getränke, auch wenn solches ohne Täuschung erfolgte, als danach strafbar be-

---

<sup>1)</sup> Dasselbe gilt auch vom verfälschten Bier.

<sup>2)</sup> Beschluss d. kgl. Oberlandesger. München v. 8. Aug. 1885. Samml. v. Entscheid. d. Oberlandesger., Bd. 3, S. 590; Veröff. 1886, S. 338.

<sup>3)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 21. April 1885. Rechtspr. Bd. 7, S. 239.



urteilt werden, wie dies für die vorsätzlichen Vergehen dieser Art zutrifft.<sup>1)</sup>)

Durch die folgenden Paragraphen — 12 bis 14 — werden solche Fälle getroffen, bei denen eine Beschädigung oder gar Zerstörung der menschlichen Gesundheit in Frage kommt. In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit der einschlägigen Handlungen sind die Grenzen der Anwendbarkeit dieser Paragraphen wesentlich weiter gezogen, als dies bei den §§ 10 und 11 der Fall ist. Neben dem Verkaufen und Feilhalten stellen sie auch jedes sonstige Inverkehrbringen unter Strafe, die strafbaren Bethätigungen erstrecken sich nicht nur auf Nahrungs- und Genussmittel, sondern auch auf gewisse Gebrauchsgegenstände, sodann ist auch schon der Versuch strafbar.

Von den beiden Ziffern, welche in § 12 ebenso wie in § 10 unterschieden werden, bezieht sich die erstere auf Nahrungs- und Genussmittel, die zweite auf Gebrauchsgegenstände. In beiden Ziffern geht die Strafbarkeit nach zwei Richtungen, indem einerseits die Herstellung, andererseits jede Art des Inverkehrbringens getroffen wird.

In § 12, Ziff. 1 kommt die Herstellung solcher Gegenstände in Frage, welche bestimmt sind, anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen; und zwar ist die Herstellung strafbar, wenn sie in der Art erfolgt, dass der Genuss der Nahrungs- oder Genussmittel die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, und wenn ausserdem der Thäter dabei vorsätzlich verfahren ist, d. h. wenn er den Vorsatz gehabt hat, die Nahrungs- oder Genussmittel in besagter Art herzustellen, demnach auch gewusst hat, dass diese nach erfolgter Herstellung im Falle des Genusses zur Beschädigung der menschlichen Gesundheit geeignet sein werden.

In Betracht kommen also alle Nahrungs- und Genussmittel, wofern sie bestimmt sind, anderen als solche zu dienen, gleichviel ob sie durch Verkauf, Geschenk oder sonstwie anderen zu diesem Zwecke zugänglich gemacht

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 72.



werden. Ebenso unerheblich ist es, wer die Personen, denen sie zugänglich gemacht werden, sind, ob Fremde, Verwandte, Bedienstete u. s. w. Der Begriff der Nahrungs- und Genussmittel ist auf S. 20 erörtert worden.

Über den Begriff der **Herstellung** äusserte sich das Reichsgericht<sup>1)</sup> anlässlich eines Falles, in welchem Fleisch von einer an Tuberkeln leidenden Kuh zerkocht und eingepökelt und in der Folge für die Familie und die Diensthöten zur Nahrung verwandt war, folgendermaassen:

„Richtig ist zwar, dass die Herstellung eine menschliche Thätigkeit erfordert, wodurch Gegenstände, welche vorher überhaupt nicht zu den Nahrungsmitteln, oder zu einer anderen Klasse oder Qualität derselben gehörten, zu Nahrungsmitteln umgeschaffen werden, und dass ohne eine solche durch menschliche Thätigkeit herbeigeführte Veränderung der ursprünglichen Stoffe in Beziehung auf ihre Beschaffenheit je nach den Anforderungen, welche durch die Eigenschaften des herzustellenden Nahrungsmittels bedingt werden, von einer Herstellung desselben nicht die Rede sein kann. Aber diese Veränderung muss sich nicht notwendig auf die innere qualitative Beschaffenheit beziehen, derart, dass ein an und für sich gesunder Stoff erst durch seine Behandlung, Zusammensetzung mit anderen Stoffen u. s. w. zu einem gesundheitsschädlichen umgestaltet wird; eine derartige Beschränkung würde dem Gesetze einen guten Teil seiner Bedeutung nehmen. Ein Nahrungsmittel, welches geeignet ist, die menschliche Gesundheit zu beschädigen, stellt vielmehr auch derjenige her, welcher einem schon ursprünglich gesundheitsgefährlichen Stoffe, welcher auch bei normaler Qualität in dieser Beschaffenheit als Nahrungsmittel genossen werden kann oder genossen zu werden pflegt, eine derartige Form verleiht, welche ihn zum menschlichen Genusse geeignet erscheinen lässt. Unter „Herstellen“ eines Nahrungsmittels ist dessen Fertigstellung zum Genusse verstanden und diese Herstellung ist auch dann derartig, dass der Genuss die Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, erfolgt, wenn dem hergestellten Nahrungsmittel ohne Rücksicht auf die Art der Bereitung diese Eigenschaft anhaftet. Es muss nur das Produkt der Herstellung ein gesundheitsgefährliches Nahrungsmittel sein. Wer aus verdorbenem Getreide ein Mehl fabriziert, welches dieselben gesundheitsbeschädigenden Eigenschaften besitzt, wie das rohe Getreide selbst, sofern jemand auf den Gedanken kommen sollte, dasselbe zu geniessen, bringt durch seine Herstellungsthätigkeit ein gesundheitsbeschädigendes Nahrungsmittel nicht weniger zur Existenz, wie derjenige, welcher erst durch ungeschickte oder böswillige Zusätze zu dem gesunden Rohstoffe die Schädlichkeit des

<sup>1)</sup> S. Note 3 auf S. 37.



daraus bereiteten Produkts herbeiführt. So kann es auch füglich nicht bezweifelt werden, dass der Fleischer, welcher das Fleisch erkrankten Viehs zur Bereitung gesundheitsschädlicher Wurst verwendet, sich damit der Herstellung eines gesundheitsschädlichen Nahrungsmittels auch dann schuldig macht, wenn die sonstige Herstellungsweise der Wurst und die sonstigen dazu verwendeten Stoffe den normalen Anforderungen entsprechen.“

Die **Gesundheitsschädlichkeit**, welche in § 12 in Frage kommt, ist eine objektive Eigenschaft, die dem Gegenstande anhaften muss und nicht abhängig gemacht werden kann von dem je nach dem Geschmacke, der Bildungsstufe und dem Wohlstande des einzelnen Käufers verschiedenen Grade der Abneigung oder des Widerwillens gegen dessen Genuss. Zur Annahme einer Gesundheitsschädlichkeit ist es daher z. B. nicht ausreichend, dass der Genuss des Fleisches krepiereten Viehs bei der Mehrzahl der Menschen Ekel hervorruft. Denn möge auch das Gefühl des Widerwillens gegen den Genuss derartigen Fleisches vielfach bestehen und insofern die Bezeichnung „ekelhaft“ zutreffen, so erscheine doch nicht alles Ekelhafte auch gesundheitsschädlich.<sup>1)</sup> Es bedarf also hiernach in jedem Falle der Feststellung, dass der Gegenstand objektiv die Eigenschaft besitzt, die menschliche Gesundheit zu beschädigen. Dagegen wird nicht erfordert, dass eine Gesundheitsbeschädigung beim Genusse notwendig eintritt. Der Gegenstand braucht zur Gesundheitsbeschädigung nur geeignet zu sein. Das Geeignetsein bedeutet aber nicht die Gewissheit, dass jeder, welcher von dem verdorbenen Nahrungsmittel geniesse, infolge des Genusses erkranken werde, sondern nur die Möglichkeit dieses Erfolges. Allerdings darf bei der Beurteilung dieser Möglichkeit nicht von unhaltbaren Unterstellungen ausgegangen, sondern es müssen die Vorkommnisse des täglichen Lebens hierbei in Betracht gezogen werden.<sup>2)</sup> Über die Gesundheitsschädlichkeit infolge übermässigen Genusses eines Nahrungs- oder Genussmittels s. S. 82, Abs. 3; ferner vgl. das in den Ausführungen zu § 14 mitgeteilte

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 5. Mai 1882. Entsch. Bd. 6, S. 256; Rechtspr. Bd. 4, S. 431.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 3. Febr. 1890. Veröff. Beil. S. 119\*.



Reichsgerichtsurteil über den „Schaden an der Gesundheit“, sowie ebd. das Urteil des Oberlandesgerichts München über „die Beschädigung der Gesundheit von Kranken“.

Die Gesundheitsbeschädigung steht im Gegensatze zu der in § 13 N.-M.-G. aufgeführten Gesundheitszerstörung. Nach den Motiven zum Gesetzentwurf erschien es nicht genügend, nur solche Stoffe ins Auge zu fassen, welche die Gesundheit zu zerstören und nicht auch diejenigen, welche sie zu beschädigen geeignet sind, wenn auch bei den letzteren nicht dieselbe hohe Strafe anzudrohen sein wird, wie bei den ersteren. In vielen Fällen, heisst es weiter, wird der Sachverständige Bedenken tragen, einem Stoffe die erstere Eigenschaft zuzuerkennen, während ihm die letztere ganz unbedenklich sein wird.

Die zweite Gruppe von Fällen, welche in Ziff. 1 des § 12 ins Auge gefasst werden, umfasst das Verkaufen, Feilhalten und sonstige Inverkehrbringen (vgl. S. 35, 29, 37, ferner S. 79) von Gegenständen als Nahrungs- oder Genussmittel. Die Strafbarkeit wird dadurch bedingt, dass der Genuss der Gegenstände die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, und dass der Thäter wissentlich gehandelt hat. Wesentlich ist das Inverkehrbringen der Gegenstände als menschliche Nahrungs- oder Genussmittel. Wer z. B. verdorbenes Mehl als Viehfutter, verdorbene Butter als Wagenschmiere verkauft, verstösst nach den Motiven nicht gegen das Gesetz.

Von der **Gesundheitsschädlichkeit** im allgemeinen ist bereits auf S. 81 die Rede gewesen. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass man, wie die Motive vorbeugend ausführen, im ausschliesslichen Hinblick auf den Wortlaut des Gesetzes und ohne Rücksicht auf die Absicht des Gesetzgebers zu der Behauptung kommen könnte, dass die Bestimmung des Paragraphen schon auf jeden Verkauf von Branntwein anwendbar sei, da unzweifelhaft der Genuss von Branntwein die menschliche Gesundheit zu schädigen, das Übermaass desselben sie sogar zu zerstören geeignet erscheine. In gewissem Sinne würde man solches aber überall behaupten können, da jeder Gegenstand, im Übermaass genossen, gesundheitsgefährlich ist; der Gesetzgeber



wird somit nicht besorgen dürfen, dass der vorliegenden Bestimmung in ihrer praktischen Handhabung durch die Verwaltungsbehörden und Gerichte eine derartige der Absicht des Gesetzes zuwiderlaufende Auslegung zu teil werde. Dass das Gesetz aber andererseits einem Urteil des Reichsgerichts<sup>1)</sup> zufolge nicht bloss solche Nahrungs- oder Genussmittel im Sinne hatte, die einmal und in geringster Menge genossen schon geeignet sind, die Gesundheit zu beschädigen, ergibt sich von selbst daraus, dass es zwar wohl derartige Gifte, nicht aber derartige Gegenstände giebt, die, wie es in § 12, Nr. 1 heisst, bestimmt sein könnten, als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen. Es handelte sich in diesem Falle um das Feilhalten einer süssen Sorte Apfelwein, welche mit fuselöhlhaltigem Spiritus oder mit Alkohol in solchem Maasse gemischt war, dass sie, lediglich als Genussmittel in nicht zu geringen Mengen und fortgesetzt gebraucht, zur Beschädigung der menschlichen Gesundheit geeignet war. Das Urteil fährt fort:

„Die die Strafbarkeit aus § 12, No. 1 bedingende Gefahr für die Gesundheit anderer Personen ist als gegeben anzusehen, wenn der hergestellte oder in Verkehr gebrachte Gegenstand geeignet ist, die Gesundheit zu beschädigen, falls er der Bestimmung gemäss, als menschliches Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, verwendet, falls er also in solcher Weise, namentlich auch in der Menge, wäre dieses auch eine grössere Menge, genossen wird, wie der entsprechende Gegenstand als Nahrungs- oder als Genussmittel gebraucht zu werden pflegt. Der Thatbestand des Vergehens liegt also nicht vor, wenn der Gegenstand nur, falls er im Übermaasse genossen wird, gesundheitsgefährlich ist. Aber dass der Gebrauch als Nahrungs- oder Genussmittel bei einem bestimmten Gegenstande erst dann der Gesundheit Gefahr droht, wenn er fortgesetzt wird und in nicht zu geringer Menge geschieht, steht der Anwendung des Gesetzes nicht entgegen.“

Die beim Verkauf u. s. w. in Betracht kommende Gesundheitsschädlichkeit braucht im Gegensatz zu der durch die Herstellung bedingten nicht immer durch eine Beschaffenheit des Gegenstandes herbeigeführt zu sein, welche ihm durch eine menschliche Thätigkeit verliehen ist. Sie kann auch eine Folge des inneren Verderbs oder des

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 9. Juni 1880. Entsch. Bd. 2, S. 177.



Vorhandenseins von Parasiten (Trichinen u. s. w.) sein. Immer aber muss der Gegenstand im Moment des Verkaufs oder sonstigen Inverkehrbringens die gesundheitsgefährliche Eigenschaft besitzen. Für diese Annahme kann es z. B. nicht genügen, dass die bloße Möglichkeit künftigen raschen Verwesens — bei Fleisch, welches nicht ausgeblutet hat — festgestellt wird.<sup>1)</sup> So wenig wie lediglich die Möglichkeit, dass ein Gegenstand später zur Beschädigung der menschlichen Gesundheit geeignet wird, zur Anwendbarkeit des § 12 ausreicht, trifft dies zu, wenn dem an sich gesundheitsschädlichen Nahrungsmittel, bevor es in den Verkehr gebracht wird, durch die besondere Art der Zubereitung, z. B. durch Kochen des Fleisches, die Gesundheitsgefährlichkeit bereits entzogen war.<sup>2)</sup> Dagegen wird die Strafbarkeit aus § 12 dadurch nicht ausgeschlossen, dass die Gesundheitsschädlichkeit durch die gewöhnliche Art der Zubereitung, wie Brühen von Würsten, Kochen von Fleisch, aufgehoben wird. Keineswegs erforderlich ist, dass die in den Verkehr gebrachte Ware notwendig und unter allen Umständen gesundheitsschädlich wirkt oder dass ein solcher Erfolg im einzelnen Falle eingetreten ist, und wenn daher ein Nahrungsmittel je nach der Art seiner Zubereitung und seines Genusses bald geeignet ist, die menschliche Gesundheit zu beschädigen, bald diese Eigenschaft verliert und unschädlich wirkt, so wird gleichwohl der Verkäufer dadurch, dass er eine solche Ware in den Verkehr bringt, regelmässig das Gesetz verletzen, weil jede mögliche, von dem Verkäufer voraussehbare Art des Gebrauchs (z. B. Genuss rohen oder halbrohen Rindfleisches) in Betracht kommt, insofern sie der dem Gegenstande gegebenen Bestimmung, als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, entspricht.<sup>3)</sup>

Die zur Strafbarkeit erforderte **Wissentlichkeit** des Thäters besteht darin, dass er die Eigenschaft des als Nah-

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 81.

<sup>2)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 8. Jan. 1883. Entsch. Bd. 7, S. 412.

<sup>3)</sup> Desgl. v. 26. Febr. 1884. Rechtspr. Bd. 6, S. 157. Vgl. auch das Urteil zu Note 1 auf S. 39.



rungs- oder Genussmittel in den Verkehr gebrachten Gegenstandes, die menschliche Gesundheit durch den Genuss zu beschädigen, gekannt hat. Diese Kenntniss braucht eine sichere nicht zu sein, wenn der Thäter sich der Wissenschaft von der Beschaffenheit der Nahrungsmittel absichtlich entzieht.

Dies wurde z. B. in einem Falle angenommen, in welchem eine Speisewirtin, nachdem sie ihre Tochter mit dem Ankauf totor, wenn auch schon zum Teil verdorbener Fische für die Speisewirtschaft beauftragt hatte, die von dieser in der Folge gekauften Fische, selbst auf die Gefahr hin, dass sie gesundheitsgefährlich seien, ihren Gästen hatte vorsetzen wollen und diesen Willen durch den Versuch bethätigt hatte. „Dass der strafbare Vorsatz, den das »wissentlich in § 12, No. 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 ausdrückt, auch den eventuellen Dolus desjenigen in sich begreift, der zwar nicht weiss, dass die Gegenstände gesundheitsgefährlich, weil er zweifelt oder sich der Wissenschaft von ihrer Beschaffenheit absichtlich entzieht, aber ihren Verkauf auch dann will, wenn sie gesundheitsgefährlich, unterliegt rechtlichen Bedenken nicht.“<sup>1)</sup> — In einem anderen Falle, welcher den Verkauf einer lebenden perl-süchtigen Kuh, deren Krankheit angeblich bis zur Ausschlachtung nicht mit Sicherheit zu erkennen war, durch einen Fleischer betraf, äusserte das Reichsgericht, dass, selbst wenn der Angeklagte trotz der mannigfach dafür sprechenden Anzeichen nicht „mit Sicherheit“ gewusst hätte, die von ihm verkaufte Kuh leide an Perlsucht, er auch dann schon aus § 12, Abs. 1 strafrechtlich haften würde, sobald er auch nur die Möglichkeit der fraglichen Krankheit ins Auge gefasst, diese Möglichkeit mit in seinen Willen eingeschlossen und auf die Gefahr hin die Kuh verkauft hätte.<sup>2)</sup>

Erforderlich ist, dass die „Wissentlichkeit“ thatsächlich festgestellt wird. So reicht die Kenntniss bloss abnormer Eigenschaften der Ware zur Strafbarkeit aus § 12 nicht aus.

Die Feststellung z. B., dass den Verkäufern die Eigenschaft einer Kuh als eines im Verenden begriffenen Viehs bekannt gewesen war, kann auch unter der Voraussetzung, dass das Fleisch solchen Viehs geeignet ist, die Gesundheit der Menschen zu schädigen, nach der subjektiven Seite der Verschuldung nicht genügen, vielmehr musste den beiden Angeklagten zugleich nachgewiesen werden, dass ihnen die Gesundheitsgefährlichkeit bekannt war.<sup>3)</sup> Ähnlich äusserte sich das Reichsgericht in einem Falle des Verkaufs des Fleisches

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 17. Febr. 1888. Rechtspr. Bd. 10, S. 157; Veröff. 1889, S. 304.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 10. Febr. 1887. Veröff. 1887, S. 730.

<sup>3)</sup> S. Note 1 auf S. 81.



einer an Gedärmentzündung erkrankten und vor dem Verenden geschlachteten Kuh. Die Thatsache, dass der Verkäufer dieselbe für einen ausserordentlich niedrigen Preis ohne das nach seinem Wissen vorgeschriebene tierärztliche Zeugnis verkauft habe, bewaise noch nicht, dass er gewusst habe, das Fleisch der Kuh sei gesundheitsschädlich.<sup>1)</sup>

Die Wissentlichkeit erstreckt sich nicht nur auf die Eigenschaft der Ware, beim Genuss die menschliche Gesundheit zu beschädigen, sondern auch auf das Inverkehrbringen derselben als Nahrungs- oder Genussmittel. Auch hier bedarf es nicht notwendig der sicheren Kenntniss, sondern es wird derjenige mit Strafe bedroht, der bei dem Überlassen der gesundheitsschädlichen Ware an andere wusste oder den Umständen nach annehmen musste, dass dieselbe von dem Abnehmer oder in einer folgenden Hand zur Nahrung oder zum Genusse für Menschen werde verwandt werden.<sup>2)</sup>

In einem Falle, in dem bewiesen wurde, dass der Angeklagte bei der Rückgabe finnigen Schweinefleisches an den Verkäufer weder den Willen, dass es genossen werden sollte, gehabt, noch mit dem Bewusstsein, dass es genossen werden würde, gehandelt hatte, erkannte das Reichsgericht, dass derselbe das Fleisch dem Verkäufer nicht als Nahrungsmittel überlassen habe und er daher auch nicht aus § 12, Ziff. 1 verurteilt werden könne. (Vgl. das Urteil zu Note 1 auf S. 38.)

Darauf ob durch die äussere Beschaffenheit des Nahrungsmittels über seine Gesundheitsschädlichkeit mehr oder minder leicht getäuscht wird, hat es nicht anzukommen. Die Strafbarkeit im Sinne des § 12 liegt nicht in der Täuschung des Konsumenten über die Beschaffenheit des veräusserten Nahrungsmittels, sondern in der Gemeingefährlichkeit der Handlung, weshalb auch, abweichend von § 324 Str.-G., das Thatbestandsmerkmal des „Verschweigens dieses Umstandes“ (also hier der Gesundheitsgefährlichkeit) absichtlich weggelassen wurde.<sup>3)</sup> Gleichwohl hat das Reichsgericht wiederholt den Verkäufer als zur Angabe der ge-

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 1. Okt. 1888. Entsch. Bd. 18, S. 135; Veröff. 1889, S. 416.

<sup>2)</sup> Desgl. v. 26. Juni 1885. Veröff. 1885 II, S. 251.

<sup>3)</sup> Desgl. (1. Strafsenat) v. 11. Mai 1888. Veröff. 1888, S. 681. Im gleichen Sinne sprach sich das Reichsgericht (3. Strafsenat) am 4. Jan. 1882, Entsch. Bd. 5, S. 389; Rechtspr. Bd. 4, S. 10, aus.



sundheitsgefährlichen Beschaffenheit der Ware verpflichtet erachtet. In einem Urteile (3. Strafsenat) vom 30. März 1881<sup>1)</sup> heisst es hierüber:

„In § 12 des Gesetzes wird zwar von dem Verschweigen nicht ausdrücklich gesprochen, aber es wird derjenige mit Strafe bedroht, welcher einen für die menschliche Gesundheit gefährlichen Gegenstand „als Nahrungs- oder Genussmittel verkauft oder sonst in Verkehr bringt“, und mit diesen Worten hat das Gesetz denselben Gedanken ausgedrückt, welchen es in § 10 mit dem Verschweigen bezeichnet. Wer einen ihm als gesundheitsgefährlich bekannten Gegenstand als Nahrungs- oder Genussmittel verkauft, verschweigt wissentlich, dass der Gegenstand kein Nahrungs- oder Genussmittel ist; nicht der Verkauf eines solchen Gegenstandes an sich, sondern der Verkauf unter Verschweigen seiner Beschaffenheit oder unter Täuschung über dieselbe oder, was nach dem Gesetze beides einschliesst, unter ausdrücklicher oder stillschweigender Beilegung der Eigenschaft eines Nahrungs- oder Genussmittels, die dem Gegenstande, wie der Verkäufer weiss, fehlt, ist das Strafbare. Nach dem Gesetze vom 14. Mai 1879 muss also der Verkäufer die ihm bekannte gesundheitsgefährliche Beschaffenheit des Gegenstandes dem Käufer mitteilen, wenn er der Bestrafung entgehen will.“

Die vorstehend vertretene Anschauung ist von demselben Strafsenat des Reichsgerichts auch neuerdings<sup>2)</sup> aufrecht erhalten worden. In dem vorher erwähnten Urteil (3. Strafsenat) vom 4. Januar 1882<sup>3)</sup>, in welchem bezüglich der Verschweigung ein Gegensatz zwischen den §§ 12, Ziff. 1 und 10, Ziff. 2 angenommen wird, vertrat das Reichsgericht in gleicher Weise wie (1. Strafsenat) am 15. Januar 1885<sup>4)</sup> die Meinung, dass auch die Mitteilung der gesundheitsgefährlichen Eigenschaft eines Nahrungsmittels an den Käufer, sofern nur die Ware als Nahrungsmittel verkauft sei, den Verkäufer seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht zu entheben vermöge. Sodann heisst es in dem letzteren Urteile weiter:

„Anders gestaltet sich aber die Frage, wenn es sich um ein Nahrungsmittel handelt, dessen gesundheitsgefährliche Eigenschaft durch eine hierzu geeignete Behandlung beseitigt werden kann (Kochen finnigen Schweinefleisches) und der Verkäufer sich darüber vergewissert hat, dass dies die Gesundheitsgefährlichkeit beseitigende

<sup>1)</sup> S. Note 5 auf S. 35. — <sup>2)</sup> Desgl. Note 4.

<sup>3)</sup> S. Note 3 auf S. 86. — <sup>4)</sup> S. Note 1 auf S. 39.



Verfahren vor dem Übergange der Ware in eine andere Hand oder doch vor dem Genusse derselben zur Anwendung kommen werde. Denn ist sich der Käufer bewusst, dass er die nötigen Vorsichtsmaassregeln getroffen hat, um den Gebrauch des Nahrungsmittels in seiner gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit zu verhindern und kann dasselbe nach seiner Voraussicht nur in einer die Gesundheit nicht mehr gefährdenden Art genossen werden, so fallen die ohne diese Vorsichtsmaassregeln möglichen gesundheitsgefährlichen Arten des Gebrauches und damit auch die Möglichkeit einer Gefährdung, weil ausserhalb des Bereiches der Voraussiehbarkeit liegend, wenigstens vom Standpunkte des subjektiven Verschuldens ausser Betracht.“

Die Ziff. 1 (desgleichen auch 2) des § 12 enthält zwei verschiedene strafrechtliche Thatbestände, deren Besonderheiten einerseits in der „vorsätzlichen Herstellung“, andererseits in dem „wissentlichen Verkaufen, Feilhalten oder Inverkehrbringen“ liegt. Schon durch die Gegenüberstellung dieser letzteren objektiven und subjektiven Thatbestandsmerkmale, welche offensichtlich an sich verschieden und nicht gleichwertig sind, charakterisiert sich jeder der beiden in Ziff. 1 aufgeführten Thatbestände als ein besonderes Vergehen.<sup>1)</sup> Demnach kann ein Zusammentreffen derselben stattfinden (vgl. S. 49). Ob die Herstellung eines Gegenstandes und der Verkauf desselben, beides im Sinne des § 12, durch dieselbe Person als zwei selbständige Handlungen oder nur als eine Handlung anzusehen sind, unterliegt der Feststellung des Richters im einzelnen Falle.

Auch ein Zusammentreffen von § 12, Ziff. 1 mit § 10 ist möglich. Dies wurde beispielsweise beim Feilhalten und Verkauf von Backwaren angenommen, welche durch Zusatz von verschimmelten Backwaren zu Teig hergestellt waren.

„Durch die Feststellung, dass der auf Anordnung des Angeklagten in seinem Geschäfte durch Zusatz verschimmelter Backwaren bereitete Teig und das daraus hergestellte Gebäck die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet und Angeklagter, obgleich ihm dies bekannt war, diese Waren feilgehalten und verkauft hat, ist die Anwendung des § 12, No. 1 a. a. O. begründet. Die Annahme, dass auf diese Weise gleichzeitig die Backwaren verfälscht und unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft sind, entspricht auch dem Begriffe der Verfälschung im Sinne des § 10 daselbst, weil für erwiesen erachtet ist, dass dem mit schimmliger Substanz versetzten Teige durch das

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 3. April 1883. Rechtspr. Bd. 5, S. 212.



Verbacken der Schein einer besseren Beschaffenheit gegeben, die eingetretene Verschlechterung also verdeckt wurde.“<sup>1)</sup>)

Im vorliegenden Falle war ideale Konkurrenz zwischen den Vergehen gegen §§ 10 und 12 angenommen worden, während die Herstellung bzw. Verfälschung und der Verkauf unter Umständen auch als verschiedene selbständige Handlungen angesehen und in realer Konkurrenz vorgenommen werden können.

**Ziff. 2 des § 12** bezieht sich, wie schon auf S. 79 erwähnt wurde, auf gewisse Gebrauchsgegenstände. Diese sind Bekleidungsgegenstände, Spielwaren, Tapeten, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und Petroleum. Unter Strafe gestellt ist eine solche vorsätzliche Herstellung dieser Gegenstände, dass ihr bestimmungsgemässer oder vor auszusehender Gebrauch die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, und ferner das wissentliche Verkaufen, Feilhalten oder sonstige Inverkehrbringen solcher Gegenstände. Der bestimmungsgemäße Gebrauch entspricht dem Genuss von Nahrungs- und Genussmitteln in Ziff. 1, der vor auszusehende geht weiter und umfasst diejenigen Gebrauchsarten, welche mit Rücksicht auf die Natur der Gegenstände nach gewöhnlicher Erfahrung in Frage kommen. Diese Erweiterung der Ziff. 2 ist namentlich der Spielwaren wegen für nötig befunden, da Kinder in den ersten Lebensjahren gern Spielzeug von geringem Umfange in den Mund nehmen oder mit Lippen und Zunge berühren. Vorsätzlichkeit bzw. Wissentlichkeit beziehen sich dementsprechend nicht nur auf die Gesundheitsschädlichkeit bei dem bestimmungsgemässen, sondern auch bei dem vor auszusehenden Gebrauch. Im übrigen wird hinsichtlich dieser Begriffe, sowie der Begriffe „Herstellung“, „Gesundheitsschädlichkeit“, der Möglichkeit des Zusammentreffens, welche für die Thatbestände der Herstellung und des Feilhaltens pp. besteht, auf die Ausführungen zu Ziff. 1, hinsichtlich der Begriffe „Feilhalten pp.“ auf S. 29 ff. verwiesen.

Die Strafe, welche für die in den beiden Ziffern

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 50.



des § 12 aufgestellten Vergehen festgesetzt ist, besteht in Gefängnis (nach § 16 Str.-G. 1 Tag bis 5 Jahre), neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (s. S. 4) erkannt werden kann. Hierzu kommt die Einziehung der gesundheitsschädlichen Gegenstände aus § 15 und nach dem Ermessen des Richters die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung aus § 16 (s. diese Paragraphen). Ferner gilt für die Vergehen aus beiden Ziffern gemeinsam die Strafbarkeit des blossen Versuchs (s. S. 32 ff.), sowie eine Erhöhung des Strafmaasses auf Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren für den Fall (§ 12, letzter Absatz), dass durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden ist. Zur Anwendung der Ziff. 1 und 2 ist eine thatsächlich eingetretene Gesundheitsbeschädigung nicht erforderlich. Ist eine solche vorhanden, so findet ein Zusammentreffen mit § 223 (vorsätzliche Körperverletzung) bzw. § 223a (desgleichen mittels eines gefährlichen Werkzeuges oder eines hinterlistigen Überfalls oder von mehreren gemeinschaftlich oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung) Str.-G. statt, wie solches (ideales Zusammentreffen eines Vergehens aus § 12, Ziff. 1 N.-M.-G. mit dem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung gemäss §§ 223, 223 a Str.-G.) beispielsweise in einem Falle angenommen wurde, in welchem einer Posaumentenarbeiterin von zwei Genossinnen mit Urin vermisches Bier mit der Folge von Übelkeit, Erbrechen und längerem Unwohlsein zu trinken gegeben war.<sup>1)</sup> Auch die schwere Körperverletzung ist im Strafgesetzbuch in § 224 besonders hervorgehoben worden. Sie liegt dann vor, wenn die Körperverletzung zur Folge hat, dass der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers, das Sehvermögen auf einem oder beiden Augen, das Gehör, die Sprache oder die Zeugungsfähigkeit verliert oder in erheblicher Weise dauernd entstellt wird oder in Siechthum, Lähmung oder Geisteskrankheit verfällt. Dieser Fall nun ist in § 12 aufgenommen worden, mit der

---

<sup>1)</sup> Urteil d. kgl. sächs. Landger. Chemnitz v. 28. März 1889. Veröff. 1890, S. 194.



Abweichung von § 224, dass die nach letzterem zulässige Gefängnisstrafe von mindestens 1 Jahr fortgelassen ist. Neben der schweren Körperverletzung wird in § 12 der Tod eines Menschen aufgeführt. Eine Absicht des Thäters, den einen oder anderen Erfolg herbeizuführen, kommt für § 12 nicht in Frage (vgl. Str.-G. §§ 225, 229, 211, 212), wohl aber ist zur Anwendung desselben der Nachweis erforderlich, dass zwischen der Handlung des Thäters und der schweren Körperverletzung oder dem Tode ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Eine noch stärkere Erhöhung der Strafe als die eben angegebene ist für die in § 12 aufgeführten Fälle in § 13 vorgesehen, wenn der Genuss (bei den Nahrungs- und Genussmitteln) oder Gebrauch (bei den Bekleidungsgegenständen, Spielwaren u. s. w.) des Gegenstandes die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet und diese Eigenschaft dem Thäter bekannt war. Alsdann tritt Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren ein. Wenn aber durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, so soll auf Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren oder auf lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden. Neben jeder dieser Strafen, d. h. ob mit oder ohne Verursachung des Todes eines Menschen, kann im Urteil die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht (vgl. S. 6) ausgesprochen werden. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (vgl. S. 5) kann mit Zuchthausstrafe ohne weiteres verbunden werden. Über die gleichzeitige Anordnung der Einziehung der Gegenstände und der öffentlichen Bekanntmachung der Verurteilung gilt dasselbe wie bei einer Bestrafung aus § 12.

Wie in diesem letzteren Paragraphen handelt es sich in § 13 nur um Gegenstände, welche zu einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit geeignet sind, ohne dass eine solche thatsächlich eintreten braucht. Die Beschränkung der Gefährdung auf die Fälle einer Zerstörung der Gesundheit ist § 13 mit § 324 Str.-G. (s. S. 6) gemein, weshalb in beiden auch die gleichen Strafen angedroht werden, während § 12 mit entsprechend verminderter Strafe lediglich eine Beschädigung der menschlichen Gesundheit ins



Auge fasst. Über das Verhältnis der §§ 12 und 13 zu § 324 Str.-G. äusserte sich das Reichsgericht<sup>1)</sup> dahin,

dass die §§ 12 und 13 sich bezüglich ihres objektiven Thatbestandes als Erweiterung und Ausdehnung des § 324 erweisen, weshalb auch der subjektive Dolus bei Verletzung der §§ 12, 13 nicht auf den engen Rahmen des § 324 eingeschränkt sein könne. Dagegen seien die Grundsätze über den subjektiven Thatbestand des § 324 und der §§ 12, 13 allerdings insofern die gleichen, als für diesen in beiden Fällen die Kenntnis der Gefährlichkeit bezw. Gesundheitsschädlichkeit der benutzten Stoffe und die trotzdem erfolgte Herstellung oder Veräusserung der fraglichen Stoffe gefordert werde.

Soweit Nahrungs- und Genussmittel und die in § 12 verzeichneten Gebrauchsgegenstände in Betracht kommen, hat daher § 324 durch das Nahrungsmittelgesetz seine Anwendbarkeit verloren.

Die Unterscheidung zwischen der **Gesundheitszerstörung** und der in § 12 beregten Gesundheitsbeschädigung wird nicht immer leicht, häufig nur auf Grund eines sachverständigen Gutachtens möglich sein. Auch der Sachverständige wird dabei oft Schwierigkeiten finden. Nach Meyer und Finkelnburg<sup>2)</sup> ist das technische Kriterium einer blossen Gesundheitsbeschädigung darin zu finden, dass dieselbe vorübergeht, ohne schwere oder gar dauernde Störungen in den körperlichen oder geistigen Verrichtungen nach sich zu ziehen, während man einem Gegenstande die Eigenschaft, die Gesundheit zu zerstören, beilegen wird, wenn der Genuss desselben den Tod oder die in § 224 Str.-G. (s. S. 90) bezeichneten oder solche Folgen haben kann, welche an Wichtigkeit mit jenen in gleiche Linie zu stellen sind. v. Schwarze<sup>3)</sup> ist der Meinung, dass es zu einer bedenklichen Beschränkung führen würde, wenn man etwa das „Zerstören“ nur auf die Fälle beziehen wollte, in denen die Zerstörung die sofortige und unmittelbare Wirkung des Genusses ist; vielmehr wird auch der Fall unter das „Zerstören“ zu stellen sein, in welchem die Zerstörung nur die, jedoch mit Notwendigkeit nach und nach sich entwickelnde Wirkung des Genusses ist. Bei der „Zerstörung“ wird man

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 11. Mai 1888. S. Note 3 auf S. 86. Vgl. auch das Urteil v. 26. Jan. 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 78.

<sup>2)</sup> A. a. O., S. 93. — <sup>3)</sup> A. a. O., S. 43.



insbesondere das „Siechtum“ aus § 224 Str.-G. herbeiziehen können.

Durch § 14 N.-M.-G. ist eine mildere Beurteilung der in den §§ 12 und 13 bezeichneten Handlungen in dem Falle vorgesehen, dass sie aus Fahrlässigkeit begangen sind. Ein Unterschied zwischen den in den §§ 12 und 13 bezeichneten Handlungen wird dabei nicht gemacht. Der § 14 steht zu diesen Paragraphen in demselben Verhältnis, wie § 11 zu § 10 N.-M.-G. Gegenüber dem Strafgesetzbuch entspricht das Verhältnis demjenigen von § 326 zu § 324 (s. S. 7). Hier wie dort tritt die Fahrlässigkeit an die Stelle der Vorsätzlichkeit oder Wissentlichkeit, während der Thatbestand im übrigen unverändert bleibt. Bezüglich des Begriffs der **Fahrlässigkeit** an sich kann kurzweg auf die Ausführungen auf S. 75 verwiesen werden. Das Besondere der Fahrlässigkeit beim § 14 liegt darin, dass sie sich in Beziehung auf gesundheitsgefährliche Gegenstände geltend macht.

Das Gesetz hat nicht einfach und unbedingt die Strafe des § 14 auf den Verkauf u. s. w. gesundheitsgefährlicher Stoffe schon dann gesetzt, wenn der Angeklagte selbst vor dem Inverkehrbringen unterlassen hat, deren Untersuchung durch Sachverständige u. s. w. herbeizuführen, vielmehr muss diese Verabsäumung sich als Nichtanwendung derjenigen Aufmerksamkeit und Sorgfalt darstellen, die je nach Lage des Einzelfalles als Pflicht geboten ist. Wenn der Handelnde die ihm bekannte Obliegenheit zur Vorsicht und zur Vermeidung einer Sachgestaltung, welche das Gesetz verhüten will, hier des Eintritts gesundheitsgefährlicher Nahrungs- pp. Mittel in den Verkehr, sich vergegenwärtigt und dieser Erkenntnis den nach den Umständen thunlichen Einfluss auf sein Verfahren behufs Verhütung der — nicht gewollten — Folge praktisch einräumt, wird eine strafbare Fahrlässigkeit nicht anzunehmen sein.<sup>1)</sup>

In einem gegebenen Falle erkannte daher das Reichsgericht, dass die Möglichkeit des Angeklagten, sich über die Krankheit eines Pferdes durch Nachfrage zu erkundigen, nicht entscheidend

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 27. März 1882. Entsch. Bd. 6, S. 121; Rechtspr. Bd. 4, S. 282.



war. Vielmehr sei die Unkenntnis des Angeklagten über die Krankheit des Pferdes bzw. über die Thatsache, dass der Genuss des Fleisches desselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet gewesen, nur dann eine fahrlässig verschuldete, wenn der Angeklagte durch die Unterlassung der Erkundigung die im konkreten Falle erforderliche Aufmerksamkeit, zu welcher er verpflichtet gewesen, ausser Augen gesetzt habe.<sup>1)</sup>

Fahrlässig hat auch derjenige gehandelt, welcher durch Vernachlässigung der nach den Umständen des Falles geboten gewesenenen Aufmerksamkeit und Umsicht diejenigen äusseren Umstände und Bedingungen geschaffen hat, welche es verursacht haben, dass ein dritter durch sein Handeln einen vom Recht gemissbilligten Erfolg herbeigeführt hat (es handelte sich um den Verkauf einer tuberkulösen Kuh seitens des Angeklagten; der Käufer verkaufte sie sodann an einen Fleischer, welcher die Kuh alsbald schlachtete und das Fleisch als Speise für seine Gäste verwandte), vorausgesetzt nur, dass der erstere bei seinem Thun dieses Handeln des dritten und den bezeichneten Erfolg bei Bethätigung der erforderlichen Sorgfalt hätte voraussehen können, und der ursächliche Zusammenhang zwischen dem fahrlässigen Handeln jenes ersten Thäters und dem durch die Handlung des dritten herbeigeführten schädlichen Erfolge wird nicht schon dadurch aufgehoben, dass der dritte kraft seines Entschlusses zu seinem Thun verschritten ist, noch auch dadurch, dass vielleicht derselbe hierbei gleichfalls mit strafbarer Fahrlässigkeit zu Werke gegangen ist: der ursächliche Zusammenhang zwischen dem fahrlässigen Handeln des ersten Thäters und dem durch das — möglicherweise auch fahrlässige — Handeln des dritten herbeigeführten schädlichen Erfolge ist gegeben, wenn der erste Thäter bei Bethätigung der erforderlichen Aufmerksamkeit die Handlung des dritten und deren schädliche Folge, als durch sein eigenes Handeln veranlasst und ermöglicht, voraussehen konnte. Dass der erste Thäter fahrlässigerweise unmittelbar auf den Willen des dritten, die in Frage kommende Handlung vorzunehmen, bestimmend eingewirkt habe, ist für einen Fall dieser Art zum Begriff der strafbaren Fahrlässigkeit nicht erforderlich.

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 10. Okt. 1881; Rechtspr. Bd. 3, S. 622.



(Vgl. Entsch. Bd. 1, S. 373, Bd. 6, S. 249; Rechtspr. Bd. 3, S. 641.)<sup>1)</sup> Die in diesem Falle vom Vorderrichter gemachte Annahme, dass der Angeklagte bei Aufwendung des gebotenen Maasses von Aufmerksamkeit und Sorgfalt hätte erwarten und voraussehen können, dass der Käufer seine zuvor kundgegebene Absicht, die Kuh als Nutztier in seiner Hauswirtschaft zu verwenden, aufgeben und dieselbe als Schlachtvieh an einen sich anbietenden Kauflustigen veräußern werde, wurde daher vom Reichsgericht als nicht rechtsirrtümlich erkannt.

In demselben Urteile führte das Reichsgericht aus, dass die Anwendbarkeit der Vorschriften in den §§ 12, 14 N.-M.-G. nicht erfordert, dass der Beschuldigte denjenigen Gegenstand, dessen Genuss die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist, selbst als menschliches Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht hat — durch Veräußerung an die Konsumenten zum Zwecke des Konsums — dass vielmehr nach der erkennbaren Tendenz des Gesetzes jene Vorschriften auch dann Platz greifen, wenn der Beschuldigte den fraglichen Gegenstand zwar nicht direkt als menschliches Nahrungsmittel, sondern zur Befriedigung eines anderen wirtschaftlichen Bedürfnisses, wohl aber mit dem bestimmten Bewusstsein, dass der Gegenstand nachher als menschliches Lebensmittel werde verwandt werden, oder, fahrlässigerweise diesem Bewusstsein sich verschliessend, in den Verkehr gebracht hat.

„Wie daher unter den gedachten Voraussetzungen auch derjenige den angezogenen gesetzlichen Strafandrohungen unterfällt, welcher ein menschliches Nahrungs- oder Genussmittel an einen Zwischenhändler verkauft, so muss das Gleiche auch in einem Falle der vorliegenden Art gelten, wenn nämlich der Käufer zwar erklärtermaassen den Gegenstand nicht als menschliches Nahrungsmittel kauft, der Verkäufer aber weiss, oder hätte erkennen sollen, dass der Käufer jener Erklärung ungeachtet den Gegenstand als menschliches Nahrungsmittel verwenden werde (vgl. Entsch. Bd. 9, S. 31, Bd. 11, S. 375, Bd. 4, S. 10).“

Über die Straflosigkeit des Versuchs von Fahrlässigkeitshandlungen s. S. 33.

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 26. Febr. 1891. Veröff. Beil. Bd. 2, S. 179\*.



Fahrlässigkeit im Sinne des § 14 wird geahndet mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und, wenn durch die Handlung ein Schaden an der Gesundheit eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahre, wenn aber der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnisstrafe von 1 Monat bis zu 3 Jahren. Dazu kommt in gleicher Weise wie zu den Strafen aus §§ 12 und 13 die Anordnung der Einziehung der Gegenstände und der öffentlichen Bekanntmachung der Verurteilung, d. h. erstere in jedem Falle, letztere nach dem Ermessen des Richters.

Insofern § 14 die aus Fahrlässigkeit begangenen Handlungen ohne Ausnahme mit Strafe bedroht, unterscheidet er sich von § 326, da dieser nur dann eine Strafe vorsieht, wenn ein Schaden entstanden ist. Der Grundsatz, dass aus Fahrlässigkeit begangene Handlungen, wenn ein Schaden nicht entstanden ist, straffrei bleiben müssen, lässt sich nach den Motiven zum Gesetzentwurf in dieser Allgemeinheit nicht aufstellen; er trifft namentlich bei gemeingefährlichen Handlungen nicht zu. Übrigens sei daran erinnert, dass auch die Fahrlässigkeitshandlungen aus § 11, bei denen ein Schaden an der menschlichen Gesundheit überhaupt nicht in Betracht kommt, unter Strafe gestellt sind. Die Wahl des Ausdrucks „verursacht“ macht zur Anwendung der schärferen Strafbestimmungen in gleicher Weise wie bei den §§ 12 und 13 den Nachweis erforderlich, dass zwischen dem Schaden an der Gesundheit bzw. dem Tode eines Menschen und den in Rede stehenden Handlungen ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Ein **Schaden an der Gesundheit** liegt dann vor, wenn durch die Einwirkung auf den Körper eines Menschen dessen Organismus in den zum Leben erforderlichen gewöhnlichen Verrichtungen eine, wenigstens teilweise, Störung erleidet. Dabei kommt es auf die Beschaffenheit des Menschen an, gegen den die Handlung gerichtet ist; auch durch die Verschlimmerung einer Krankheit kann die Gesundheit beschädigt werden. Vgl. Entsch. Bd. 19, S. 226. Gewiss lässt sich nicht jede Verursachung von Schmerz, Übelbefinden, Missbehagen, Ekel für eine Gesundheitsbeschädigung erach-



ten; im § 223 Str.-G. sind die Begriffe von körperlicher Misshandlung und Beschädigung an der Gesundheit neben einander gestellt. Vgl. auch Entsch. Bd. 6 S. 258, Bd. 18 S. 135. Aber jedenfalls ist es unrichtig, wenn die Revision einen krankhaften Zustand von längerer Dauer erfordert (vgl. §§ 223, 224 Str.-G.). Die Feststellung der Gesundheitsbeschädigung betrifft an sich eine Thatfrage. Wenn der Vorderrichter hier für erwiesen erachtet, dass die, welche von der Wurst genossen, nicht bloss überhaupt unwohl geworden sind, sondern dass das Unwohlsein bis zum Erbrechen geführt, dass also zur Wiederherstellung der gestörten Verrichtungen des Organismus, des Magens, eine natürliche Gegenwirkung (Reaktion) stattgefunden hat, so kann in der Feststellung einer Beschädigung der S.'schen Familie an ihrer Gesundheit der Einfluss eines Rechtsirrtums nicht erblickt werden.<sup>1)</sup> Die vorstehenden Ausführungen, in denen unter anderem von der Verschlimmerung einer Krankheit die Rede ist, legen die Frage nahe, ob ein Gegenstand auch schon dann als geeignet, die Gesundheit zu beschädigen, im Sinne des Gesetzes zu erachten ist, wenn dies nur für Kranke zutrifft. In dieser Beziehung ist ein Urteil des Kgl. Oberlandesgerichts München<sup>2)</sup> lehrreich, welches sich auf den Verkauf von französischem Rotwein bezieht, dessen Genuss infolge einer Beimengung von Gips die Gesundheit zwar nicht unter allen Umständen, wohl aber bei Verwendung für Kranke und Rekonvaleszenten zu schädigen geeignet war. Dass die Angeklagte von der beabsichtigten Verwendung des Weins für Kranke im vorliegenden Falle in Kenntnis gesetzt war, konnte nicht erwiesen werden. Gleichwohl erachtete das Oberlandesgericht die Anwendung der §§ 12, 14 N.-M.-G. für nicht rechtsirrtümlich.

„Denn ein Genussmittel, welches, wie der Wein, an sich nicht nur für Gesunde, sondern auch für Kranke bestimmt ist und allgemein von Gesunden und Kranken genossen wird, infolgedessen der Weinändler

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 6. Febr. 1890. Entsch. Bd. 20, S. 254; Veröff. 1891, S. 382.

<sup>2)</sup> Urteil v. 4. Okt. 1881. Samml. von Entsch. pp. Bd. 1, S. 469.



zu gewärtigen hat, dass der von ihm verkaufte Wein auch für Kranke Verwendung findet, ist gesundheitsgefährlich, wenn der ordnungsmässige Gebrauch desselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, mag diese Wirkung auch nur bei einem Teile der den Wein Geniessenden eintreten. Das Gesetz erfordert nicht, dass der Genuss der in § 12, Ziff. 1 des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879 bezeichneten Nahrungs- oder Genussmittel für alle den Gegenstand geniessenden Personen gesundheitsschädlich sei, es bezieht vielmehr, durch die betreffende Strafbestimmung die Gesundheit eines jeden gegen Gefährdungen zu schützen, gleichviel wie dessen Gesundheitsverhältnisse beschaffen sind.“

Hieraus ergibt sich, dass ein Nahrungs- oder Genussmittel, selbst wenn es nur die Gesundheit eines Kranken zu schädigen vermag, als gesundheitsschädlich anzusehen ist, vorausgesetzt, dass die Verwendung desselben bei Kranken eine ordnungsmässige ist.

Dass der Thäter auch die verursachte Gesundheitsbeschädigung oder den Tod eines anderen als Folge seiner Handlung vorausszusehen im stande war, ist zur Anwendung des § 14 nicht erforderlich. Diese Folgen kommen in § 14 nur an sich, als objektive Wirkung, in Betracht. Dagegen ist im Falle der §§ 222 (fahrlässige Tötung) und 230 (fahrlässige Körperverletzung) Str.-G. der Nachweis erforderlich, dass der Thäter den eingetretenen Erfolg vorausszusehen vermochte. Wird auch dieser Nachweis geführt, so konkurriert mit der Vorschrift des § 14 die Vorschrift des § 222 bzw. des § 230 Str.-G., und dann würde zugleich zu erwägen sein, ob die Qualifikation der §§ 222 und 230 vorliegt, dass der Thäter zu der Aufmerksamkeit, die er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet war.<sup>1)</sup> Im letzteren Falle kann die Strafe aus § 222 von Gefängnis bis zu 3 Jahren bis auf 5, aus § 230 von Geldstrafe bis zu 900 Mark oder Gefängnis bis zu 2 Jahren auf 3 Jahre Gefängnis erhöht werden. Bei Annahme einer idealen Konkurrenz würde alsdann wenigstens § 222, weil er die schwerere Strafe vorsieht, anzuwenden sein, während ohne die beregte Straferhöhung § 14 in beiden Fällen (sowohl beim Zusammen-

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 76 und Urteil d. Reichsgerichts v. 7. Mai 1888. Entsch. Bd. 17, S. 427; Veröff. 1889, S. 383.



treffen mit § 222, als mit § 230) zur Anwendung zu kommen hat.

§ 15 N.-M.-G. behandelt die Einziehung der Gegenstände, welche vorschriftswidrig hergestellt, verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht sind. Ob diese dem Verurteilten gehören oder nicht, macht in Übereinstimmung mit der entsprechenden Vorschrift des § 367, Ziff. 7 Str.-G. (s. S. 5) bei der Anordnung der Einziehung keinen Unterschied. Letztere erfolgt auf Grund eines gerichtlichen Urteils und muss in diesem angeordnet werden, wenn es sich um einen der in den §§ 12 bis 14 bezeichneten Fälle handelt, während sie in den Fällen der §§ 8, 10, 11 nach dem Ermessen des Richters ausgesprochen werden kann. Sie wird alsdann, wie die Motive bemerken, namentlich im Rückfall eine der Natur der Zuwiderhandlung angemessene Verschärfung des den Schuldigen treffenden Strafübels sein. Die beregte Unterscheidung ist getroffen worden, weil die nur zulässige Anordnung der Einziehung, über welche § 40 Str.-G. (s. S. 5) nicht hinausging, unzureichend erschien, soweit gesundheitsgefährliche Gegenstände in Frage stehen. § 15 N.-M.-G. hat ferner dadurch einen weiteren Umfang als § 40, dass er es als unerheblich bezeichnet, wem die betreffenden Gegenstände gehören, und ebenso wenig Wert darauf legt, ob vorsätzliche oder fahrlässige Handlungen begangen sind, während § 40 die Zulässigkeit der Einziehung auf solche Gegenstände beschränkt, welche durch ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen hervorgebracht oder zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens gebraucht sind und welche dem Thäter oder einem Teilnehmer gehören. Andererseits ist allerdings zu bemerken, dass die Einziehung der zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens gebrauchten Gegenstände aus § 15 N.-M.-G. nicht statthaft ist.

Im zweiten Absatz bestimmt § 15, dass, wenn die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist, auf die Einziehung selbständig erkannt werden kann. Dies ist jedoch nur in den Fällen der §§ 12 bis 14 zulässig, während die Einziehung



aus § 42 Str.-G. bei vorsätzlichen Verbrechen oder Vergehen ohne Einschränkung ausgesprochen werden kann.

Mit der Unausführbarkeit der Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person sind lediglich solche Fälle gemeint, in denen ein thatsächliches Hindernis, wie Tod, Abwesenheit oder Unbekanntschaft des Thäters, der Verfolgung oder Verurteilung entgegensteht. Die in den §§ 12 bis 14 aufgestellten thatsächlichen Erfordernisse aber müssen im vollen Umfange, sonach auch unter Einschluss des Erfordernisses der Vorsätzlichkeit (§§ 12, 13), bezw. der Fahrlässigkeit (§ 14) zur Anwendbarkeit des § 15, Abs. 2 vorhanden sein.<sup>1)</sup>

Der ganze § 15 regelt die Frage der Einziehung von Gegenständen für den Bereich des Nahrungsmittelgesetzes erschöpfend; er ersetzt daher, soweit dies Gesetz in Betracht kommt, die §§ 40 und 42 Str.-G. völlig. Hieraus ergibt sich, dass, soweit die §§ 40 und 42 umfassendere Vorschriften als § 15 N.-M.-G. enthalten, die Anwendung derselben auf das Nahrungsmittelgesetz ausgeschlossen ist. So kann, wenn in den Fällen des § 10 N.-M.-G. die Verfolgung und Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist, nicht etwa aus § 42 Str.-G. auf die Einziehung verfälschter u. s. w. Nahrungsmittel selbständig erkannt werden.<sup>2)</sup> Anders freilich liegt die Sache bei idealer Konkurrenz des Nahrungsmittelgesetzes mit einem Gesetze, welches eine schwerere Strafe als dieses androht, z. B. des § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. mit § 263 Str.-G.; weil nach § 73 Str.-G. in diesem Falle nur das Strafgesetz zur Anwendung kommt, welches die schwerste Strafe androht, im gegebenen Falle demnach § 263 Str.-G.

Eine andere Art der Strafverschärfung besteht darin, dass die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung auf Kosten des Schuldigen gemäss § 16, Abs. 1 angeordnet werden kann. Diese Vorschrift ist auf alle Fälle anwendbar, in denen auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 21. Dez. 1882. Entsch. Bd. 7, S. 428; Rechtspr. Bd. 4, S. 886. — <sup>2)</sup> Desgl. und Urteil v. 11. Mai 1882. Entsch. Bd. 6, S. 296; Rechtspr. Bd. 4, S. 473.



eine Verurteilung erfolgt. Sie erschien dem Gesetzgeber vorzugsweise geeignet, dem Zwecke der Verfälschung und ihren nachteiligen Folgen wirksam entgegen zu treten. Da aber die einzelnen Straffälle hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit und Unlauterkeit mancherlei Verschiedenheiten bieten und die Maassregel der Veröffentlichung unter Umständen für den Betroffenen eine unverhältnismässige Härte enthalten kann, so wurde es für angemessen erachtet, letztere in das richterliche Ermessen zu stellen.

Die Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung kann im Urteil oder im Strafbefehl erfolgen. Mit letzterem ist ein amtsrichterlicher Strafbefehl gemeint, welcher auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes gemäss § 447 der Strafprozessordnung erlassen ist. Durch einen solchen kann nämlich in gewissen zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen auf Antrag der Staatsanwaltschaft ohne vorgängige Verhandlung eine Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung festgesetzt werden. Ein Strafbefehl, gegen welchen nicht binnen 1 Woche nach der Zustellung Einspruch erhoben ist, erlangt nach § 450 der Strafprozessordnung die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils. Aus diesem Grunde ist in § 16, Abs. 1 der Strafbefehl dem Urteile gleichgestellt worden.

Bei Verurteilung wegen Betruges aus § 263 Str.-G. in idealer Konkurrenz mit einem Vergehen aus § 10, Ziff. 1 N.-M.-G. darf die öffentliche Bekanntmachung des Urteils nach § 16, Abs. 1 nicht angeordnet werden, weil die Strafe in diesem Falle gemäss § 73 Str.-G. lediglich nach § 263 zu bemessen ist. Der Annahme gegenüber, dass es sich bei der öffentlichen Bekanntmachung nicht um eine Nebenstrafe, sondern um eine zum Nutzen des Publikums bestimmte Verstärkung der bereits durch die Verkündung des Urteils erfolgten Veröffentlichung des Vergehens handle, sprach sich das Reichsgericht dahin aus, dass dieselbe nicht nur eine Beschämung des Beschuldigten innerhalb des Bekanntenkreises, sondern auch meistens eine Schädigung des Verurteilten an seinem Erwerbe herbeiführt und daher ein Strafübel ist, den Charakter einer Nebenstrafe an sich trägt,



deren Verhängung § 73 Str.-G. in dem beregten Falle ausschliesst.<sup>1)</sup>

Wie im Abs. 1 die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung, wird im Abs. 2 diejenige der Freisprechung vorgesehen. Zur Anordnung derselben bedarf es eines Antrages des freigesprochenen Angeschuldigten. Wird dieser gestellt, so muss das Gericht die öffentliche Bekanntmachung anordnen. Dass dies im Urteil geschieht, wird durch das Gesetz nicht vorgeschrieben. Die Berechtigung zur Stellung des Antrages leitet sich ja auch erst aus der erfolgten Freisprechung her. Die Kosten der Bekanntmachung fallen der Staatskasse zur Last, insofern dieselben nicht dem Anzeigenden auferlegt worden sind. Nach § 501 der Strafprozessordnung nämlich können dem Anzeigenden die der Staatskasse und dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegt werden, falls ein, wenn auch nur aussergerichtliches Verfahren durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlasst ist.

Gemäss Abs. 3 ist die Art der vorerwähnten Bekanntmachungen, d. h. der Ort, an welchem diese zu erfolgen haben, sowie ob und inwieweit sie sich auf die Urteilsgründe erstrecken sollen, in der Anordnung zu bestimmen.

Ein vierter Absatz, welcher dem § 16 durch **Gesetz vom 29. Juni 1887, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln u. s. w. vom 14. Mai 1879** (R.-G.-Bl. S. 276; Veröff. 1887, S. 406), angefügt ist, behandelt die Frage der Kosten, welche durch die polizeilichen Untersuchungen von Gegenständen der im § 1 bezeichneten Art erwachsen. Gemeint sind die Untersuchungen, welche die Polizeibehörden an den Proben vornehmen lassen, zu deren Entnahme sie nach § 2 (s. S. 23) befugt sind.

Erteilt die zuständige Staatsanwaltschaft nach Maassgabe des § 159 der Strafprozessordnung einen Auftrag zur Herbeiführung einer polizeilichen Untersuchung, so bildet letztere ohne Zweifel einen Teil des auf Vorbereitung einer

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 3. März 1884. Entsch. Bd. 10, S. 206; Rechtspr. Bd. 6, S. 166.



öffentlichen Klage abzielenden Verfahrens und sind alsdann die Untersuchungskosten nach eventueller strafgerichtlicher Verurteilung des schuldigen Verkäufers gemäss § 497 der Strafprozessordnung von diesem zu tragen. Teilweise ist aber auch von den Behörden angenommen worden, dass die fraglichen Ausgaben auch in Fällen eines erst durch die Ergebnisse der polizeilichen Untersuchung veranlassten strafgerichtlichen Verfahrens, in denen also die Untersuchung weder von dem Gerichte, noch von der Staatsanwaltschaft herbeigeführt worden war, aus dem § 497 dem Verurteilten auferlegt werden können. In einzelnen Bundesstaaten dagegen hatten die in dieser Beziehung bestehenden Zweifel dazu geführt, die Kosten der polizeilichen Untersuchungen ohne Rücksicht auf den Ausgang des strafrechtlichen Verfahrens als sächliche Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu behandeln und demgemäss den zur Tragung dieser letzteren verpflichteten Verbänden aufzuerlegen. Da die Ortspolizeiverwaltung aber meist für Rechnung der Gemeinden von den Gemeindebehörden geführt wird, so lag die Gefahr nahe, dass, um die Gemeinde durch die verhältnismässig beträchtlichen Untersuchungskosten nicht zu sehr zu belasten, ein polizeiliches Vorgehen gegen das Feilhalten verdächtiger Nahrungsmittel u. s. w. wenn nicht überhaupt unterlassen, so doch auf eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft beschränkt würde, um zunächst einen etwaigen Auftrag derselben zur Herbeiführung einer polizeilichen Untersuchung abzuwarten. Die Berechtigung dieser Befürchtung lässt sich aus einer Reihe von Äusserungen, welche in General-Sanitäts-Berichten niedergelegt sind, erhärten.<sup>1)</sup>

Bei solcher Sachlage erschien eine gesetzliche Regelung erforderlich, da das Nahrungsmittelgesetz eine scharfe Kontrolle und ein sofortiges Einschreiten auf frischer That zur wesentlichen Voraussetzung hat.

Die Regelung ist dahin erfolgt, dass im Falle einer Verurteilung die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten von dem Verurteilten getragen und zugleich

---

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. den Bericht üb. d. öffentl. Gesundheitswes. d. Reg.-Bez. Merseburg f. d. J. 1883 bis 1885, S. 121.



mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festgesetzt und eingezogen werden sollen. Durch wen die Untersuchung veranlasst ist, kommt dabei nicht in Frage. Ebenso wenig soll es nach den Motiven einen Unterschied machen, ob die Verurteilung auf eine spezielle Vorschrift des Nahrungsmittelgesetzes oder auf eine allgemeine Strafbestimmung des Strafgesetzbuchs gegründet worden ist. Es wird sodann in den Motiven als zweckmässig bezeichnet, die neue Vorschrift auch in Beziehung auf alle diejenigen Spezialgesetze zur Anwendung zu bringen, welche sich an das Nahrungsmittelgesetz anschliessen und dazu bestimmt sind, einzelne Zweige des Verkehrs mit Nahrungsmitteln pp. einer näheren Regelung zu unterwerfen. Um dies zu erreichen, ist die neue Vorschrift dem § 16 N.-M.-G. angeschlossen und dieser letztere in den Gesetzen über den Verkehr mit Kunstbutter u. s. w. (s. unten) auf die in denselben geregelten Gebiete für anwendbar erklärt worden. Falls das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung eine strafgerichtliche Verurteilung nicht zur Folge hat, oder die betreffenden polizeilichen Untersuchungskosten von dem Verurteilten nicht erlangt werden können, sind dieselben nach den bisherigen Vorschriften zu behandeln.

Wie durch die eben erwähnte Bestimmung vom 29. Juni 1887 (Abs. 4 des § 16) die Wirksamkeit des Nahrungsmittelgesetzes nachträglich zu fördern gesucht wurde, war der gleiche Zweck bereits in § 17 des ursprünglichen Gesetzes nach anderer Richtung hin ins Auge gefasst worden. Die vom Gesundheitsamte berufene Kommission (s. S. 15) hatte sich nämlich unter anderem auch dahin ausgesprochen, dass die Einrichtung von technischen Untersuchungsstationen erforderlich sei, wenn das Gesetz praktisch wirksam werden solle. Da die Kosten für die Einrichtung und Ausstattung, sowie für die laufende Unterhaltung einer solchen Anstalt aber nicht unbedeutend sein werden, so bestimmt § 17 zur Förderung der Errichtung derselben, dass die auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes auferlegten Geldstrafen, soweit dieselben dem Staate zustehen, der Kasse zufallen, welche die Kosten der Unter-



haltung der Anstalt trägt. Es sei gleich bemerkt, dass diese materielle Unterstützung der Untersuchungsanstalten dadurch in der Folge wesentlich erhöht worden ist, dass § 17 N.-M.-G. in gleicher Weise wie § 16 in den im Anschluss an das Nahrungsmittelgesetz erlassenen Spezialgesetzen für anwendbar erklärt worden ist.

In Frage kommen also nur diejenigen Geldstrafen, welche dem Staate zustehen. Infolge dessen sind die durch polizeiliche Strafverfügung festgesetzten Strafen in der Regel ausgeschlossen, da diese meistens in die Kassen derjenigen Gemeinden bzw. Verbände fließen, welche die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu tragen haben, und kein Grund vorlag, diese Straf gelder namentlich den kleineren Gemeinden zu entziehen. Andererseits dürfen die hiernach verbleibenden Straf gelder nicht allen einschlägigen Anstalten überwiesen werden, sondern, wie § 17 einschränkend bestimmt, nur derjenigen öffentlichen Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, welche für den Ort der That besteht. Hierbei ist „für den Ort der That“ nicht gleichbedeutend mit „am Orte der That“ zu nehmen, vielmehr war von vornherein daran gedacht worden, dass es oft erforderlich werden würde, der einzelnen Anstalt einen umfassenderen, über das Gebiet eines Ortes mehr oder weniger weit hinausgehenden Wirkungskreis zuzuweisen. Es bedarf demnach der Feststellung, 1. dass der Thatort innerhalb des Wirkungskreises der Anstalt liegt, und 2. dass diese den Charakter einer öffentlichen Anstalt hat. Eine Bestimmung des Begriffs „öffentliche Anstalt“ wird im Gesetze nicht gegeben. Ist auch der Begriff des „öffentlichen“ im gewöhnlichen Leben, wie in der Gesetzesprache ein sehr mannichfacher, so dürfte man doch nicht fehlgehen, ihn in der vorliegenden Verbindung mit „Anstalt“ als den Gegensatz des „privaten“ aufzufassen. Anstalten, welche von Privatleuten oder Vereinen errichtet sind, fallen gewiss nicht unter den § 17 N.-M.-G. Vielmehr sind nur diejenigen Anstalten als öffentliche im Sinne des § 17 anzusehen, welche vom Staate selbst oder, eventuell unter staatlicher Anerkennung, von Provinzen, Kreisen oder Gemeinden errichtet sind und die technische Untersuchung



von Nahrungs- und Genussmitteln zur Aufgabe haben. In Bayern<sup>1)</sup> ist dem kgl. Staatsministerium des Innern ausdrücklich vorbehalten worden, gemeindliche Untersuchungsanstalten als öffentliche für den betreffenden Gemeindebezirk anzuerkennen. Nach einem preussischen Ministerialerlass vom 26. Juli 1893<sup>2)</sup> wird gefordert, dass die Untersuchungsanstalten von der Obrigkeit geleitet und beaufsichtigt werden. In einzelnen Regierungsbezirken, so im Regierungsbezirk Düsseldorf<sup>3)</sup>, ist die Errichtung öffentlicher Untersuchungsanstalten im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes seitens der Gemeinden, Städte oder Kreise von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht worden. Im übrigen vgl. unten „Öffentliche Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“.

### 3. Bestimmungen zur Ausführung des Nahrungsmittelgesetzes.

Die in Ausführung der §§ 5 und 6 N.-M.-G. (s. S. 48), sowie über die technischen Untersuchungsanstalten und die Sachverständigen erlassenen Bestimmungen werden an anderer Stelle mitgeteilt werden (s. Farben, Petroleum pp.).

Im übrigen beschränken sich die Anordnungen darauf, eine genaue Ausführung des Gesetzes und eine eingehende Beaufsichtigung des Nahrungsmittelverkehrs vorzuschreiben. In ersterer Beziehung ist am 2. August 1879<sup>4)</sup> ein Erlass der preussischen Minister des Innern, der geistl. u. s. w. Angeleg. und für Handel und Gewerbe an die Regierungen ergangen. — Im Regierungsbezirk Gumbinnen<sup>5)</sup> sind die städtischen Polizeiverwaltungen durch Cirkularverfügung des Regierungspräsidenten vom 27. September 1886 ange-

---

<sup>1)</sup> Allerhöchste Verordn. v. 27. Jan. 1884, Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genussmittel betr., Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 43. — <sup>2)</sup> Veröff. 1893, S. 783. — <sup>3)</sup> Cirk.-Verfüg. v. 24. Febr. 1880. D. öff. Gesundheitswes. d. Reg.-Bez. Düsseldorf in d. J. 1883/85. Düsseldorf. S. 154. — <sup>4)</sup> Ministerialbl. f. d. gesamte innere Verwaltung, S. 231; Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 5, S. 215. — <sup>5)</sup> D. öff. Gesundheitswes. im Reg.-Bez. G. während d. J. 1886/88, S. 127.



wiesen worden, dem Verkehr mit Nahrungs-, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen mehr als bisher ihr Augenmerk zuzuwenden und zu diesem Zwecke regelmässig sowohl auf den öffentlichen Märkten bezw. beim Feilbieten im Umherziehen als auch in den festen Verkaufsstellen Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln nach Maassgabe der §§ 2 und 3 N.-M.-G. vorzunehmen und im Betretungsfalle die Bestrafung der Kontravenienten herbeizuführen. Die Untersuchungen sollen namentlich auch auf Getränke (Bier, Branntwein, Wein u. s. w.) gerichtet werden. — Die Ortspolizeibehörden des Regierungsbezirks Minden sind durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 18. Oktober 1887<sup>1)</sup> im Hinblick auf die inzwischen erfolgte Änderung des § 16 N.-M.-G. (s. S. 102) zu einer ausgiebigen Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes veranlasst worden. — Der Regierungspräsident zu Posen hat unter dem 10. Januar 1891<sup>2)</sup> die Polizeiverwaltungen seines Bezirks angewiesen, insoweit sie eine eingehende Kontrolle der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der Gebrauchsgegenstände noch nicht eingerichtet haben, dem Gegenstande in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Klagen, welche von mehreren Handelskammern darüber eingingen, dass die Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes den gewerblichen und Handelskreisen erhebliche Nachteile zufüge, insbesondere dass der Begriff der Verfälschung von den Polizei- und Justizbehörden verschieden und teilweise zu rigorös aufgefasst werde, bewogen die preussischen Minister für Handel und Gewerbe, des Innern und der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten, in einem Erlass vom 14. September 1883<sup>3)</sup> auszuführen, dass die Auslegung des § 10 sich nicht ausschliesslich auf die „Materialien“ des Gesetzes, welche von ganz anderen Gesichtspunkten, als denen des Handels und Gewerbes ausgingen, stützen dürfe. Die Regierungspräsidenten wurden veranlasst, die ihnen unterstellten Polizeibehörden dahin zu instruieren, dass sie bei der Vorbereitung der strafrechtlichen Verfolgung von Verfäls-

<sup>1)</sup> Generalber. üb. d. öff. Gesundheitswes. 1886 bis 1888, S. 146.

— <sup>2)</sup> Veröff. 1891, S. 231. — <sup>3)</sup> Mediz.-Gesetzgeb. 1883, S. 142.



schungen von Nahrungs- und Genussmitteln in allen zweifelhaften Fällen die gewerblichen und Handelsinteressen berücksichtigen, zugleich aber auch, dass es nicht in der Absicht liege, die strafrechtliche und polizeiliche Verfolgung wirklich gesundheitsschädlicher Verfälschungen von Nahrungs- und Genussmitteln einzuschränken. Die Justizbehörden sind seitens des Justizministers mit gleicher Anweisung versehen worden.

---



## Vierter Abschnitt.

### Beaufsichtigung des Nahrungsmittelverkehrs. — Märkte, Markthallen. — Gewerbebetrieb im Umherziehen.

---

Die Beaufsichtigung des Nahrungsmittelverkehrs wird im allgemeinen in den Städten, besonders den grossen, in weit grösserem Umfange als auf dem Lande ausgeübt. Dies hat eine innere Begründung darin, dass die Verhältnisse auf dem Lande besser zu übersehen sind und wenigstens Missstände gröberer Art auch ohne regelmässige Untersuchungen dort leichter zur Kenntniss der Behörden kommen. Gleichwohl ist die Beaufsichtigung auch dort nicht zu entbehren. Hilger<sup>1)</sup> erachtet sie auf Grund der von ihm gemachten Erfahrungen für unbedingt nötig, ja vielleicht für nötiger, als in manchen Städten.

Diese Beaufsichtigung erstreckt sich in erster Reihe auf die Märkte, demnächst auch auf die stehenden Geschäfte und den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Von den in Betracht kommenden Gegenständen gelangen hauptsächlich Fleisch und Milch zur Untersuchung (s. V 2b u. 6). Vom Fleische abgesehen scheint die mit der Beaufsichtigung verbundene erste Untersuchung vielfach von Beamten der Polizei vorgenommen zu werden.

---

<sup>1)</sup> Die Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genussmittel pp. Ber. d. Ausschusses üb. d. 13. Versamml. d. Deutsch. Vereins f. öff. Gesundheitspfl. Braunschweig 1887. S. 13.



In den einzelnen Bezirken ist Art und Umfang der Beaufsichtigung nach den darüber vorliegenden Nachrichten sehr verschieden. So heisst es beispielsweise in dem Verwaltungsbericht über das öffentliche Gesundheitswesen im Reg.-Bez. Stettin<sup>1)</sup>, dass im allgemeinen die Untersuchung der Nahrungs- und Genussmittel eine ausgedehnte und zweckentsprechende ist. Der Marktverkehr in den Städten wird durch die Organe der Marktpolizei und die Sanitätskommission überwacht. In den grösseren Städten sind Untersuchungskommissionen, bestehend aus dem Kreisphysikus, dem Kreistierarzt und einem Apotheker, eingerichtet, in den kleineren Städten und auf dem Lande werden die Revisionen der Materialgeschäfte bzw. die Prüfung der in denselben feilgehaltenen Nahrungs- und Genussmittel von den städtischen Polizeiorganen und den Amtsvorstehern bzw. Gendarmen vorgenommen. Im Reg.-Bez. Erfurt<sup>2)</sup> dagegen lässt die Überwachung der gesundheitlichen Beschaffenheit der Nahrungs- und Genussmittel noch viel zu wünschen übrig. Abgesehen von den periodischen Revisionen der Material- und Drogenläden, welche auf dem Lande durch die Gendarmerie und in den Städten durch die ausübenden Polizeiorgane bzw. durch die Kreisphysiker bewirkt werden, mangelt auf dem Lande eine Kontrolle fast gänzlich, in den Städten beschränkt sich dieselbe gewöhnlich auf die Wochenmärkte und wird durch städtische Polizeibeamte gehandhabt. Nur in vereinzelten Fällen wurde das Gutachten der Kreis-Medizinalbeamten oder Kreis-Tierärzte bzw. von Apothekern in Anspruch genommen. In dem letzten für den Reg.-Bez. Minden<sup>3)</sup> erstatteten Sanitätsbericht heisst es: „Eine polizeiliche Überwachung des Verkehrs von Nahrungs- und Genussmitteln findet auf dem platten Lande, abgesehen von der Trichinenschau, so gut wie gar nicht statt. In den Städten wird dieselbe wohl etwas energischer gehandhabt, ruht hier aber fast ausschliesslich in den Händen untergeordneter, technisch un-

---

<sup>1)</sup> D. öff. Gesundheitswes. im R.-B. St. während d. J. 1886 bis 1888, S. 149. — <sup>2)</sup> Generalber. üb. d. Medizinal- u. Sanitätswes. im R.-B. E. f. d. J. 1886 bis 1888, S. 135. — <sup>3)</sup> S. Note 1 auf S. 107 (S. 145).



erfahrener Polizeibeamten und erstreckt sich infolge dessen mehr auf den etwaigen Gebrauch von unrichtigem Maass und Gewicht, als auf das Feilhalten und den Verkauf von verdorbenen oder verfälschten Nahrungsmitteln.“ Im Reg.-Bez. Trier<sup>1)</sup> ist der Marktverkehr einer geregelteren Kontrolle bezüglich der zum öffentlichen Verkauf gebrachten Lebensmittel wenigstens in den grösseren Städten unterworfen. Ebenso werden die Kaufläden, in welchen Lebens- und Genussmittel feilgeboten werden, beaufsichtigt und sind zum Öfteren Proben aus denselben behufs näherer Untersuchung polizeilicherseits entnommen worden.

Bezüglich Bayerns ist die sogenannte ambulatorische Thätigkeit der dortigen Untersuchungsanstalten hervorzuheben, welche darin besteht, dass die Vertreter der Anstalten die Gemeinden besuchen, die Verkaufshallen, Werkstätten u. s. w. in Begleitung eines Polizeibeamten besichtigen, Proben entnehmen, Auskunft erteilen und eventuell Untersuchungen an Ort und Stelle vornehmen. Dieselbe hat sich als eine sehr gute Einrichtung bewährt.<sup>2)</sup>

In Hessen<sup>3)</sup> sollen die Kreisärzte als technische Gesundheitsbeamte ununterbrochen ein genaues Augenmerk auf etwaige gesundheitsschädliche Nahrungs- oder Genussmittel und Gebrauchsgegenstände richten und eintretendenfalls die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf solche lenken. Zum Behufe der Vorprüfung müssen sie einzelne einfache mikroskopische oder chemische Untersuchungen vorzunehmen im Stande sein.

Auch in anderen Staaten sind die beamteten Ärzte, so in Sachsen und Baden die Bezirksärzte, ausdrücklich mit der Überwachung des Nahrungsmittelverkehrs beauftragt.

Über den **Marktverkehr**, auf den sich, wie schon erwähnt wurde, die Beaufsichtigung vorzugsweise richtet, trifft die Reichsgewerbeordnung in den §§ 64 bis 71 Bestimmung. Der Besuch der Messen, Jahr- und Wochenmärkte, sowie der Kauf und Verkauf auf denselben steht

<sup>1)</sup> Die Gesundheitsverhältn. u. d. Medizinalwes. d. R.-B. T. unter bes. Berücksicht. d. J. 1886 bis 1888. S. 51. — <sup>2)</sup> Deutsch. Gesundheitswes., Festschr., hrsgeg. v. Pistor, Berlin 1890; S. 249. —

<sup>3)</sup> Dtsche. Medizinal-Ztg. 1881, S. 372.



einem Jeden mit gleichen Befugnissen frei (§ 64, Abs. 1). Die Zahl, Zeit und Dauer der Messen, Jahr- und Wochenmärkte wird von der zuständigen Verwaltungsbehörde festgesetzt) § 65, Abs. 1). Zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören: 1. rohe Naturerzeugnisse mit Ausschluss des grösseren Viehs; 2. Fabrikate, deren Erzeugung mit der Land- und Forstwirtschaft, dem Garten- und Obstbau oder der Fischerei in unmittelbarer Verbindung steht, oder zu den Nebenbeschäftigungen der Landleute der Gegend gehört, oder durch Tagelöhnerarbeit bewirkt wird, mit Ausschluss der geistigen Getränke; 3. frische Lebensmittel aller Art. Die zuständige Verwaltungsbehörde ist auf Antrag der Gemeindebehörde befugt, zu bestimmen, welche Gegenstände ausserdem nach Ortsgewohnheit und Bedürfnis in ihrem Bezirk überhaupt oder an gewissen Orten zu den Wochenmarktartikeln gehören (§ 66). Auf Jahrmärkten dürfen ausser den im § 66 benannten Gegenständen Verzehrungsgegenstände und Fabrikate aller Art feilgehalten werden. Zum Verkaufe von geistigen Getränken zum Genuss auf der Stelle bedarf es jedoch der Genehmigung der Ortspolizeibehörde (§ 67). Der Marktverkehr darf in keinem Falle mit anderen als solchen Abgaben belastet werden, welche eine Vergütung für den überlassenen Raum und den Gebrauch von Buden und Gerätschaften bilden (§ 68, Satz 1). Nach § 69 kann in den Grenzen der vorstehenden Bestimmungen die Ortspolizeibehörde, im Einverständnis mit der Gemeindebehörde, die Marktordnung nach dem örtlichen Bedürfnis festsetzen. In Betreff der Märkte, welche bei besonderen Gelegenheiten oder für bestimmte Gattungen von Gegenständen gehalten werden, bewendet es nach § 70 bei den bestehenden Anordnungen. Zu diesen gehören unter anderen die Weihnachts- und Viehmärkte. Zuwiderhandlungen gegen die polizeilichen Anordnungen wegen des Marktverkehrs werden nach § 149, Ziff. 6 Gew.-O. mit Geldstrafe bis zu 30 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Bezüglich der Viehmärkte enthält das Gesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen,



vom 23. Juni 1880 (Reichs-Viehseuchengesetz)<sup>1)</sup> einige Vorschriften, welche, wenn sie auch zunächst im veterinärpolizeilichen Interesse getroffen sind, mittelbar doch auch das Nahrungsmittelgebiet berühren. § 17, Abs. 1 dieses Gesetzes bestimmt, dass alle Vieh- und Pferdemärkte durch beamtete Tierärzte beaufsichtigt werden. Dieselbe Maassregel kann auch auf die von Unternehmern behufs öffentlichen Verkaufs in öffentlichen oder privaten Räumlichkeiten zusammengebrachten Viehbestände, auf die zu Zuchtzwecken öffentlich aufgestellten männlichen Zuchttiere, auf öffentliche Tierschauen und auf die durch obrigkeitliche Anordnung veranlassten Zusammenziehungen von Pferde- und Viehbeständen<sup>2)</sup> ausgedehnt werden. — Wird unter dem einer geregelten veterinärpolizeilichen Kontrolle unterstellten, auf Schlachtviehhöfen und öffentlichen Schlachthäusern befindlichen Schlachtvieh der Ausbruch einer übertragbaren Seuche ermittelt oder zeigen sich Erscheinungen bei demselben, welche nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so sind gemäss § 54 die erkrankten und alle verdächtigen Tiere sofort in polizeiliche Verwahrung zu nehmen und von jeder Berührung mit den übrigen auszuschliessen. § 56 gestattet nach Feststellung des Seuchenausbruchs die Absperrung von Schlachtviehhöfen oder öffentlichen Schlachthäusern für die Dauer der Seuchengefahr gegen den Abtrieb der für die Seuche empfänglichen Tiere.

An die Stelle der offenen Märkte sind in einer Reihe grösserer Städte seit einigen Jahren die **Markthallen** getreten, welche durch die Ermöglichung eines ständigen Marktverkehrs, durch die Erhöhung der Zufuhr, den Schutz der Waren, der Käufer und Verkäufer, sowie durch die Erleichterung der Beaufsichtigung des Nahrungsmittelverkehrs in volkswirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung grosse Vorzüge vor den Wochenmärkten besitzen.

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 153.

<sup>2)</sup> Nach einem dem Reichstage vorgelegten Abänderungsentwurf (s. Veröff. 1893, S. 944) auch auf Gastställe, Schlachthäuser und Ställe von Viehhändlern.



Die über den Marktverkehr auf letzteren in § 64 ff. Gew.-O. gegebenen Vorschriften (s. S. 111) finden in gleicher Weise auf die Markthallen Anwendung.<sup>1)</sup>

In Berlin sind die ersten vier Markthallen am 2. Mai 1886 eröffnet worden; im Ganzen giebt es zur Zeit deren 14, welche sich über die ganze Stadt verteilen. In dem Maasse als die Wochenmärkte dadurch entbehrlich geworden sind, gingen dieselben ein. Die Vermietung der Stände in den Markthallen erfolgt nach einem festen Tarif. Aus den Erträgen werden zunächst die Verwaltungskosten, Zinsen und Amortisationskosten gedeckt; die etwa erzielten Überschüsse werden zur Ermässigung der Standgelder verwandt. — Markthallen giebt es ferner u. a. in Frankfurt a. M. (seit 1879), Köln, Hannover, München, Dresden (seit 1893), Leipzig (seit 1891), Stuttgart, Oldenburg, Strassburg i. E.

Vom **Gewerbebetrieb im Umherziehen** handeln §§ 55 bis 63 Gew.-O. Wer ausserhalb des Gemeindebezirks seines Wohnortes oder der durch besondere Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde dem Gemeindebezirke des Wohnortes gleichgestellten nächsten Umgebung desselben ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung in eigener Person 1. Waren feilbieten, 2. Warenbestellungen aufsuchen oder Waren bei anderen Personen, als bei Kaufleuten, oder an anderen Orten, als in offenen Verkaufsstellen zum Wiederverkauf ankaufen will, bedarf eines Wandergewerbescheins, soweit nicht für die in Ziff. 2 bezeichneten Fälle in Gemässheit des § 44 a (betrifft den Warenankauf und das Aufsuchen von Bestellungen auf Waren ausserhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung seitens solcher Personen, welche ein stehendes Gewerbe betreiben) eine Legitimationskarte genügt (§ 55, Abs. 1, Ziff. 1 und 2). Ausgeschlossen vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen sind 1. geistige Getränke, soweit nicht das Feilbieten derselben von der Ortspolizeibehörde im Falle besonderen Bedürfnisses vorüber-

<sup>1)</sup> Entsch. d. kgl. preuss. Oberverwaltungsger. v. 10. Nov. 1887. Entsch. dieses Gerichtshofes, Bd. 15, S. 366. — Urteil d. kgl. Oberlandesger. Dresden v. 22. Dez. 1892. Annal. Bd. 14, S. 301.



gehend gestattet ist; 7. solche mineralische und andere Öle, welche leicht entzündlich sind, insbesondere Petroleum, sowie Spiritus (§ 56, Abs. 2, Ziff. 1 und 7). Der Wandergewerbeschein ist zu versagen: 1. wenn der Nachsuchende mit einer abschreckenden oder ansteckenden Krankheit behaftet oder in einer abschreckenden Weise entstellt ist; 2. wenn er unter Polizeiaufsicht steht; 3. wenn er wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht, . . . wegen vorsätzlicher Angriffe auf das Leben und die Gesundheit der Menschen, . . . zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt ist, und seit Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verflossen sind (§ 57, Ziff. 1—3). Eines Wandergewerbescheins bedarf nicht, 1. wer selbstgewonnene oder rohe Erzeugnisse der Land- oder Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, sowie selbstgewonnene Erzeugnisse der Jagd und Fischerei feilbietet; 2. wer in der Umgegend seines Wohnorts bis zu 15 Kilometer Entfernung von demselben selbstverfertigte Waren, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, feilbietet oder gewerbliche Leistungen, hinsichtlich deren dies Landesgebrauch ist, anbietet; 3. wer selbstgewonnene Erzeugnisse oder selbstverfertigte Waren, hinsichtlich deren dies Landesgebrauch ist, zu Wasser anfährt und von dem Fahrzeuge aus feilbietet; 4. wer bei öffentlichen Festen, Truppenzusammenziehungen oder anderen aussergewöhnlichen Gelegenheiten mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde die von derselben zu bestimmenden Waren feilbietet. — Die Landesregierungen können in weiterem Umfange den Gewerbebetrieb im Umherziehen mit Gegenständen des gemeinen Verbrauchs ohne Wandergewerbeschein innerhalb ihres Gebietes gestatten (§ 59). In den Fällen des § 59, Ziff. 1 bis 3 kann der Gewerbebetrieb untersagt werden, wenn die Voraussetzungen des § 57, Ziff. 1 bis 4 (s. oben) vorliegen (§ 59 a).



## V. Abschnitt.

### Bestimmungen über einzelne Nahrungs-, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände.

---

#### 1. Allgemeine Übersicht.

Die einschlägigen Bestimmungen sind einmal solche, welche von reichswegen erlassen sind. Dieselben betreffen, wie schon erwähnt wurde, Ersatzmittel für Butter, ferner Wein, Petroleum, gesundheitsschädliche Farben, blei- und zinkhaltige Gegenstände und Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen. Dazu kommen einzelne Vorschriften aus der Reichs-Gewerbeordnung und aus dem Reichs-Viehseuchengesetz.

Die landesrechtlichen Bestimmungen beziehen sich vorzugsweise auf Fleisch einschl. der Schlachthäuser, Milch und Bierdruckapparate.

Für Oberfranken sind am 7. August 1889<sup>1)</sup> eingehende oberpolizeiliche Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit in Bezug auf die Beschaffenheit, Zubereitung und Aufbewahrung, dann auf das Ausmessen und Auswägen verkäuflicher Nahrungsmittel, Esswaren und Getränke erlassen worden.

---

<sup>1)</sup> Junginger a. a. O., S. 375. Nach J. sind seitens der übrigen kgl. Regierungen oberpolizeiliche Vorschriften von wesentlich gleichem Inhalt erlassen worden. Vgl. S. 12.



## 2. Fleisch und Fleischwaren.

Den Bestimmungen, welche über Fleisch und Fleischwaren erlassen sind, liegen verschiedene Gesichtspunkte zu Grunde. Zunächst kommen die Fälle in Betracht, in denen es sich um eine direkte Gesundheitsgefahr handelt. In anderen Fällen ist der Wert des Fleisches vermindert, ohne dass dieses zugleich gesundheitsgefährlich ist.

Die bestehenden Vorschriften bestimmen zum Teil lediglich, welches Fleisch vom menschlichen Genusse gänzlich auszuschliessen ist oder zu einer diesbezüglichen Verwendung nur unter gewissen Bedingungen in den Verkehr gebracht werden darf. Diesen Bestimmungen schliessen sich solche an, welche Gefahren oder Schädlichkeiten entgegen treten wollen, die durch ungeeignete Behandlung des Fleisches nach dem Schlachten, durch den Transport, durch das Aushängen der Schlachttiere oder das Fleischaufblasen, verursacht werden.

Andere Bestimmungen, welche gleichzeitig Vorsorge treffen wollen, dass Gefahren verhütet werden und minderwertige Ware nicht als vollwertige in den Verkehr kommt, schreiben eine Beschau des Fleisches vor. Diese ist entweder eine allgemeine oder sie bezieht sich nur auf bestimmte Fleischsorten, nämlich Schweine- oder Pferdefleisch. Die Beschau findet entweder in den Schlachtstätten der einzelnen Schlächter oder in öffentlichen Schlachthäusern statt. Nach dem Urteil der Sachverständigen verdient die letztere zur Zeit wenigstens den Vorzug, weil die Kontrolle in den öffentlichen Schlachthäusern, zumal wenn daselbst eine tierärztliche Aufsicht besteht, am zuverlässigsten geübt werden kann.

### a. Schlächtereien — öffentliche Schlachthäuser.

Die Schlächtereien gehören nach § 16 Gew.-O. zu denjenigen Anlagen, zu deren Errichtung die Genehmigung der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde erforderlich ist. Ein Bundesratsbeschluss vom 5. Juli 1873 stellt das Einverständnis der Bundesregierungen darüber fest, dass der Ausdruck „Schlächtereien“ im Sinne des genannten § 16



alle Schlachtstätten ohne Unterschied, also nicht bloss die von einer grösseren Anzahl von Metzgern benutzten Schlachthäuser, sondern auch jede von einem einzelnen Metzger in seiner Behausung benutzte Räumlichkeit umfasst.

In den §§ 17 ff. Gew.-O. wird weiter bestimmt, dass dem Antrage auf die Genehmigung einer im § 16 bezeichneten Anlage die zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen und Beschreibungen beigelegt werden müssen. Das Unternehmen wird alsdann mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen binnen 14 Tagen anzubringen, zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Werden keine Einwendungen angebracht oder sind diese, abgesehen von den auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen, welche zur richterlichen Entscheidung zu verweisen sind, ohne dass von ihrer Erledigung die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht wird, mit den Parteien, d. h. mit dem Unternehmer und den Personen, welche Einwendungen erhoben haben, vollständig erörtert, so hat die Behörde zu prüfen, ob die Anlage erhebliche Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für das Publikum herbeiführen könne. Auf Grund dieser Prüfung, welche sich zugleich auf die Beachtung der bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften erstreckt, ist die Genehmigung zu versagen oder, unter Festsetzung der sich als nötig ergebenden Bedingungen, zu erteilen. Gegen den Bescheid ist Rekurs an die nächst vorgesetzte Behörde zulässig. Die erteilte Genehmigung bleibt nach § 25 auch beim Wechsel des Besitzers der betreffenden Anlage so lange in Kraft, als keine Änderung in der Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte vorgenommen wird. Im letzteren Falle, sowie zu wesentlichen Veränderungen in dem Betriebe der betreffenden Anlage ist die Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich. — Nach § 23, Abs. 3 bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten, zu verfügen, inwieweit durch Ortsstatuten darüber Bestimmung getroffen werden kann, dass einzelne Ortsteile vorzugsweise zu Anlagen der in § 16 erwähnten Art zu bestimmen, in anderen Ortsteilen aber dergleichen Anlagen entweder gar nicht oder nur unter besonderen Beschränkungen zuzulassen sind. § 51 zufolge



kann übrigens die fernere Benutzung einer jeden schon bestehenden gewerblichen Anlage wegen überwiegender Nachteile und Gefahren für das Gemeinwohl unter Ersatzleistung für den erweislichen Schaden des Besitzers durch die höhere Verwaltungsbehörde zu jeder Zeit untersagt werden. — Die Errichtung von Schlächtereien ohne die erforderliche Genehmigung oder unter Abweichung von den wesentlichen Bedingungen, unter welchen solche erteilt ist, sowie eine wesentliche Veränderung der Betriebsstätte oder eine Verlegung des Lokals oder eine wesentliche Veränderung in dem Betriebe der Anlage ohne neue Genehmigung wird nach § 147 Gew.-O. mit Geldstrafe bis zu 300 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft. Ausserdem kann die Polizeibehörde die Wegschaffung der Anlage oder die Herstellung des den Bedingungen entsprechenden Zustandes derselben anordnen.

Über die Anforderungen, welche an Schlachtstätten zu stellen sind, bestehen in den einzelnen Ländern bzw. Landesteilen verschiedene Bestimmungen, von denen die nachstehenden kurz erwähnt werden:

Preussen. Reg.-Bez. Schleswig. Bestimmungen des Regierungs-Präsidenten über Schlächtereianlagen v. 8. März 1892, und Polizei-Verordn. über die Abfuhr und Entwässerung der Schlächtereien in den Städten v. 11. April 1893 (Veröff. 1892, S. 593 und 1893, S. 640).

Sachsen. Erlass des Ministeriums des Innern, betr. Grundzüge für die medizinal-polizeiliche Beurteilung von Schlächtereien, v. 9. Juni 1885 (Veröff. 1885 II, S. 245).

Württemberg. § 3 der Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Fleisch, v. 21. Aug. 1879 (Schlampp a. a. O., S. 485) trifft Bestimmung über die Reinhaltung der Privatschlächtereien und über die hinsichtlich des ausserhalb des öffentlichen Schlachthauses geschlachteten Viehs von den Ortspolizeibehörden zu erteilenden Vorschriften.

Baden. Minist.-Verordn., die Einrichtung der Schlachtereien betr., v. 16. Juni 1876 (Ges.- und Verordn.-Bl., S. 195. Schlampp a. a. O., S. 33). Nebst Erlassen des Minist. d. Innern v. 6. Juni 1878 (Ebd. S. 34) und v. 21. Jan. 1890 (Veröff. 1890, S. 261).

Lippe. Verordn., betr. die Einrichtung und den Betrieb der zur Ausübung des Schlachtereigewerbes bestimmten Anlagen, v. 5. April 1890 (Veröff. 1890, S. 393).

Hamburg. Anleitung d. Medizinalinspektors zu den sanitäts-



polizeilichen Vorschriften bei der Anlage von Schlachtereien vom November 1874 (Reincke a. a. O., S. 48).

Elsass - Lothringen. Die allgemeinen Genehmigungsbedingungen der Privatschlachthäuser (Jahrb. d. Medizinal-Verwalt. in E.-L., Bd. 5, Jahrg. 1892, S. 141).

Durch § 23, Abs. 2 Gew.-O. wird der Landesgesetzgebung vorbehalten, für solche Orte, in welchen **öffentliche Schlachthäuser** in genügendem Umfange vorhanden sind oder errichtet werden, die fernere Benutzung bestehender und die Anlage neuer Privatschlachtereien zu untersagen. Als öffentliche Schlachthäuser im Sinne dieser Bestimmung sind die zum allgemeinen Gebrauch der Metzger oder des Publikums überhaupt bestimmten Schlachthäuser anzusehen. Darauf, wer das Eigentum an dem Schlachthause hat, kommt es nicht an. Insbesondere kann auch das Schlachthaus einer Innung oder Metzgergenossenschaft als öffentliches Schlachthaus mit der Bestimmung, dass darin alles Vieh geschlachtet werden muss, erklärt werden.<sup>1)</sup>

Die Bestimmung des § 23, Abs. 2 hat insofern eine erhebliche Bedeutung, als sie die Möglichkeit gewährt, die Ausübung des Schlachtgewerbes für einen ganzen Ort auf eine oder wenige Stellen zu beschränken und dadurch die Untersuchung des Schlachtviehs ausserordentlich zu erleichtern. Um die Überwachung der Fleischversorgung zu einer möglichst vollkommenen zu machen, bedarf es ausserdem allerdings auch der Untersuchung des von auswärts eingeführten einschliesslich des von den Gastwirten und ähnlichen Gewerbetreibenden von ausserhalb bezogenen Fleisches.

Die gesundheitlichen Vorteile der Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses, mit denen auch solche wirtschaftlicher Art Hand in Hand gehen, sind besonders in den letzten Jahren in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung anerkannt worden. Die Erfahrung lehrte ausserdem, dass selbst kleinere Städte nicht etwa wegen der verhältnismässig hohen Anlagekosten auf die Vorteile eines öffentlichen Schlachthauses zu verzichten brauchen, da die Zinsen und Amortisationsbeträge durch die Benutzungsgebühren sehr gut gedeckt werden können. Die Erkenntnis dieser That-

---

<sup>1)</sup> Landmann. Gewerbeordnung. Nördlingen 1884, S. 84.



sache, wie der besagten Vorzüge andererseits hat es zu Wege gebracht, dass gegen Mitte des Jahres 1893 im ganzen 557 öffentliche Schlachthäuser im Betriebe waren.<sup>1)</sup> Zum Verständnis dieser Ziffer sei erwähnt, dass nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 die Zahl der deutschen Städte mit 5000 und mehr Einwohnern 778, der städtischen Gemeinden und Wohnplätze mit 2000 und mehr Einwohnern 2499 betrug. Im Reg.-Bez. Oppeln werden binnen kurzem sämtliche Städte über 5000 Einwohner mit einem öffentlichen Schlachthause versehen sein, eine Ziffer, welche im allgemeinen als unterste festzuhalten sein dürfte.<sup>2)</sup>

In Preussen ist zur Förderung der Schlachthausfrage am 18. März 1868<sup>3)</sup> ein Gesetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschliesslich zu benutzender Schlachthäuser, erlassen worden. Durch das Gesetz vom 9. März 1881<sup>4)</sup> haben die §§ 2 und 14 desselben eine andere Fassung, die §§ 3 und 7 Zusätze erhalten. Das so veränderte Gesetz<sup>5)</sup> giebt denjenigen Gemeinden, in welchen eine Gemeindeanstalt zum Schlachten von Vieh (öffentliches Schlachthaus) errichtet ist, die Befugnis, durch Gemeindebeschluss den Schlachthauszwang einzuführen, d. h. anzuordnen, dass innerhalb des ganzen Gemeindebezirks oder eines Teils desselben das Schlachten sämtlicher oder einzelner Gattungen von Vieh, sowie gewisse mit dem Schlachten in unmittelbarem Zusammenhange stehende, bestimmt zu bezeichnende Einrichtungen ausschliesslich in dem öffentlichen Schlachthause bzw. den öffentlichen Schlachthäusern vorgenommen werden dürfen. Gleichzeitig kann in dem Gemeindebeschluss bestimmt werden, dass das Verbot der ferneren Benutzung anderer als der in dem öffentlichen Schlachthause befindlichen Schlachtstätten 1. auf die im Besitze und in der Verwaltung von Innungen oder sonstigen Korporationen befindlichen gemeinschaftlichen Schlachthäuser, 2. auf das nicht gewerbmässig betriebene Schlachten keine Anwendung findet (§ 1).

---

<sup>1)</sup> Berl. Markthallen-Ztg. 1893, No. 54. — <sup>2)</sup> Ostertag a. a. O., S. 12. — <sup>3)</sup> Gesetz-Samml. S. 227. — <sup>4)</sup> Ebd. S. 273. — <sup>5)</sup> Schlampp a. a. O., S. 210.



Hiernach ist den Gemeinden, falls sie nicht in der Lage sind, den allgemeinen Schlachthauszwang anzuordnen, die Möglichkeit gegeben, denselben wenigstens soweit (auf einzelne Teile des Gemeindegebiets, auf das gewerbsmässige Schlachten, auf das Schlachten allein, ohne die damit in Verbindung stehenden Verrichtungen) auszudehnen, als den jeweiligen Verhältnissen entspricht.

Durch § 2 werden den Gemeinden, ebenfalls unter der Voraussetzung, dass in ihnen ein öffentliches Schlachthaus errichtet ist, weitere wichtige Befugnisse verliehen, welche in 6 Ziffern angeordnet sind. Je drei derselben beziehen sich auf die Fleischuntersuchung und auf das Feilbieten des Fleisches. Für die Untersuchung kommt das im Schlachthause geschlachtete Vieh, das von auswärts eingeführte und im besonderen das von Gast- und Speisewirtschaften von auswärts bezogene Fleisch in Betracht.

Die Untersuchung des von auswärts eingeführten Fleisches hat bei bestehendem Schlachthauszwang deshalb eine hohe Bedeutung, weil ohne dieselbe die Segnungen des Schlachthauszwanges mehr oder weniger nutzlos gemacht werden können. Die Nützlichkeit einer Untersuchung des von Gast- und Schankwirtschaften direkt von auswärts bezogenen Fleisches ergibt sich daraus, dass ein verhältnismässig beträchtlicher Bruchteil der Bevölkerung, zumal in den grossen Städten, in diesen beköstigt wird.

Die Befugnis zu Anordnungen durch Gemeindebeschluss geht bezüglich der Untersuchung nun dahin, 1. dass alles in das öffentliche Schlachthaus gelangende Schlachtvieh zur Feststellung seines Gesundheitszustandes sowohl vor als nach dem Schlachten einer Untersuchung durch Sachverständige zu unterwerfen ist; 2. dass alles nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch in dem Gemeindebezirke nicht eher feilgeboten werden darf, bis es einer Untersuchung durch Sachverständige gegen eine zur Gemeindekasse fliessende Gebühr unterzogen ist; 3. dass in Gast- und Speisewirtschaften frisches Fleisch, welches von auswärts bezogen ist, nicht eher zum Genusse zubereitet werden darf, bis es einer gleichen Untersuchung unterzogen ist.

Die bei Schlachtthieren vorgesehene Untersuchung vor und nach dem Schlachten ist erwünscht, um die Feststellung aller Abweichungen von der Norm zu ermöglichen. — „Frisches Fleisch“ im Sinne des § 2 (Ziff. 2 und 3, s. auch unten 4 bis 6) ist nach



einem Erkenntnis des Kammergerichts vom 6. Februar 1888<sup>1)</sup> nicht bloss frisch ausgeschlachtetes, sondern auch in frischem Zustande befindliches Fleisch im Gegensatz zu gedörrtem, eingepökelt, geräuchertem oder durch sonstige Präservation gegen rasches Verderben geschütztem Fleische. — Die Frage, ob sich das Gesetz durch die im § 2, Ziff. 2 und 3 vorgesehene Anordnung der Untersuchung des von auswärts eingeführten frischen Fleisches nicht mit der Gewerbeordnung und den in ihr ausgesprochenen Grundsätzen der Gewerbefreiheit in Widerspruch setzt, wurde im Hinblick auf die Bestimmungen der §§ 23 und 51 Gew.-O. (s. S. 120 und 118) vom Reichsgericht am 17. Januar 1889<sup>2)</sup> verneint. „In gleicher Weise enthält es keinen Eingriff in die durch § 42 gesicherte Ausübung des Gewerbetriebs auch am fremden Orte, wenn aus gesundheitspolizeilichen Gründen für diesen Ort besondere die Gewerbeausübung beschränkende Vorschriften erlassen werden; die Gewerbetreibenden sind solchen Maassregeln gleichfalls unterworfen, welche aus höheren Rücksichten der gemeinen Wohlfahrt die Ausübung des Gewerbes beengen.“ — Auch ein Ortsregulativ, welches das Einführen frischen Fleisches von dem Nachweise einer bereits ausserhalb des Einführungsortes stattgefundenen Untersuchung abhängig macht, ist gültig.<sup>3)</sup> Eine solche Bestimmung halte sich im Rahmen des Gesetzes vom 9. März 1881, welches offenbar eine gründliche und zuverlässige Fleischuntersuchung bezwecke. Nach dem Gutachten der Sachverständigen gewähre nur die doppelte Untersuchung eine genügende Sicherheit für die Gesundheit des Fleisches, und die im vorliegenden Falle geforderte Untersuchung ausserhalb des Gemeindebezirks stelle sich nur als Vorbereitung zu der späteren Untersuchung in der Stadt dar. — Aus den Bestimmungen der Ziff. 2 und 3 folgt, dass die Anordnung einer Untersuchung auf Fleisch, welches durch Nichtgewerbetreibende von auswärts bezogen wird und nicht feilgeboten werden soll, auf Grund des Schlachthausgesetzes nicht ausgedehnt werden darf. Das Kammergericht hat sich am 12. Juni 1890<sup>4)</sup> in diesem Sinne ausgesprochen.

Von den auf das Feilbieten bezüglichen Ziffern sieht Ziff. 4 die Anordnung vor, dass sowohl auf den öffentlichen Märkten als in den Privatverkaufsstätten das nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch von dem daselbst ausgeschlachteten Fleisch gesondert feilzubieten ist.

---

<sup>1)</sup> Jahrb. d. Entscheid. d. kgl. preuss. Kammerger., hrsgeg. v. Johow, Bd. 8, S. 186; Veröff. 1891, S. 195. — <sup>2)</sup> Entsch. Bd. 18, S. 351; Veröff. 1889, S. 513. — <sup>3)</sup> Urteil d. kgl. preuss. Kammerger. v. 18. Juni 1888. Jahrb. d. Entsch., Bd. 8, S. 192; Veröff. 1891, S. 195. — <sup>4)</sup> Jahrb. d. Entsch., Bd. 10, S. 168; Veröff. 1892, S. 299,



Diese Vorschrift ist besonders dann gerechtfertigt, wenn das von auswärts bezogene Fleisch gar keiner oder nur einer einmaligen Untersuchung unterworfen ist.

Ferner kann angeordnet werden, 5. dass in öffentlichen, im Eigentum und in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fleischverkaufshallen frisches Fleisch von Schlachtvieh nur dann feilgeboten werden darf, wenn es im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtet worden ist, und 6. dass diejenigen Personen, welche in dem Gemeindebezirk das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch als stehendes Gewerbe betreiben, innerhalb des Gemeindebezirks das Fleisch von Schlachtvieh, welches sie nicht in dem öffentlichen Schlachthause, sondern an einer anderen innerhalb eines durch den Gemeindebeschluss festzusetzenden Umkreises gelegenen Schlachtstätte geschlachtet haben, oder haben schlachten lassen, nicht feilbieten dürfen.

Hinsichtlich der vorstehenden Anordnungen sind die Gemeinden, abgesehen von der Genehmigung seitens der Bezirksregierungen, welche gemäss § 3, Abs. 1 zu ihrer Gültigkeit erforderlich ist, nur insofern beschränkt, als sie diejenigen zu § 2, Ziff. 2 bis 6 nur in Verbindung mit der Anordnung zu Ziff. 1 (Untersuchungszwang für das in das Schlachthaus gelangende Schlachtvieh) und zu § 1 (Schlachtzwang) beschliessen können, demnach auch nur in demjenigen Umfange des Gemeindebezirks und unter Ausdehnung auf diejenige Viehgattung, auf welche sich der Schlachtzwang (§ 1) selbst erstreckt. Im Übrigen steht es ihnen frei, die Anordnungen zu Ziff. 2 bis 6 sämtlich oder teilweise und die einzelnen Anordnungen in ihrem vollen gesetzlichen oder in beschränktem Umfange zu beschliessen (§ 2, Abs. 3 und 4).

Die Regulative für die Untersuchung (Ziff. 1 bis 3) und der Tarif für die gemäss Ziff. 2 und 3 zu erhebende Gebühr werden gleichfalls durch Gemeindebeschluss festgesetzt und zur öffentlichen Kenntniss gebracht. In dem Regulativ für die Untersuchung des nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachteten Fleisches (Ziff. 2) kann angeordnet werden, dass das der Untersuchung zu unterziehende Fleisch dem Fleischbeschauer in grösseren Stücken (Hälften, Vierteln) und, was Kleinvieh anbelangt, in unzer-



teiltem Zustande vorzulegen ist. Durch diese Bestimmung gewinnt die Sicherheit der Beurteilung der Ware. Für die in dem Tarife (Ziff. 2 und 3) festzusetzenden Gebühren wird die Vorschrift gegeben, dass sie die Untersuchungskosten nicht übersteigen dürfen (§ 2, Abs. 2).

Im Anschluss hieran sei gleich der Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Schlachthäuser, sowie für die Untersuchung des Schlachtviehes bzw. des Fleisches gedacht, zu deren Erhebung die Gemeinden durch das Gesetz ausdrücklich ermächtigt sind. Der Gebührentarif soll durch Gemeindebeschluss auf mindestens einjährige Dauer festgesetzt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Die Höhe der Tarifsätze ist so zu bemessen, dass 1. die für die Untersuchung (§ 2, Ziff. 1) zu entrichtenden Gebühren die Kosten dieser Untersuchung, 2. die Gebühren für die Schlachthausbenutzung den zur Unterhaltung der Anlagen, für die Betriebskosten, sowie zur Verzinsung und allmählichen Amortisation des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme (§ 7) erforderlichen Betrag nicht übersteigen. Ein höherer Zinsfuss als 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub> jährlich und eine höhere Amortisationsquote als 1<sup>0</sup>/<sub>0</sub> nebst den jährlich ersparten Zinsen darf hierbei nicht berechnet werden (§ 5).

Diese Bestimmungen haben durch das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893<sup>1)</sup> eine Änderung erfahren. Nach § 11 desselben nämlich dürfen für die Schlachthausbenutzung Gebühren bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, dass durch ihr jährliches Aufkommen die Kosten der Unterhaltung der Anlage und des Betriebes, sowie ein Betrag von 8<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme gedeckt werden. In denjenigen Städten, in denen Verbrauchssteuern auf Fleisch zur Erhebung kommen, dürfen die Benutzungsgebühren nur bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, dass durch ihr jährliches Aufkommen ausser den Unterhaltungs- und Betriebskosten ein Betrag von 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des Anlagekapitals und der Entschädigungssumme gedeckt wird. — Die Gebühren für die Untersuchung des nicht in öffentlichen Schlachthäusern ausgeschlachteten Fleisches können in einer den Gebühren für die Schlachthausbenutzung entsprechenden Höhe bemessen werden.

Die Gemeinden sind nach dem Schlachthausgesetze nicht gehalten, das öffentliche, ausschliesslich zu benutzende

---

<sup>1)</sup> Gesetz-Samml. f. d. kgl. preuss. Staaten, S. 152.



Schlachthaus selbst zu errichten, sondern die Bestimmungen des Gesetzes finden auch dann Anwendung, wenn die Errichtung eines solchen Schlachthauses einem anderen Unternehmer überlassen wird. Alsdann verbleiben den Gemeinden aber die ihnen in dem Gesetze auferlegten Verpflichtungen. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Gemeinde und Unternehmer ist durch einen Vertrag zu regeln, welcher der Bestätigung der Bezirksregierung unterliegt (§ 12).

Die den Gemeinden obliegenden Pflichten, von denen eben die Rede war, bestehen darin, das Schlachthaus den örtlichen Bedürfnissen entsprechend einzurichten und zu erhalten und seine Benutzung bei Erfüllung der allgemein vorgeschriebenen Bedingungen jedermann zu gestatten. Will die Gemeinde die Anstalt eingehen lassen, so ist der Termin der Aufhebung von der Genehmigung der Regierung abhängig (§§ 4 und 6).

Das aus § 1 statthafte Verbot der Benutzung anderer als der im öffentlichen Schlachthause befindlichen Schlachtplätze tritt 6 Monate nach der Veröffentlichung des genehmigten Gemeindebeschlusses in Kraft, sofern nicht in diesem Beschlusse selbst eine längere Frist bestimmt ist. Neue Privatschlachtanstalten dürfen von dem Tage dieser Veröffentlichung ab nicht mehr errichtet werden (§ 3, Abs. 2 und 3).

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der in dem Gemeindebezirke vorhandenen Privatschlachtanstalten haben bei dem Verbot ihrer ferneren Benutzung auf Entschädigung Anspruch. Es soll ihnen nämlich für den erweislichen wirklichen Schaden, welchen sie dadurch erleiden, dass die zum Schlachtbetriebe dienenden Gebäude und Einrichtungen infolge der nach § 1 getroffenen Anordnung ihrer Bestimmung entzogen werden, von der Gemeinde Ersatz geleistet werden. Bei der Berechnung des Schadens ist namentlich zu berücksichtigen, dass der Ertrag, welcher von den Grundstücken und Einrichtungen bei anderweiter Benutzung erzielt werden kann, von dem bisherigen Ertrage in Abzug zu bringen ist. Für Nachteile aber, welche aus Erschwerungen oder Störungen des Geschäftsbetriebes hergeleitet werden möchten, findet eine Entschädigung nicht



statt (§ 7). Soweit Pacht- und Mietverträge die Benutzung von Privatschlachtanstalten zum Gegenstande haben, erreichen solche Verträge ihr Ende spätestens mit dem Ablauf der nach § 3 den Schlachthausbesitzern gewährten Frist. Ein Entschädigungsanspruch wegen dieser Auflösung allein steht dem Verpächter oder Pächter gegen einander nicht zu (§ 8). Die aus § 7 zu erhebenden Entschädigungsansprüche sind bei Vermeidung des Verlustes derselben innerhalb der nach § 3 gewährten Frist bei der Bezirksregierung anzumelden (§ 9, Abs. 1). Das alsdann einzuschlagende Verfahren ist folgendermaassen geregelt. Die Bezirksregierung ernennt einen Kommissarius, welcher unter Zuziehung von zwei Beisitzern den Anspruch zu prüfen und den Betrag der Entschädigung zu ermitteln hat. Der eine der Beisitzer ist von dem Entschädigungsberechtigten, der andere von der Gemeinde zu wählen. Erfolgt die Wahl nicht binnen einer vom Kommissarius zu bestimmenden mindestens zehntägigen Frist, so ernennt dieser die Beisitzer. Nach Beendigung der Instruktion reicht der Kommissarius die Verhandlungen mit seinem Gutachten der Bezirksregierung ein, welche über den Entschädigungsanspruch durch ein mit Gründen abgefasstes Resolut entscheidet und eine Ausfertigung desselben jedem der Beteiligten durch den Kommissarius aushändigen lässt. Gegen das Resolut steht jedem der Beteiligten innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom Tage der Behändigung des Resoluts an gerechnet, die Beschreibung des Rechtsweges zu. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist hat das Resolut die Wirkung eines rechtskräftigen Erkenntnisses (§ 9, Abs. 2, 3, 10, 11).

Zuwiderhandlungen gegen die aus §§ 1 und 2 getroffenen Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft (§ 14).

Am 29. März 1886<sup>1)</sup> liess der Minister der geistlichen u. s. w. Angeleg. den Regierungspräsidenten bezw. Regierungen eine Verfügung des Regierungspräsidenten zu Königsberg vom 9. Januar desselben Jahres zur Kenntnis-

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1886, S. 486.



nahme zugehen, in welchem die Stadtmagistrate unter Aufzählung der grossen Vorteile, welche die öffentlichen Schlachthäuser durch Fernhaltung einer Verunreinigung von Luft, Boden und Trinkwasser, durch den Schutz der Bevölkerung vor dem Genuss ungesunden oder verdorbenen Fleisches, durch eine erleichterte Feststellung der ansteckenden Tierkrankheiten, wie durch die Herbeiführung grösserer Sauberkeit und Bequemlichkeit beim Schlachten, die Verbesserung der Fleischbeschaffenheit und eine Beschränkung des gefährlichen Transports von Schlachtvieh durch belebte Strassen auf ein geringes Maass bieten, ersucht werden, der Angelegenheit auch für ihre Stadt ernstlich näher zu treten. In finanzieller Beziehung wird ausgeführt, dass den Stadtgemeinden aus den Schlacht- und Besichtigungsgebühren so reichliche Einnahmen zufließen, dass die Anlagezinsen, die Betriebskosten und die Tilgungsbeträge sehr bald gedeckt werden, und es infolge von Überschüssen meistens schon nach den ersten Betriebsjahren möglich wird, zur Erleichterung der beteiligten Fleischer und Privatpersonen die Tarifsätze zu ermässigen.

- Eine dem vorstehenden Erlasse entsprechende Verfügung erging seitens des Regierungs-Präsidenten zu Stettin am 22. April 1886<sup>1)</sup> an die Stadtmagistrate des Bezirks. Ferner sind die Magistrate im Reg.-Bez. Hildesheim am 9. Juni 1887,<sup>2)</sup> die städtischen Polizeiverwaltungen im Reg.-Bez. Posen am 6. Mai 1891,<sup>3)</sup> die Landräte im Reg.-Bez. Düsseldorf am 7. Juli 1892<sup>4)</sup> durch Rundschreiben der zuständigen Regierungs-Präsidenten veranlasst worden, sich die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser angelegen sein zu lassen.

Die Zahl der öffentlichen Schlachthäuser hat in Preussen während der letzten Jahre sehr zugenommen; in den einzelnen Bezirken sind in dieser Beziehung allerdings erhebliche Unterschiede vorhanden. Während vor 1868 nur 3<sup>5)</sup> öffentliche Schlachthäuser, nämlich in Magdeburg, Aachen und Düren, und bis 1886 deren 74<sup>5)</sup> eingerichtet waren, werden in den Veröff. 1893, S. 927 die Ergebnisse aus

---

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 110. — <sup>2)</sup> Veröff. 1888, S. 425. — <sup>3)</sup> Ebd. 1891, S. 648. — <sup>4)</sup> Ebd. 1892, S. 964. — <sup>5)</sup> Ebd. 1887, S. 131.



243 öffentlichen Schlachthäusern<sup>1)</sup> mitgeteilt. Zwei Jahre zuvor<sup>2)</sup> lagen Berichte aus 183 öffentlichen Schlachthäusern vor. Von diesen entfielen auf die Reg.-Bez. Arnsberg 14, Liegnitz 13, Posen, Bromberg, Oppeln, Düsseldorf je 11, Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder je 10, Breslau, Kassel je 9, Minden 7, Potsdam 6, dagegen auf die Reg.-Bez. Schleswig (Kiel), Hannover (Hannover), Lüneburg (Celle), Osnabrück (Osnabrück), Sigmaringen (Sigmaringen) nur je 1. Zur Zeit entbehrt allein der Reg.-Bez. Stade eines öffentlichen Schlachthauses. Die meisten öffentlichen Schlachthäuser in Preussen<sup>3)</sup> sind von der Gemeinde errichtet und werden von dieser verwaltet. Andere, welche Fleischerinnungen gehören, werden von letzteren unter Kontrolle der Gemeindebehörden verwaltet, noch andere sind Privatunternehmungen. In einigen Städten besteht kein Schlachthauszwang, in anderen ist nur das Schlachten zum eigenen Gebrauch freigegeben, meist aber ist der Schlachthauszwang ein allgemeiner und unbedingter. Die Sachverständigen, denen die Schlachtviehuntersuchung obliegt, müssen der Regel nach approbierte Tierärzte sein.

Im Reg.-Bez. Bromberg ist die durch Verordnung des Regierungs-Präsidenten vom 24. August 1891<sup>4)</sup> mit der Beschränkung ausdrücklich angeordnet worden, dass in kleinern Städten, unter Vorbehalt der Genehmigung des Regierungs-Präsidenten, auch Personen als Sachverständige angestellt werden dürfen, welche ihre für diese Stellung erforderlichen Kenntnisse durch eine vor dem Departements-Tierarzt des Bezirks abgelegte Prüfung nachgewiesen haben.

In zahlreichen Schlachthäusern findet auch eine besondere veterinärpolizeiliche Beaufsichtigung und Kontrolle des Schlachtbetriebes durch staatlich beamtete Tierärzte oder den Kreisphysikus statt, oder es wird doch in zweifelhaften Fällen laut statutarischer Bestimmung der Kreistierarzt zur Entscheidung herangezogen.

Im Reg.-Bez. Oppeln sind sämtliche öffentlichen Schlachthäuser, zu deren sanitätspolizeilicher Beaufsichtigung nicht ein besonderer Tierarzt bestellt ist, durch Verfügung des Regierungs-Präsidenten

---

<sup>1)</sup> Die Zahl der preussischen Städte mit 5000 und mehr Einwohnern betrug nach der Volkszählung von 1890 454.

<sup>2)</sup> Veröff. 1891, S. 723. — <sup>3)</sup> Ebd. 1887, S. 131. — <sup>4)</sup> Ebd. 1892, S. 346.



vom 11. März 1886<sup>1)</sup> der regelmässigen Aufsicht durch die Kreistierärzte unterstellt worden. — Mittels Verfügung des Regierungspräsidenten zu Bromberg vom 23. April 1891<sup>2)</sup> sind der Departementstierarzt und die Kreistierärzte ersucht worden, die in ihren Bezirken liegenden Schlachthäuser mindestens zweimal vierteljährlich einer Kontrolle zu unterwerfen.

Im Reg.-Bez. Bromberg ist auch der Handelsverkehr mit dem in den öffentlichen Schlachthäusern geschlachteten Fleische durch Polizeiverordnung vom 15. Juni 1893<sup>3)</sup> allgemein geregelt worden. Soweit dasselbe für den menschlichen Genuss als geeignet befunden ist, soll es durch Abstempelung in gesundes (vollwertiges oder bankwürdiges) und in solches, welches nur unter Angabe der fehlerhaften Beschaffenheit verkauft und feilgehalten werden darf, unterschieden werden. Zu letzterem gehört auch dasjenige Fleisch, dem die gesundheitsschädlichen Eigenschaften genommen sind. Das zum menschlichen Genuss ungeeignete, gesundheitsschädliche Fleisch ist zu vernichten oder so zu präparieren, dass es zu gewerblichen Zwecken verwendbar ist. Die Entziehung der Gesundheitsgefährlichkeit (Kochen, Ausschmelzen), sowie das Präparieren zu gewerblichen Zwecken (Begiessen mit Säuren, Petroleum u. s. w.) muss im Schlachthofe unter Aufsicht der Polizei geschehen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Schlachthaus-Sachverständigen und dem Besitzer des Schlachtieres über die Beschaffenheit des Fleisches ist das Gutachten des zuständigen beamteten Tierarztes auf Kosten der unterliegenden Partei einzuholen. Über den Freibankverkauf s. unter „m. minderwertiges Fleisch pp.“.

Das Schlachten von Pferden ist in den meisten preussischen Schlachthäusern ausgeschlossen.

Der Gebührentarif unterliegt sehr beträchtlichen Schwankungen.

Von der Befugnis, alles ausserhalb der Gemeinden geschlachtete frische Fleisch vor dem Feilbieten durch Sachverständige untersuchen zu lassen, ist in der Regel Gebrauch gemacht worden. Diese Untersuchung findet fast überall im Schlachthofe selbst statt.

Mit einer Reihe öffentlicher Schlachthäuser — 1887 waren es deren 18 — sind Viehmarktanlagen verbunden, deren bedeutendste der grosse Central-Viehhof in Berlin ist, welcher mittelst der Stadt- und Ringbahn an das grosse

---

<sup>1)</sup> 5. Generalber. üb. d. öff. Gesundheitswes. f. d. J. 1883 bis 1885, S. 133. — <sup>2)</sup> Veröff. 1891, S. 352. — <sup>3)</sup> Amtsbl., S. 344; Veröff. 1893, S. 784.



Eisenbahnnetz angeschlossen und am 1. März 1881 dem Betriebe übergeben ist.

Die Benutzung des Berliner Central-Schlachthofs<sup>1)</sup> ist seit 1883 obligatorisch geworden. Eine Ordnung für den Schlachthof auf dem Centralviehhofe war seitens des Magistrats bereits am 23. Februar 1881 erlassen worden. Durch Gemeindebeschluss vom 15./16. Juni 1882 wurde angeordnet, dass das Schlachten sämtlicher Viehgattungen (wegen Pferde s. unter b C) nebst den dazu gehörigen Manipulationen des Reinigens der Gedärme und des Enthäutens der Tiere nur in den städtischen Schlachthäusern vorgenommen werden darf, 2. alles daselbst zu schlachtende Vieh vor und nach dem Schlachten durch städtische Sachverständige zu untersuchen ist, 3. sowohl auf den Märkten, wie in den Privatverkaufsstätten das nicht in dem öffentlichen Schlachthause geschlachtete frische Fleisch von dem daselbst geschlachteten gesondert feilzubieten ist, und 4. die Berliner Schlächter oder Fleischhändler solches Fleisch, das sie selbst innerhalb einer Bannmeile (von 8 km) von den Grenzen der Stadt haben schlachten lassen, in der Stadt nicht feilbieten dürfen. Im Anschluss hieran erfolgte am 25. September 1886<sup>2)</sup> ein (am 10. Dez. 1886 genehmigter) ergänzender Beschluss der Gemeindebehörden nebst Regulativ, wonach auch alles nicht in dem öffentlichen Schlachthause ausgeschlachtete frische Fleisch in der Stadt nicht eher feilgeboten werden darf, bis es einer Untersuchung durch Sachverständige unterzogen ist. Für die Untersuchung des in das öffentliche Schlachthaus gelangenden Schlachtviehs ist ein Regulativ am 23./24. Februar 1883 mit Änderungen vom 8. September 1892<sup>3)</sup> erlassen worden. — Anfang 1894 wurde beschlossen, die obligatorische Beschau auch auf das für Gast- und Speisewirtschaften eingeführte frische Fleisch auszudehnen.

Die Trichinenschau-Bestimmungen s. unter b B.

Die Fleischschau in Berlin besteht aus zwei Abteilungen, einer im Central-Schlachthofe für die daselbst geschlachteten Tiere, der zweiten in Untersuchungsstationen für das von ausserhalb eingeführte Fleisch. Beide sind dem Kuratorium des Central-Vieh- und Schlachthofes unterstellt und werden von einem Obertierarzt geleitet. Auf dem Schlachthofe waren 1890<sup>4)</sup> 18 Tierärzte, 6 Hilfstierärzte, 8 Vorsteher im Trichinenschauamt, 184 Fleischbeschauer (darunter 92 Frauen), 48 Probennehmer, 16 Stempler nebst dem erforderlichen Bureau-, Aufsichts- und Arbeiterpersonal thätig. Zu den 8 Untersuchungsstationen, die sich in der Nähe der grossen Zufuhrstrassen oder der Ankunftsorte des Fleisches oder nahe den Markthallen be-

---

<sup>1)</sup> Die Schlachthausbestimmungen sind besonders im Druck erschienen. Vgl. auch Sammlung der Polizeiverordnungen und polizeilichen Vorschriften für Berlin. 2. Aufl. Berlin 1887. — <sup>2)</sup> Veröff. 1887, S. 241. — <sup>3)</sup> Samml. d. Polizeiverordn., S. 426 u. Veröff. 1892, S. 905. — <sup>4)</sup> Die öff. Gesundheits- und Krankenpflege der Stadt Berlin. Festschr. 1890, S. 333.



finden, gehörten damals 15 Tierärzte, 53 Fleischbeschauer, 22 Probenehmer, 8 Stempler, 2 Kontrollrevisoren und 7 Kontrollwächter.

Von der im § 23, Abs. 2 der Gew.-O. vorbehaltenen Befugnis haben ausser Preussen noch Sachsen, Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss ä. L., Reuss j. L., Lippe, Lübeck, Bremen und Elsass-Lothringen durch die nachstehenden Bestimmungen Gebrauch gemacht:

Sachsen. Ges., die öffentlichen Schlachthäuser betr. V. 11. Juli 1876 (Ges.- u. Verordn.-B., S. 305; Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 2, S. 276).

Württemberg. Verfüg. des Minist. d. I., betr. die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Fleisch. V. 21. Aug. 1879 (Reg.-Bl. No. 24; Schlampp a. a. O., S. 485).

Oldenburg. Ges., betr. die Errichtung öffentlicher, ausschliesslich zu benutzender Schlachthäuser. V. 22. Jan. 1879 (Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 5, S. 67).

Braunschweig. Ges., betr. die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser in den Gemeinden des Herzogtums. V. 12. April 1876 (Ges.- u. Verordn.-Samml. No. 40; Schlampp a. a. O., S. 95).

Sachsen-Meiningen. Ges. v. 6. März 1875 nebst Nachtragsges. v. 22. Dez. 1875 (Samml. d. landesherrl. Verordn., S. 111 u. 267; Veröff. 1887, S. 379).

Sachsen-Koburg-Gotha. Ges., betr. die Errichtung öffentlicher, ausschliesslich zu benutzender Schlachthäuser. V. 6. Mai 1875. Nebst Ges. zur Abänderung und Ergänzung desselben. V. 11. April 1885 (Gemeinschaftl.-Ges.-Samml. 1875 No. 325, 1885 No. 478; Veröff. 1885 II, S. 50).

Anhalt. Ges., betr. die Errichtung öffentlicher, ausschliesslich zu benutzender Schlachthäuser. V. 20. April 1878 (Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 5, S. 18).

Schwarzburg-Rudolstadt. Desgl. v. 16. Dez. 1887 (Ges.-Bl., S. 79; Veröff. 1888, S. 520).

Reuss ä. L. Ges., betr. die öffentlichen Schlachthäuser. V. 31. Dez. 1885 (Ges.-Samml. 1886 No. 1; Veröff. 1887, S. 147).

Reuss j. L. Ges. v. 30. Mai 1882 (Ges.-Samml., S. 289; Veröff. 1887, S. 380).

Lippe. Ges., betr. die Errichtung öffentlicher, ausschliesslich zu benutzender Schlachthäuser. V. 30. Dez. 1886 (Ges.-Bl. 1887 No. 2; Veröff. 1887, S. 166).

Lübeck. Ges., das öffentliche Schlachthaus der Stadt Lübeck betr. V. 23. Juni 1884 (Veröff. 1885 II, S. 277). Nebst 4 Verordnungen v. 10. Sept. 1884 (Veröff. 1885 II, S. 287 u. 1886, S. 56).

Bremen. Verordn., betr. die Einführung geschlachteten Fleisches und die Untersuchung des Schlachtviehes und des frischen Fleisches auf dem Schlachthofe. V. 21. Febr. 1889 (Ges.-Bl., S. 39;



Veröff. 1889, S. 458). Verordnung, betr. d. sog. Notschlachtungen — bezieht sich auf Gemeinden, in welchen Schlachthofzwang besteht. V. 15. Okt. 1882 (6. Jahresber. üb. d. öff. Gesundheitszustand u. s. w. in Br. i. d. J. 1879 bis 1882, S. 10).

Elsass-Lothringen. Unter-Elsass. Verordn., betr. das Metzgergewerbe und den Fleischhandel. V. 28. Juni 1889 (Bez.-Amtsbl. No. 28). Nebst Dienstanweis. f. d. Fleischbeschauer. V. 18. Juli 1890 (Schlammpp a. a. O., S. 124). — Ober-Elsass. Verordn., betr. die Beaufsichtigung des Metzgergewerbes und Fleischhandels. V. 10. Mai 1884 (Zentr.- u. Bezirksamtsbl. No. 21). Nebst Dienstanweis. u. s. w. V. 20. Okt. 1884; u. Ergänzt.-Verordn. v. 14. Mai 1890 (Ebd.; Schlammpp, S. 138; Veröff. 1890, S. 496). — Lothringen. Desgl. v. 24. Dez. 1883. Nebst Dienstanweis. u. s. w. V. 15. März 1884 (Schlammpp, S. 144).

In Sachsen kann beim Vorhandensein öffentlicher Schlachthäuser in genügendem Umfange sowohl die Anlage neuer, als auch die fernere Benutzung bestehender Privatschlächtereien unter Befriedigung der im letzteren Falle berechtigten Entschädigungsansprüche seitens der Gemeinden durch Ortsstatut untersagt werden. Derartige statutarische Bestimmungen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums des Innern. — Die Begutachtung der Schlachthofanlagen steht den Bezirkstierärzten zu und erfolgt nach der ihnen durch Verordnung der kgl. Kommission für das Veterinärwesen vom 10. Juli 1891<sup>1)</sup> zugefertigten Instruktion.

Bis 1886<sup>2)</sup> gab es in Sachsen 12 öffentliche Schlachthäuser, von denen die drei grössten, in Dresden, Leipzig und Chemnitz, mit Viehmarktanlagen verbunden sind. In den meisten Orten sind die Schlachthäuser von den Fleischerinnungen errichtet worden.

In dem zu Dresden seit 1873 bestehenden Zentral-Schlachthofe erstreckt sich der Schlachthauszwang auch auf das Vieh Privater, soweit diese nicht ein eigenes, obrigkeitlich genehmigtes Schlachthaus besitzen. Am 5. Januar 1891<sup>3)</sup> ist daselbst die obligatorische Untersuchung sämtlichen auf dem Schlachthofe geschlachteten Viehs, sowie des von ausserhalb eingeführten Fleisches in Kraft getreten.

---

<sup>1)</sup> Siedamgrotzky a. a. O., S. 160.

<sup>2)</sup> Veröff. 1887, S. 133. In dem Berichte über das Veterinärwesen im Königreich Sachsen für das Jahr 1892 (Dresden 1893) werden 16 Schlachthöfe, ausschliesslich 3 noch im Bau begriffener, aufgeführt.

<sup>3)</sup> Ztschr. f. Fleisch- und Milchhygiene 1890/1891, S. 85.



— Das Leipziger Schlachthaus, welches der Gemeinde gehört, ist am 12. Juli 1888 in Betrieb gesetzt worden. Ein Ortsstatut, welches den Schlachthauszwang für sämtliche Viehgattungen einschliesslich der Pferde und eine tierärztliche Untersuchung des Schlachtviehs vor und nach dem Schlachten, sowie des von auswärts eingeführten frischen Fleisches anordnet, ist bereits am 4. Dezember 1882 vom Stadtrat bekannt gemacht worden. Am 14. Juni 1888<sup>1)</sup> wurde eine Vieh- und Schlachthofsordnung erlassen. Eine Bekanntmachung vom 2. Juli 1888 bringt ein Ortsstatut, die Errichtung einer Freibank betreffend, zur öffentlichen Kenntnis. Bezüglich der Untersuchung des eingeführten frischen Fleisches ist am 30. August 1889 ein Regulativ erlassen worden.

In Württemberg sollen die Oberämter dahin wirken, dass in grösseren Gemeinden, in denen das Bedürfnis es erfordert und die Umstände es zulassen, von den Gemeinden oder Metzgereien öffentliche Schlachthäuser errichtet werden. Von den Ortspolizeibehörden sind für die Benutzung derselben diejenigen Anordnungen zu treffen, welche aus Rücksicht auf die Ordnung, die Reinlichkeit und die Gesundheit geboten werden. Wo öffentliche Schlachthäuser bestehen, darf das Grossvieh ausschliesslich, das kleinere Vieh (Kälber, Schafe, Schweine, Ziegen) in der Regel nur in diesen geschlachtet werden; das Schlachten des letzteren kann in den Schlachtbänken der Metzger gestattet werden, wenn der Verweisung desselben in das Schlachthaus überwiegende Schwierigkeiten entgegenstehen. — Bis 1887<sup>2)</sup> belief sich die Gesamtzahl der öffentlichen Schlachthäuser auf 53, von denen in 35 der Schlachtzwang nur für Grossvieh eingeführt war. Die Schlachthäuser gehören zum Teil den Gemeinden, zum anderen Teil den Metzgergenossenschaften.

Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Anhalt, Reuss ä. L. Die Befugnis, innerhalb des ganzen Gemeindebezirks oder eines Teils desselben das Schlachten sämtlicher oder einzelner bestimmter Gattungen von Vieh, sowie gewisse mit dem Schlachten in unmittelbarer Verbindung stehende, genau zu bezeichnende Verrichtungen

<sup>1)</sup> Ordnung. u. Bekanntmach., die Einführung des Schlachtzwanges in Leipzig und den städtischen Vieh- und Schlachthof betr. Leipzig 1888. Vgl. auch Veröff. 1889, Ergänzungsheft, S. 55\*.

<sup>2)</sup> Veröff. 1887, S. 377.



ausschliesslich in dem öffentlichen Schlachthause vornehmen zu lassen, ist den Gemeinden, in welchen öffentliche Schlachthäuser in genügendem Umfange bestehen, in allen diesen Staaten, in Reuss ä. L. mit der Beschränkung auf das für den Zweck eines Gewerbebetriebs stattfindende Schlachten, verliehen worden. In Oldenburg, Braunschweig und Anhalt kann eine solche Anordnung auf das gewerbsmässige Schlachten beschränkt werden. Die Befugnis, den Zwang einer Untersuchung vor und nach dem Schlachten durch Sachverständige einzuführen, ist in Oldenburg, Braunschweig und Anhalt vorgesehen, desgleichen die Befugnis zur Anordnung einer Untersuchung des sämtlichen zum Verkaufe und Genusse von aussen her in die Gemeinden gebrachten Fleisches vor dem Übergange in den freien Verkehr in Braunschweig.

Für die Festsetzung der Gebühren gelten in Oldenburg, Braunschweig, Anhalt dieselben Bestimmungen wie in Preussen (d. h. vor Erlass des Kommunalabgabengesetzes) mit der Maassgabe, dass in Braunschweig und Anhalt, wo Entschädigungen nicht zu leisten sind, eine Berücksichtigung derselben hierbei fortfällt. Die für die Amortisation des Anlagekapitals aufgestellten Grundsätze sind in Braunschweig von denjenigen in Preussen etwas verschieden. In Sachsen-Meiningen und Reuss ä. L. steht den Beteiligten ebenso wenig wie in Braunschweig und Anhalt ein Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde oder den Staat zu. In Oldenburg gelten hinsichtlich der Entschädigung dieselben Vorschriften wie in Preussen.

In Oldenburg, Braunschweig, Anhalt werden den Gemeinden bezüglich der Einrichtung und Erhaltung der Schlachthäuser, sowie der Zulassung aller im Gemeindebezirke wohnhaften Personen zur Benutzung der Anstalt die gleichen Verpflichtungen wie in Preussen auferlegt. Dieselbe Übereinstimmung besteht für die Strafvorschriften in Braunschweig. In Oldenburg sind die Strafen bei Zuwiderhandlungen auf Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen, in Anhalt bis zu 50 Mark oder verhältnismässige Haft festgesetzt.



Die in Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss j. L. und Lippe erlassenen Schlachthausgesetze stimmen mit dem preussischen im wesentlichen überein.

Innerhalb der genannten Staaten bestehen Schlachthäuser u. a. in Braunschweig (seit 1879); Meiningen, Sonneberg, Saalfeld; Koburg (1880), Gotha (1891); Bernburg (1881), Dessau; Rudolstadt (1891); Gera.

Das für die Stadt Lübeck nebst Vorstädten erlassene Schlachthausgesetz ordnet den Schlachthauszwang für das gewerbsmässige und nicht gewerbsmässige Schlachten aller Arten von Vieh einschliesslich der Pferde und für die mit dem Schlachten in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Verrichtungen, sowie die zwiefache Untersuchung des im öffentlichen Schlachthause geschlachteten Viehs an. Für die Untersuchung des von auswärts eingeführten frischen Fleisches, welche im Schlachthause stattfindet, sind die gleichen Bestimmungen wie in § 2, Ziff. 2 bis 4 und 6 des preussischen Schlachthausgesetzes mit der Abweichung vorgeschrieben, dass der in Ziff. 6 beregte Umkreis 15 km beträgt. Die in Ziff. 4 auf öffentliche Märkte und Privatverkaufsstätten bezügliche Vorschrift ist auf den Verkauf im Umhertragen ausgedehnt und betrifft sowohl frisches, wie das zu Wurst, Schinken, Pökelfleisch oder in anderer Weise verarbeitete Fleisch. Entschädigungen werden nicht gewährt. Der Gebührentarif ist so aufgestellt, dass die Schlachthauseinnahmen den Kosten entsprechen. Die Strafen sind dieselben wie in Preussen.

In Bremen, wo der städtische Schlachthof in Verbindung mit einer Viehmarktanlage am 12. April 1882 eröffnet wurde, sind die damals erlassenen Vorschriften durch die oben angegebene Verordnung ersetzt worden. Die Untersuchung des auf den Schlachthof gelangenden Viehs vor und nach dem Schlachten, sowie des von auswärts eingebrachten frischen Fleisches, letztere ebendort, erfolgt durch Tierärzte. Das von auswärts eingebrachte Fleisch ist von der Untersuchung befreit, wenn es nicht behufs gewerbsmässiger Verwertung bezogen ist. Personen, welche in der Stadt Bremen das Schlächtergewerbe oder den Handel mit frischem Fleisch



als stehendes Gewerbe betreiben, dürfen Fleisch von Schlachtvieh, welches sie, von Notschlachtungen abgesehen, innerhalb eines Umkreises von 30 km Radius an anderen Stellen als auf dem Schlachthofe geschlachtet haben oder haben schlachten lassen, in der Stadt Bremen nicht feilbieten. Verkaufsstellen, an denen eingeführtes frisches Fleisch feilgeboten wird, müssen als solche durch eine deutlich in die Augen fallende Bezeichnung gekennzeichnet werden. Frisches Fleisch darf nur mit der Post oder auf bestimmten Wegen eingeführt werden. Das nicht beanstandete Fleisch wird gestempelt; nur gestempeltes Fleisch darf feilgeboten oder zum Genusse zubereitet werden.

In Elsass-Lothringen besteht für diejenigen Gemeinden, in welchen öffentliche oder gemeinschaftliche Schlachthäuser vorhanden sind, Schlachthauszwang. Anfang 1887<sup>1)</sup> waren 69 öffentliche Schlachthäuser im Betriebe, deren Verwaltung fast durchgängig in den Händen der Gemeinden liegt.

In denjenigen Bundesstaaten, welche von der im § 23, Abs. 2 Gew.-O. gegebenen Befugnis keinen Gebrauch gemacht haben, ist die Schlachthausfrage gemäss § 142 Gew.-O., wonach statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes die ihnen durch das Gesetz überwiesenen gewerblichen Gegenstände für den Fall der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde mit verbindlicher Kraft ordnen können, lediglich Gemeindeangelegenheit.

In Bayern gab es bis 1886<sup>2)</sup> öffentliche Schlachthäuser in 61 Gemeinden, von denen aber nur ein Teil, darunter München, Würzburg, Fürth, den allgemeinen Schlachthauszwang für gewerbliches Schlachten eingeführt hatte. Im Jahre 1893<sup>3)</sup> betrug die Zahl der öffentlichen Einrichtungen für Schlachtzwecke (öffentliche Schlachthäuser bzw. Schlacht- und Viehhöfe) daselbst 91. — Besondere Strafvorschriften bezüglich der Schlachthäuser sind in den

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1887, S. 392. — <sup>2)</sup> Ebd., S. 132. — <sup>3)</sup> Wchschr. f. Tierheilk. u. Viehzucht 1893 No. 29.



Art. 75, Abs. 2 (s. S. 9) und 145, Ziff. 2 des Polizei-Strafges. von 1871 enthalten, nach deren letzterem Metzger und andere zum Feilbieten von Fleisch berechtigte oder für ihren Gewerbebetrieb schlachtende Personen, welche den ortspolizeilichen Vorschriften über das Schlachten von Vieh ausser den öffentlichen Schlachthäusern, über die Schlachtordnung in den letzteren, den Verkauf des Fleisches ausser den öffentlichen Fleischbänken und die Ordnung des Verkaufs in den letzteren, sowie über Güte und Gewicht der Zuwagen zuwiderhandeln, an Geld bis zu 15 Mark gestraft werden. Unter diesen Paragraphen fällt demnach nur das gewerbliche Schlachten, nicht auch das Schlachten für den eignen Gebrauch.

Für Baden bestehen besondere Bestimmungen über öffentliche Schlachthäuser nicht. Zu Anfang des Jahres 1887<sup>1)</sup> waren dort 50 öffentliche Schlachthäuser vorhanden. Auch in verschiedenen anderen Bundesstaaten giebt es deren, so in Hessen (Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms u. s. w.), Mecklenburg-Schwerin (Schwerin, Rostock, Güstrow, Waren), Sachsen-Weimar (Weimar, Eisenach, Jena).

Für die Stadt Hamburg ist der Schlachthauszwang zwar durch Bekanntmachung des Senats vom 7. August 1867<sup>2)</sup> bei Androhung einer Strafe von 45 Mark im Zuwiderhandlungsfalle angeordnet, mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der vorhandenen Räume aber nicht vollständig durchgeführt worden. Ende 1892 ist der neu erbaute grosse Centralschlachthof fertig gestellt und Anfang Oktober 1893<sup>3)</sup> eröffnet worden. Wie es heisst, sollen jedoch die Schlachtungen dort vorläufig noch nicht obligatorisch werden.

#### b. Fleischschau.

Die Fleischschau verfolgt hauptsächlich den Zweck, den Menschen vor den Gefahren zu schützen, welche ihn beim Genuss von Fleisch bedrohen können. Sie ist entweder eine einmalige oder eine doppelte; in dem einen Falle wird sie in der Regel nach erfolgter Schlachtung der

<sup>1)</sup> Veröff. 1887, S. 378. — <sup>2)</sup> Reincke a. a. O., S. 138. —

<sup>3)</sup> Ztschr. f. Fleisch- u. Milchhygiene 1893/94, S. 19.



Tiere, in dem anderen auch schon vor der Schlachtung vorgenommen. Die doppelte Beschau gewährt dem Sachverständigen eine breitere Unterlage für sein Urteil und erfüllt daher den mit der Beschau verbundenen Zweck am Sichersten. Die Thatsache, dass auch eine Beschau vor der Schlachtung in Frage kommt, zeigt schon, dass das Wort „Fleisch“ nicht im engeren Sinne des Wortes aufzufassen ist. In einem Erlass des badischen Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1890<sup>1)</sup> heisst es ausdrücklich, dass unter „Fleisch“ im Sinne der dortigen Fleischschauordnung (s. unten) jeder Teil des Schlachtieres, der zum menschlichen Genusse bestimmt ist, z. B. Hirn, Leber, Herz, Brieschen, Magen, Gedärme, Füsse, Zunge, Fett und auch Blut verstanden werden soll.

Der mit der Beschau betraute Sachverständige hat darüber Auskunft zu geben, ob die Schlachtung des betreffenden Tieres behufs Verwendung desselben zur menschlichen Nahrung zulässig ist. Nach erfolgter Schlachtung handelt es sich um die Verwendbarkeit direkt. Hierbei erheben sich die Unterfragen, ob die Verwendung unbedingt oder nur unter gewissen Voraussetzungen (nach erfolgter Abkochung, Feilhalten auf der Freibank event. unter Angabe des Grundes) gestattet werden darf. Werden die Tiere ganz oder teilweise verworfen, so kommt in Frage, ob sie technisch verwertet werden dürfen oder unschädlich zu beseitigen sind.

Die Fleischschau ist entweder eine allgemeine, auf alle Viehgattungen bezügliche, wie sie besonders in Süddeutschland schon seit längerer Zeit geübt wird, oder sie beschränkt sich auf bestimmte Viehgattungen, nämlich einerseits auf Schweine (Trichinen- und Finnenschau), andererseits auf Pferde. In einigen Staaten ist das Schlachtvieh nur für den Fall, dass es krank befunden wird, einer sachverständigen Beschau unterworfen.

#### A. Allgemeine Fleischschau.

Die allgemeine Fleischschau besteht zur Zeit in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Meiningen, Sachsen-

<sup>1)</sup> Schlapp a. a. O., S. 24.



Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Elsass-Lothringen, sowie in einigen Teilen Preussens.

In Bayern ist die Regelung der Fleischschau durch oberpolizeiliche Vorschriften<sup>1)</sup> für jeden Regierungsbezirk besonders erfolgt. Letztere sind erlassen für

Oberbayern am 2. Juni 1862 (abgeändert durch Bekanntmachung d. kgl. Reg. v. 20. Juli 1882 und Ausschreiben ders. v. 16. Febr. 1890);

Niederbayern am 21. Juli 1876 (ergänzt durch Bekanntmach. d. kgl. Reg. v. 10. Jan. 1892);

Pfalz am 4. April 1884;

Oberpfalz und Regensburg am 8. Okt. 1872 (abgeändert durch die Bekanntmachungen d. kgl. Reg. v. 9. Nov. 1875 und 31. Juli 1883);

Oberfranken am 23. Juni 1881 (abgeändert durch die Bekanntmach. d. kgl. Reg. v. 19. Juni 1882);

Mittelfranken am 18. Febr. 1885;

Unterfranken und Aschaffenburg am 10. Sept. 1874 (ergänzt durch Ausschreiben d. kgl. Reg. v. 15. Mai 1875);

Schwaben und Neuburg am 11. April 1872 (ergänzt durch die Regierungsentschliessungen v. 23. Dez. 1875 u. 21. Dez. 1882).

Nur „die Fleischschau bei Pferdeschlachtungen betr.“ ist durch Ministerialentschliessung vom 31. Okt. 1874<sup>2)</sup> einheitlich geregelt.

Die vorstehenden Bestimmungen sind auf Grund des Art. 74, teilweise auch des Art. 75 des Polizeistrafges. von 1871 (vgl. S. 9) erlassen worden. Diese Artikel enthalten auch die für Zuwiderhandlungen vorgesehenen Strafen; in letzterer Hinsicht kommt ausserdem Art. 145 desselb. Ges. (s. S. 138) in Betracht.

Den genannten oberpolizeilichen Vorschriften ist die Anordnung einer Beschau vor und nach dem Schlachten gemeinsam.

Dieselbe erstreckt sich auf Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine, Pferde und zwar in Mittelfranken und Schwaben ohne jede Beschränkung. In Oberbayern sind Schweine unter 3 Monaten, Lämmer und Ziegen unter einem halben Jahre von der Beschau ausgenommen, desgleichen in der Oberpfalz Spanferkel unter 7 Wochen, Kitzen und Lämmer unter 3 Monaten, in Oberfranken Kitzen und Schweine unter 8 Wochen, Schweine bis zu diesem Alter jedoch nur dann, wenn sie nicht sichtlich krank sind und ihr Fleisch nicht in

<sup>1)</sup> Schlamp a. a. O., S. 35. — <sup>2)</sup> Junginger a. a. O., S. 378.



auswärtige Gemeinden verbracht werden soll. Im übrigen sind in diesen fünf Bezirken alle Schlachttiere der genannten Viehgattungen beschaupflichtig. In Niederbayern dagegen sind der Beschau nur die Schlachttiere von Metzgern, Garköchen, Wirten oder dergleichen Gewerbsleuten, das zum Verkauf als Nahrungsmittel für Menschen bestimmte Fleisch und die wegen Krankheit geschlachteten Tiere, in Unterfranken und in der Pfalz nur die zum Verkauf als menschliche Nahrung bestimmten Schlachttiere unterworfen. Weiter sind daselbst noch besondere Ausnahmen vorgesehen. Dieselben betreffen in der Pfalz Sauglämmer, Zickeln und Spanferkel, in Niederbayern Saugkälber, Kitzen, Lämmer und Spanferkel, ausser wenn diese Tiere sichtlich krank sind, oder ihr Fleisch in auswärtige Gemeinden verbracht werden soll, in Unterfranken Ferkel, Lämmer und Ziegen unter einem halben Jahr. Bei den beregten Ausnahmen ist indess in Niederbayern der Vorbehalt gemacht, dass nach örtlichem Bedürfnis durch ortspolizeiliche Vorschrift, in Unterfranken und in der Pfalz, dass beim Auftreten von Viehseuchen seitens der Distrikts- bzw. Ortspolizei auch die ausgenommenen, sowie die von Privaten zum eigenen Hausgebrauch geschlachteten Tiere der Fleischschau unterstellt werden können. In Niederbayern sind die Distriktpolizeibehörden ferner aus Anlass von Viehseuchen oder seuchenartig unter den Haustieren auftretenden Krankheiten zur Erweiterung des Kreises der beschaupflichtigen Tiere ermächtigt.

Wenn die Beschau vor der Schlachtung infolge tödlicher Verletzungen oder sonstiger Unfälle oder Notschlachtungen unausführbar wird, so muss wenigstens die zweite Beschau vorgenommen werden. Ebenso unterliegt das von auswärts eingeführte Fleisch in der Oberpfalz und in Unterfranken ausnahmslos, in Niederbayern, Ober- und Mittelfranken (in Oberfranken innerhalb 12 Stunden) dann der Beschau, wenn die Einfuhr zum Zweck des Verkaufs erfolgt ist.

In Niederbayern, Ober-, Mittel- und Unterfranken muss ausserdem über die am Ausfuhrorte bereits vorgenommene Beschau und deren auf Verwendbarkeit des Fleisches zum menschlichen Genusse lautendes Ergebnis ein Zeugnis vorgewiesen werden, welches, wenn nicht der amtliche Tierarzt die Beschau vorgenommen hat, von der Ortspolizeibehörde in Niederbayern ausgestellt, in den anderen Bezirken beglaubigt sein muss. In Niederbayern können die Vorschriften über die Fleischeinfuhr seitens der Ortspolizei auch auf das zum eigenen Hausgebrauch bestimmte Fleisch ausgedehnt werden. In der Pfalz kann die nochmalige Beschau des von auswärts zum Zweck des Weiterverkaufs eingebrachten frischen Fleisches angeordnet werden. Wo dort eine solche Vorschrift nicht besteht, muss dem Fleisch wenigstens ein von dem Fleischbeschauer und der Orts-



polizeibehörde des Schlachtortes unterschriebenes Zeugnis beigegeben sein, auf welchem die Vornahme der Beschau und die Beschaffenheit des Fleisches als bankwürdig oder nicht bankwürdig, aber geniessbar bescheinigt ist.

In jeder Gemeinde ist die erforderliche Zahl von Fleischbeschauern und Stellvertretern derselben aufzustellen. Grössere Gemeinden können in mehrere Schaubezirke geteilt, mehrere kleinere Gemeinden zu einem Schaubezirk vereinigt werden. Bei der Bestellung der Fleischbeschauer sollen Tierärzte, welche als wissenschaftliche oder wissenschaftlich gebildete Fleischbeschauer gegenüber den anderen als empirischen bezeichnet werden (s. auch „Fleischbeschauer“ unter VI, 4 d), thunlichst den Vorzug erhalten.

Wer ein schaupflichtiges Tier schlachtet oder schlachten lässt, hat den zuständigen Fleischbeschauer rechtzeitig, in Schwaben und in der Oberpfalz 12, in Oberfranken 4, in der Pfalz 2 Stunden vorher zu benachrichtigen. Die Beschau ist thunlichst rechtzeitig, in Niederbayern innerhalb 12, bei Berufung nach auswärtigen Gemeinden womöglich binnen 24, in Mittelfranken bei Grossvieh in 8, bei Kleinvieh in 6 Stunden vorzunehmen. Die zweite Beschau soll in Mittelfranken binnen 4 Stunden nach der Schlachtung erfolgen.

Die Vornahme der Schlachtung, sowie später die Verwendung des Fleisches und der Eingeweide der geschlachteten Tiere ist von der auf Grund des Beschauergebnisses erteilten Erlaubnis der Fleischbeschauer abhängig.

In Schwaben, in der Oberpfalz, in Ober-, Mittel- und Unterfranken ist diese in Form eines Beschauscheins auszustellen, welcher in Schwaben und Mittelfranken nur dann entbehrlich wird, wenn die Schlachtung in einem gemeinschaftlichen Schlachthause erfolgt ist und das Fleisch nicht nach ausserhalb verbracht werden soll. In Niederbayern sind die Viehbesitzer berechtigt, einen Beschauschein zu verlangen, falls die Erteilung eines solchen von der Ortspolizeibehörde nicht allgemein angeordnet ist. Zur Verwendung von Pferdefleisch für den menschlichen Genuss bedarf es auch dort in jedem Falle der Ausfertigung eines Beschauscheins. Die Schlachterlaubnis hat in der Oberpfalz 48, in Ober- und Mittelfranken 24 Stunden Gültigkeit.

Die Befugnis der empirischen Fleischbeschauer, die Schlachtung und die Verwendung des Fleisches und der Eingeweide zum menschlichen Genuss zu gestatten, beschränkt sich im allgemeinen auf diejenigen Fälle, in denen die besichtigten Gegenstände gesund befunden werden, während



bei Wahrnehmung der Spuren einer Krankheit ein Tierarzt zuzuziehen ist. Gewisse Ausnahmen sind indessen vorgesehen.

Die empirischen Fleischbeschauer sind in Oberbayern auch bei Verletzungen zuständig, in der Oberpfalz und in der Pfalz bei Aufblähung infolge von Grünfütterung, bei plötzlich drohender Erstickung, bei Zufällen während der Geburt, Vorfall der Gebärmutter (des Tragsackes) und bei äusseren Verletzungen, wenn die Schlachtung binnen 12 Stunden nach Eintritt des Zufalles erfolgt. In der Oberpfalz wird aber in diesen Fällen die Vornahme der zweiten Beschau durch empirische Fleischbeschauer an die Bedingung geknüpft, dass Fleisch und Eingeweide bei derselben gesund befunden werden. Die gleiche Bestimmung, wie für die Oberpfalz, gilt für Mittelfranken mit der Abweichung, dass auch innere Verletzungen zu den Ausnahmen gehören und die Zuziehung eines Tierarztes bei der zweiten Beschau davon abhängig gemacht wird, dass sich keine bedeutenden anderweitigen Veränderungen an den inneren Organen oder am Fleische zeigen; für Oberfranken mit der Abweichung, dass für die Vornahme der Schlachtung eine Frist von 24 Stunden nach Eintritt des Anfalles oder der Verletzung bestimmt wird und Zufälle während der Geburt, sowie Vorfall der Gebärmutter zu den Ausnahmen nicht gehören; für Unterfranken mit der Abweichung, dass Erstickungsgefahr nicht genannt und an Stelle einer Schlachtfrist als maassgebend bezeichnet wird, dass kein Fieber besteht, der Atem noch nicht beschleunigt und heiss, der Herzschlag nicht verändert und die Haut nicht anliegend ist, sodann, dass auch der Fleischverkauf zugelassen werden darf, wenn keine anderen als die angegebenen Umstände entgegenstehen. Die in Schwaben und Niederbayern erlassenen Vorschriften stimmen mit denen Mittelfrankens überein, nur bilden in Schwaben lediglich Verletzungen, Beinbrüche und regelwidrige Geburten, in Niederbayern äussere Verletzungen, den Fall der Verletzung durch wutverdächtige Tiere ausgenommen, Blähsucht und regelwidrige Geburten die den empirischen Fleischbeschauern vorbehaltenen Ausnahmefälle.

Beim Auftreten von Viehseuchen unterliegen die Befugnisse der empirischen Fleischbeschauer in der Mehrzahl der Bezirke viel weitergehenden Beschränkungen. In Niederbayern hat die Distriktpolizeibehörde in Ortschaften, in welchen Viehseuchen herrschen, die Fleischschau bei allen von der betreffenden Seuche gefährdeten beschaupflichtigen Tieren dem zuständigen Tierarzte zu übertragen. Ausnahmen sind allein für den Schweinerotlauf und die Maul- und Klauenseuche vorgesehen. Beim Auftreten des Rotlaufs können die empirischen Fleischbeschauer nach besonderer Anweisung durch den zuständigen Tierarzt ermächtigt werden, im Beginn der Erkrankung die Erlaubnis zur Schlachtung kranker Schweine und zur häuslichen Verwendung des Fleisches zu erteilen. Ferner kann nach Feststellung der Maul- und Klauenseuche unter den Rindern, Schafen,



Ziegen oder Schweinen denselben gestattet werden, nach Anweisung des zuständigen Tierarztes Schlachtungen, sowie den Genuss des Fleisches zu gestatten. Für die Oberpfalz besteht die Vorschrift, dass, wenn ein Schlachtthier aus einer Gegend stammt, in der eine Viehseuche herrscht, der Verkauf desselben und die Verwendung seines Fleisches zur menschlichen Nahrung stets von der Bewilligung eines mit veterinärpolizeilichen Geschäften betrauten Tierarztes abhängt. In Mittelfranken ist beim Herrschen einer ansteckenden oder seuchenhaften Krankheit an einem Orte die Vornahme der Fleischschau bei der gefährdeten Tierart durch den zuständigen Bezirkstierarzt vorgeschrieben; doch kann letzterer sie nach pflichtmässigem Ermessen der obwaltenden Umstände mit Vorwissen der Distriktpolizeibehörde den ordentlichen Fleischbeschauern überlassen. In Ober-, Unterfranken und in der Pfalz kann, beim Ausbruche einer Viehseuche, die Fleischschau in den befallenen Orten von der Distriktpolizeibehörde vorübergehend (Unterfr. auf die Dauer der Seuche) einem Tierarzte ausschliesslich übertragen werden.

Die erste Beschau von Pferden, welche lediglich infolge äusserer Verletzungen, wie von Knochenbrüchen, Sturz u. s. w. zum Schlachten bestimmt werden, darf von den gewöhnlichen zuständigen Fleischbeschauern vorgenommen werden, insofern ein approbierter Tierarzt nicht im Orte anwesend ist. Die Beurteilung dagegen, ob das Fleisch solcher Pferde zum Genusse für Menschen zulässig ist, bleibt den approbierten Tierärzten vorbehalten.

Über die krank befundenen Tiere und deren Fleisch haben die Tierärzte (über ihre ausschliessliche Zuständigkeit s. oben) im allgemeinen nach Maassgabe ihrer fachmännischen Kenntnis und Erfahrung Bestimmung zu treffen. Die Beseitigung bzw. Vergrabung des zum Genuss für zulässig nicht erachteten Fleisches erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften.

Inwieweit hierbei nutzbare Teile, wie Unschlitt, Fett, Haut u. s. w. unter ortspolizeilicher Aufsicht zu technischen und ökonomischen Zwecken verwandt werden dürfen, hängt in Schwaben und Mittelfranken von dem Urteile des Tierarztes ab. In der Oberpfalz hat dieser sich bei gänzlichem oder teilweisem Verbote über die Zulässigkeit einer anderweitigen Verwendung von Fleisch, Eingeweiden und Knochen zu äussern. — Bei Zulässigkeit des Verkaufs des Fleisches kranker Tiere muss in Niederbayern die Krankheit des betreffenden Tieres an der Verkaufsstelle in einer für das Publikum sichtbaren Weise angeschrieben werden. Die besonderen Vorschriften, welche über die Zulässigkeit der Verwertung von



Fleisch u. s. w. zum menschlichen Genuss und über die Art der Beseitigung der Tiere bei einzelnen Krankheiten bestehen, werden weiter unten mitgeteilt werden.

Gegen die Entscheidungen der Fleischbeschauer besteht in der Oberpfalz und in Oberfranken das Recht der Beschwerde an die Distriktpolizeibehörde. In Mittel-, Unterfranken und in der Pfalz kann Berufung beim Bezirkstierarzt und, wenn dieser selbst die Beschau vorgenommen hat, in Mittelfranken beim Kreisarzt, in Unterfranken bei der Distriktpolizeibehörde, in der Pfalz beim Bezirksamt eingelegt werden, welches letztere nach Vernehmung des Kreistierarztes oder eines benachbarten Bezirkstierarztes endgültig entscheidet.

Neben der regelmässigen Beschau, von welcher bisher die Rede war, ist in der Mehrzahl der bayerischen Regierungsbezirke noch die Vornahme ausserordentlicher, möglichst unvermuteter Besichtigungen durch die Fleischbeschauer vorgesehen.

In Niederbayern erstrecken sich solche auf die Schlacht- und Verkaufsräume der einschlägigen Gewerbetreibenden, in Ober-, Mittel- und Unterfranken und in der Pfalz auch auf die Ställe, Fleischaufbewahrungsorte und etwaige sonstige Lokalitäten. Diesen Besichtigungen unterliegt sämtliches Fleisch, sowie alle Fleischwaren. In Mittel-, Unterfranken und in der Pfalz soll auch insbesondere die Beobachtung der Vorschriften über die Reinlichkeit in den betreffenden Lokalitäten geprüft werden. Etwaige Zuwiderhandlungen sind zur Anzeige zu bringen. In Niederbayern, Mittelfranken und in der Pfalz steht den Fleischbeschauern der Eintritt in die fraglichen Räume zu jeder Zeit zu. In Oberbayern ist die Anordnung einer derartigen Beaufsichtigung der Schlacht-, Aufbewahrungs- und Verkaufslokale der Metzger, Köche und schlachtenden Wirte durch die Fleischbeschauer den Ortspolizeibehörden vorbehalten worden.

Württemberg. Der Ministerialverfügung vom 21. Aug. 1879<sup>1)</sup>, durch welche die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Fleisch geregelt wird, ist eine Belehrung des kgl. Medizinal-Kollegiums für Fleischschau-Kommissionen im Anhang beigegeben. Ferner ist ein Erlass des Ministeriums des Innern, betreffend die Führung von Fleischschauregistern, vom 29. Dez. 1886<sup>2)</sup> zu erwähnen.

<sup>1)</sup> S. S. 132. — <sup>2)</sup> Amtsbl. 1887 No. 5; Veröff. 1887, S. 427.  
Würzburg, Nahrungsmittelgesetzgebung.



Zur unmittelbaren Handhabung der Aufsicht über das Schlachten und über den Verkehr mit Fleisch soll in jeder Gemeinde, in welcher ein regelmässiger Verkehr mit Fleisch stattfindet, eine Fleischschau-Kommission bestellt und mit einer von dem Gemeinderate festzustellenden Instruktion versehen werden.

Der Kommission sollen wenigstens zwei sachverständige unbescholtene Einwohner angehören, im übrigen ist ihre Zusammensetzung nach den Verhältnissen der Gemeinden mit der Maassgabe zu bestimmen, dass, wo ein geprüfter Tierarzt ansässig ist, dieser ihr thunlichst angehört. Beim Mangel einer Kommission soll für die Zwecke der Fleischschau wenigstens eine geeignete Person unter Hinweis auf die Belehrung des Medizinal-Kollegiums verpflichtet werden (§§ 5 u. 6 d. Minist.-Verf.).

Der Fleischschau unterliegt alles in der Gemeinde ausgehauene oder von auswärts eingebrachte Fleisch, sowie sämtliche in der Gemeinde bereiteten oder von auswärts eingebrachten Fleischwaren, sofern das Fleisch oder die Fleischwaren zum Verkaufe oder zur Verwendung in Wirtschaften und Speisehäusern, oder das Fleisch zur Herstellung von für den Verkauf bestimmten Fleischwaren dienen soll.

Zur Vornahme der Beschau muss das von auswärts eingebrachte Fleisch in Gemeinden, in denen ein Schlachthaus oder ein Gemeindschau-lokal besteht, in solches alsbald und vor Überführung in die Gewerbe- oder Verkaufsräume verbracht werden. Für die Einhaltung dieser Vorschriften ist auch der Käufer verantwortlich, falls er das Fleisch zur Wiederverwertung kauft. Auf Grund der Fleischschau ist über die Beschaffenheit und das Gewicht des Fleisches eine Bescheinigung auszustellen. Ist das Fleisch auswärts geschlachtet, so kann der Nachweis einer im Ausgangsorte ausgestellten Urkunde über das dortige Fleischschauergebnis von der Ortspolizei verfügt werden (§ 7).

Bei dem grossen, sowie bei allem in einem öffentlichen Schlachthause zu schlachtenden Vieh soll die Fleischschau in der Regel unmittelbar vor und nach dem Schlachten, wo dies aber nicht durchführbar ist, jedenfalls unmittelbar nach dem Schlachten und vor dem Aushauen vorgenommen werden. Bei dem kleineren Vieh kann, soweit eine regelmässige Schau aller zum Schlachten kommenden Tiere nicht ausführbar ist, die Fleischschau durch unvermutete Visitationen der Schlachtbänke und Verkaufslokale der Metzger voll-



zogen werden, solange nicht besondere Verhältnisse, insbesondere der Ausbruch einer Tierseuche in der Gemeinde oder deren Umgebung, die Besichtigung jedes einzelnen Tieres einer bestimmten Gattung notwendig machen.

Beim Vorhandensein von Zeichen eines ungesunden oder verdächtigen Zustandes vor oder nach dem Schlachten ist die doppelte, im zweiten Falle die einfache Beschau durch Fleischbeschauer ohne Ausnahme herbeizuführen. Für die Einhaltung der vorstehenden Vorschriften sind neben dem Viehbesitzer auch der zum Schlachten zugezogene Metzger verantwortlich, sofern er von der Absicht des Besitzers, das Fleisch zu verkaufen, Kenntniss hat. Die Beschau ist in den einschlägigen Fällen von dem Besitzer bzw. dem Metzger nachzusuchen (§ 8).

Pferde, welche zum Zwecke des Verkaufs des frischen Fleisches geschlachtet werden, unterliegen vor und nach dem Schlachten der Beschau. Wo ein Tierarzt der Fleischschau-Kommission angehört, muss er dieser Untersuchung beiwohnen. Weitere Anordnungen bezüglich des Schlachtens von Pferden zum Verkaufe des Fleisches können durch ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden (§ 14). Über den Verkauf von Pferdefleisch s. unter C, desgleichen über die Schweinefleischuntersuchung unter B und über den Fleischverkauf auf Freibänken unter m.

Im Falle des Ausbruchs von Tierseuchen können, soweit nicht für einzelne Tierseuchen (s. unter c) besondere Bestimmungen gegeben sind, durch die Polizeibehörden zum Schutze des Publikums weitere Vorschriften bezüglich des Vieh- und Fleischverkehrs erteilt werden (§ 13).

Nach der Belehrung des Medizinal-Kollegiums (§ 16) haben die Fleischbeschauer als ungeniessbar befundenes Fleisch und Fleischwaren sofort mit Beschlag zu belegen und der Ortspolizeibehörde zur Verfügung zu stellen, falls der Besitzer nicht darin willigt, dass mit denselben im Beisein des Fleischbeschauers eine solche Veränderung vorgenommen wird, welche einen Verkauf zum menschlichen Genuss unmöglich macht.

Die Fleischschaukommissionen haben ausser der regelmässigen Beschau die Pflicht, für Ordnung und Reinlichkeit in den öffentlichen Schlachthäusern zu sorgen, sowie auch die Ställe der Metzger, die Schlachtbänke und Ver-



kaufslokale von Fleisch und Fleischwaren von Zeit zu Zeit, jedenfalls aber zweimal im Monat, unvermutet zu besuchen.

Hierbei sind die zu schlachtenden Tiere zu besichtigen, die Schlachtbänke und Verkaufslokale in Hinsicht auf Reinlichkeit, auf Beobachtung der polizeilichen Vorschriften über das Schlachten und über den Verkehr mit Fleisch und die Geniessbarkeit des Fleisches und der Fleischwaren zu untersuchen, Übertretungen jener Vorschriften zur Anzeige zu bringen und die Entfernung verdorbenen oder gesundheitsschädlichen Fleisches und dergleichen Fleischwaren zu bewerkstelligen (§ 10 der Minist.-Verf.). Zu diesem Behufe ist den Fleischbeschauern seitens der betreffenden Gewerbetreibenden auf Verlangen jederzeit Einsichtnahme von dem Geschäftslokale zu gestatten und der gesamte Vorrat zur Besichtigung zu unterstellen (§ 11).

Baden. Nach der vom Ministerium des Innern am 26. Nov. 1878<sup>1)</sup> erlassenen Fleischschau-Ordnung nebst Dienstweisung für die Fleischschau sind Rindvieh einschl. der Kälber, Pferde jeden Alters, Schafe, Ziegen und Schweine sowohl vor als nach der Schlachtung der Besichtigung durch den Fleischbeschauer zu unterstellen, wenn diese Tiere zum Verkaufe ihres Fleisches als menschliches Nahrungsmittel geschlachtet werden sollen. Die erste Schau darf nur in Notfällen, d. h. dann, wenn das Tier zufällig in eine Lage geraten ist, in welcher ohne augenblickliche Schlachtung dessen Fleisch nicht mehr als menschliches Nahrungsmittel verkauft werden könnte, unterlassen werden (§ 4). Die Anordnung einer nochmaligen Schau des in die Gemeinden von auswärts eingebrachten Fleisches ist den Ortspolizeibehörden anheimgegeben (§ 12).

Für die Aufstellung der nötigen Zahl von Fleischbeschauern hat jede Gemeinde zu sorgen. Als solche können ausser den Tierärzten nur solche Personen zugelassen werden, welche im Besitze eines Fähigkeitszeugnisses sind. In Gemeinden, in denen ein Tierarzt wohnt, bedarf es jedoch für die Aufstellung anderer Sachverständiger der Genehmigung des Ministeriums des Innern (§§ 1 und 2).

Einige Stunden vor der beabsichtigten Schlachtung ist der Fleischbeschauer zu benachrichtigen (§ 4). Bei krankem

---

<sup>1)</sup> Schlapp a. a. O., S. 16.



Schlachtvieh muss die zweite Besichtigung durch einen Tierarzt, und zwar nach einem Erlass des Ministeriums des Innern vom 11. Jan. 1886 durch den für die betreffende Gemeinde verpflichteten Tierarzt, vorgenommen werden. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf erkranktes Kleinvieh und auf Schlachttiere, welche wegen Aufblähung infolge von Grünfütterung, wegen drohender Erstickung, Zufälle während der Geburt oder Vorfall der Gebärmutter oder wegen einer erlittenen äusseren Verletzung binnen der ersten 12 Stunden nach der Beschädigung geschlachtet werden (§ 5). Gegenüber dem Urteil der Fleischbeschauer entscheiden die Bezirkstierärzte und, wenn diese selbst die Beschau besorgt haben, die Bezirksärzte endgültig (§ 7).

Der ausserordentlichen Besichtigung durch die Fleischbeschauer, welche so oft vorgenommen werden soll, als es die örtlichen Verhältnisse verlangen, ist jederzeit der gesamte Vorrat derjenigen unterworfen, welche den Verkauf von Fleisch oder Fleischwaren gewerbsmässig oder an öffentlichen Orten betreiben (§ 8).

Bei solchen Besichtigungen haben die Fleischbeschauer auch darüber zu wachen, dass die landes- und ortspolizeilichen Vorschriften über Einrichtung und Reinlichkeit in den Schlachthäusern, Fleischbänken und Verkaufslokalitäten beachtet werden (§ 20 der Dienstweisung).

Das bei der ordentlichen Beschau ungeniessbar befundene Fleisch hat der Fleischbeschauer, vorausgesetzt, dass der Besitzer sich bei seinem Ausspruche beruhigt, sofort so zu verändern, dass ein Verkauf zum menschlichen Genusse unmöglich wird. Alsdann ist der Ortspolizeibehörde zur weiteren Veranlassung Anzeige zu erstatten. Das bei der ausserordentlichen Beschau ungeniessbar befundene Fleisch bzw. Fleischwaren sind sofort mit Beschlagnahme zu belegen und der Ortspolizei zur Verfügung zu stellen. Die unter polizeilicher Aufsicht ausgekochten Teile eines Schlachttiers können zu technischen Zwecken verwandt werden. Wo das Auskochen oder Verbrennen nicht polizeilich überwacht werden kann, sind solche Teile eines Schlachttiers in Chlorkalk zu werfen oder mit Theer oder mit Steinöl (Petroleum) zu übergiessen und dann zu vergraben. Ebenso ist mit dem Fleisch milzbrandkranker Tiere zu verfahren (§§ 17, 18). — Das zum Verkaufe zulässige Fleisch kann infolge besonderer ortspolizeilicher Vorschrift in bankwürdiges und nicht-bankwürdiges Fleisch unterschieden werden (§ 10). Vgl. auch unter m, desgl. über die Verwendbarkeit des Fleisches kranker Tiere unter c. Bezüglich der Strafvorschriften vgl. S. 11.



Hessen. Fleischbeschauordnung nebst Instruktion und Anleitung für die Fleischbeschauer vom 10. April 1880<sup>1)</sup>. Zu der Fleischbeschauordnung sind Erlasse des Ministeriums des Innern und der Justiz an die Kreisämter unter dem 12. Mai 1880<sup>2)</sup>, dem 20. März 1885<sup>3)</sup>, dem 5. Mai 1890 und dem 22. Februar 1892 ergangen. Die Instruktion ist durch Erlass desselben Ministeriums vom 12. Oktober 1883<sup>4)</sup> ergänzt worden.

In strafrechtlicher Beziehung kommen insbesondere die Art. 313 bis 318 des nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Okt. 1871 revidierten Polizeistrafges. vom 30. Okt. 1855 in Betracht (s. auch S. 11).<sup>5)</sup>

Nach Art. 313 darf von keinem Metzger, Viehschlächter oder Wirte oder Garkoche, welcher Fleischspeisen verabreicht, Vieh (Rindvieh, Schweine, Schafe oder Ziegen) zum Zwecke des Genusses des Fleisches geschlachtet werden, wenn nicht vorher eine Besichtigung desselben durch den dazu verpflichteten Fleischbeschauer stattgefunden hat. Zuwiderhandlungen unterliegen einer Strafe von 3 bis 10 fl. Denselben Gewerbetreibenden ist gemäss Art. 314 bei gleicher Strafe untersagt, frisches Fleisch von einem Stücke Vieh, bei welchem eine (innere) Besichtigung durch den Fleischbeschauer nach erfolgter Schlachtung unterblieben war, zu verkaufen oder feilzubieten. Nach Art. 315 finden diese Bestimmungen auch Anwendung, wenn sonstige Privatpersonen von dem für ihre Haushaltung geschlachteten Vieh einen Teil an einen der im Art. 313 genannten Gewerbetreibenden verkäuflich abgeben wollen oder öffentlich feilbieten. Art. 316 belegt mit der gleichen Strafe und Konfiskation des Fleisches jeden, der vor Besichtigung des geschlachteten Viehs die Eingeweide wegbringt oder die Besichtigung derselben unmöglich macht. Art. 317 bestimmt unter Androhung einer Strafe von 3 bis 15 fl., dass, wenn der Fleischbeschauer ein Stück Vieh für gesund erklärt und erkannt hat, dass das Fleisch davon nicht verkauft oder genossen werden darf, das Schlachten des Viehs zum Zweck des Verkaufs und Genusses des Fleisches zu unterlassen und das etwa bereits geschlachtete Vieh nach Vorschrift des Art. 299 u. s. w. zu verscharren ist. Wer das für schädlich erklärte Fleisch von solchem Vieh verkauft oder überhaupt an Dritte verabfolgt oder solche davon geniessen lässt, verfällt in die in Art. 311 (s. S. 11) angedrohte Strafe. Ist ein Stück Vieh bei der Fleischschau zwar krank be-

<sup>1)</sup> Reg.-Bl. No. 11, 12, 16; Schlampp a. a. O., S. 147.

<sup>2)</sup> Amtsbl. d. Minister. No. 67. — <sup>3)</sup> Ebd. No. 171. — <sup>4)</sup> Ebd. No. 146.

<sup>5)</sup> Reg.-Bl. 1871 No. 35; Schlampp a. a., S. 146.



funden, gleichwohl aber erkannt worden, dass das Fleisch davon, als der Gesundheit der Menschen unschädlich, genossen werden kann, so müssen nach Art. 318 die Metzger oder Viehschlächter, welche das Fleisch verkaufen wollen, dasselbe bei Vermeidung einer Strafe von 1 bis 20 fl. von dem gesunden Fleisch absondern und durch Überhängen eines weissen Tuchs bezeichnen. Sie dürfen überdies solches Fleisch nur in den Schlachthäusern oder, wo es solche nicht giebt, nur in offenen Läden und mit Angabe der Eigenschaft des Fleisches verkaufen. Viehbesitzer, welche solches Fleisch verkaufen, müssen die Krankheit des betreffenden Viehs auf ortsübliche Weise bekannt machen.

Nach der Fleischbeschauordnung sind Rindvieh jeden Alters, Pferde, Schafvieh und Ziegen ausschliesslich der Sauglämmer, ferner Schweine ausschliesslich der Spanferkel sowohl vor als nach der Schlachtung einer Besichtigung durch den Fleischbeschauer unterworfen, wenn deren Fleisch öffentlich feilgehalten werden soll oder die Tiere von Metzgern, Viehschlächtern, Wirten und Garköchen, welche Fleischspeisen verabfolgen, oder von Privaten, welche Fleisch davon an die genannten Gewerbetreibenden verkäuflich abgeben wollen, geschlachtet werden sollen. Ausnahmen von der ersten Beschau sind in gleicher Weise wie in Baden (s. S. 148) vorgesehen (§ 5).

Zum Zweck der Fleischschau ist in jeder Gemeinde die erforderliche Zahl von Fleischbeschauern und Stellvertretern zu bestellen (§ 1).

In Orten, in welchen praktische Tierärzte wohnen, sollen diese hierbei vor anderen berücksichtigt werden. Kreisveterinärärzte können nicht ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde als Fleischbeschauer bestellt werden (Erl. v. 12. Mai 1880). In grösseren Orten, in welchen es mehrere Fleischbeschauer giebt, sind entweder denselben bestimmte Bezirke oder jedem derselben bestimmte Zeiten für die Ausübung der Beschau zuzuweisen (Ebd.). Die Fleischbeschauer müssen im Besitze eines Befähigungsnachweises sein (§ 3 d. Fleischbeschauordn.).

Die zweite Beschau von Pferden ist stets, die erste wenigstens dann von einem approbierten Tierarzte vorzunehmen, wenn ein solcher in dem betreffenden Orte wohnt (ebd. § 5). Ebenso dürfen wegen Krankheit geschlachtete oder bei der Schlachtung krank befundene Tiere mit Ausnahme von Schafvieh, Ziegen und Kälbern nur von einem approbierten Tierarzt für geniessbar erklärt werden.



Wenn der Fleischbeschauer nicht selbst ein solcher ist, soll zu diesem Zweck ein von der Polizeiverwaltungsbehörde hierfür bestellter Tierarzt oder der Kreisveterinärarzt zugezogen werden. Diese Bestimmung bezieht sich aber nicht auf Tiere, welche wegen Verwundungen, Bein- oder sonstiger Knochenbrüche, Erstickungszufälle infolge Verschluckens von Fremdkörpern, Aufblähens durch Grünfütterung oder wegen Zufälle während der Geburt und Vorfalle der Scheide und Gebärmutter innerhalb der ersten 6 Stunden nach Eintritt des Unglücksfalles geschlachtet und im übrigen gesund befunden sind (§ 8). Bei der Beurteilung des Fleisches von kranken Tieren sind die Tierärzte angewiesen, nur solches Fleisch zum Genuss zuzulassen, welches als erwiesen unschädlich für die menschliche Gesundheit gelten muss (Erl. v. 20. März 1885).

Gegen die Entscheidung der Fleischbeschauer steht die Beschwerde an die Polizeibehörde frei, welche nötigenfalls und wenn es möglich ist, eine nochmalige Beschau durch das Kreisveterinäramt und im weiteren Verfolg durch das Kreisgesundheitsamt veranstalten kann (§ 7 d. Fleischbeschauordn.).

Das Fleisch der geschlachteten Tiere kann als ladenrein (bankfähig), als geniessbar aber nicht ladenrein, oder als ungeniessbar bezeichnet werden (§ 6). S. auch unter m.

Die Befugnis zum Erlass weitergehender Lokal-Polizeireglements, insbesondere solcher, welche eine Ausdehnung der Fleischschau auf Privatschlachtungen oder auf andere Fleischwaren oder auf das von auswärts eingeführte frische Fleisch und endlich die mikroskopische Fleischschau zum Gegenstande haben, wird vorbehalten (§ 9). Für den Fall einer Ausdehnung der Fleischschau auf alle an öffentlichen Verkaufsstellen feilgebotenen Fleischwaren empfiehlt das Ministerium des Innern und der Justiz 1. die Vornahme einer täglichen ordentlichen Beschau aller Fleischwaren, welche nicht schon nach der Fleischbeschauordnung einer solchen unterliegen, 2. die Anordnung einer ausserordentlichen Beschau des ganzen Vorrats, 3. die Anordnung einer alsbaldigen Ausscheidung und unschädlichen Beseitigung der ungeniessbar befundenen Stücke; bei der Ausdehnung der Fleischschau auf das von auswärts zum Verkauf eingeführte frische Fleisch 1. die Beschränkung der Einfuhr auf bestimmte Tagesstunden, 2. den Erlass von Bestimmungen, welche die Einfuhr nur von solchen Fleischstücken gestatten, die von guter Beschaffenheit sind und laut einem durch die Polizeibehörde des Schlachtortes ausgestellten und gestempelten Gesundheitsscheine von ladenrein befundenem Vieh stammen. — Über die Trichinenschauvorschriften s. unter B. (Erl. v. 12. Mai 1880).

Sachsen-Meiningen. Der Fleischschau unterliegen laut Ausschreiben des Ministeriums, Abt. d. Inn. vom 11. März



1865<sup>1)</sup> Pferde, Ochsen, Kühe, Kälber, Stiere, Rinder, Schweine, Schafe und Hammel, soweit diese zum Verkauf oder zur Benutzung in Gastwirtschaften geschlachtet werden. Nur beim Ausbruch seuchenhafter Tierkrankheiten darf die Fleischschau auch auf die in den Privathäusern lediglich zum Privatgebrauch geschlachteten Tiere ausgedehnt werden (§§ 1, 2).

Für jede Gemeinde oder mehrere zusammen sind Fleischbeschauer nebst Stellvertretern, wo irgend thunlich geprüfte Tierärzte, anderenfalls unbescholtene und ihren Kenntnissen nach geeignete Personen, zu bestellen (§ 3, Abs. 2 ff.). Wenn geprüfte Tierärzte die Beschau ausüben, braucht diese nur einmal nach dem Schlachten zu erfolgen; sonst soll sie in der Regel vor und nach der Schlachtung vorgenommen werden (§ 4). Die Beschau über Pferde darf stets nur durch approbierte Tierärzte erfolgen (§ 3, Abs. 1).

Die Schlachttiere sollen beim Fleischbeschauer am Abend, mindestens aber 6 Stunden vor der Schlachtung angemeldet werden (§ 6). Pferde- und Rindfleisch darf erst 10, das Fleisch der anderen Tiere erst 6 Stunden nach erfolgtem Schlachten zum Verkauf gebracht werden (§ 7).

Den Fleischbeschauern liegt ebenso wie den Polizeibehörden die Pflicht ob, die Schlachthäuser, Schlachtkammern, Läden und sonstigen Orte, wo das zum Verkauf oder zur Benutzung in Gastwirtschaften bestimmte Fleisch aufbewahrt zu werden pflegt, öfter einzusehen und den gesamten Fleischhandel in sanitätspolizeilicher Hinsicht zu überwachen (§ 9). Übertretungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 5 fl. geahndet (§ 11).

Über die Beurteilung des Fleisches als ungeniessbar oder als nur minderwertig befindet die Verfügung des Staatsministeriums, betr. die Vieh- und Fleischschau, vom 3. Mai 1886<sup>2)</sup>, auf welche unten wiederholt zurückzukommen sein wird.

Sachsen-Koburg-Gotha. Herzogtum Koburg. Verordnung, den Fleischverkauf betr., nebst Instruktion für die Fleischbeschauer. Vom 27. Jan. 1838<sup>3)</sup>. Vieh, dessen Fleisch zum Verkaufe bestimmt ist, muss vor dem

---

<sup>1)</sup> Schlampp a. a. O., S. 449. — <sup>2)</sup> Veröff. 1886, S. 586. —

<sup>3)</sup> Schlampp a. a. O., S. 116.



Aufhauen in den Städten durch den Stadtphysikus oder Stadtchirurgus, auf dem Lande durch die zu bestellenden Fleischbeschauer, welche thunlichst aus der Klasse der ökonomietreibenden Landleute zu wählen sind, in zweifelhaften Fällen unter Zuziehung des Tierarztes gehörig besichtigt werden. Der Verkauf des Fleisches ist bei Strafe von mindestens 2 Thalern nur dann statthaft, wenn das Vieh hiernach für gesund erklärt ist. — Im Herzogtum Gotha ist durch Ministerialverordnung nebst Dienstanweisung für die Fleischbeschauer vom 22. Dez. 1891 und Abänderung vom 7. April 1893<sup>1)</sup> die obligatorische Fleischschau eingeführt und zu diesem Zweck jeder Gemeinde die Verpflichtung auferlegt worden, einen Fleischbeschauer nebst Stellvertreter zu bestellen. Die Beschau ist eine doppelte und erstreckt sich auf sämtliche Pferde, Rindvieh einschliesslich der Kälber, Schafvieh, über 8 Wochen alte Ziegen und Schweine, welche behufs Verwendung des Fleisches als Nahrungsmittel für Menschen geschlachtet werden.

Die erste Beschau darf nur bei Notschlachtungen wegen Unfalls unterbleiben, wenn ein Aufschub der Schlachtung zur Folge haben würde, dass das Fleisch der Tiere nicht oder nur bedingungsweise als menschliches Nahrungsmittel verwandt werden könnte. Als solche Unfälle gelten schwere Verwundungen mit Verletzung grosser Blutgefässe, Bein- oder sonstige Knochenbrüche, Erstickungszufälle durch Verschlucken von Fremdkörpern. — Das Fleisch ist von den Fleischbeschauern als bankwürdig, als noch geniessbar aber nicht bankwürdig, oder als ungeniessbar zu bezeichnen. Der Besitzer des Schlachttieres kann die endgültige Entscheidung des Bezirkstierarztes anrufen. Das für nicht bankwürdig erklärte Fleisch darf nur im Orte der Schlachtung unter Angabe der Krankheit des Tieres feilgeboten und verkauft werden. Eine Beschränkung des Verkaufs solchen Fleisches auf Freibänke bleibt der Bestimmung der Ortspolizeibehörde überlassen. Wo Freibänke nicht bestehen, darf solches Fleisch nicht zusammen mit bankwürdigem feilgeboten werden. Für das bank- und nicht bankwürdig befundene Fleisch sind verschiedenfarbige Schauscheine auszustellen.

Das in eine Gemeinde von aussen eingebrachte Fleisch muss, wenn am Ausfuhrorte weder die obligatorische Fleischschau, noch ein Schlachthaus mit allgemeinem Schlachtzwang

<sup>1)</sup> Ges.-Samml. 1891, S. 65 und 1893, S. 7.



besteht, innerhalb 24 Stunden von dem Fleischbeschauer des Ortes bzw. der daselbst befindlichen Schlachthaus-Verwaltung untersucht werden.

Den Fleischbeschauern liegen auch ausserordentliche Untersuchungen von Fleisch und Fleischwaren in den Verkaufsstätten einschliesslich des Schlachtviehs in den Ställen der Metzger, sowie der Ställe, Schlachthäuser und Verkaufsstätten auf ihre Beschaffenheit ob.

Die gewerbsmässigen Schlächter haben über die von ihnen geschlachteten Tiere Kontrollbücher zu führen, welche dem Fleischbeschauer, dem Bezirkstierarzte, der Ortspolizeibehörde und den Organen der Bezirkspolizeibehörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen sind. Die Einführung dieser Verordnung erfolgt für jede Gemeinde durch Bekanntmachung des Staatsministeriums.

Schwarzburg-Rudolstadt. Verordnung des Ministeriums, die Einführung einer allgemeinen Fleischschau betr. Vom 3. Sept. 1892.<sup>1)</sup> Nebst Abänd. und Ergänz. v. 23. Dez. 1893.<sup>2)</sup> Dieselbe tritt für jeden Ort oder Bezirk in Kraft, sobald für denselben die Fleischbeschauer bestellt sind, und die Bestellung von dem Landratsamte öffentlich bekannt gemacht ist (§ 19).

In jeder Gemeinde, in der nicht ein öffentliches Schlachthaus mit Schlachthauszwang besteht, sollen von den Landratsämtern Fleischbeschauer in genügender Zahl nebst Stellvertretern bestellt werden.

In mehreren benachbarten Gemeinden kann ein gemeinschaftlicher Fleischbeschauer aufgestellt werden (§ 1). In Gemeinden, in welchen ein Tierarzt wohnt, kann ein anderer Sachverständiger als dieser nur mit Genehmigung des Ministeriums zum Fleischbeschauer bestellt werden (§ 2).

Schaupflichtig sind alle zum Genusse für den Menschen bestimmten Schlachttiere, und zwar vor wie nach der Schlachtung.

Ausgenommen ist nur dasjenige Kleinvieh (Kälber, Schafe, Ziegen, Schweine — s. B), welches der Eigentümer desselben lediglich zu seinem eigenen Hausgebrauche schlachtet, jedoch mit dem Vorbehalt, dass die Beschau auch auf dies Vieh durch Ortsstatut

---

<sup>1)</sup> Ges.-Samml. S. 201; Veröff. 1893, S. 198. — <sup>2)</sup> Ebd. S. 131; 1894, S. 53.



ausgedehnt werden kann (§ 5). Die erste Beschau darf nur in dem gleichen Falle wie in Baden (s. S. 148) unterbleiben (§ 6, Abs. 2). Bei den wegen Krankheit geschlachteten oder nachträglich krank befundenen Tieren muss die zweite Beschau durch einen Tierarzt vorgenommen werden, falls nicht der Eigentümer sich damit einverstanden erklärt, dass der Fleischbeschauer das Fleisch als ungeniessbar oder minderwertig bezeichnet. Als krank in diesem Sinne sind Tiere nicht zu betrachten, welche wegen Aufblähung infolge der Grünfütterung, wegen drohender Erstickung, Zufälle während der Geburt oder Vorfall der Scheide und Gebärmutter oder wegen einer erlittenen äusseren Verletzung binnen der ersten 6 Stunden nach der Beschädigung geschlachtet und im übrigen gesund befunden sind (§ 8). Die beabsichtigte Schlachtung muss am Tage zuvor dem Fleischbeschauer angezeigt werden (§ 6, Abs. 1).

Je nach dem Befunde ist das Fleisch als ungeniessbar, gesundheitsschädlich oder als geniessbar zu bezeichnen; im letzteren Falle zerfällt es in voll- und minderwertiges (§ 7). S. auch unter m.

Der Besitzer kann gegenüber dem Ausspruche des Sachverständigen das endgültige Urteil des Bezirkstierarztes oder, wenn dieser selbst die Beschau vorgenommen hat, des Bezirksphysikus anrufen. Wird das Beschauergebnis bei der Nachprüfung bestätigt, so hat der Besitzer, anderenfalls die Ortspolizeibehörde die Kosten zu tragen (§ 13).

Das von auswärts zum Verkaufe eingeführte frische Fleisch unterliegt am Eingangsorte der ordentlichen Beschau.

Durch Ortsstatut kann angeordnet werden, dass diese Beschau wegfällt, wenn das eingeführte Fleisch mit einem am Absendungsorte ausgestellten amtlichen Zeugnisse des Inhalts versehen ist, dass die betreffenden Schlachttiere bei doppelter Beschau gesund befunden sind (§ 14).

Wer den Verkauf von Fleisch oder Fleischwaren gewerbsmässig oder an öffentlichen Orten betreibt, hat dem Fleischbeschauer auf Verlangen jederzeit den gesamten Vorrat zur Beschau zu unterstellen (§ 15).

Gewerbsmässige Schlächter haben ein Schlachtbuch nach vorgeschriebenem Formular zu führen.

Nichtgewerbetreibende können sich statt dessen in jedem Falle eine besondere Bescheinigung ausstellen lassen. Schlachtbücher und Bescheinigungen sind ein Jahr aufzubewahren und der Ortspolizeibehörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen (§ 16).

Wer Schlachttiere oder Fleischwaren vorschriftswidrig der Beschau entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mark, wer gesundheitsschädliches Fleisch oder Fleischwaren feil-



hält oder verkauft, mit solcher bis 150 Mark oder Haft bestraft (§ 17).

Elsass-Lothringen. S. die auf S. 133 angegebenen Verordnungen.

Der vor und nach der Schlachtung zu vollziehenden Beschau sind die zum Verkauf als menschliches Nahrungsmittel geschlachteten Ochsen, Kühe, Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde unterworfen.

Zur Ausführung der Beschau sind in jeder Gemeinde oder in mehreren gemeinsam Fleischbeschauer, thunlichst Tierärzte, vom Kreisdirektor (Polizeidirektor) nach Anhörung des Bürgermeisters zu bestellen. Dieselben sind von den beabsichtigten Schlachtungen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Zur Beschau von Pferden und kranken Tieren bezw. des Fleisches von solchen sind nur Tierärzte zuständig, welche auch bei Notschlachtungen jedenfalls nach der Schlachtung zu rufen sind.

Eine Ausnahme hiervon ist im Unter-Elsass bei zu weiter Entfernung des Wohnorts eines Tierarztes in der Art zulässig, dass bei erkranktem Kleinvieh und bei Rindvieh, welches wegen Aufblähung infolge von Grünfütterung, wegen drohender Erstickung, Zufälle während des Gebärens, Vorfalles der Gebärmutter oder wegen einer äusserlichen Verletzung binnen der ersten 12 Stunden nach der Beschädigung geschlachtet sind, die Besichtigung durch den Bürgermeister genügt.

Das von auswärts zu anderem als dem eignen Gebrauche eingeführte Fleisch muss mit dem Kontrollstempel und einem Begleitschein des Schlachtortes versehen sein und sofort dem Fleischbeschauer (Schlachthaus-tierarzt) oder dem Bürgermeister des Verkaufsortes vorgezeigt werden.

Im Unter-Elsass ist für Fleisch, welches in eine andere Gemeinde verbracht werden soll, vom Fleischbeschauer ein Begleitschein nach vorgeschriebenem Formular auszustellen.

Ausserordentliche Besichtigungen haben die Fleischbeschauer unvermutet je nach den örtlichen Erfordernissen vorzunehmen.

Zu diesem Zweck ist ihnen, wie auch den beamteten Tierärzten von jedem, der den Verkauf von Fleisch, Fett, Fleisch- oder



Fettwaren, im Unter-Elsass auch von jedem, der die Kuttlererei<sup>1)</sup> gewerbsmässig betreibt, der gesamte Vorrat auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen. Gleichzeitig sollen die Fleischbeschauer darüber wachen, dass die Vorschriften über Reinlichkeit in den Schlachthäusern, Schlachtbänken und Verkaufslokalitäten beachtet werden.

Im Unter-Elsass ist, wenn der Besitzer mit dem Beschauergebnis des Fleischbeschauers nicht einverstanden ist, ein Tierarzt zuzuziehen; gegen dessen Entscheidung kann der Besitzer auf seine Kosten den Kreis-, ev. den Landestierarzt herbeirufen. Dasselbe Recht steht der Ortspolizeibehörde zu. Im Ober-Elsass (und Lothringen) kann der Besitzer in solchem Falle auf seine Kosten das endgültige Urteil des Kreistierarztes oder, wenn dieser selbst die Beschau vorgenommen hat, dasjenige des Landestierarztes (Bezirkstierarztes) anrufen.

In Preussen ist ein Schritt zur allgemeinen Einführung der obligatorischen Fleischschau insofern gemacht worden, als die Oberpräsidenten seitens der Minister des Innern, der geistl. pp. Angeleg. und für Landwirtschaft u. s. w. am 21. Aug. 1893<sup>2)</sup> zu einer Äusserung darüber veranlasst worden sind, ob für ihre Provinz die Einführung der allgemeinen Fleischschau durch Tierärzte und genügend vorgebildete Laien wünschenswert und durchführbar erscheint.

Zur Zeit besteht die Fleischschau in der Provinz Hessen-Nassau, wo sie durch Polizeiverordnung des Oberpräsidenten nebst Ausführungsvorschriften und Dienstweisung für die Schlachtviehbeschauer und sonstigen Sachverständigen vom 1. Juli 1892<sup>3)</sup> eingeführt ist.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung in den Gemeinden, in welchen öffentliche Schlachthäuser bestehen, wenn und soweit durch vorschriftsmässig erlassene Regulative das Schlachtvieh, sowie das von auswärts eingeführte Fleisch einer Untersuchung durch Sachverständige gemäss § 2 der Schlachthausgesetze (s. S. 122) unterworfen ist (§ 9).

Die Untersuchung erfolgt vor und nach dem Schlachten und erstreckt sich auf sämtliche Pferde, Maulesel, Esel,

<sup>1)</sup> Kuttlerereien sind Anstalten, in welchen Ohren, Mäuler, Magen, Leber u. s. w. zu Genussmitteln verarbeitet werden.

<sup>2)</sup> Berl. tierärztl. Wochschr. 1893, S. 444.

<sup>3)</sup> Amtsbl. d. Reg. zu Kassel, S. 181; Veröff. 1893, S. 640.



Rindvieh und Schweine, deren Fleisch zum Genusse für Menschen bestimmt ist, sowie auf solche Schafe, welche zur Veräusserung geschlachtet werden (§ 1).

Lediglich Tierärzte sind zuständig zur Untersuchung von Pferden, Maultieren und Eseln, sowie zur zweiten Untersuchung bei Notschlachtungen von Rindvieh, mit der Maassgabe jedoch, dass die Zuziehung eines Tierarztes bei Knochenbrüchen oder sonstigen äusseren Verletzungen nur dann erforderlich ist, wenn solche mehr als 12 Stunden vor der Notschlachtung eingetreten sind. In diesen beiden Gruppen von Fällen darf ein anderer Sachverständiger, sofern ein solcher für den Schlachtort bestellt ist, ausnahmsweise nur dann die Beschau vornehmen, wenn die Zuziehung eines Tierarztes wegen grosser Entfernung oder schlechter Verbindung seines Wohnortes mit dem Schlachtorte mit unverhältnismässigen Kosten verbunden wäre (§ 2).

Die Fleischbeschauer sind rechtzeitig von der beabsichtigten Schlachtung zu benachrichtigen (§ 3) und haben die Untersuchung innerhalb 6 Stunden vorzunehmen. Die Schlachterlaubnis hat nur bis zum Ablauf des folgenden Tages Giltigkeit (§ 4). Von der 1. Beschau darf in Notfällen abgesehen werden; doch ist bei Schlachtungen von Pferden, Maultieren und Eseln alsdann die Genehmigung der Ortspolizeibehörde einzuholen (§ 5).

Bei der Einfuhr von auswärts geschlachtetem frischen Fleische zum Verkaufe, Weiterverkaufe oder zur Verwendung in Gast- oder Speisewirtschaften ist der Nachweis zu führen, dass das Fleisch von einem bei der Beschau gesund befundenen Tiere herrührt. Ist jedoch in dem Ausfuhrorte die amtliche Beschau nicht eingeführt, so bedarf es einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Ursprungsortes, dass dort ansteckende Krankheiten der betreffenden Viehgattung nicht herrschen, auch von einer Krankheit des Stücks, von welchem das Fleisch herrührt, nichts bekannt ist (§ 6).

Die Strafen für Zuwiderhandlungen sind auf 3 bis 60 Mark festgesetzt (§ 8).

Es werden Schaubezirke gebildet, in denen die Fleischbeschauer vom Landrat, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern von der Ortspolizeibehörde bestellt werden.

Hierzu sollen thunlichst Tierärzte, sonst vom Kreistierarzt geprüfte Personen gewählt werden. Für die aus § 2 (s. oben) nur ausnahmsweise von anderen als Tierärzten vorzunehmenden Untersuchungen sind möglichst aus der Zahl der Fleischbeschauer besondere



Sachverständige zu bestellen, welche sich gleichfalls durch ein Zeugnis des Kreistierarztes über ihre Befähigung auszuweisen haben (Ausf.-Best. §§ 1—3).

Beim Auffinden von Krankheiten oder Verletzungen, welche beim Fleischgenuss einen nachteiligen Einfluss auf die Gesundheit befürchten lassen, ist die Schlachtung bezw. Verwendung des Fleisches nicht zu gestatten. Erhebt der Besitzer Einspruch, so ist zur Entscheidung ein Tierarzt oder, wenn ein solcher die Beschau vorgenommen hat, der Kreistierarzt hinzuzuziehen (§ 8). Gesund befundene Tiere sind mit einem Farbestempel zu zeichnen (§ 11).

Über die Krankheiten und Verletzungen, welche beim Genuss des Fleisches einen nachteiligen Einfluss auf die Gesundheit befürchten lassen, finden sich genaue Angaben in der Dienstweisung.

Im Oberamtsbezirk Sigmaringen ist eine Polizeiverordnung über das Schlachten und über den Verkehr mit Fleisch und Fleischwaren am 22. Dez. 1887<sup>1)</sup> erlassen worden, deren Wirksamkeit sich auf den ganzen Bezirk ausschliesslich des mit einem öffentlichen Schlachthause versehenen Stadtbezirks Sigmaringen erstreckt. Nach dieser unterliegen Rindvieh einschliesslich der Kälber, Pferde jeden Alters, Schafe, Ziegen und Schweine, für den Fall des Verkaufs ihres Fleisches als Nahrungsmittel für Menschen, vor und nach dem Schlachten der Besichtigung durch einen Fleischbeschauer (§ 4). In jeder Gemeinde ist die nötige Zahl von Fleischbeschauern zu bestellen.

Wo ein Tierarzt ansässig ist, darf ein anderer Sachverständiger, der durch Zeugnis eines beamteten Tierarztes seine Befähigung nachweisen muss, nur mit Genehmigung der Gemeinde-Aufsichtsbehörde bestellt werden (§§ 1, 2). Bei krankem Schlachtvieh muss die zweite Besichtigung durch einen Tierarzt vorgenommen werden; Ausnahmen sind bei den gleichen Zufällen wie im Unter-Elsass (s. S. 157) zulässig (§ 5). Der Besitzer kann gegen den Ausspruch des Fleischbeschauers das Urteil des beamteten Tierarztes des Bezirkes oder, wenn dieser selbst die Beschau vorgenommen hat, des Oberamtsphysikus anrufen (§ 7).

Wer den Verkauf von Fleisch und Fleischwaren gewerbmässig oder an öffentlichen Orten betreibt, hat dem Fleischbeschauer auf Verlangen jederzeit Einsicht in die Geschäftsräume zu gestatten und den gesamten Vorrat zu unterstellen (§ 8).

<sup>1)</sup> Amtsbl. 1888, Stück 9; Schlampp a. a. O., S. 413.



Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bestraft (§ 10).

Die Bestimmungen über Pferdefleisch s. unter C.

Der Regierungspräsident zu Potsdam hat die Einführung der Vieh- und Fleischschau in den Städten seines Bezirks insofern angebahnt, als er diesen laut Rundschreiben vom 31. März 1893<sup>1)</sup> den Entwurf einer diesbezüglichen Polizeiverordnung hat zugehen lassen.

#### B. Trichinenschau (Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen und Finnen).

Bezüglich der Untersuchung des Schweinefleisches und dessen Zubereitungen auf Trichinen und Finnen, der Fleischschau im engeren Sinne des Wortes, sind zahlreiche Bestimmungen erlassen worden. Zumal im nördlichen Deutschland ist die Trichinenschau wegen der dort noch vielfach herrschenden Sitte, das Fleisch roh oder nicht gar gekocht zu essen, fast allgemein eingeführt worden.

Zu besonderen, auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnten Vorschriften hat das amerikanische Schweinefleisch Veranlassung gegeben, weil die Schweine der Vereinigten Staaten von Amerika vorzugsweise häufig trichinös befunden worden sind. Durch kaiserliche Verordnung vom 6. März 1883<sup>2)</sup>, zu deren Ausführung am 12. April 1883<sup>3)</sup> eine Bekanntmachung des Reichskanzlers erging, wurde die Einfuhr von Schweinen, von Schweinefleisch einschliesslich Speckseiten, sowie von Würsten aller Art amerikanischen Ursprungs verboten. Diese Verordnung wurde, nachdem der Spezial-Bevollmächtigte der Vereinigten Staaten die Erklärung abgegeben hatte, dass die Fleischschau unter Aufsicht und auf Kosten der Regierung der Vereinigten Staaten dergestalt im Gange sei, dass vom 1. Sept. 1891 an auf diese Weise untersuchtes Fleisch zur Ausfuhr nach Deutschland bereit sein werde<sup>4)</sup>, am 3. Sept. 1891<sup>5)</sup> für lebende Schweine ganz, für Erzeugnisse von

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1893, S. 547. — <sup>2)</sup> R.-G.-Bl. S. 31. — <sup>3)</sup> Centralbl. f. d. Deutsche Reich, S. 92. — <sup>4)</sup> Veröff. 1891, S. 793. — <sup>5)</sup> R.-G.-Bl. S. 385; Veröff. 1891, S. 543.



solchen insoweit aufgehoben, als diese mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sind, dass das Fleisch im Ursprungslande nach Maassgabe der daselbst geltenden Vorschriften untersucht und frei von gesundheitsschädlichen Eigenschaften befunden worden ist. Gleichzeitig wurde der Reichskanzler ermächtigt, zur Kontrolle der Beschaffenheit des aus Amerika eingeführten Schweinefleisches geeignete Anordnungen zu treffen. — Die Ausführungsbestimmungen zu der kaiserlichen Verordnung sind durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 19. Nov. 1891<sup>1)</sup> ganz ausser Anwendung gesetzt worden.

In Preussen wurde der Anstoss zur Regelung der Trichinenschau durch eine Entscheidung des früheren Obertribunals vom 15. Jan. 1874 gegeben, nach welcher anzunehmen war, dass ein Verkäufer trichinenhaltigen Fleisches aus § 367, Ziff. 7 Str.-G. (s. S. 5) nur dann strafbar ist, wenn er wusste, dass das Fleisch trichinenhaltig sei, oder wenn er seine Unkenntnis durch Fahrlässigkeit verschuldet hat. Nachdem die kgl. wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen am 8. Juli 1874 im Hinblick auf diese Entscheidung sich dahin geäussert hatte, dass der genannte Paragraph ohne Einführung der obligatorischen Trichinenschau unwirksam bleiben würde, sahen sich die Minister des Innern und der geistl. u. s. w. Angeleg. am 4. Jan. 1875<sup>2)</sup> veranlasst, den Regierungen die Einführung der obligatorischen mikroskopischen Fleischschau dringend zu empfehlen. Dieselben Minister beauftragten die Behörden durch Erlass vom 21. Juni 1878<sup>3)</sup>, auf Einführung der mikroskopischen Fleischschau, soweit solche noch nicht oder in ungenügender Weise besteht, thunlichst Bedacht zu nehmen und eine Nachrevision des trichinös befundenen Schweinefleisches, wo solche noch nicht eingeführt ist, anzuordnen.

In einem Erlass der Minister des Innern, für Landwirtschaft u. s. w. und der geistl. u. s. w. Angeleg., betreffend die Untersuchung der aus Amerika eingeführten

---

<sup>1)</sup> Centralbl. f. d. Deutsche Reich, S. 314; Veröff. 1891, S. 733 und 769. — <sup>2)</sup> Ministerialbl. f. die ges. innere Verwaltung, S. 49; Johne a. a. O., S. 116. — <sup>3)</sup> Wiener a. a. O., Bd. 2, Tl. 1, S. 81.



Schinken und Speckseiten, vom 21. Mai 1892<sup>1)</sup> wurde eine Nachuntersuchung der aus Amerika eingehenden Schweinefleisch-Transporte als wünschenswert und insoweit als allgemein durchführbar bezeichnet, als sie sich auf die in den einheimischen Handel gelangenden amerikanischen Schinken und Speckseiten bezieht. Es wurde daher dringend empfohlen, eine solche Untersuchung vor dem Verkauf an die Konsumenten ausnahmslos vornehmen zu lassen.

Nach einem Erlass vom 27. Juni 1892<sup>2)</sup> sind dem Minister der geistl. u. s. w. Angeleg. von den Regierungspräsidenten alljährlich im Monat März summarische Nachweisungen der Trichinenschau-Ergebnisse vorzulegen. Es ist darin die Zahl der untersuchten, der trichinös und der finnig befundenen Schweine, der trichinös befundenen amerikanischen Speckseiten und Schweinefleisch-Präparate und die Zahl der amtlichen Fleischbeschauer anzugeben.

Zur Zeit bestehen im Deutschen Reiche, abgesehen von den für einzelne Gemeinden oder Kreise erlassenen, die folgenden Bestimmungen über Trichinenschau:

R.-B. bedeutet Regierungs-Bezirk, P.-V. Polizei-Verordnung, T. Trichinen, F. Finnen, Sch. Schweine, Schf. Schweinefleisch, Fl. Fleischbeschauer.

Preussen. R.-B. Gumbinnen. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T. u. F., m. Instruk. f. d. Fl. u. Polizeibehörden. V. 26. Jan. 1891. — P.-V., betr. die Verwendung finnigen Fleisches. V. 2. April 1891. (Amtsbl. No. 14; Schlamp a. a. O., S. 220 u. 223.) — R.-B. Danzig. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T. u. F. M. Anweis., betr. die Anstellung und die Obliegenheiten der Fl. V. 10. Sept. 1892. (Amtsbl., S. 339; Veröff. 1893, S. 267.) — R.-B. Marienwerder. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuch. des Schf. auf T. V. 8. Febr. und 16. Okt. 1875. — Desgl., betr. die Anwendung des Stempelzeichens bei den auf T. untersuchten Sch. V. 14. Mai 1884. (Amtsbl. 1875, S. 59 u. 246, 1884, S. 205; Schlamp, S. 230 ff.) — Prov. Brandenburg. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T. M. Reglem. f. d. öff. Fl. V. 17. März 1886 (Amtsbl. d. Reg. zu Potsdam u. s. w. v. 9. April 1886, Extrabl.; Veröff. 1886, S. 279.) Abgeändert durch d. P.-V. v. 2. Okt. 1890 (Amtsbl. u. s. w., S. 385; Veröff. 1890, S. 731) u. v. 27. Juli 1892 (Ebd. S. 323; 1892, S. 747). — P.-V. über

<sup>1)</sup> Ministerialbl. u. s. w., S. 227; Veröff. 1892, S. 572. — <sup>2)</sup> Veröff. 1892, S. 551.



die Untersuchung von Wildschweinen und ausländischen Schinken und Speckseiten. V. 26. März 1893. (Veröff. 1893, S. 266.) — Berlin. P.-V., betr. anderweitige Regelung d. öff. Trichinenschau. V. 24. März 1881. — Bis auf die §§ 10 und 16 durch Bekanntmach. v. 3. u. bezw. 31. März 1883 aufgehoben. — (Samml. d. P.-V., 2. Aufl., Berlin 1887, S. 133.) — P.-V., betr. Stempelung der in Berlin geschlachteten und durch die städtischen Fleischschauämter auf T. untersuchten Sch. V. 13. März 1882. M. Anw. d. Magistrats v. 30. März 1882. Ebd. S. 424 und 425.) — Regulativ v. 23./24. Febr. 1883 mit Änderungen v. 8. Sept. 1892 und Regulativ v. 25. Sept./10. Dez. 1886 (s. oben auf S. 131). — P.-V., betr. die Untersuchung der zum Verkauf gelangenden Wildschweine. V. 11. Nov. 1891. (Amtsbl. d. Reg. zu Potsdam u. s. w., S. 402; Veröff. 1891, S. 787.) — R.-B. Stettin. P.-V., betr. die Untersuchung der Sch. auf T. M. Anweis. über das Verfahren bei Anstellung und Prüfung der amtlichen Fl., sowie bei der unschädlichen Beseitigung trichinöser oder finniger Sch. bezw. Fleischwaren u. Dienstesinstrukt. f. d. amtl. Fl. V. 27. Dez. 1887. (Amtsbl., St. 1, Extrabeil.; Veröff. 1888, S. 482.) Ausserdem ist e. P.-V. über denselben Gegenstand f. d. Kreis Randow am 8. Jan. 1888 erlassen worden. (S. 157 d. auf S. 110 angeg. Quelle.) — R.-B. Köslin. V., die Beaufsichtigung der Fl. betr. V. 30. Juni 1892. Veröff. 1892, S. 747. — R.-B. Stralsund. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T. und die Beseitigung trichinösen Fleisches. V. 4. Nov. 1875. (Schlapp a. a. O., S. 258.) — R.-B. Posen. P.-V., betr. das Schlachten v. Sch. u. Untersuchung des Fleisches auf T. u. F. V. 6. Febr. 1892. (Amtsbl., S. 109; Veröff. 1893, S. 318.) Von den früheren Bestimmungen, welche nur insoweit ausser Kraft gesetzt sind, als sie mit der vorstehenden P.-V. in Widerspruch stehen, kommen in Betracht die P.-V. m. Ausführ.-Instr. v. 7. April 1875 (Schlapp a. a. O., S. 260) u. Zusatz-Verordn. v. 4. Juni 1881 und 4. Jan. 1882 (Ebd. S. 264) u. die P.-V., betr. die Verwendung trichinienhaltiger Sch., u. desgl. finnenhaltiger Sch., beide v. 21. April 1876 (Ebd. S. 265). — P.-V., betr. die Untersuchung von amerikanischem Schf. auf T. V. 9. Juni 1892. (Amtsbl., S. 190; Veröff. 1892, S. 443.) — P.-V. über die Prüfung als Fl. V. 4. Jan. 1892. (Veröff. 1892, S. 657.) — R.-B. Bromberg. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T. M. Reglem. f. d. Prüfung d. Fl. u. Instruk. f. d. amtlich bestellten Fl. V. 28. Sept. 1886. (Amtsbl. No. 43; Veröff. 1887, S. 611.) Ergänzt durch die P.-V. v. 1. Juli 1890. (Amtsbl. No. 27; Schlapp a. a. O., S. 278.) — Rundschreiben v. 8. Dez. 1891. (Veröff. 1892, S. 443.) — Prov. Schlesien. P.-V., betr. d. Untersuchung der geschlachteten Sch. M. Reglem. f. d. Prüfung d. Fl. u. Instruk. f. d. amtlich bestellten Fl. V. 21. Mai 1892. (Amtsbl. d. Reg. zu Breslau, S. 224; Veröff. 1892, S. 551.) — P.-V., betr. die Untersuchung von amerikanischem Schf. auf T. V. 9. Sept. 1892. (Amtsbl. d. Reg. zu Oppeln, S. 288; Veröff. 1892, S. 747.) — R.-B. Oppeln. Bekanntm., betr. d. Benutzung finniger Sch. u. Rinder.



V. 3. März 1893. Veröff. 1894, S. 28. — R.-B. Magdeburg. P.-V., betr. die Untersuchung d. Schf. auf F. u. T. M. Reglem., betr. die Anstellung der öff. Fl.; Dienstanweis. f. d. öff. angestellten Fl.; Reglem., betr. das Verfahren bei Prüfung der öff. anzustellenden Fl. u. Anweis. üb. d. Verfahren zur unschädlichen Beseitigung trichinöser und finniger Sch. u. dergleichen Fleischwaren. V. 17. März 1887. (Amtsbl., S. 214; Veröff. 1888, S. 466.) Ergänzt durch P.-V. v. 23. Febr. 1893. (Amtsbl., S. 97; Veröff. 1893, S. 618.) — R.-B. Merseburg. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Sch. auf T. M. Reglem. f. d. öff. Fl. V. 31. Okt. 1882. (Mediz.-Gesetzgeb. 1882, S. 116.) — R.-B. Erfurt. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. u. F. Nebst Ausführ.-Verordn. u. Prüfungsordn. f. d. öff. anzustellenden Fl. V. 8. Mai 1889. (Amtsbl., S. 89; Veröff. 1889, S. 505.) — P.-V., betr. die Führung der Schlachtebücher. V. 25. März 1893. (Amtsbl., S. 133; Veröff. 1893, S. 739.) — P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung ausländischer Schinken u. Speckseiten. V. 20. Febr. 1893. (Veröff. 1893, S. 694.) — R.-B. Schleswig. Provisor. Verordn., betr. Maassregeln zur Vorbeugung der Trichinenkrankheit. V. 18. Jan 1866. (Verordn.-Bl., S. 66; Schlamp a. a. O., S. 311.) — R.-B. Hannover. P.-V., betr. die Untersuchung des Schf. auf T., nebst Reglem. v. 16. März 1875, Bekanntmach. v. 8. Febr. 1877 u. Ausschreib. v. 10. März 1880. — P.-V., betr. die Untersuchung des Fleisches von Wildschweinen auf T. V. 13. Mai 1889. (Schlamm a. a. O., S. 313.) — R.-B. Hildesheim. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. V. 28. Febr. 1875. Bekanntmach., betr. die Benutzung trichinöser Sch. V. 8. Febr. 1876. — P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung v. Wildschweinen. V. 18. April 1876. — P.-V. zur Ergänzung d. Verordn. v. 28. Febr. 1875 u. 18. April 1876. V. 1. Mai 1883. — Bekanntmach., betr. die Untersuch. des Schf. auf Finnen. V. 19. April 1876. — Ausführ.-Verordn. zur Untersuchung d. Schf. auf T. u. F. V. 15. Dez. 1888. (Schlamm a. a. O., S. 318.) — R.-B. Lüneburg. P.-V., betr. die Untersuchung d. Schf. auf T. nebst Reglem. V. 26. Mai 1877. M. Änderungen v. 7. Juni 1880, 14. Sept. 1885 u. 20. Jan. 1892. (Schlamm a. a. O., S. 327.) — R.-B. Stade. P.-V. (wie vorstehend). V. 12. Dez. 1877. Nebst Reglem. v. 18. Mai 1885. (Schlamm a. a. O., S. 333.) — R.-B. Osnabrück. P.-V. (wie vorstehend). Nebst Reglem. u. Anweis. f. d. Fl. V. 17. Juni 1885. Abänderung der Anweis. durch P.-V. v. 12. Febr. 1887. (Schlamm a. a. O., S. 344.) — R.-B. Aurich. P.-V. (wie vorstehend). Nebst Reglem. V. 31. Dez. 1879. — Erl. d. Reg.-Präsidenten v. 3. Aug. 1885. (Schlamm a. a. O., S. 351.) — R.-B. Münster. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. nebst Reglem. V. 14. Okt. 1882. — P.-V., betr. die Untersuchung d. Schf. auf F. nebst Reglem. V. 3. Febr. 1883. (Schlamm a. a. O., S. 361.) — R.-B. Minden. P.-V., betr. die zwangsweise uneingeschränkte mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. Nebst Ausführ.-Verordn. V. 15. Juli 1876. — P.-V., betr. den Verkauf u. s. w. des mit F. durchsetzten Schf. V.



25. Nov. 1877. — Instruk. f. d. Kreisphysiker, betr. die Prüfung amtlich zu bestellender Fl. V. 6. Sept. 1875. (Schlammpp a. a. O., S. 367.) — Verf., betr. die Nachprüfung der Fl. V. 26. Juli 1881. (S. 198 der auf S. 107 angegeb. Quelle.) — R.-B. Arnberg. P.-V., betr. die Untersuchung der geschlachteten Sch. auf T. u. F. Nebst Ausführ.-Bestimm. V. 23. Okt. 1891. (Amtsbl., S. 338; Veröff. 1892, S. 392.) — R.-B. Kassel. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. Nebst Ausführ.-Reglem. V. 22. Aug. 1879. (Amtsbl., S. 403; Schlammpp a. a. O., S. 382.) — P.-V., betr. die Untersuchung von Wildschweinen auf T. V. 5. Mai 1892. (Amtsbl., S. 122; Veröff. 1892, S. 574.) — R.-B. Wiesbaden. P.-V. über die Untersuchung des zum Verkauf bestimmten Schf. auf T. Nebst Ausführ.-Reglem. V. 10. Febr. 1886. (Schlammpp a. a. O., S. 393.) — R.-B. Koblenz. P.-V., betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. u. F. Nebst Ausführ.-V. u. Instruk. üb. d. Prüfung d. Fl. V. 13. Jan. 1880. (Amtsbl., S. 49, dtische. Medizinal-Ztg. 1880, S. 86.) — P.-V. v. 26. Sept. 1881. (Amtsbl. 1881, S. 205; Handbuch für Metzger u. s. w., enthält. d. Schlachthausgesetze u. s. w. Neuwied u. Leipzig 1882, S. 91) u. 18. Sept. 1883. (Mediz.-Gesetzgeb. 1883, S. 131.) — R.-B. Düsseldorf. P.-V., betr. d. Untersuch. d. Schf. auf T. u. F. M. Gebührentarif, Vorschr. üb. d. Ausnutz. u. Vern. v. trichinös od. finnig befund. Schf., Dienstanzw. f. d. amtl. Fl., Vorschr., betr. d. Anstell. d. amtl. Fl. u. Prüfungsordn. V. 14. Juli 1892. (Amtsbl., S. 486; Veröff. 1893, S. 38.) M. Abänd. v. 29. Dez. 1893. (Veröff. 1894, S. 101.) — R.-B. Köln. P.-V., betr. die zwangsweise uneingeschränkte mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. u. F. M. Ausführ.-V. u. Instruk. f. d. Kreisphysiker u. beamteten Tierärzte, betr. die Prüfung amtlich zu bestellender Fl. V. 7. Okt. 1878. — Verf., Farbstempel betr. V. 29. Januar 1892. (Schlammpp a. a. O., S. 407.) — R.-B. Trier. P.-V., betr. die zwangsweise mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. u. F. Nebst Ausführ.-V. u. Instruk. V. 23. April 1881. (Tiemann a. a. O., S. 96.) — Verfüg. v. 8. Okt. 1881. (Die Gesundheitsverhältnisse pp. d. R.-B. Trier f. 1881/82, S. 33.) — R.-B. Aachen. Verf., die Untersuchung amerikanischer Speckseiten betr. V. 9. Nov. u. 27. Dez. 1891. (Veröff. 1892, S. 133.)

Bayern. R.-B. Mittelfranken. Entschliessung d. kgl. Reg., die Trichinenkrankheit der Sch. betr. V. 6. Februar 1880. (Amtsbl., S. 97.) — Oberpoliz. Vorschrift über die Aufstellung und Dienstesthätigkeit der Trichinenschauer. V. 19. Januar 1881. (Amtsbl., S. 71.) — Bekanntmach. d. kgl. Reg., den Vollzug der oberpolizeilichen Vorschrift betr. V. 25. Juli 1881. (Amtsbl., S. 717. Schlammpp a. a. O., S. 76.) Ausserdem s. die für Bayern auf S. 140 angegebenen Bestimmungen. — Sachsen. Revid. Verordn., Maassregeln zum Schutze gegen die Trichinenkrankheit bei den Menschen betr. Nebst Vorschriften f. d. Untersuchung d. Schf. auf T. V. 10. März 1893. (Ges.- u. Verordn.-Bl., S. 90; Veröff. 1893, S. 830.) — Verordn., betr. amerikanische Fleischwaren. V. 22. Jan. 1892. — Desgl., betr. Wild-



schweine. V. 22. Febr. 1892. (Siedamgrotzky a. a. O., S. 172.) S. auch die Verordn. v. 17. Dez. 1892 auf S. 184. — Württemberg. S. die auf S. 145 angegeb. Bestimm. u. d. Verf. d. Minist. d. I., das Kleemeistereiwesen betr. V. 21. Aug. 1879. (Mediz.-Gesetzgeb., Bd. 5, S. 189.) — Baden. S. die auf S. 148 angegeb. Verordn. u. d. Erlass d. Minist. d. I. v. 22. Dez. 1890. (Amtl. Bekanntmach. üb. d. Veterinärwes. im Grosshzgt., S. 145; Veröff. 1891, S. 129.) — Hessen. S. die auf S. 150 angegeb. Bestimm. — Mecklenburg-Schwerin. Entwurf eines vom Minist., Abt. f. Mediz.-Angeleg., aufgestellten Statuts, betr. die Untersuchung d. Schf. auf T. (Schlammpp a. a. O., S. 192.) — Erlass, betr. die Ausübung der Trichinenschau. V. 7. Juni 1888. (Veröff. 1888, S. 499.) — Rundschreiben an die Kreisphysiker, betr. Vorschriften für die bestellten Trichinenschauer behufs Ausübung der Trichinenschau. V. 7. Sept. 1889. (Veröff. 1890, S. 171.) — Desgl., betr. Revisionen der Trichinenschauer. V. 16. Sept. 1890. (Veröff. 1891, S. 205.) — Sachsen-Weimar. Minist.-Bekanntmach., betr. den Schutz des Publikums zur Verhütung der Trichinenerkrankungen und das beim Auffinden von T. zu beobachtende Verfahren. V. 1. Febr. 1866. — Desgl., betr. die Autorisation d. Fl. u. das von diesen einzuhaltende Verfahren. V. 5. Mai 1866. Nebst Ergänz. v. 31. Okt. 1879. — Desgl., betr. die Prüfung der Fl. V. 30. August 1866. — Desgl., betr. die Einführung der obligatorischen Fl. auf T. V. 23. Januar 1868. Nebst Erg. v. 30. Mai 1882. — Desgl., betr. die Ablieferung des Kehlkopfes zur mikrosk. Untersuchung an die Fl. u. s. w. V. 10. Juli 1869. (Schlammpp a. a. O., S. 58.) — Desgl., betr. die Überwachung des Verkehrs mit finnigem Fleisch. V. 22. März 1880. (Mediz.-Gesetzgeb. 1880, S. 153.) — Mecklenburg-Strelitz. V., betr. die Einführung der obligatorischen Trichinenschau in den Städten. V. 26. Okt. 1880. (Offiz. Anz. No. 35.) — Desgl., betr. die Untersuchung von Schf. auf T. in der Residenzstadt Neustrelitz. Nebst Vorschrift. f. d. Trichinenschauer. V. 8. Febr. 1890. (Offiz. Anzeig. No. 8.) (Schlammpp a. a. O., S. 199.) — Oldenburg. Bekanntmach. d. Staats-Minist., betr. die Untersuchung d. Schf. V. 22. Nov. 1883. (Gesetzbl. St. 72; Schlammpp a. a. O., S. 205.) — Braunschweig. Ges., betr. den Schutz des Publikums gegen den Genuss trichinenhaltigen Fleisches. V. 15. März 1866. (Ges.- u. V.-Samml. No. 25.) Nebst Ausführ.-V. v. 18. März 1866 (ebd. No. 26 — Schlammpp a. a. O., S. 100) u. Abänd. zu letzterer v. 6. Juni 1877 (Ges.- u. V.-Samml., S. 239; Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 3, S. 306) u. 12. Febr. 1878 (ebd. S. 25; Bd. 5, S. 58). — Ges., betr. den Schutz des Publikums gegen den Genuss trichinenhaltigen Wildschweinefleisches. V. 4. Juni 1893. (Ges.- u. V.-Samml. No. 31; Veröff. S. 789.) — Bekanntm. des Ober-Sanitäts-Kolleg., betr. die Nachprüfungen der Trichinenschauer. V. 30. Sept. 1888. (Veröff. 1889, S. 205.) — Anleitung des Ober-Sanitäts-Kolleg. zur Untersuchung der geschlachteten Sch. auf T. (Braunschweig 1891, Druck von Joh. Heinr. Meyer), den Physici mittels Rundschreib. v. 25. März 1891 (Veröff. 1891, S. 352) übersandt. S.



auch das auf S. 132 angeführte Gesetz. — Sachsen-Meiningen. Ausschreib. d. Minist., Abt. d. I., betr. die polizeilichen Vorkehrungsmittel gegen die Verbreitung der Trichinenkrankheit. V. 10. Dez. 1863 (Samml. d. Ausschr. d. landesherrl. Oberbehörden No. 30) u. 27. Jan. 1866 (ebd. No. 19). Nebst Ergänz. u. Abänd. v. 13. Okt. 1878 (ebd. No. 11). (Schlammpp a. a. O., S. 451.) S. auch die Verfüg. v. 3. Mai 1886 auf S. 153. — Sachsen-Koburg-Gotha. Herzogt. Koburg. V., betr. die Untersuchung d. Schf. V. 28. Febr. 1887. (Ges.-Samml. No. 1072; Schlammpp a. a. O., S. 118.) — Herzogt. Gotha. Desgl. v. 10. Nov. 1884. M. Abänd. v. 20. Aug. 1892. (Ges.-Samml. S. 85 u. 163; Johne a. a. O. S. 111). — Anhalt. V., betr. die mikrosk. Untersuchung des Fleisches auf T. V. 16. März 1876. (Ges.-Samml. No. 420; Schlammpp a. a. O., S. 5.) — Desgl., betr. die Untersuchung d. Schf. auf F. V. 18. Okt. 1880. M. Abänd. v. 25. Juni 1886. (Ebd. No. 579 u. 730; S. 10.) — Instruk. f. d. Fl. V. 1. April 1890. (Veröff. 1890, S. 522.) — V., betr. die Einführung periodischer Nachprüfungen f. öff. Fl. V. 25. Okt. 1879. (Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 5, S. 221.) — V., die Fleischschau betr. V. 21. Febr. 1883. (Ebd. 1883, S. 53.) S. auch die Verordn. v. 24. Nov. 1888 auf S. 184. — Schwarzburg-Sondershausen. V., betr. polizeiliche Vorschriften zum Schutze gegen Trichinenkrankheit. V. 28. Jan. 1870. (Ges.-Samml. St. 4.) — Desgl., betr. die Untersuchung der Sch. auf F. durch die verpflichteten Fl. V. 9. Okt. 1882. Nebst Instruk. f. d. Fl. V. 1. Dez. 1882. (Schlammpp a. a. O., S. 478.) — Schwarzburg-Rudolstadt. V., betr. die zwangsweise Einführung der mikrosk. Untersuchung d. Schf. V. 19. Dez. 1879. (Ges.-Samml. 1880 St. 1; Schlammpp, S. 472.) M. Abänd. v. 8. Okt. 1885 (ebd. St. 9; Veröff. 1886, S. 394) u. 30. Aug. 1888 (ebd. S. 37; 1888, S. 600), sowie Ergänz. v. 21. Mai 1886 (ebd. S. 139; 1887, S. 135) u. v. 26. April 1889 (ebd. S. 13; 1889, S. 393). S. auch die auf S. 155 angegebene Verordn. — Reuss ä. L. Ges., betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Beschaffung von Mikroskopen zur Untersuchung d. Schf. auf T. V. 26. Jan. 1887. (Ges.-Samml. No. 7; Veröff. 1887, S. 440.) — Regier.-V., betr. die zwangsweise Einführung der mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. V. 9. Febr. 1887 (Ebd.). — Regier.-Bekanntmach., betr. Erlass eines Reglements für die Prüfung der Trichinenschauer u. einer Instruk. für die amtlich bestellten Trichinenschauer, nebst Reglem. u. Instruk. V. 16. Febr. 1887. (Ebd.; Veröff. 1887, S. 442.) — Bekanntmach., betr. Regulativ über die Unterrichtskurse für Trichinenschauer. V. 13. Okt. 1887. (Ebd. No. 15; S. 762.) — Reuss j. L. Verordn. d. Landratsamtes zu Gera (f. Fürstentum Gera und Pflege Reichenfels), betr. die mikrosk. Untersuchung d. Schf. V. 21. April 1887. (Schlammpp a. a. O., S. 432.) — Schaumburg-Lippe. P.-V., betr. die Einführung einer obligatorischen Trichinenschau. Nebst Reglem. für die Prüfung und Anstellung der öff. Fl., Instruk. für dieselben und Anweis. für die Amts- und Gerichtsärzte, sowie den Landtierarzt, betr. die Prüfung amtlich zu bestellender Fl. V. 19. August 1887. (Sch.-L. Landes-



verordn., S. 503; Veröff. 1888, S. 452.) — Lippe. V., betr. die zwangsweise mikrosk. Untersuchung d. Schf. auf T. Nebst Ausführ.-Bestimm. V. 16. Nov. 1875. Nachtrag zu letzteren. V. 6. Nov. 1877. Ges.-Samml. No. 14. (Schlapp a. a. O., S. 171.) — Lübeck. Anweis. des Medizinalamts für die beeidigten Trichinenschauer. V. 16. Sept. 1884. (Veröff. 1886, S. 83.) M. Abänd. v. Jahre 1893. (Ebd. 1893, S. 994.) — Besondere Anweis. für die auf dem öffentlichen Schlachthause beschäftigten beeidigten Trichinenschauer. V. 16. Sept. 1884. (Schlapp a. a. O., S. 189.) — Bremen. V., betr. den Schutz gegen den Genuss trichinenhaltigen Schweinefleisches. Nebst Ausführ.-Bestimm. V. 24. Jan. 1875. (Schlapp a. a. O., S. 110.) — Desgl., betr. Abänd. des § 1 vorstehender Verordn. V. 28. Nov. 1882. (Mediz.-Gesetzgeb. 1883, S. 3.) — V., betr. Ausdehnung des Geltungsbereichs derselben Verordn. V. 10. Dez. 1879 und 18. Febr. 1880. (6. Jahresbericht üb. d. ö. Gesundheitszustand u. s. w. in Bremen i. d. J. 1879/82, S. 3.) — Bekanntmach. d. Medizinalamts Vegesack, betr. Ausführung der V. v. 24. Jan. 1875. V. 15. Dez. 1875. (Mediz.-Gesetzgeb. Bd. 2, S. 16.) — Instruk. f. d. Fl. in Betreff der mikrosk. Untersuchung d. Schf. V. 19. April 1882. M. Nachtrag v. 25. März 1886. (Schlapp a. a. O., S. 111.) — Statut für die zur Untersuchung d. Schf. auf dem stadtbremischen Schlachthof zugelassenen Fl. V. 11. Mai 1887. M. Nachtrag v. 28. Okt. 1887. (Ebd. S. 114.) — Bekanntmach. d. Medizinalamts der Stadt Bremen, betr. den öffentlichen Verkauf von Schinken. V. 19. Okt. 1876. (Mediz.-Gesetzgeb., Bd. 2, S. 283.) — Hamburg. Bekanntmach. d. Medizinal-Kolleg., betr. den Verkauf trichinenhaltigen Schf. V. 2. Mai 1874, erneuert am 21. April 1879. (Reincke a. a. O., S. 180.) — Bekanntmach. d. Polizeibehörde, betr. den Verkauf von finnigem Schf. V. 28. Okt. 1875. (Ebd.) — Senats-Conclusum, betr. die in Beziehung auf die Trichinenkrankheit zweckmässig erscheinenden Maassregeln. V. 7. Febr. 1866. (Ebd. S. 139.) — Instruk. f. d. geprüften Untersucher d. Schf. auf T. V. 9. Dez. 1886. (Ebd. S. 140.) — Bekanntmach., betr. die Trichinenschau. V. 24. Febr. 1887. (Ebd. S. 141.) — Elsass-Lothringen. S. die Bestimm. auf S. 133.

Bemerkung. In den vorstehenden Bestimmungen wird in der Regel von Fleisschau und Fleischbeschauern gesprochen, obwohl durchweg nur die sog. engere Fleischschau, die Trichinenschau, gemeint ist. Zur Vermeidung von Missverständnissen sollen in den folgenden Ausführungen nur die Bezeichnungen „Trichinenschau“ und „Trichinenschauer“ gebraucht werden.

Die mehr oder weniger umfassende Einführung der Trichinenschau in den einzelnen Teilen des Reiches ist zunächst von der Bedürfnisfrage, d. h. davon abhängig, wie weit die Gewohnheit, rohes oder mangelhaft gekochtes Schweinefleisch zu geniessen, besteht, sodann aber auch von der Ausführbarkeit oder dem Vorhandensein eines ausreichenden geeigneten Schaupersonals. Sowohl das Bedürf-



nis, wie die Ausführbarkeit werden für den Reg.-Bez. Aachen<sup>1)</sup>, in welchem nur Vorschriften über die Untersuchung amerikanischer Speckseiten (s. S. 175) erlassen sind, in Abrede gestellt. Ähnlich scheint es im Reg.-Bez. Sigmaringen zu liegen, wo es an Bestimmungen über die Trichinenschau gänzlich mangelt. Im Reg.-Bez. Königsberg ist die Trichinenschau in einzelnen Kreisen, im Reg.-Bez. Köslin in 22 von insgesamt 23 Städten durchgeführt, ohne dass dort allgemeine Vorschriften bestehen. Abgesehen von Bedürfnis und Ausführbarkeit kann ferner auch die Abneigung der Bevölkerung gegen eine zwangsweise Trichinenschau maassgebend sein, wie dies z. B. für Schleswig-Holstein<sup>2)</sup> zutrifft.

Die Regelung der Angelegenheit ist dort in der Weise erfolgt, dass in allen Physikatsbezirken für die Bestellung einer genügenden Zahl von Trichinenschauern gesorgt werden soll und dass nur diejenigen Schlächter und Fleischwarenhändler, welche sich vor ihrer Ortspolizeibehörde protokollarisch verpflichtet haben, jedes von ihnen geschlachtete Schwein von den bestellten Beschauern untersuchen zu lassen und ausschliesslich Waren zu verkaufen, die aus dem Fleische so untersuchter Tiere bereitet sind, das Recht haben, in ihren Schaufenstern und Verkaufslokalen ein Schild mit der Aufschrift „trichinenfrei“ anzubringen. Schlächter und Händler, welche sich dieser Maassregel nicht unterworfen haben, sollen dem Publikum von Zeit zu Zeit seitens der Polizeibehörden namhaft gemacht werden.

In den Bestimmungen der süddeutschen Staaten über die allgemeine Fleischschau wird der Trichinenschau mehrfach in der Weise gedacht, dass die Einführung derselben den Ortspolizeibehörden anheimgestellt wird. Dies ist in der Pfalz, in Württemberg, Baden, Hessen und im Unter-Elsass der Fall. In Baden und Hessen sind dort, wo ortspolizeiliche Vorschriften über die zwangsweise Einführung der Trichinenschau erlassen werden, bestimmte Grundsätze hierfür von den zuständigen Ministerien empfohlen.

In den übrigen Teilen des Reiches, in denen nach der obigen Zusammenstellung Vorschriften über die Trichinenschau bestehen, sind dieselben zum Teil an Beschränkungen geknüpft. Ihre Wirksamkeit erstreckt sich in den Provinzen

---

<sup>1)</sup> Generalber. üb. d. öff. Gesundheitswes. d. Reg.-Bez. Aachen f. d. J. 1886/88, S. 106. — <sup>2)</sup> Gesamt-Ber. üb. d. öff. Gesundheitswes. der Provinz f. d. J. 1889/91, S. 114.



Westpreussen, Brandenburg, Schlesien, in den Reg.-Bez. Posen (mit Ausnahme der Bestimmungen über die Untersuchung des aus dem Auslande eingeführten und über die Behandlung des trichinen- oder finnenhaltig befundenen Schweinefleisches), Stralsund, Hannover, Hildesheim, Stade (unbeschadet einer Beschränkung der Maassregeln auf einzelne Kategorieen derjenigen Personen, welche verpflichtet sind, die Trichinenschau vornehmen zu lassen), Minden, Wiesbaden (unter Ausschluss der Gültigkeit für die Gemeindebezirke Frankfurt a. M. und Wiesbaden), Köln, Koblenz (s. auch unten), Trier, sowie in Mittelfranken, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen (mit der Maassgabe, dass die Vorschriften für die Städte obligatorisch sind), Schwarzburg-Sondershausen und -Rudolstadt, Reuss ä. L., Fürstenth. Gera (R. j. L.), Schaumburg-Lippe (wie S.-Meiningen), und Lippe lediglich auf diejenigen Orte bzw. Kreise, in denen die einschlägigen Verordnungen oder die bestellten Trichinenschauer bekannt gemacht sind. In Mecklenburg-Strelitz beziehen sich die Vorschriften nur auf die Städte, in Bremen auf Stadt und Landgebiet Bremen und auf Vegesack. Im Reg.-Bez. Koblenz haben die Verordnungen (von 1880 u. 1881) nur für die Kreise Altenkirchen und Neuwied, sowie für die beiden Städte Koblenz und Kreuznach Gültigkeit, während sie im übrigen nach etwa erfolgter Einführung ausser Kraft treten, sobald die betreffenden Ortspolizeibehörden wegen anderweiter Regelung der Trichinenschau mit der erforderlichen Anweisung versehen sind; die Ausführungs-Verordnung und die Instruktion behalten aber auch für diese letzteren ihre Gültigkeit. — Eine besondere Beschränkung besteht darin, dass die allgemeinen Trichinenschau-Vorschriften in Brandenburg, in den Reg.-Bez. Gumbinnen, Bromberg und in Braunschweig auf Orte mit öffentlichen Schlachthäusern, soweit die daselbst geltenden Bestimmungen ausreichen, nicht Anwendung finden. — In Hamburg ist die Trichinenschau nicht obligatorisch; doch sind die Schlächter auf die Gefahren hingewiesen worden, denen sie sich bei Unterlassung ihrer Vornahme durch polizeilich konzessionierte Trichinenschauer aussetzen.

Soweit hiernach die Trichinenschau eingeführt ist, be-



steht in den meisten Bezirken<sup>1)</sup> für jeden, der ein Schwein schlachtet oder schlachten lässt, die Verpflichtung, dasselbe von einem bestellten Trichinenschauer mikroskopisch auf Trichinen untersuchen zu lassen.

Innerhalb des Reg.-Bez. Stettin ist diese Verpflichtung im Kreise Randow, sowie in den Städten und einigen anderen Ortschaften der übrigen Kreise eine allgemeine, auf dem platten Lande dieser letzteren dagegen besteht sie nur für die Fleischer, Fleisch- und Speckhändler. In den Reg.-Bez. Gumbinnen und Stralsund ist sie denjenigen allein auferlegt, welche Schweine zum Zweck des Verkaufs des Fleisches derselben oder der daraus bereiteten Fleischwaren schlachten, in Oldenburg ausserdem denjenigen, welche Schweinefleisch gewerbsmässig zum Genuss verabreichen. Die Veranlassung der Trichinenschau beim Schweineschlachten ist im Reg.-Bez. Aurich für alle geboten, welche gewerbsmässig rohes oder verarbeitetes Schweinefleisch verkaufen oder zum Genuss verabreichen, für Schlächter auch dann, wenn sie für dritte Personen in ihrem Schlachthause schlachten lassen, im Reg.-Bez. Münster für Metzger oder Wirte, sowie für alle, welche Schweinefleisch oder die daraus hergestellten Waren zum Verkaufe bringen, gleichviel ob das Fleisch oder die Waren zum Genuss für Fremde oder zum eignen Genuss oder zu demjenigen ihres Hausstandes bestimmt sind, in Sachsen-Weimar für diejenigen, welche behufs gewerbsmässiger Verwertung des Fleisches schlachten, für Fleisch-, Gast- und Speisewirte auch wenn sie zum eignen Hausbedarf schlachten, in Sachsen-Meiningen für diejenigen, welche den Fleischhandel gewerbsmässig betreiben. Nach den badischen Normativbestimmungen sollen alle Schweine, welche behufs Feilhaltens, Verkaufs oder Verabreichung des Fleisches in Wirtschaften und Speiseanstalten geschlachtet werden, beschaupflichtig gemacht werden.

Die Beschau muss vor der Zerlegung des Schweines erfolgen und diese, sowie eine weitere Verwendung des Fleisches darf nicht eher vorgenommen werden, als bis der Trichinenschauer bescheinigt hat, dass er Trichinen in den untersuchten Fleischteilen nicht gefunden hat.

---

<sup>1)</sup> Dies ist der Fall in Berlin, in den Provinzen Westpreussen, Brandenburg, Schlesien, Posen, Sachsen, Hessen-Nassau, in den Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Minden, Arnsberg, Düsseldorf, Koblenz, Köln, Trier (doch sind die Ortspolizeibehörden ermächtigt, die zum eignen Bedarf geschlachteten Schweine von der Beschau frei zu lassen), ferner in Mittelfranken, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Braunschweig, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen und -Rudolstadt, Reuss ä. und j. L., Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck und Bremen.



Diese negative Form ist z. B. in Brandenburg, in Sachsen und Mecklenburg-Schwerin vorgeschrieben, während nach den meisten Verordnungen die Trichinenfreiheit bescheinigt werden muss. In der Regel wird auch ausdrücklich eine Untersuchung auf Finnen verlangt; in diesem Falle hat die Bescheinigung auf Trichinen- und Finnenfreiheit zu lauten.<sup>1)</sup> In manchen Staaten und Bezirken (Berlin, Brandenburg, Reg.-Bez. Hannover, Düsseldorf, Mittelfranken, Meckl.-Schwerin, S.-Koburg-Gotha, Schwarzb.-Sondershausen, Lübeck) soll der Trichinenschauer ferner auf andere Regelwidrigkeiten oder auf eine verdorbene Beschaffenheit des Fleisches überhaupt sein Augenmerk richten.

Durch zahlreiche Verordnungen wird ausser der Bescheinigung noch eine Stempelung der trichinen- bzw. auch finnenfrei befundenen Schweine vorgeschrieben. Teilweise werden hierbei auch die Art der Stempel, welche verwandt werden sollen, und bei Farbenstempeln die zulässigen Farben, desgleichen die Zahl der anzubringenden Stempel, sowie die Stellen, welche zur Stempelung zu wählen sind, angegeben. Ausschliesslich ein Brennstempel ist beispielsweise in den Reg.-Bez. Minden und Trier, desgl. ein Farbenstempel (mit unschädlichen Farben) in der Prov. Brandenburg, der eine oder der andere in der Prov. Schlesien zu verwenden.

Findet der Trichinenschauer Trichinen oder glaubt er, die ihm obliegende Bescheinigung nicht ausstellen zu können, so hat er sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten und dem Eigentümer des Schweines entsprechende Mitteilung zu machen. In den Reg.-Bez. Gumbinnen, Stade, Osnabrück, Minden, Köln liegt gleichzeitig dem Besitzer des Tieres die Anzeige an die Polizeibehörde ob. Die trichinenhaltig oder verdächtig befundenen Präparate und die Reste der Untersuchungsproben sind in der Regel vom Trichinenschauer, zugleich mit der Anzeige der Behörde zur etwaigen Veranlassung einer Nachuntersuchung zu über-

---

<sup>1)</sup> Die Untersuchung auf Finnen ist vorgeschrieben in Berlin, Brandenburg, in den Reg.-Bez. der Provinzen Hannover und Westfalen, ferner Gumbinnen, Danzig, Stettin, Posen, Magdeburg, Erfurt, Düsseldorf, Koblenz, Köln, Trier, in Mittelfranken, Meckl.-Schwerin, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, S.-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzb.-Sondershausen und -Rudolstadt, Reuss j. L., Schaumburg-Lippe, Lübeck und Bremen.



senden oder (in Berlin auf dem Fleischschauamte, R.-B. Danzig, Stettin, Düsseldorf, Meckl.-Schwerin, Bremen) zu diesem Zweck 2 oder 3 Monate aufzubewahren.

Eine jedesmalige Nachuntersuchung im Falle des Trichinenbefundes findet durch den Kreisphysikus in den Reg.-Bez. Gumbinnen, Bromberg, Hildesheim, Minden, Arnsberg, durch den Gerichtsarzt in Schaumburg-Lippe, durch den Physikus oder beamteten Tierarzt in S.-Koburg-Gotha und Reuss j. L., durch letzteren in Baden, durch den Obertierarzt in Oldenburg, durch den Fleischschauamtsvorsteher in Berlin statt. In zweifelhaften Fällen oder auf Antrag des Besitzers wird die Nachuntersuchung im Reg.-Bez. Erfurt, in Anhalt vom Kreisphysikus, in Berlin, Reg.-Bez. Danzig, Schwarzb.-Sondershausen, Hamburg von einem beamteten Tierarzt, in den Reg.-Bez. Magdeburg, Münster, in Meckl.-Schwerin von dem einen oder anderen, in der Prov. Brandenburg von einem Arzte oder Tierarzte, in Braunschweig von einem zweiten Sachverständigen oder dem Ober-Sanitäts-Kollegium, in Bremen vom Gesundheitsrat, im Reg.-Bez. Posen von hierzu bestellten Revisoren vorgenommen.

Das trichinenhaltig befundene Fleisch wird in Berlin und Hamburg mit entsprechendem Stempelvermerk versehen. — Bei sicherem oder vermeintlichem Trichinenbefund liegt dem Besitzer des Schweines die Verpflichtung ob, bis zur weiteren Bestimmung der Behörde sich jeder Verfügung über das Tier zu enthalten und für eine sichere Aufbewahrung desselben zu sorgen, oder es findet eine polizeiliche Beschlagnahme des Tieres statt.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten dort, wo sich die Beschau auch auf Finnen zu erstrecken hat, in gleicher Weise beim Auffinden von Finnen.

Gewerbetreibende, welche Schweine zum Verkauf schlachten oder schlachten lassen, haben in den meisten Bezirken ein Buch zu führen, welches gewöhnlich Schlachtbuch oder auch Fleischbuch, Beschaubuch genannt wird.

Nichtgewerbetreibende, welche ein solches Buch nicht führen wollen, haben sich vom Trichinenschauer über jedes geschlachtete Schwein ein besonderes Attest ausstellen zu lassen.

Bücher und Atteste sollen nach der Mehrzahl der Vorschriften den Schlachtag, Geschlecht und Rasse des Schweines, Bezugsort und Namen des Verkäufers, den Tag der mikroskopischen Untersuchung und das Untersuchungsergebnis ersehen lassen und eine gewisse



Zeit, welche zwischen 3 Monaten (Reg.-Bez. Danzig, Anhalt) und 2 Jahren (Reg.-Bez. Stralsund, Arnberg, Meckl.-Schwerin, S.-Koburg-Gotha) schwankt, aufbewahrt und den Polizeibehörden oder deren Beamten innerhalb dieser Zeit auf Verlangen vorgelegt werden. In Bremen sind die Medizinalbeamten, in Berlin, Reg.-Bez. Münster, Oldenburg, Reuss ä. L. ausser den Polizeibehörden auch diese bzw. die beamteten Tierärzte, in den Reg.-Bez. Danzig, Posen, Hildesheim, in Sachsen-Meiningen, S.-Koburg-Gotha und Reuss ä. L. auch die Käufer zur Einsicht der Bücher berechtigt.

Im Hinblick auf die Fleischeinfuhr von ausserhalb sind fast überall Maassregeln getroffen worden, welche den Verkauf von nur trichinen-, eventuell auch finnenfrei befundenem Schweinefleisch sichern sollen. Unbeschadet der zahlreichen Verschiedenheiten, welche dieselben im einzelnen darbieten, lassen sie sich etwa folgendermaassen zusammenfassen.

Kaufleute, Händler, Fleischwarenfabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche Schweinefleisch oder aus solchem hergestellte Waren feilhalten, haben ein, Kontroll-, Fleischwaren- oder Fleischbuch genanntes, Buch zu führen, aus welchem der Tag des Eingangs, die Benennung der bezogenen Waren, ihr Gewicht, Bezugsort und -Firma, Ort, Zeit und Ergebnis der Untersuchung ersichtlich sind. Die Bücher sind eine bestimmte Zeit aufzubewahren und während derselben den Polizeibehörden, in der Provinz Schlesien, Reg.-Bez. Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg, Erfurt und in Anhalt auch den Käufern auf Verlangen vorzulegen. Ferner müssen die bezeichneten Gewerbetreibenden im Besitze eines Nachweises darüber sein, dass die von ihnen feilgehaltenen Waren von Schweinen stammen, welche untersucht und trichinen- bzw. auch finnenfrei befunden sind. Grosshändler sind diesen Vorschriften in der Regel nicht unterworfen. Andererseits sind letztere in einigen Bezirken (Posen, Aurich, Münster u. s. w.) ausdrücklich auch auf Gastwirte u. s. w. oder auf jeden, der Waren der fraglichen Art an andere überlässt, ausgedehnt worden. Der Nachweis einer bereits mit Erfolg vorgenommenen Untersuchung ist gewöhnlich durch Bescheinigung einer deutschen Polizeibehörde oder eines im Deutschen Reiche bestellten Trichinenschauers (bzw. Stempelung der Waren durch solche) zu führen. Bei Einfuhr der Waren aus dem Auslande aber wird in verschiedenen Bezirken (Westpreussen, Reg.-Bez. Stettin, Magdeburg, Erfurt, Arnberg, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Koblenz, Köln, Trier, Kgr. Sachsen) verlangt, dass dem Verkauf derselben eine Untersuchung am Verkaufsorte vorangegangen ist. Im Reg.-Bez. Aachen beschränken sich die Bestimmungen darauf, dass die Ortspolizeibehörden für eine sachverständige Untersuchung der amerikanischen Schinken und Speckseiten zu sorgen haben.



Das Fleisch von trichinösen Schweinen darf als Nahrungsmittel für Menschen nicht verwandt werden.

Nur in Sachsen darf solches Fleisch unter Angabe des Fehlers verkauft werden, falls es sich in seinem Äusseren vom Ansehen gesunden Fleisches nicht unterscheidet, nur in mässiger Zahl von Trichinen durchsetzt und in einem unter tierärztlicher Aufsicht stehenden Schlachthofe durch Kochen vollständig unschädlich gemacht (sterilisiert) worden ist.

In Preussen sind nach Erlassen des Ministers der geistl. u. s. w. Angelegenheiten vom 18. Januar und 24. November 1876<sup>1)</sup> folgende Arten der Benutzung trichinös befundener Schweine zulässig: 1. das Abhäuten und das Entfernen der Borsten, sowie die freie Verwertung der Haut und Borsten, 2. das einfache Ausschmelzen allen Fettes und die beliebige Verwendung desselben, 3. die Verwendung geeigneter Teile zur Bereitung von Seife oder Leim, 4. die chemische Verarbeitung des ganzen Körpers.

Entsprechende Vorschriften sind in den Trichinenschau-Verordnungen der meisten preussischen Bezirke, sowie der anderen Staaten mit der Maassgabe erlassen worden, dass die Ausnutzung unter polizeilicher Aufsicht zu geschehen hat. In Sachsen darf das Abschöpfen oder Ablassen des Fettes nicht vor Feststellung von 100° C. beginnen; auch darf dasselbe nur unter Angabe des Fehlers verkauft werden. — Die übrig bleibenden Reste oder, wenn eine Ausnutzung nicht stattgefunden hat, die ganzen Tiere, sind, ebenfalls unter polizeilicher Aufsicht, unschädlich zu beseitigen, vornehmlich durch Verbrennen oder nach erfolgter Zerstückelung und Behandlung mit Schwefelsäure, Ätzkalk oder Petroleum durch Vergraben in 1 bis 2 m tiefen Gruben. — Besondere Vorkehrungen sind noch in den Reg.-Bez. Gumbinnen, Hildesheim, Minden (nach Ermessen der Polizeibehörden), in Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Anhalt dahin getroffen, dass die zum Schlachten und zur weiteren Behandlung trichinöser Schweine benutzten Geräte jeder Art vor weiterem Gebrauch zu desinfizieren sind, in Berlin und Schaumburg-Lippe dahin, dass die Verarbeitung solcher Schweine in besonderen Räumen und mit besonderen Geräten erfolgen muss. Im Reg.-Bez. Arnberg, in Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt sind auch die Ställe, in denen trichinöse Schweine gestanden haben, gründlich zu säubern, und in den beiden letzteren Staaten die in diesen Ställen ausserdem eingestellten Schweine als verdächtig einer polizeilichen Kontrolle zu

<sup>1)</sup> Ministerialbl. f. d. ges. innere Verwalt., S. 26; Tiemann a. a. O., S. 68 und 72.



unterwerfen. Zu diesem Zweck sind eventuell Nachforschungen nach der Herkunft der Schweine vorzunehmen.

Von finnigen Schweinen darf nach einem Erlass der preussischen Minister des Innern und der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten vom 16. Febr. 1876<sup>1)</sup> das durch Aus-schmelzen oder Auskochen gewonnene Fett unbedingt, das magere Fleisch aber nur dann zum Verkaufe sowie zum häuslichen Gebrauche zugelassen sind, wenn dasselbe wenig mit Finnen durchsetzt und unter polizeilicher Aufsicht nach vorheriger Zerkleinerung vollständig gar gekocht ist. In allen denjenigen Fällen, in welchen die Schweine in bedeutenderem Grade finnig befunden worden, muss von polizeilicher Seite für die sichere Beseitigung der Kadaver, nachdem diese in zulässiger Weise ausgenutzt sind, Sorge getragen werden. Für die Ausnutzung kommen, abgesehen vom Fett, die Verwendung geeigneter Teile zur Bereitung von Seife und Leim, die freie Verwertung der Haut und Borsten und die chemische Verarbeitung des ganzen Körpers in Betracht.

Nach diesen Gesichtspunkten sind in den meisten preussischen Bezirken und auch in der Mehrzahl der anderen Bundesstaaten Anordnungen ergangen. In den Reg.-Bez. Gumbinnen und Düsseldorf gilt ein Schwein in der Regel dann als wenig mit Finnen durchsetzt, wenn sowohl an der Oberfläche, als auch auf den verschiedenen Durchschnittsflächen des Fleisches auf einem etwa handtellergrossen Teile der Fläche sich nicht mehr als eine Finne befindet und dieses Vorkommen der Finne sich nur selten im Körper wiederholt. Im Reg.-Bez. Oppeln ist angeordnet worden, dass, wo auch nur eine lebensfähige Finne bei der Beschau festgestellt wird, das Schweine- und gleicherweise das Rindfleisch als schwachfinnig zu behandeln ist. Nach den für die Reg.-Bez. Erfurt, Arnshagen und für Hamburg erlassenen Verordnungen ist finniges Schweinefleisch unter allen Umständen vom Genuss ausgeschlossen. In Anhalt, Schaumburg-Lippe und Reuss j. L. soll im Falle des Zweifels über den Grad der Finnigkeit der zuständige Kreistierarzt bzw. Amtsarzt befragt werden. Die in Bayern nach Maassgabe eines Gutachtens des Obermedizinal-Ausschusses vom 20. Mai 1882<sup>2)</sup> geltenden Grundsätze unterscheiden sich von den preussischen im wesentlichen dadurch, dass bei hochgradig finnigen fetten Schweinen die Ablösung und Entfernung des Speckes auf Verlangen des Eigentümers zu gestatten ist, und dass das Fleisch beim vereinzelt Vorkommen von Finnen, gehörig

---

<sup>1)</sup> Ebd. S. 45; S. 71. — <sup>2)</sup> Ostertag a. a. O., S. 278.



gekocht, nach Gutachten der wissenschaftlichen Fleischbeschauer zum Verkauf in Freibänken zugelassen werden darf. Die letztere Bestimmung ist, soweit Freibänke bestehen, auch in Baden vorgesehen. In Sachsen wird Fleisch als starkfinnig angesehen, wenn es mit Finnen in so grosser Zahl durchsetzt ist, dass es seiner Beschaffenheit nach sich auffällig von gesundem Fleisch unterscheidet. Schwachfinniges Fleisch darf daselbst auch in gut durchgepökeltem Zustande verkauft werden. Einige Verordnungen machen den Verkauf schwachfinnigen Fleisches und des Fettes finniger Tiere davon abhängig, dass der Fehler der Ware angegeben wird.

Das Reichsgericht hat es am 25. März 1884 <sup>1)</sup> für nicht rechtsirrtümlich erachtet, das ausgesottene Fett von einem finnigen Schweine, auch wenn nicht feststeht, dass gerade in den verarbeiteten Fettteilen sich Finnen befunden haben, für verdorben zu erklären. Die sachverständige Untersuchung von Schweinefleisch schliesst laut Reichsgerichtsurteil vom 27. Mai 1887 <sup>2)</sup> nicht jede eigene Verantwortlichkeit des Verkäufers aus und erschöpft nicht nach jeder Richtung hin die Verpflichtung des letzteren zur Anwendung der schuldigen Aufmerksamkeit. Ob der sachverständigen Untersuchung eine solche Tragweite beizumessen ist, hat der Richter im einzelnen Falle zu prüfen. Im vorliegenden Falle war angenommen worden, die Angeklagte habe als Fleischverkäuferin gewusst, dass die Untersuchung des Fleischbeschauers keine Sicherheit für die Finnenfreiheit der einzelnen Teile des untersuchten Tieres gewähre. Im übrigen vgl. wegen finnigen und trichinenhaltigen Fleisches die Erkenntn. auf S. 38, 67, 76, 87.

Polizeiliche Untersuchungen in den einschlägigen Geschäftslokalen, Schlachthäusern, Schlachtkammern u. s. w. zur Überwachung der Befolgung der getroffenen Anordnungen sind in Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen ausdrücklich vorgeschrieben. (Vergl. die entsprechenden allgemeinen Bestimmungen in Bayern u. s. w. auf S. 145, 147 ff.)

Zur Sicherung der Trichinenschau sind die Behörden, in der Regel die Ortspolizeibehörden oder die Landratsämter, angewiesen, thunlichst auf die Bestellung von Trichinenschauern (s. auch unter VI 4 d) in ausreichender Zahl Bedacht zu nehmen und dieselben, event. mit den ihnen zugewiesenen Bezirken, öffentlich bekannt zu machen.

Es besteht nämlich fast überall die Anordnung, dass die Trichinenschauer für bestimmte Bezirke bestellt werden, innerhalb deren allein sie zur Vornahme der Untersuchungen zuständig sind. Die Trichinenschauer sind rechtzeitig, in einigen Bezirken inner-

---

<sup>1)</sup> S. 5 d. Beil. z. Reichs-Anzeiger. — <sup>2)</sup> Veröff. 1888, S. 280.



halb bestimmter Fristen, von der beabsichtigten Schlachtung in Kenntnis zu setzen und haben dem Rufe, soweit nicht in den Vorschriften eine Zeitbestimmung vorgesehen ist, thunlichst bald zu folgen. — Da der Erfolg der Beschau von der Sorgfalt, mit der sie ausgeführt wird, abhängt, so ist vielfach die Zahl der an einem Tage zu untersuchenden Schweine bzw. Fleischwaren festgesetzt. Die niedrigste Höchstzahl beträgt 6 (Prov. Brandenburg, Reg.-Bez. Marienwerder, Stade, Minden, Lippe). Sie steigt bis zu 16 (S.-Koburg-Gotha), 20 (Bremen) und 25 (Hamburg). Die Zahl der an einem Tage zu untersuchenden Schweine darf teilweise in öffentlichen Schlachthäusern (Schlesien, Reg.-Bez. Erfurt, Sachsen), teilweise bei besonderer Geschicklichkeit der Untersucher, eventuell bei gleichzeitiger geschulter Assistenz (Reg.-Bez. Hildesheim, Minden, Köln, Düsseldorf, Oldenburg) erhöht werden. Zuweilen findet sich auch die Zeit, welche auf die Untersuchung eines Schweines zu verwenden ist, angegeben (Reg.-Bez. Danzig 20, Stettin 30 Minuten).

Die Entnahme der Proben, an denen die Untersuchung vorgenommen werden soll, muss in Schlesien, in den Reg.-Bez. Danzig, Marienwerder, Bromberg, Osnabrück, Münster und in Reuss j. L. durch den Trichinenschauer persönlich erfolgen. In den meisten anderen Bezirken ist hierzu nur seine Gegenwart nötig, in vielen ist die Verpflichtung besonderer Probennehmer oder Fleischboten vorgeschrieben oder doch statthaft. Fast überall ist genau angegeben, aus welchen Teilen des Schweins die Proben, gewöhnlich auch wie viele Proben aus jedem Teile zu entnehmen und wie viel Präparate aus jeder Probe anzufertigen sind.

Diese Bestimmungen sind sehr verschieden; besonders bevorzugt sind die Zwischenrippenmuskeln, die Zwerchfellpfeiler (d. h. die Muskelansätze des Zwerchfells) und die muskulösen Zwerchfellteile, demnächst kommen die Kehlkopf-, Augen-, Kiefer-, Zungen-, Bauch-, alsdann die Lenden-, Hals-, Nackenmuskeln, in einzelnen Bezirken ist auch die Entnahme einer Probe aus den Schenkel-, Schulterblatt-, Brustmuskeln und dem Herzen vorgeschrieben. Die geringste Zahl der Teile, aus denen Proben zu entnehmen sind, beträgt 3 (Mittel-franken, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Bremen).

Zum Teil sehr genaue Vorschriften sind mehrfach für die Untersuchung der verschiedenen Fleischwaren, wie Schinken, Pökelfleisch, Wurst (z. B. Reg.-Bez. Minden) erlassen worden. In Hessen ist die Untersuchung von Wurst, in Hamburg von Wurst, Hackfleisch, sog. Stückenfleisch und Rollfleisch auf Trichinen verboten; in Lübeck darf die Bescheinigung bei Wurst und Hackfleisch nur dahin lauten, dass in den vorschriftsmässig hergestellten 12 Präparaten Trichinen nicht gefunden sind. — Die Untersuchung auf Finnen soll vor-



nehmlich an den Muskeln am sog. Schluss, am Zwerchfell, Herz und an den Halsmuskeln vorgenommen werden; vereinzelt werden auch die Zunge, die Leber, die Nackenmuskeln, die Einwärtszieher, in Anhalt neben den Muskeln auch das Fett für diesen Zweck namhaft gemacht.

Über die mikroskopische Beschau von Wildschweinen sind in der Prov. Brandenburg, in Berlin, in den Reg.-Bez. Posen, Erfurt, Hannover, Hildesheim, Arnsberg, Kassel, Düsseldorf, in Sachsen und Braunschweig Vorschriften erlassen worden. Danach finden im allgemeinen die Bestimmungen über zahme Schweine auf die Wildschweine sinngemässe Anwendung. In Brandenburg, Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim ist der Verkauf ganzer Wildschweine (in Brandenburg seitens der Jagdberechtigten) ohne vorherige Untersuchung ausdrücklich freigegeben.

Die in den Trichinenschau-Verordnungen gegen Zuwiderhandlungen ausgesetzten Strafen gehen, falls nach den Vorschriften des Strafgesetzbuchs eine härtere Strafe nicht verwirkt ist, über 150 Mark oder entsprechende Haft (vgl. § 367, Ziff. 7 Str.-G.) nicht hinaus; meist sind sie nur bis zu 60 oder 30 Mark angesetzt.

In Würdigung der nicht absoluten Gewähr, welche die Trichinenschau bietet, sind trotz des Bestehens entsprechender Vorschriften in verschiedenen Bezirken (Berlin, Reg.-Bez. Düsseldorf, Trier, Mittelfranken, Hamburg) wiederholt Warnungen des Publikums vor dem Genuss rohen Schweinefleisches erlassen worden. In Preussen geschieht dies auf Grund eines Ministerial-Erlasses vom 28. Febr. 1884.

### C. Pferde(Ross)fleisch, Pferde(Ross)schlächtereien.

Die einschlägigen Bestimmungen sind folgende:

Preussen. Minist.-Erl., betr. die Regelung des Pferdeschlächtereibetriebs. V. 2. Juni 1888. (Veröff. 1888, S. 451.) — R.-B. Gumbinnen. P.-V. (Polizei-Verordnung), betr. die Beaufsichtigung des Rossschlächtereigewerbes. V. 7. Juli 1887. (Schlapp a. a. O., S. 224.) — Prov. Brandenburg. P.-V., betr. das Schlachten von Pferden, Eseln und den Verkauf des Fleisches. V. 14. Dez. 1888. (Amtsbl. d. Reg. zu Potsdam 1889, S. 19; Veröff. 1889, S. 195.) — Berlin. P.-V., betr. Rossschlächtereien. V. 30. Aug. 1887. (Veröff. 1887, S. 556.) — Prov. Posen. P.-V., betr. das Schlachten von Pferden, Eseln und Maultieren zum Verkauf des



Fleisches. V. 4. Juli 1891. (Amtsbl. d. Reg. zu Posen, S. 246. Schlamp a. a. O., S. 259.) — Prov. Schlesien. Desgl. v. 9. Juli 1889. (Schlamp a. a. O., S. 289.) — Prov. Sachsen. P.-V., betr. die Regelung des Betriebes der Rossschlächtereien und des Verkehrs mit Rossfleisch. Nebst Ausführ.-Bestimm. V. 16. März 1893. (Amtsbl. d. Reg. zu Merseburg, S. 176; Veröff. 1893, S. 808.) — R.-B. Schleswig. P.-V., betr. Pferdefleischschau. V. 7. Sept. 1878. (Amtsbl. S. 277; Schlamp a. a. O., S. 310.) — R.-B. Hildesheim. P.-V., betr. den Gewerbebetrieb der Rossschlächter. V. 27. Aug. 1880. (Mediz.-Gesetzgeb. 1880, S. 390.) — Prov. Westfalen. P.-V., betr. die Regelung des Betriebes der Pferdemetzgerei und des Verkehrs mit Pferdefleisch. M. Ausführ.-Anweis. V. 11. Dez. 1889. (Schlamp a. a. O., S. 355.) — Rheinprovinz. Desgl. V. 28. Juli 1890. (Ebd. S. 398.) — Oberamtsbez. Sigmaringen, s. S. 160. — Sachsen. V. d. Minist. d. I., betr. das Ausschlachten von Pferden zum Verbräuche des Fleisches als menschliche Nahrung. V. 9. April 1873. (Ges.- u. V.-Bl., S. 272; Siedamgrotzky a. a. O., S. 180.) — Mecklenburg-Schwerin. Normalstatut, betr. Pferdeschlächtereien für die Städte u. s. w. V. 30. Mai 1886. (Veröff. 1887, S. 113.) — Sachsen-Weimar. V. d. Staats-Minist., betr. den Betrieb der Rossschlächtereien. V. 1. Dez. 1880. (Mediz.-Gesetzgeb. 1880, S. 542.) — Oldenburg. Desgl. V. 4. Sept. 1884. (Veröff. 1885 II, S. 18.) — Anhalt. V., das Ausschlachten von Pferden zum Verkauf betr. V. 12. März u. 7. Mai 1879. (Schlamp a. a. O., S. 14.) — Schwarzburg-Rudolstadt. V. d. Minist., betr. den Betrieb der Rossschlächtereien. V. 21. Jan. 1881 (Ges.-Samml., Stück 1) u. v. 21. Juni 1889 (ebd. S. 23, Schlamp a. a. O., S. 471.) — Bremen. P.-V., betr. das Schlachten von Pferden in der Stadt Bremen und im Landgebiet. V. 29. April 1876. (Gesetzbl. S. 57; Mediz.-Gesetzgeb., Bd. 2, S. 18.) V. v. 22. Dez. 1883. (Veröff. 1887, S. 380.)

Vgl. ferner die Bestimmungen auf S. 144, 147, 148, 151, 153, 157, 159 und die dazu gehörigen Verordnungen u. s. w.

Bei Schlachtungen von Pferden, Eseln und Maultieren zum Zweck der Verwertung ihres Fleisches als menschliches Nahrungsmittel soll eine Beschau vor dem Schlachten und ausserdem vor der Zerlegung und dem Verkauf des Fleisches daraufhin vorgenommen werden, ob letzteres zur Nahrung für Menschen geeignet ist.

Nur in Sachsen-Weimar, Oldenburg und Bremen ist die einmalige Beschau (vor dem Schlachten) vorgeschrieben. In den Provinzen Posen, Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz, im Reg.-Bez. Gumbinnen und in Mecklenburg-Schwerin darf die erste Untersuchung bei Notschlachtungen infolge äusserer Verletzungen mit behördlicher Erlaubnis unterbleiben, auch ist in diesem Falle die Schlachtung an Ort und Stelle zulässig. Das Letztere trifft unter der Bedingung



einer tierärztlichen Untersuchung für die Reg.-Bez. Schleswig (auch Verkauf des Fleisches an Ort und Stelle statthaft) und Hildesheim zu.

Im übrigen ist das Schlachten der Pferde u. s. w. nur an den von der Polizeibehörde nach Maassgabe der Gewerbeordnung (s. S. 117) genehmigten Schlachtstätten, in Berlin in der Central-Rossschlächtereierlaubt. In einigen Bezirken (z. B. Schwarzburg-Rudolstadt) beschränkt sich diese Bestimmung ausschliesslich auf das gewerbsmässige Schlachten. Gewöhnlich ist die Vornahme aller in den Bereich des Abdeckereigewerbes fallenden Arbeiten innerhalb der Gebäude und Hofräume von Pferdeschlächtereien oder Verkaufsstätten von Pferdefleisch und in ersteren auch das Schlachten anderer Tiere untersagt.

Die Besichtigungen müssen meistens von bestimmten, mit besonderer Genehmigung hierzu versehenen Tierärzten oder von dem beamteten Tierarzt vorgenommen werden.

In verschiedenen Bezirken (Süddeutschland u. s. w., s. S. 139 ff., Reg.-Bez. Schleswig, Anhalt, Schwarzb.-Rudolstadt) sind im allgemeinen hierzu die Tierärzte überhaupt, in der Provinz Sachsen auch bestellte Fleischbeschauer, in Westfalen und in der Rheinprovinz letztere ausnahmsweise, nämlich bei zu grosser Entfernung eines Tierarztes, berechtigt. Beide Besichtigungen sollen thunlichst von derselben Person vorgenommen werden. In den drei zuletzt genannten Provinzen kann ein Obergutachten vom Kreistierarzt oder, wenn dieser selbst die Beschau ausgeführt hat, vom Departementstierarzt eingeholt werden.

Die Schlachtung muss innerhalb einer gewissen Frist, 24 bzw. 48 Stunden, nach der ersten Beschau, soll diese nicht ungültig werden, erfolgen. Über die vollzogene Beschau ist eine Bescheinigung auszustellen; in Berlin, Prov. Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz, Reg.-Bez. Schleswig ist auch eine Stempelung der Tiere erforderlich. Die Pferdeschlächter haben ein vor der Gebrauchnahme von der Polizei mit fortlaufender Seitenzahl versehenes und abgestempeltes Schlachtbuch zu führen, welches im Verkaufsraum bzw. in der Schlachthanstalt aufzubewahren, sowie den Polizeibeamten und zur Beschau bestellten Sachverständigen auf Verlangen jederzeit vorzulegen ist.

Dasselbe soll nach vorschriftsmässigem Schema über Alter, Grösse, Farbe der Schlachttiere, über den Tag des Erwerbs, über Namen und Legitimation des Veräusserers, über die Beschauergebnisse, über den Tag des Schlachtens und des Verkaufs Auskunft geben. Hierzu sei bemerkt, dass es in Preussen nach dem Gesetz vom 13. Februar 1843 verboten ist, ein Pferd von einer unbekann-



ten Person, welche sich nicht durch ein amtliches Zeugnis über die Befugnis zu dessen Veräußerung ausweisen kann, zu kaufen.

Bezüglich des Verkaufs von Pferdefleisch besteht in den auf S. 180/1 genannten Bezirken die Vorschrift, dass der Verkauf nur an den polizeilich angemeldeten Verkaufsstellen, welche mit der deutlichen Aufschrift „Rossfleisch“, „Pferde(od. Ross)fleisch-Verkauf“ oder „Rossfleischwaren-Verkauf“ versehen ist, erfolgen darf. An diesen Stellen ist ein Handel mit anderen zum Genuss für den Menschen bestimmten Fleischwaren verboten. Die gleiche Anordnung ist auch in Süddeutschland (Oberamtsbez. Sigmar., Pfalz, Württemb., Baden) getroffen. In den eben genannten Ländern, sowie in Elsass-Lothringen und in der Prov. Sachsen ist ferner vorgeschrieben, dass Pferdefleisch unter dieser Bezeichnung feilgehalten und verkauft werden muss.

Übrigens wird unter Umständen auch aus § 10 N.-M.-G. eingeschritten werden können, aus welchem thatsächlich wegen Verkaufs von Pferdefleisch als Rindfleisch, sowie von Speisen, zu denen Pferdefleisch verwandt war, in Speisewirtschaften als Schmor-, Sauerfleisch u. s. w. Bestrafungen<sup>1)</sup> erfolgt sind.

Die gewerbsmässige Verarbeitung von Pferdefleisch zu Wurst und anderen Fleischwaren ist in Berlin, Brandenburg, Posen, Schlesien auf die Geschäfts- und Arbeitsräume der Rossschlächter, welche durch entsprechende Aufschriften gekennzeichnet sein müssen, beschränkt worden. Ebendort und in der Provinz Sachsen sind die zur Beförderung der Waren an die Abnehmer dienenden Wagen, sowie die Behälter zum Verkauf derselben im Umherziehen mit der unabnehmbaren Aufschrift „Rossfleisch“ oder „Rossfleischwaren“ bzw. „Rossfleischwurst“ zu versehen.

Untersuchungen der Schlacht- und Verkaufsstellen, teilweise auch der Arbeitsräume durch die Polizei- und Veterinärbeamten bzw. den bestellten Tierarzt sind in Berlin, Brandenburg, Posen, Schlesien, Westfalen, Rheinprovinz, Mecklenburg-Schwerin vorgesehen; in Sachsen ist die Anordnung von Kontrollmaassregeln den Ortsobrigkeiten vorbehalten worden.

---

<sup>1)</sup> Veröff. Beil. Bd. 2, S. 136\*.



Der Betrieb einer Pferdeschlächtereier und Abdeckerei auf derselben Stätte ist im Reg.-Bez. Schleswig unzulässig. In Sachsen und Anhalt dürfen Abdecker gewerbsmässige Schlachtungen von Pferden zum Verbräuche des Fleisches als menschliche Nahrung überhaupt nicht vornehmen; in den einschlägigen preussischen Provinzen ist ihnen die Veräusserung von Fleisch, Fett u. s. w. von Pferden als Nahrungsmittel verboten.

Die Einfuhr von Pferdefleisch und aus solchem bereiteten Waren nach Berlin und Bremen (Stadt) ist in keinem Falle, nach den Prov. Schlesien und Posen mit polizeilicher Genehmigung, nach Westfalen, Rheinprovinz, Reg.-Bez. Gumbinnen, Hildesheim bei Bescheinigung der Polizei- oder Gemeindebehörde des Schlachtorts über die erfolgte tierärztliche Untersuchung des betreffenden Tieres bzw. über den Namen des Rossschächters und die Schlachtbuchnummer zulässig.

Zur Herstellung von Rossfleischwurst darf in Berlin, Prov. Brandenburg, Posen, Schlesien ausser dem Fleisch von Pferden, Maultieren, oder Eseln nur Schweinefett oder Talg, nicht etwa auch Fleisch von anderen Tieren, benutzt werden. In anderen Bezirken (Sigmaringen, Württemberg) dürfen Würste, zu denen Pferdefleisch verwandt ist, nur als „Pferde- (Ross-) Fleischwürste verkauft werden.

Die Strafbestimmungen halten sich wie in den Trichinenschau-Verordnungen im Rahmen des § 367, Ziff. 7 Str.-G.

#### c. Fleisch von kranken Tieren. (Notschlachtungen).

Von allgemeinen Bestimmungen kommen ausser dem für das ganze Reich erlassenen Viehseuchengesetz (s. S. 113) in Betracht:

R.-B. Breslau. P.-V. (Polizei-Verordn.) v. 13. Sept. 1873. (Amtsbl. S. 243; Schlamp a. a. O. S. 291). — R.-B. Liegnitz. P.-V. v. 3. Sept. 1873. (Generalber. üb. d. Sanitäts- u. Medizinalwes. im R. B. L. m. bes. Berücksicht. d. J. 1886/88 S. 90. — R.-B. Stade. P.-V. v. 20. Nov. 1893. (Amtsbl. S. 369; Veröff. 1894 S. 41). — R.-B. Minden. P.-V. v. 26. März 1868. (Amtsbl. S. 106; Schlamp a. a. O. S. 374). — Sachsen. V., betr. den Verkauf von Fleisch und von Fett kranker Tiere. Mit Ausf.-Anweis. V. 17. Dez. 1892. (Ges.- u. V.-Bl. 1893 S. 1; Veröff. 1893 S. 354). — Anhalt. V., betr. den Verkauf und Genuss des Fleisches von kranken, verletzten



und verendeten Tieren u. s. w. M. Ausf.-Anweis. V. 24. Nov. 1888. (Ges.-Samml. S. 175; Veröff. 1889 S. 443). — Reuss ä. L. V., betr. die Abstellung einiger Übelstände beim Betreiben des Fleischhauerhandwerkes. V. 21. Nov. 1853. (Ges.-Samml. Nr. 27; Schlamp a. a. O. S. 417). — Reuss j. L. Bekanntmach. d. Landratsamtes in Gera, betr. das Schlachten von krankem Vieh. V. 6. Jan. 1866. Ähnliche Verordnungen bestehen für den Stadtbezirk Gera seit 1867 und für den oberländischen Bezirk (Fürstent. Schleiz und Lobenstein) seit 1865. (Schlamm a. a. O. S. 429). — Ferner s. die auf S. 139 ff. (Allg. Fleischschau) angeführten Verordnungen.

Das Reichsviehseuchengesetz und die zu demselben erlassene Instruktion vom 12. Febr. 1881<sup>1)</sup> enthalten einschlägige Bestimmungen bezüglich des Milzbrandes, der Tollwut, des Rotzes und Wurms und der Lungenseuche (s. B bis E).

Schlachten und Verkauf von krankem und unreinem Vieh ist in Reuss ä. L. ausnahmslos verboten. Ein gleiches Verbot besteht, sofern nicht besondere Verordnungen etwas anderes bestimmen oder die Unschädlichkeit des betreffenden Fleisches für die menschliche Gesundheit durch tierärztliches Attest nachgewiesen wird, für den Reg.-Bez. Minden. Beim Zutreffen der letzteren Bedingung ist der Verkauf des Fleisches kranker Tiere auch in den Reg.-Bez. Breslau (mit Erlaubnis der Ortspolizei-Verwaltung) und Liegnitz (desgl.), in Mittelfranken und in Reuss j. L. zulässig. In Anhalt hat der Besitzer eines Tieres, das bei der Schlachtung mit einer Krankheit behaftet gefunden wird, sofern in dem betreffenden Ort nicht eine geordnete, unter tierärztlicher Kontrolle befindliche Fleischschau besteht, sofort der Ortspolizei Anzeige zu erstatten. Diese soll, eventuell unter Zuziehung eines Tierarztes, feststellen, ob die Krankheit zu denjenigen gehört, welche das Fleisch zum Genuss untauglich machen, und im zutreffenden Falle nach Ablösung der Haut und Ausschmelzung des Fettes, soweit eine solche Verwertung zulässig ist, für eine vorschriftsmässige Vernichtung der Kadaver Sorge tragen.

Von der Notschlachtung eines kranken oder von einem Unfalle betroffenen schlachtbaren Tieres ist im Reg.-Bez. Stade seitens des Eigentümers oder desjenigen, der die Schlachtung ausführt, innerhalb 12 Stunden eine Anzeige an die Ortspolizeibehörde abzusenden. Um das Fleisch eines

---

<sup>1)</sup> Centralbl. f. d. Deutsche Reich S. 37.



solchen Tieres an andere abzulassen, bedarf der Besitzer der Bescheinigung eines approbierten Tierarztes darüber, dass dem Genusse des Fleisches gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die Ortspolizeibehörde darf von der Bescheinigung nur absehen, wenn die Schlachtung durch einen Unfall veranlasst ist, der auf die Beschaffenheit des Fleisches keinen Einfluss hat. Im Unter-Elsass darf Fleisch notgeschlachteter Tiere stets nur als minderwertig erklärt werden. Der Verkauf solchen Fleisches ist in Ober- und Mittelfranken an besonderen Orten, wie z. B. in Freibänken, zulässig; auch muss in dem ersteren Bezirk der Grund der Minderwertigkeit an augenfälliger Stelle deutlich angeschrieben werden.

Soweit Fleisch von kranken Tieren verkauft werden darf, sind die kranken Teile selbst stets sorgfältig zu beseitigen.

Die übrigen Bestimmungen lassen sich dahin zusammenfassen, dass das Fleisch aller Tiere, welche an einer mit Entmischung und Zersetzung der Säfte verbundenen oder sehr langwierigen Krankheit gelitten haben, von der menschlichen Nahrung ausgeschlossen ist. Dazu gehören solche akuten und chronischen Krankheiten, wie Typhus, Pyämie, Septicämie, hochgradige Gelbsucht, ausgebreitete Krebsdegeneration, allgemeine Wassersucht, welche wesentliche organische Veränderungen der flüssigen oder festen Körperteile herbeigeführt haben. Bei diesen Krankheiten ist in Sachsen ausdrücklich auch das Feilhalten und der Verkauf des Fettes verboten.

Bezüglich der Beurteilung des Fleisches kranker Tiere im allgemeinen sei erwähnt, dass das Reichsgericht schon am 1. Oktober 1888<sup>1)</sup> die Ansicht, dass im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes das Fleisch eines „nicht gesunden“ Tieres immer auch als gesundheitsgefährlich anzusehen sei, als rechtsirrig bezeichnet hat. Vielmehr ist es nach einem Reichsgerichtsurteil vom 16. Oktober 1891<sup>2)</sup> eine in jedem einzelnen Falle nach den besonderen Umständen desselben zu beurteilende Thatfrage, ob das Fleisch eines kranken geschlachteten Tieres für gesundheitsgefährlich angesehen werden muss.

A. Rinderpest (Löserdürre). Nach §§ 25 und 26

<sup>1)</sup> S. Note 1 auf S. 86. — <sup>2)</sup> Veröff. Beil. Bd. 2, S. 204\*.



der zu dem Reichsgesetz, betr. Maassregeln gegen die Rinderpest, vom 7. April 1869 erlassenen revidierten Instruktion vom 9. Juni 1873<sup>1)</sup> ist alles an Rinderpest erkrankte oder derselben verdächtige<sup>2)</sup> Vieh sofort zu töten und mindestens 2 m tief zu verscharren. In grösseren Städten und auf den unter regelmässiger veterinärpolizeilicher Kontrolle stehenden Schlachthöfen kann die Verwertung der Häute und des Fleisches von Tieren, welche bei der Untersuchung im lebenden und geschlachteten Zustande gesund befunden sind, gestattet werden.

B. Milzbrand. Tiere, welche an Milzbrand erkrankt oder dieser Seuche verdächtig<sup>3)</sup> sind, dürfen nicht geschlachtet werden. Die Kadaver gefallener oder getöteter milzbrandkranker oder der Seuche verdächtiger Tiere müssen sofort unschädlich beseitigt werden (§§ 31 und 33 Viehseuchenges.).

Die gleichen Bestimmungen gelten für C. Tollwut (ebd. §§ 36 und 39).

D. Rotz (Wurm) der Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel. Bei Feststellung des Rotzes (Wurms) muss die unverzügliche Tötung der Tiere polizeilich angeordnet werden. Die Kadaver gefallener oder getöteter rotzkranker Tiere müssen sofort unschädlich beseitigt werden (ebd. §§ 40 und 43).

E. Lungenseuche<sup>4)</sup>. Die Polizeibehörde hat die Tötung der an der Lungenseuche erkrankten Tiere anzuordnen (ebd. § 45). Die Lungen der getöteten oder ge-

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 147.

<sup>2)</sup> Rinder gelten stets als verdächtig, sobald sie mit erkrankten Stücken in demselben Stalle gestanden, die Wässer, die Futtergerätschaften oder die Tränken gemeinschaftlich gehabt haben oder sonst mit erkrankten Stücken in eine mittelbare oder unmittelbare Berührung gekommen sind.

<sup>3)</sup> Der Seuche verdächtig sind solche Tiere, bei welchen sich Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch einer übertragbaren Seuche befürchten lassen (§ 1 Viehseuchenges.).

<sup>4)</sup> Soweit in diesem und den folgenden Abschnitten bestimmte Grundsätze für die Beurteilung des Fleisches nicht angegeben sind, ist diese den zuständigen Fleischbeschauern anheimgegeben.



fallenen lungenseuchekranken Tiere müssen behufs ihrer unschädlichen Beseitigung mindestens 1 m tief vergraben werden. Das Fleisch solcher Tiere darf vor völligem Erkalten aus dem betreffenden Gehöfte nicht ausgeführt werden (Instrukt. § 89). Sofern nicht Erscheinungen allgemeiner Art (s. S. 186) dagegen sprechen, ist also das Fleisch für den Genuss freigegeben.

F. Maul- und Klauenseuche. Das Fleisch von Tieren, welche an Maul- und Klauenseuche gelitten haben, wird in Mittelfranken (ausschliesslich der Nachkrankheiten) und Sachsen-Meiningen für ungeniessbar, desgleichen in Anhalt (bis die Seuche vollständig erloschen ist), in Hessen dagegen für geniessbar, aber nicht ladenrein erachtet.

G. Pockenseuche, Schafpocken. Als ungeniessbar gilt das Fleisch von Tieren, die von der Pockenseuche befallen waren, in Mittelfranken und Württemberg, desgleichen in Anhalt, wenn es sich um die brandigen Pocken (Aaspocken) handelt, bis zum vollständigen Erlöschen der Seuche.

H. Rauschbrand. Das Fleisch gilt als ungeniessbar in Sachsen (einschl. des Fettes) und in Sachsen-Meiningen.

I. Rotlauf. Das Fleisch gilt als ungeniessbar in Sachsen (einschl. des Fettes) bei hochgradigem Rotlauf, d. h. wenn eine ausgebreitete blaurote Färbung der Haut oder blutige Durchtränkungen im Zellgewebe, Speck oder in inneren Organen gefunden werden, desgleichen in Sachsen-Meiningen, wenn die Krankheit schon weiter vorgeschritten und die Beschaffenheit des Fleisches merkbar verändert ist, sowie im Herzogtum Gotha, in Anhalt dagegen auf jeden Fall. In Sachsen-Meiningen darf das Fleisch, wenn die Tiere im Beginn der Krankheit getötet sind, zwar genossen, aber weder verkauft, noch zu Fleischwaren verwandt werden, welche für den Verkauf bestimmt sind. Ähnlich ist in Niederbayern die häusliche Verwendung des Fleisches im Beginn der Erkrankung nach Anweisung des zuständigen Tierarztes zulässig.

Über die Frage, ob das Fleisch rotlaufkranker Schweine an sich gesundheitsschädlich ist, schwankt die Rechtsprechung noch.



(Vgl. Veröff. Beil. Bd. 1 S. 54\* ff., Bd. 2 S. 202\* ff., 1887 S. 615). Nach einem Gutachten der preussischen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen vom 6. November 1889<sup>1)</sup> ist nicht bewiesen, dass der Genuss solchen Fleisches geeignet ist, die menschliche Gesundheit zu beschädigen, dagegen sei es als verdorben zu erachten.

K. Perlsucht (Lungensucht, Tuberkulose, Hirsesucht, sog. Franzosen). Für die Beurteilung des Fleisches bei dieser Krankheit sind ausser den auf S. 184/5 genannten Staaten auch in Preussen und Sachsen-Weimar leitende Grundsätze aufgestellt worden.

Nach einem Erlass der preussischen Minister des Innern, f. Landwirtschaft u. s. w., der geistl. u. s. w. Angeleg. und f. Handel u. Gewerbe vom 26. März 1892<sup>2)</sup> ist eine gesundheitsschädliche Beschaffenheit des Fleisches von perlsüchtigem Rindvieh der Regel nach anzunehmen, wenn das Fleisch Perlknötchen enthält oder das perlsüchtige Tier, ohne dass sich in seinem Fleische Perlknötchen finden lassen, abgemagert ist. Dagegen ist das Fleisch eines perlsüchtigen Tieres für geniessbar (nicht gesundheitsschädlich) zu halten, wenn das Tier gut genährt ist und 1. Perlknötchen ausschliesslich in einem Organ vorgefunden werden, oder 2. falls zwei oder mehrere Organe daran erkrankt sind, diese Organe in derselben Körperhöhle liegen und mit einander direkt oder durch Lymphgefässe oder durch solche Blutgefässe verbunden sind, welche nicht dem grossen Kreislauf, sondern dem Lungen- oder Pfortaderkreislauf angehören. Das Fleisch von gut genährten Tieren, auch wenn eine der unter Ziff. 1 und 2 bezeichneten Erkrankungen vorliegt, kann in der Regel nicht als minderwertig erachtet und der Verkauf desselben nicht unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellt werden. Solches Fleisch ist daher in Zukunft dem freien Verkehr zu überlassen; in zweifelhaften Fällen wird die Entscheidung eines approbierten Tierarztes einzuholen sein. Ob das Fleisch von perlsüchtigem Vieh für verdorben zu erachten ist und der Verkauf desselben gegen die Vorschrift des § 367, Ziff. 7 Str.-G. oder gegen die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes verstösst, fällt der richterlichen Entscheidung anheim.

Die in Sachsen-Weimar<sup>3)</sup> und Reuss j. L.<sup>4)</sup> erlassenen Bestimmungen haben nahezu den gleichen Wortlaut wie die preussische, nur hat in zweifelhaften Fällen die Ortspolizeibehörde nach Gehör des Bezirkstierarztes (Reuss: Landestierarztes) oder bei Behinderung

<sup>1)</sup> Veröff. Beil. S. 56\*. — <sup>2)</sup> Veröff. 1892, S. 295.

<sup>3)</sup> Erl. d. Staatsminist., Departem. d. I., v. 10. Juni 1892. (Reg.-Bl. S. 114; Veröff. 1892, S. 576.)

<sup>4)</sup> Verordn. d. Minist., Abt. f. d. I., v. 20. Jan. 1893. (Amts- u. V.-Bl., S. 50; Veröff. 1893, S. 591.)



desselben eines anderen approbierten Tierarztes unter Vorbehalt des Instanzenzuges zu entscheiden. In Reuss j. L. kann ferner das Fleisch je nach Ausbreitung, Stadium und Intensität der Krankheitserscheinungen und je nach dem allgemeinen Ernährungszustande des Tieres unter bestimmten Bedingungen und Beschränkungen dem Verkehr überlassen und zum menschlichen Genusse verkauft werden.

Auch die bayerischen<sup>1)</sup> Vorschriften stimmen inhaltlich mit den preussischen ziemlich überein. In zweifelhaften Fällen ist die Entscheidung eines approbierten Tierarztes einzuholen, welcher in gleicher Weise wie in Reuss j. L. die Verwertung des Fleisches zum menschlichen Genuss eventuell unter Bedingungen und Beschränkungen gestatten kann.

In Sachsen darf das Fleisch, wenn es sich in seinem Äusseren zwar nicht vom Ansehen gesunden Fleisches unterscheidet, aber von Tieren mit verallgemeinerter Tuberkulose stammt, die noch nicht hochgradig abgemagert waren und deren Fleisch und Knochen sowohl, als auch die zugehörigen Lymphdrüsen frei von Tuberkulose sind, und wenn die tuberkulösen Organe leicht entfernt werden können, unter Angabe des Fehlers auf der Freibank als menschliches Nahrungsmittel verkauft werden, nachdem es in einem unter tierärztlicher Aufsicht stehenden Schlachthofe oder ausserhalb eines solchen unter Kontrolle eines durch die Ortspolizeibehörde hierzu verpflichteten Tierarztes vorschriftsmässig durch Kochen vollkommen unschädlich gemacht (sterilisiert) worden ist. Dasselbe gilt für das Fett in ausgeschmolzenem Zustande. In anderen Fällen von Tuberkulose ist das Fleisch zu vernichten, während das Fett, wenn es in der angegebenen Weise bei mindestens 100° C. ausgeschmolzen ist, unter Angabe des Fehlers als menschliches Nahrungsmittel verkauft werden darf.

Die in Württemberg, Baden, Mecklenburg-Schwerin<sup>2)</sup>, Sachsen-Meiningen, Herzogt. Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Elsass-Lothringen bestehenden Vorschriften beschränken sich im wesentlichen auf Ausschliessung des Fleisches vom menschlichen Genuss bei ausgebreiteter Tuberkulose.

In Hessen ist das Fleisch tuberkulöser Tiere als ungeniessbar zu erklären, wenn es selbst tuberkulös infiziert ist, wenn das betreffende Tier an generalisierter Tuberkulose (Verbreitung des Krankheitsgiftes durch den grossen Kreislauf) gelitten hat oder im Ernährungszustande bereits sehr zurückgegangen ist, oder wenn das Fleisch wegen seiner Beschaffenheit im allgemeinen zum Genuss nicht geeignet erscheint. In allen übrigen Fällen ist dasselbe nach Beseitigung der kranken Teile und ihrer Umgebung als geniessbar, aber nicht bankwürdig zu erkennen.

In Anhalt gilt das Fleisch bei ausgebreiteter und allgemeiner

---

<sup>1)</sup> Oberpoliz. Vorschriften v. 25. Juni 1892. (Ges.- u. V.-Bl. S. 277; Veröff. 1892, S. 575.) — <sup>2)</sup> Minist.-Circ. v. 4. Sept. 1878. Goesch u. v. Düring. Medizinalpol.-Verordn. in M.-Schw. 1886, S. 148.



Tuberkulose als ungeniessbar. Um es in anderen Fällen für geniessbar zu erklären, bedarf die Ortspolizeibehörde des Gutachtens eines Tierarztes, durch welchen auch die erkrankten Organe zu entfernen sind. Aus der demselben erteilten Anweisung sei hervorgehoben, dass das Fleisch für geniessbar zu erklären ist, wenn das Tier sich in gutem Ernährungszustande befindet und die Perlknötchen nur in einem Organ gefunden werden oder doch die befallenen Organe in derselben Körperhöhle liegen und nicht durch Blutgefässe des grossen Kreislaufs verbunden sind.

L. Strahlenpilzkrankheit (Aktinomykose). In Sachsen wird Fleisch als ungeniessbar betrachtet, wenn es mit Strahlenpilzen in so grosser Zahl durchsetzt ist, dass es seiner Beschaffenheit nach sich auffällig von gesundem Fleische unterscheidet. Das Fett darf in diesem Falle in ausgeschmolzenem Zustande unter Angabe des Fehlers als menschliches Nahrungsmittel verkauft werden.

M. Tierische Parasiten. Vgl. Trichinen und Finnen S. 161. Für Baden besteht die Vorschrift, dass alle Teile eines Schlachttiers, welche Eingeweidewürmer irgend einer Art oder Entwicklungsstufe enthalten, durch mehrstündiges Auskochen oder durch Verbrennen unschädlich zu machen sind. In Elsass-Lothringen kann das Kochen von Fleisch, in dem Eingeweidewürmer gefunden werden, vor dem Verkauf angeordnet werden.

Bezüglich des Fleisches von finnigem Rindvieh hat sich die preussische wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen am 18. Juni 1890<sup>1)</sup> dahin ausgesprochen, dass Fleisch (und ebenso irgend ein anderer Teil) eines Rindes, in welchem nur eine oder wenige Finnen gefunden sind, zur menschlichen Nahrung nur zugelassen werden darf, nachdem es unter polizeilicher Aufsicht nach vorheriger Zerkleinerung vollständig gar gekocht worden ist. Vgl. die im Reg.-Bez. Oppeln erlassene Verordnung auf S. 177.

Fleisch von Schweinen, welche mit sog. multiplen Blutaustretungen, mit Nesselausschlag, Miescher'schen Schläuchen oder Kalkkonkrementen behaftet sind, darf nach einer Verordnung des Polizeipräsidenten zu Berlin vom 14. Januar 1892<sup>2)</sup>, nach Durchkochung im

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1891, S. 159. — <sup>2)</sup> Schlamp a a. O., S. 250.



Beckerschen Apparat unter polizeilicher Aufsicht, für den Verkehr freigegeben werden. In Sachsen unterliegt mit Miescherschen Schläuchen (Psorospermien), Konkrementen oder Blutungen durchsetztes Fleisch der gleichen Beurteilung, wie auf S. 191 unter L. angegeben ist.

Mit Hülsenwurmblasen (sog. Wasserblasen, Echinokokken) durchsetzte Fleischstücke und Eingeweide gelten in der Pfalz und im Unter-Elsass als ungeniessbar.

Bei Fäule oder Egelkrankheit (Distomen) ist das Fleisch bei wesentlich verändertem Aussehen in Hessen und Sachsen-Meiningen als ungeniessbar zu bezeichnen, anderenfalls nur als minderwertig; dasselbe gilt dort für die Drehkrankheit (*Coenurus cerebralis*), je nachdem schon die Zerstörung im Körper um sich gegriffen hat und die Tiere abgemagert sind oder dies noch nicht der Fall ist und in Sachsen-Meiningen für die wurmige Lungenseuche, je nachdem diese sich noch im ersten Anfange befindet oder schon weiter vorgeschritten ist.

#### d. Fleisch von vergifteten Tieren.

Das Fleisch vergifteter Tiere wird als ungeniessbar betrachtet in Oberbayern, Ober-, Mittelfranken, Pfalz (hier auch schon bei Behandlung der Tiere mit giftigen Stoffen in grösserer Menge kurz vor der Schlachtung), Württemberg, Baden, Elsass-Lothringen. In Sachsen-Meiningen kann der Physikus oder ein approbierter Tierarzt bei leichteren Vergiftungen das Fleisch unter gewissen Bedingungen für nur minderwertig erklären. In Sachsen und Anhalt, wo die Entscheidung in die Hände der approbierten Tierärzte gelegt ist, haben dieselben das Fleisch (in Sachsen einschl. des Fettes) als ungeniessbar zu beurteilen, wenn anzunehmen ist, dass die giftigen Stoffe in das Blut aufgenommen und im Fleische in solchen Mengen enthalten sind, dass dadurch die Gesundheit der Menschen gefährdet oder Ekel und Widerwillen erregt wird.

#### e. Fleisch von verunglückten Tieren.

Vom Blitze getroffene, in Kohlendunst oder anderer ungesunder Luft erstickte Tiere sollen in Unterfranken nicht



verspeist werden; in Oberfranken, in der Pfalz, in Baden und Hessen ist das Fleisch beim Blitzschlag als geniessbar, aber nicht bankmässig zu erachten, wenn die Tiere alsbald ausgeschlachtet werden. In Ober- und Unterfranken dürfen zufällig erschlagene, erdrosselte, erstickte oder ertränkte Tiere nur zum Hausverbrauch zugelassen werden. Als geniessbar, aber nicht bankwürdig gilt ferner das Fleisch bei Verunglückungen, wie Verwundungen, Knochenbrüchen, plötzlichem Aufblähen u. s. w., wenn die Tiere zwar nicht sogleich, aber doch je nach der Witterung binnen höchstens 12 Stunden geschlachtet sind, in der Pfalz, Sachsen (das Fett darf auch bei späterer Schlachtung im ausgeschmolzenen Zustande unter Angabe seiner Abstammung zum Genuss verkauft werden), Baden, Anhalt und Schwarzburg-Rudolstadt. Nach den übrigen einschlägigen Bestimmungen kommt es für die Beurteilung wesentlich darauf an, ob die Tiere sonst gesund waren. In Mittelfranken, Hessen und Sachsen-Meiningen darf das Fleisch auch in diesem Falle nur als nicht bankwürdig bezeichnet werden. Bezüglich der Vorschriften im Reg.-Bez. Stade s. S. 185.

#### f. Fleisch von gehetzten Tieren.

Dasselbe gilt im Oberamtsbezirk Sigmaringen, in Oberfranken, in der Pfalz, in Baden und im Unter-Elsass als unbedingt unverwendbar.

#### g. Fleisch von ungeborenen, zu jungen und zu alten Tieren.

Das Fleisch von ungeborenen Tieren soll in Sachsen (einschl. des Fettes; desgl. von totgeborenen Tieren), Herzogt. Gotha (desgl. von zu früh geborenen Tieren), Anhalt und Schwarzburg-Rudolstadt (desgl.) als Nahrungsmittel nicht verkauft werden.

Das Fleisch ungeborener Tiere kann nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 3. Januar 1882 (s. S. 71) als verdorben im Sinne des § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. beurteilt werden. Das Gleiche gilt von dem Fleisch zu früh geborener Tiere.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Urt. d. Reichsger. v. 27. Sept. 1883. Rechtspr. Bd. 5, S. 552.



Das Fleisch von allzu jungen Tieren darf in Württemberg nur als minderwertig bezeichnet, im Herzogt. Koburg dürfen solche Tiere überhaupt nicht geschlachtet werden.

Die übrigen Bestimmungen beziehen sich lediglich auf Kälber, für deren gänzliche oder bedingte Ausschliessung vom Genuss gewisse Merkmale angegeben werden. Das Schlachten von Kälbern ist unzulässig in Hessen-Nassau, wenn dieselben noch nicht 8 Schneidezähne haben, in Sachsen-Altenburg<sup>1)</sup>, wenn sie noch nicht 14 Tage, im Ober-Elsass, wenn sie noch nicht 20 Tage, im Herzogt. Koburg, wenn sie noch nicht 3 Wochen alt sind (Kälber von kranken Kühen sind gleichfalls vom Schlachten ausgeschlossen), in Lothringen bei einem geringeren Gewicht als 50 kg. In Reuss ä. L. ist vor demselben Alter und bei einem Gewicht der Tiere, mit Ausnahme des Felles, des Kopfes und des Gehänges, von weniger als 36 Pfund, jeder Kauf und Verkauf verboten. Kälber dürfen in Oberfranken nicht zum Zweck des Verkaufs geschlachtet werden, wenn sie noch nicht 8 Schneidezähne haben, desgleichen in Unterfranken, wenn sie ausserdem noch nicht 14 Tage alt sind. Das Fleisch gilt zwar als geniessbar, aber nicht bankfähig in der Pfalz (wenn noch nicht 6 Schneidezähne vorhanden sind oder das Fleisch mager, von welcher Beschaffenheit und verwaschen rötlicher Farbe ist oder das Knochenmark sehr blutreich erscheint), in Baden (desgl.) vor dem 14. Lebensstage der Tiere, vor gleichem Alter in Hessen (oder beim Vorhandensein von Durchfall oder Nabelgeschwüren), Herzogt. Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, vor dem 20. Lebenstage im Unter-Elsass.

Zu alte Tiere, deren Fleisch zäh und saftlos ist, dürfen in Ober- und Unterfranken nur zum Hausgebrauch geschlachtet werden. In Württemberg, Hessen, im Herzogt. Gotha und im Unter-Elsass wird das Fleisch alter und abgemagerter Tiere als minderwertig bezeichnet.

#### h. Fleisch von trächtigen Tieren.

Trächtige Tiere sollen im Herzogt. Koburg (Kühe und Schafe) und in Reuss ä. L. (hochträchtige Tiere) nicht, in der Pfalz nur in Notfällen geschlachtet werden. In Sachsen Meiningen ist das Fleisch bei Erreichung der halben Tragzeit und bei Fehlgeburten minderwertig. In Ober- und Unterfranken kann das Fleisch, wenn es sonst von guter Beschaffenheit ist, zum Verkauf geeignet erklärt werden (in

<sup>1)</sup> Verordn. d. Landesregier. v. 2. Nov. 1852 u. 7. April 1856 (Ges.-Samml. S. 132 u. 46.)



Oberfranken nur Verkauf in Lokalen, in denen sich Fleisch von gesunden Tieren nicht befindet, und unter deutlicher schriftlicher Bezeichnung des Grundes der Minderwertigkeit statthaft), anderenfalls ist es lediglich zum Hausbedarf verwendbar.

i. Fleisch von verendeten (gefallenen, umgestandenen, krepiereten) Tieren. Vgl. auch unter d und e auf S. 192.

Solches Fleisch wird in den Vorschriften des Reg.-Bez. Liegnitz, des Oberamtsbezirks Sigmaringen, von Oberbayern, Ober-, Mittel-, Unterfranken, Pfalz, Sachsen (einschl. des Fettes), Württemberg, Baden, Sachsen-Meiningen, Herzogt. Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss j. L. und Elsass-Lothringen als ungeniessbar bezeichnet.

Vgl. das Reichsgerichts-Urteil vom 12. Januar 1882 auf S. 70.

#### k. Aufgeblasenes Fleisch.

Durch Ministerial-Erlass vom 13. Februar 1885<sup>1)</sup> ist in Preussen den Regierungspräsidenten der Erlass einer Polizeiverordnung empfohlen worden, durch welche das Aufblasen von Fleisch sowohl mit dem Munde, als auch mit Blasebälgen oder anderen Instrumenten, sowie das Feilhalten und der Verkauf von aufgeblasenem Fleisch verboten wird, weil das Aufblasen nur dazu diene, dem Fleische den Anschein einer besseren Qualität, als ihm in Wirklichkeit beizubringen, zu geben. Entsprechende Verordnungen sind infolge dessen in zahlreichen Bezirken erlassen worden.

Ausserhalb Preussens sind gleichartige Bestimmungen erlassen in:

Mecklenburg-Schwerin, 28. Jan. 1887 (Reg.-Bl. No 5; Veröff. 1887, S. 223), Sachsen-Weimar, 26. Mai 1885 (Mediz.-Gesetzgeb. 1885, S. 70), Anhalt, 5. Sept. 1885 (Ges.-Samml. No. 702 u. 704; Veröff. 1885 II, S. 247), Schwarzburg-Sondershausen, 6. Mai 1885 (Veröff. 1886, S. 137), Schwarzburg-Rudolstadt, 31. Juli 1885 (Ges.-Samml. Stück 6; Veröff. 1886, S. 393), Reuss ä. L. (s. S. 185), Lübeck, 9. Sept. 1885 (Veröff. 1885 II, S. 287).

---

<sup>1)</sup> Ministerialbl. f. d. ges. i. Verw. S. 54.



In Oberfranken (s. S. 140) ist das Fleisch aufgeblasener Kälber und Schafe nur für den Hausgebrauch verwendbar. Nach Art. 321 des hessischen Polizei-Strafges. (s. S. 11) ist das Aufblasen von Schlachtvieh nur mittelst eines reinen Blasebalges statthaft.

Laut Urteil des Reichsgerichts vom 27. Mai 1887<sup>1)</sup> kann Fleisch, in welches mit dem Munde Luft eingeblasen ist, als verdorben angesehen werden, weil es durch die mit dem Munde hineingetriebene Luft für die Mehrzahl der Konsumenten ekel-erregend und dadurch, sowie durch die Gefahr der Übertragung etwa vorhandener Krankheitsstoffe seitens des Einblasenden zum Genusse ungeeignet, jedenfalls aber gegen seinen normalen Zustand verschlechtert und minderwertig gemacht ist. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts München vom 30. Okt. 1892<sup>2)</sup> kann Fleisch, in das Luft eingeblasen ist, um die Haut leichter abziehen zu können, als verdorben angesehen werden.

### 1. Gesundheitsschädliches Fleisch.

Von den verschiedenen Zuständen der Schlachttiere, welche das Fleisch derselben so verändern, dass es zum Genuss für Menschen als ungeeignet erachtet wird, ist bereits die Rede gewesen. An dieser Stelle bleiben diejenigen Fälle nachzuholen, in denen das Fleisch ohne Rücksicht auf seine Herkunft einer gleichen Beurteilung unterliegt.

Wenn das Fleisch sehr verändert aussieht, wenn es blass und wässerig oder von dunkler Farbe oder missfarbig, stark bluthaltig, auffallend weich und mürbe ist, wenn es einen üblen Geruch verbreitet oder bereits in Fäulnis übergegangen ist, soll es im Oberamtsbez. Sigmaringen, in Oberbayern, Ober-, Mittelfranken, Pfalz, Württemberg, Baden, Hessen, Herzogt. Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Unter-Elsass vom Genuss gänzlich ausgeschlossen werden.

### m. Minderwertiges Fleisch — Freibänke.

Das minderwertige Fleisch stellt sich neben dem bankwürdigen und ungeniessbaren oder gesundheitsschädlichen Fleische als eine dritte Qualität dar, deren Unterschei-

<sup>1)</sup> Rechtspr. Bd. 9, S. 355. — <sup>2)</sup> Samml. von Entscheid., Bd. 6, S. 244; Veröff. 1893, S. 747.



derung vom volkswirtschaftlichen, wie vom sanitätspolizeilichen Interesse sehr wertvoll ist. Man rechnet in der Regel dazu mageres, sowie überhaupt weniger schmack- und nahrhaftes Fleisch von sonst gesunden Tieren und Fleisch von Tieren, die an solchen Krankheiten gelitten haben, welche das Fleisch noch nicht zum menschlichen Genuss ungeeignet machen.

In der Belehrung des württembergischen Medizinal-Kollegiums (s. S. 145) z. B. wird als minderwertiges (nicht bankwürdiges) Fleisch dasjenige von sehr alten oder allzu jungen oder in dürftigem Ernährungszustande befindlichen Tieren, sowie das Fleisch von Tieren bezeichnet, die an solchen örtlichen oder allgemeinen Krankheiten gelitten haben, bei welchen das Fleisch noch keine wesentlichen Veränderungen erlitten hat und welche nach einer von einem approbierten Tierarzte vorgenommenen Untersuchung und schriftlichen Bescheinigung das Fleisch nicht ungeniessbar oder für die Gesundheit des Menschen schädlich machen, während als Fleisch erster, bester Beschaffenheit (bankwürdiges Fleisch) dasjenige von gesunden, im gehörigen Ernährungs- oder Mastungszustande befindlichen und im passenden Alter geschlachteten Tieren gelten soll.

Die Natur des minderwertigen Fleisches macht es erforderlich, das Feilhalten und den Verkauf desselben unter Kontrolle zu stellen. Die Verordnungen, welche eine Unterscheidung zwischen bankwürdigem und nicht bankwürdigem Fleisch vorschreiben oder empfehlen, bestimmen daher, dass der Verkauf des letzteren an besonderen Stellen, auf Freibänken oder in freibankähnlichen Einrichtungen, stattfinde, welche ausdrücklich als solche zu bezeichnen, eventuell auch mit Vorrichtungen zur Sterilisierung des Fleisches kranker Tiere versehen sind. In der Regel muss dort der Grund der Minderwertigkeit des Fleisches angegeben werden.

Die Einrichtung der Freibänke hat in Süddeutschland schon seit lange eine grosse Verbreitung gefunden. In neuerer Zeit hat sie sich auch in Norddeutschland mehr und mehr eingebürgert.

Über die Beurteilung von magerem Fleisch vgl. S. 70.

n. Wurst. Vgl. auch S. 179 und 184.

In Hessen dürfen Würste von finnigem Fleisch, auch wenn wegen eines geringeren Grades der Krankheit das Schlachten des betreffenden Viehstücks und der Gebrauch



des Fleisches selbst bei der Fleischschau gestattet sein sollte, nach Art. 319 des Pol.-Strafges. (s. S. 11) bei Vermeidung einer Strafe von 3 bis 10 fl. niemals gefertigt oder verkauft werden. Die Verwendung nicht bankwürdigen, wenn auch noch geniessbaren Fleisches zum Verwurstn ist im Unter-Elsass mit der Maassgabe verboten, dass die Wurstler sehr magere, falls sonst gesunde Tiere schlachten dürfen.

Wegen des Zusatzes von Mehl und Farbstoffen zu Wurst s. S. 60 und 59, wegen Wurst aus dem Fleisch kranker Tiere S. 81. — Die bei der Herstellung von Würsten als Umhüllung verwandten Rindsdärme sind nach einem Urteil des Oberlandesgerichts München vom 31. Dezember 1886 <sup>1)</sup> als Nahrungs- oder Genussmittel für Menschen anzusehen.

#### o. Aushängen und Beförderung von Fleisch.

Das Aushängen von geschlachteten Tieren, Fleisch, Fleischwaren, Fett, Därmen in und an strassenwärts belegenen Thüren ist in Berlin<sup>2)</sup>, im Reg.-Bez. Arnsberg (desgl. ausserhalb der Marktzeit an öffentlichen Strassen, Wegen, Plätzen und Brücken)<sup>3)</sup>, im Herzogt. Koburg<sup>4)</sup> und in Reuss ä. L.<sup>5)</sup> verboten, desgleichen im Reg.-Bez. Oppeln<sup>6)</sup> das Feilbieten von Fleisch vor den Thüren und auf der Strasse.

Die gleichen Waren müssen in Berlin<sup>7)</sup>, im Reg.-Bez. Oppeln<sup>6)</sup> und im Herzogt. Koburg<sup>4)</sup> bei der Beförderung auf den Strassen mit reinen Tüchern vollständig bedeckt werden, falls die Beförderung nicht in rings umschlossenen Wagen erfolgt. Letztere müssen im Reg.-Bez. Oppeln innen mit Zinkblech oder verzinnem Eisenblech ausgeschlagen sein und nach jedesmaligem Gebrauch gereinigt werden. Die gleichzeitige Beförderung anderer Gegenstände, welche das Fleisch zu verderben geeignet sind, ist dort

---

<sup>1)</sup> Entsch. Bd. 4, S. 273; Veröff. 1888, S. 396. — <sup>2)</sup> Strassenpolizei-Reglem. v. 7. April 1867, § 99. Samml. d. P.-V. 1887, S. 307. — <sup>3)</sup> P.-V. v. 17. Jan. 1888. Veröff. 1888, S. 406. — <sup>4)</sup> V. v. 22. Dez. 1891. Ges.-Samml. S. 90; Veröff. 1892, S. 577. — <sup>5)</sup> S. S. 185. — <sup>6)</sup> V. v. 28. Nov. 1885 u. 22. Mai 1886. Amtsbl. 1886, St. 4 u. 27; Veröff. 1887, S. 7. — <sup>7)</sup> P.-V. v. 18. Juli 1879. Samml. d. P.-V. 1887, S. 307.



ebenso wie das Sitzen auf oder unmittelbar neben dem Fleische verboten.

### 3. Getreide, Mehl, Backwaren.

Die auf diese Nahrungsmittel bezüglichen gesundheitlichen Vorschriften haben, soweit sie über den Bereich eines einzelnen Ortes hinausgehen, fast sämtlich die Verunreinigung mit Mutterkorn (*Secale cornutum* — *Sclerotium* des Pilzes *Claviceps purpurea*) zum Gegenstand. Sie verbieten das Aufbewahren und den Verkauf des mit Mutterkorn vermischten Getreides, das Vermahlen desselben, das Feilbieten und den Verkauf des daraus gewonnenen Mehles und des aus solchem Mehl bereiteten Brotes, oder sie schreiben eine sorgfältige Reinigung des fraglichen Mehls vor. Bestimmungen dieser Art sind gewöhnlich bei zeitweise gegebener Veranlassung getroffen bzw. erneuert worden. Mit der Vervollkommnung der Reinigungsmaschinen hat sich die Gefahr, dass das zur Verwendung kommende Mehl Mutterkorn enthält, verringert. Die Verordnungen stammen daher meist aus älterer Zeit, so die im Reg.-Bez. Kassel erlassene aus dem Jahre 1803 (am 21. Sept. 1816 erneuert — Mühlenordn. v. 29. Dez. 1820 § 5)<sup>1)</sup>, diejenigen in Baden v. 10. Nov. 1816 und 5. Dez. 1812<sup>2)</sup>, Sachsen-Altenburg v. 8. Sept. 1831 (erneuert am 18. Okt. 1838 u. 18. Aug. 1856)<sup>3)</sup>, Waldeck v. 10. Okt. 1854<sup>4)</sup>. Gegenstandslos ist die Verunreinigung mit Mutterkorn aber auch jetzt noch nicht, wie der preussische Minist.-Erl. v. 30. Aug. 1882<sup>5)</sup>, sowie die Verordnungen der Reg.-Präsidenten zu Breslau v. 25. Okt. 1884<sup>6)</sup> und zu Düsseldorf v. 28. Aug. 1891<sup>7)</sup> zeigen.

Über Mühlsteine s. unter Ziff. 15 (§ 5 des Blei-Zinkgesetzes).

Über Backwaren enthält § 73 Gew.-O. die Bestim-

---

<sup>1)</sup> Generalber. üb. d. öff. Gesundheitswes. 1875/79, S. 98. —

<sup>2)</sup> Oeffinger, das Medizinalwes. d. Grossh. Baden. Eberbach 1882, S. 260. — <sup>3)</sup> Ges.-Samml. 1831 S. 254, 1838 S. 97, 1856 S. 98. —

<sup>4)</sup> Ber. d. XIII. Kommiss. a. a. O., S. 59. — <sup>5)</sup> Ministerialbl. S. 255. — <sup>6)</sup> Mediz.-Gesetzgeb. 1884, S. 116. — <sup>7)</sup> Amtsbl. S. 503; Veröff. 1892, S. 332.



mung, dass die Bäcker und die Verkäufer von Backwaren durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden können, die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaren für gewisse von derselben zu bestimmende Zeiträume durch einen von aussen sichtbaren Anschlag am Verkaufsorte zur Kenntnis des Publikums zu bringen. Dieser Anschlag ist kostenfrei mit dem polizeilichen Stempel zu versehen und täglich während der Verkaufszeit auszuhängen. Wo der Verkauf von Backwaren nur nach den von den Bäckern und Verkäufern an ihren Verkaufsorten angeschlagenen Preisen erlaubt ist, kann die Ortspolizei nach § 74 die Bäcker und Verkäufer zugleich anhalten, im Verkaufsorte eine Wage mit den erforderlichen geachteten Gewichten aufzustellen und die Benutzung derselben zum Nachwiegen der verkauften Backwaren zu gestatten. Eine Überschreitung der Taxen wird nach § 148 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. — Durch Erlass des württembergischen Ministeriums des Innern vom 16. Januar 1877<sup>1)</sup> sind die Oberämter angewiesen worden, darauf hinzuwirken, dass die Ortspolizeibehörden namentlich der grösseren Orte von der aus §§ 73, 74 Gew.-O. und der aus Art. 29, Abs. 2 (s. S. 10) und 51 Polizei-Strafges. eingeräumten Befugnis, den Verkauf von nicht vollständig ausgebackenem und zu stark wasserhaltigem Brot zu verbieten, Gebrauch machen und im letzteren Falle auch vorschreiben, dass die Krume (die inneren weichen Teile) von gut ausgebackenem und vollständig erkaltetem weissen Brote nicht über 45  $\frac{0}{100}$ , von schwarzem Brote nicht über 48  $\frac{0}{100}$  Wasser enthalten darf.

In verschiedenen Orten ist, zumal beim Herrschen einer Epidemie, wie z. B. während der letzten Choleraepidemie, das Betasten der Backwaren seitens der Käufer verboten worden.

Vgl. die Reichsgerichts-Urteile über Getreide auf S. 21 (Weizen, Gerste als Nahrungsmittel), 65 (verdorbenes); Mehl 58 (Verfälschung), 80 (gesundheitsschädliches). Wegen Färbung von Backwaren mit Chromgelb s. das Reichsgerichts-Urteil vom 2. Dezember 1889 (Verurteil. aus § 12, Ziff. 1 N.-M.-G.).<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Mediz.-Gesetzgeb. 1877, S. 223. — <sup>2)</sup> Veröff. 1890, S. 552.



## 4. Butter — Kunstbutter, Margarine.

Über den Verkauf von Butter besteht eine Landesbestimmung in Sachsen-Altenburg vom 22. April 1886<sup>1)</sup>, nach welcher die zum Zwecke des Verkaufes in einem Verkaufslokale oder auf dem Markte öffentlich ausgelegte oder in ein Haus gebrachte Butter nur nach dem Gewicht verkauft werden darf. Der Verkauf von geformter Butter ist nur in Stücken oder Wecken von 250 g Gewicht gestattet; anderenfalls ist solche Butter durch Zerschneiden kenntlich zu machen. Übertretungen werden mit 1 bis 60 Mark Strafe belegt.

Butter mit 40 % Wassergehalt gilt nach einem Reichsgerichts-Urteil vom 24./31. Januar 1888<sup>2)</sup> auch dann als verfälscht, wenn der hohe Wassergehalt nicht von künstlichem Zusatze, sondern von ungenügendem Auskneten von Wasser herrührt. — Die laut gerichtlichen Feststellungen zu Butter zugesetzten Stoffe waren nach den Veröff. Arachisöl, Baumwollsamööl, Kartoffeln, Kartoffelmehl, Rindertalg, Salz, Stearin, Wasser.

Ungleich grösseres Interesse in gesetzlicher Beziehung als die Butter selbst beansprucht die Kunstbutter, ein als Ersatz der Milchbutter dienendes, auf verschiedene Weise, in der Regel aus Rindstalg oder Schweinefett bzw. Speck, hergestelltes Produkt. Mit der Zunahme der Fabrikation desselben wurde immer häufiger die Beobachtung gemacht, dass die Ware nicht unter der ihrem Wesen entsprechenden Bezeichnung, sondern als Milchbutter in den Handel gelangte und zu Preisen der echten Butter verkauft wurde. Neben einer Schädigung des Publikums erwuchs aus diesem Treiben eine betrügerische Konkurrenz für die Landwirtschaft, insbesondere das Molkereiwesen, und ausserdem lag für den Fall eines gleichartigen Exportes der Kunstbutter die Gefahr nahe, dass der Ruf der heimischen Milchbutterproduktion im Auslande leiden und der bisherige Absatz daselbst aufhören oder zurückgehen würde.

Um den beregten Missbräuchen entgegenzutreten und die mit ihnen verbundenen Nachteile zu beseitigen, legte

---

<sup>1)</sup> Ges.-Samml. St. 6; Veröff. S. 362. — <sup>2)</sup> Entsch. Bd. 17, S. 99; Rechtspr. Bd. 10, S. 64; Veröff. 1889, S. 44.



die Regierung dem Reichstage am 3. März 1887 den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Kunstbutter, vor.

Eine Einschränkung der Kunstbutterproduktion herbeizuführen, wurde nicht beabsichtigt. Die Kommission, welcher der Entwurf am 26. März 1887 zur Vorberatung überwiesen wurde, erkannte die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kunstbutter-Industrie, welche die Aufgabe erfülle, ein geringwertiges tierisches Fett in ein Fabrikat von höherem Wert zu verwandeln und besonders zum Vorteile der ärmeren Bevölkerung ein billiges Speisefett zu liefern, ausdrücklich an. Zur Verhütung der zu Tage getretenen Missbräuche und Nachteile entschied sich die Kommission für ein Verbot der Mischung von Kunst und Naturbutter, für die Beseitigung der Bezeichnung „Butter“ aus dem Namen des Fabrikats und für eine Verschärfung der Strafbestimmungen. Ferner wurde in der Überschrift „Ersatzmittel für Butter“ statt „Kunstbutter“ gesagt. Im Texte wurde in Ausführung des zweiten Beschlusses die Bezeichnung „Margarine“ gewählt, welche aus derjenigen für das Rohmaterial, dem „Margarin“, abgeleitet ist. Letztere selbst wurde verworfen, weil Margarin und Oleo-Margarin in der Technik allgemein als gleichbedeutend gebraucht werden. Von einer auf Kennzeichnung der Kunstbutter durch Färbung bezüglichen Vorschrift wurde abgesehen, weil es unmöglich erschien, eine Farbe zu finden, welche die Ware dem Käufer nicht verekele und allen sonst an sie zu stellenden Anforderungen genüge. Das Plenum trat den Kommissionsbeschlüssen im wesentlichen bei.

Das von Sr. Majestät dem Kaiser am 12. Juli 1887 vollzogene

**Gesetz, betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter,** wurde im Reichs-Gesetz-Blatt S. 375<sup>1)</sup> (s. den Wortlaut des Gesetzes im Anhange) verkündet.

Die Vorschriften des Gesetzes beziehen sich, wie in § 4 zur Vermeidung von Missverständnissen ausdrücklich angegeben ist, nur auf solche als Margarine bezeichneten Ersatzmittel für Butter, welche zum Genusse für Menschen bestimmt sind. Im 2. Abs. des § 1 wird „Margarine“ im Sinne des Gesetzes dahin erläutert, dass darunter alle Zubereitungen fallen, welche der Milchbutter ähnlich sind, deren Fettgehalt aber nicht ausschliesslich der Milch entstammt. Es wird also einerseits eine Ähnlichkeit der ein-

---

<sup>1)</sup> Veröff. S. 452.



schlägigen Zubereitungen mit der Milchbutter erfordert, ohne dass sie gerade solche zu enthalten brauchen, andererseits werden sie in einen Gegensatz gestellt zu denjenigen Zubereitungen, welche ein anderes als das der Milch entstammende Fett überhaupt nicht enthalten. (Vgl. das unten angeführte Reichsgerichts-Urteil vom 28. Okt. 1889). Durch die Gegenüberstellung von Margarine und Butter (Milchbutter) enthält das Gesetz streng genommen eine Regelung des Verkehrs mit Fettstoffen überhaupt.

Der beregte Gegensatz ist in § 2 dahin weiter durchgeführt, dass die Vermischung von Butter mit Margarine oder anderen Speisefetten zum Zwecke des Handels mit diesen Mischungen, sowie das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten derselben verboten wird, während der Zusatz von Butterfett, welcher aus der Verwendung von Milch oder Rahm bei der Herstellung von Margarine herrührt, gestattet wird, sofern nicht mehr als 100 Gewichtsteile Milch oder 10 Gewichtsteile Rahm auf 100 Gewichtsteile der nicht der Milch entstammenden Fette in Anwendung kommen.

Mischbutter, im Sinne der Mischung von fertiger Milch- mit fertiger Kunstbutter, scheidet also vollständig aus dem Handelsverkehr aus. Die Bezeichnung „Butter“ bleibt allein für solche Ware vorbehalten, welche ausschliesslich MilCHFETT enthält; Zusätze sind weder von Margarine, noch von anderen Speisefetten zu Butter statthaft. Die als Margarine in den Handel kommende Ware darf MilCHFETT enthalten. Wenn dies aber der Fall ist, darf die Menge desselben einen gewissen Gehalt nicht überschreiten. Durch die Zulässigkeit eines gewissen Butterfettgehalts wird die Herstellung von Margarine auf Grundlage des Mège-Mouriès'schen Verfahrens ermöglicht.

Der Verkehr mit Margarine unterliegt weiteren Beschränkungen, soweit die Ware gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird. Diese Beschränkungen beziehen sich auf die Verkaufsräume und sonstigen Verkaufsstellen, auf die Gefässe und Umhüllungen und auf die Ware selbst.

Die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen einschliesslich der Marktstände, in welchen Margarine gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, müssen nach § 1, Abs. 1 an in die Augen fallender Stelle die deutliche, nicht verwischbare Inschrift „Verkauf von Margarine“ tragen.



Die übrigen einschlägigen Bestimmungen sind in § 3 zusammengestellt. (Abs. 1). Vorangeschickt wird die allgemeine Vorschrift, dass die Gefässe und äusseren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, an in die Augen fallenden, demnach an mehreren Stellen, eine deutliche, nicht verwischbare Inschrift tragen müssen, welche die Bezeichnung „Margarine“ enthält.

Weiterhin wird zwischen Gross- und Kleinhandel unterschieden. (Abs. 2). Beim gewerbsmässigen Verkauf oder Feilhalten von Margarine in ganzen Gebinden oder Kisten hat die Inschrift ausserdem den Namen oder die Firma des Fabrikanten zu enthalten. (Abs. 3). Im gewerbsmässigen Einzelverkauf muss Margarine an den Käufer in einer Umhüllung abgegeben werden, welche eine die Bezeichnung „Margarine“ und den Namen oder die Firma des Verkäufers enthaltende Inschrift trägt. Wird Margarine, ohne in eine bestimmte Form gebracht zu werden, gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten, so ist ein weiteres nicht geboten. Anderenfalls müssen die Stücke von Würfelform sein; ausserdem muss ihnen die vorbezeichnete Inschrift (Margarine und Namen oder Firma des Verkäufers) eingedrückt oder sie müssen mit einer diese Inschrift tragenden Umhüllung versehen sein.

Zur Ausführung der vorstehenden Vorschriften des § 3 ist der Bundesrat (laut Abs. 4) ermächtigt, nähere, im Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichende Bestimmungen zu erlassen.

Von dieser Befugnis hat der Bundesrat alsbald Gebrauch gemacht. Die diesbezüglichen Beschlüsse sind vom Reichskanzler am 26. Juli und 12. November 1887<sup>1)</sup> bekannt gegeben.

Die Inschrift „Margarine“ auf den Gefässen und äusseren Umhüllungen (§ 3, Abs. 1) ist nach angegebenem Muster (s. Anhang), d. h. mit grossen lateinischen Druckbuchstaben in einer Einrahmung dergestalt anzubringen, dass die Länge der Einrahmung nicht mehr als das Fünffache der Höhe, sowie nicht weniger als 30 cm und nicht mehr als 50 cm betragen darf. Nur bei runden oder länglich runden Gefässen, deren Deckel einen grössten Durchmesser von we-

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 383 u. 521; Veröff. S. 479 u. 683.



niger als 35 cm hat, darf die Länge der Einrahmung bis auf 15 cm ermässigt werden. Der Name oder die Firma des Fabrikanten (§ 3, Abs. 2) ist unmittelbar über, unter oder neben der vorbezeichneten Inschrift anzubringen. Die Gesamtinschrift ist auf den Seitenwänden des Gefässes an mindestens zwei sich gegenüberliegenden Stellen, falls das Gefäss einen Deckel hat, auch auf der oberen Seite des letzteren, bei Fässern auch auf beiden Böden anzubringen. Die Anbringung der Inschrift geschieht durch Einbrennen oder durch Aufmalen, im letzteren Falle auf weissem oder hellgelbem Grunde mittels schwarzer Farbe. Beim Einzelverkauf (§ 3, Abs. 3) darf die Länge der Einrahmung auf den Umhüllungen nicht weniger als 15 cm betragen. Bei der Bezeichnung der würfelförmigen Stücke (ebd.) findet eine Beschränkung hinsichtlich der Grösse der Einrahmung nicht statt, und es ist die Trennung des Wortes Margarine in zwei unter einander zu setzende, durch Bindestriche zu verbindende Hälften gestattet. Im übrigen gelten für den ersteren dieser Fälle (Einzelverkauf) die obigen Vorschriften über das Verhältnis der Länge der Einrahmung zur Höhe derselben und für beide (Einzelverkauf und Bezeichnung würfelförmige Stücke) diejenige über das Lageverhältnis des Namens oder der Firma zu dem Wort „Margarine“ auf der Inschrift, sowie über die Form der Buchstaben des Wortes „Margarine“.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes, wie gegen die Bestimmungen des Bundesrats werden laut § 5 des Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft, im Wiederholungsfalle mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Bei Gefängnisstrafe kann eine angemessene Beschäftigung stattfinden, während Haft in einfacher Freiheitsentziehung besteht. Die für den Wiederholungsfall ausgesetzten Strafen geben daher bei der Zulässigkeit der Gefängnisstrafe nicht bloss die Möglichkeit einer dem Grade, sondern auch der Beschaffenheit nach härteren Bestrafung als bei der ersten Zuwiderhandlung.

Ein Wiederholungsfall soll nicht angenommen werden, wenn seit dem Zeitpunkte, in welchem die für die frühere Zuwiderhandlung erkannte Strafe verbüsst oder erlassen ist, drei Jahre verflossen sind. Eine ähnliche Bestimmung findet sich in § 245 Str.-G. (vgl. S. 5).

Neben der Geld-, Haft- oder Gefängnisstrafe kann, in Übereinstimmung mit § 367, Ziff. 7, auf Einziehung der vorschriftswidrig verkauften oder feilgehaltenen Gegenstände erkannt werden, ohne Unterschied ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung



einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden. In dieser Beziehung werden die Zuwiderhandlungen mit solchen aus §§ 12 bis 14 N.-M.-G. auf gleiche Stufe gestellt, während in den Fällen der §§ 10, 11 N.-M.-G. die Einziehung unter den fraglichen Umständen nicht zulässig ist. Wie übrigens die Worte „Verfolgung“ und „Verurteilung“, soweit es sich um die Einziehung handelt, zu verstehen sind, ist auf S. 100 dargelegt worden.

Selbstverständlich kann neben einer Zuwiderhandlung aus diesem Gesetze ein Betrug oder ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, zumal die §§ 10 und 11 desselben, vorliegen. Alsdann ist nach Maassgabe der §§ 73, 74 Str.-G. (s. S. 49) zu verfahren.

Dass die Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes unberührt bleiben, wird zur Vermeidung von Zweifeln in § 6 des Gesetzes ausdrücklich bemerkt. Ferner sollen die Vorschriften in den §§ 16, 17 N.-M.-G. (s. S. 100 und 104) bei Zuwiderhandlungen gegen das vorliegende Gesetz, also auch ohne Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes selbst, Anwendung finden. Für den 4. Abs. des § 16 war dies bereits in den Motiven zu dem Entwurf des letzteren (s. S. 104) in Aussicht genommen.

In Preussen<sup>1)</sup> sind die Regierungs-Präsidenten, nachdem schon unter dem 14. August 1889 ein Ministerial-Erlass über die regelmässige Überwachung der öffentlichen Verkaufsstellen für Butter und Margarine ergangen war, durch Erlass vom 2. Dezember 1891 darauf hingewiesen worden, dass bezüglich der Kontrolle über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter mehr als bisher geschehen müsse. Namentlich wurde auf die Notwendigkeit periodisch wiederkehrender unvermuteter Revisionen der Verkaufsstellen in Läden und auf den Märkten, sowie auf die Errichtung von Anstalten und die Anstellung von Chemikern zur Untersuchung von Nahrungsmitteln aufmerksam gemacht.

Das Gesetz, betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, bezieht sich nach einem Reichsgericht-Urteil vom 28. Oktober 1889<sup>2)</sup> nicht nur auf das gewöhnlich als Butter bezeichnete Produkt aus Kuhmilch, sondern auch auf Butter im gereinigten Zustande, in

<sup>1)</sup> Generalber. üb. d. ö. Gesundheitswes. d. R.-B. Bromberg f. d. J. 1889/91, S. 68, 69.

<sup>2)</sup> Entsch. Bd. 20, S. 14; Veröff. 1890, S. 250.



welchem sie als Schmalz, Rindschmalz, Kuhschmalz u. s. w. bezeichnet wird. Schmalz in diesem Sinne ist gereinigte Butter, also Butter. Die vulgäre Bezeichnung dieser Stoffe ist keine allgemein gültige in Deutschland, und kann deshalb aus dem Namen „Schmalz“ nichts gefolgert werden. Nach einem Urteil desselben Gerichts vom 25. März 1889<sup>1)</sup> kann in Form und Farbe der echten Butter ähnliche Margarine, welche mit dem Zeichen eines Kleeblatts versehen ist und der vorgeschriebenen Aufschrift „Margarine“ entbehrt, als nachgemachte Butter angesehen und der Verkauf solcher Margarine aus § 10 N.-M.-G. bestraft werden. Auch die Wohnung eines Verkäufers kann im Falle des gewerbsmässigen Verkaufs von Margarine als Verkaufsstelle im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1887 betrachtet werden.

(Vor Erlass des letzteren Gesetzes.) Verurteilung wegen des Verkaufs eines Gemisches von Kuhbutter und Kunstbutter als reine Naturbutter von der Kuh zu Preisen der Kuhbutter in 17 Fällen aus § 263 Str.-G. (Betrug) wurde vom Reichsgericht<sup>2)</sup> als nicht rechtsirrtümlich erkannt; ebenso entschied Oberlandesger. Dresden<sup>3)</sup> bei Verurteilung wegen Feilhaltens eines Gemisches von Margarine mit 22 bis 22½ % Butterfett als „Gutsmischbutter“ oder „feinste holsteinische Mischbutter“ aus § 10, Ziff. 2 N.-M.-G.

## 5. Wasser — Eis.

Die einschlägigen Bestimmungen beziehen sich zunächst auf Wasserversorgung, Anlage und Verunreinigung von Brunnen, Verunreinigung des Bodens und Grundwassers und auf Flussverunreinigung. Hierauf sei nur kurz hingewiesen. Teilweise sind diese Bestimmungen schon alt. So verordnet in Preussen bereits das Allgemeine Landrecht im Teil I, Titel 8, § 129, dass Anlagen, durch welche der schon vorhandene Brunnen des Nachbars verunreinigt oder unbrauchbar gemacht werden würde, unzulässig sind, und in § 131, dass innerhalb dreier Werkschuhe von des Nachbars Grenze kein neuer Brunnen angelegt werden darf. Von dem reichsgesetzlichen Verbot der Vergiftung von Brunnen und Wasserbehältern (§ 324 Str.-G.) ist bereits auf S. 6 die Rede gewesen. Die Wasserleitungen werden unter Ziff. 15 „blei- und zinkhaltige Gegenstände“ zu erwähnen sein.

Neuerdings bestehen auch Vorschriften über die Wasseruntersuchung.

---

<sup>1)</sup> Ebd. Bd. 19, S. 152; S. 248. — <sup>2)</sup> Urteil v. 11. März 1886. Veröff. S. 446. — <sup>3)</sup> Urteil v. 31. März 1887. Ebd. S. 265.



Der Regierungs-Präsident zu Bromberg hat sich am 26. Oktober 1891<sup>1)</sup> dahin ausgesprochen, dass bakterioskopische Wasseruntersuchungen beim Ausbruch von Infektionskrankheiten aus Mangel an dem geeigneten Untersuchungspersonal zur Zeit nur ganz vereinzelt zur Ausführung gelangen können. Nur bakteriologisch geschulte Ärzte werden dazu als geeignet bezeichnet. Chemische Wasseruntersuchungen können ihren Zweck allein dann vollständig erfüllen, wenn sie wiederholt, zu verschiedenen Jahreszeiten, bei trockener und nasser Witterung vorgenommen werden. In ihr volles Recht tritt die chemische Untersuchung, deren Ausführung dem Apotheker übertragen werden kann, besonders bei einer beabsichtigten Neuanlage eines Brunnens. — Das Sachsen-Meiningen'sche Staatsministerium, Abt. des Innern, hat am 28. März 1885<sup>2)</sup> bestimmt, dass fortan bei allen Trinkwasser-Untersuchungen neben der chemischen Analyse eine mikroskopische Untersuchung vorgenommen wird.

Für die Entnahme der Wasserproben, welche durch die Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule Karlsruhe untersucht werden sollen, sind Anweisungen von dem badischen Ministerium des Innern mittels Erlasses vom 12. Februar 1889<sup>3)</sup> bekannt gegeben worden.

Für die chemische Untersuchung ist mindestens je 1 Liter Wasser zu liefern. Die Gefässe sind am besten neue, vollkommen reine, weisse Weinflaschen, welche mit neuen Korkstopfen verschlossen werden. Vor der Probenahme werden sie mit etwas grobem Sand und etwa  $\frac{1}{3}$  Wasser mehrere Minuten lang geschüttelt und so lange ausgewaschen, bis sie vollständig klar und rein sind. Alsdann werden sie mit dem zu prüfenden Wasser zwei- bis dreimal ausgespült, hierauf vollständig gefüllt, wieder entleert und dann erst wird die zu untersuchende Probe abgefüllt. Die Korkstopfen sind mit dem zur Untersuchung bestimmten Wasser sorgfältig zu reinigen. Jede Flasche ist mit genauer Bezeichnung des Inhalts zu versehen und der Verschluss durch ein Siegel zu sichern. Ausserdem sind wemöglich die Bezeichnung des Wassers (Lauf-, Pumpbrunnen u. s. w.), Ort und Zeit der Entnahme, Zweck der Untersuchung, Zustand der Wasserquelle, des Brunnens, örtliche Lage der Entnahmestelle, besonders in Bezug auf schädliche Zuflüsse und Bodenbeschaffenheit anzugeben. — Bei bakteriologischen Untersuchungen werden die nötigen Flaschen von der Anstalt geliefert. Dieselben halten etwa 200 ccm, sind mit eingeschliffenem Stöpsel und luftdicht schliessender Gummikappe versehen und werden vor der Versendung mit  $\frac{1}{1000}$  Sublimatlösung ausgespült. Bei der Probeentnahme werden Gummikappe und Stöpsel, welche erst unmittelbar vorher abgenommen werden dürfen, sowie die Flasche mit dem zu untersuchenden Wasser

<sup>1)</sup> Veröff. 1892, S. 376. — <sup>2)</sup> Ebd. 1885 II, S. 60. —

<sup>3)</sup> Ebd. 1889, S. 69\*.



vier- bis fünfmal aus- bzw. abgespült. Dann wird die Flasche gefüllt und sofort mit Stöpsel und Gummikappe versehen. Bei Pumpbrunnen und Wasserleitungen ist vor der Füllung eine zeitlang Wasser ablaufen zu lassen; bei offenen Brunnen muss das Wasser mit einem Schöpfer, welcher aber den Boden nicht berühren und keine Verunreinigungen in das Wasser bringen darf, entnommen und in die Flasche gegossen werden. Für jede Untersuchung sind zwei Proben erforderlich. Die Absendung der Proben muss sofort nach der Entnahme in der von der Anstalt gelieferten Kiste durch die Post erfolgen. Bei fließenden Gewässern, Seen, Teichen wird in jedem Falle eine besondere Anleitung zur Probeentnahme für bakteriologische Untersuchungen gegeben werden. Für den Fall von Untersuchungen im sanitätspolizeilichen Interesse soll die Probeentnahme unter Leitung des Bezirksarztes geschehen.

Gerichtliche Verfolgungen wegen Trinkwasser-Verunreinigung nicht gewerblicher Art scheinen selten vorzukommen. In den Veröffentlichungen werden zwei derartige Fälle<sup>1)</sup> mitgeteilt (Beimischung von Urin und Ätzlauge). In beiden Fällen erfolgte Verurteilung aus § 12 N.-M.-G.

Der Polizeipräsident von Berlin hat am 21. Oktober 1892<sup>2)</sup> vor dem Genusse von Getränken und anderen Nahrungsmitteln, welche durch Hineinwerfen von Eisstückchen oder durch Liegen auf Eis gekühlt worden sind, gewarnt.

Den Anlass hierzu boten Untersuchungen des kaiserl. Gesundheitsamtes, nach denen das in Berlin zu wirtschaftlichen Zwecken in den Handel kommende Eis selbst bei gutem Aussehen in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht veränderte, gesundheitsgefährliche Kleinwesen enthielt.

Den Erlass einer gleichen Warnung hat der Regierungs-Präsident zu Potsdam am 4. März 1892<sup>3)</sup> den Landräten und städtischen Polizeiverwaltungen mit dem Hinzufügen empfohlen, dass es auch notwendig erscheint, Vorkehrungen dahin zu treffen, dass das in den Handel gelangende Roheis nicht aus Gewässern gewonnen wird, welche durch zufließende Unreinlichkeiten oder andere besondere Umstände in gesundheitlicher Beziehung von bedenklicher Beschaffenheit sind.

Im besonderen Hinblick darauf, dass die Cholerakeime im Eise lange Zeit lebensfähig bleiben, hat der preussische Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten am 21. Februar 1893<sup>4)</sup> die Regierungs-Präsidenten ersucht, vor dem unvorsichtigen Gebrauch verdächtigen Eises zu warnen.

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1890, S. 745 und Beil. Bd. 2, S. 123\*. — <sup>2)</sup> Ebd. 1892, S. 947. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 1025. — <sup>4)</sup> Ebd. 1893, S. 196.



## 6. Milch.

Der Milch kommt im gesamten menschlichen Haushalte, besonders durch ihre Unersetzlichkeit im Kindesalter und in gewissen Krankheitsfällen, eine hohe Bedeutung zu. Das Bedürfnis, dieselbe immer gut und unverfälscht beschaffen zu können, wird noch dadurch gesteigert, dass sie Veränderungen sehr bald von selbst unterliegt, dass sie Verfälschungen leicht zugänglich ist, dass sie die Fähigkeit zur Aufnahme von Riech- und Schmeckstoffen in hohem Maasse besitzt und für kleinste Krankheitserreger im allgemeinen einen vorzüglichen Nährboden bildet. Es erscheint daher begreiflich, dass die Milch zu denjenigen Nahrungsmitteln gehört, deren Verkehr zu regeln als nächstes Ziel nach dem Erlass des Nahrungsmittelgesetzes ins Auge gefasst wurde. Schon vor 1879 war das kaiserliche Gesundheitsamt mit der Ermittlung eines bestimmten, gleichmässigen, leicht ausführbaren und sichere Resultate gebenden Milch-Prüfungsverfahrens beauftragt worden. Die von dem Gesundheitsamte vorgenommenen technischen Ermittlungen wurden im August 1882 beendet und in einer Vorlage unter dem Titel „Technische Materialien zum Entwurfe einer kaiserlichen Verordnung, betreffend die polizeiliche Kontrolle der Milch“ zusammengestellt, welche letzteren vom 16. bis 21. Oktober 1882 von einer aus zehn Mitgliedern gebildeten Kommission durchberaten wurden. Dieselben behandeln A. die Zusammensetzung der Milch, B. ihr Verhalten (volle, abgerahmte, abnorme, fehlerhafte Milch), C. ihre Verfälschungen, D. die Instrumente für die Kontrolle der Marktmilch, E. Schlussfolgerungen und in einem Anhange A. die Behandlung der Milch von Seiten der Produzenten und Verkäufer und B. die Kontrolle (1. vorläufige an der Verkaufsstelle, 2. endgültige im Laboratorium, 3. Stallprobe).

Aus den im Anschluss an die Verhandlungen der genannten Kommission gepflogenen Erörterungen ergab sich, dass eine einheitliche Regelung des Verkehrs mit Milch für das gesamte Reichsgebiet auf Grund des § 5 N.-M.-G. (s. S. 41) nicht ratsam sei, da die Beschaffenheit der Milch durch die Verschiedenartigkeit der lokalen Verhältnisse



(Rasse der Tiere, Futterbeschaffenheit u. s. w.) so beeinflusst werde, dass übereinstimmende Vorschriften hinsichtlich des Fettgehaltes der Milch in ausreichend detaillierter Weise unter gleichmässiger Wahrung der Interessen der Konsumenten wie der Produzenten nicht getroffen werden könnten. Infolge dessen wurden die vorerwähnten Materialien den einzelnen Bundesregierungen zur Verwertung bei etwa von ihnen zu erlassenden Vorschriften mitgeteilt.<sup>1)</sup>

Solche Vorschriften bestehen in mehreren Staaten.

Nach einer Zirkularverfügung der preussischen Minister des Innern, für Landwirtschaft pp., der geistlichen pp. Angelegenheiten an die Ober-Präsidenten vom 28. Januar 1884<sup>2)</sup> erscheint die einheitliche Regelung der Angelegenheit für den preussischen Staat ebenso wenig empfehlenswert, wie für das Reich; vielmehr soll das Milchuntersuchungsverfahren den Bezirksregierungen bzw. den Polizeibehörden überlassen bleiben, zumal das Bedürfnis nach einer solchen Regelung nur in grösseren Städten hervorgetreten sei und für den Bereich einer jeden Stadt nur in einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Weise erfahrungsgemäss befriedigt werden könne. Die bei der Ausführung der Milchkontrolle maassgebenden Grundsätze sind in einem Anhange der Verfügung dargelegt worden.

In Bayern hat das Staatsministerium des Innern unter dem 15. Juli 1887<sup>3)</sup> eine oberpolizeiliche Vorschrift, den Verkehr mit Milch betr., mit der Bestimmung erlassen, dass den zuständigen Gemeindebehörden vorbehalten bleibt, die nach den örtlichen Verhältnissen weiter veranlassten Anordnungen mittels ortspolizeilicher Vorschrift zu treffen. Ferner ist mittels einer an die Regierungen, Distrikts- und Ortspolizeibehörden gerichteten Ministerial-Entschliessung vom 20. Juli 1887<sup>4)</sup> eine Anweisung bekannt gegeben worden, welche dazu bestimmt ist, den Polizeibehörden, wie den Sachverständigen bei der Überwachung des Verkehrs mit Milch als Anleitung zu dienen. Es handelt sich hierbei also im Gegensatz zu der oberpolizeilichen Vorschrift nicht um allgemein bindende Bestimmungen. Vielmehr wird ausdrücklich hervorgehoben, dass sich das in der Anweisung angegebene Untersuchungsverfahren, besonders soweit es die Voruntersuchung betrifft, nur in grösseren Gemeinden zur Durchführung eignen wird. Denjenigen Gemeinden, welche ihre Polizeibediensteten in der Vornahme der Kontrolle der Nahrungs- und Genussmittel und insbesondere der Milch, sowie in der Handhabung der geeigneten Untersuchungsinstrumente unter-

---

<sup>1)</sup> Arb. a. d. kaiserl. Gesundheits-A., Bd. 1, S. 24. — <sup>2)</sup> Ministerialbl. S. 23. — <sup>3)</sup> Ges.- u. Verordn.-Bl. No. 27; Veröff. S. 494. — <sup>4)</sup> Amtsbl. d. Staatsminist. d. I. No. 26; ebd.



weisen zu lassen wünschen, soll hierzu durch zu veranstaltende Unterrichtskurse Gelegenheit geboten werden.

Für Württemberg sind allgemein verbindliche Bestimmungen durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 24. April 1886<sup>1)</sup> getroffen worden. Ausserdem bezieht sich ein Erlass vom 12. Mai 1886<sup>2)</sup>, welchem eine Belehrung über die Beschaffenheit der Milch angefügt ist, auf die polizeiliche Kontrolle des Milchverkehrs. Letztere soll jedenfalls in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern, aber auch in sonstigen grösseren Gemeinden, in denen der grösste Teil der Bevölkerung die Milch von Zwischenhändlern bezieht, eingerichtet werden. Wo dies geschehen ist, soll sie bei jedem Verkäufer durchschnittlich alle vier Wochen unvermutet vorgenommen werden. Zur Verhinderung des Absatzes ungesunder oder gefälschter Milch an die Konsumenten wird den Ortspolizeibehörden der grösseren Städte als sehr zweckdienlich empfohlen, sich mit den Ortspolizeibehörden derjenigen benachbarten Gemeinden, aus denen die Milch vorzugsweise geliefert wird, behufs Einführung einer Kontrolle des Milchhandels am Produktionsort ins Benehmen zu setzen. Weitere durch lokale Verhältnisse veranlasste Vorschriften über den Verkehr mit Milch sind der ortsstatutarischen Regelung überlassen.

Auch in Baden, wo der Verkehr mit Milch durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1884<sup>3)</sup> geregelt ist, können weitergehende Bestimmungen zur Sicherung der öffentlichen Gesundheit durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschriften getroffen werden.

In Elsass-Lothringen erscheint nach einem an die Bezirkspräsidenten unter dem 14. März 1890<sup>4)</sup> gerichteten Ministerial-Erlass, betr. die Organisation der Milchkontrolle, eine einheitliche Regelung der Angelegenheit wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden nicht angezeigt. Als allgemein erforderlich wird bezeichnet, der zunehmenden Verfälschung der Milch durch Wasserzusatz vorzubeugen. Zu diesem Zwecke empfiehlt der Erlass, in allen Gemeinden, in welchen der Handel mit Milch in erheblicherem Umfange gewerbsmässig betrieben wird, insbesondere in den Städten, den Kantonshauptorten und in Orten mit Fabrikbevölkerung eine systematische Kontrolle der Milch auf Fälschung durch Wasserzusatz einzurichten. Gemeinden, welche die Einrichtungskosten nicht zu tragen vermögen, soll ausnahmsweise eine Beihilfe aus Landesfonds gewährt werden. Den grösseren städtischen Gemeinden bleibt es überlassen, ob sie neben der vorstehend bezeichneten Kontrolle durch besondere Ortspolizeiverordnungen weitere über das Nahrungsmittelgesetz hinausgehende Anforderungen an den Milchverkehr stellen wollen. Ein Entwurf zu einer derartigen Verordnung ist dem Erlass als Muster beigelegt.

---

<sup>1)</sup> Reg.-Bl. S. 156; Mediz.-Gesetzgeb. S. 78. — <sup>2)</sup> Amtsbl. S. 184; ebd. S. 77. — <sup>3)</sup> Veröff. 1885 II, S. 8. — <sup>4)</sup> Veröff. 1892, S. 291.



Im Jahre 1892<sup>1)</sup> fand in 54 Gemeinden Elsass-Lothringens eine Milchkontrolle statt; Polizei-Verordnungen über den Handel mit Milch waren in 11 Gemeinden erlassen. Auch in vielen anderen Orten bestehen einschlägige Polizei-Verordnungen (P.-V.), von denen die nachstehenden als Beispiele näher berücksichtigt werden sollen:

Berlin. P.-V. v. 6. Juli 1887. Nebst Ausführungs-Anweisung v. 19. Dez. 1887. (Veröff. 1887, S. 439; 1888, S. 43.) — Gnesen. P.-V. v. 18. Aug. 1891. (Generalber. üb. d. ö. Gesundheitswes. d. R.-B. Bromberg 1889/91, S. 141.) — Eberswalde. P.-V. v. 29. Febr. 1888. (Ber. üb. d. öff. Gesundheitswes. d. R.-B. Potsdam in den Jahren 1886/88, S. 89.) — Flensburg. P.-V. v. 26. Juli 1887. (Veröff. 1891, S. 43.) — Ratzeburg. P.-V. v. 11. Jan. 1888. (Ebd. S. 44.) — Wandsbek. P.-V. v. 1. Juli 1889. (Ebd.) — Nordhausen. P.-V. v. 10. Aug. 1887. (Ebd. 1888, S. 189.) — Wiesbaden. P.-V. v. 28. Nov. 1889. (Ebd. 1890, S. 231.) — Köln. P.-V. v. 14. Juli 1885. (Generalber. üb. d. ö. Gesundheitswes. d. R.-B. Köln f. d. J. 1884 u. 1885, S. 33.) — Düren. P.-V. v. 19. Febr. 1881. (General-Sanit.-Ber. f. d. R.-B. Aachen pro 1883/85, S. 56.) — Nürnberg. Ortspol. Vorschrift v. 14. April 1892. (Ztschr. f. Fleisch- u. Milchhyg. 1893/94, S. 41.) — Dresden. Bekanntmach. d. Rates v. 1. Okt. 1891. (Veröff. 1891, S. 751.) — Stuttgart. Ortspol. Vorschriften v. 22. Mai 1890. (Ebd. 1890, S. 492.) — Darmstadt. Milchverkaufsordnung v. 7. Dez. 1880. (Mediz.-Gesetzgeb. 1881, S. 49.) Gleichlautende Bestimmungen sind für Mainz, Offenbach, Giessen und Worms erlassen. (Wiener a. a. O., Bd. 2, Tl. 3, S. 279.) — Schwerin. Statut landesherrlich bestätigt am 28. Juli 1886. (Veröff. 1886, S. 634.) — Bremerhaven. Verordn. v. 12. Aug. 1886. (Jahresber. üb. d. ö. Gesundheitszustand u. s. w. in Bremen i. d. J. 1883/86, S. 53.)

Die sämtlichen eben angezogenen leitenden Grundsätze und Verordnungen werden nachstehend im Anschluss an die den Bundesregierungen vom Reiche mitgeteilten technischen Materialien, welche kurzweg als „Materialien“ bezeichnet werden sollen, zusammengefasst wiedergegeben.

Unter Milch im gewöhnlichen Sprachgebrauche wird nach den „Materialien“ die aus dem Euter der Kuh gewonnene Nährflüssigkeit verstanden.

Die Bestimmungen für Berlin, Nordhausen, Bayern, Dresden, Baden beziehen sich ausgesprochenermaassen nur auf Kuhmilch. Die für Schwerin erlassenen Vorschriften sehen von Buttermilch und

<sup>1)</sup> Jahrb. d. Medizinal-Verwalt. i. E.-L., Jahrg. 1892, S. 101.



Molken, die Berliner von sog. dicker Milch ab; hingegen erstrecken sich die Dresdener teilweise ausdrücklich auch auf Rahm, Buttermilch, Molken, desgleichen diejenigen von Bremerhaven auf Rahm, Buttermilch, sog. dicke Milch, von Flensburg und Wandsbek auf Rahm, Buttermilch, von Wiesbaden auf saure Milch, von Nürnberg auf Rahm.

Der Verkauf von Biestmilch (Kolostrum, Kolostralmilch), d. h. der kurz vor und nach dem Gebären abgesonderten Flüssigkeit, ist den „Materialien“ zufolge unstatthaft, da ihre Zusammensetzung bei 1,046 bis 1,079 spezifischem Gewicht und erheblicher Steigerung des Gehalts an Trockensubstanz wesentlich von derjenigen der Milch abweicht, und da sie vermöge ihres reichlichen Salzgehaltes, vielleicht auch noch aus anderen Ursachen, erfahrungsgemäss geeignet ist, Verdauungsstörungen, wenigstens bei kleinen Kindern, herbeizuführen.

In der preussischen Anleitung wird solche Milch als gesundheitsgefährlich bezeichnet. Ihr Verkauf soll in den ersten 3 bis 5 Tagen nach dem Kalben unstatthaft sein. Das Gleiche gilt für die ersten 5 Tage in Württemberg, Elsass-Lothringen und zahlreiche einschlägige Orte, für 8 Tage in Bayern, Baden, Düren, Ratzeburg, Darmstadt, Schwerin, für 10 Tage in Wiesbaden und für 15 Tage in Dresden (einschl. Rahm, Butter und Molken).

Ebenso ist blaue, schleimige, bittere und rote Milch, überhaupt Milch mit irgend welchen ungewöhnlichen Eigenschaften als nicht geeignet für die Ernährung des Menschen zu betrachten.

Nach der preussischen Anleitung ist solche Milch gesundheitsgefährlich. Vom Verkehr auszuschliessen ist jede ekelerregende und verdorbene Milch in Baden (besonders hervorgehoben wird die bittere und schleimige), Ratzeburg (desgl. auch abnorm gefärbte), Köln (desgl.), Düren (desgl.), Darmstadt (desgl.), Schwerin (desgl. auch angesäuerte), Dresden (desgl.; gilt auch für Rahm, Buttermilch, Molken), Bayern (blaue, rote, saure, schleimige, schmutzige), Nordhausen (blaue, rote, sonst abnorm gefärbte, mit Schimmelpilzen besetzte, bittere, schleimige, angesäuerte, Blutstreifen oder Blutgerinnsel enthaltende, schmutzige). Der Ausschluss vom Verkehr erstreckt sich in Wiesbaden, Württemberg, Stuttgart, Bremerhaven, Elsass-Lothringen auf blaue, rote (bezw. Blutstreifen enthaltende), bittere, schleimige Milch, in Berlin, Eberswalde, Gnesen, Wandsbek auf abnorm gefärbte (besonders blaue, rote), mit Schimmelpilzen besetzte, bittere, schleimige, angesäuerte, Blutstreifen oder Blutgerinnsel enthaltende Milch.



Was die saure Milch betrifft, so ist jedenfalls nur die Abgabe derselben als Milch schlechtweg gemeint. In den „Materialien“ heisst es „der Verkauf von Milch, welche soweit sauer geworden ist, dass sie beim Kochen gerinnt, als süsse Milch, ist nach Möglichkeit zu verhindern“. Die Anwendung der Berliner Polizei-Verordnung auf saure Milch, welche als dicke Milch feilgeboten wird, sowie auf grössere Vorräte derselben, welche zweifellos zum Viehfutter bestimmt sind, ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Der Milch mit irgend welchen ungewöhnlichen Eigenschaften wird in den „Materialien“ solche von Tieren, welche an schweren Allgemeinerkrankungen, vornehmlich Maul- und Klauenseuche, Milzbrand, Perlsucht, Pocken, Rauschbrand, Tollwut, ferner Gelbsucht, an Krankheiten des Euters, an jauchiger Gebärmutterentzündung, Ruhr, Pyämie, Sepsämie (oder Septicämie), Vergiftungen leiden oder wegen Krankheit mit Arzneien behandelt werden, gleichgestellt. Aus dem Ergebnisse der Untersuchung solcher Milch kann ein Rückschluss auf das Vorhandensein einer der vorgenannten Krankheiten nicht gemacht werden.

Die preussische Anleitung bezeichnet die Milch von Kühen, welche an den genannten Krankheiten leiden oder arzneilich behandelt werden, als gesundheitsgefährlich. Ausgeschlossen vom Verkehr ist die Milch von Kühen, welche an den gleichen Krankheiten leiden oder überhaupt nach Ursprung und Beschaffenheit, ferner nach ihrer Behandlung bis zum Verkauf Gefahr für die Gesundheit der Konsumenten bergen, in Berlin, Eberswalde, Gnesen, Nordhausen, von Kühen, welche an den gleichen Krankheiten oder an bösartigem Katarrhfieber leiden oder wegen einer inneren Krankheit mit giftigen oder starkwirkenden Arzneien behandelt werden, in Württemberg, Stuttgart, von Kühen, welche an den gleichen oder sonstigen Krankheiten leiden oder zu Beständen gehören, welche an Maul- und Klauenseuche, Milzbrand oder Diphtherie leiden, oder mit giftigen oder starkwirkenden Mitteln behandelt werden, in Baden, von Kühen, welche überhaupt nach Ursprung u. s. w. (s. oben Berlin), in Wandsbek, von Kühen, welche an den in den „Materialien“ aufgeführten Krankheiten (ausschl. Ruhr) leiden, in Wiesbaden. Der Ausschluss erstreckt sich auf Milch von kranken Tieren überhaupt in Ratzeburg, Darmstadt, Schwerin, Elsass-Lothringen, desgleichen und auf Milch von in arzneilicher Behandlung befindlichen Tieren in Köln, desgleichen, sofern es sich nicht um eine solche rein äusserliche Krankheit handelt, bei der die Tiere keine Medizin erhalten, in Bremerhaven, von kranken Tieren, insbesondere an Milzbrand, Lungen-



seuche, Perlsucht, Maul- und Klauenseuche erkrankten, in Düren, desgleichen und auf Milch innerlich oder äusserlich mit Arznei behandelter Tiere in Dresden (gilt auch für Rahm, Buttermilch und Molken). In Bayern ist Verkaufen und Feilhalten der Milch von Kühen verboten, welche an den in den „Materialien“ genannten Krankheiten (ausschliesslich der Pocken, Ruhr, Pyämie und Septicämie) leiden, oder welche der Tollwut verdächtig sind, ferner wenn und so lange sie unter Anwendung giftiger oder starkwirkender Mittel in Behandlung stehen.

Jeder Verkauf oder Verbrauch der Milch von milzbrand- oder wutkranken oder einer dieser Seuchen verdächtigen Tieren ist übrigens durch das Reichs-Viehseuchengesetz (§ 36, Instruk. §§ 8, 29 — vgl. S. 113 und 185) für das ganze Reichsgebiet verboten.

Über die Milch an Maul- und Klauenseuche erkrankter Tiere findet sich nur in der Instruktion zum Viehseuchengesetz (§ 61) eine Bestimmung, nach welcher das Weggeben der Milch von kranken Tieren im rohen ungekochten Zustande behufs unmittelbarer Verwendung zum Genusse für Menschen oder Tiere verboten ist. Eine wesentliche Erweiterung dieser Vorschrift wird in einem dem Reichstage in der vorigen Session und im November 1893 erneut vorgelegten Abänderungs-Entwurf vorgeschlagen.

Im Viehseuchen-Gesetze selbst soll § 44 a, Abs. 2 und 3 <sup>1)</sup> lauten: „Das Weggeben von Milch aus einem Seuchengehöfte oder einer der Sperre unterworfenen Ortschaft oder Feldmark kann verboten oder an die Bedingung geknüpft werden, dass die Milch vorher abgekocht wird. Das Weggeben ungekochter Milch aus Sammelmolkereien kann in Zeiten der Seuchengefahr und für die Dauer derselben verboten werden. Ist einer der beteiligten Viehbestände unter Sperre gestellt, so darf die Milch nur nach erfolgter Abkochung weggegeben werden.“

Die Beobachtung, dass der Ansteckungsstoff der Maul- und Klauenseuche vielfach durch Magermilch verschleppt worden ist, welche die an einer Genossenschafts-Molkerei beteiligten Landwirte von der Molkerei zurückempfangen und an Tiere verfuttern hatten, hat in einzelnen Staaten schon früher zum Erlass von Bestimmungen geführt.

Nach einem Erlass des preussischen Ministers für Landwirtschaft u. s. w. vom 30. Mai 1891 <sup>2)</sup> sollen die Ortspolizeibehörden ange-

<sup>1)</sup> Veröff. 1893, S. 275 und 944. — <sup>2)</sup> Veröff. 1891, S. 367.



wiesen werden, beim Auftreten der Seuche in dem Viehstande eines bei einer Genossenschafts-Molkerei beteiligten Landwirts das Weggeben von Magermilch aus solchen Molkereien nur zu gestatten, nachdem dieselbe durch Einleitung heisser Dämpfe auf mindestens 100 ° C. erhitzt ist. Der Regierungs-Präsident zu Danzig hat am 12. Dezember 1892<sup>1)</sup> im Hinblick auf diesen Erlass noch besonders darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Viehbesitzer durch die Ablieferung der rohen ungekochten Milch maul- und klauenseuche-kranker Tiere an Molkereien auch aus §§ 12, 14 N.-M.-G. strafbar machen können. Die Sterilisierung der Milch kann in den mit Dampf betriebenen Molkereien ohne Schwierigkeit ausgeführt werden. Anderenfalls aber macht die Beschaffung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Einrichtungen sehr erhebliche Unkosten. Der Regierungs-Präsident zu Minden hat sich daher am 15. März 1892<sup>2)</sup> veranlasst gesehen, von einer generellen Anordnung des Sterilisierens der Magermilch Abstand zu nehmen, in der ausdrücklichen Erwartung allerdings, dass die Molkereien nur Milch von gesunden Tieren annehmen.

Eine mit dem preussischen Erlass übereinstimmende Anordnung ist in Mecklenburg-Schwerin am 5. März 1892<sup>3)</sup> bekannt gemacht worden; dieselbe ermächtigt überdies die Polizeibehörde des Seuchenortes, in besonderen Fällen die Ablieferung der Milch kranker oder verdächtiger Tiere in die Molkerei überhaupt zu untersagen.

In Lippe darf die Milch solcher Tiere nach einer Verfügung der Regierung vom 13. August 1892<sup>4)</sup> weder verkauft, noch zu den Molkereien gebracht werden.

In Sachsen ist das Weggeben der Milch von kranken Tieren im rohen ungekochten Zustande an Molkereien, welche Milch von mehreren Gütern verarbeiten, verboten (Minist.-Verordn. v. 10. Aug. 1892).<sup>5)</sup>

Für Württemberg besteht laut Ministerial-Erlass vom 26. Januar 1889<sup>6)</sup> die Vorschrift, dass, wenn die Maul- und Klauenseuche in einem Orte ausbricht, in welchem sich eine Genossenschaftsmolkerei oder eine sonstige, das Erzeugniss einer grösseren Anzahl von Wirtschaften verarbeitende Molkerei oder Käserei befindet, denjenigen Personen, welche mit der Pflege der erkrankten Tiere beschäftigt sind, das Betreten der Molkerei- und Käsereilokale zu verbieten ist.

Für die Durchführung des Verbotes, die Milch von kranken Tieren in den Verkehr zu bringen, ist die in verschiedenen Orten vorgesehene Bestimmung, dass die Besitzer von Milchkühen sich zu jeder Zeit die Besichtigung und

<sup>1)</sup> Ebd. 1893, S. 719. — <sup>2)</sup> Lydtin und Beisswänger. Denkschrift über die Maul- und Klauenseuche u. s. w., Berlin 1893, S. 143. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 164. — <sup>4)</sup> Ebd. S. 171. — <sup>5)</sup> Ebd. S. 147; Veröff. 1892, S. 830. — <sup>6)</sup> Ebd. S. 151; 1889 S. 349.



Untersuchung ihres Viehstandes durch den beamteten Tierarzt — Departementstierarzt in Berlin (auch Untersuchung der Futtermittel ist zulässig), Kreistierarzt in Gnesen, Nordhausen, Köln, einen beauftragten Tierarzt in Eberswalde — müssen gefallen lassen, von Wichtigkeit. In Eberswalde und Bremerhaven ist bei Erkrankungen von Milchkühen der Polizeiverwaltung bzw. dem Medizinalamt sofort Anzeige zu erstatten.

Der Zusatz von Konservierungsmitteln, wie Kreide, kohlsaures Natron, Pottasche, Salicylsäure, Borax, Borsäure, zur Milch ist nach den „Materialien“ zu verbieten, da diese Substanzen sich im menschlichen Körper nicht indifferent verhalten, und da es, unter Benutzung der konservierenden Wirkung niedriger Temperaturen, leicht gelingt, die Milch ausreichend lange vor Zersetzung zu schützen.

In die preussische Anleitung ist diese Vorschrift übernommen; Verfälschungen der Milch mit Stärke, Mehl, Dextrin, Zucker u. s. w. kommen nach letzterer kaum noch vor; als häufigste Verfälschung wird diejenige mit Wasser bezeichnet. In Wiesbaden und Schwerin wird der Zusatz von Konservierungsmitteln besonders verboten, in den übrigen einschlägigen Staaten und Städten der Zusatz aller fremdartigen Stoffe, unter denen in Eberswalde, Düren, Bremerhaven Mehl, Dextrin und Zucker namhaft gemacht werden, sowie die Verdünnung mit Wasser.

Das Mitführen von Gefäßen mit Wasser beim Strassenverkauf ist in Flensburg, Ratzeburg und Wandsbek verboten.

Die „Materialien“ bezeichnen es im Hinblick auf die Wichtigkeit des Fettes als Nährstoff als erwünscht, dass die Milch im Handel als volle Milch oder als abgerahmte feilgehalten und dass sie, falls sie nicht die Eigenschaft der vollen Milch besitzt, ausdrücklich als abgerahmte Milch, Magermilch u. s. w. angeboten wird. Womöglich soll der Milchverkäufer dazu veranlasst werden, den Inhalt der von ihm geführten Milchgefäße durch eine deutliche, nicht abnehmbare Aufschrift zu kennzeichnen.

Nach den meisten Verordnungen darf die Milch nur als Vollmilch oder ganze oder nicht abgerahmte, d. h. in keiner Weise nach dem Melken entrahmte, Milch und als abgerahmte oder sog. blaue oder sog. Magermilch in den Verkehr gebracht werden.



Unter Magermilch wird dabei — zum Teil unter Ausschluss der Halbmilch oder der auf künstlichem Wege entrahmten Milch vom Verkehr — jede abgerahmte Milch verstanden.

Dies ist der Fall in Eberswalde (sog. Halbmilch und auf künstlichem Wege entrahmte Milch sind vom Verkehr ausgeschlossen), Ratzeburg, Wandsbek, Wiesbaden, Düren (einschl. Halbmilch) Bayern, Nürnberg, Dresden (einschl. Halbmilch und auf künstlichem Wege entrahmter Milch), Württemberg, Darmstadt, Schwerin, Bremerhaven (Halbmilch ist ausgeschlossen), Elsass-Lothringen.

In Berlin, Gnesen, Nordhausen, Köln dagegen werden drei Milchsorten, nämlich neben der Vollmilch noch Halbmilch, d. h. durch Mischen von voller mit entsahnter Milch oder durch anderweit teilweises Entrahmen ohne künstliche Mittel gewonnene Milch, und durch maschinelle Kraft, z. B. durch Zentrifugen, entfettete und ebenfalls als Magermilch bezeichnete Milch, ausdrücklich unterschieden.

Nach der preussischen Anleitung, welche von ganzer, halb abgerahmter und Magermilch (ganz abgerahmte, zentrifugierte Milch) spricht, soll der Milchverkäufer polizeilicherseits verpflichtet werden, die verschiedenen Milchsorten ausdrücklich als solche zu bezeichnen und auch die dafür bestimmten Milchgefässe durch eine deutliche und nicht abnehmbare Aufschrift zu kennzeichnen. Diese letztere Vorschrift ist in die Verordnungen von Berlin, Gnesen, Nordhausen (mit gleichzeitiger Angabe des Namens des Verkäufers), Köln (desgl.), Stuttgart (desgl.), Wandsbek (Kennzeichnung ist auch für Rahm und Buttermilch vorgeschrieben), Wiesbaden (desgl. für saure Milch), Schwerin, Bremerhaven aufgenommen worden, während eine solche Kennzeichnung der Gefässe in Ratzeburg, Düren, Bayern, Nürnberg, Darmstadt, Dresden (mit der Maassgabe, dass durch Zentrifugen gewonnene Milch als „Zentrifugenmagermilch“ zu bezeichnen ist), Elsass-Lothringen (mit mindestens 2 cm grossen Buchstaben schwarz auf weissem Grunde) nur für „abgerahmte Milch“ vorgeschrieben ist.

Mit der weiteren Bestimmung der preussischen Anleitung, dass, wo geschlossene Milchwagen im Gebrauche sind, die entsprechende Aufschrift auf diesen an den betreffenden Krahn anzubringen ist, befinden sich die Verordnungen in Berlin (unter Beifügung der Preise), Gnesen (desgl.), Flensburg, Wandsbek, Nordhausen, Wiesbaden, Köln, Dresden im Einklang.

Die „Materialien“ empfehlen, eine Vorschrift des Inhalts zu erlassen, dass die in den Verkehr kommende, zum menschlichen Genusse bestimmte Handelsmilch, sofern sie nicht durch eine entsprechende Bezeichnung (Magermilch, abgerahmte Milch u. dgl.) als minderwertig kenntlich gemacht wird, bei 15° C. ein spezifisches Gewicht von 1,029 bis 1,034 haben muss. Dieselbe darf nicht weniger als 2,4 % Butterfett und 10,9 % Trockenbestandteile



enthalten. Sollte in vereinzeltten Fällen das spezifische Gewicht nicht innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen liegen, wohl aber der Gehalt an Fett und Trockensubstanz, so soll dies letztere Moment für die Beurteilung der Milch entscheidend sein. Eine Erhöhung der vorstehenden Anforderungen innerhalb der Einzelstaaten wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Eine Bestrafung wegen Übertretung dieser Vorschrift tritt nicht ein, wenn der Verkäufer, eventuell durch die Stallprobe, nachweist, dass die geringere Beschaffenheit der Milch in einer nach ihrer Gewinnung von der Kuh vorgenommenen Veränderung ihren Grund nicht hat.

Das angegebene spezifische Gewicht wird von den „Materialien“ als dasjenige bezeichnet, welches volle Milch meist besitzt. Der durchschnittliche Fettgehalt voller Milch beläuft sich zwar nach zahlreichen Untersuchungen auf 3,30 %; gleichwohl sind die Ansprüche in dieser Beziehung im Hinblick auf die Milch kleinerer Viehhaltungen und solche von der einzelnen Kuh ermässigt worden. Der Trockenrückstand, welcher durchschnittlich 12,25 % ausmacht, schwankt selbst in grösseren Viehhaltungen zwischen 11 und 14 %, weil Viehschläge des Tieflandes und neumilchende Kühe nicht selten eine weniger gehaltvolle Milch liefern, als Hochlandschläge und altmelkende Kühe. Zu weit mit den Anforderungen herunterzugehen, erscheint aber bei der Wichtigkeit der Milch für die Volksernährung nicht ratsam. Wenn die Verkaufsmilch eines solchen Gehalts an Nährstoffen ermangelt, als man nach den Verhältnissen der betreffenden Gegenden verlangen kann, so muss ihre Minderwertigkeit durch eine entsprechende Bezeichnung kenntlich gemacht werden, wenn der Produzent nicht die Verwendung der Milch zu anderen Zwecken, wie Butter- und Käsebereitung, vorzieht. Dass bezüglich des spezifischen Gewichts in gewissen Fällen ein Nachlass der Anforderung statthaft sein soll, wird dadurch begründet, dass die direkte Ermittlung der Milchbestandteile zuverlässiger ist, als diejenige des spezifischen Gewichts; die Aufnahme der Bestimmung des letzteren ist hauptsächlich nur ihrer Ausführbarkeit an der Verkaufsstelle wegen erfolgt.

Der Empfehlung der „Materialien“ entsprechend sind in den meisten Bestimmungen Grenzwerte für volle Milch, gewöhnlich auch für abgerahmte angegeben; gewöhnlich beziehen sich dieselben indess nur auf das spezifische Gewicht (stets bei 15° C.) und den Fettgehalt oder auch nur auf eins von beiden. Nur in Flensburg, Köln, Nürnberg, Bremerhaven scheinen feste Grenzwerte nicht vorgeschrieben zu sein.



Das in den „Materialien“ angegebene spezifische Gewicht von 1,029 bis 1,034 für volle Milch wird in der preussischen Anleitung (und mindestens 2,4 ‰ Fett, wegen der Rahmbestimmung s. unten, desgl. 10,9 ‰ Trockenbestandteile), Düren (und mindestens 2,5 ‰ Fett; doch ist die Milch schon mit einem Fettgehalte unter 3 ‰ als minderwertig zu betrachten, wenn auch deren Verkauf als volle oder ganze Milch noch zugelassen wird), Dresden (und mindestens 3 ‰ Fett), Schwerin (desgl. 2,8 ‰ Fett) vorgeschrieben. Das spezifische Gewicht ist auf 1,029 bis 1,033 in Ratzeburg (bei mindestens 2,5 ‰ Fett und bei 100 ° C. getrocknetem Gesamttrockenrückstand von 11, nach Entfernung des Fettes von 8,5 ‰) und Darmstadt (desgl. 2,8 ‰ Fett) festgestellt, auf mindestens 1,028 (desgl. 2,7 ‰) in Berlin, Gnesen, Nordhausen, Wandsbek und (2,5 ‰) Eberswalde. Ausschliesslich ein Mindestfettgehalt von 3 ‰ ist in Wiesbaden (anderenfalls darf die Milch nur als „Magermilch“ feilgehalten werden) vorgeschrieben, desgleichen von 2,5 ‰ in Elsass-Lothringen.

Verschiedentlich sind auch für abgerahmte Milch Grenzwerte angegeben worden. Die preussische Anleitung bemisst das spezifische Gewicht der halb abgerahmten Milch auf 1,031 bis 1,036 (Fettgehalt liegt gewöhnlich unter 1,5 ‰, Trockensubstanz wird etwa  $1\frac{1}{2}$  bis 2 ‰ weniger als bei der vollen Milch gerechnet), der ganz abgerahmten auf 1,032 bis 1,037, im Mittel 1,0345 (0,7, bei zentrifugierter Milch 0,3 ‰ Fett, Trockensubstanz häufig noch mindestens 9 ‰), die in Berlin, Gnesen, Nordhausen erlassenen Verordnungen auf mindestens 1,030 (und 1,5 ‰ Fett) bzw. 1,032 (desgl. 0,15 ‰). In Wandsbek, Darmstadt, Schwerin, wo nur zwischen voller und abgerahmter Milch unterschieden wird, soll letztere ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,033 (Wandsbek auch mindestens 0,5 ‰ Fett) haben, in Ratzeburg zwischen 1,0325 und 1,0370 (und 8,5 ‰ Trockenrückstand nach Entfernung des Fettes), in Dresden zwischen 1,032 und 1,038 (und 1 ‰ Fett, bei Zentrifugenmilch auch weniger Fett), in Düren zwischen 1,031 und 1,036 (und 1 ‰ Fett).

Wegen der bayerischen, württembergischen und badischen Bestimmungen über das spezifische Gewicht s. unter Kontrolle.

Bezüglich der Behandlung der Milch von Seiten der Produzenten und Verkäufer äussern sich die „Materialien“ zunächst dahin, dass ein gewissenhafter Milchproduzent sich für verpflichtet halten wird, dafür zu sorgen, dass die Milch im besten Zustande in die Hände der Konsumenten gelangt. Er wird auf zweckmässige Fütterung und gute Pflege der Kühe, sowie auf reinliches, vollständiges Ausmelken Bedacht nehmen, nur die Milch gesunder Kühe verkaufen, durch passende Kühlung und Kühlvorrichtungen darauf hinwirken, dass die Milch weder bis zur Abfuhr nach dem Markte, noch auch auf dem Transporte säuert,



und sich passender Transportmittel bedienen, sodass ein beginnendes Ausbuttern der Milch während des Transportes vermieden wird. Es liegt im Interesse der Produzenten und Verkäufer, das gesamte zum Verkaufe bestimmte Milchquantum vor dem Einfüllen in die Transportgefässe gründlich durchzumischen, sodass der Inhalt der einzelnen Gefässe die gleiche Beschaffenheit zeigt.

Die Empfehlung einer gründlichen Durchmischung und einer passenden Kühlung findet sich auch in der preussischen Anleitung, letztere in der Stuttgarter Verordnung.

Beachtung verdient ferner das Material, aus welchem die Milchgefässe<sup>1)</sup> bestehen.

Das Aufbewahren der Milch in Gefässen, aus welchen dieselbe fremdartige Substanzen aufnehmen könnte (Gefässe aus Kupfer, Messing, Blei, Zink, Thongefässe mit schlecht eingebrannter Blei-  
glasur u. s. w.) ist nach den „Materialien“, in Preussen (auch gusseiserne Gefässe mit bleihaltigem Email werden genannt), Eberswalde, Flensburg (desgl.), Köln (desgl.), Berlin (desgl.; auch für den Transport verboten), Gnesen, Nordhausen, Ratzeburg, Wandsbek, Wiesbaden (sämtlich wie Berlin), Stuttgart, unbedingt zu vermeiden. Für Berlin besteht die weitere Vorschrift, dass zum Transport und zur Aufbewahrung nur Holz- oder Weissblechgefässe, bei kleineren Vorräten von irdenem Geschirr auch Bunzlauer Topfwaren, Steingut- oder Porzellangefässe benutzt werden dürfen. In Sachsen<sup>2)</sup> ist der Gebrauch aus Zink gefertigter oder verzinkter Gefässe zur Aufbewahrung, sowie beim Verkauf von Milch und anderen Getränken und Esswaren verboten. In Württemberg, Baden sind Gefässe aus Zink oder Kupfer zum Aufbewahren und Ausmessen beim Verkauf verboten, desgleichen in Darmstadt zum Aufbewahren, Feilbieten und Ausmessen der Milch, in Bayern Gefässe aus Kupfer oder Messing zum Aufbewahren, Versenden und Ausmessen. In Bremerhaven müssen die Aufbewahrungs-, Transport- und Messgefässe aus Holz, Zinn, Thon, Porzellan, Glas, verzinnem Kupfer oder verzinnem Eisenblech bestehen und sind, ausschliesslich der Messgefässe, mit einem dichtschiessenden Deckel zu versehen. In Nürnberg darf die zum Verkauf bestimmte Milch nur in gut bedeckten Gefässen von Holz, Glas, gebrannter Erde oder stark verzinnem Metall aufbewahrt werden. Zum Verschliessen der Milchkrüge dürfen dort weder gefärbte hölzerne Zapfen, noch bedrucktes oder beschriebenes Papier verwandt werden; auch dürfen die Verschlusszapfen nicht mit solchem Papier oder mit Lumpen oder Leinenzeug umwickelt oder die Krüge

<sup>1)</sup> Vgl. auch das Reichsges. v. 25. Juni 1887 unter Ziff. 15.

— <sup>2)</sup> Ber. d. XIII. Kommission a. a. O., S. 52.



mit derartigem Material verstopft werden. In Schwerin sind zum Feilhalten nur Holz- und Weissblechgefässe gestattet. — Als Transportgefässe empfehlen die „Materialien“ nur gut gearbeitete Weissblechgefässe. Nach der preussischen Anleitung, sowie in Köln, Flensburg (mit festschliessendem Deckel), Berlin (s. oben) sind auch gut gearbeitete hölzerne, in Wiesbaden und Stuttgart auch Glasgefässe zulässig. Schöpfkellen und Messgefässe dürfen in Flensburg und Wandsbek nur aus Weissblech bestehen, sollen aber niemals in der Milch liegen gelassen werden; desgleichen sind in Wiesbaden Messgefässe nur aus Weissblech, in Stuttgart auch aus Glas verwendbar. In den beiden letzteren Städten sollen Transport- und Messgefässe so weite Öffnungen haben, dass sie bequem mit der Hand gereinigt werden können.

Die auf geschlossenen Milchwagen nach aussen geleiteten Krahne (Abflusshähne) müssen nach der preussischen Anleitung, in Berlin, Gnesen, Köln, Stuttgart aus gut verzinnem Kupfer oder Messing bestehen; in Wiesbaden ist hierzu auch Holz, in Flensburg Holz oder Hartgummi, in Bremerhaven Zinn zulässig.

Sollten im Hause der Milchproduzenten und Milchverkäufer oder in deren Nachbarschaft ansteckende Krankheiten herrschen, so ist nach den „Materialien“ zu beachten, dass durch die Milch Ansteckungsstoffe verschleppt werden können. Deshalb sollten die Räume, in welchen Milch aufbewahrt wird, nicht nur unter allen Umständen aufs sorgfältigste reingehalten und gelüftet werden, sondern auch von Schlaf- und Krankenzimmern entfernt liegen, und Personen, welche mit den Kranken in Berührung kommen, mit der Milch nichts zu thun haben. Auch durch Benutzung von unreinem Wasser zum Reinigen der Gefässe können Ansteckungsstoffe in die Milchgefässe und in die Milch gelangen. Am sichersten reinigt man daher die Milchgefässe durch alleiniges Ausdämpfen, d. h. durch heisse Wasserdämpfe und nachheriges Austrocknen mit einem reinen Handtuche.

Dieselben Vorsichtsmaassregeln, welche im Hause der Produzenten und Verkäufer geboten erscheinen, sind, wie die preussische Anleitung hinzufügt, bei den Verkaufsläden maassgebend, wo es sich ausserdem empfiehlt, die Milchgefässe verschlossen aufzustellen.

Die auf die ansteckenden Krankheiten bezüglichen Vorschriften lauten in der Regel dahin, dass an solchen erkrankte oder mit derartig Erkrankten in Berührung kommende Personen sich in keiner



Weise mit dem Vertriebe u. s. w. der Milch (in Köln auch von Molken, in Dresden auch von Rahm, Buttermilch, Molken) beschäftigen dürfen. In Nürnberg ist denjenigen, welche an ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten leiden, der Verkauf von Milch und selbst das Betreten von Milch-Sterilisierungs-, Aufbewahrungs-, Verkaufsräumen verboten. Für Wiesbaden besteht die Vorschrift, dass aus Häusern, in denen sich an Cholera, Pocken, Typhus, Fleckfieber, Scharlach oder Diphtherie Erkrankte befinden, während der Dauer der Krankheit Milch nicht in den Handel gebracht und aus Ortschaften, in denen eine dieser Krankheiten epidemisch auftritt, nicht eingeführt werden darf. In Stuttgart ist der Erlass gleicher Verbote seitens der Ortspolizeibehörde vorgesehen worden. Im Reg.-Bez. Minden <sup>1)</sup> soll Milch aus Häusern, in denen eine ansteckende Krankheit herrscht, vorbehaltlich solcher von der Polizei zu genehmigender Ausnahmefälle, bei denen die Gefahr einer Verbreitung von Ansteckungsstoffen durch die Milch ausgeschlossen erscheint, weder verkauft, noch an Sammelmolkereien abgeliefert werden.

Die Vorschriften über saubere Haltung der Milchgefässe, der Aufbewahrungs- und Verkaufsräume, sowie über sorgfältige Lüftung dieser Räume finden sich in fast allen Verordnungen.

In Nürnberg und Darmstadt wird ausserdem verlangt, dass dieselben trocken, in Schwerin, dass sie hell und trocken sind. Nahezu allgemein ist ferner die Vorschrift, dass die genannten Räume weder als Schlaf- oder Krankenzimmer benutzt werden, noch sich in unmittelbarer Nähe solcher Zimmer befinden. In Bremerhaven sollen sie auch nicht in der Nähe von Bedürfnisanstalten oder ähnlichen Anlagen liegen; in Bayern, Nürnberg, Schwerin sollen sie überhaupt nicht in einer Weise benutzt werden, welche ekelerregend oder auf den Gebrauch der Milch von gesundheitsnachteiligem Einflusse sein könnte, im besonderen gilt dies von der gleichzeitigen Aufbewahrung von faulenden, gärenden, übelriechenden oder schimmeligen Gegenständen. In Nürnberg müssen die fraglichen Räume alle zwei Jahre mit giftfreier, weisser Kalkfarbe frisch getüncht werden. Die Aufbewahrung von Milch, wie von Nahrungsmitteln und Getränken überhaupt in Koch- oder Essräumen ist dort gemäss einer für Mittelfranken erlassenen oberpolizeilichen Vorschrift vom 22. März 1893 <sup>2)</sup> verboten.

Zur Reinigung der Milchgefässe soll in Flensburg, Köln, Stuttgart nur unverdorbenes bzw. nicht infiziertes, in Wiesbaden und Bremerhaven nur reines bzw. abgekochtes Wasser verwandt werden. — In Wiesbaden und Stuttgart dürfen sog. Spülicht, Küchenabfälle und andere leicht faulende oder in Zersetzung begriffene

---

<sup>1)</sup> S. Note 2 auf S. 217. — <sup>2)</sup> Ztschr. f. Fleisch- und Milchhygiene 1893/94, S. 43.



Stoffe auf Milchwagen nur in Gefässen mit dichtschiessenden Deckeln mitgeführt werden.

Die in einigen Verordnungen enthaltene Vorschrift der Aichung von Milchgefässen bzw. Milchmaassen entspricht der für das ganze Reich wirksamen Maass- und Gewichts-Ordnung vom 17. Aug. 1868 mit Abänderungen vom 11. Juli 1884<sup>1)</sup>, nach welcher zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehre nur gehörig gestempelte (geaichte) Maasse, Gewichte und Wagen angewandt werden dürfen.

Um die Ausführung der vorstehend erteilten Ratschläge bzw. Anordnungen zu sichern, erachten die „Materialien“ es für wünschenswert, dass die Produktionsverhältnisse, wie die Behandlung und Aufbewahrung der Handelsmilch durch Tierärzte, eventuell durch andere Organe der öffentlichen Gesundheitspflege überwacht werden.

Von der tierärztlichen Überwachung des Viehstandes der Milchproduzenten ist schon auf S. 218 die Rede gewesen. Einschlägig ist ferner die in Berlin, Gnesen, Nordhausen, Wandsbek, Köln, Nürnberg, Darmstadt, Bremerhaven getroffene Anordnung, dass Milchhändler ihren Gewerbebetrieb bei der Polizeibehörde (Nürnberg Stadt-magistrat, Bremerhaven Medizinalamt) anzumelden haben. In Bremerhaven sollen überdies die Milchverkaufsstellen durch ein Schild oder eine Inschrift als solche gekennzeichnet werden.

Hauptaufgabe der mit der vorläufigen Kontrolle an der Verkaufsstelle Betrauten ist es, eine möglichst grosse Anzahl von Verkäufern zu kontrollieren und Proben zu nehmen, sobald sich hierzu irgend eine Veranlassung ergibt, sei es, dass der Verdacht vorliegt, dass Milch gesundheitsgefährlich, verdorben oder verfälscht ist, oder dass minderwertige Milch als vollwertige feilgehalten oder verkauft wird (Materialien, Bayern, Württemberg).

Die Milchkontrolle erfolgt gewöhnlich durch Polizeibeamte, deren Unterweisung in Württemberg und Elsass-Lothringen allgemein vorgesehen ist (Württemberg durch Oberamts-Ärzte oder -Tierärzte oder durch Apotheker, Elsass-Lothringen im chemischen Laboratorium der Polizei-Direktion zu Strassburg; wegen Bayern s. S. 211). In Nürnberg ist die Milchkontrolle einem Bezirkstierarzte übertragen. Die

<sup>1)</sup> Bundes-Gesetzbl. 1868, S. 473, R.-G.-Bl. 1884, S. 115.



Untersuchung der Milch geschieht dort unter Zuziehung von Schutzleuten, in Schwerin durch die Station zur Untersuchung der Nahrungsmittel. Die „Materialien“ und die preussische Anleitung bezeichnen es als wünschenswert, dass die mit der Milchkontrolle an der Verkaufsstelle betrauten Personen von dem Sachverständigen nicht nur ausreichend unterrichtet, sondern auch fortwährend sorgfältig überwacht werden. Nach letzterer soll die Marktpolizei auch thunlichst darauf hinwirken, dass die schlechte Milch immer mehr vom Markte verdrängt wird.

Vor der Entnahme einer Probe behufs Untersuchung der Milch soll der Inhalt des betreffenden Gefässes gründlich durchgemischt werden (Materialien, Preussen, Berlin, Bayern, Württemberg).

Proben, welche zur chemischen Untersuchung entnommen werden, sollen, zu mindestens 1 Liter (Berlin, Düren, Ratzeburg, Bayern, Dresden je  $\frac{1}{2}$ , Darmstadt  $\frac{1}{4}$  Liter) an Menge, in eine bereit gehaltene leere und reine Flasche eingefüllt, letztere sofort mit einem unbenutzten und reinen Kork verschlossen, versiegelt, ausreichend bezeichnet und sobald als möglich an den Sachverständigen abgeliefert werden (Materialien, Berlin, Düren, Ratzeburg, Bayern, Württemberg, Dresden, Darmstadt).

Bei der Probeentnahme sind unter allen Umständen Name und Wohnung des Verkäufers, sowie des Milchproduzenten bzw. des Lieferanten zu notieren (Materialien, Württemberg). Nach den „Materialien“ sind ausserdem Angaben über die Gesamtmenge der Milch, welcher die Probe entstammt, über die Grösse des betreffenden Viehstapels und über die Melkzeit erwünscht, und daher diesbezügliche Fragen an den Verkäufer zu richten. In Württemberg soll die weitere Feststellung dahin gehen, ob die Milch als volle oder abge-rahmte feilgehalten wurde, von wievielen Kühen sie stammt, ob sie Früh- oder Abendmilch ist und wann sie gemolken wurde. Ferner ist dort die ungefähre Gesamtmenge der Milch und das Datum der Probeentnahme zu notieren. In Ratzeburg und Darmstadt wird die Bezeichnung des Verkäufers und Datums, in letzterem Orte auch der Temperatur und des spezifischen Gewichts der Milch verlangt. In Bayern sollen von jeder polizeilichen Beanstandung in einem nach vorgeschriebenem Formular geführten Verzeichnisse Notizen gemacht und dem Sachverständigen zugleich mit der Probe ein wortgetreuer Auszug aus demselben übersandt werden.

Die vorläufige Prüfung hat sich zunächst auf äusseres Ansehen, Färbung, Geruch und Geschmack zu erstrecken (Materialien, Preussen, Berlin, Bayern, Württemberg).



Milch, welche hierbei eine aussergewöhnliche Beschaffenheit zeigt, ist nach der Berliner Verordnung vom Verkehr durch Vernichtung (Ausgiessen) auszuschliessen; jedoch ist vorher eine Probe für die chemische Untersuchung zu entnehmen, wenn die Ursachen der beanstandeten Beschaffenheit der Milch anderweitig nicht zu erkennen sind. (Vgl. auch S. 230.)

Daneben ist zur vorläufigen Milchprüfung vorzugsweise die Bestimmung des spezifischen Gewichts verwendbar, zu dessen Ermittlung man sich des Laktodensimeters bedient, wobei jedoch nicht ausser acht zu lassen ist, dass dasselbe für den Fall einer gleichzeitigen Abrahmung und Verwässerung den gewünschten Aufschluss versagen kann

Als Laktodensimeter sollen nach den „Materialien“, den preussischen, bayerischen und württembergischen Bestimmungen Skalenaräometer gebraucht werden, welche das auf Wasser von  $15^{\circ}$  C. bezogene spezifische Gewicht der Milch erkennen lassen. Die einzelnen Skalenteile werden passend Grade genannt. Unter einem Grad versteht man die Tausendstel des spezifischen Gewichts, so zwar, dass ein spezifisches Gewicht von 1,029 durch 29 Grade ausgedrückt wird. Es empfiehlt sich, Aräometer zu benutzen, auf deren Skala diese Grade von 26 bis 37 aufgetragen sind. Jeder Grad soll wenigstens 5 mm lang und in 5 gleiche Teile geteilt sein, sodass das Ablesen von Zehnteln eines Grades möglich wird. Die Ablesung findet statt an der Grenzlinie, bis zu welcher die Milch an der Skala aufgestiegen ist. (Laktodensimeter mit willkürlicher Skala sind nach den „Materialien“ durchaus zu verwerfen.)

Da für die Beurteilung der Milch dasjenige spezifische Gewicht maassgebend ist, welches dieselbe bei  $15^{\circ}$  C. besitzt, so ist für die Feststellung des spezifischen Gewichts die Beobachtung der Temperatur der Milch nach Celsius und die Reduktion der bei der gefundenen Temperatur abgelesenen Gradzahl des Laktodensimeters auf  $15^{\circ}$  C. vermittels einer für das benutzte Instrument gültigen Reduktionstabelle erforderlich. Da die Ausdehnung der Milch bei gleichem spezifischem Gewichte je nach der Zusammensetzung derselben verschieden ist, so kann die vermittels der Reduktionstabelle erreichbare Genauigkeit keine absolute sein. Die hierdurch bedingten Fehler werden um so grösser, je weiter sich die Temperatur der Milch, bei welcher das spezifische Gewicht genommen wird, von  $15^{\circ}$  C. entfernt. Sollen Fehler über  $0,5^{\circ}$  vermieden werden, so darf man die Beobachtung nur bei Temperaturen unter  $25^{\circ}$  C. anstellen. Um die grösstmögliche Genauigkeit der Ablesung zu erreichen, ist es nötig, das Aräometer mindestens 2 Minuten lang in der Milch schwimmend zu halten.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass frisch gemolkene Milch bei der Bestimmung des spezifischen Gewichts Zahlen liefert, welche um  $0,5$  bis  $1,0^{\circ}$  kleiner sind, als diejenigen, welche in derselben



Milch nach längerem Stehen (zuweilen schon nach 3 Stunden) beobachtet werden.

Die Bestimmung des spezifischen Gewichts gewinnt, wie die preussische Anleitung hinzufügt, an Wert, wenn bei einer vollen, nicht abgerahmten Milch die Durchschnittsgrade desselben für die betreffende Gegend vorher festgestellt worden sind und zugleich die aus dem äusseren Ansehen gewonnenen Kriterien einer normalen Milch Berücksichtigung finden. So könnte z. B. eine sehr fette Milch ein unter die äusserste Grenze fallendes spezifisches Gewicht zeigen, aber trotzdem nicht zu beanstanden sein, wenn deren sonstige Eigenschaften für ihre gute Qualität sprächen. Umgekehrt kann eine Milch von dünner, wässeriger Beschaffenheit bei einem sich der obersten Grenze nähernden spezifischen Gewicht sofort den Verdacht eines Wasserzusatzes erregen. In ersterer Beziehung sei erwähnt, dass in Berlin die Ergebnisse der polizeilichen Prüfungen nach vorgeschriebenem Muster zusammen zu stellen sind. In Württemberg sind die mit der Milchkontrolle betrauten Polizeiorgane gehalten, sich durch Notierung der bei ihren periodischen Untersuchungen gefundenen Werte des spezifischen Gewichts allmählich ein Material zu sammeln, welches ihnen die Beurteilung der Milch in ihrem Bezirk wesentlich erleichtert.

Für den Dienst an der Verkaufsstelle empfehlen die „Materialien“ insbesondere das von Recknagel konstruierte Laktodensimeter aus Hartgummi (Ebonit), die bayerische Anweisung ausserdem dasjenige von Soxhlet aus Glas. Die württembergische Bestimmung nennt die Laktodensimeter von Quevenne-Müller und Recknagel, andere (Ratzeburg, Dresden, Darmstadt) die sog. Quevenne'sche Milchwaage.

Da sich die Zusammensetzung der Milch durch das spezifische Gewicht allein nicht immer mit Sicherheit beurteilen lässt, werden verschiedentlich auch Instrumente zur Fettbestimmung der Milch empfohlen.

Um namentlich volle Milch von abgerahmter zu unterscheiden, bedarf es, wie in der preussischen Anleitung angegeben ist, der Feststellung des Rahmgehaltes der zu untersuchenden Milch, deren Ausführung indes nur intelligenten Exekutivbeamten oder besonderen Sachverständigen überlassen werden kann. Es wird hierzu der Chevalliersche Kremometer benutzt. In der Regel erhält man in demselben bei der vollen, ganzen Milch eine Rahmschicht von 10 bis 14, bei der halbabgerahmten eine solche von 6 bis 8 Volumprozenten, während die unter der Rahmschicht gebliebene Milch bei ersterer  $2\frac{1}{2}$  bis  $3\frac{1}{2}$ , bei letzterer  $1\frac{1}{2}$  bis  $2^0$  mehr am Aräometer zeigt, als die ursprüngliche Milch vor Absetzung der Rahmschicht. Beträgt diese Differenz bei der vollen ganzen Milch weniger als 2 Grad, so ist ein Zusatz von Wasser anzunehmen. Verhalten sich die Aräometergrade vor und nach dem Abrahmen richtig, liegt



aber der Rahmgehalt unter 10 Volumprozent, so kann auf die Vermischung mit halbabgerahmter Milch geschlossen werden. Zeigen die Aräometergrade bei der halbabgerahmten Milch vor und nach der Absetzung der Rahmschicht das richtige, oben angedeutete Verhältnis, beträgt aber der Rahmgehalt weniger als 6 Volumprozent, so hat ein Zusatz von ganzabgerahmter Milch stattgefunden. Sind dagegen diese Aräometergrade gleich, so lässt sich ein Zusatz von Wasser annehmen. — Die optische Methode der Fettbestimmung unterliegt nach der preussischen Anleitung, soweit ihre Anwendung durch Nichtsachverständige in Betracht kommt, begründeten Bedenken. Ebenso wenig sind die Apparate, welche die Fertigstellung einer Ätherfettlösung erfordern, für die unmittelbare Kontrolle des Marktverkehrs verwendbar. Nach der Darmstädter Verordnung ist die Benutzung des Laktobutyrometers von Marchand-Salleron zulässig. Von dem Gebrauch des Feserschen Laktoskops in Bayern wird gleichdie Rede sein.

Bevor die Milchuntersuchungs-Instrumente in Gebrauch genommen werden, sind sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Nach den „Materialien“, der preussischen und der bayerischen Anweisung ist eine periodische Revision der Instrumente auf ihre Richtigkeit erforderlich.

Das bayerische Ministerium des Innern hat unter dem 5. März 1888<sup>1)</sup> Vorschriften für die Prüfung und Beglaubigung von Laktodensimetern bekannt gegeben. Dieselben erfolgen durch die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel zu München. Zur amtlichen Prüfung und Beglaubigung werden vorläufig nur das Soxhletsche und das Recknagelsche Instrument zugelassen. Die für eine amtliche Prüfung von gläsernen Messwerkzeugen zur Untersuchung der Milch durch die Grosshrzgl. sächsische Prüfungsanstalt für Glasinstrumente in Ilmenau bis auf weiteres maassgebenden Vorschriften sind vom Grosshrzgl. Staats-Minister., Depart. d. I., am 1. April 1892<sup>2)</sup> bekannt gemacht worden. Danach werden zur Prüfung zugelassen 1. Aräometer zur Bestimmung der Dichte von Milch (Milchprober, Milchwage, Laktodensimeter) und ätherischen MilCHFettlösungen (Aräometer zur Fettbestimmung nach Prof. Dr. Soxhlet), 2. Messgläser zur MilCHFettbestimmung, wie Kremometer und Laktobutyrometer, Büretten und Pipetten zur Milchuntersuchung.

Wann Anlass zur Entnahme einer Probe vorliegt, ergibt sich im allgemeinen aus den mitgeteilten Bestimmungen. Die „Materialien“ halten dies insbesondere für geboten, wenn angebliche Vollmilch bei der Prüfung des spezifischen Gewichts unter 30 oder über 33<sup>0</sup> zeigt.

---

<sup>1)</sup> Amtsbl. S. 96; Veröff. 1888, S. 392. — <sup>2)</sup> Reg.-Bl. S. 79; Veröff. 1892, S. 576.



In Berlin sollen Proben entnommen werden, wenn a. in einer Molkerei behauptet wird, dass die beanstandete Vollmilch nur von einer Kuh herrührt, b. wahrgenommen wird, dass sich bei beanstandeter Vollmilch der Milchprober mit einer Rahmschicht überzieht und deshalb ein ungewöhnlicher Fettreichtum möglich erscheint, c. beanstandete Halbmilch als scheinbar ungewöhnlich fettreich befunden wird. Die chemische Untersuchung muss ohne Verzug stattfinden, damit entschieden werden kann, ob die inzwischen aufzubewahrende Milch freizugeben oder zu vernichten ist. Auf Antrag des Verkäufers ist demselben eine amtlich versiegelte Probe der beschlagnahmten und zu vernichtenden Milch zu seiner Verfügung zu überlassen. Von Milchsorten, welche bezüglich Farbe, Geschmack pp. (s. auch S. 226), Zusatz fremdartiger Stoffe, Gewinnung von kranken Kühen oder vor dem 5. Tage nach dem Abkalben nur zu einem Verdacht auf Verfälschung u. s. w. Anlass geben, sind Proben zur chemischen bzw. mikroskopischen Untersuchung zu entnehmen. Bei ungünstigem Ausfall der Untersuchung und Nachweis einer Verschuldung des Verkäufers hat dieser die Kosten zu tragen. — In Ratzeburg, Wandsbek, Darmstadt ist eine Probe der Milch unter vorläufiger Beschlagnahme derselben zu nehmen, wenn sie den auf S. 221 angegebenen Forderungen nicht entspricht, in Köln, wenn die vorläufige Prüfung die Annahme rechtfertigt, dass die Milch durch Wasserzusatz verfälscht, oder als volle bezeichnete Milch abgerahmt, oder als halbabgerahmte bezeichnete ganz abgerahmt ist.

Die bayerische Anweisung besagt, dass, wenn das Laktodensimeter in voller Milch bei 15° C. weniger als 30 oder mehr als 34 Grade zeigt, Veranlassung zur Probenahme vorliegt. Liegt das spezifische Gewicht zwischen 30 und 34 Graden und erregt eine bläuliche oder wässerige Farbe des Randes im Standglase die Vermutung eines allzu geringen Fettgehaltes, so ist mittels des Feserschen Laktoskopes zu prüfen. Giebt dieses nur 3 % oder weniger Fett an, so soll eine Probe entnommen werden. Dasselbe hat zu geschehen, wenn abgerahmte Milch weniger als 33 Grade zeigt. Hat ein Teil einer Milchlieferrung zur Probeentnahme Anlass gegeben, so ist eine solche ohne weitere Untersuchung auch auf die übrigen Teile der Lieferung auszudehnen.

In Württemberg soll eine Probe entnommen werden, sobald sich bei der polizeilichen Prüfung verdächtige Merkmale finden. Die Beanstandung der Milch hat zu erfolgen, wenn ihr spezifisches Gewicht über 1,037 oder unter 1,029 liegt, oder wenn bei einem und demselben Produzenten oder Händler die mehrfach und zu verschiedenen Zeiten wiederholte Kontrolle immer nur die unteren Grenzwerte des normalen spezifischen Gewichts (29 bis 30 Grade) ergibt, ferner wenn angeblich volle Milch mehr als 1,034 spezifisches Gewicht besitzt, oder bei einem spezifischen Gewichte von 1,032 bis 1,034 auffallend dünn aussieht und schmeckt, oder wenn volle Milch ein spezifisches Gewicht von 1,029 bis 1,034 hat, aber



besonders auffallend dünn aussieht und schmeckt, oder wenn abgerahmte Milch ein geringeres spezifisches Gewicht als 1,032 hat.

In Baden kann durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschrift das gewerbsmässig Verkaufen oder Feilbieten von Milch, welche bei 15° C. ein das spezifische Gewicht des Wassers um weniger als 29 oder um mehr als 34 Tausendteile übertreffendes Gewicht aufweist, beschränkt oder ganz untersagt werden. Zum Vollzuge solcher Vorschriften muss eine polizeiliche Milchkontrolle eingerichtet sein, welche besteht 1. in der die Besichtigung und Ermittlung des spezifischen Gewichtes durch Polizeibeamte umfassenden Vorprüfung, 2. in der Prüfung der Milch durch eine örtliche chemische Untersuchungsanstalt oder durch einen zu amtlichen Untersuchungen ermächtigten Chemiker, 3. in den auf Antrag des Beschuldigten vorzunehmenden Stallproben. Eine Bestrafung ist ausgeschlossen, wenn der Beschuldigte nachweist, dass die minderwertige Beschaffenheit der Milch in einer nach der Gewinnung derselben vorgenommenen Veränderung ihren Grund nicht hat, oder wenn die chemische Untersuchung ergibt, dass die Milch in 100 Gewichtsteilen wenigstens 10,9 Gewichtsteile Trockensubstanz, sowie 2,4 Gewichtsteile Butterfett enthält.

Bezüglich der endgültigen Kontrolle im Laboratorium empfehlen die „Materialien“ dem Sachverständigen zunächst, sich mit der Zeit ein möglichst ausgiebiges statistisches Material über die Qualität der Milch innerhalb seines Bezirks zu verschaffen.

Nach der preussischen Anleitung ist die Untersuchung mit dem Nachweise der etwa zugefügten Konservierungsmittel oder der Zusätze von Mehl, Stärke u. s. w. zu beginnen. In Bayern ist eine mikroskopische Untersuchung der durch auffallend hohes spezifisches Gewicht, durch Gerinnen beim Kochen und durch eigentümlichen Geschmack als Kolostrum (Biestmilch) verdächtigen Milch vorzunehmen. Im übrigen wird es in den einschlägigen Bestimmungen als Aufgabe des Sachverständigen bezeichnet, die an der Verkaufsstelle vorgenommenen Untersuchungen, vor allem diejenige des spezifischen Gewichtes (in Bayern ist ausserdem die endgültige Bestimmung des letzteren, nachdem die Milch wenigstens 3 Stunden lang auf einer Temperatur unter 5° C. erhalten und sodann wieder auf 15° C. erwärmt wurde, vorgeschrieben) zu wiederholen, die Reaktion der Milch festzustellen, den prozentischen Fettgehalt (in Bayern nach der aräometrischen Methode von Soxhlet) und (nach den „Materialien“ und in Preussen) den prozentischen Trockensubstanzgehalt zu bestimmen. Nach den beiden letzteren Anleitungen ist die Fettbestimmung in zweifelhaften Fällen stets auf gewichtsanalytischem Wege vorzunehmen. Den „Materialien“ zufolge kann die Bestimmung des Mengenverhältnisses zwischen den Eiweisskörpern und dem Fette für die Beurteilung der Milch von Wert sein. Die Quali-



tät der Magermilch lässt sich mit Sicherheit nur auf Grund der Bestimmung des Trockensubstanzgehaltes beurteilen. Jedoch ist es nötig, nebenbei noch das spezifische Gewicht, den Fettgehalt und die Reaktion festzustellen.

Als Sachverständige sollen in Bayern zunächst die öffentlichen Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genussmittel dienen, soweit nicht deren Heranziehung durch zu grosse Entfernung mit Rücksicht auf die zu befürchtende Verderbnis der Milch unthunlich erscheint, in Württemberg vorzugsweise die chemischen Laboratorien der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, der Landesuniversität und des Polytechnikums, sowie das städtische Laboratorium zu Stuttgart. In Köln werden die Untersuchungen von amtlich bestellten Sachverständigen, in Düren von dem vereidigten Chemiker der dortigen Untersuchungsanstalt für Nahrungsmittel u. s. w. ausgeführt.

Unter der Stallprobe wird nach den „Materialien“ eine Probe der durch vollständiges Ausmelken und Durchmischen gewonnenen Milch aller derjenigen Kühe verstanden, welche zur Gewinnung von Handelsmilch dienten, als die beanstandete Milch gemolken wurde. Da der Gehalt der Milch infolge vielfacher, nicht immer von dem Willen des Viehbesitzers abhängiger Umstände erheblichen Schwankungen unterliegen kann, ohne dass der Viehbesitzer immer in der Lage ist, eine durch solche Umstände verursachte Abnahme des Wertes seiner Milch rechtzeitig zu erkennen, so ist vorgeschlagen worden, in solchen eigenartigen Fällen von einer Bestrafung abzusehen, wenn der Produzent nachweist, dass die Milch so in den Verkehr gebracht worden ist, wie dieselbe von der Kuh gewonnen wurde.

Eine solche Vorschrift besteht in Schwerin und ist auch in Baden (s. S. 231) vorgesehen. Zur Erbringung des fraglichen Nachweises ist unter Umständen die unter behördlicher Aufsicht vorgenommene Stallprobe geeignet. Es kann sich bei derselben aber immer nur um die Beurteilung von voller Milch handeln. Nach der preussischen Anleitung ist die Vornahme der Stallprobe erforderlich, wenn der Produzent behauptet, dass die Milch von derselben Beschaffenheit sei, wie sie von den Kühen oder einer Kuh gewonnen und in den Verkehr gebracht ist. Nach den in Ratzeburg und Wandsbek erlassenen Verordnungen kann die Stallprobe je nach dem Befunde der chemischen Untersuchung in besonderen



Fällen den der Fälschung verdächtigen Lieferanten verstattet werden. Die Milch soll aber trotzdem so lange vom Handelsverkehr ausgeschlossen bleiben, als sie die nach spezifischem Gewicht, Fett und Trockenrückstand geforderten Eigenschaften nicht besitzt. In Bayern ist die Polizeibehörde zur Vornahme der Stallprobe befugt. Dieselbe soll aber nur stattfinden, wenn dringender Verdacht der Fälschung besteht und zur Feststellung der letzteren die Stallprobe unerlässlich ist. Ausserdem kann sie auf Antrag des betreffenden Viehbesitzers eintreten. In Württemberg steht es dem Verkäufer, von welchem Proben zur Untersuchung entnommen werden, frei, die Stallprobe zu verlangen.

Die Vorschriften lauten übereinstimmend dahin, dass die Probe innerhalb dreier Tage und zu der gleichen Tageszeit entnommen werden muss, zu welcher die beanstandete Milch gemolken wurde. Über die Ausführung der Stallprobe ist in Bayern eine eingehende Anweisung erlassen.

Der Entlastungsbeweis der Stallprobe soll nach den „Materialien“ und der preussischen Anleitung namentlich als misslungen gelten, a. wenn seit dem Melken der beanstandeten Probe nachweislich zu einer Fütterungsmethode übergegangen ist, welche notorisch eine Verschlechterung der Milch zur Folge hat, b. wenn zwischen der beanstandeten und der aus dem Stalle genommenen Probe Differenzen in der Weise sich ergeben, dass das spezifische Gewicht der Stallprobe um 2 Grade von demjenigen der beanstandeten Probe abweicht, und dass der Fettgehalt der Stallprobe um mehr als 0,3 %, die Trockensubstanz derselben um mehr als 1 % höher gefunden wird, als in der beanstandeten Probe. In zweifelhaften Fällen ist die Stallprobe wiederholt auszuführen.

Die in den verschiedenen Bestimmungen für den Fall, dass nach den Strafgesetzen nicht höhere Strafen Platz greifen, vorgesehenen Strafen schwanken nach ihrem Höchstbetrage zwischen 9 (Gnesen) und 150 (Dresden, Schwerin) Mark. Die Einziehung bzw. Vernichtung der vorschriftswidrig befundenen Milch wird in den Verordnungen von Berlin, Eberswalde, Gnesen, Wandsbek, Wiesbaden, Schwerin, Bremerhaven ausdrücklich vorgesehen, desgleichen die öffentliche Bekanntmachung des Urteils auf Kosten des Verurteilten in Schwerin. Die Ergebnisse der periodischen Untersuchung können in Eberswalde, Schwerin, Bremerhaven veröffentlicht werden, in Düren soll dies von Zeit zu Zeit geschehen. In letzterem Orte sollen die Verkäufer vorschriftswidriger Milch öffentlich namhaft gemacht werden, in Dresden im Wiederholungsfalle, in Berlin geschieht letzteres gleichfalls.



Die gerichtlich abgeurteilten Fälle beziehen sich, soweit sie bekannt geworden sind (s. Veröff. und Beilagen zu denselben), vorwiegend auf Wasserzusatz, demnächst auf abgerahmte Milch, Mischmilch und Milch von kranken Tieren (Vgl. S. 57 und 54).

## 7. Bier.

Die auf Herbeiführung einer reichsgesetzlichen Regelung des Verkehrs mit Bier hinzielenden Bemühungen sind bisher ohne Ergebnis geblieben, obwohl schon im Juni 1887 im Gesundheits-Amte unter Zuziehung von Sachverständigen kommissarische Beratungen hierüber stattgefunden hatten.

Wie bereits die Materialien zum Nahrungsmittelgesetze ausführten, befindet sich das Bier den übrigen Nahrungsmitteln gegenüber, bei denen die Frage der zu ihnen gehörigen bzw. ihnen nicht zukommenden Bestandteile leicht gelöst werden kann, in einer eigentümlichen Ausnahmestellung, da bei ihm die Besteuerungsverhältnisse in den Vordergrund treten.

Das Reichsgesetz vom 31. Mai 1872 wegen Erhebung der Brausteuer<sup>1)</sup> regelt die Angelegenheit dahin, dass die Steuer von dem zum Brauen verwandten Malz erhoben wird, die Verwendung besteuarter Surrogate aber erlaubt ist. Als solche werden Reis, grüne Stärke, Stärke, Stärkemehl mit Einschluss des Kartoffelmehls und Stärkegummi (Dextrin), Zucker aller Art und Sirup aller Art besonders aufgeführt. Das Gesetz erstreckt sich indes nicht auf das ganze Reich, da die Besteuerung in Bayern, Württemberg, Baden nach Art. 35 der Reichs-Verfassung der Landesgesetzgebung vorbehalten und auch Elsass-Lothringen ausserhalb der Biersteuergemeinschaft gelassen ist. In Württemberg liegt die Sache ähnlich wie im Gebiete der Reichsbrausteuer. Auch das badische Kesselsteuergesetz vom 28. Februar 1845, welches die Steuer nach dem Rauminhalte der Brauereigefässe bestimmt, fragt nicht nach der Beschaffenheit des Rohmaterials. In Elsass-Lothringen besteht ebenfalls eine Kesselbesteuerung.

Nach dem bayerischen Malzaufschlaggesetze

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 153.



vom 16. Mai 1868 (Art. 7)<sup>1)</sup> dagegen ist es verboten, zur Bereitung von Bier statt Malz Stoffe irgend welcher Art als Zusatz oder Ersatz oder ein ungemalztes Getreide für sich, sowie mit ungemalztem Getreide vermischtes Malz zu verwenden. Zur Erzeugung von Braunbier darf nur aus Gerste bereitetes Malz verwandt werden. Dadurch ist dort die Verwendung der verschiedenen Malzsurrogate, wie Biercouleur, Glycerin, Süssholz, Lakritzensaft, Cichorien u. s. w. (s. auch die oben genannten Surrogate) gesetzlich ausgeschlossen. Der bayerische Landtagsabschied vom 10. November 1861<sup>2)</sup> ferner verbietet zur Bereitung von Braunbier die Verwendung anderer Stoffe als Gerstenmalz und Hopfen. Der Gebrauch von Hopfensurrogaten wird in Bayern gemeinsam als Bierfälschung betrachtet.

Im Reichstage ist wiederholt eine Änderung des Gesetzes vom 31. Mai 1872 im Sinne eines Verbotes der Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung angeregt worden. Die dieserhalb seitens der Regierung vorgelegten Entwürfe sind aber bisher abgelehnt worden.<sup>3)</sup>

Hiernach wird zur Zeit unter Bier in Bayern nur das aus Gerstenmalz, Hopfen und Wasser, im übrigen Deutschland<sup>4)</sup> aber ein aus Malz und den übrigen in Bayern verbotenen Surrogaten hergestelltes Getränk verstanden.

Die Unzulässigkeit der Verwendung von Biersurrogaten jeder Art in Bayern wird u. a. in einem Urteile des Reichsgerichts festgestellt, welches im Hinblick auf die in Oberbayern übliche Beimischung von einer in Weisswein aufgelösten Menge Farinzucker zu dem dort fabrizierten Weissbiere vor dessen Abziehen auf Flaschen (etwa 1 Pfund Zucker auf 1 hl Bier) am 31. März 1884<sup>5)</sup> gefällt wurde.

Danach wurde bei Begründung und Beratung des Malzaufschlaggesetzes ein ersichtlicher Unterschied zwischen „Braunbier“ und „Weissbier“ nur in der einzigen Richtung gemacht, dass für Braunbier nur Gerstenmalz, für Weissbier aber auch Malz aus sonstigen Getreidearten verwandt werden dürfe, während das Verbot jeden Surrogats, d. h. jeden vom Gesetze zur Bierbereitung nicht

---

<sup>1)</sup> Ges.-Bl. S. 461. — <sup>2)</sup> Desgl. S. 76. — <sup>3)</sup> Vgl. Veröff. 1886, S. 368, 1893, S. 187. — <sup>4)</sup> Vgl. aber auch den letzten Absatz auf S. 238. — <sup>5)</sup> Entsch. Bd. 10, S. 266; Rechtspr. Bd. 6, S. 249.



zugelassenen Stoffes, für jede Art Bier gleichmässig gelten sollte. Man stellte sich in dieser Beziehung vollständig auf den Standpunkt des Landtagsabschiedes vom 10. November 1861, und wenn dieser auch formell nur für Braumbier Geltung hatte, so wurde doch bei Beratung des Gesetzes durchweg von der Voraussetzung ausgegangen, dass bayerisches Bier überhaupt nur ein aus Hopfen, Malz und Wasser zusammengesetztes Produkt sein sollte. — Der Begriff „Malz-surrogat“ ist auf Hopfen und Malz zu beziehen. Wenn es im Gesetz nur „statt Malz“ heisst, so erklärt sich dies daraus, dass der Gesetzgeber, indem er sich auf den Landtagsabschied von 1861 stützte, die ausschliessliche Zulässigkeit von Hopfen und Malz für selbstverständlich hielt, und aus dem weiteren Umstande, dass man die Erwähnung des Hopfens um so weniger für geboten halten mochte, als bezüglich der Verwendung von Hopfensurrogaten schon die allgemeinen Strafgesetze genügenden Schutz geboten haben würden. Jedenfalls findet der bayerische Gesetzgeber die Gewähr für die Echtheit des Bieres und gegen Benachteiligung des Malzaufschlagsgefälles nur in der ausschliesslichen Verwendung der erwähnten, bestimmten, in ihrem naturgemässen Gesamtgehalte zu verwendenden Stoffe, ohne dass in dieser Beziehung zwischen braunem und weissem Biere ein Unterschied gemacht werden soll. — Der Zeitpunkt der Verwendung eines fremden Stoffes ist gleichgültig, da sich das Verbot der Surrogate ganz allgemein auf die Bereitung des Bieres erstreckt und diese nicht bloss das Einsotten, sondern die vollständige Fertigstellung zum Genusse umfasst. — Insoweit es sich um Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes handelt, wird allerdings die fragliche Übung der Beimischung von Farinzucker auch für das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit der Handlung und hinsichtlich des Zwecks der Täuschung im Handel und Verkehr in Betracht kommen, während bei der Übertretung des Malzaufschlaggesetzes die blosse Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschrift zur Begründung der Strafbarkeit hinreicht.

Die Beschränkung der Biererzeugung auf die Benutzung von Hopfen und Malz ist aber in Bayern nicht lediglich in dem fiskalischen Gebote des Malzaufschlaggesetzes begründet.

Vielmehr wird in Bayern, woselbst die Verhältnisse bezüglich der Surrogate landesgesetzlich geregelt und darum auch den Konsumenten bekannt sind, sodass von diesen ein reines, unverfälschtes Getränk erwartet werden kann, die Verwendung von Surrogaten regelmässig als Fälschung erscheinen. Dies gilt insbesondere auch von der Verwendung von Bier- oder Zuckercouleur, die zur Herstellung einer besseren Farbe des Bieres, und von Süssholz, das zur Erzielung eines angenehmeren Geschmacks benutzt wird. Wo aber nach Gesetz und Gewohnheit ein aus Surrogaten hergestelltes Getränk als Bier versteuert und verzehrt zu werden pflegt, kann aus der Beifügung von, dem ursprünglich echten Biere fremden



Stoffen eine Verfälschung nicht gefolgert werden, vorausgesetzt, dass ihm nicht die Bezeichnung eines Bieres gegeben wird, welches, wie z. B. „bayerisches Bier“, begriffsmässig die Verwendung von Surrogaten ausschliesst.<sup>1)</sup>

In letzterer Beziehung führte das Reichsgericht am 30. März 1885<sup>2)</sup> insbesondere aus, dass die Frage nach der Echtheit einer Ware nach den am Orte ihrer Herstellung entscheidenden Normen zu beurteilen ist und für denselben Gegenstand nicht verschieden beantwortet werden kann. Der Abnehmer, welcher „bayerisches Bier“ bestellt, hat das Recht, ein aus Hopfen und Malz hergestelltes Getränk zu erwarten, mag er dasselbe in Bayern selbst oder in Sachsen beziehen, und wenn das Publikum irgendwo eine Farbe verlangt, deren Herstellung mit Benutzung der gesetzlich allein zulässigen Mittel nicht möglich ist, so erscheint es Pflicht des Fabrikanten, seine Abnehmer und bezw. das Publikum hierüber aufzuklären.

Ein Erkenntnis des Reichsgerichts von demselben Tage<sup>3)</sup> bestimmt die Frage der Bierfälschung in Bayern im Sinne des § 10 N.-M.-G. dahin, dass jedes Bier als gefälscht anzusehen ist, wenn der zugesetzte, in Bayern gesetzlich unzulässige Stoff nicht ganz indifferent für die Beschaffenheit des Bieres ist, sondern irgend welchen Einfluss auf dessen Gehalt, Geschmack, Farbe oder nach irgend welcher anderen Richtung hat, infolge dessen das Bier einen seinem Wesen nicht entsprechenden Schein erhält, sei es, dass es hierdurch verschlechtert, sei es, dass ihm der Schein einer besseren Beschaffenheit gegeben wird, als ihm in Wirklichkeit innewohnt. Dies wird in Bayern immer dann der Fall sein, wenn die Zusetzung der fremden Stoffe geeignet ist, bei den Abnehmern die irrige Meinung zu erregen, als ob die an dem Biere wahrnehmbaren Eigenschaften ihre Ursache in der Verwendung der gesetzlich allein zulässigen Stoffe von Malz und Hopfen hätten.

Unter diesem Gesichtspunkte sind in Bayern Biercouleur, doppeltkohlensaures Natron, Weinstein säure, Moussierpulver, Traubenzucker, Süssholz und Tannin stets als Fälschungsmittel zu erachten, Salicylsäure alsdann, wenn sie dem bereits auf den Lager- oder Schenkfässern befindlichen vergohrenen Biere zur besseren Haltbarmachung zugesetzt wird, während in ihrem Zusatz zum Weichwasser, beim Mälzen und zur Würze beim Sieden

---

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 18. Dez. 1882. Entsch. Bd. 7, S. 314; Rechtspr. Bd. 4, S. 876. — <sup>2)</sup> Rechtspr. Bd. 7, S. 203. —

<sup>3)</sup> Veröff. 1887, S. 150.



behufs Verhütung oder Tötung von Pilzen, vorausgesetzt, dass das Produkt an sich gut und normal ist und der Zusatz nur erfolgt, damit das Produkt nicht schlechter wird, als es ohne ihn werden könnte, eine Verfälschung nicht besteht, da von der Salicylsäure in diesem Falle nichts oder nur ganz minimale Teile in das Bier gelangen. Allein auch der Zusatz von Salicylsäure zum fertigen Biere behufs seiner Konservierung ist in Bayern, wenn auch als Verletzung des Malzaufschlaggesetzes, nicht unter allen Umständen gleichzeitig als Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes anzusehen. Letzteres ist ausgeschlossen, wenn die tatsächliche Feststellung ergibt, dass das Bier durch den Zusatz an der vorgeschriebenen stofflichen Zusammensetzung eine Veränderung, durch welche dasselbe einen seinem wahren Wesen nicht entsprechenden Schein erhält, nicht erfahren hat.<sup>1)</sup> Dieselbe Beurteilung greift bei Verwendung der Salicylsäure als Entsäuerungsmittel Platz.<sup>2)</sup> Ähnlich verhält es sich mit dem Zusatze von Salicylsäure zur Bierhefe.<sup>3)</sup>

Klärungsmittel, welche, wie z. B. Hobelspäne, rein mechanisch wirken und sich weder mit dem Bier vermischen, noch auf dessen Zusammensetzung nach Stoff, Farbe, Geschmack und Menge Einfluss haben, sind weder als Malzsurrogate, noch als Verfälschungsmittel zu betrachten.<sup>4)</sup> Hausenblase und Gelatine können nicht ohne jede Einschränkung, sondern nur nach Maassgabe der tatsächlichen Feststellungen im Einzelfalle als zulässige Klärmittel bezeichnet werden.<sup>5)</sup>

Die Färbung des Bieres mit Farbmalz, d. h. dem stärker als gewöhnlich gedarrten Malz, ist auch in Bayern gestattet, da dasselbe Malz, also einer der zur Bierbereitung dienlichen Stoffe ist.<sup>6)</sup>

Beim Zusammentreffen einer Verletzung des Nahrungsmittel- und des Malzaufschlaggesetzes findet nur das erstere als dasjenige, welches die schwerste Strafe androht, Anwendung.

Beim Mangel einer gesetzlichen Fixierung der Bestandteile des Bieres, wie sie in Bayern besteht, entscheidet an Stelle des Gesetzes die Norm des reellen Verkehrs. Nach dieser besteht auch in Baden und Elsass-Lothringen das Bier lediglich aus Malz, Hopfen, Hefe und Wasser, es kann daher auch dort nur ein so hergestelltes Bier als

<sup>1)</sup> Urteile d. Reichsgerichts v. 30. Nov. 1885. Veröff. 1886, S. 97 (Entsch. Bd. 13, S. 97; Rechtspr. Bd. 7, S. 705), 142, 212. —

<sup>2)</sup> Desgl. v. 21. Mai 1885. Rechtspr. Bd. 7, S. 314. — <sup>3)</sup> Desgl. v. 15. Dez. 1884. Entsch. Bd. 11, S. 294; Rechtspr. Bd. 6, S. 814.

— <sup>4)</sup> Desgl. v. 5. Juli 1883. Ebd. Bd. 8, S. 434; Bd. 5, S. 495.

— <sup>5)</sup> Desgl. v. 21. Mai 1885. Rechtspr. Bd. 7, S. 316. — <sup>6)</sup> Desgl. v. 30. Nov. 1885, Veröff. 1886, S. 238 u. v. 3. Febr. 1890, Veröff. Beil. Bd. 2, S. 69\*.



normales angesehen werden.<sup>1)</sup> Dasselbe gilt unter anderem von Altenburg.<sup>2)</sup> In solchen Gegenden ist insbesondere auch die Anwendung von Biercouleur als Färbemittel verboten.<sup>1)</sup> Diese und andere Zusätze können selbstverständlich auch im ganzen übrigen Reichsbrausteuergebiete als Verfälschung im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes bestraft werden.<sup>2)</sup> Der Unterschied besteht nur darin, dass die Erfordernisse zur Erfüllung des aus § 10 dieses Gesetzes strafbaren Thatbestandes je nach den gesetzlichen oder herkömmlichen Anschauungen verschieden sind.

So würde z. B. der Zusatz von Saccharin, um minderwertigem Biere den Schein einer besseren Beschaffenheit zu geben oder bei verdorbenem, insbesondere sauer gewordenem Biere die eingetretene mangelhafte Beschaffenheit zu verdecken, auch in Sachsen strafbar sein. — Die Anpreisung des Saccharins zu solchem Zwecke gab dort<sup>3)</sup> auf Anregung des Reichskanzlers Veranlassung, vor Missbrauch des Mittels als Zusatz zum Biere zu warnen. Eine gleiche Warnung ist in Mecklenburg-Schwerin<sup>4)</sup> ergangen. — Nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 2. März 1893<sup>5)</sup> (Vorinstanz Landger. Stuttgart) kann Bier, welchem Saccharin statt der zu seiner ordnungsmässigen Herstellung erforderlichen Menge von Malz zugesetzt wurde, nicht als echtes Bier gelten, sondern ist als verfälscht im Sinne des § 10 N.-M.-G. zu erachten.

Ferner ist u. a. der Zusatz von Süssholz, um das Bier vollmündiger zu machen, in Sachsen<sup>6)</sup> als strafbar erachtet worden. — Der Zusatz von unreinem (unvergärbare Substanzen enthaltenden und die Bildung von Fuselöl ermöglichenden) Traubenzucker kann als Verfälschung angesehen werden, obwohl Traubenzucker in dem Reichs-Brausteuergesetz als Malzsurrogat aufgeführt ist.<sup>7)</sup>

Die Vermischung von frischem Bier mit Neigen- oder Tropfbier bildet eine Verfälschung, da es zu letzterer nicht der Beigabe fremder Stoffe bedarf, sondern auch die Vermischung eines Nahrungsmittels mit gleichartigen Stoffen von schlechterer Beschaffenheit genügt, sofern dadurch eine Verschlechterung der normalen Beschaffen-

---

<sup>1)</sup> Urteile d. Reichsgerichts v. 30. Nov. 1885, Veröff. 1886, S. 178 u. v. 3. Febr. 1890, Veröff. Beil. Bd. 2, S. 69\*. — <sup>2)</sup> Desgl. v. 11. Juni 1885, Rechtspr. Bd. 7, S. 374; Veröff. 1886, S. 59 u. v. 17. Febr. 1891, Veröff. Beil. Bd. 2, S. 70\*. — <sup>3)</sup> Erlass d. Minist. d. I. v. 4. Okt. 1890. Veröff. S. 744. — <sup>4)</sup> Erlass d. Minist., Abt. f. Med.-Ang. v. 26. Juli 1890. Ebd. 1891, S. 185. — <sup>5)</sup> Entsch. Bd. 24, S. 36. — <sup>6)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 20. Nov. 1882. Entsch. Bd. 7, S. 337; Rechtspr. Bd. 4, S. 826. — <sup>7)</sup> Desgl. v. 4. März 1884. Rechtspr. Bd. 6, S. 170.



heit der Mischung herbeigeführt wird.<sup>1)</sup> — Über die Zusätze von Natron und Wasser und über die Nachmachung von Bier vgl. S. 57 und 55.

## 8. Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke.

Die Regelung des Verkehrs mit Wein wurde dadurch verzögert, dass bezüglich der in Betracht kommenden wirtschaftlichen und verkehrspolizeilichen Fragen in den Kreisen der Beteiligten weitgehende Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten. Da eine Regelung besonders nach der Seite der Weinuntersuchung sich als dringlich erwies, weil die als Sachverständige vor Gericht hinzugezogenen Chemiker sich häufig verschiedener, in ihren Ergebnissen von einander abweichender Untersuchungsverfahren bedienten und bei ihren Gutachten nicht immer nach übereinstimmenden, unter sich vergleichbaren Kriterien vorgingen, so wurde vom Gesundheitsamte zunächst eine Einigung über diese Frage versucht und im Jahre 1884 auf Grund von Beratungen einer besonderen Sachverständigenkommission erzielt. Die im Gesundheitsamte zusammengestellten Beschlüsse dieser Kommission zur Beratung einheitlicher Methoden für die Analyse des Weines, welche im Reichsanzeiger veröffentlicht und auch unter dem Titel „Instruktion über das Erheben, Aufbewahren und Einsenden von Wein u. s. w.“ (Berlin 1884, Heymanns Verlag) erschienen sind, behandeln nach vorgängiger Instruktion über das Erheben, Aufbewahren und Einsenden von Wein behufs Untersuchung durch den Sachverständigen unter A. die analytischen Methoden und unter B. die Anhaltspunkte für die Beurteilung der Weine. Bezüglich der letzteren betrachtet die Kommission es nicht als ihre Aufgabe, eine Anleitung hierfür zu geben, glaubt aber auf Grund ihrer Erfahrungen auf folgende Punkte aufmerksam machen zu sollen.

Weine, welche lediglich aus reinem Traubensaft bereitet sind, enthalten nur in seltenen Fällen Extraktmengen, welche unter 1,5 g in 100 ccm liegen. Kommen somit extraktärmere Weine vor, so

<sup>1)</sup> Urteil d. Reichsgerichts v. 1. Okt. 1885. Entsch. Bd. 12, S. 400; Rechtspr. Bd. 7, S. 546; Veröff. 1886, S. 271. Vgl. auch Veröff. 1888, S. 681 u. 1890, S. 177.



sind sie zu beanstanden, falls nicht nachgewiesen werden kann, dass Naturweine derselben Lage und desselben Jahrganges mit so niederen Extraktmengen vorkommen.

Nach Abzug der „nichtflüchtigen Säuren“ beträgt der Extraktrest bei Naturweinen nach den bis jetzt vorliegenden Erfahrungen mindestens 1,1 g in 100 ccm, nach Abzug der „freien Säuren“ mindestens 1,0 g. Weine, welche geringere Extraktreste zeigen, sind zu beanstanden, falls nicht nachgewiesen werden kann, dass Naturweine derselben Lage und desselben Jahrganges so geringe Extraktreste enthalten.

Ein Wein, der erheblich mehr als 10 Prozent der Extraktmenge an Mineralstoffen ergibt, muss entsprechend mehr Extrakt enthalten, wie sonst als Minimalgehalt angenommen wird. Bei Naturweinen kommt sehr häufig ein annäherndes Verhältnis von 1 Gewichtsteil Mineralstoffe auf 10 Gewichtsteile Extrakt vor. Ein erhebliches Abweichen von diesem Verhältnis berechtigt aber noch nicht zur Annahme, dass der Wein gefälscht sei.

Die Menge der freien Weinsteinsäure beträgt nach den bisherigen Erfahrungen in Naturweinen nicht mehr als  $\frac{1}{6}$  der gesamten „nichtflüchtigen Säuren“.

Das Verhältnis zwischen Weingeist und Glycerin kann bei Naturweinen schwanken zwischen 100 Gewichtsteilen Weingeist zu 7 Gewichtsteilen Glycerin und 100 Gewichtsteilen Weingeist zu 14 Gewichtsteilen Glycerin. Bei Weinen, welche ein anderes Glycerinverhältnis zeigen, ist auf Zusatz von Weingeist bzw. Glycerin zu schliessen.

Da bei der Kellerbehandlung zuweilen kleine Mengen von Weingeist (höchstens 1 Vol.-Proz.) in den Wein gelangen können, so ist bei der Beurteilung der Weine hierauf Rücksicht zu nehmen.

Bei Beurteilung von Süssweinen sind diese Verhältnisse nicht immer maassgebend.

Für die einzelnen Mineralstoffe sind allgemein gültige Grenzwerte nicht anzunehmen. Die Annahme, dass bessere Weinsorten stets mehr Phosphorsäure enthalten sollen, als geringere, ist unbegründet.

Weine, welche weniger als 0,14 g Mineralstoffe in 100 ccm enthalten, sind zu beanstanden, wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass Naturweine derselben Lage und desselben Jahrganges, die gleicher Behandlung unterworfen waren, mit so geringen Mengen von Mineralstoffen vorkommen.

Weine, welche mehr als 0,05 Proz. Kochsalz in 100 ccm enthalten, sind zu beanstanden.

Weine, welche mehr als 0,092 g Schwefelsäure ( $\text{SO}_3$ ), entsprechend 0,20 g Kaliumsulfat ( $\text{K}_2\text{SO}_4$ ) in 100 ccm enthalten, sind als solche zu bezeichnen, welche durch Verwendung von Gips oder auf andere Weise zu reich an Schwefelsäure geworden sind.

Durch verschiedene Einflüsse können Weine schleimig (zäh, weich), schwarz, braun, trübe oder bitter werden; sie können auch



sonst Farbe, Geschmack und Geruch wesentlich verändern; auch kann der Farbstoff der Rotweine sich in fester Form abscheiden, ohne dass alle diese Erscheinungen an und für sich berechtigten, die Weine deshalb als unecht zu bezeichnen.

Wenn in einem Weine während des Sommers eine starke Gärung auftritt, so gestattet dies noch nicht die Annahme, dass ein Zusatz von Zucker oder zuckerreichen Substanzen, z. B. Honig u. a., stattgefunden habe, denn die erste Gärung kann durch verschiedene Umstände verhindert, oder dem Wein kann nachträglich ein zuckerreicher Wein beigemischt worden sein.

Die Beschlüsse der Kommission sind in Preussen laut Ministerial-Verfügung vom 12. August 1884 den Regierungsbehörden mit der Anweisung mitgeteilt worden, die Vorstände der öffentlichen Untersuchungsanstalten dahin zu bescheiden, dass fortan bei der Weinanalyse nach den darin vorgezeichneten Grundsätzen und analytischen Methoden zu verfahren ist, den Vorstehern der Privat-Untersuchungsanstalten aber die Benutzung der Methoden zu empfehlen. Auch in anderen Bundesstaaten sind die Beschlüsse zur Beachtung seitens der Untersuchungsanstalten bekannt gemacht worden, so in Bayern durch Ministerial-Erlass vom 24. Okt. 1884.

Ein dem Reichstage am 24. November 1887 über den Verkehr mit Wein vorgelegter Gesetzentwurf, welcher sich auf die Regelung der gesundheitspolizeilichen Seite der Angelegenheit beschränkte, ist unerledigt geblieben.<sup>1)</sup> In der nächsten Session wurde die Frage durch zwei aus den Verhandlungen einer freien Kommission des Reichstags hervorgegangene Anträge<sup>2)</sup> wieder angeregt. Zur Beratung im Plenum sind dieselben nicht gelangt. In der Folgezeit wurden die Wünsche nach einer gesetzlichen Regelung immer dringlicher. Als sodann in einer im Januar 1891 zu Wiesbaden abgehaltenen Versammlung von Interessenten und Fachmännern Beschlüsse gefasst wurden, welche als Grundlage für eine Verständigung geeignet erschienen, sah sich die Regierung veranlasst, von neuem an die Lösung der Aufgabe heranzutreten. Es wurde eine Sachverständigen-Kommission berufen und an der Hand der durch die Verhandlungen derselben gewonnenen Unterlagen ein Entwurf ausgearbeitet. Die inzwischen zum Abschlusse gelangten Handelsverträge machten eine beschleunigte Erledigung

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1887, S. 700, 1888, S. 160, 294. — <sup>2)</sup> Ebd. 1889, S. 103.



der Angelegenheit erwünscht. In dem Handelsvertrage mit Italien (desgl. mit Österreich-Ungarn) nämlich ist neben einem allgemeinen Weinzoll von 20 Mark auf 100 kg ein ermässiger Satz von 10 Mark für roten Verschnittwein vorgesehen. Dies geschah in der Erwägung, dass es durch den Bezug billiger Verschnittweine zu einem niedrigen Zollsatz möglich sein werde, im Inlande diejenigen Tischweine herzustellen, welche gegenwärtig in Frankreich durch Verschnitt gewonnen, auch von dort aus unter dem Namen von Bordeauxweinen in den Handel gebracht werden, und dass infolge dessen der Gewinn aus diesem Verschnittgeschäft wenigstens zum Teil dem Inlande zufließen werde. Die Übung des Verschnitts hat aber zur Voraussetzung, dass derselben aus der Gesetzgebung keine Schwierigkeiten erwachsen. Ferner ist in dem genannten Handelsvertrage der Zoll auf eingestampfte Trauben von 10 auf 4 Mark herabgesetzt. Um der hieraus erwachsenden Gefahr einer Konkurrenz des inländischen Weinbaus, welche von den deutschen Winzern besonders nach der Richtung gefürchtet wurde, dass eine Vermehrung des aus den eingeführten Trauben gewonnenen Weines durch weitere Ausnutzung der Trester stattfinden möchte, thunlichst zu begegnen, erschien die Vorkehr geboten, dass die auf solche Weise hergestellten Getränke nicht unter Bezeichnungen, welche eine Verwechslung mit reinem Wein zulassen, in den Handel gebracht werden. Endlich wurde gegenüber der durch die Zollermässigung bewirkten Erleichterung der Einfuhr für angezeigt befunden, dem deutschen Winzer für den Fall ungünstiger Ernten die rationelle Verbesserung seines Wachstums durch Zusatz von Zucker zu erleichtern und diejenigen Hindernisse, welche einer solchen Behandlung des Weines aus der bisherigen Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes entstehen können, aus dem Wege zu räumen.

Der Entwurf, welcher die vorstehenden Gesichtspunkte berücksichtigte, trug demnach nicht nur der gesundheitspolizeilichen, sondern auch der wirtschaftlichen und verkehrspolizeilichen Seite der Angelegenheit Rechnung. Er soll durch bestimmte Vorschriften einen sicheren Anhalt dafür geben, wo die Grenzen zwischen der erlaubten Behandlung des Weines und der Verfälschung im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes liegen.



Der Entwurf wurde mit einer Begründung, welche auch einen Überblick über die einschlägige Gesetzgebung des Auslandes<sup>1)</sup> und über die auf den Verkehr mit Wein bezügliche Rechtsprechung<sup>1)</sup> enthielt, sowie mit technischen Erläuterungen, die im Gesundheitsamte bearbeitet sind, dem Bundesrate am 25. Februar 1892<sup>2)</sup> vorgelegt und von diesem mit wenigen Änderungen am 17. März<sup>2)</sup> angenommen. Die im Reichstage am 23., 24. und 30. März<sup>3)</sup> erfolgte Beratung führte zu der fast unveränderten Annahme des Entwurfs, der, nachdem auch der Bundesrat seine Genehmigung erteilt hatte, am 20. April 1892 als

**Gesetz, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen  
und weinähnlichen Getränken,**

von Sr. Majestät dem Kaiser vollzogen und in der am 2. Mai 1892 ausgegebenen No. 27 des Reichsgesetzblattes (S. 597)<sup>4)</sup> veröffentlicht wurde. (Den Wortlaut s. im Anhang.)

Die Vorschriften des Gesetzes zerfallen in gesundheitspolizeiliche (§§ 1,2), verkehrspolizeiliche (§§ 3 bis 6) und allgemeine (§§ 7 bis 13), welche letzteren die Strafbestimmungen enthalten und Ausführungsverordnungen vorsehen.

Die in den §§ 1 und 2 enthaltenen gesundheitspolizeilichen Vorschriften schliessen sich an diejenigen der §§ 12 bis 14 N.-M.-G. (s. S. 79 ff.) an. Die mit ihnen verbundene Absicht geht dahin, die Zweifel, welche bezüglich des zur Anwendbarkeit der §§ 12 bis 14 N.-M.-G. erforderlichen Nachweises, dass ein Nahrungsmittel durch die Art seiner Herstellung gesundheitsschädlich geworden ist, möglich sind, für den Wein abzuschneiden und zugleich einen vorbeugenden Schutz zu gewähren. Zu diesem Zweck wird der Zusatz gewisser, an sich gesundheitsschädlicher Stoffe, welche einzeln namhaft gemacht werden, zum Wein, sowie Feilhalten und Verkaufen des mit dem vorschriftswidrigen Zusatz versehenen Weins verboten. Ein gleiches Verbot betrifft Rotwein, dessen Schwefelsäuregehalt über eine bestimmte Höhe hinausgeht.

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1892, S. 214, 230. — <sup>2)</sup> Ebd. S. 149, 201. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 232. — <sup>4)</sup> Ebd. S. 294.



Die §§ 1 und 2 erstrecken sich nicht nur auf Wein im eigentlichen Sinne einschliesslich des Schaumweins, sondern auch auf alle weinhaltigen und weinähnlichen Getränke. Als solche kommen namentlich Obstwein (Apfel-, Birnen-, Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein), Kunstwein einschliesslich des Rosinenweins, des Tresterweins und ähnlicher Zubereitungen, sowie alle Nachahmungen von Wein in Betracht. Eine Unterscheidung zwischen Wein und den weinhaltigen und weinähnlichen Getränken wird für diese Paragraphen hiernach entbehrlich.

Die Stoffe, deren Zusatz zum Wein u. s. w. verboten wird, sind folgende:

Lösliche Aluminiumsalze (Alaun u. dergl.). Sie sind sowohl zum Klären des Weins als zur Herstellung von Schaumweinen entbehrlich, ihre Verwendung ist vom Standpunkte der öffentlichen Gesundheitspflege zu beanstanden. Dies gilt insbesondere vom Alaun. Die zum Klären empfohlenen kieselsauren Thonerdeverbindungen, welche unter der Bezeichnung Kaolin, spanische Erde u. s. w. im Handel vorkommen, wirken dagegen im allgemeinen nur mechanisch und geben, wenn sie rein sind, keine Bestandteile an den Wein ab.

Baryumverbindungen. Zum Entgipsen gebraucht, giftig.

Borsäure. Konservierungsmittel, jedoch als solches nur in verhältnismässig grossen Mengen wirksam, deren Verwendung in gesundheitlicher Beziehung nicht unbedenklich ist. Da die Borsäure aber auch, wenngleich in ausserordentlich geringen Mengen, ein normaler Bestandteil der Weinasche zu sein scheint, genügt eventuell der qualitative Nachweis derselben nicht, um auf ihren Zusatz schliessen zu lassen.

Glycerin (Scheelisieren) ist als normales Produkt des Gärungsprozesses in jedem Weine enthalten, auch an sich nicht gesundheitsschädlich. Der Abnehmer aber ist selbst meist nicht in der Lage, ein chemisch reines Präparat von den ihm angebotenen, oft ausserordentlich unreinen Sorten zu unterscheiden. Ferner erfolgt ein Zusatz von Glycerin, welcher an sich unnötig ist, häufig zur Erhöhung der Süsse des Weins oder zur Verdeckung einer in gewinn-süchtiger Absicht ausgeführten Verdünnung desselben durch künstliche Erhöhung des Extraktgehalts, demnach zum Zweck der Täuschung und nicht selten zum Nachteil der Gesundheit.

Kermesbeeren, die Beeren der Kermespflanzen (Schminkbeeren, Scharlachbeeren, *Phytolacca decandra*), Weinfärbungsmittel, sind gesundheitsschädlich.

Magnesiumverbindungen haben eine abführende Wirkung. Da sie in geringen Mengen einen natürlichen Bestandteil des Weins bilden, gilt über ihren qualitativen Nachweis das bei der Borsäure Gesagte.



Salicylsäure, ein Konservierungsmittel, dessen Wirkung oft nur auf beschränkte Zeit ausreicht, sodass der Zusatz neuer Mengen erforderlich wird. Einen notwendigen Zusatz zum Wein bildet die Salicylsäure nicht, ihre Wirkung auf die menschliche Gesundheit ist mindestens nicht zweifelsfrei. Es erscheint daher angezeigt, dieselbe gerade bei Wein, dessen Genuss häufig zur Erreichung besonderer gesundheitlicher Zwecke dienen soll, auszuschliessen, zumal der Wein oft lange Jahre hindurch vor dem Gebrauche aufbewahrt wird und mithin eventuell wiederholt mit Salicylsäure behandelt werden müsste.

Unreiner (freien Amylalkohol enthaltender) Sprit. Der in der Klammer gemachte Zusatz soll das Wort „unrein“ näher bezeichnen. Das Verbot bezieht sich auf alle Alkoholsorten, welche nicht gehörig entfuselt, d. h. von den bei der Gärung gleichzeitig entstehenden höheren Alkoholen, insbesondere Amylalkohol, dessen schädliche Wirkungen auf die Gesundheit anerkannt sind, befreit sind.

Unreiner (nicht technisch reiner) Stärkezucker. Der gewöhnliche, im Handel vorkommende Stärkezucker enthält mehr oder weniger sog. unvergärbare Bestandteile, deren Gesundheitsschädlichkeit vielfach erörtert, wenn auch noch nicht endgültig entschieden ist. Inzwischen ist es der Technik gelungen, ein zwar nicht chemisch, wohl aber technisch reines Erzeugnis herzustellen. Die Verwendung des letzteren ist gesundheitspolizeilich bedenkenfrei.

Strontiumverbindungen, an Stelle der Baryumsalze zum Entgipsen des Weins verwandt. Ihre von manchen Seiten behauptete Gesundheitsschädlichkeit ist strittig, doch können sie im Handel mit den giftigen Baryumsalzen verunreinigt vorkommen. Jedenfalls ist das Strontium ein dem Wein vollständig fremder Stoff. Ferner kommt in Betracht, dass die weitgehende Veränderung in dem Verhältnis der einzelnen Aschenbestandteile zu einander, welche das Gipsen bedingt, durch das Strontiumverfahren nicht ungeschehen gemacht wird, letzteres aber durch Wiederherabsetzen des Schwefelsäuregehalts im Wein dazu führen kann, dass die Beschaffenheit des Weins als eines ursprünglich gegipsten unentdeckt bleibt.

Theerfarbstoffe. Ihre Zahl ist sehr gross, die Wirkung vieler Farbstoffe dieser Art auf den Organismus noch unbekannt. Dagegen sind zahlreiche Pflanzenfarbstoffe, welche sich mindestens ebenso gut zum Aufbessern der Farbe des Weins eignen, unschädlich; der Heidelbeerfarbstoff wird sogar mit dem Weinfarbstoff für identisch gehalten.

Das Verbot aus § 1 betrifft den Zusatz der vorstehenden Stoffe und solcher Gemische, welche einen dieser Stoffe enthalten, zu Wein, weinhaltigen oder weinähnlichen Getränken, sofern diese bestimmt sind, anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, und zwar ist der Zusatz weder bei, noch nach ihrer Herstellung statthaft. Die Worte „bei



oder nach der Herstellung“ besagen dasselbe wie der Ausdruck „herstellt“ in § 12, Ziff. 1 N.-M.-G., da „Herstellen“ im Sinne der letzteren als „Fertigstellung zum Genusse“ zu verstehen ist (s. S. 80). Abgesehen von der Beschränkung, welche in der Bestimmung der Getränke als Nahrungs- oder Genussmittel liegt, ist das Verbot ein absolutes, da weder auf die Menge des Zusatzes, noch darauf, ob das Getränk selbst durch diesen gesundheitsschädliche Eigenschaften annimmt, Rücksicht genommen wird. Ebenso gleichgültig ist es, ob die Getränke zum Zweck der Täuschung hergestellt, oder ob sie unter Kennzeichnung ihrer Beschaffenheit in den Verkehr gebracht werden. Die Frage der Verfälschung im Sinne des § 10 N.-M.-G. wird durch die Bestimmung im § 1, ebenso auch im § 2 des Weingesetzes nicht berührt. Eine Verletzung der §§ 1, 2 ist möglich, ohne dass der Thatbestand einer Verfälschung vorliegt, andererseits ist der letztere nicht auf die Fälle der §§ 1, 2 beschränkt.

Der § 2 im besonderen verbietet das Feilhalten und Verkaufen, nicht auch wie § 12 N.-M.-G. das sonstige Inverkehrbringen, solcher Getränke, welche einen aus § 1 unzulässigen Zusatz erhalten haben; desgleichen ferner das Feilhalten und Verkaufen von Rotwein, dessen Gehalt an Schwefelsäure in einem Liter Flüssigkeit mehr beträgt, als sich in 2 g neutralen schwefelsauren Kaliums (Kaliumsulfat) vorfindet. Der gleiche Grenzwert von  $2 \text{ }^0\text{/}_{00}$  Kaliumsulfat war schon 1884 von der damals berufenen Sachverständigen-Kommission (s. S. 240) als angemessen erachtet und ist inzwischen auch in Frankreich, in mehreren Kantonen der Schweiz und in Italien gesetzlich festgesetzt worden. Gleichwohl ist die Bestimmung eine rein konventionelle, um dem übermässigen Gipsen und Schwefeln entgegenzutreten, ohne gewisse in der Kellerwirtschaft durchaus notwendige Hantierungen zu sehr zu beschränken. Die Begrenzung des Schwefelsäuregehalts bezieht sich aber nur auf Rotweine; überdies werden solche Rotweine frei gelassen, welche als Dessertweine (Süd-, Süssweine) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen. Diese Beschränkungen sind durch die thatsächlichen Verhältnisse begründet.



Die leichten weissen Tischweine deutschen Ursprungs werden nicht gegipst. Eine Erhöhung ihres ursprünglich geringen Schwefelsäuregehalts kann daher nur die Folge einer fehlerhaften Kellerbehandlung bzw. eines zu häufigen und zu starken Schwefelns der Fässer oder der im Anbruch liegenden Weine sein. Solche Fälle sind indess zu den Ausnahmen zu rechnen. Bei den alten weissen Weinen, deren Schwefelsäuregehalt durch das im Laufe der Jahre ab und zu notwendige Schwefeln allmählich erhöht wird, sowie bei den weissen hochfeinen süssen Ausleseweinen deutschen Ursprungs, welche zu ihrer Erhaltung unter Umständen einer stärkeren Schwefelung bedürfen, war die Erwägung maassgebend, dass dieselben nur hin und wieder in kleinen Mengen genossen zu werden pflegen, sodass ein gesundheitlicher Nachteil von einem höheren Schwefelgehalt nicht zu befürchten ist. Dasselbe gilt für die weissen und roten Dessert- und Süssweine ausländischen Ursprungs. Unter Dessertweinen sind nach der Begründung zum Weingesetz im allgemeinen solche Weine, wie z. B. Sherry oder Madeira, zu verstehen, welche an Alkohol bzw. an Alkohol und Zucker reich sind und sich dabei durch eine eigenartige Feinheit des Geschmacks auszeichnen, als Süssweine insbesondere solche an Alkohol verhältnismässig reine Weine, welche nach vollendeter Gärung, also als fertige Weine, einen ausgeprägt süssen Geschmack zeigen. Doch lässt sich eine scharfe, für alle Fälle gültige Begriffsbestimmung kaum geben; in zweifelhaften Fällen wird stets die Zunge des erfahrenen Weinkenners, nicht aber die Analyse des Chemikers den Ausschlag geben müssen. Im Gegensatz zu allen diesen Weinen kann bei den seitens der daran gewöhnten Konsumenten regelmässig und auch in verhältnismässig grösserer Menge genossenen roten Tafelweinen, von denen bestimmte, mit ihrem grösseren Gerbsäuregehalt zusammenhängende, denen des Kaliumsulfats entgegengesetzte Wirkungen auf die Verdauung erwartet werden, ein hoher Schwefelsäuregehalt als in gesundheitlicher Beziehung unbedenklich nicht erscheinen.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen (also Zusatz der verbotenen Stoffe zu Wein pp., Feilhalten oder Verkaufen der mit solchem Zusatz versehenen Getränke oder von Rotwein mit vorschriftswidrigem Schwefelsäuregehalt) werden im Falle der Vorsätzlichkeit nach § 7, Ziff. 1 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen, im Falle der Fahrlässigkeit (s. S. 75, 93) nach § 8 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft (entsprechend dem § 367, Ziff. 7 Str.-G. — s. S. 5) bestraft. Für die Bemessung der Strafe im ersteren Falle war die Gesundheitsschädlichkeit der in Betracht kommenden Stoffe maassgebend. Entgegen dem § 12 N.-M.-G., welcher weitergeht und sich



auf Nahrungs- oder Genussmittel bezieht, die an sich geeignet sind, die menschliche Gesundheit beim Genuss zu beschädigen, ist von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen und die Verhängung einer Geldstrafe allein als zulässig erklärt worden. Ebenso ist die Einziehung der vorschriftswidrig hergestellten, verkauften oder feilgehaltenen Getränke, welche nicht notwendig gesundheitsschädlich zu sein brauchen, nach § 9 nur in das Ermessen des Richters gestellt, insoweit allerdings sowohl bei vorsätzlichem als bei fahrlässigem Handeln. Dagegen wird in Übereinstimmung mit §§ 12, 15 N.-M.-G. über die Vorschriften in §§ 40, 42 Str.-G. (s. S. 5, 99) hinaus die Einziehung auch dann für zulässig erklärt, wenn die Getränke dem Verurteilten nicht gehören. Ferner kann, falls die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist, auf die Einziehung selbständig erkannt werden (vgl. S. 99). Wegen Veröffentlichung der gerichtlichen Strafurteile und der Verwendung der erkannten Geldstrafen finden nach § 10 die entsprechenden Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes (§§ 16, 17 — s. S. 100 und 104) Anwendung.

Die in den §§ 3 bis 6 gegebenen verkehrspolizeilichen Vorschriften lehnen sich an diejenigen des § 10 N.-M.-G. (s. S. 51 ff.) an und bezwecken, in denjenigen Punkten, in welchen bei der Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes Zweifel und Schwierigkeiten entstanden sind, durch Ergänzungen und Erläuterungen einen klaren Rechtszustand zu schaffen. Zu diesem Behuf werden in dem Gesetz einzelne Behandlungsarten des Weines, welche eine grössere Verbreitung gefunden haben und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, aufgeführt und zum Teil ausdrücklich als Verfälschungen (§ 4), zum Teil als Maassnahmen bezeichnet, welche den Thatbestand einer Verfälschung oder Nachmachung nicht einschliessen sollen (§ 3). Diese Bestimmungen erheben keinen Anspruch darauf, erschöpfend zu sein, sondern wollen nur das thatsächlich fühlbar gewordene Bedürfnis nach gesetzlicher Klarstellung befriedigen. Andere Fälle sind nach Maassgabe des Nahrungsmittelgesetzes zu beurteilen.

Die Bestimmungen der §§ 3 und 4 beziehen sich aus-



schliesslich auf Wein, worunter, wie die „Begründung“ erläutert, nur das aus den Trauben des Weinstocks durch alkoholische Gärung gewonnene Erzeugnis verstanden ist.<sup>1)</sup> Der Schaumwein wird in § 5 ausdrücklich ausgenommen.

Dies ist deshalb geschehen, weil derselbe ein Kunstprodukt ist, das Zusätze der verschiedensten Art unbedingt erfordert und daher nach anderen Gesichtspunkten als der Wein schlechtweg beurteilt werden muss, sodann auch weil ein Bedürfnis nach einem über das sanitätspolizeiliche Gebiet hinausgehenden Schutz des Publikums gerade bei diesem Getränk nicht vorliegt.

Dem Schaumwein werden in dieser Beziehung die dem Wein ähnlichen Zubereitungen, insbesondere Obstwein, deren Herstellung nach besonderem Verfahren erfolgt und infolge dessen eine andere Beurteilung als diejenige des Weins beansprucht, gleichgestellt.

Eine ausdrückliche Ausschlössung dieser Getränke ist unterblieben, weil sie begriffsmässig nicht als Wein betrachtet werden können.

Für Schaumwein und Obstwein einschliesslich Beerenobstwein beschränken sich die verkehrspolizeilichen Vorschriften auf die eine in § 6 enthaltene Bestimmung, dass die Verwendung von Saccharin und ähnlichen Süsstoffen bei ihrer Herstellung als Verfälschung im Sinne des § 10 N.-M.-G. anzusehen ist.

Das Saccharin (Benzoësäuresulfinid) und die anderen nicht zu den Zuckerarten gehörenden Süsstoffe, wie z. B. Methylsaccharin, haben mit dem Zucker nichts gemein als den süssen Geschmack und können weder in chemischer, noch in physiologischer Hinsicht als ein gleichwertiger Ersatz des Zuckers gelten. Hierzu kommt, dass der Käufer, welcher zu der Voraussetzung berechtigt ist, dass der süsse Geschmack der fraglichen Getränke von ihrem Zuckergehalt herrührt, bei Lieferung eines unter Verwendung von Saccharin pp. hergestellten Getränks ohne Angabe des Sachverhalts ge-

<sup>1)</sup> Ebenso ist schon früher seitens vieler Gerichte, auch unter Bestätigung des Reichsgerichts, angenommen worden, dass unter den in den Weingegenden Deutschlands gewachsenen Weinen im allgemein gebräuchlichen Sinne nur ein Getränk verstanden wird, welches ohne jeden Zusatz aus Traubensaft durch alkoholische Gärung entstanden ist. Vgl. die Reichsger.-Urteile v. 20. Jan. (Entsch. Bd. 15, S. 192; Rechtspr. Bd. 9, S. 71; Veröff. 1887, S. 136), 14. Nov. (Veröff. 1888, S. 63) und 12. Dez. 1887 (Rechtspr. Bd. 9, S. 717; Veröff. 1888, S. 128).



täuscht wird. Der Zusatz derartiger Stoffe wird daher als eine Verfälschung bezeichnet. Strafbar wird dieselbe allerdings erst dann, wenn sie zur Täuschung des Publikums, d. h. behufs demnächstiger Verheimlichung des Zusatzes erfolgt. (Vgl. S. 51.) Ein unbedingtes Verbot der Verwendung des Saccharins erschien nicht angezeigt.

Gemäss § 3 sollen gewisse Bereitungsarten als Verfälschung oder Nachmachung des Weins im Sinne des § 10 N.-M.-G. nicht angesehen werden. Als solche werden 1. die anerkannte Kellerbehandlung, 2. der Weinverschnitt, 3. die Entsäuerung mittels reinen gefällten kohlensauren Kalks, 4. der Zuckerzusatz aufgeführt.

### 1. Die anerkannte Kellerbehandlung.

Als Kellerbehandlung wird eine Reihe von Hantierungen bezeichnet, welche die Bereitung und Pflege des Weins erfordert. Dieselbe stellt sich als anerkannt dar, soweit die fraglichen Hantierungen als das Ergebnis einer langjährigen Erfahrung oder einer allgemein als wirtschaftlich zulässig erachteten neuen wissenschaftlichen oder praktischen Errungenschaft in einer Weingegend oder anderwärts mehr oder weniger geübt werden und in gesundheitlicher Beziehung bedenkenfrei sind. Der Kellerbehandlung in diesem Sinne, welcher die Haltbarmachung des Weins ausdrücklich zugerechnet wird, sollen durch das Gesetz Schwierigkeiten nicht bereitet werden; andererseits wird als erforderlich erachtet, Missbräuchen, welche unter dem Deckmantel der Kellerbehandlung geübt werden, entgegenzutreten. Zu diesem Behufe werden in dem Gesetze nähere Angaben gemacht. Die anerkannte Kellerbehandlung soll nämlich als Verfälschung u. s. w. nicht angesehen werden, auch wenn dabei geringe Mengen von mechanisch wirkenden Klärungsmitteln (Eiweiss, Gelatine, Hausenblase u. dergl.), von Kochsalz, Tannin, Kohlensäure, schwefliger Säure oder daraus entstandener Schwefelsäure in den Wein gelangen. Dieser Bestimmung liegt die Voraussetzung zu Grunde, dass die Verwendung der genannten Stoffe lediglich zum Zweck der Kellerbehandlung, nicht aber etwa behufs einer betrügerischen Erhöhung des Extrakt- oder Aschengehalts erfolgt ist.

Ausser den eben genannten Mitteln, welche eine künstliche Klärung (sog. Schönung) durch mechanische Wirkung, d. h. dadurch erzielen, dass sie durch ihre eigene, in unlöslicher Form erfolgende Ausscheidung aus dem Weine die trübenden Teilchen mit zu Boden reissen, ohne die Zusammensetzung des Weins selbst in beachtenswerter Weise zu ändern, werden in der „Begründung“ die sog. Klärerden (Kaolin, spanische Erde, Yeso gris; s. auch S. 245) angeführt. Zur Unterstützung der Wirkung einzelner Klärmittel ist in manchen Fällen ein geringfügiger Zusatz von Kochsalz oder Tannin zweckmässig.

Die Kohlensäure wirkt schon in geringen Mengen dem Ab-



setzen der Weine entgegen. Die in der Kellerwirtschaft unentbehrliche schweflige Säure (befreit die Fässer von niederen Pilzen, dient zur Haltbarmachung des Weins in angebrochenen Fässern, manchmal auch zur Unterdrückung der Gärung von noch nicht vollkommen vergorenen Weinen) kann schon in verhältnismässig geringer Menge gesundheitliche Störungen verursachen, so dass die Feststellung eines Höchstgehalts derselben im Wein angezeigt erscheint. Da die Ansichten über diesen Grenzwert zur Zeit noch auseinandergehen, so ist die Regelung desselben, desgleichen auch der Grenzen für die anderen zuvor bezeichneten Stoffe in § 11a dem Bundesrate vorbehalten worden.

Ausser diesen Stoffen kommt noch der zum Ausschwenken der Fässer benutzte Alkohol in Betracht, von dem das Gesetz selbst in § 3, Ziff. 1 vorschreibt, dass die bei der Kellerbehandlung zugesetzte Menge nicht mehr als 1 Raumteil auf 100 Raumteile Wein betragen darf. Dies gilt jedoch für Weine, welche als deutsche in den Verkehr kommen, während ausländische Süd- bzw. Süssweine, denen aus Rücksicht auf klimatische Einflüsse Alkohol (vinage, Avinieren, Vinieren) in grösseren Mengen zur Konservierung zugesetzt werden muss, auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden sollen.

## 2. Die Vermischung (Verschnitt) von Wein mit Wein, auch Verstechen, Coupage genannt.

Der Verschnitt soll, sofern es sich dabei nur um Wein, nicht etwa auch um Obstwein handelt, unter den Begriff der Verfälschung oder Nachmachung nicht fallen, weil ein solches Gemisch immer „Wein“ der Gattung nach darstellt. Gleich einer Verfälschung oder Nachmachung der Gattung Wein will das Gesetz auch eine solche einer bestimmten Weinsorte beim Verschnitt von Weinen verschiedenen Charakters ausschliessen (vgl. S. 56). Insbesondere soll die Auffärbung von Weisswein durch Vermischung mit Rotwein nicht als Verfälschung verfolgt werden können. Nach der „Begründung“ erscheint der Verkauf solchen Weins selbst als Rotwein gerechtfertigt, falls das erhaltene Erzeugnis dem allgemeinen Charakter eines Rotweins entspricht und nicht als verdorben aus § 10, Ziff. 2 N.-M.-G. zu beanstanden ist. Diese Bestimmung bildet gleichzeitig eine Ergänzung der mit Italien und Österreich-Ungarn in den neuen Handelsverträgen getroffenen Abmachungen (vgl. auch S. 243). Nach den Schlussprotokollen derselben (No. 5 zu den Tarifen A)<sup>1)</sup> sind als Verschnittweine zu dem ermässigten Zollsatz von 10 Mark für 100 kg brutto nur solche roten Naturweine und Moste zu rotem Wein zuzulassen, welche mindestens 12 Volumenprocente Alkohol, bzw. (im Most) das entsprechende Äquivalent von Fruchtzucker, sowie im Liter bei 100° C. mindestens 28 g trocknen Extrakt enthalten, sofern sie unter den vom Bundesrat festzusetzenden Kon-

<sup>1)</sup> Veröff. 1891, S. 801.



trollen zum Verschneiden wirklich verwandt werden. Als Verschnitt ist es zu erachten, wenn der zu verschneidende weisse Wein mit Wein oder Most von der vorstehend bezeichneten Beschaffenheit in einer Menge von nicht mehr als 60% und der zu verschneidende rote Wein mit solchem Wein oder Most in einer Menge von nicht mehr als  $33\frac{1}{3}\%$  des ganzen Gemisches versetzt wird. Über die Zollbehandlung der Verschnittweine und Moste hat der Bundesrat am 4. Febr. 1892<sup>1)</sup> vorläufige Bestimmungen erlassen (Bekanntm. des Reichskanzlers vom 10. Febr. mit Abänderungen vom 30. März).

### 3. Die Entsäuerung mittels reinen gefällten kohlensauren Kalks.

Die auch als Chaptalisieren bezeichnete Entsäuerung des Weins mittels kohlensauren Kalks wird bei Verwendung des reinen gefällten Präparats freigegeben, da dem Wein dadurch nur Säure ohne sonstige Veränderungen seiner Zusammensetzung, auch ohne Vermehrung der Menge entzogen wird. Die Benutzung anderer Formen des kohlensauren Calciums, wie des Kalksteins, Kalkspaths, Marmors, der Kreide, des aus Lösungen gefällten kohlensauren Kalks u. s. w., welche meist mit anderen Stoffen verunreinigt sind, ist nicht zulässig. Dasselbe gilt vom neutralen weinsäuren und vom kohlensauren Kalium, weil dieselben den Kaligehalt des Weins erhöhen würden. Es wird als zweckmässig bezeichnet, eine Menge von 150 g kohlensaurem Kalk für den Hektoliter Wein als äusserste Grenze inne zu halten, dergestalt, dass der Gesamtgehalt an Kalk (auf Calciumoxyd berechnet) in der Asche nicht mehr als 0,1 Teil auf 100 Gewichtsteile Wein beträgt.

### 4. Der Zusatz von Zucker, auch in wässriger Lösung (Gallisieren).

Dieses zur Erhöhung des Alkoholgehalts und der Süsse, sowie zur Abstumpfung eines zu grossen Säuregehalts des Weins in Deutschland vielfach geübte Verfahren wird nicht nur als berechtigt anerkannt, sondern es wird auch von dem Deklarationszwange, d. h. von der Verpflichtung, dem Käufer die mit dem Wein vorgenommene Behandlung mitzuteilen, abgesehen (vgl. S. 243). Im gesundheitlichen Interesse jedoch, sowie zur Verhütung von Missbräuchen wird dabei zur Bedingung gemacht,

a. dass nur technisch (nicht chemisch) reiner Rohr-, Rüben- (beide Zuckerarten werden von der Technik in solcher Reinheit geliefert, dass sie höchstens 1% Nichtzucker enthalten), Invert- (in der

<sup>1)</sup> Zentralbl. f. d. Deutsche Reich, S. 86, 162; Veröff. 1892, S. 128.



Praxis auch „Fruchtzucker“ genannt, wird, wenn aus technisch reinem Zucker gewonnen, als technisch rein angesehen, sofern er nicht mehr als 20% Wasser enthält) oder Stärkezucker (es werden Erzeugnisse mit 99,64% Zuckergehalt geliefert; s. auch S. 246) ungelöst oder in wässriger Lösung zugesetzt, und b. dass durch den Zusatz wässriger Zuckerlösung der Gehalt des Weins an Extraktstoffen und Mineralbestandteilen nicht unter gewisse Grenzen herabgesetzt wird.

Als solche bezeichnet das Gesetz die Grenzen, welche bei ungezuckertem Wein desjenigen Weinbaugebiets, dem der Wein nach seiner Benennung entsprechen soll, in der Regel beobachtet werden. Nach § 11b des Gesetzes ist der Bundesrat ermächtigt, die maassgebenden Grenzen festzustellen. Dies ist laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. April 1892<sup>1)</sup> zunächst einheitlich dahin geschehen, dass bei Wein, welcher nach seiner Benennung einem inländischen<sup>2)</sup> Weinbaugebiet entsprechen soll, durch den Zusatz wässriger Zuckerlösung a. der Gesamtgehalt an Extraktstoffen nicht unter 1,5 g, der nach Abzug der nicht flüchtigen Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1,1 g, der nach Abzug der freien Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1 g, b. der Gehalt an Mineralbestandteilen nicht unter 0,14 g in einer Menge von 100 ccm Wein herabgesetzt werden darf.

Diese Grenzzahlen beziehen sich ausgesprochenermaassen nur auf gallisierten Wein, sind daher für die Beurteilung von Weinen, welche von Natur ungünstigere Verhältnisse aufweisen, nicht maassgebend.

Bezüglich einer etwaigen Wiedererhöhung des Extraktgehalts im Falle übermässigen Wasserzusatzes zum Wein s. die Bestimmung des § 4, Ziff. 5 auf S. 256.

Da für den gallisierten Wein von der Deklarationspflicht abgesehen ist, erschien es erforderlich, den Käufer vor wissentlichen Täuschungen über die Beschaffenheit des Weins zu schützen. Zu diesem Zweck bestimmt § 7, Ziff. 2, dass, wer wissentlich Wein, welcher einen Zusatz der im § 3, Ziff. 4 bezeichneten Art erhalten hat, unter Bezeichnungen feilhält oder verkauft, welche die Annahme hervorzurufen geeignet sind, dass ein derartiger Zusatz nicht gemacht ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft wird. Bezüglich der Einziehung des betreffenden Weins sind allein die §§ 40, 42 Str.-G. (s. S. 5, 99) maassgebend. Die §§ 16, 17 N.-M.-G. finden in gleicher Weise wie bei Zuwiderhandlungen gegen § 7, Ziff. 1 (vgl. S. 249) Anwendung. Durch die Bestimmung des § 7, Ziff. 2 ist dem Käufer die Möglichkeit geboten, sich durch besondere Ab-

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 600, Veröff. 1892, S. 294. — <sup>2)</sup> In den in Betracht kommenden ausländischen Produktionsgebieten wird das Verfahren des Gallisierens infolge ihrer günstigeren klimatischen Verhältnisse nicht geübt.



machungen unter dem Schutze einer Strafandrohung die Lieferung von Wein ohne Zuckerzusatz zu sichern. Ferner darf gallisierter Wein in keinem Falle als ungezuckert bezeichnet werden.

Soweit die §§ 3 bis 6 des Weingesetzes entgegenstehende Bestimmungen nicht enthalten, bleiben nach § 10 die Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes unberührt. Wenn daher z. B. bei einem gallisierten Wein die vorgeschriebenen Grenzen nicht eingehalten sind, so gilt er als verfälscht im Sinne des § 10 N.-M.-G., demgemäss ist die Herstellung eines solchen Getränkes in der Absicht, es demnächst als Wein ohne Kennzeichnung der Zuckerung in den Verkehr zu bringen, sowie der Verkauf desselben unter Verschweigung der Zuckerung strafbar.

In § 4 wird eine Reihe von Bereitungsarten aufgeführt, welche unter allen Umständen als Verfälschung des Weins im Sinne des § 10 N.-M.-G. anzusehen sind, d. h. ihre Anwendung ist aus § 10 strafbar, wenn sie zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr erfolgt, und das Verkaufen und Feilhalten der so hergestellten Getränke unterliegt der Strafe, sofern dies unter Verschweigung des Umstandes der Verfälschung bzw. unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung geschieht. (Vgl. S. 51 und 61, 62.) So ist die Herstellung von Tresterwein als Haustrunk nicht verboten. Das Feilhalten oder Verkaufen der unter Anwendung eines der gleich zu bezeichnenden Verfahren hergestellten Getränke, in gleicher Weise auch der Mischungen derselben mit Wein ist nach der ausdrücklichen Bestimmung im 2. Absatz des § 4 zulässig, wenn es unter einer die Beschaffenheit der Getränke erkennbar machenden oder einer anderweiten, sie von Wein unterscheidenden Bezeichnung (Tresterwein, Hefenwein, Rosinenwein, Kunstwein oder dergl.) erfolgt. Bestimmte Bezeichnungen für die einzelnen Getränke sind nicht vorgeschrieben, um dem Verkehr keinen Zwang aufzuerlegen und in die herrschenden Sprachgewohnheiten nicht einzugreifen. Die fraglichen Verfahren sind Herstellung von Wein unter Verwendung

1. eines Aufgusses von Zuckerwasser auf ganz oder teilweise ausgepresste Trauben — Tresterwein, Petiotisieren.



Die petiotisierten Weine sind verhältnismässig arm an Extraktstoffen (Gerbstoff ausgenommen) und Mineralstoffen, ferner wird die Weinmenge erheblich vergrössert (s. S. 243).

## 2. eines Aufgusses von Zuckerwasser auf Weinhefe — Hefenwein.

Derselbe wird unter Zusatz von Weinsäure und Tannin bereitet und ist ein Kunstprodukt.

## 3. von Rosinen, Korinthen, Saccharin oder anderen als den im § 3, No. 4 (s. S. 253) bezeichneten Süsstoffen (s. S. 250).

Die Herstellung von Rosinenwein ist wenig kostspielig, die uneingeschränkte Konkurrenz desselben daher bedenklich. Die Verwendung von Rosinen (Cibeben) oder Korinthen beim Gallisieren oder bei der Herstellung von Tresterwein gestattet eine nahezu unbegrenzte Vermehrung des Weines, ohne dass ihr Zusatz an einer unter das erlaubte Maass gehenden Verminderung der Extraktiv- und Mineralstoffe erkennbar wäre. Ferner können Rosinen oder Korinthen auch ohne Wasser zu Most oder Wein zugesetzt werden. Bei deutschen Weinen dürfte dies Verfahren, falls beim Verkauf derselben der Zusatz nicht kenntlich gemacht wird, der „Begründung“ zufolge nur zum Zweck der Täuschung ausgeübt werden. In südlichen Weinbaugegenden dagegen werden vielfach süsse Weine durch Ausziehen der an Ort und Stelle gewonnenen, durch vorgeschrittene Reife bereits eingetrockneten Weinbeeren (Rosinen) mit Wein aus Trauben gleichen Ursprungs und Vergärenlassen dieses Auszugs hergestellt. Solche Weine sind besonders edle Erzeugnisse. Zu Gunsten derselben enthält daher § 4 im letzten Absatz die Ausnahmebestimmung, dass der blosse Zusatz von Rosinen zu Most oder Wein bei Herstellung von solchen Weinen, welche als Dessertweine (Süd-, Süssweine; vgl. S. 247/8) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen, nicht als Verfälschung gilt.

## 4. von Säuren oder säurehaltigen Körpern oder von Bouquetstoffen.

Erstere, welche bei nicht verdorbenem Wein stets genügend vorhanden sind, können eine etwaige Verdünnung für den Geschmack verdecken. Ihnen ist auch der Obstwein als säurehaltiger Körper zuzurechnen. Der Zusatz von Bouquetstoffen kann nur zum Zweck der Täuschung erfolgen.

## 5. von Gummi oder anderen Körpern, durch welche der Extraktgehalt erhöht wird.

Solche Zusätze erfolgen zu Täuschungszwecken. Ausserdem kann der Extraktgehalt bei der zulässigen Kellerbehandlung und durch Zuckerzusatz gemäss Ziff. 1 und 4 des § 3 (s. S. 251 und



253) gelegentlich erhöht werden. Da dieser Erfolg nur nebenbei unbeabsichtigt eintritt, so soll er nicht als Verfälschung gelten.

Die Aufnahme der Mouillage (Zusatz von Wasser und Sprit) als Ziff. 6 wurde vom Reichstag abgelehnt<sup>1)</sup>, da kein Anlass vorliege, an dem durch das Nahrungsmittelgesetz geschaffenen Zustande etwas zu ändern und die Deklarationspflicht allgemein, selbst im Falle einer sachlich gerechtfertigten Anwendung dieses Verfahrens, einzuführen.

Die Bestimmung des § 12, welche den Bundesrat ermächtigt, für die Vornahme der zum Zweck der Anwendung des Weingesetzes und des Nahrungsmittelgesetzes in Bezug auf Wein pp. auszuführenden Untersuchungen bestimmte technische Grundsätze aufzustellen, ist im Interesse der Gleichmässigkeit der Rechtsprechung aufgenommen.

Nach Erlass des Weingesetzes ist in Baden<sup>2)</sup> die Kunstweinfabrikation einer besonderen Steuer unterworfen und in Elsass-Lothringen<sup>3)</sup> die Weinststeuer für Rosinenwein erhöht worden.

## 9. Branntwein und Liqueure.

Im Hinblick auf die Schädlichkeit der Verunreinigungen (vorwiegend des sog. Fuselöls) des Branntweins war in das Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887 auf Anregung des Reichstags eine Bestimmung über den Reinigungszwang aufgenommen. Da sich aber in der Folge ergab, dass derselbe in der in Aussicht genommenen Art weder zweckmässig noch durchführbar sei, vielmehr zunächst noch eingehende Ermittlungen technischer und sanitätspolizeilicher Natur angestellt werden müssten, so wurde die fragliche Bestimmung, noch ehe sie eingeführt war, wieder beseitigt (durch Ges. v. 7. April 1889).<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Veröff. 1892, S. 233. — <sup>2)</sup> Gesetz u. Vollzugsverordn. v. 27. Juni 1892. Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 293, Veröff. 1892, S. 791. Der Besteuerung unterliegt jede Art der gewerbsmässigen Darstellung von Getränken, welche nach reichsgesetzlichen Bestimmungen als Erzeugung von künstlichem Wein angesehen werden muss, insbesondere diejenige von Wein aus getrockneten Weinbeeren, von Trester- und Hefenwein. — <sup>3)</sup> Ges. v. 14. Nov. 1892. Ges.-Bl. S. 67; Veröff. 1893, S. 23. — <sup>4)</sup> Vgl. Veröff. 1889, S. 117; Arb. a. d. k. Gesundheits-A., Bd. 4, S. 109; Bd. 5, S. 321.



Über die Beurteilung der Gesundheitsschädlichkeit von Branntwein s. S. 82.

In Württemberg ist durch Minister.-Verf. v. 18. Juli 1878<sup>1)</sup> das Bereiten, Feilhalten oder Verkaufen des durch Kupfer verunreinigten Branntweins, welcher zum menschlichen Genuss bestimmt ist, verboten und Branntweinbrennern, welche sich kupferner Kühlröhren bedienen, die beständige Reinhaltung derselben zur Pflicht gemacht worden.

In Mecklenburg-Schwerin ist durch Verordnung vom 15. Juni 1831<sup>2)</sup> die Abklärung des Branntweins mit Alaun, sowie die Mischung desselben mit Substanzen, welche der Gesundheit nachteilig sind, wie z. B. Stechapfelsamen, Lolch, Schwefel, bei 150 Mark Geldstrafe oder Haft und Einziehung des Branntweins verboten worden.

Cognak, Rum, Arak<sup>3)</sup> sind nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 2. November 1886<sup>4)</sup> zum Genuss in reinem Zustande nicht bestimmt, dienen vielmehr teils als Würze (zum Thee und bestimmten Speisen), teils sind sie auf eine Herabsetzung des Alkoholgehaltes, beim Rum auch des Ledergeschmacks angewiesen. Verschnitte sind daher bei diesen Spirituosen lange vor Erlass des Nahrungsmittelgesetzes als Handelsartikel gang und gebe gewesen und haben sich schon lange vorher im Gegensatze zu den importierten Urstoffen zu einer anderen Art von Genussmitteln herausgebildet, welche den Urstoff in einer nur vom wirtschaftlichen Bedürfnisse der Konsumenten begrenzten Versetzung mit anderen geeigneten Stoffen enthalten, und diese Art von Genussmitteln ist so selbständiger Natur geworden, dass, wer importierte Ware haben will, dies ausdrücklich sagt, und dass derjenige, welcher einfach eine Flasche Cognak, Rum oder Arak fordert, im allgemeinen weiss, dass er nicht das reine Destillat aus Zuckerrohr, Reis oder Traubenwein, sondern ein Gemisch mit diesem Destillat erhält. Die Annahme, dass ein Gemisch, welches über die Hälfte Zusätze von Sprit, Wasser und anderen Ingredienzen enthält, vorwiegend etwas anderes als Rum, Cognak oder Arak sei, findet nach dem Reichsgericht im Gesetze keinen Anhalt. Soweit Kunstprodukte in Rede ständen, beruhe die Frage, ob ein Genussmittel für verfälscht zu erachten sei, vielfach auf technischen Regeln, deren richtige Anwendung in der Revisionsinstanz nicht geprüft werden könne. — Die Annahme, dass der sog. Trinkrum jeden spezifischen Charakters

---

<sup>1)</sup> Wiener a. a. O., Bd. 2, Tl. 3, S. 92. — <sup>2)</sup> Goesch u. v. Düring. Medizinalpol.-Verordnungen in M.-Schw., Schwerin 1886, S. 147. — <sup>3)</sup> Arb. a. d. k. Gesundh.-A. Bd. 6, S. 335; Bd. 7, S. 210. — <sup>4)</sup> Entsch. Bd. 14, S. 428; Veröff. 1887, S. 27.



entbehrt und deshalb nicht Gegenstand einer Nachmachung oder Verfälschung sein kann, lässt sich nach dem Reichsgericht beanstanden.

Bestrafung der Herstellung und des Verkaufs eines Gemisches von aus tropischen Ländern und von den Lewards-Inseln bezogenem Rum, Wasser und Sprit zu gleichen Teilen als „Alter Lewards-Rum“ aus § 10 N.-M.-G. wurde vom Reichsgericht<sup>1)</sup> als rechtsirrig nicht erkannt.

Über Nachmachung von Cognak s. S. 55; desgl. über Nachmachung und Verfälschung von Himbeerliqueur S. 54 und 57. Ein mit Fuchsin gefärbter Fruchtliqueur kann ohne Rechtsirrtum für ein nicht gefälschtes Getränk angesehen werden, wenn festgestellt wird, dass durch die Färbung die Ware nicht verschlechtert und ihr nicht das Ansehen eines höheren Fruchtgehaltes, also eines höheren Wertes beigelegt ist.<sup>2)</sup>

### 10. Kaffee.

Der Vertrieb künstlicher Kaffeebohnen unter dem Namen „Gassen's Kunstkaffee“ hat die kgl. preuss. Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten und für Handel und Gewerbe am 14. Juni 1889 und 3. Januar 1890<sup>3)</sup> veranlasst, die Reg.-Präsidenten auf dies Erzeugnis aufmerksam zu machen und sie zu beauftragen, vor dem Vertriebe desselben unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes öffentlich zu warnen.

Durch kaiserl. Verordnung vom 1. Februar 1891<sup>4)</sup> ist auf Grund des § 6 N.-M.-G. das gewerbsmässige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Maschinen, welche zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen bestimmt sind, verboten worden.

### 11. Künstliche Mineralwässer.

Die künstlichen Mineralwässer unterliegen der Bestimmung des § 1 der kaiserl. Verordnung, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890<sup>5)</sup>, nach welcher gewisse Zubereitungen ohne Unterschied, ob sie heilkräftige Stoffe enthalten oder nicht, als Heilmittel nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen, in dem Falle,

---

<sup>1)</sup> Urteil v. 3. März 1890. Veröff. 1891, S. 66. — <sup>2)</sup> Urteil d. Reichsger. v. 26. Mai 1882. Rechtspr. Bd. 4, S. 519. — <sup>3)</sup> Veröff. 1889, S. 538, 1890 S. 217. — <sup>4)</sup> R.-G.-Bl. S. 11; Veröff. 1891, S. 97. — <sup>5)</sup> R.-G.-Bl. S. 9; Veröff. S. 82.



dass sie in ihrer Zusammensetzung natürlichen Mineralwässern nicht entsprechen und dass sie zugleich Antimon, Arsen, Baryum, Chrom, Kupfer, freie Salpetersäure, freie Salzsäure oder freie Schwefelsäure enthalten.

Die Anstalten zur Bereitung künstlicher Mineralwässer bedürfen nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung einer besonderen Genehmigung nicht; jedoch unterliegen sie einer Beaufsichtigung nach Maassgabe der landesrechtlichen Bestimmungen.

In Preussen sind derartige Anstalten laut Minist.-Verf. vom 23. November 1844<sup>1)</sup>, in Sachsen laut Verordnung vom 22. November 1875<sup>2)</sup> vor ihrer Eröffnung von dem Medizinal-Rat bzw. Bezirksarzt und einem Apotheker zu untersuchen und in der Folge von Zeit zu Zeit zu revidieren.

Besondere Vorschriften über die Herstellung künstlicher Mineralwässer sind ferner verschiedentlich erlassen worden, so in Berlin. 9. April 1888 (Veröff. S. 436); gleichlautend hiermit Charlottenburg 20. Sept. 1888 (ebd. 1889, S. 114). — R.-B. Posen. (Untersuchung des zur Selterswasserfabrikation verwandten Brunnenwassers). 10. Okt. 1892 (ebd. 1893, S. 305). — R.-B. Schleswig. 1. Febr. 1889 (ebd. 1889, S. 595). — R.-B. Hildesheim. 5. Okt. 1893 (ebd. 1894, S. 72). — R.-B. Kassel. 23. März u. 13. Juli 1893 (ebd. 1893, S. 739, 1894 S. 88). — Kreis Mainz. 15. Juni 1885 (ebd. 1886, S. 38). Gleiche Verordnungen sind für die Kreise Darmstadt (14. Nov. 1887; ebd. 1888, S. 189), Worms, Bingen, Offenbach. Gr. Gerau, Alzey u. a. erlassen worden (Wiener a. a. O., Bd. 2, Tl. 3, S. 282).

Vor Beginn des Betriebes wird in Berlin eine Prüfung der Betriebsstätte und der aufgestellten Apparate durch einen Sachverständigen, im Kreise Mainz auch eine solche des Wassers und der Chemikalien, sowie eine erneute Prüfung bei wesentlichen Betriebsänderungen durch das Kreisgesundheitsamt erfordert.

In Berlin ist die Verwendung von Brunnenwasser zur Fabrikation ausgeschlossen, in den R.-B. Schleswig und Kassel darf ausser destilliertem Wasser in Städten mit öffentlichen Wasserleitungen nur Leitungswasser, in anderen nur Wasser aus Brunnen, welche vor Oberflächen-Verunreinigungen geschützt sind und deren Wasser bei der chemischen und bakteriologischen Prüfung als geeignet befunden ist, im R.-B. Hildesheim nur destilliertes oder Brunnenwasser der eben bezeichneten Art benutzt werden, im R.-B. Posen ist das zur Benutzung bestimmte Brunnenwasser jährlich einer sorgfältigen

---

<sup>1)</sup> Wiener a. a. O., Bd. 2, Tl. 1, S. 136. — <sup>2)</sup> Ges.- u. Verordn.-Bl., S. 418. Vgl. auch die Instruk. f. d. Bezirksärzte v. 10. Juli 1884, § 25. Ebd. Stück 12 u. Veröff. 1885 II, S. 262.



chemischen und bakteriologischen Untersuchung durch Sachverständige zu unterziehen und jedenfalls Wasser, welches Ammoniak oder salpetrige Säure überhaupt und Salpetersäure oder organische Substanzen in unzulässiger Menge enthält, auszuschliessen. Im Kreise Mainz geht die Vorschrift dahin, dass das Wasser den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege entsprechen soll. Von den zur Verwendung gelangenden chemischen Präparaten wird meist die durch das deutsche Arzneibuch vorgeschriebene Reinheit verlangt.

Die Verzinnungen und die Verbindungsstücke aller Apparate müssen den Vorschriften des Reichsges. vom 25. Juni 1887 (s. S. 275 ff.) entsprechen. In Berlin und im R.-B. Schleswig müssen alle Apparate, in denen ein den gewöhnlichen Luftdruck übersteigender Druck hervorgebracht wird, aus gutem, innen stark verzinnnten Kupferblech hergestellt und mit Manometer und Sicherheitsventil, welches nicht überlastet oder mit Gummiplatten versehen sein darf, ausgerüstet sein. Diese Apparate unterliegen einschliesslich der tragbaren Gefässe, in denen die kohlensäurehaltigen Wässer zum Ausschank ausserhalb des Fabriklokals gelangen, in Berlin und R.-B. Schleswig, Kassel mindestens alle zwei Jahre, Hildesheim jährlich einer Nachprüfung auf Widerstandsfähigkeit bei  $1\frac{1}{2}$  fachem Überdrucke, sowie auf Beschaffenheit der Verzinnung durch Sachverständige, in den drei Reg.-Bezirken sind gleichzeitig das Wasser und die Chemikalien zu prüfen. Im Kreise Mainz sollen die Fabrikeinrichtungen und die zur Verwendung kommenden Materialien von der Ortspolizeibehörde mindestens jährlich geprüft, auch Proben von Mineralwässern zeitweise auf ihre Reinheit untersucht werden. Bei den mit flüssiger Kohlensäure arbeitenden Anlagen ist in Berlin und im R.-B. Schleswig die Einschaltung eines in gleicher Weise wie die vorher beschriebenen Apparate mit Manometer u. s. w. ausgerüsteten Expansionsgefässes von mindestens 100 l vor dem Mischgefäss vorgeschrieben. Bei Benutzung von Magnesit, Kreide, Schwefel- oder Salzsäure zur Kohlensäureerzeugung müssen in den R.-B. Schleswig und Kassel wenigstens zwei Waschflaschen eingestellt werden, von denen die eine verdünnte Sodalösung, die andere Wasser enthält und deren Inhalt von Zeit zu Zeit (Kassel vor jeder Neuentwicklung von Kohlensäure) zu erneuern ist. Ebendort und im R.-B. Hildesheim sollen Versandtgefässe, an deren Boden oder Wandungen sich Niederschläge abgesetzt haben, von der Verwendung ausgeschlossen werden.

In Berlin, R.-B. Schleswig und Hildesheim sind sodann noch Vorschriften über Ventilation, Helligkeit u. s. w. der Herstellungsräume bzw. auch über den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren vorgesehen.

Nach einem Erlass des kgl. preuss. Ministers der geistlichen pp. Angelegenheiten vom 26. September 1892<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1892, S. 940.



sollen die Verkäufer von Mineralwässern im Ausschank an-  
gewiesen werden, das Getränk nur in einem der Trink-  
wasser-Temperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa  
10° C. abzugeben, auch soll das Publikum vor dem Genuss  
eiskalter Getränke überhaupt gewarnt werden.

## 12. Obst.

In Hamburg darf unreifes Obst nicht auf den  
Markt gebracht werden.<sup>1)</sup> Im übrigen vgl. bezüglich des  
Feilhaltens von unreifem Obst das Reichsger.-Urt. v. 4. Juni  
1881 auf S. 30.<sup>2)</sup>

In den im Handel vorkommenden getrockneten ameri-  
kanischen Scheibenäpfeln (Apfelschnitten, Ringäpfeln,  
evaporated apples) sind häufig Zinksalze nachgewiesen  
worden, welche beim Genuss die menschliche Gesundheit  
zu beschädigen geeignet sind. Es sind daher bezüglich  
dieser Ware Warnungen seitens des Polizei-Präsidenten zu  
Berlin<sup>3)</sup> und des Reg.-Präsidenten zu Schleswig<sup>4)</sup> ergangen.

## 13. Gewürze.

Die Erfahrung, dass ein von den Chemikern als Dinitro-  
kresol bezeichnetes Safran-Surrogat, welches giftig zu  
sein scheint, im Farbensgesetz<sup>5)</sup> aber nicht erwähnt wird,  
in grösserem Umfange zum Gelbfärben von Nahrungs- und  
Genussmitteln gebraucht wird, hat den Reg.-Präsidenten zu  
Oppeln am 19. April 1889<sup>6)</sup> veranlasst, vor dem Genusse  
desselben zu warnen. Dies ist im Reg.-Bez. Düsseldorf  
am 24. März 1890<sup>7)</sup> zur öffentlichen Kenntnis gebracht  
worden.

---

<sup>1)</sup> Pol.-Bekanntmach. v. 11. Juli 1853. Reincke a. a. O.,  
S. 182. — <sup>2)</sup> Vgl. auch d. Urt. v. 7. Jan. 1890. Veröff. S. 626. —  
<sup>3)</sup> Bekanntm. v. 21. Okt. 1889. Veröff. S. 669. — <sup>4)</sup> Desgl. v.  
16. Aug. 1889. Ebd. S. 685. — <sup>5)</sup> Das Dinitrokresol war von der  
Reichstagskommission als nicht oder nur in ganz geringem Grade  
giftig im Entwurf gestrichen worden. — <sup>6)</sup> Veröff. S. 441. — <sup>7)</sup> Das  
öff. Gesundheitswes. d. R.-B. D. 1889/91, S. 145.



Bei Verfälschung von Safran hat der Richter zu prüfen, ob derselbe, abgesehen von seiner Verwendung als Färbemittel, nicht auch, insbesondere unter Berücksichtigung der lokalen Gebräuche, als Gewürz und demnach als Genussmittel im Sinne des N.-M.-G. in Betracht kommt.<sup>1)</sup> Bei der Feststellung, dass Safran ein Färbemittel nur in dem Sinne ist, dass mittels desselben den Speisen, welche mit dem Zusatz von Safran genossen werden, eine besondere Farbe verliehen werden soll, wird der als Färbemittel verwandte Safran zugleich mit Notwendigkeit als Genussmittel verwandt, und es ergibt sich hieraus, dass der Angeklagte, wenn er denselben auch nur als Färbemittel fälschen und in den Handel bringen wollte, er sich doch bewusst war, dass derselbe auch genossen werden würde, sodass er auch hierauf seinen Willen richten musste.<sup>2)</sup> Die Beimischung von mehr als  $5\frac{1}{2}$  und  $11\frac{1}{2}\%$  Blütenblätter der Ringelblume zu Safran kann als Verfälschung angesehen werden.<sup>3)</sup> — Über Pfefferverfälschung s. S. 58.

#### 14. Gesundheitsschädliche Farben.

Nachdem ein Teil der kaiserl. Verordnung v. 1. Mai 1882 ausser Kraft gesetzt worden war (vgl. S. 48), machte sich das Bedürfnis nach einer anderweitigen Regelung der Frage geltend. Im Mai 1886 tagte im kaiserl. Gesundheitsamte eine aus Chemikern, Ärzten und Verwaltungsbeamten zusammengesetzte Kommission, deren Beratungen neben den schon vorher gewonnenen experimentellen Erfahrungen die Grundlage eines Gesetzentwurfes bildeten, welcher mit einer allgemeinen Begründung und im Gesundheitsamte ausgearbeiteten technischen Erläuterungen<sup>4)</sup> dem Bundesrate am 11. Februar<sup>5)</sup>, dem Reichstage am 7. Mai 1887<sup>5)</sup> vorgelegt und als

**Gesetz, betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen** (vgl. den Wortlaut im Anhange),

am 5. Juli 1887<sup>6)</sup> vollzogen wurde. Unter Aufhebung der kaiserl. Verordnung ist das Gesetz am 1. Mai 1888 in Kraft getreten.

<sup>1)</sup> Urt. d. Reichsger. v. 17. Febr. 1887. Rechtspr. Bd. 9, S. 138. — <sup>2)</sup> Desgl. v. 17. Juni 1889. Veröff. 1890, S. 733. — <sup>3)</sup> Desgl. v. 21. Jan. 1890. Ebd. S. 734. — <sup>4)</sup> Arb. a. d. k. Gesundheits-A., Bd. 2, S. 232. — <sup>5)</sup> Veröff. 1887, S. 119, 310, 400. — <sup>6)</sup> R.-G.-Bl. S. 277; Veröff. S. 426.



Die Form des Gesetzes wurde der Begründung zufolge gewählt, weil es für die Industrie von Wichtigkeit ist, dass die einmal erlassenen Vorschriften von vornherein endgültig feststehen. Sodann ging die Absicht dahin, den Gegenstand in möglichst umfassender Weise zu regeln, was durch kaiserl. Verordnung auf Grund des § 5 N.-M.-G. nicht angängig gewesen wäre. Die beteiligten gewerblichen Interessen haben in dem Gesetz eine weitgehende Berücksichtigung gefunden.

Nach §§ 12 bis 14 N.-M.-G. (vgl. S. 79) ist die Verwendung von Farben bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln und gewissen Gebrauchsgegenständen nur insoweit strafbar, als die Herstellung in der Art erfolgt, dass der Genuss bzw. Gebrauch dieser Gegenstände die menschliche Gesundheit zu beschädigen oder zu zerstören geeignet ist. Das neue Gesetz führt, ohne im übrigen gemäss § 14 die Vorschriften des N.-M.-G. zu berühren, die als gesundheitsschädlich zu erachtenden und demnach verbotenen Farben einzeln auf und zieht den Kreis der Gebrauchsgegenstände, von deren Herstellung bestimmte Farben ausgeschlossen werden, erheblich weiter.

Auf Nahrungs- und Genussmittel beziehen sich die beiden ersten Paragraphen in der Art, dass § 1 die Verwendung gewisser Farben zur Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel selbst, § 2 diejenige gewisser Farben zur Herstellung der zu ihrer Aufbewahrung oder Verpackung benutzten Gefässe, Umhüllungen oder Schutzbedeckungen verbietet. Beiden gemeinsam ist die Beschränkung des Verbots auf diejenigen Fälle, in denen es sich um Nahrungs- und Genussmittel handelt, welche zum Verkauf bestimmt sind.

Zur Herstellung solcher Nahrungs- und Genussmittel ist gemäss § 1 die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben nicht statthaft. Der Begriff „gesundheitsschädliche Farben“ wird genau bestimmt. Es sind das diejenigen Farbstoffe und Farzubereitungen, welche Antimon, Arsen, Baryum, Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Quecksilber, Uran, Zink, Zinn, Gummigutti, Korallin oder Pikrinsäure enthalten, mit Ausnahme von Uran und Korallin dieselben Stoffe, denen in der kaiserl. Verordnung sogar die Eigenschaft der Giftigkeit zugesprochen war.

Das seiner Kostspieligkeit wegen nicht häufig verwandte Uran ist in seinen Verbindungen nicht indifferent, während das Korallin, welches aus einem Gemenge roter Farbstoffe besteht, ausgeschlossen ist, weil es nur als unreines Präparat in den Handel kommt und



in diesem Zustande vor allem das schädliche Phenol enthält. Zu den gesundheitsschädlichen Farben gehören u. a. Antimonzinnober, Antimonweiss, Neapelgelb, Scheel'sches, Schweinfurter-, Mineral-, Mitis-, Wiener-, Kirchberger-, Kaiser-, Neugrün, Rausch-, Königs-, Mineral-, Neapelgelb, Auripigment (Operment), Purpurrot, gelber Ultramarin, Bremergrün, Schwerspath (schwefelsaurer Baryt), Blei-, Kremserweiss, Blei-, Pariser-, Neapel-, Neu-, Kasseler gelb (basisches Chlorblei), Mennige, Ölgrün, Chromorange, Chromrot, Chromgelb, Myrthen-, Viktoria-, Permanentgrün, reines Chromoxyd, Cadmiumgelb, jaune brillant, Ölblau, Kupfervitriol, Grünspan, Bergblau (basisch kohlen-saures Kupferoxyd), Bremerblau (Kupferoxydhydrat), Berggrün (Malachit), Braunschweiger-, Neuwiedergrün, Zinnober-, Zinkweiss, Zinkgelb, Zinkgrün.

Der Ausdruck „gesundheitsschädlich“ ist statt „giftig“ gewählt worden, weil dadurch nicht bloss diejenigen Farben, welche als Gifte direkt den Organismus zu zerstören geeignet sind, sondern auch solche Zubereitungen getroffen werden, welche durch ihre Aufnahme in den Stoffwechsel gesunder Erwachsener, mehr aber noch in denjenigen von Kranken oder Kindern dazu beitragen können, die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen andere schädliche Einflüsse zu vermindern. In dem obigen Verzeichnis sollten aber keineswegs alle Stoffe, welche irgend einen, wenn auch noch so geringen schädigenden Einfluss auf die Gesundheit auszuüben vermögen, ausgeschlossen werden. Andererseits lag ein Bedürfnis zur Aufführung solcher Stoffe nicht vor, welche, wie Molybdän, Nickel, Wismuth, Wolfram, innerhalb der einschlägigen Gewerbe- und Industriezweige als Färbemittel nicht verwandt werden oder in den zumeist geringfügigen Beimischungen der Farbpigmente nicht gesundheitsschädlich wirken.

Das Verbot der Verwendung von Farbstoffen und Farbzubereitungen, welche einen der einzeln aufgeführten Stoffe enthalten, erstreckt sich, für die in Rede stehende Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel selbst, auch auf solche Fälle, in denen die fraglichen Stoffe nur als unvermeidbare Verunreinigungen vorhanden sind.

Die Aufstellung so strenger Anforderungen erschien hierbei geboten, weil die Nahrungs- und Genussmittel dazu bestimmt sind, unmittelbar in den menschlichen Körper aufgenommen zu werden, eine etwaige Schädigung daher unvermeidlich durch den bestimmungsgemässen Gebrauch dieser Gegenstände vermittelt wird, und andererseits die Färbung in der Regel vermieden oder, wo sie üblich ist, mit ungefährlichen Farben bewirkt werden kann.

Eine gewisse Ausnahme ist allein für das Arsen und für das Zinn zugestanden worden, für ersteres, weil es bei der Feinheit der chemischen Untersuchungsmethoden vielfach auch da gefunden wird, wo es der Menge nach nicht zu



den geringsten Besorgnissen einer gesundheitsschädlichen Wirkung Veranlassung geben kann, für das Zinn, weil ein ausserordentlich geringer, gesundheitlich in gleicher Weise zu beurteilender Gehalt daran bei der Darstellung gewisser unentbehrlicher Farben nicht zu vermeiden ist.

Der Reichskanzler ist daher ermächtigt worden, über das Verfahren, welches bei dem Nachweise von Arsen und Zinn anzuwenden ist, nähere Vorschriften zu erlassen.

Von dieser Ermächtigung hat der Reichskanzler in der Bekanntmachung, betr. die Untersuchung von Farben, Gespinnsten und Geweben auf Arsen und Zinn, vom 10. April 1888<sup>1)</sup> unter A. I. bezüglich fester Körper, II. bezüglich Flüssigkeiten, Fruchtgelées und dgl., Gebrauch gemacht.

Das in § 2 gegebene Verbot ist durch die Erfahrung begründet, dass auch die Farben der Hüllen von Nahrungs- und Genussmitteln unter bestimmten, im täglichen Leben vorkommenden Verhältnissen (Übertragung der Farbe der Hülle auf das Nahrungsmittel nach Aufweichung oder Lösung infolge von Anziehung von Feuchtigkeit aus der Luft oder Aufbewahrung an einem feuchten Orte oder nach Lösung infolge entsprechender Veränderung an sich unlöslicher Farben durch chemische Eigenschaften, z. B. Säuregehalt des Nahrungsmittels; unvorsichtige oder sonst unvollkommene Lösung des Nahrungsmittels aus den Hüllen; Lecken der Kinder an den Hüllen) in den menschlichen Körper übergehen und gesundheitsschädlich wirken können. Die praktische Handhabung der Vorschrift des § 2 ist dadurch erleichtert, dass zwischen Gefässen und Umhüllungen nicht unterschieden und das Verbot der Aufbewahrung oder Verpackung der zum Verkauf bestimmten Nahrungs- und Genussmittel in solchen, sofern zu deren Herstellung „gesundheitsschädliche Farben“ (s. § 1) verwandt sind, in der Art ausgesprochen wird, dass nur ganz bestimmte Fälle nicht darunter fallen.

Zu den Gefässen und Umhüllungen gehört vor allem das in der Masse gefärbte Naturpapier, das einseitig gefärbte Buntpapier, die daraus hergestellten Schachteln und Düten, die zur Ausschmückung von Konditorwaren dienenden Gewebe, Anstriche im Innern von

<sup>1)</sup> Zentralbl. f. d. Dtsche. Reich, S. 131; Veröff. S. 260.



Wassereimern oder Fässern, bemalte Teller aus Metall und Holz. Ausserdem sind auch die Schutzbedeckungen, wie z. B. Fliegen-  
glocken, in das Gesetz aufgenommen worden, weil einzelne Farb-  
teilchen sich mechanisch loslösen und in das Nahrungsmittel hinein-  
fallen können.

Das Verbot der Verwendung „gesundheitsschädlicher  
Farben“ zur Herstellung der Hüllen pp. ist, wie schon eben  
angedeutet wurde, nicht so umfassend wie bei den Nahrungs-  
und Genussmitteln selbst. Hinsichtlich der Ausnahmen, welche  
gemacht werden, sei zunächst erwähnt, dass a. bestimmte  
unter § 1 fallende Farben für zulässig erklärt werden und  
b. gemäss § 10 auch alle solche Farben benutzt werden  
dürfen, welche irgend einen der in § 1 bezeichneten Stoffe  
(Antimon, Arsen u. s. w.) nicht als konstituierenden Bestand-  
teil, sondern nur als Verunreinigung, und zwar höchstens  
in einer Menge enthalten, welche sich bei den in der Technik  
gebräuchlichen Darstellungsverfahren nicht vermeiden lässt.

In letzterer Beziehung kommt in Betracht, dass bei den ge-  
ringen Mengen, welche zugestanden werden, eine gesundheitsschäd-  
liche Wirkung nicht hervorgerufen werden kann, während anderer-  
seits ein absolutes Verbot der Industrie die Verwendung zahlreicher,  
schwer zu ersetzender Farben unmöglich machen würde. Unter  
konstituierenden Bestandteilen sind notwendige, nicht ohne Verän-  
derung des Charakters der Farbe durch andere Stoffe zu ersetzende  
Bestandteile zu verstehen. Ob ein Darstellungsverfahren in der  
Technik gebräuchlich ist und bis zu welcher Grenze sich der Gehalt  
an schädlichen Stoffen vermeiden lässt, wird im Einzelfalle von erfah-  
renen Fachmännern der betreffenden Gewerbebranche zu beantworten  
sein. Die Aufstellung von Grenzwerten für die zulässigen Verun-  
reinigungen erschien unzweckmässig.

Bei den unter a fallenden Farben handelt es sich um Zu-  
geständnisse, welche im Interesse der mit der Herstellung des Mate-  
rials zu derartigen Umhüllungen beschäftigten Gewerbebranche nicht  
zu umgehen sind. Die betreffenden Stoffe sind unter den in Frage  
kommenden Verhältnissen sämtlich als ganz oder doch nahezu un-  
löslich zu betrachten. Dieselben sind

Schwefelsaures Baryum (Schwerspath, Blanc fixe), fast un-  
löslich, wird u. a. in der Glanzpapierfabrikation verwandt.

Barytfarblacke, welche von kohlen saurem Baryum frei sind,  
durch Fällen von Theerfarben mit Baryumsalzen erhalten, dienen  
zum Färben der Papiermasse. Ein Gehalt an kohlen saurem Baryum  
ist ausgeschlossen, weil dieses in sauren Nahrungsmitteln und in den  
Verdauungssäften sich löst.

Chromoxyd, verhältnismässig unlöslich.



Kupfer, Zinn, Zink und deren Legierungen als Metallfarben. Letztere, welche eine besondere Klasse der Mineralfarben bilden und die aus den Blattmetallen unter Wasserzusatz hergestellten Bronzefarben, deren weniger fein gemahlene Sorten Brokatfarben genannt werden, mit umfassen, finden zur Herstellung von Buntpapier, von Tapeten, zum Bedrucken von Umhüllungspapier, zur Dekoration von Spielwaren aus Holz und Metall, auch aus Papiermaché, zur Herstellung von Spiegelrahmen eine ausgedehnte Verwendung. Sie sind ihrer Beschaffenheit nach für die hier in Rede stehenden Zwecke unbedenklich.

Zinnober, fast unlöslich.

Zinnoxid, als höchste Oxydationsstufe des Zinns zu verstehen, wird mit organischen Farben zu organischen Farblacken vereinigt, welche besonders in der Buntpapierfabrikation vielfach gebraucht werden, unentbehrlich sind und unter den hier in Betracht kommenden Verhältnissen die Eigenschaft der Unlöslichkeit oder einer sehr geringen Löslichkeit besitzen.

Schwefelzinn als Musivgold, zuweilen zum Bronzieren verwandt, verhältnismässig unschädlich.

Diesen Stoffen werden als in der fraglichen Hinsicht gleichwertig alle in Glasmassen, Glasuren oder Emails eingebrannten Farben, deren Übergang in die Nahrungs- und Genussmittel im Falle einer guten Herstellung selbst bei dauernder unmittelbarer Berührung nicht zu befürchten ist, sowie der äussere Anstrich von Gefässen aus wasserdichten Stoffen angereiht.

Zu den beiden eben erwähnten Gruppen von Ausnahmen kommt noch eine dritte, welche in § 5 vorgesehen ist und dahin geht, dass zur Herstellung von Buch- und Stein- druck auf den in Rede stehenden Hüllen alle Farben ausschliesslich derjenigen, welche Arsen enthalten, benutzt werden dürfen.

Weitergehende Beschränkungen erschienen im Hinblick auf die geringe Menge der beim Druck Verwendung findenden Farben, sowie auf die Art ihrer Vorbereitung und Verwendung zu solchem Zwecke im Interesse der Gesundheitspflege nicht geboten. Auch für arsenhaltige Farben kommt wenigstens das in § 10 (s. S. 267) gemachte Zugeständnis bezüglich der Verunreinigungen mit Arsen in Betracht.

Unter den verschiedenen Gebrauchsgegenständen, welche in den folgenden Paragraphen aufgeführt werden, finden sich als erste Gruppe in § 3 die kosmetischen Mittel. Trotz der kurzen Bezeichnung ist der Begriff der kosmetischen Mittel nicht fest abgegrenzt, vielmehr eine scharfe Trennung von den Heilmitteln einerseits und von den Genussmitteln andererseits mit mannichfachen Schwierigkeiten verbunden.



Um solchen von vornherein vorzubeugen, wird im Gesetze selbst näher angegeben, welche Mittel getroffen werden sollen: es sind diejenigen, welche zur Reinigung, Pflege oder Färbung der Haut, des Haares oder der Mundhöhle dienen.

Dazu gehören besonders die verschiedenen Seifen (ausschl. der zu medizinischen und gewerblichen Zwecken oder zur Reinigung der Haushaltsgegenstände gebrauchten Seifen) und Pomaden, die Haaröle, Schminken, Schönheitswasser, Puder, Zahn- und Mundmittel wie Zahnpulver, Zahnseifen u. s. w., Haarfärbemittel, Mittel zur Nagelpflege, die verschiedenen Arten von Coldcream einschl. der Lippenpomade. Mittel dieser Art enthalten vielfach Gifte und sind alsdann, da sie zum grossen Teil längere Zeit mit dem Körper in Berührung bleiben oder, wie die zur Pflege der Mundhöhle dienenden Mittel in den Verdauungskanal gelangen können, zur Entfaltung übler Wirkungen geeignet.

Es wird daher zur Herstellung derjenigen kosmetischen Mittel, welche zum Verkauf bestimmt sind, die Verwendung gewisser Stoffe verboten. Als solche werden abweichend von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes nicht die im Sinne des § 1 gesundheitsschädlichen Farben selbst, sondern die dort bezeichneten Stoffe (Antimon, Arsen u. s. w.) genannt. Mithin ist es unerheblich, ob letztere Bestandteile einer Farbe sind oder nicht.

Diese Abweichung hat darin ihren Grund, dass die fraglichen Stoffe zum Teil nicht dazu dienen, dem kosmetischen Mittel eine gewisse Färbung zu verleihen, sondern demselben beigemischt werden, um ihm die färbende Kraft zu geben, derentwegen es gebraucht wird. Viele Haarfärbemittel z. B. werden erst auf dem menschlichen Körper zu Farben.

Die in den §§ 5 (Buch- und Steindruck; s. S. 268) und 10 (geringe Verunreinigungen; s. S. 267) gemachten Zugeständnisse finden auch bei den kosmetischen Mitteln Anwendung. Ausserdem wird, ähnlich wie in § 2, die Verwendung einer Reihe von Körpern ihrer Beschaffenheit und ihrer Unentbehrlichkeit in der Industrie wegen ausdrücklich gestattet, nämlich wie dort die Verwendung des schwefelsauren Baryums, des Chromoxyds, Zinnobers (als rote Farbe kaum ersetzbar), Zinnoxys (fast unlöslich, zur Nagelpflege dienend) — vgl. S. 268) — ferner des Zinkoxyds und Schwefelzinks, welche in Gemeinschaft mit dem schwefelsauren Baryum an Stelle der giftigen Bleiverbindungen die Grundlage zahlreicher Schminken bilden, des schwerlöslichen als gelbe Farbe gebrauchten Schwefelcadmiums und des Kupfers, Zinns, Zinks und deren Legierungen in Form von Puder (werden nur zu bestimmten Zeiten und bei besonderer Veranlassung in nicht zu bedeutender Menge gebraucht und von der Haut nicht absorbiert).



In § 4 werden vorzugsweise die Spielwaren behandelt, die, ihrer Bestimmung für Kinder entsprechend, hinsichtlich einer etwaigen Gesundheitsschädlichkeit eine besondere Berücksichtigung verdienen. Der Begriff „Spielwaren“ ist schwer erschöpfend zu bestimmen, jedenfalls sollen denselben im Sinne des § 4 die Bilderbogen, Bilderbücher und Tuschfarben zugerechnet werden, sofern alle diese Gegenstände für Kinder bestimmt sind.

Tuschfarben dieser Art, welche man in einzelnen Gegenden Deutschlands auch „Mal-“ oder „Kolorierfarben“ nennt, werden gewöhnlich in der Form von Farbsteinen als Wasserfarben einschl. der Honig-, Gummi- oder Aquarellfarben feilgeboten.

Die nicht als Spielzeug für Kinder bestimmten Tuschfarben unterliegen laut § 6 den Vorschriften des § 4 nur dann, wenn sie unter einer Bezeichnung, welche geeignet ist, beim Publikum den Glauben zu erwecken, dass sie gesundheitsschädliche Stoffe nicht enthalten, insbesondere also unter den im Gesetz angegebenen Bezeichnungen „frei von gesundheitsschädlichen Stoffen bzw. giftfrei“, verkauft oder feilgehalten werden.

Wenngleich die Grenze zwischen Tuschfarben für Kinder und für Erwachsene nicht immer leicht zu ziehen ist, wird doch durch diese Vorschrift die Möglichkeit geboten, die Gesundheit von Kindern und Erwachsenen vor Schaden zu bewahren, da die Bezeichnung einer Farbe als giftfrei pp. ihrer wirklichen Beschaffenheit entsprechen muss.

Den Spielwaren sind die künstlichen Christbäume, welche als Ersatz für Tannenbäume gebraucht und auch mit Zuckerwerk behängt werden, sowie die Blumentopfgitter, welche kleinen Kindern in den Wohnungen leicht zugänglich sind und deren Farbe durch die den Blumentöpfen anhaftende Feuchtigkeit leicht gelöst werden kann, gleichgestellt.

Zur Herstellung aller dieser Gebrauchsgegenstände, falls sie zum Verkauf bestimmt sind, dürfen die gesundheitsschädlichen Farben (s. § 1) mit folgenden Maassgaben nicht verwandt werden.

Zunächst kommen die in § 10 bezüglich geringer Verunreinigungen (s. S. 267) und in § 5 bezüglich des Buch- und Stein-drucks (s. S. 268) vorgesehenen Vergünstigungen in Betracht. Sodann



werden die fraglichen Gegenstände mit den Hüllen für Nahrungs- und Genussmittel darin auf gleiche Stufe gestellt, dass die in § 2 ausgenommenen Stoffe (schwefelsaures Baryum, Barytfarblacke u. s. w. s. S. 267), sowie alle in Glasuren oder Emails eingebrannten Farben von dem Verbot nicht betroffen werden. Ferner werden die folgenden Ausnahmen zugelassen, welche lediglich als ein Kompromiss zwischen den Interessen der Technik und der Fabrikation einer- und der öffentlichen Gesundheitspflege andererseits zu betrachten sind:

Bleioxyd in Firniss, d. h. wenn es, an Fett- oder Harzsäuren gebunden, in fetten Ölen gelöst enthalten ist. Der Firniss ist nach dem Trocknen in den Flüssigkeiten des menschlichen Verdauungskanals nur in sehr geringen Mengen löslich. Das Bleioxyd darf selbstverständlich auch dann verwandt werden, wenn es unter der Bezeichnung Glätte, Silberglätte, Goldglätte u. dgl. von den Fabrikanten beschafft ist.

Chromsaures Blei, welches in seiner Deckkraft und seinen sonstigen Eigenschaften durch eine andere gelbe Farbe nicht ersetzt werden kann (für sich oder in Verbindung mit dem ihm für die in Betracht kommenden Verhältnisse gleichzustellenden schwefelsauren Blei), als Öl- oder Lackfarbe, da die zweifellose Gesundheitsschädlichkeit des an sich schon schwer löslichen Farbstoffs in dieser Zubereitung sehr vermindert wird, oder als Anstrich, der mit einem den Öl- oder Lackfarben vom Standpunkt der Gesundheitspflege aus meist gleich zu achtenden Lack- oder Firnissüberzug versehen ist.

Bleiweiss, soweit dasselbe zur Herstellung des in der Puppenfabrikation wichtigen Wachsgusses, dessen Transparenz auf andere Weise nicht erzielt werden kann, verwandt wird; jedoch unter der erfahrungsgemäss erfüllbaren Bedingung, dass der Gehalt an Bleiweiss 1 Gewichtsteil in 100 Gewichtsteilen der Masse nicht übersteigt. Bei einem so geringen Bleigehalt in Verbindung mit der durch die Wachsmischung bewirkten geringen Löslichkeit erschien die Wahrscheinlichkeit einer Gesundheitsschädigung nicht erheblich.

Schwefelantimon, Schwefelcadmium und die in Wasser unlöslichen Zinkverbindungen, soweit sie als Färbemittel der Gummimasse verwandt werden. In diesem Falle sind die in Betracht kommenden Farben, besonders Schwefelantimon und Zinkoxyd, von Kautschukmasse so umschlossen, dass sie als unlöslich angesehen werden können. Die in Wasser unlöslichen Zinkverbindungen dürfen zur Färbung von Gummispielfwaren auch als Öl- oder Lackfarben oder mit Lack- oder Firnissüberzug (s. oben chromsaures Blei) gebraucht werden. Im übrigen ist ihre Benutzung frei gegeben, weil sie in der Spielwarenindustrie unentbehrlich sind und in dieser an Stelle der giftigeren Bleiverbindungen, sowie in Verdünnung mit indifferentem Füllmaterial gebraucht werden. Die strengeren Anforderungen, welche für die Färbung der Gummispielfwaren gestellt wurden, erschienen wegen der Dehnbarkeit des Materials und der dadurch bedingten leichteren Ablösung der Farben geboten.



Noch grössere Freiheiten werden für die Färbung solcher Spielwaren gewährt, zu deren Herstellung Fabrikate der in den §§ 7 und 8 bezeichneten Art — besonders kommen Gewebestoffe, Papier, Tapeten in Betracht — verwandt werden. Auf diese Fabrikate finden lediglich die Vorschriften der §§ 7 und 8 Anwendung, d. h. es sind nur die arsenhaltigen Farben, unbeschadet des in § 10 (s. S. 267) gemachten, des für Beizen u. s. w. gleich zu erwähnenden weiteren Zugeständnisses und der für Oblaten bestehenden strengeren Vorschrift, verboten. Dies wird dadurch begründet, dass es sich in der Regel nur um sehr geringfügige Mengen der fraglichen Gegenstände handelt und anderenfalls der Spielwarenindustrie zu grosse Belästigungen erwachsen würden.

Das Bedürfnis, für die Herstellung der in den §§ 7 und 8 aufgeführten Gegenstände nur die arsenhaltigen Farben zu verbieten und diesen somit gegenüber anderen, selbst stark wirkenden Giften eine Ausnahmestellung anzuweisen, rührt daher, dass, während die übrigen in § 1 genannten Stoffe als Bestandteile von Farben nur dann einen schädlichen Einfluss auf den Organismus äussern, wenn sie in Substanz oder Lösung unmittelbar mit demselben in Berührung kommen, Arsenvergiftungen nach den vorliegenden Erfahrungen auch ohne unmittelbare Berührung eintreten können. Solche Vergiftungen sind wiederholt beim Bewohnen von Räumen mit arsenhaltigen Tapeten oder einem mit arsenhaltigen Wasserfarben bewirkten Wandanstrich beobachtet worden. Die Verwendung arsenhaltiger Farben wird daher zur Herstellung derjenigen zum Verkauf bestimmten Gegenstände verboten, welche im Haushalt fortgesetzt mit dem menschlichen Organismus in Berührung kommen und diesen direkt oder indirekt schädigen können. Als Gegenstände dieser Art führt § 7 auf:

Tapeten. Der Begriff ist im weiteren Sinne, d. h. als Wand- oder Deckenbekleidung, zu verstehen, gleichgültig ob die Grundlage aus Papier, Leder oder Geweben besteht.

Möbelstoffe, Teppiche, Stoffe zu Vorhängen einschl. Rouleaux, Marquisen, Gardinen u. s. w. oder zu Bekleidungsgegenständen einschl. der Handschuhe, Hutleder, Kragen und Manschetten aus Gummi und Papier u. s. w. Die Masken, sowie die künstlichen Blätter, Blumen und Früchte, welche im allgemeinen unter den Begriff der Bekleidungsgegenstände fallen, sind zur Vermeidung von Zweifeln in § 7 gesondert aufgeführt. Dagegen sind die Pelzwaren gemäss § 11 bezüglich ihrer Färbung keinerlei Beschränkung unterworfen, weil einschlägige Gesundheitsschädigungen bisher nicht bekannt geworden sind.



**Kerzen.** Beim Verbrennen derselben werden im Falle der Färbung flüchtige Arsenverbindungen an die Luft der Wohnräume abgegeben.

Desgleichen § 8:

Schreibmaterialien, also besonders Schreibpapier jeder Art, welches bei der Benutzung mit dem Körper in nahe Berührung kommt und auch vielfach zum Einwickeln von Nahrungsmitteln gebraucht wird; Briefumschläge, welche zum Zukleben oft mit dem Munde angefeuchtet werden; Löschpapier; Tinte; Blei- und Buntstifte; Federhalter; Tintenwischer; Siegellack; Schreib- und Briefmappen und Schreibunterlagen. Die für künstlerische Zwecke bestimmten Pastell- und Farbestifte bleiben dagegen von dem Verbot unberührt.

Lampen- und Lichtschirme, welche wegen der durch die Hitze der Flamme begünstigten Verdunstung des Arsens eine üble Einwirkung auf die Gesundheit haben können, einschl. der zur Schonung der Augen gegen Licht angelegten Schutzvorrichtungen, sowie Lichtmanschetten.

Ein Nachlass von dem Verbot der Verwendung arsenhaltiger Farben wird in § 7 den arsenhaltigen Beizen oder Fixierungsmitteln gewährt, welche zum Zweck des Färbens oder Bedruckens von Gespinnsten oder Geweben gebraucht werden.

Sie sind unentbehrlich und bieten gesundheitlich keine erheblichen Bedenken. Es erschien daher gerechtfertigt, die Verwendung arsenhaltiger Beizen zu gestatten, sofern durch entsprechende Vorschriften dafür gesorgt wird, dass das Arsen in den fertigen Geweben sich in einer weniger schädlichen Form vorfindet und die Menge desselben sich in bestimmten Grenzen hält.

Zu diesem Behufe schreibt das Gesetz vor, dass mit arsenhaltigen Beizen bearbeitete Gespinnste oder Gewebe zur Herstellung der zuvor (zu § 7) genannten Gegenstände (Tapeten, Möbelstoffe u. s. w.) nicht verwandt werden dürfen, wenn sie das Arsen in wasserlöslicher Form oder in solcher Menge enthalten, dass sich in 100 qcm des fertigen Gegenstandes mehr als 2 Milligramm Arsen vorfinden. Die Festsetzung von Grenzziffern erschien in diesem Falle zur erfolgreichen Bekämpfung von Missbräuchen unvermeidlich. Um eine gleichmässige Handhabung der Bestimmung herbeizuführen, ist der Reichskanzler ermächtigt worden, nähere Vorschriften über das bei der Feststellung des Arsengehalts anzuwendende Verfahren zu erlassen. Dies ist in der auf



S. 266 bereits erwähnten Bekanntmachung vom 10. April 1888 unter B geschehen.

Unter den in § 8 aufgeführten Schreibmaterialien werden die Oblaten besonderen, erheblich strengeren Bestimmungen unterworfen. Soweit dieselben zum Genusse bestimmt sind, fallen sie selbstverständlich unter die Vorschriften des § 1. Aber auch für Oblaten anderer Art, welche zum Verkleben und zum Befestigen von Löschblättern in Heften benutzt werden, einschl. der sog. Siegeloblaten (Siegelmarken), werden die Vorschriften des § 1 für zutreffend erklärt, weil die Oblaten mit dem Munde angefeuchtet zu werden pflegen, jedoch mit der Maassgabe, dass zu ihrer Herstellung schwefelsaures Baryum, Chromoxyd und Zinnober (s. S. 267) verwandt werden dürfen.

Noch weitergehende Freiheiten, als die §§ 7 und 8, gewährt § 9, nach welchem zur Herstellung des Anstrichs von Fussböden, Decken, Wänden, Thüren, Fenstern der Wohn- oder Geschäftsräume, von Roll-, Zug- oder Klappläden oder Vorhängen, von Möbeln und sonstigen häuslichen Gebrauchsgegenständen auch arsenhaltige Farben verwandt werden dürfen, sofern sie nicht Wasser- oder Leimfarben sind.

Letztere sollen, abgesehen von der Vergünstigung des § 10 (s. S. 267), ausgeschlossen sein, weil sie auf der Unterlage nur locker befestigt zu sein pflegen. Künstlerische Ausstattungen fallen nicht unter den § 9, wohl aber trifft der Begriff „Anstrich“ die Anbringung wiederkehrender einfacher Muster auf grossen Flächen mittels Schablonen. Zu beachten ist, dass § 9 sich nicht wie die vorhergehenden Paragraphen auf die zum Verkauf bestimmten Gegenstände bezieht, sondern die Verwendung arsenhaltiger Wasser- oder Leimfarben zu den besagten Zwecken schlechthin untersagt. Demnach ist eine solche Verwendung auch in der eigenen Wohnung unzulässig.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 bis 10 — d. h. den Vorschriften der §§ 1 bis 5, 7, 8, 10 zuwider erfolgte Herstellung, Aufbewahrung oder Verpackung von Nahrungs-, Genussmitteln oder Gebrauchsgegenständen, oder gewerbsmässiges Verkaufen oder Feilhalten so hergestellter pp. Nahrungsmittel pp., der Vorschrift des § 6 zuwider erfolgtes Verkaufen oder Feilhalten von Tuschfarben als giftfrei pp. und der Vorschrift des § 9 zuwider erfolgte Verwendung arsenhaltiger Wasser- oder Leimfarben zur Her-



stellung des Anstrichs von Fussböden pp., oder gewerbmässiges Verkaufen oder Feilhalten der so hergestellten Gegenstände — werden nach § 12 mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Die Vorschriften des § 13 über die Einziehung und des § 14 über die Anwendbarkeit der §§ 16, 17 N.-M.-G. lauten ebenso wie in den §§ 9 und 10 des Weingesetzes (s. S. 249), über die Einziehung mit der Maassgabe, dass ihr die verbotswidrig hergestellten, aufbewahrten, verpackten, verkauften oder feilgehaltenen Gegenstände unterliegen können.

### 15. Blei- und zinkhaltige Gegenstände.

Auf Grund mehrjähriger experimenteller Vorarbeiten im kaiserl. Gesundheitsamte und der ausserhalb desselben gemachten Erfahrungen wurde ein Gesetzentwurf aufgestellt, welcher nebst Begründung und technischen Erläuterungen<sup>1)</sup> dem Bundesrate Anfang 1886, dem Reichstage am 10. März 1887<sup>2)</sup> zur Beschlussfassung zuging. Die kaiserliche Sanktion erhielt das

#### **Gesetz, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen,**

am 25. Juni 1887<sup>3)</sup> (vergl. den Wortlaut im Anhang). Eine Änderung, welche das Gesetz am 22. März 1888<sup>4)</sup> erfuhr, betrifft lediglich eine Hinausschiebung des Zeitpunktes seines Inkrafttretens (auf den 1. Oktober 1889) bezüglich der Bestimmungen im § 4 Nr. 2, § 6 über Feilhalten und Verkaufen von Konserven.

Das Gesetz trägt der Erfahrung Rechnung, dass die zur Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungs- und Genussmitteln dienenden Geräte, Gefässe und Umhüllungen unter Umständen von ihrem Inhalte angegriffen werden und Bestandteile an denselben abgeben, dass andere Gebrauchsgegenstände, wie z. B. die Mundstücke von Saugflaschen dem menschlichen Körper unmittelbar gesundheitsschädliche Bestandteile zuführen können, und dass unter allen in Betracht kommenden Stoffen das Blei die sorgsamste Beachtung erfordert, da dieses, ohne dass warnende Erscheinungen

<sup>1)</sup> Arb. a. d. kaiserl. Gesundh.-A., Bd. 2, S. 112. — <sup>2)</sup> Veröff. 1886, S. 156; 1887, S. 70, 169, 325. — <sup>3)</sup> R.-G.-Bl. S. 273; Veröff. S. 425. — <sup>4)</sup> Ebd. S. 114, 216.



vorhergehen, erst nach längerer Einführung in den Körper Vergiftungen hervorruft, und selbst in sehr geringem Grade bleihaltige Gegenstände noch Blei abgeben können. Herstellung und Vertrieb von gesundheitswidrig beschaffenem Ess-, Trink- und Kochgeschirr und Spielwaren ist zwar bereits aus §§ 12 bis 14 N.-M.-G., dessen Vorschriften laut § 7 des neuen Gesetzes unberührt bleiben, strafbar. Die ungleiche Beurteilung aber, welche auf Grund der bisherigen Bestimmungen bezüglich der Beschaffenheit dieser Waren seitens der Sachverständigen und Gerichte Platz greifen kann, machte den Erlass bestimmter und klarer Vorschriften über die Zulässigkeit einer Verwendung von Blei bzw. Zink zur Herstellung der fraglichen Gegenstände im Interesse der beteiligten Gewerbetreibenden erwünscht. Ausserdem wurde es auch erforderlich, eine Reihe von Gebrauchsgegenständen zu berücksichtigen, welche von dem Nahrungsmittelgesetze nicht getroffen werden. Neben der Wahrung der gesundheitlichen Interessen nimmt das sog. Blei-Zinkgesetz auch auf diejenigen des Gewerbes thunlichst Bedacht. Die Verwendung bleihaltigen Materials wird daher nicht unter allen Umständen schlechthin verboten, und soweit ein gewisser Bleigehalt zugestanden wird, bemisst ihn das Gesetz nach der Gefahr, welche mit Rücksicht auf die Verwendung des betreffenden Gegenstandes droht. In dieser Beziehung kommt z. B. in Betracht, dass das Kochen, die längere Berührung, die Mitwirkung der Luft (bzw. von Sauerstoff und Kohlensäure), eine saure oder salzige Beschaffenheit oder der feuchte Zustand des Inhalts die Abgabe von Blei wesentlich begünstigen.<sup>1)</sup>

In § 1 werden zunächst Ess-, Trink- und Kochgeschirr, sowie Flüssigkeitsmaasse, welche letzteren vom Nahrungsmittelgesetz nicht getroffen werden, aufgeführt.

Der Begriff „Ess-, Trink- und Kochgeschirr“ dürfte, obschon es an einer näheren gesetzlichen Bestimmung mangelt, hier wie im Nahrungsmittelgesetz im allgemeinen auf alle Gegenstände zu beziehen sein, in denen Nahrungs- und Genussmittel zubereitet oder bis zum Verzehren aufbewahrt werden, oder mit denen letztere zum Zweck des Verzehens in Berührung kommen. Zu den einschlägigen

---

<sup>1)</sup> Nach einem Urteil des kgl. Oberlandesgerichts München vom 17. Juni 1893 (Samml. v. Entsch. Bd. 7, S. 404) geht die Absicht des Gesetzes nicht dahin, den gesamten Handel und Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen zu regeln. Das Gesetz hat nur einzelne Gegenstände herausgegriffen, bei deren Herstellung, Verpackung u. s. w. das Blei nicht oder nur in bestimmt begrenztem Gewichtsverhältnisse zur Verwendung kommen darf. Für die übrigen Gegenstände, bei deren Anfertigung oder Aufbewahrung eine nachteilige Einwirkung auf die Gesundheit durch Anwendung von Blei nicht weniger zu befürchten ist, sollte die vorsorgende Einwirkung der Landesgesetzgebung keineswegs beseitigt werden.



Gegenständen gehören z. B. Teller, Schüsseln, Löffel, Becher, Kannen, ferner die Biergläser und Steingutkrüge, deren Metalldeckel als Bestandteile derselben nach der Annahme des Reichstags gleichfalls den Vorschriften des § 1 zu genügen haben.

Die Flüssigkeitsmaasse (wie z. B. die Milchmaasse und die zum Ausschank von Spirituosen benutzten Maasse) sind dem Ess-, Trink- und Kochgeschirr gleichgestellt, weil etwaige nach dem Gebrauch darin zurückbleibende Reste von sauren oder zur Säuerung neigenden Lebensmitteln Blei aufnehmen und dieses beim Wiedergebrauch dem Inhalt zuführen.

Die Vorschriften berücksichtigen nun das Blei, ohne oder mit Beimengung anderer Metalle, 1. als ausschliessliches Material zur Herstellung der genannten Gegenstände, 2. als Bestandteil einer zur Verzinnung oder Lötung an der Innenseite derselben verwandten Metalllegierung und 3. als Bestandteil von Email und Glasur.

Die Vorschriften des § 1 wenden sich nur gegen bestimmte Arten der Herstellung der in Betracht kommenden Gebrauchsgegenstände, nicht auch gegen ihre Verwendung zur Erzeugung u. s. w. von Nahrungs- und Genussmitteln, weil letztere durch das Verbot der Herstellung genügend ausgeschlossen wird und jede unnötige Erschwerung des Verkehrs vermieden werden sollte. Dieser Grundsatz ist in dem ganzen Gesetz durchgeführt worden, sodass, soweit es nötig erschien, einzelne Verwendungsarten zu verbieten, diese besonders aufgeführt sind. Hiervon ist nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht worden, bezüglich deren genügende Erfahrungen vorlagen, um eine Beschränkung zu verlangen.

Herstellung bedeutet in diesem Gesetz die Erzeugung der unter dasselbe fallenden Gegenstände und schliesst nach der Annahme des Reichstags die Ausbesserung (Reparatur) mit ein.

Der in Ziff. 1 für zulässig erklärte Bleigehalt von Metalllegierungen beträgt höchstens 10  $\frac{0}{100}$ . Es dürfen demnach Ess-, Trink- und Kochgeschirr, sowie Flüssigkeitsmaasse weder ganz, noch teilweise aus Blei oder einer in 100 Gewichtsteilen mehr als 10 Gewichtsteile Blei enthaltenden Metalllegierung hergestellt sein.

Die gleichen Anforderungen bezüglich des Bleigehalts wie in Ziff. 1 werden in Ziff. 2 an Metalllegierungen gestellt, welche zur Lötung der genannten Gegenstände an der Innenseite dienen, höhere dagegen an solche, mit denen Ess-, Trink- und Kochgeschirr an der Innenseite verzinnt wird. Diese dürfen in 100 Gewichtsteilen nicht mehr als 1 Gewichtsteil, also 1  $\frac{0}{100}$ , Blei enthalten.



Hierzu gehören besonders die verzinn-ten Kochgeschirre, die weissen Metallgeschirre der Küche, wie Theekessel, Kasserolen, Blechlöffel. Ein Bleigehalt ist bei diesen nicht gänzlich ausgeschlossen, weil selbst reines Handelszinn, wie das Bancazinn, geringe Verunreinigungen mit Blei aufweist. Für das zur Lötung dienende Metall musste ein grösserer Bleigehalt aus technischen Gründen zugelassen werden.

Nach Abs. 2 des § 1 findet die Vorschrift der Ziff. 2 betreffs des Lotes auf Geschirre und Flüssigkeitsmaasse aus bleifreiem Britanniametall nicht Anwendung, weil dieses zur Lötung die leichtflüssigsten Lote erfordert.

Der Zusatz „bleifrei“ bezweckt, dass die fragliche Bevorzugung nur der reellen Fabrikation des Britanniametalls zu Gute kommt.

Durch Ziff. 3 wird verboten, Ess-, Trink- und Kochgeschirr, sowie Flüssigkeitsmaasse mit Email oder Glasur zu versehen, welche bei halbstündigem Kochen mit einem in 100 Gewichtsteilen 4 Gewichtsteile Essigsäure enthaltenden Essig an den letzteren Blei abgeben.

Durch diese Vorschrift, welche unter Anlehnung an diejenigen im Haushalte vorkommenden Verwendungsarten, bei welchen eine Lösung von Blei besonders leicht stattfinden kann, erteilt ist, wird das schlecht emaillierte Geschirr vom Verkehr ausgeschlossen. Hiermit ist den Ansprüchen der Gesundheitspflege Genüge geleistet; für das irdene Geschirr verbieten sich weiter gehende Forderungen auch aus technischen Gründen. Neben letzterem fällt unter Ziff. 3 besonders das emaillierte Eisen- und Blechgeschirr, wie Pfannen, Eimer, Kessel.

Im 3. Abs. des § 1 werden einige Gegenstände aufgeführt, zu deren Herstellung nur Metalllegierungen verwandt werden dürfen, welche der strengeren Forderung von höchstens 1  $\frac{0}{10}$  Bleigehalt (vgl. S. 277, Schlusssatz) genügen. Dies sind die Druckvorrichtungen zum Ausschank von Bier (Bierdruckapparate unter Ausschluss der in den Brauereien gebrauchten Bierdruckvorrichtungen ganz anderer Art), die Siphons<sup>1)</sup> für kohlensäurehaltige Getränke (Selterswasser, Brauselimonaden) und die Metallteile für Kindersaug-

<sup>1)</sup> Nach e. Reichsger.-Urt. v. 20. März 1890 (Veröff. 1891, S. 97) sind die Siphons (Saugröhren, Heber), unter denen die Ausflusshähne an Flaschen mit kohlensäurehaltigen Getränken, besonders die mit einem solchen Hahn versehenen Flaschen selbst verstanden werden, als Trinkgeschirre im Sinne des N.-M.-G. nicht anzusehen.



flaschen (Röhren und Verschlüsse), letztere, weil der Gebrauch der Flaschen bei Säuglingen, die Druckvorrichtungen (vgl. die Vorschriften über Kautschukschläuche bei Bierleitungen auf S. 281) und die Siphons, weil der durch den starken Kohlensäuregehalt der betreffenden Getränke erleichterte Übergang von Blei in dieselben besondere Vorsicht empfiehlt.

Noch einige andere Gegenstände dürfen gemäss § 3, Abs. 1 und 2 nur den Vorschriften des § 1 entsprechend hergestellt werden, nämlich Geschirre und Gefässe zur Verfertigung von Getränken und Fruchtsäften (z. B. mit Bleiglasur versehene Thongefässe), jedoch lediglich in denjenigen Teilen, welche bei dem bestimmungsgemässen oder vorauszusehenden Gebrauche mit dem Inhalt in unmittelbare Berührung kommen, und ferner Konservenbüchsen, jedoch lediglich auf der Innenseite.

Nach der Ansicht des Reichstags sind die Konservenbüchsen unter denen übrigens jedes gleichwie geformte Blechgefäss, in welchem Konserven (z. B. kondensierte Milch, Kindermehle, Fleischkonserven, Cakes, Fische, Krebse, Gemüse) eingeschlossen sind, zu verstehen ist, nicht als Kochgeschirr anzusehen, selbst wenn darin gekocht wird.

Dagegen sind von Gegenständen ähnlicher Art wie die vorstehend aufgeführten in dem Gesetz nicht genannt und den Vorschriften desselben daher nicht unterworfen die Wasserleitungsröhren, die Fasshähne und Flaschenverschlusskorken.

Die Bleiröhren für Wasserleitungen,<sup>1)</sup> welche kaum unter einen der Begriffe „Ess-, Trink- und Kochgeschirr“ zu bringen sein dürften, sind absichtlich nicht erwähnt, weil sie für ungefährlich gelten, wenn dafür gesorgt ist, dass keine Luft eintritt (ununterbrochene Füllung mit Wasser) und wenn das Wasser nicht Eigenschaften hat, die das Blei angreifen. — Die Wahrnehmung, dass Fasshähne aus Zinnlegierungen mit einem Bleigehalt bis zu 63,10<sup>0</sup>/<sub>100</sub> in den Verkehr gebracht werden, hat wegen der Gefahren, welche die Verwendung solcher Hähne zum Abfüllen von Getränken für die Gesundheit mit sich bringt, zu der Erwägung Anlass gegeben, ob das Nahrungsmittelgesetz bezw.

---

<sup>1)</sup> In Sachsen-Meiningen sind die Behörden durch Minist.-Bekanntmach. v. 2. Nov. 1888 (Veröff. S. 738) angewiesen worden, der Verwendung von Bleiröhren zu Wasserleitungszwecken entgegenzutreten.



Blei-Zinkgesetz auf dieselben auszudehnen sein möchte.<sup>1)</sup> Eine Regelung des Gegenstandes ist bei einer allgemeinen Revision dieser Gesetze in Aussicht genommen.<sup>2)</sup> Bis dahin kann den Gefahren durch polizeiliche Maassnahmen entgegengetreten werden. In verschiedenen Teilen des Reichs ist vor dem Vertriebe und Gebrauche bleihaltiger Fasshähne gewarnt worden.<sup>3)</sup> — In Berlin ist eine gleiche Warnung bezüglich bleihaltiger Flaschenverschlusskorken erlassen.<sup>4)</sup>

Der 3. Abs. des § 3 schliesst gewisse Gegenstände von der Aufbewahrung und von der Verpackung von Nahrungs- und Genussmitteln aus. Zur Aufbewahrung von Getränken dürfen Gefässe nicht verwandt werden, in welchen sich Rückstände von bleihaltigem Schrote (also auch Bleistreifen an der inneren Fläche der Flaschen) befinden, weil hierdurch schon wiederholt Bleivergiftungen veranlasst sind und ein Bedürfnis für die Verwendung von Bleischrot zu diesem Zwecke überhaupt nicht vorliegt. Sodann wird die Benutzung von Metallfolien (Zinnfolien) als Packmaterial verboten, wenn ihr Bleigehalt mehr als 1 0/0 beträgt. Die Metallfolien, welche, weil sie die Waren vor Feuchtigkeit und Verunreinigung schützen und ihnen ein gefälliges Aussehen geben, beliebt sind, erweisen sich im Falle ihrer Herstellung unter Zusatz von Blei unter Umständen als gesundheitsgefährlich. Das Verbot ihrer Verwendung geht daher nur soweit, als eine Gefahr besonders nahe liegt, es erstreckt sich nur auf die Packung von Schnupf- und Kautabak, sowie von Käse.<sup>5)</sup>

---

<sup>1)</sup> Erl. d. preuss. Minist. f. Handel u. Gew. v. 21. April 1891 (Veröff. S. 529). — <sup>2)</sup> Desgl. v. 6. Nov. 1891 (ebd. 1892, S. 132). — <sup>3)</sup> Bekanntm. d. Pol.-Präs. zu Berlin v. 5. Sept. 1891 (ebd. 1891, S. 821), d. Reg.-Präs. zu Schleswig v. 21. Nov. 1891 (Amtsbl. S. 423), Erl. d. sächs. Minist. zu Altenburg v. 3. Nov. 1891 (Veröff. 1892, S. 596). — <sup>4)</sup> Bekanntm. v. 12. Juli 1892 (ebd. S. 521). — <sup>5)</sup> Manche landesrechtliche Bestimmungen gehen weiter. So verbieten die in Oberbayern und in Mittelfranken am 7. März 1890 (Kreisamtsbl. S. 17) und 22. März 1893 (desgl. S. 61) erlassenen oberpolizeilichen Verordnungen, zum Verkaufe bestimmte Kaffeesurrogate und andere Nahrungs- und Genussmittel in Metallumhüllungen, welche in 100 Gewichtsteilen mehr als 1 Gewichtsteil Blei enthalten, aufzubewahren. Eine gleiche Vorschrift besteht in Oberfranken (s. Note 1 auf S. 116) für die Aufbewahrung von Kaffeesurrogaten, Chokolade und Spezereien.



Im Anschlusse an § 3 sei zunächst der § 5 erwähnt, welcher sich auf Mühlsteine bezieht, die unter Verwendung von Blei oder bleihaltigen Stoffen an der Mahlfläche hergestellt sind.

Solche Mühlsteine teilen dem Mehl während des Mahlprozesses Blei mit. Sie sollen daher, sofern sie zur Verfertigung von Nahrungs- oder Genussmitteln bestimmt sind, weder in besagter Art hergestellt, noch bei solcher Herstellung zu diesem Zwecke verwandt werden. Die Herstellung umfasst auch jede Ausbesserung.

Der § 2 behandelt ausschliesslich Kautschukwaren, bei deren Fabrikation zur Vermehrung der Masse oder des Gewichts, zur Erzielung einer bestimmten Farbe u. s. w. dem zu vulkanisierenden Material nicht selten Verbindungen von Blei oder Zink zugesetzt werden. Die Metallsalze können sich aber beim Gebrauch der Waren lösen und dann direkt oder durch Vermittelung von Speisen und Getränken in den menschlichen Körper gelangen. Das Zink steht zwar hinsichtlich seiner Bedeutung als Gift weit hinter dem Blei zurück, doch erschien es, soweit es sich um Gegenstände handelt, welche für Säuglinge bestimmt sind, nämlich bei Mundstücken für Saugflaschen, bei Saugringen und Warzenhütchen, geboten, blei- und zinkhaltigen Kautschuk von der Herstellung auszuschliessen. Bei anderen Gegenständen erstreckt sich das Verbot im Hinblick auf die von technischer Seite geltend gemachten Wünsche lediglich auf bleihaltigen Kautschuk. Solcher ist von der Herstellung von Trinkbechern und von Spielwaren, von denen indessen die massiven Bälle, welche Gesundheitschädigungen nicht befürchten lassen, freigegeben sind, ausgeschlossen. In gleicher Weise soll eine Verwendung bleihaltiger Kautschukschläuche zu Leitungen jeder Art (nicht bloss Druckleitungen) für Bier, Wein oder Essig nicht stattfinden. Da solche Schläuche auch zu anderen Zwecken gebraucht werden können, ist ihre Herstellung nicht verboten.

Die Strafen sind in den §§ 4 und 5 auf Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft festgesetzt.

In dem letzteren Paragraphen bezieht sich die Strafandrohung auf eine vorschriftswidrige Herstellung oder Verwendung von Mühl-



steinen. Im Gegensatz hierzu wird im § 4 nur ein gewerbsmässiges Zuwiderhandeln unter Strafe gestellt, nämlich in Ziff. 1 eine gewerbsmässige vorschriftswidrige Herstellung der im § 1 (Ess-, Trink- und Kochgeschirr, Flüssigkeitsmaasse, Druckvorrichtungen etc., Siphons, Metallteile für Kindersaugflaschen), § 2, Abs. 1 (Mundstücke für Saugflaschen etc.) und 2 (Trinkbecher, Spielwaren), § 3, Abs. 1 (Geschirre und Gefässe zur Verfertigung von Getränken und Fruchtsäften) und 2 (Konservenbüchsen) — in Ziff. 2 ein gewerbsmässiges Verkaufen oder Feilhalten der gleichen vorschriftswidrig hergestellten, sowie der den Vorschriften des § 3, Ziff. 3 zuwider aufbewahrten (Getränke in Gefässen mit Rückständen von bleihaltigem Schrot) oder verpackten (Schnupf-, Kautabak, Käse in bleihaltigen Metallfolien) Gegenstände. Aus § 4, Ziff. 3 wird strafbar, wer den Vorschriften im § 1, Abs. 3 nicht entsprechende Druckvorrichtungen zum Ausschank von Bier oder bleihaltige Schläuche zur Leitung von Bier, Wein oder Essig (§ 2, Abs. 3) gewerbsmässig verwendet.

Die Vorschriften des § 6 über die Einziehung der vorschriftswidrig hergestellten, verkauften, feilgehaltenen oder verwandten Gegenstände und des § 7 über die Anwendbarkeit der §§ 16, 17 N.-M.-G. lauten ebenso wie in den entsprechenden Paragraphen des Weingesetzes (s. S. 249), über die Einziehung jedoch mit der Maassgabe, dass die Worte „ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht“ fehlen.

## 16. Bierdruckapparate.

Die Benutzung der unter den Namen „Bierdruckapparate, pneumatische Bierdruckapparate, Bierpumpen, Bierpressionen, Bierkonservatoren“ u. s. w. bekannten Einrichtung gewährt den Vorteil, dass die Aufstellung der Fässer im Keller ermöglicht und ein Entweichen der Kohlensäure aus dem Biere vermieden wird. Da jedoch bei unzweckmässiger Einrichtung oder nachlässiger Behandlung dieser Apparate erhebliche Missstände eintreten können, so ist in mehreren Staaten für erforderlich erachtet worden, den Gebrauch derselben nur unter gewissen Voraussetzungen zu gestatten.

In Preussen sind die in Betracht kommenden Gesichtspunkte in einem Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation f. d. Medizinalwes. v. 14. Jan. 1880 zusammengestellt und durch Minist.-Erlasse v. 17. Febr. u. 29. Dez. 1880<sup>1)</sup> den

<sup>1)</sup> Minist.-Bl. f. d. ges. innere Verw. S. 60; Wiener a. a. O. Bd. 2, Tl. 1, S. 116 u. 125.



kgl. Regierungen mitgeteilt worden. Unter Zugrundelegung derselben sind in Berlin und in verschiedenen Regierungs-Bezirken Polizei-Verordnungen erlassen worden:

Berlin 5. Jan. 1893 (Veröff. S. 148). — Reg.-Bezirke Königs-berg 11. Jan. 1887 (Generalber. üb. d. ö. Gesundheitswes. 1886/88, S. 106). — Gumbinnen 9. Aug. 1890 (D. ö. Gesundheitswes. d. R.-B. G. 1889/91, S. 142). — (Prov.) Westpreussen 16. Mai 1881 (Mediz.-Gesetzgeb. S. 564). — Stettin 14. Okt. 1883 (D. ö. Gesundheitswes. d. R.-B. St. 1883/85, S. 197). — Köslin 16. Sept. 1880 u. 15. Jan. 1881 (Generalber. üb. d. San.- u. Medizinalwes. d. R.-B. K. 1889/91, S. 104). — Bromberg 1. Dez. 1886 (Generalber. u. s. w. 1886/88, S. 78). — Oppeln 21. Mai 1881 (Amtsbl. S. 179), 4. Dez. 1885 (Mediz.-Gesetzgeb. 1886, S. 23) u. 29. April 1892 (Veröff. 1893, S. 240). — Erfurt 29. April 1893 (ebd. S. 953). — Schleswig 23. Nov. 1886 (ebd. 1887, S. 25). — Hannover 13. Mai 1881 (Mediz.-Gesetzgeb. S. 386). — Hildesheim 24. Mai 1881 u. 26. Juli 1888 (Veröff. 1889, S. 142). — Lüneburg 18. Dez. 1891 (ebd. 1892, S. 864). — Stade 27. Nov. 1888 (ebd. 1889, S. 425) u. 10. Febr. 1892 (ebd. 1892, S. 443). — Münster 11. Okt. 1884 (Generalber. üb. d. Medizinalwes. im R.-B. M. 1883/85, S. 82). — Minden 30. März 1885 (desgl. d. R.-B. M. 1883/85, S. 338). — Arnsberg 5. April 1883 (D. ö. Gesundheitswes. im R.-B. A. 1883/85, S. 180). — Düsseldorf 28. März 1891 (Veröff. S. 733). — Koblenz 21. April 1881 (Mediz.-Gesetzgeb. S. 399). — Trier 7. Okt. 1880 (die Gesundheitsverhältn. etc. d. R.-B. T. 1880, S. 88) u. 2. Sept. 1884 (ebd. 1883/85, S. 66).

Nach wesentlich gleichen Gesichtspunkten wie in Preussen ist die Angelegenheit in einigen anderen Bundesstaaten geregelt worden.

Nicht nur sachlich, sondern auch formell ist dies in Sachsen<sup>1)</sup> und Württemberg<sup>2)</sup> der Fall, wo die zuständigen Ministerien von den obersten Medizinal-Kollegien eine gutachtliche Äusserung einforderten und diese zur Kenntnis der Behörden behufs weiterer Veranlassung brachten. Von dem Erlass von Landesverordnungen wurde daher auch in diesen Staaten Abstand genommen.

Sachsen-Altenburg 30. Aug. u. 10. Nov. 1880 (Ges.-Samml. S. 47, 50; Mediz.-Gesetzgeb. S. 392). — Anhalt 11. Nov. 1880

---

<sup>1)</sup> Erlasse d. Minist. d. I. v. 27. Juni 1880, 7. Juni 1881, Jahresber. d. Landes-Mediz.-Kolleg. üb. d. Medizinalwes. im Kgr. S. 1880, S. 48, 1881, S. 58, u. 21. Febr. 1885, Veröff. 1885, I, S. 111. Vgl. auch die Verordn. d. Kreishauptmannsch. Zwickau v. 20. Juli 1880, Mediz.-Gesetzgeb. S. 318, u. Leipzig v. 30. Juli u. 15. Okt. 1880, ebd. S. 453. — <sup>2)</sup> Erl. d. Minist. d. I. v. 26. Aug. 1880. Krauss a. a. O. S. 250.



(Ges.-Samml. No. 580), 6. Juni u. 23. Aug. 1889 (ebd. S. 271, 277; Veröff. S. 692). — Lippe 24. Aug. 1880 (Mediz.-Gesetzgeb. S. 377).

Ausserdem sind in zahlreichen Orten einschlägige Verordnungen erlassen worden.

Die Bierdruckapparate bestehen der Hauptsache nach aus Luftpumpe, Windkessel und den Rohrleitungen für Luft und Bier, deren letztere in die Bierkrahnen ausmünden. Die über die Einrichtung der Apparate getroffenen Bestimmungen sind im wesentlichen folgende.

Die als Druckmittel zu benutzende Luft muss aus dem Freien und zwar von einem Orte aus zugeführt werden, welcher seiner Lage nach keine Verunreinigung der Luft befürchten lässt.

Zuweilen wird ausdrücklich bestimmt, dass die äussere Mündung des Luftleitungsrohres von Anlagen und Orten, wie Aborten und Müllgruben, 5 m entfernt und 2,5 m über dem Erdboden liegen soll. Sie ist durch einen Trichter mit Siebplatte, Drahtgaze oder dergl. verschlossen zu halten und nach einigen Bestimmungen auch gegen den Zutritt von Regen, Staub u. s. w. durch ein Schutzdach oder durch eine andere Einrichtung zu verwahren. Die Luftrohre können auch aus anderem Metall als Zinn und, soweit sie innerhalb des Gebäudes liegen, auch aus blei- bzw. von Metallsalzen freiem Kautschuk bestehen. Die Luft soll vor ihrem Eintritt in den Windkessel filtriert werden; zu diesem Zweck ist Baumwolle oder Salicylwatte in die Leitung zu legen, welche, sobald sie eine schmutzige Farbe annimmt, spätestens alle 8 oder 14 Tage zu erneuern ist.

Zwischen Luftpumpe und Windkessel soll ein Ölsammler aufgestellt werden, um zu verhindern, dass das zum Schmieren des Cylinders der Luftpumpe benutzte Öl in den Windkessel übergeht. Das darin angesammelte Öl ist von Zeit zu Zeit durch einen am Boden befindlichen Hahn abzulassen. Der Windkessel ist mit Reinigungsöffnungen zu versehen. Zur Verhütung eines Rückflusses von Bier in den Windkessel soll im Spundaufsatze ein Ventil (sog. Rückschlagventil) und nach verschiedenen Verordnungen zwischen diesem und dem Windkessel ein gläserner Bierfang von mindestens 50 mm lichter Weite angebracht werden, welcher gestattet, ein Versagen des Ventils festzustellen. Durch den Spundaufsatz wird auch der Stocher, d. h. das bis auf den Boden des Bierfasses reichende und zum Durchgange des Bieres in die Leitung dienende Rohr,



geführt, welcher aus verzinntem Messing bestehen darf. Die Röhren der Bierleitung dagegen müssen aus Zinn (im R.-B. Koblenz, in Sachsen, Sachsen-Altenburg ist auch Glas, im R.-B. Schleswig auch metallfreier Kautschuk zulässig) hergestellt sein.

Die Einschaltung einer etwa 0,3 m langen Glasröhre in die Bierleitung ist zur Kontrollierung der Reinlichkeit gestattet. Anderwärts werden zu diesem Zweck Kontrollhähne angebracht. An den Biegungsstellen der Leitung dürfen meistens kleine Kautschukröhren verwandt, oder es darf wenigstens zur leichteren Auswechselung der Fässer zwischen Fasshahn und Zinnrohr ein 1 m langer Kautschukschlauch eingeschoben werden. Über die Beschaffenheit des zu verwendenden Zinns und der Kautschukschläuche befindet das Reichsgesetz über die blei- und zinkhaltigen Gegenstände (s. S. 278 u. 281). Die Zinnröhren müssen mindestens 10 bis 13 mm weit sein. Die Einschaltung von Kühlapparaten in die Leitung ist teils nicht, teils nur dann gestattet, wenn sämtliche Konstruktionsteile derselben im Innern verzinnt sind, durch Bürsten gereinigt werden können oder mit genügend grossen Reinigungsöffnungen versehen sind. Die Zapfhähne müssen innen stark verzinnt sein.

Zur Regulierung der Druckstärke, welche meist nicht mehr als  $1\frac{1}{2}$ , in einigen Bezirken nur 1 oder  $\frac{3}{4}$  Atmosphären Überdruck betragen darf, ist in der Nähe der Bierkrahnen ein Indikator aufzustellen.

Die übrigen Vorschriften beziehen sich auf Sicherheits-, Reinigungs- (Bürsten und Spülungen mit Wasserleitungswasser, Wasserdampf, mit schwacher Sodalauge und Nachspülungen mittels eines Wasserstrahls) und Kontrollmaassregeln. Die Überwachung über die Einhaltung der Vorschriften liegt der Polizei ob, bei welcher Neuanlagen und Veränderungen der Druckvorrichtungen anzumelden sind.

Bei Verwendung von flüssiger oder gasförmiger Kohlensäure als Druckmittel fällt nur die Sorge für die Reinheit der zugeführten Luft fort, die übrigen Vorschriften behalten in diesem Falle ihre Geltung. Hierzu kommen noch besondere Sicherheitsmaassregeln und bei gasförmiger Kohlensäure die Anordnung des Nachweises, dass ihre Darstellung und Reinigung durch Sachverständige erfolgt. Die Verwendung der Kohlensäure überhaupt wird in der Regel von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht.



In einigen Bezirken (Erfurt, Lüneburg, Düsseldorf) wird auch die Verwendung von Wasserdrukapparaten (Presung der Luft durch Druckwasser statt der Luftpumpe) vorgesehen. Diese müssen mit einer selbstthätigen Druckregulierung versehen sein.

Die transportablen Bierdruckapparate (sog. Fasspumpen, mittels welcher das Bier ohne Rohrleitung aus dem Fasse unmittelbar verzapft wird, sind zulässig, wenn sie den Vorschriften über Entnahme der Druckluft, über die Entfernung des Schmiermaterials und die zur Reinigung erforderliche Zugängigkeit der einzelnen Teile entsprechen. Dagegen sind Saugpumpen jeder Art verboten. Ebenso dürfen sog. Bierspritzen (Handspritzen, Spritzhähne), welche zur Schaumerzeugung im Glase dienen, nicht benutzt werden.

## 17. Petroleum.

Über das Petroleum, dessen im N.-M.-G. wiederholt Erwähnung geschieht (vgl. S. 23, 46, 89), ist auf Grund des § 5 desselben eine besondere Verordnung erlassen worden, nämlich die kaiserliche Verordnung über das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum vom 24. Februar 1882 (R.-G.-Bl. S. 40. — Wortlaut s. im Anhang).<sup>1)</sup>

Als Petroleum im Sinne dieser Verordnung gelten gemäss § 4 das Rohpetroleum und dessen Destillationsprodukte.

Das Rohpetroleum, welches je nach seinen Fundorten verschieden ist, besteht aus einer sehr grossen Zahl von Kohlenwasserstoffen, deren Siedepunkte und spezifische Gewichte grosse Unterschiede aufweisen. Um diejenigen von ihnen, welche sich für die Beleuchtung eignen, zu gewinnen, wird das Rohpetroleum einer im wesentlichen aus der fraktionierten Destillation, der Behandlung mit Schwefelsäure und mit Natriumhydrat oder Ammoniak bestehenden Raffination unterworfen. Dadurch werden die flüchtigen Bestand-

---

<sup>1)</sup> Dem Reichstage mit einer erläuternden Denkschrift am 27. April 1882 vorgelegt. Vgl. auch „Materialien zur technischen Begründung eines Entwurfes von Vorschriften über den Verkehr mit Petroleum nebst e. Anlage von Zeichnungen, bearbeitet v. kais. Gesundh.-Amte. Berlin 1880.“



teile ausgesondert, welche, indem sie bei verhältnismässig niedrigen Wärmegraden sich verflüchtigen und in Verbindung mit der atmosphärischen Luft explosive Gemische bilden, hauptsächlich die Gefährlichkeit des Petroleums bedingen. Gegen diese Feuers- und Explosionsgefährlichkeit des Petroleums richten sich die Vorschriften der Verordnung in folgender Weise.

Zunächst ist die Verordnung nach § 3 auf das Verkaufen und Feilhalten von Petroleum in den Apotheken zu Heilzwecken nicht anwendbar, weil die Apotheken bereits anderweit einer viel strengeren, auf die Verhütung von Missbrauch abzielenden Kontrolle unterliegen.

Die übrigen Bestimmungen der Verordnung erstrecken sich lediglich auf das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum. Für solche Ware wird nach § 1 eine bestimmte Beschaffenheit gefordert. Hat die Ware diese Beschaffenheit nicht, so ist ihr gewerbsmässiges Verkaufen und Feilhalten zwar nicht verboten, weil auch die leichteren Destillate des Rohpetroleums in der Industrie vielfältig gebraucht werden und unter entsprechenden Vorsichtsmaassregeln auf eigens dazu eingerichteten Lampen sogar zu Brennzwecken verwandt werden können, aber es ist einer Beschränkung unterworfen. Solche Waare darf gewerbsmässig nur in Gefässen verkauft und feilgehalten werden, welche an einer in die Augen fallenden Stelle auf rotem Grunde in deutlichen Buchstaben die nicht verwischbare Inschrift „Feuergefährlich“ tragen. Dadurch ist dieses Petroleum als ein mit besonderer Vorsicht zu handhabender Stoff gekennzeichnet.

Wird derartige Petroleum gewerbsmässig zur Abgabe in Mengen von weniger als 50 kg, d. h. im Kleinverkehr zur unmittelbaren Abgabe an den Konsumenten, feilgehalten oder in solchen geringeren Mengen verkauft, so soll die Inschrift noch den Zusatz „Nur mit besonderen Vorsichtsmaassregeln zu Brennzwecken verwendbar“, welcher besonders auf die bei der Benutzung zu Brennzwecken anzuwendende Vorsicht hinweist, enthalten, weil die wesentlich in Betracht kommenden Stoffe, Gasolin, Ligroin, Petroleumnaphta, Petroleumbenzin u. s. w., auf gewöhnlichen Petroleumlampen nur unter grosser Gefahr zur Beleuchtung verwandt werden können.



Um zu erfahren, welche Beschaffenheit ein Petroleum haben muss, damit es unbeschränkt feilgehalten und verkauft werden kann, sind umfangreiche Untersuchungen angestellt worden, welche sich vorzugsweise auf die Auswahl des geeignetsten Probers und die Feststellung des Entflammungs- oder Testpunktes (Entflammungstemperatur, Entflammbarkeit, flashing point), d. h. derjenigen Temperatur beziehen, bei welcher das Petroleum entzündliche Dämpfe entwickelt.

Als der geeignetste Prober wurde der Abel'sche, besonders im Hinblick auf seine in England bereits erfolgte gesetzliche Einführung, angesehen.

Die mit demselben angestellten Versuche ergaben, dass Petroleum bei den gewöhnlichen Temperaturverhältnissen der Luft in den Wohnräumen ohne Gefahr zur Beleuchtung verwandt werden kann, wenn es unter der Voraussetzung eines Normalbarometerstandes von 760 mm erst bei Erwärmung auf  $20^{\circ}\text{C}$ . entflammbare Dämpfe entweichen lässt. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Barometerstandes in Deutschland je nach der Höhenlage musste der Testpunkt so gewählt werden, dass er thunlichst an allen Orten zu jeder Zeit eine Gewähr für die Ausschliessung gefährlicher Petroleumsorten bietet. In der Verordnung ist daher der auf den Normalbarometerstand berechnete Entflammungspunkt in der Annahme, dass das mit dem Herabgehen des Barometerstandes verbundene Sinken der Entflammungstemperatur auch eine Vergrösserung der Explosionsgefahr bedingt, um  $1^{\circ}\text{C}$ . erhöht worden.

Das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum ist hiernach gemäss § 1 an die vorher bezeichneten Beschränkungen in dem Falle geknüpft, dass das Petroleum bei 760 mm Barometerstand schon bei einer Erwärmung auf weniger als  $21^{\circ}\text{C}$ . entflammbare Dämpfe entweichen lässt. Voraussetzung dieser Bestimmung ist die Benutzung des Abel'schen Petroleumprobers. Auf diesem sind laut § 2 die Entflammbarkeitsuntersuchungen unter Beachtung der von dem Reichskanzler wegen Handhabung des Probers zu erlassenden näheren Vorschriften vorzunehmen. Ferner ist nach § 2, wenn die Untersuchung unter einem anderen Barometerstande als 760 mm erfolgt, derjenige Wärmegrad maassgebend, welcher nach einer vom Reichskanzler zu veröffentlichenden Umrechnungstabelle unter dem jeweiligen Barometerstande dem im § 1 mit  $21^{\circ}$  bezeichneten Wärmegrade entspricht.

Auf Grund des § 2 sind Bekanntmachungen des



Reichskanzlers vom 20. April 1882<sup>1)</sup> — mit Beschreibung und Zeichnungen des Abel'schen Probers, Gebrauchsanweisung für denselben und Umrechnungstabelle zur Ermittlung des maassgebenden Entflammungspunktes — und 21. Juli 1882<sup>2)</sup> — betr. die amtliche Beglaubigung von Abel'schen Petroleumprobern — mit Abänderung vom 27. Okt. 1888<sup>3)</sup> erlassen worden.

Eine von der kaiserl. Normal-Aichungs-Kommission herausgegebene Zusammenstellung und Erläuterung „die Vorschriften, betr. den Abel'schen Petroleumprober und seine Anwendung, sowie seine Prüfung und Beglaubigung nach der k. Verordn. v. 24. Febr. 1882 und den in Ausführung derselben erlassenen Bekanntmachungen“ ist in Berlin 1883 bei Karl Heymann erschienen.

Auch in verschiedenen Einzelstaaten sind Ausführungsbestimmungen ergangen, so in Preussen (25. Jan. 1883), Bayern (31. Mai u. 8. Juni 1883), Elsass-Lothringen (27. März 1883). In Preussen ist ferner durch Minist.-Erl. v. 13. Juni 1885<sup>4)</sup> den Regierungen zur Erwägung gegeben worden, ob nicht auf die Bestellung vereideter Prüfer gemäss § 36 Gew.-O. (s. S. 304) hinzuwirken sein möchte.

Als Sachverständige dieser Art sind die von dem Bremer Senatskommissar vereidigten und einer obrigkeitlichen Kontrolle unterliegenden Beamten des Testbureaus der Bremer Petroleumbörse anzusehen. Von der polizeilichen Untersuchung der Originalgebinde, welche den Stempel „Bremer Petroleum-Börse Reichstest“ tragen, kann in Preussen,<sup>5)</sup> falls nicht der Verdacht einer nachträglichen Veränderung des Inhalts besteht, in der Regel abgesehen werden. Gleiche Anordnungen sind bezüglich solcher Originalgebinde, welche mit dem Stempel des Hamburger Wappens und der Umschrift „Hamburger Petroleum-Import. Reichstest“ oder mit dem Stempel des Polizeiamtes zu Lübeck, sowie bezüglich solcher Originalgebinde der Firmen A. Sanders & Co. in Harburg und Wilh. A. Riedemann in Geestemünde ergangen, welche mit dem Harburger Stadtwappen und der Aufschrift „Harburger Petroleum-Import, Reichstest. Polizeidirektion Harburg“ versehen sind.<sup>6)</sup>

---

<sup>1)</sup> Zentralbl. f. d. Deutsche Reich, S. 196. — <sup>2)</sup> Ebd. S. 344. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 931; Veröff. S. 703. — <sup>4)</sup> Veröff. 1885, II, S. 95. — <sup>5)</sup> Minist.-Zirk. v. 27. Jan. 1886. Ebd. S. 205. — <sup>6)</sup> 27. Sept. 1886, ebd. S. 602; 30. November 1886, ebd. 1887 S. 40; 23. Juli 1888, ebd. S. 703; 30. Sept. 1889, ebd. S. 719.



## Sechster Abschnitt.

### Behörden und Sachverständige.

---

In diesem letzten Abschnitte soll in gedrängtester Kürze derjenigen Behörden und Sachverständigen gedacht werden, zu deren Aufgaben die Vorbereitung, der Erlass und die Ausführung von Bestimmungen über Nahrungs-, Genussmittel und Gebrauchsgegenstände gehört.

#### 1. Reichsbehörden.

An der Spitze der Reichsbehörden steht der Reichskanzler, welcher im Namen Sr. Majestät des Kaisers die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen, die Verwaltung und die Beaufsichtigung der dem Reiche durch die Verfassung zugewiesenen Angelegenheiten zu leiten, sowie die Verfügungen und Anordnungen des Kaisers gegenzuzeichnen hat. Dem Reichskanzler sind die Chefs der einzelnen Reichsämter unterstellt. Den amtlichen Verkehr mit letzteren hat die Reichskanzlei als Zentralbureau des Reichskanzlers zu vermitteln.

Die Angelegenheiten der Medizinal- und Veterinärpolizei gehören zu dem Geschäftskreise des Reichsamts des Innern, an dessen Spitze der Staatssekretär des Innern steht. Früher hiess diese Behörde Reichskanzleramt.

Das Fachorgan des Reichsamts des Innern auf dem Gebiete der Medizinal- und Veterinärpolizei bildet das kaiserliche Gesundheitsamt, welches 1876, nach erfolgter Genehmigung der in den Reichshaushalts-Etat für dieses Jahr hier-



zu eingestellten Mittel, gemäss der dem Etat beigegebenen Denkschrift mit der Aufgabe errichtet wurde,

das Reichskanzler-Amt (Reichsamt des Innern) sowohl in der Ausübung des ihm verfassungsmässig zustehenden Aufsichtsrechts über die Ausführung der in den Kreis der Medizinal- und Veterinärpolizei fallenden Maassregeln, als auch in der Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiete in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung zu unterstützen, zu diesem Zwecke von den hierfür in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Einrichtungen Kenntniss zu nehmen, die Wirkungen der im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege ergriffenen Maassnahmen zu beobachten und in geeigneten Fällen den Staats- und den Gemeindebehörden Auskunft zu erteilen, die Entwicklung der Medizinalgesetzgebung in ausserdeutschen Ländern zu verfolgen, sowie eine genügende medizinische Statistik für Deutschland herzustellen.

Das Gesundheitsamt ist demnach dem Reichsamte des Innern unmittelbar untergeordnet und trägt einen lediglich beratenden Charakter. Die Leitung des Amtes hat zur Zeit ein juristisch vorgebildeter Verwaltungsbeamter. Die ordentlichen Mitglieder und die technischen Hilfsarbeiter sind ihrer Vorbildung nach bis auf ein tierärztliches Mitglied Ärzte und Chemiker. Ausser den technischen Hilfsarbeitern sind ein Gerichtsassessor und mehrere kommandierte Militärärzte als Hilfskräfte zur Verfügung des Amtes. Auch steht demselben eine grössere Zahl ausserordentlicher Mitglieder zur Seite, welche hochgestellte Medizinalbeamte der Bundesstaaten oder hervorragende Vertreter der Wissenschaft, Technik und Verwaltung sind. Das Amt ist mit einem eignen Bureau und mit eignen Laboratorien ausgestattet.

## 2. Landesbehörden.

Preussen. Die Medizinal- und Sanitätspolizei gehört seit 1849 zum Geschäftskreise des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, während das Veterinärwesen seit 1872 dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten untersteht. Einen technischen Beirat haben diese Ministerien in der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen und in der Technischen Deputation für das Veterinärwesen. Die den betreffenden Ministerien direkt unterstellten Deputationen sind lediglich beratende und begutachtende Behörden.

Das Staatsgebiet zerfällt in Provinzen und Regierungsbezirke, an deren Spitze die Ober-Präsidenten und die Regierungs-Präsidenten



stehen. Die Regierungsbezirke gliedern sich weiter in Stadt- und Landkreise, letztere in Amts-, bzw. in Stadt- und Amtsbezirke. Die Amtsbezirke werden aus einer oder mehreren Landgemeinden (oder Gutsbezirken) gebildet. Die Verwaltung des Kreises leitet der Landrat, des Amtsbezirks der Amtsvorsteher, der Landgemeinde der (früher Schulze genannte) Gemeindevorsteher, des Gutsbezirks der Gutsvorsteher. In den Städten führt der Magistrat die Verwaltung, innerhalb der Rheinprovinz (Bürgermeistereiverfassung) der Bürgermeister.

Unter Leitung des Ober-Präsidenten besteht in jeder Provinz ein Provinzial-Medizinal-Kollegium als rein wissenschaftliche und technisch ratgebende Behörde, der auch ein Tierarzt (Veterinär-assessor) angehört. Den einzelnen Regierungen sind als technische Beiräte ein Regierungs- und ein Medizinalrat, sowie ein Departementstierarzt beigegeben. Als Kreis-Medizinalbeamte sind ein Kreisphysikus (in den Stadtkreisen Stadtphysikus) und ein Kreistierarzt (im Reg.-Bez. Sigmaringen Oberamtsphysiker und Oberamtstierärzte) tätig.

Die über Nahrungsmittel pp. erlassenen polizeilichen Bestimmungen stützen sich auf das Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265), auf die Allerhöchste Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. Sept. 1867 (ebd. S. 1529) oder auf das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (ebd. S. 195). Nach letzterem sind, soweit die Gesetze auf den Erlass besonderer Polizeiverordnungen hinweisen, die Minister hierzu für die ganze Monarchie oder einzelne Teile derselben, mit Strafandrohung bis 100 Mark, befugt (§ 136). Der Oberpräsident hat eine entsprechende Befugnis für mehrere Kreise verschiedener Regierungsbezirke, für mehr als einen Regierungsbezirk oder für die ganze Provinz mit Strafandrohung bis 60 Mark, unter Zustimmung des Provinzialrats; desgleichen der Regierungs-Präsident für mehrere Kreise oder den ganzen Regierungsbezirk unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses (§ 137). Der Landrat erlässt Polizeiverordnungen für mehrere Ortspolizeibezirke oder den ganzen Kreis mit Strafandrohung bis 30 Mark unter Zustimmung des Kreisausschusses (§ 142). Ortspolizeiliche Vorschriften bedürfen in Städten, soweit sie nicht zum Gebiete der Sicherheitspolizei gehören, der Zustimmung des Gemeindevorstandes (§ 143). Provinzialrat, Bezirks-, Kreis-Ausschuss sind Behörden, welche aus dem Ober-Präsidenten u.s.w. als Vorsitzenden und einer Anzahl von Mitgliedern bestehen, deren Wahl unter Beteiligung der zuständigen Selbstverwaltungskörper erfolgt.

Bayern. Das gesamte Medizinal- und Veterinärwesen, dessen zeitige Organisation durch die Kgl. Allerhöchste Verordnung vom 8. September 1808, dem sog. organischen Edikt über das Medizinalwesen, begründet ist, findet seine Vertretung im Kgl. Staatsministerium des Innern, in welchem der Ober-Medizinalrat und der Landestierarzt als Referenten angestellt sind. Als sachverständiges Organ



zur Beratung und zur Begutachtung ist dem Ministerium der Ober-Medizinal-Ausschuss, in welchem sich auch ein ständiges tierärztliches Mitglied findet, unmittelbar untergeordnet. In den einzelnen Regierungsbezirken wird das Medizinal- und Veterinärwesen von den Kammern des Innern der Kreisregierungen verwaltet, denen der Kreismedizinalrat und der Kreistierarzt als Referenten und dazu noch ein Kreis-Medizinal-Ausschuss zur Beratung beigegeben sind. Die Regierungsbezirke zerfallen in die Bezirksämter, deren Vorstand Bezirksamtman genannt wird, und in die von ihrem Magistrat verwalteten unmittelbaren Städte. In jedem dieser Verwaltungsdistrikte ist ein Bezirksarzt und ein Bezirkstierarzt bestellt. Ferner ist durch Minist.-Erl. vom 15. Juni 1875 die Bildung von Gesundheitskommissionen, welche die sanitären Missstände ihrer Gemeinde oder ihres Bezirks erforschen und die Mittel zu deren Beseitigung beraten und begutachten sollen, in Anregung gebracht worden. Diese Einrichtung ist nicht auf Städte beschränkt geblieben, sondern hat auch in Landgemeinden Eingang gefunden.

Der Erlass von Vorschriften erfolgt auf Grund des Polizeistrafgesetzbuchs, in welchem die äusseren Grenzlinien des polizeilichen Anordnungsrechts festgestellt sind. Dasselbe Gesetzbuch regelt auch die Zuständigkeit der einzelnen Organe der Polizeiverwaltung. Es unterscheidet nämlich zwischen Verordnungen und ober-, distrikts- und ortspolizeilichen Vorschriften. Als Gegenstand der nur vom Staatsoberhaupt zu erlassenden Verordnungen werden diejenigen Materien erklärt, welche nicht bloss eine allgemeine, sondern auch eine hervorragendere Bedeutung haben und einer stetigen Regelung bedürftig erscheinen. Der Ordnung durch oberpolizeiliche Vorschriften, welche entweder von dem betreffenden Ministerium oder den Kreisregierungen ausgehen, sind diejenigen, nicht dem Verordnungswege zufällenden Materien überwiesen, deren gleichförmige Regelung im Interesse des ganzen Landes oder eines grösseren Gebietsteiles gelegen ist. Bei der Zulassung von distriktpolizeilichen Vorschriften (d. h. solchen für ein Bezirksamt) hatte man lediglich das distriktive Bedürfnis im Auge, während die spezifisch lokalen Verhältnisse als Objekt der ortspolizeilichen Vorschriften behandelt sind.

In Sachsen bestehen zur Beratung und Unterstützung des Ministeriums des Innern als oberster Medizinalbehörde in unmittelbarer Unterordnung das Landes-Medizinal-Kollegium und die Kommission für das Veterinärwesen. Der Landestierarzt ist dasjenige ein für allemal dazu beauftragte Mitglied der letzteren, welches die unmittelbare Aufsicht über die Bezirkstierärzte und das ganze tierärztliche Personal führt, von Zeit zu Zeit die tierärztlichen Bezirke zu bereisen hat, die Kommission über den Zustand des Veterinärwesens im Lande in Kenntnis erhält u. s. w. Die Mittelbehörden bilden die Kreishauptmannschaften, denen ein Medizinalrat als Sachverständiger beigegeben ist. Die Kreishauptmannschaften zerfallen weiter in amts-hauptmannschaftliche Bezirke, mit denen die Einteilung des Landes in Medizinalbezirke zusammenfällt. Die technischen Beiräte



der Amtshauptmannschaften sind die Bezirksärzte und die Bezirkstierärzte.

Württemberg. Die oberste Medizinalbehörde ist das Ministerium des Innern, in dessen unmittelbarer Unterordnung das Medizinal-Kollegium, welchem auch zwei Tierärzte als ordentliche Mitglieder angehören, die Centralbehörde für die Beaufsichtigung und technische Leitung des Medizinalwesens und der öffentlichen Gesundheitspflege bildet.

Das Land ist in vier Kreise geteilt, an deren Spitze je eine Regierung steht. Die Kreise zerfallen in den Stadtdirektionsbezirk Stuttgart mit einem Stadtdirektor und die Oberamtsbezirke mit je einem Oberamtmann an der Spitze. Die technischen Berater sind die Oberamtsärzte (Oberamtsphysikate) und die Oberamtstierärzte. In einfachen oder besonders dringlichen Fällen können sich derselben auch die Kreisregierungen bedienen, während die technische Beratung dieser letzteren im übrigen dem Medizinalkollegium zusteht.

Baden. Dem Ministerium des Innern ist neben den technischen Medizinalreferenten auch ein Referent für das Tierheilwesen beigegeben. Zu seiner Beratung ist ferner ein Landes-Gesundheitsrat (seit 1882), welcher mindestens einmal jährlich berufen wird, errichtet worden. Die technischen Berater der Bezirksämter, in welche das Land zerfällt, sind die Bezirksärzte und die Bezirkstierärzte.

Hessen. In dem Ministerium des Innern und der Justiz befindet sich eine Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege, welcher mehrere Ärzte und ein Tierarzt angehören. Dieselbe hat an der Verwaltung des Medizinal- und Sanitätswesens teils durch Begutachtung oder Vortrag im Ministerium, teils durch unmittelbare Thätigkeit mitzuwirken. Unter anderem ist ihr die Überwachung der Dienstführung der Kreisärzte und Kreisveterinärärzte übertragen, deren Bezirke (Kreis-Gesundheitsämter und Kreis-Veterinärämter) räumlich mit den Kreisen übereinstimmen, in welche die drei Provinzen des Landes zerfallen.

Mecklenburg-Schwerin. Die Medizinal-Verwaltung wird von der zum Ministerium für die Justiz gehörigen Abteilung für Medizinal-Angelegenheiten geführt. Unter Leitung derselben hat die Medizinal-Kommission in Rostock, deren Mitglied für die Veterinär-angelegenheiten der Landestierarzt ist, die Aufsicht über alle zum Medizinalwesen gehörenden Personen und Medizinalanstalten, gleichzeitig ist sie technisch ratende Behörde. Das Land zerfällt in Physikatsbezirke, in denen Kreis- bzw. Stadtphysiker thätig sind; für einzelne Bezirke des Landes sind ferner Bezirkstierärzte angestellt.

Eine ähnliche Einrichtung besteht in Mecklenburg-Strelitz, wo die technisch ratende Behörde das Medizinalkollegium in Neustrelitz ist.

Sachsen-Weimar. Dem Departement des Äussern und Innern im Staatsministerium gehören ein Medizinalrat und ein Tier-



arzt (Medizinalassessor) als Referenten an. Ferner ist mit dem Ministerium behufs technischer Beratung die Medizinalkommission unmittelbar verbunden. Das Grossherzogtum ist in Bezirksdirektionen geteilt, welche von Bezirks- bzw. Landgerichtsärzten und Bezirkstierärzten technisch beraten werden.

Oldenburg. Technische Behörde für das Staatsministerium, Departement des Innern, ist das Medizinalkollegium, zu welchem auch der Landestierarzt als Referent gehört. Das eine ärztliche Mitglied des Kollegiums, der Landphysikus, ist der Vorgesetzte der Amtsärzte, welche ebenso wie die Amtstierärzte den Ämtern und Magistraten als Berater beigeordnet sind.

Braunschweig. Dem Staatsministerium, welchem die oberste Leitung der gesamten Staatsverwaltung obliegt, ist das Obersanitätskollegium zur Leitung und Beaufsichtigung der Medizinalangelegenheiten unterstellt. Zu den Mitgliedern des Kollegiums gehören mehrere Ärzte und ein Tierarzt. Die Kreisdirektionen, in welche das Land geteilt ist, besitzen je einen Kreistierarzt und in jedem Amtsbezirk einen Physikus als Berater.

Sachsen-Meiningen. Im Staatsministerium, Abteilung des Innern, ist ein Arzt als Medizinalreferent thätig. Beraten wird die Abteilung von der Medizinaldeputation, der neben Ärzten unter anderem auch ein Tierarzt (Medizinalassessor) angehört. Die vier Kreise des Landes zerfallen teilweise in mehrere Physikatsbezirke mit je einem Kreisphysikus; sodann giebt es mehrere Amtstierärzte.

Lübeck. Die Medizinalpolizeibehörde ist das Medizinalamt, unter dessen Mitgliedern sich der Physikus, der Polizeiarzt und der Polizeitierarzt befinden. Es ist die ausführende Behörde für die in Medizinalangelegenheiten ergangenen Anordnungen. Ausserdem besteht das Medizinalkollegium, das u. a. den Stand des öffentlichen Gesundheitswesens zu beobachten, bei etwaigen Mängeln Abänderungsvorschläge zu machen und das Publikum durch geeignete Veröffentlichungen zu belehren hat.

Bremen. Die obere Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde in Medizinalsachen ist die Medizinalkommission des Senats. Für technische Fragen ist ihr der aus Ärzten und einem Apotheker bestehende Gesundheitsrat beigeordnet. Aus der Medizinalkommission, dem Gesundheitsrat und sechs bürgerlichen Mitgliedern setzt sich die Sanitätsbehörde zusammen, welcher etwa eine gleiche Aufgabe wie dem Medizinalkollegium in Lübeck zufällt. Die ausführenden Behörden in Medizinalangelegenheiten sind die Medizinalämter, deren je eins für die Stadt Bremen (mit 2 Polizeiarzten und 1 Polizeitierarzt), für das Landgebiet und Bremerhaven (desgl. je 1) und Vegesack (1 Polizeiarzt) besteht.

Hamburg. Die Aufsicht über das Medizinalwesen führt das Medizinalkollegium, dem u. a. mehrere Physiker, davon einer als Medizinalrat, angehören. Letzterem sind der Polizeiarzt, sowie die Distriktsärzte des Landgebiets in gewissem Umfange untergeordnet. Mit dem Tierarzneiwesen ist ein Staatstierarzt betraut.



Elsass-Lothringen. In der Abteilung des Innern des Ministeriums für Elsass-Lothringen findet sich ein Medizinalreferent und der Landestierarzt als Veterinärreferent. Den drei Bezirkspräsidien des Landes sind gleichfalls Medizinalreferenten beigegeben. Den Kreisdirektionen stehen Kreisärzte und Kreistierärzte zur Seite. Ausserdem sind die Kreis- und Bezirks-Gesundheitsräte als beratende und begutachtende Organe der Verwaltung zu nennen.

In den übrigen Staaten gehört die Medizinalverwaltung zu den Aufgaben der Abteilung des Innern des betreffenden Staatsministeriums etc., welcher für diese Zwecke meist ein Medizinalreferent beigegeben ist, während mit der Leitung der Veterinärangelegenheiten ein Landestierarzt betraut ist. Die technischen Berater der Lokalverwaltungsstellen heissen gewöhnlich Physiker (Amts-, Kreis-, Bezirks-; in Sachsen-Altenburg Bezirksärzte) und Kreis- oder Bezirkstierärzte. Medizinalkollegien giebt es in Anhalt und Lippe.

### 3. Gerichte.

Die Verfassung der Gerichte ist für den ganzen Umfang des Reichsgebiets durch das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877<sup>1)</sup>, in gleicher Weise wie das Verfahren durch die Zivil- und die Strafprozessordnung vom 30. Januar und vom 1. Februar desselben Jahres<sup>2)</sup>, insoweit einheitlich geregelt, als es sich um die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und deren Ausübung handelt. Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit, welche durch die ordentlichen Gerichte, d. h. nach § 12 des Gerichtsverfassungsgesetzes durch Amts- und Landgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt wird, umfasst gemäss § 13 alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt (z. B. die Konsulargerichte) oder zugelassen (z. B. Gemeinde-Gewerbegerichte) sind. Während die Ausübung der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit in dem eben angegebenen Sinne von reichswegen geregelt ist, hat bezüglich der ganzen übrigen Gerichtsbarkeit (Verwaltungsgerichtsbarkeit, Vormundschafts-, Grundbuch-, Testamentssachen u. s. w.) ausschliesslich derjenigen, welche den reichsgesetz-

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 41. — <sup>2)</sup> Ebd. S. 83 und 253.



lich bestellten Gerichten zufällt, die Landesgesetzgebung freie Hand behalten. Sie kann den ordentlichen (Landes-) Gerichten jede andere Art von Gerichtsbarkeit, sowie Geschäfte der Justizverwaltung übertragen; nur die Übertragung anderer Gegenstände der Verwaltung an die ordentlichen Gerichte ist durch § 4 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz ausgeschlossen.

Das Reichsgericht hat durch das Gesetz vom 11. April 1877<sup>1)</sup> seinen Sitz in Leipzig erhalten. Die Einsetzung der übrigen Gerichte und die Abgrenzung ihrer Bezirke ist seitens der Einzelstaaten durch Ausführungsbestimmungen erfolgt. Teilweise sind für mehrere Staaten gemeinschaftliche Gerichte auf Grund von Staatsverträgen gebildet worden.

Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die einzelnen Arten von Gerichten werden nachstehend insoweit kurz mitgeteilt, als sie für Prozesse über Nahrungsmittel u. s. w. von Interesse sind.

**Amtsgerichte (§§ 22 ff.).** Die Zuständigkeit der Amtsgerichte, denen Einzelrichter vorstehen, umfasst in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert die Summe von 300 Mark nicht übersteigt.

Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden bei den Amtsgerichten Schöffengerichte (§§ 25 ff.), welche aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen bestehen, gebildet. Dieselben sind zuständig:

für alle Übertretungen<sup>2)</sup> (demnach Zuwiderhandlungen aus § 367, Ziff. 7 Str.-G., §§ 8, 9, 11 N.-M.-G., §§ 4, 5 des Blei-Zinkges., § 5, Abs. 1 Kunstbutterges., § 12 des Farbenges. u. s. w.);

für diejenigen Vergehen,<sup>3)</sup> welche nur mit Gefängnis von höchstens 3 Monaten oder Geldstrafe von höchstens 600 Mark, allein

---

<sup>1)</sup> R.-G.-Bl. S. 415. — <sup>2)</sup> Nach § 1 Str.-G. sind Übertretungen die mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, Vergehen die mit Festungshaft bis zu 5 Jahren, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe von mehr als 150 Mark, Verbrechen die mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als 5 Jahren bedrohten Handlungen. — <sup>3)</sup> Bei Vergehen dieser Art, sowie bei allen Übertretungen kann der auf S. 101 erwähnte amtsrichterliche Strafbefehl erlassen werden. Bei rechtzeitigem Einspruch gegen einen solchen wird zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht geschritten.



oder neben Haft, oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind . . . . (z. B. also bei Vergehen aus § 5, Abs. 2 — Wiederholungsfall — des Kunstbutterges.);

für das Vergehen des Betruges im Falle des § 263 Str.-G., wenn der Schaden 25 (nach einem dem Bundesrate neuerdings vorgelegten Abänderungs-Entwurf 100) Mark nicht übersteigt.

Stellt sich in dem letzteren Falle in der Hauptverhandlung heraus, dass der Schaden mehr als 25 (nach dem neuen Entwurf 100) Mark beträgt, so hat das Gericht seine Unzuständigkeit nur dann auszusprechen, wenn aus anderen Gründen die Aussetzung der Verhandlung geboten erscheint.

Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt.

Landgerichte (§§ 58 ff.). Bei den Landgerichten, welche mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren und Mitgliedern besetzt werden, sind Zivil- und Strafkammern zu bilden und Untersuchungsrichter nach Bedürfnis zu bestellen. Den Vorsitz im Plenum führt der Präsident, den Vorsitz in den Kammern führen der Präsident und die Direktoren.

Vor die Zivilkammern, einschliesslich der Kammern für Handelssachen, gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche nicht den Amtsgerichten zugewiesen sind. Die Zivilkammern sind die Berufungs- und Beschwerdegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Die Strafkammern<sup>1)</sup> sind zuständig für diejenigen die Voruntersuchung und deren Ergebnisse betreffenden Entscheidungen, welche nach den Vorschriften der Strafprozessordnung von dem Gerichte zu erlassen sind; sie entscheiden über Beschwerden gegen Verfügungen des Untersuchungsrichters und des Amtsrichters, sowie gegen Entscheidungen der Schöffengerichte. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit des Reichsgerichts werden hierdurch nicht berührt. Die Strafkammern erledigen ausserdem die in der Strafprozessordnung den Landgerichten zugewiesenen Geschäfte.

Die Strafkammern sind als erkennende Gerichte zuständig:

für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören (demnach Vergehen aus § 263 Str.-G. bei einem Schaden von mehr als 25 Mark — s. oben, § 326 Str.-G., §§ 10, 12 — ausschl. des letzten Abs. —, 14 N.-M.-G., § 7 Weinges. u. s. w.);

für diejenigen Verbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens 5 Jahren, allein oder in Verbindung mit anderen Strafen be-

<sup>1)</sup> Wegen grosser Entfernung des Landgerichtssitzes kann durch Anordnung der Landesjustizverwaltung auch bei einem Amtsgerichte für den Bezirk eines oder mehrerer Amtsgerichte eine Strafkammer gebildet und derselben für diesen Bezirk die gesamte Thätigkeit der Strafkammer des Landgerichts oder ein Teil dieser Thätigkeit zugewiesen werden. Derartige Strafkammern sind beispielsweise bei den Amtsgerichten Itzehoe, Neustettin, Schrimm, Kreuzburg gebildet worden.



droht sind (z. B. Verbrechen aus dem letzten Abs. des § 12 N.-M.-G. — d. h. wenn durch die in § 12, Ziff. 1 u. 2 bedrohten Handlungen eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden ist; vgl. S. 90);

für das Verbrechen des Betruges im Falle des § 264 Str.-G.;  
für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung<sup>1)</sup> gegen die Urteile der Schöffengerichte.

Wegen gewisser Vergehen kann die Strafkammer bei Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem Schöffengerichte, soweit dieses nicht schon zuständig ist, überweisen, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, dass auf keine andere und höhere Strafe, als auf Gefängnis von höchstens 3 Monaten oder Geldstrafe von höchstens 600 Mark, allein oder neben Haft, oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung, zu erkennen sein werde (in dem neuen Entwurf ist die Bedingung „wenn nach den Umständen des Falles u. s. w.“ fortgelassen). Die fragliche Überweisung kann stattfinden bei Vergehen

des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in den Fällen der §§ 113, 114, 117 Abs. 1, 120 Str.-G. (vgl. S. 28);

der Körperverletzung im Falle des § 223 a Str.-G. (vgl. S. 90 — im neuen Entwurf fortgelassen);

des Betruges im Falle des § 263 Str.-G.; sowie  
wegen derjenigen Vergehen, welche nur mit Gefängnisstrafe von höchstens 6 Monaten oder Geldstrafe von höchstens 1500 Mark, allein oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung, bedroht sind.

Zu diesen letzteren Vergehen gehören auch diejenigen aus § 10, sowie § 14 N.-M.-G., falls durch die Handlung ein Schaden an der Gesundheit oder der Tod eines Menschen nicht verursacht worden ist, ferner die Vergehen aus § 7 des Weinges.

Bei Beratung des Nahrungsmittelgesetzes wurde jedoch im Reichstage der Wunsch ausgesprochen, dass die Strafkammern von der Überweisungsbefugnis nur einen beschränkten Gebrauch machen möchten, damit die Möglichkeit, die Sache an das Reichsgericht zu bringen (s. S. 301), nicht verschlossen werde.

Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen treten bei den Landgerichten periodische Schwurgerichte (§§ 79 ff.) zu-

---

<sup>1)</sup> Nach §§ 354, 374 Strafprozessordn. findet die Berufung gegen die Urteile der Schöffengerichte (nach dem neuen Entwurf auch gegen die Urteile der Strafkammern in erster Instanz), die Revision gegen die Urteile der Land- und der Schwurgerichte (desgl. gegen die Urteile der Strafkammern in der Berufungsinstanz, gegen die Urteile der Oberlandesgerichte in der Berufungsinstanz und gegen die Urteile der Schwurgerichte) statt. Ähnlich wird in der Zivilprozessordn. (§§ 472, 507) zwischen Berufung und Revision unterschieden.



sammen, welche aus drei richterlichen Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden und aus zwölf zur Entscheidung der Schuldfrage berufenen Geschwornen (Ehrenamt) bestehen und für die Verbrechen zuständig sind, welche nicht zur Zuständigkeit der Strafkammern oder des Reichsgerichts gehören (unter anderen für Verbrechen aus § 324 Str.-G. — s. S. 6 — und § 13 N.-M.-G. — s. S. 91).

Bei den Oberlandesgerichten<sup>1)</sup> (§§ 119 ff.), welche mit einem Präsidenten und der erforderlichen Zahl von Senatspräsidenten und Räten besetzt werden, sind ebenfalls Zivil- und Strafsenate zu bilden. Die Oberlandesgerichte sind zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

der Berufung gegen die Endurteile der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten;

der Revision gegen Urteile der Strafkammern in erster Instanz, sofern die Revision ausschliesslich auf die Verletzung einer in den Landesgesetzen enthaltenen Rechtsnorm gestützt wird (in dem neuen Entwurf heisst es nur „der Berufung gegen Urteile der Strafkammern in erster Instanz“);

der Revision gegen Urteile der Strafkammer in der Berufungsinstanz.

Oberlandesgerichte bestehen in

Preussen in Königsberg, Marienwerder, Berlin (Kammergericht), Stettin, Posen, Breslau, Naumburg (zugleich für Anhalt und Schwarzburg-Sondershausen), Kiel, Celle (zugleich für Pymont und Lippe), Hamm, Kassel (zugleich für Waldeck), Frankfurt a. M., Köln (zugleich für Fürstentum Birkenfeld); Bayern in München, Zweibrücken, Nürnberg, Bamberg, Augsburg; Sachsen in Dresden; Württemberg in Stuttgart; Baden in Karlsruhe; Hessen in Darmstadt; Mecklenburg-Schwerin in Rostock (gemeinsam mit M.-Strelitz); Sachsen-Weimar in Jena (thüringisches O. gemeinsam mit den sächsischen Herzogtümern, Reuss ä. u. j. L., Schwarzburg-Rudolstadt u. einigen preussischen Gebietsteilen); Oldenburg in Oldenburg (für Herzogt. O. und Schaumburg-Lippe); Braunschweig in Braunschweig; Hamburg in Hamburg (hanseatisches O. für die 3 freien Hansestädte und Fürstent. Lübeck); Elsass-Lothringen in Colmar.

Das Reichsgericht (§§ 125 ff.) wird mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Senatspräsidenten und Räten besetzt. Es werden bei ihm Zivil- und Strafsenate gebildet. Es ist zuständig:

---

<sup>1)</sup> Nach dem neuen Entwurf kann durch die Landesgesetzgebung für die vom Sitz des Oberlandesgerichts entfernten Landgerichte bei einem oder mehreren derselben ein Strafsenat gebildet und demselben für den ihm zuzuweisenden Bezirk die gesamte Thätigkeit des Oberlandesgerichts in der Berufungsinstanz übertragen werden.



in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Revision gegen die Endurteile der Oberlandesgerichte;

in Strafsachen desgleichen über die Rechtsmittel der Revision gegen Urteile der Strafkammern in erster Instanz, insoweit nicht die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte begründet ist (nach dem neuen Entwurf „gegen Urteile der Oberlandesgerichte in der Berufungsinstanz“) und gegen Urteile der Schwurgerichte.

Will in einer Rechtsfrage ein Zivilsenat von der Entscheidung eines anderen Zivilsenats oder der vereinigten Zivilsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines anderen Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate abweichen, so ist über die streitige Rechtsfrage eine Entscheidung der vereinigten Zivil- bzw. Strafsenate einzuholen. Einer Entscheidung der Rechtsfrage durch das Plenum bedarf es, wenn in entsprechender Weise ein Zivilsenat von der Entscheidung eines Straf- oder dieser von derjenigen eines Zivilsenats oder ein Senat von der Entscheidung des Plenums abweichen will (Abänder.-Ges. v. 17. März 1886. R.-G.-Bl. S. 61).

Nach § 8 des Einführ.-Ges. zum Gerichtsverfassungsges. kann durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandesgerichte errichtet werden, die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen, aber nur in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, einem obersten Landesgerichte zugewiesen werden. Von dieser Befugnis hat nur Bayern Gebrauch gemacht, wo durch Gesetz v. 23. Febr. 1879 ein oberstes Landesgericht in München errichtet worden ist.

Das Amt der Staatsanwaltschaft (§§ 142 ff.), welche bei jedem Gerichte bestehen soll, wird ausgeübt:

bei dem Reichsgericht durch einen Oberreichsanwalt und einen oder mehrere Reichsanwälte, bei den Oberlandes-, Land- und Schwurgerichten durch einen oder mehrere Staatsanwälte, bei den Amts- und Schöffengerichten durch einen oder mehrere Amtsanwälte.

Die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft und sind in dieser Eigenschaft verpflichtet, den Anordnungen der Staatsanwälte bei dem Landgerichte ihres Bezirks und der diesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten.

#### 4. Sachverständige.

##### a. Allgemein.

Die Sachverständigenthätigkeit auf dem Gebiete des Nahrungsmittelverkehrs umfasst im wesentlichen die Beurteilung von Nahrungs-, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen auf ihre Güte und Unverfälschtheit bzw. ihre den vorschriftsmässigen Anforderungen entsprechende Zusammensetzung und Beschaffenheit, sowie auf ihre Unschädlichkeit



für die menschliche Gesundheit. Dazu kommt die gewerblich-technische Begutachtung, welche auf Grund besonderer Fachkenntnisse in den einzelnen Zweigen der Nahrungsmittelindustrie erfolgt und hauptsächlich die Unterscheidung der verschiedenen Warensorten, sowie die Beurteilung der bei der Herstellung, Zubereitung und im Handel vorkommenden Gebräuche und Gewohnheiten zum Gegenstand hat.

Die letztere Thätigkeit fällt den Fabrikanten, Händlern u. s. w. zu, deren Zuziehung unter Umständen unerlässlich ist.

Der preussische Justizminister hat am 22. Februar 1889 <sup>1)</sup> aus einem besonderen Vorkommnis Veranlassung genommen, die Beamten der Staatsanwaltschaft auf die Wichtigkeit ihrer Auswahl hinzuweisen und ihnen zu empfehlen, insbesondere in denjenigen Fällen, in welchen Fragen des Handelsrechtes und des Handelsbrauches in Betracht kommen, sofern nicht von vornherein Sachverständige von unzweifelhafter Befähigung zur Verfügung stehen, mit den zuständigen Handelskammern wegen Benennung solcher Sachverständigen ins Benehmen zu treten.

Ausserdem kommen als Sachverständige vornehmlich Ärzte, Tierärzte, Chemiker (Apotheker) und Fleischbeschauer in Betracht. Die Zuständigkeit aller dieser Sachverständigen im gegebenen Falle folgt einmal aus der Befähigung, welche durch Prüfung nachgewiesen oder, soweit solche nicht erfordert wird, im Beruf erworben ist, sodann aber auch aus den in dieser Beziehung zu Recht bestehenden Bestimmungen. Wenn beispielsweise, wie es häufig der Fall ist, ein oder mehrere Fleischbeschauer zur Erfüllung gewisser Aufgaben in einem bestimmten Bezirk vorschriftsmässig aufgestellt sind, so darf die ihnen zugewiesene Thätigkeit von einem anderen Fachmanne nicht übernommen werden.

Dem Trichinenschauer fällt im allgemeinen nur die mikroskopische Untersuchung von Schweinen und Schweinefleischwaren zu. Die Thätigkeit der sog. empirischen Fleischbeschauer besteht in der Beurteilung von Fleisch, soweit sie mit blossem Auge ausführbar ist, meist jedoch unter Ausschluss von Pferdefleisch und von krankem Fleisch (s.

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1889, S. 203.



S. 138 ff.), für deren Begutachtung in der Regel die Tierärzte zuständig sind. Die Beantwortung der Frage nach der Gesundheitsschädlichkeit von Nahrungsmitteln u. s. w. fällt ausschliesslich den Ärzten zu. Die chemisch-technische Seite der Sachverständigenthätigkeit bildet die Aufgabe der Chemiker, an deren Stelle früher wegen ihrer eingehenden chemischen Vorbildung fast allgemein die Apotheker hinzugezogen wurden. In dem Maasse als das Gebiet dieser Untersuchungen sich nach Zahl und Art der in Betracht kommenden Gegenstände erweitert, die wissenschaftliche und praktische Entwicklung der Nahrungsmittel-Chemie infolge dessen fortschreitet, und das Erfordernis, dieselbe zu einem besonderen Berufszweige zu machen, dringender wird, werden die Apotheker in der Ausführung von Nahrungsmittel-Untersuchungen zumal in den grösseren Städten mehr und mehr von den eigentlichen Nahrungsmittel-Chemikern abgelöst, falls sie sich nicht, wie es zur Zeit allerdings vielfach auch für grössere Orte zutrifft, ausschliesslich dieser Beschäftigung widmen. Die chemisch-technische Untersuchung der Nahrungsmittel etc. bildet auch die Hauptthätigkeit der öffentlichen Untersuchungsanstalten, auf welche ebenso wie auf die anderen Sachverständigen, deren Beruf ausschliesslich oder doch vorzugsweise die Begutachtung von Nahrungsmitteln pp. ist, nämlich die Nahrungsmittel-Chemiker und die Fleischbeschauer, noch zurückzukommen sein wird.

Die Thätigkeit der Sachverständigen wird von Behörden, Gerichten und Privaten in Anspruch genommen. Dieselben sind teilweise Beamte, zum andern Teil unterliegen sie den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung.

Der Betrieb eines Gewerbes im Sinne der Gewerbe-Ordnung ist, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind, jedermann gestattet; insbesondere begründet auch das Geschlecht in Beziehung auf die Befugnis zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes keinen Unterschied (§§ 1, 11). Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muss der für den Ort, wo solches geschieht, nach



den Landesgesetzen zuständigen Behörde gleichzeitig Anzeige davon machen (§ 14).

Nach § 36 Gew.-O. darf das Gewerbe der Feldmesser, Auktionatoren, derjenigen, welche den Feingehalt edler Metalle oder die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waren irgend einer Art feststellen, der Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Bracker, Schauer, Stauer u. s. w. zwar frei betrieben werden, es bleiben jedoch die verfassungsmässig dazu befugten Staats- oder Kommunalbehörden oder Korporationen auch ferner berechtigt, Personen, welche diese Gewerbe betreiben wollen, auf die Beobachtung der bestehenden Vorschriften zu beeidigen und öffentlich anzustellen. Nur auf derartig angestellte Personen sind die Bestimmungen der Gesetze, welche den Handlungen der genannten Gewerbetreibenden eine besondere Glaubwürdigkeit beilegen oder an diese Handlungen besondere rechtliche Wirkungen knüpfen, zu beziehen.

Zu den in diesem Paragraphen aufgeführten Personen-Kategorien gehören z. B. die Fleischbeschauer (s. unter d), ferner die Petroleumprüfer, von denen auf S. 289 die Rede war und auch die Nahrungsmittel-Chemiker. Durch ihre Vereidigung und Anstellung seitens der nach Landesrecht dazu befugten Staats- oder Kommunalbehörden oder Korporationen werden Gewerbetreibende dieser Art mit einer besonderen Glaubwürdigkeit ausgestattet.

Die Bestellungen aus § 36 dürfen, wie aus § 40 zu folgern ist, auch auf Zeit und widerruflich erteilt werden. Ist dies nicht geschehen, so können sie nach §§ 53, 54 nur aus bestimmten Gründen (wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei der Erteilung der Bestellung nach der Vorschrift dieses Gesetzes vorausgesetzt werden mussten, klar erhellt oder wenn die Unrichtigkeit der Nachweise, auf Grund deren die Bestellung erteilt ist, dargethan wird oder wenn dem Inhaber die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, im letzteren Falle jedoch nur für die Dauer dieses Verlustes) und unter Einhaltung des in den §§ 20, 21 vorgeschriebenen Verfahrens zurückgenommen werden.

Hinsichtlich der Taxen für die aus § 36 von den Behörden beeidigten und angestellten Gewerbetreibenden wird durch die Gew.-O. nichts geändert. Die zuständigen Behörden sind befugt, für diese Personen auch die Taxen einzuführen, wo dergleichen bisher nicht bestanden, doch sind letztere berechtigt, die festgestellten Taxen zu



ermässigen (§§ 78, 79). Dagegen wird eine Überschreitung solcher Taxen gemäss § 148 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Falle des Unvermögens mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Einer Geldstrafe bis zu 300 Mark bzw. Haft unterliegt nach § 147, wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes, zu dessen Beginne eine besondere polizeiliche Genehmigung (Bestallung u. s. w.) erforderlich ist, ohne solche unternimmt oder fortsetzt oder von den in der Genehmigung festgesetzten Bedingungen abweicht, während — in anderen Fällen — bei Beginn eines stehenden Gewerbes ohne die vorschriftsmässige Anzeige desselben die Strafbestimmung des § 148 (s. oben) Platz greift.

In Strafsachen erfolgt die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl durch den Richter. Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es erfordern (§ 73 Strafprozessordn.). Der zum Sachverständigen Ernannte hat der Ernennung Folge zu leisten, wenn er zur Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellt ist, oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, oder wenn er zur Ausübung derselben öffentlich bestellt oder ermächtigt ist. Zur Erstattung des Gutachtens ist auch derjenige verpflichtet, welcher sich zu derselben vor Gericht bereit erklärt hat (§ 75). Ein Sachverständiger kann von der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten aus gewissen Gründen abgelehnt werden, nämlich dann, wenn er in der Sache als Beamter der Staatsanwaltschaft oder als Polizeibeamter, als Anwalt des Verletzten oder als Verteidiger thätig gewesen, wenn er selbst durch die strafbare Handlung verletzt ist und wenn er mit der beschuldigten oder verletzten Person in einem bestimmten Verwandtschafts-, Verschwägerungs- oder im Adoptions-Verhältnis steht, deren Ehemann oder Vormund ist oder gewesen ist. Auch aus einem anderen Grunde, welcher geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Sachverständigen zu rechtfertigen, kann derselbe wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden (§§ 22, 24, 74). Andererseits ist der Sachverständige unter Umständen zur Verweigerung des Gutachtens berechtigt. Dies ist zulässig, wenn er mit der beschuldigten Person in einem bestimmten Verwandtschafts-, Verschwägerungs- oder im Adoptionsverhältnis steht, wenn er der Verlobte oder Ehegatte derselben ist oder der Ehegatte gewesen ist. Auch aus anderen Gründen kann ein Sachverständiger von der Verpflichtung zur Erstattung des Gutachtens entbunden werden. Die Vernehmung eines öffentlichen Beamten als Sachverständiger findet nicht statt, wenn die vorgesetzte Behörde des Beamten erklärt, dass die Vernehmung den dienstlichen Interessen Nachteil bereiten würde (§§ 51, 76). Im Falle des Nichterscheins oder der Weigerung eines zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen wird dieser zum Ersatze der Kosten



und zu einer Geldstrafe bis zu 300 Mark verurteilt. Im Falle wiederholten Ungehorsams kann noch einmal auf eine Geldstrafe bis zu 600 Mark erkannt werden (§ 77).

Die Thätigkeit der Sachverständigen wird von dem Richter, soweit es diesem erforderlich erscheint, geleitet (§ 78). Vor Erstattung des Gutachtens hat der Sachverständige einen Eid dahin zu leisten, dass er das von ihm erforderte Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde. Ist er für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im Allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid (§ 79). Dem Sachverständigen kann auf sein Verlangen zur Vorbereitung des Gutachtens durch Vernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten weitere Aufklärung verschafft werden. Zu demselben Zwecke kann ihm gestattet werden, die Akten einzusehen, der Vernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten beizuwohnen und an dieselben unmittelbar Fragen zu stellen (§ 80). Im Vorverfahren hängt es von der Anordnung des Richters ab, ob die Sachverständigen ihr Gutachten schriftlich oder mündlich zu erstatten haben (§ 82). Der Richter kann eine neue Begutachtung durch dieselben oder durch andere Sachverständige anordnen, wenn er das Gutachten für ungenügend erachtet, desgleichen die Begutachtung durch einen anderen Sachverständigen, wenn ein Sachverständiger nach Erstattung des Gutachtens mit Erfolg abgelehnt ist. In wichtigeren Fällen kann das Gutachten einer Fachbehörde eingeholt werden (§ 83).

Der Sachverständige hat auf Entschädigung für Zeitversäumnis, auf Erstattung der ihm verursachten Kosten und ausserdem auf angemessene Vergütung für seine Mühewaltung Anspruch (§ 84). Letzterer wird nach Maassgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 (R.-G.-Bl. S. 173) festgesetzt.

Handelt es sich um Angelegenheiten, in denen das Verfahren durch die Zivilprozessordnung bestimmt wird, so erfolgt nach § 369 derselben die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen und die Festsetzung ihrer Anzahl durch das Prozessgericht. Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es erfordern. Das Gericht kann die Parteien auffordern, Personen zu bezeichnen, welche geeignet sind, als Sachverständige vernommen zu werden. Wenn sich die Parteien über bestimmte Personen als Sachverständige einigen, so hat das Gericht dieser Einigung Folge zu geben; jedoch kann es die Wahl der Parteien auf eine bestimmte Anzahl beschränken. Die Bestimmungen der §§ 371–75, 377, 378 über die Ablehnung der Sachverständigen, über ihre Verpflichtung zur Erstattung und Berechtigung zur Verweigerung des Gutachtens, über ihre Bestrafung wegen Nichterscheins oder unzulässiger Verweigerung des Gutachtens, über ihre Vereidigung (mit der Maassgabe, dass diese zu erfolgen



hat, wenn nicht beide Parteien darauf verzichten), über die Anordnung einer erneuten Begutachtung und über den Entschädigungsanspruch der Sachverständigen entsprechen im wesentlichen denjenigen der §§ 74—77, 79, 83, 84 der Strafprozessordnung (s. oben). Nach § 376 hat der Sachverständige, wenn schriftliche Begutachtung angeordnet wird, das von ihm unterschriebene Gutachten auf der Gerichtsschreiberei niederzulegen. Zur Erläuterung des schriftlichen Gutachtens kann das Erscheinen des Sachverständigen vom Gericht angeordnet werden.

Auch aus dem Strafgesetzbuch sind einige Bestimmungen über Sachverständige hervorzuheben.

Ein zum Erscheinen gesetzlich verpflichteter Sachverständiger, welcher eine unwahre Thatsache als Entschuldigung vorschützt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bestraft, ohne dass die auf das Nichterscheinen gesetzten Ordnungsstrafen dadurch ausgeschlossen werden (§ 138).

Wer vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde wissentlich ein falsches Gutachten mit einem Eide bekräftigt, oder den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Gutachten verletzt, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Ist das falsche Gutachten in einer Strafsache zum Nachteile eines Angeschuldigten abgegeben und dieser zum Tode, zu Zuchthaus oder zu einer anderen mehr als 5 Jahre betragenden Freiheitsstrafe verurteilt worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter 3 Jahren ein (§ 154). Der Ableistung eines Eides wird gleich gehalten, wenn derjenige, welcher als Sachverständiger einen Eid geleistet hat, in gleicher Eigenschaft eine Versicherung unter Berufung auf den bereits früher in derselben Angelegenheit geleisteten Eid abgibt, oder wenn ein Sachverständiger, welcher als solcher ein für allemal vereidet ist, eine Versicherung auf den von ihm geleisteten Eid abgibt, desgleichen wenn ein Beamter eine amtliche Versicherung unter Berufung auf seinen Diensteid abgibt (§ 155). Die wissentlich falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung oder die wissentlich falsche Aussage unter Berufung auf eine solche Versicherung vor einer zu deren Abnahme zuständigen Behörde wird mit Gefängnis von 1 Monat bis zu 3 Jahren bestraft (§ 156). Falls ein Sachverständiger sich eines Meineids (§§ 154, 155) oder einer falschen Versicherung an Eidesstatt schuldig gemacht hat, ist die an sich verwirkte Strafe auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermässigen, wenn 1. die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte, oder 2. der Aussagende die falsche Aussage zu Gunsten einer Person, rücksichtlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein (§ 157). Bei jeder Verurteilung wegen Meineides ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und ausserdem auf die dauernde Unfähigkeit des Verurteilten, als Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, zu erkennen. Auf den Fall des § 157 be-



zieht sich diese Bestimmung nicht. In den Fällen der §§ 156, 157 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden (§ 161).

Auf die in § 36 Gew.-O. genannten Sachverständigen, die Schauer, Stauer u. s. w. (s. S. 304), insbesondere bezieht sich Abs. 1, Ziff. 3 des § 266 Str.-G., nach der solche zur Betreibung ihres Gewerbes von der Obrigkeit verpflichteten Personen, falls sie bei den ihnen übertragenen Geschäften diejenigen, deren Geschäfte sie besorgen, absichtlich benachteiligen, wegen Untreue mit Gefängnis unter Zulässigkeit der gleichzeitigen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden. Wird die Untreue begangen, um sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so kann neben der Gefängnisstrafe auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden (§ 266, Abs. 2).

Einer Erwähnung bedürfen ferner die Strafbestimmungen, welche sich auf Urkunden beziehen. Urkunden sind nämlich solche von Menschenhand gefertigten Gegenstände, welche geeignet sind, eine Thatsache zu erweisen,<sup>1)</sup> sodass also Fleischbeschauscheine, Bescheinigungen über die Ergebnisse chemischer Analysen u. s. w. Urkunden sind. Unter Umständen können dieselben aber auch öffentliche Urkunden sein. Als solche werden in § 380 der Zivilprozessordn. diejenigen Urkunden bezeichnet, welche von einer öffentlichen Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises in der vorgeschriebenen Form aufgenommen sind.

Wer in rechtswidriger Absicht eine in- oder ausländische öffentliche Urkunde oder eine solche Privaturkunde, welche zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit ist, verfälscht oder fälschlich anfertigt und von derselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht, wird nach § 267 Str.-G. wegen Urkundenfälschung mit Gefängnis bestraft. Eine Urkundenfälschung, welche in der Absicht begangen wird, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder einem anderen Schaden zuzufügen, wird, wenn die Urkunde eine Privaturkunde ist, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden kann, wenn sie eine öffentliche ist, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, neben welchem auf Geldstrafe von 150 bis zu 6000 Mark erkannt werden kann, bestraft. Bei mildern Umständen tritt Gefängnisstrafe von mindestens 1 Woche im ersteren, von mindestens 3 Monaten im anderen Falle ein. Daneben kann zugleich auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden (§ 268).

Besondere Vorschriften betreffen die Urkundenfälschung durch Beamte, unter denen gemäss § 359 im Sinne des Strafgesetzes alle im Dienste des Reichs oder in unmittelbarem oder

---

<sup>1)</sup> Urteil des Reichsger. v. 19. Mai 1882. Entsch. Bd. 6, S. 289.



mittelbarem Dienste eines Bundesstaats auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellten Personen zu verstehen sind, ohne Unterschied, ob sie einen Diensteid geleistet haben oder nicht. Ein Beamter, welcher, zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Tatsache falsch beurkundet oder in öffentliche Register oder Bücher falsch einträgt, oder welcher eine ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Urkunde vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft, beschädigt oder verfälscht, wird mit Gefängnis nicht unter 1 Monat bestraft (§348). Wird eine der vorbezeichneten Handlungen in der Absicht begangen, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder einem anderen Schaden zuzufügen, so ist auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren und zugleich auf Geldstrafe von 150 bis zu 3000 Mark zu erkennen (§ 349).

Endlich sei noch auf § 132 hingewiesen, dem zufolge die unbefugte Ausübung eines öffentlichen Amtes oder Vornahme einer Handlung, welche nur kraft eines öffentlichen Amtes vorgenommen werden darf, mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark geahndet wird.

#### b. Öffentliche Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln.

Nachdem die im Jahre 1877 im kaiserl. Gesundheitsamte versammelt gewesene Kommission der Überzeugung Ausdruck gegeben hatte, dass zu einer erfolgreichen Bekämpfung der auf dem Gebiete des Nahrungsmittelverkehrs bestehenden Missstände die Errichtung einer ausreichenden Zahl technischer Untersuchungsstationen erforderlich sei (s. S. 16), wurde noch in demselben Jahre eine zweite Kommission zur Feststellung eines Normalstatuts für derartige Stationen berufen. Dieselbe sprach sich dahin aus<sup>1)</sup>, dass die Überwachung der Nahrungsmittel eine Aufgabe sei, welche hinsichtlich der sie ausführenden Verwaltungsorgane nicht trennbar sei von der Gesundheitspolizei im allgemeinen und dass die technischen Aufgaben der Untersuchungsstationen für den eben genannten Zweck innig zusammenhängen mit gewissen anderen zur Handhabung der Gesundheitspolizei erforderlichen technischen Untersuchungen, z. B. Untersuchung des Wassers, der Luft in den Schulen, der Tapeten u. s. w.

---

<sup>1)</sup> Denkschrift über die Aufgaben und Ziele, die sich das kaiserl. Gesundheitsamt gestellt hat u. s. w. Berlin 1879, S. 13.



Die Stationen müssen amtlichen Charakter haben und ihre sämtlichen Beamten müssen vereidigt sein. Man hob ferner hervor, dass die Stationen die Thätigkeit mehrerer Sachverständiger, namentlich eines Chemikers, eines Arztes und eines Tierarztes, erheischen, und nahm in Aussicht, dass in ihnen Polizeiorgane zur Ausführung solcher einfacher Prüfungsmethoden, welche sich zu vorläufigen Marktuntersuchungen eignen, technisch ausgebildet werden. Als Aufgaben der Stationen wurden bezeichnet a. Untersuchung der ihnen hierzu übergebenen Nahrungs- und Genussmittel in Bezug auf ihre Zusammensetzung und gesundheitliche Beschaffenheit, b. gleiche Untersuchung von Gebrauchsgegenständen, c. Nachuntersuchung des Fleisches und seiner Fabrikate, falls die Richtigkeit einer ersten Untersuchung bezweifelt wird, d. fortgesetzte Untersuchungen der hauptsächlichsten zum Verkaufe ausgestellten Nahrungs- und Genussmittel, e. desgleichen der Trink- und Nutzwässer, der öffentlichen Wasserläufe und der Grundwasserverhältnisse, f. desgleichen der Luft in öffentlichen Lokalen, zunächst in den Schulen.

Auch in der Folge ist die Notwendigkeit der Errichtung öffentlicher Untersuchungsanstalten wiederholt hervorgehoben worden, so 1888 in einer Resolution, welche die zur Beratung des ersten Weingesetzentwurfs eingesetzte Reichstagskommission gefasst hat.<sup>1)</sup>

Der Wert der öffentlichen Untersuchungsanstalten liegt vor allem in der Befähigung und Zuverlässigkeit ihres Personals, in dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den Interessenten, sodann aber auch darin, dass solche Anstalten eher in der Lage sind, die zu den Untersuchungen erforderlichen Einrichtungen und Instrumente zu beschaffen, als dies einem Privatchemiker möglich ist.

Bezüglich des Begriffs „öffentliche Untersuchungsanstalten“ und der Förderung ihrer Errichtung durch das Nahrungsmittelgesetz und die im Anschluss an dasselbe erlassenen Spezialgesetze wird auf S. 104 ff. verwiesen.

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1888, S. 161.



Eine umfassende Regelung hat die Frage der öffentlichen Untersuchungsanstalten bereits seit Jahren in Bayern gefunden. Zu diesem Zwecke war die kgl. Verordnung vom 27. Januar 1884 nebst Vollzugsbestimmungen vom 2. Februar 1884<sup>1)</sup> ergangen. Der im Anschluss an Ziff. 7 der letzteren veröffentlichte Gebührentarif der fraglichen Anstalten ist inzwischen revidiert und in seiner neuen Fassung am 25. Juli 1890<sup>2)</sup> bekannt gegeben, während die kgl. Verordnung selbst am 5. Juli 1892<sup>3)</sup> einige Änderungen erfahren hat.

Hiernach ist in Verbindung mit dem Hygienischen Institut der Münchener, mit dem Laboratorium für angewandte Chemie der Erlanger und mit dem Technologischen Attribut der Würzburger Universität je eine Untersuchungsanstalt mit der Bezeichnung „Königliche Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel zu . . .“ errichtet worden. Diese Anstalten unterstehen der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern, welchem sie unmittelbar untergeordnet sind, und führen ein Dienstsiegel; sie sind Fachbehörden. Der jeweilige Vorstand des Universitäts-Instituts, mit welchem die Untersuchungsanstalt verbunden ist, bekleidet gleichzeitig die Stelle eines Vorstandes dieser letzteren unter dem Titel „Direktor“ als Nebenfunktion gegen Bezug einer jährlichen Remuneration. Jeder Anstalt ist ein Inspektor (angestellter Beamter) und die erforderliche Zahl von Assistenten, welche vom Ministerium des Innern gegen Bezug eines Jahresgehalts, jedoch ohne Anspruch auf Pension oder Sustentation, widerruflich aufgestellt werden, beigegeben.

Der Wirkungskreis der Untersuchungsanstalt zu München erstreckt sich auf die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und Neuburg, derjenige der Untersuchungsanstalt zu Erlangen auf die Regierungsbezirke Ober-, Mittelfranken, Oberpfalz und Regensburg, derjenige der Untersuchungsanstalt zu Würzburg auf den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg. Über die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Anstalten wird von den Universitätskassen eigne Kasse und Rechnung geführt; die Rechnungen unterliegen der Revision der Rechnungskammer.

Für den Regierungsbezirk der Pfalz ist die landwirtschaftliche Kreisversuchsstation zu Speyer widerruflich als öffentliche Untersuchungsanstalt anerkannt worden. In dieser Eigenschaft untersteht sie der Aufsicht der Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, und des Staatsministeriums des Innern.

Die Direktoren, Inspektoren und Assistenten werden auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten eidlich verpflichtet. Die

<sup>1)</sup> Ges.- u. Verordn.-Bl. S. 43; Mediz.-Gesetzgeb. S. 41, 43. —

<sup>2)</sup> Ebd. S. 517; Veröff. S. 774. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 435; Veröff. S. 539.



Direktoren werden im Verhinderungsfalle durch die Inspektoren vertreten, sie sind ferner befugt, den Inspektor oder einen der Assistenten zur Vertretung der Anstalt in einzelnen Angelegenheiten vor Gerichten oder Behörden abzuordnen.

Die Untersuchungsanstalten haben die Aufgabe, auf Ersuchen der mit dem Vollzuge des Nahrungsmittelgesetzes betrauten Behörden und Gerichte die erforderlichen technischen Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln, dann von solchen Gebrauchsgegenständen, welche in den Rahmen des genannten Gesetzes fallen, vorzunehmen und hierüber Gutachten abzugeben. Innerhalb dieses Geschäftskreises ist den Anstalten anheimgegeben, insoweit es ihre dienstlichen und geschäftlichen Verhältnisse gestatten, hin und wieder auf Ersuchen einzelner Gemeinden und auf deren Kosten Anstaltsbeamte dorthin abzuordnen, um gemeindlichen Polizeibediensteten bei Vornahme von Visitationen der Nahrungsmittel u. s. w. als Sachverständige beratend zur Seite zu stehen. Unbeschadet der zuerst bezeichneten Aufgabe liegt den Anstalten, soweit es ihre geschäftlichen Verhältnisse gestatten, ob, auch Privatpersonen auf Wunsch über die Beschaffenheit von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen der angegebenen Art Auskunft zu erteilen. Die Heranziehung der Anstalten seitens der zuständigen Behörden zur Abgabe gutachtlicher Äusserungen über verwandte, nicht unmittelbar in den Bereich des Nahrungsmittelgesetzes fallende Gegenstände der Gesundheitspolizei und Hygiene, z. B. über die Beschaffenheit von Trinkwasser, ist, sofern hierdurch die zuerst bezeichnete Aufgabe nicht beeinträchtigt wird, nicht ausgeschlossen. Die frühere Zuständigkeit der Medizinal-Komitees zur Vornahme chemischer und mikroskopischer Untersuchungen und zur Abgabe von Gutachten in strafrechtlichen Fällen ist innerhalb des zuvor im ersten Satze bezeichneten Rahmens an die Untersuchungsanstalten übergegangen. In gleichem Umfange hat die Dienstesaufgabe der amtlichen Ärzte und der beamteten Tierärzte mit der Maassgabe eine Beschränkung erfahren, dass dieselben Untersuchungen, welche besondere technische Hilfsmittel nicht erheischen oder so einfacher Natur sind, dass sie von ihnen leicht ausgeführt werden können, auch ferner vorzunehmen haben.

Die Untersuchungsanstalten dürfen, wenn die Gesundheitsschädlichkeit eines von der Anstalt untersuchten Nahrungsmittels etc. in Frage steht, vor der Abgabe des schriftlichen Gutachtens den für den Stadtbezirk des Anstaltssitzes bestellten Bezirksarzt, und soweit die Beurteilung tierischer Produkte in Betracht kommt, einen vom Ministerium des Innern zu bestimmenden beamteten Tierarzt zur Beratung beiziehen, auch ist ihnen unbenommen, Sachverständige aus den Kreisen des betreffenden Industriezweiges oder der Landwirtschaft gutachtlich zu vernehmen. In wichtigen, schwierigen oder zweifelhaften Fällen ist von diesen Befugnissen Gebrauch zu machen.

Dem Staatsministerium des Innern ist vorbehalten worden, einzelne gemeindliche Untersuchungsanstalten, welche nach allen Beziehungen vollkommen entsprechend ausgestattet sind, als öffentliche



Untersuchungsanstalten für den Gemeindebezirk in der Art anzuerkennen, dass sie für diesen an die Stelle der einschlägigen staatlichen Anstalt treten. Bisher haben die Anstalten zu Nürnberg und Fürth die Anerkennung als öffentliche Anstalten erhalten.

Der Tarif vom Jahre 1890, welcher auch die zur Untersuchung einzuliefernde Menge der Proben angiebt, setzt die Gebühren einschliesslich der Vergütung für die bei der Untersuchung etwa verbrauchten Stoffe oder Werkzeuge, sowie für die Erstattung des schriftlichen Befundberichts und Gutachtens fest. Den Anstalten bleibt unbenommen, mit einzelnen Gemeinden vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums des Innern Vereinbarungen über eine jährliche Pauschvergütung für die Vornahme von Untersuchungen zu treffen. Dem Ministerium des Innern, den Regierungen und Kammern des Innern haben sie Gutachten kostenfrei zu erstatten.

Dem genannten Ministerium haben die Anstalten jährlich über ihre Thätigkeit zu berichten. Im Jahre 1892<sup>1)</sup> wurden von den sechs Anstalten 19342 Proben untersucht, von denen 4508 oder 23,3% zu Beanstandungen Anlass gaben.

Für Baden ist die Angelegenheit durch Ministerial-Verordnung vom 28. Februar 1882<sup>2)</sup> geregelt worden, deren Ziff. I, 1 am 8. Juni 1888<sup>3)</sup> und deren Gebührentarif am 22. Mai 1890<sup>4)</sup> abgeändert sind.

Die technische Untersuchung von Nahrungsmitteln etc. zu gerichtlichen oder polizeilichen Zwecken wird vorgenommen 1. von der grossherzogl. Lebensmittelprüfungsstation der technischen Hochschule zu Karlsruhe, 2. von der agrikultur-chemischen Versuchsstation daselbst bezüglich des Weins und Branntweins, 3. von den durch das Ministerium des Innern im Staatsanzeiger bezeichneten öffentlichen Untersuchungsanstalten der Gemeinden, 4. von den in gleicher Weise durch die Ministerien der Justiz oder des Innern namhaft gemachten Sachverständigen. Die amtliche Untersuchung von Wein bleibt den zu 1 und 2 genannten Anstalten und den besonders hierzu ermächtigten Sachverständigen vorbehalten. Einfachere Untersuchungen können von den Polizeiorganen vorgenommen werden.

Gemeinden, welche eine zur Vornahme amtlicher Untersuchungen ermächtigte öffentliche Anstalt errichten wollen, haben dem Bezirksamt die Bezeichnung des Vorstandes der Anstalt mit den Nachweisen seiner technischen Befähigung, eine Beschreibung der für die Anstalt bestimmten Einrichtungen und Räumlichkeiten und die Geschäftsordnung der Anstalt einzureichen, jeden Wechsel in der Person des Vorstandes und die wesentlichen Änderungen der Einrichtungen und der Geschäftsordnung anzuzeigen, sowie jähr-

<sup>1)</sup> Veröff. 1893, S. 537. — <sup>2)</sup> Ges.- u. V.-Bl. No. VI; König a. a. O. S. 85. — <sup>3)</sup> Ebd. S. 289; Veröff. S. 510. — <sup>4)</sup> Veröff. S. 655.



lich über die Thätigkeit der Anstalt zu berichten. Die Berichte werden dem Ministerium des Innern vorgelegt, dessen Beaufsichtigung diese Anstalten unterstehen.

Die Gebühren für die von den Bezirksämtern angeordneten, sowie für die bei der Lebensmittelprüfungsstation zu Karlsruhe auf sonstigen Antrag stattfindenden Untersuchungen werden nach Maassgabe des Tarifs von 1890 erhoben, in welchem auch die einzuliefernden Mengen angegeben sind.

Die an der technischen Hochschule zu Karlsruhe errichtete und mit einer Abteilung für bakteriologische Untersuchungen, insbesondere von Wässern, versehene Station wird nach dem Statut vom 8. Juni 1888 von einem aus 3 Professoren der naturwissenschaftlichen Disziplinen der technischen Hochschule bestehenden Kuratorium geleitet, welchem das erforderliche Hilfspersonal beigegeben ist. Das Ministerium des Innern hat ihr als Oberaufsichtsbehörde einen Medizinalbeamten als Sachverständigen und Berater in Fragen der Hygiene zur Seite gestellt. Die Station nimmt Untersuchungen von Nahrungsmitteln etc. auf Antrag von staatlichen und, soweit ein öffentliches Interesse in Frage kommt, auf Ersuchen kommunaler Behörden und von Privaten, sowie aus eigener Initiative vor und erstattet über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen schriftliche Gutachten. Die Gebühren fliessen in die Staatskasse. Die mündliche Erstattung von Gutachten in Straf- und Verwaltungssachen, sowie die Erstattung aller Gutachten in Zivilsachen gehört nicht zu den Aufgaben der Station als solcher, sondern ist Sache der einzelnen Mitglieder des Kuratoriums bzw. der Assistenten, welche daher auch in diesen Fällen Anspruch auf die Sachverständigengebühren haben. — Während des Jahres 1891<sup>1)</sup> kamen in der Station 1692 Nahrungs- und Genussmittel und 84 Gebrauchsgegenstände zur Untersuchung, von denen 379 und 23 beanstandet wurden.

Die staatliche Anerkennung als öffentliche Untersuchungsanstalten ist den Anstalten der Gemeinden Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Pforzheim, Baden, Lörrach, Waldshut, Konstanz und Wertheim zu Teil geworden, in denen 1891<sup>2)</sup> im ganzen 2347 Nahrungs- und

<sup>1)</sup> Statist. Jahrb. f. d. Grossh. Baden, Bd. 24, S. 311. —

<sup>2)</sup> Ebd. S. 312.



Genussmittel (mit 400 Beanstandungen) und 689 Gebrauchsgegenstände (63) untersucht wurden.

In Preussen ist wiederholt — Ministerial-Erlasse vom 2. August 1879<sup>1)</sup>, 31. Juli 1880<sup>2)</sup>, 14. Juli 1882<sup>3)</sup> und 26. Juli 1893<sup>2)</sup> — auf die Bedeutung der öffentlichen Untersuchungsanstalten für die Durchführung des Nahrungsmittelgesetzes und der zugehörigen Spezialgesetze hingewiesen und den Behörden ans Herz gelegt worden, thunlichst auf die Errichtung solcher Anstalten hinzuwirken. In dem Erlass vom 14. Juli 1882 wird die Vereidigung von Apothekern als Sachverständige für Nahrungsmitteluntersuchungen teilweise deshalb als nicht empfehlenswert bezeichnet, weil zu fürchten sei, dass dadurch der von den Verwaltungsbehörden anzustrebenden Errichtung kommunaler Anstalten entgegengewirkt werde. Der Erlass vom 26. Juli 1893 hebt hervor, dass es nicht genügt, dass etwa den Behörden und dem Publikum tüchtige Privatchemiker mit gut eingerichteten Laboratorien zu Gebote stehen, sondern dass leistungsfähige, von der Obrigkeit geleitete und beaufsichtigte Anstalten in hinreichender Zahl vorhanden sein müssen. Die Errichtung solcher Anstalten, deren weitere Unterhaltung besonders hohe Zuschüsse vermutlich nicht erheischen werde, soll in geeigneten grösseren Stadtgemeinden und bei Kreiskommunalverbänden angeregt werden. Staatsmittel können zu diesem Zwecke nicht zur Verfügung gestellt und auch nicht beansprucht werden, da die Anstalten in erster Linie örtlichen Bedürfnissen dienen und dem Interesse der Gemeinden und Verbände zu Gute kommen.

Nach der 1890 erschienenen Festschrift „Deutsches Gesundheitswesen“ sind Untersuchungsämter im Sinne des § 17 N.-M.-G. „soweit bekannt geworden, von Gemeinden nur in Breslau, Kiel, Elberfeld, Altona, Köln, Hannover, Wiesbaden eingerichtet worden.“ Zur Zeit dürfte die Sache nach den Angaben der über das öffentliche Gesundheitswesen in den einzelnen preussischen Regierungsbezirken veröffentlichten Generalberichte etwa folgendermaassen liegen.

Ostpreussen: R.-B. Königsberg. In Braunsberg ist ein städtisches Lebensmittel-Untersuchungsamt auf Grund eines unter

---

<sup>1)</sup> S. Note 4 auf S. 106. — <sup>2)</sup> Ebd. Note 2. — <sup>3)</sup> Ministerialbl. f. d. ges. innere Verwalt., S. 251; Mediz.-Gesetzgeb. 1883, S. 11.



dem 16. Mai 1881 von dem Regierungs-Präsidenten bestätigten Gemeindebeschlusses errichtet worden. Die Mitglieder dieser Anstalt sind der Kreisphysikus, der Kreistierarzt und die beiden Apotheker der Stadt. In Königsberg wurde Anfang der achtziger Jahre eine Untersuchungsstelle geschaffen, an welcher zwei vereidigte Chemiker auf Kündigung angestellt sind. Zur Inanspruchnahme ihrer Thätigkeit ist in erster Reihe das Polizei-Präsidium berechtigt. Die Gebühren werden nach Maassgabe eines vom Regierungs-Präsidenten genehmigten Tarifs erhoben. Später ist die Benutzung der Station allen königlichen und kommunalen Behörden, sowie allen Privatleuten gegen Entrichtung der tarifmässigen Gebühr freigegeben worden. Dem vom Polizei-Präsidium beauftragten Medizinalbeamten steht der Zutritt zu dem Laboratorium der Sachverständigen und die Einsicht in deren Arbeiten jederzeit frei.

R.-B. Gumbinnen. In Insterburg besteht seit d. J. 1857 eine vom Staate anerkannte und subventionierte, von einem Chemiker geleitete agrikultur-chemische Versuchsstation, welche sich bereit erklärt hat, gegen einen zu vereinbarenden Tarif Lebensmittel zu untersuchen und Gutachten zu erstatten.

Westpreussen. An die Hauptverwaltung des Zentralvereins westpreussischer Landwirte in Danzig ist eine Untersuchungsstation angeschlossen.

Brandenburg. Das städtische Untersuchungsamt in Brandenburg, welches eine öffentliche Anstalt war, ist 1886 eingegangen. In Forst und Kottbus giebt es städtische Untersuchungsämter, in denen Apotheker als eidlich bestellte Sachverständige thätig sind.

Pommern. Der Kreis Greifenhagen hat ein aus Kreismitteln unterhaltenes Untersuchungsamt eingerichtet. In Regenwalde ist das Untersuchungsamt mit der agrikultur-chemischen Versuchsstation der pommerschen ökonomischen Gesellschaft verbunden.

Schlesien. Das am 2. Mai 1881 eröffnete und vom Regierungs-Präsidenten am 13. Mai dess. J. als öffentliche Anstalt anerkannte chemische Untersuchungsamt der Stadt Breslau wird unter der Aufsicht eines Kuratoriums von einem Direktor geleitet. Ausser letzterem sind 3 Assistenten und eine Zahl freiwilliger Hilfsarbeiter thätig. Die Wirksamkeit des Amts erstreckt sich über den ganzen Regierungs-Bezirk und darüber hinaus. Im Jahre 1892/93 wurden 3041 Untersuchungen ausgeführt. Der Tarif ist vom Regierungs-Präsidenten genehmigt.

Sachsen. In Magdeburg ist 1878 von dem dortigen Verein für öffentliche Gesundheitspflege eine Untersuchungsstation begründet worden, welche von einem Apotheker geleitet wird. Ebenso stehen die beiden grössten Anstalten im Reg.-Bez. Merseburg, zu Hettstedt und Zeitz, welche aber auch des Charakters der Öffentlichkeit im Sinne des § 17 N.-M.-G. entbehren, unter der Leitung von Apothekern.

Schleswig-Holstein. In einer Reihe von Orten, wie Altona, Kiel, Kappeln, wurden Untersuchungsstellen, welche



teils unter der Leitung von Chemikern, teils von Apothekern standen, eingerichtet; dieselben entbehrten aber des öffentlichen Charakters. Erst am 9. Januar 1889 wurde ein öffentliches Untersuchungsamt für die Provinz in Kiel errichtet. Nach Wiederaufhebung der betreffenden Verordnung am 19. August 1891 wurde das Provinzial-Untersuchungsamt zu einer Untersuchungsanstalt unter übrigens gleichen Verhältnissen. Ausserdem richtete die Stadt Flensburg eine Untersuchungsanstalt ein.

**Hannover.** Diese Provinz besitzt mehrere öffentliche Anstalten. Eine derselben befindet sich in der Stadt Hannover, wo sie 1877 durch einen Verein gegen Verfälschung der Lebensmittel begründet wurde. Am 1. Oktober 1879 wurde sie von der Stadt übernommen. Zur Zeit sind an ihr ausser dem Direktor 4 Assistenten und 2 Volontäre thätig. Die Zahl der Untersuchungen belief sich 1891/92 auf 979. Die Zuständigkeit der Anstalt erstreckt sich auf die R.-B. Hannover, ausschliesslich des Kreises Diepholz, und Lüneburg, ausschliesslich des Stadtkreises Harburg, sowie auf die zum R.-B. Hildesheim gehörigen Kreise Peine, Hildesheim, Marienburg, Gronau, Alfeld, Goslar, Ilfeld (nach Verf. d. Oberpräsid. v. 22. Sept. 1887). In Harburg besteht seit 1883 eine städtische, vom Magistrat beaufsichtigte Untersuchungsanstalt, welcher der Stadtphysikus, der Kreistierarzt und als ausführender Chemiker ein Apotheker angehören. Die Zahl der Untersuchungen betrug 1888 194. Die zuvor nicht genannten Kreise des R.-B. Hildesheim sind durch Verf. d. Oberpräsidenten v. 29. Febr. 1888 der mit der Universität Göttingen verbundenen landwirtschaftlichen Versuchsstation zugewiesen.

Für den R.-B. Osnabrück bildet die Zentral-Untersuchungsstelle das 1880 vom Magistrat begründete und von einem eidlich verpflichteten Chemiker geleitete städtische Untersuchungsamt zu Osnabrück. Nach Maassgabe der mit dem Magistrat vereinbarten Taxe werden daselbst Untersuchungen auf Antrag von Behörden, wie von Privaten ausgeführt; 1888/89 geschah dies in 355 Fällen. Durch Verf. d. Oberpräsidenten v. 29. Febr. 1888 ist die Zuständigkeit dieser Anstalt auch auf den R.-B. Stade ausgedehnt worden.

Der R.-B. Aurich verfügt über drei Untersuchungsanstalten, welche sich in Emden (seit 1880), Leer (1882) und Norden (1890) befinden. Dieselben werden von Apothekern geleitet und von besonderen Verwaltungskommissionen, denen auch die zuständigen Kreisphysiker angehören, beaufsichtigt. Jeder dieser Anstalten ist vom Oberpräsidenten 1885 bzw. 1890 ein bestimmter Teil des Bezirks zugewiesen worden. 1888 wurden in Emden 22, in Leer 196 Gegenstände untersucht.

**Westfalen.** Das öffentliche Untersuchungsamt der Stadt Münster, welches von einem Chemiker geleitet wird, untersteht seit 1881 der dortigen Polizeiverwaltung. Es ist zunächst für die Stadt, demnächst auch für den Regierungs-Bezirk bestimmt und seitens der Regierung unter Bekanntgabe der Taxe empfohlen



worden. 1888 sind in demselben 274 Nahrungsmittel etc. untersucht worden. Ausserdem werden auch in der landwirtschaftlichen Versuchsstation zu Münster Lebensmitteluntersuchungen ausgeführt.

Für den R.-B. Arnsberg ist eine öffentliche Untersuchungsanstalt nicht vorhanden, es giebt aber in den grösseren Städten besondere, auf Untersuchung von Nahrungsmitteln u. s. w. eingerichtete Anstalten, von denen diejenige zu Dortmund am grössten ist. Ferner sind u. a. im Anschluss an die Provinzial-Gewerbeschule zu Bochum und an die Gewerbeschule zu Hagen (von der dortigen Polizeiverwaltung 1878 errichtet) Untersuchungsstellen geschaffen worden.

Hessen-Nassau. Für den R.-B. Kassel ist das als Abteilung der Versuchsstation des landwirtschaftlichen Centralvereins in Marburg von der Regierung im Jahre 1881 begründete und ihr unterstellte Untersuchungsamt bestimmt. Die von der Regierung und den Kreis- und Ortsverwaltungsbehörden derjenigen Kreise, welche zu den Unterhaltungskosten der Anstalt beitragen, im öffentlichen Interesse beanspruchten Untersuchungen werden kostenfrei, die von Privaten verlangten gegen Entrichtung bestimmter Gebühren ausgeführt. 1888 betrug die Zahl der Untersuchungen 188.

Der R.-B. Wiesbaden besitzt ein öffentliches Untersuchungsamt in Wiesbaden. Vorzugsweise Most und Wein werden in der mit der königl. Lehranstalt für Obst- und Weinbau zu Geisenheim verbundenen Versuchsstation untersucht. Ein Privatinstitut ist 1878 in Frankfurt a. M. von dem dortigen Verein gegen Verfälschung der Nahrungsmittel u. s. w. eingerichtet worden.

Rheinprovinz. Im R.-B. Düsseldorf giebt es öffentliche Stationen in Solingen (seit 1880), M.-Gladbach (1887), Rheydt, Viersen (1887), Krefeld (1888), Mülheim a. d. R. (1888), Ruhrort (1894), ferner bestehen Untersuchungsämter in Essen (1889), Duisburg (1889), Düsseldorf (1890), Barmen (1890). An denselben sind als Sachverständige meist der Kreisphysikus und der Kreistierarzt thätig; die Leitung ruht in den Händen von Chemikern.

R.-B. Köln. Öffentliche Anstalten besitzen die Städte Köln (1880 errichtet; eine Reihe von Chemikern, welche sich schon früher mit den einschlägigen Untersuchungen beschäftigt haben, sind an der Anstalt thätig unter Mitwirkung des Stadtphysikus und des Kreistierarztes), Bonn (seit 1879; die Aufsicht führt der Kreisphysikus) und Mülheim a. Rh. (seit 1885). In Bonn besteht ausserdem eine vom landwirtschaftlichen Centralverein für Rheinpreussen 1855 gegründete und unterhaltene chemische Versuchsstation, welche sich seit einer Reihe von Jahren mit Untersuchungen von Lebensmitteln beschäftigt und durch Verfügung des Oberpräsidenten den Behörden als eine geeignete Untersuchungsstelle bezeichnet ist.

R.-B. Koblenz. In Koblenz wurde 1886 eine städtische Untersuchungsanstalt eingerichtet, welche unter der Leitung eines Chemikers steht.



**Sachsen.** Nahrungsmittel-Untersuchungen werden von der vom Staate 1870 zu Dresden errichteten chemischen Centralstelle für öffentliche Gesundheitspflege vorgenommen. Ferner haben mehrere der als öffentliche Institutionen geltenden pharmazeutischen Kreisvereine, wie z. B. 1875 derjenige zu Leipzig, Untersuchungsstellen eingerichtet. Neuerdings sind in Leipzig seitens des Stadtrates mit dem dortigen hygienischen Institut erfolgreiche Verhandlungen dahin gepflogen worden, demselben den Charakter einer öffentlichen städtischen Untersuchungsanstalt zu geben. In Chemnitz besitzt ein 1877 gebildeter Verein gegen Verfälschung der Lebensmittel ein Laboratorium zu derartigen Untersuchungen.

**Württemberg.** In Stuttgart giebt es zwei Anstalten, das vom Staate 1850 begründete chemische Laboratorium der Centralstelle für Gewerbe und Handel und die 1873 durch die Gemeindevertretung der Stadt ins Leben gerufene, dem Stadtpolizeiamt und Gemeinderat unterstellte polizeilich-chemische Untersuchungsanstalt.

**Hessen.** In Mainz befindet sich das chemische Untersuchungsamt für die Provinz Rheinhessen, welches 1882 vom Provinzialtage ins Leben gerufen und durch Minist.-Erlass v. 1. Febr. 1883 als öffentliche Anstalt anerkannt wurde. Dasselbe steht unter der Verwaltung und oberen Leitung des Provinzialausschusses, welcher über die Führung der Station ein Regulativ erlassen und den von deren Leiter entworfenen Tarif geprüft und genehmigt hat. Die Kosten der Anstalt trägt die Provinzialkasse, welcher dafür die Einnahmen zufließen. April 1887/89 sind insgesamt 1860 Untersuchungen ausgeführt worden. Ferner besteht ein chemisches Untersuchungsamt für Darmstadt, welches 1880 errichtet und dem dortigen Polizeiamte unterstellt ist. In Offenbach ist 1879 eine Station von der Stadtverwaltung begründet worden.

Schwerin in Mecklenburg besitzt eine vom dortigen Magistrat errichtete Untersuchungsanstalt.

In Braunschweig hat der dortige Verein für öffentliche Gesundheitspflege eine Untersuchungsstelle errichtet, in welcher für die Mitglieder, die Behörden und Private im ganzen Herzogtum Untersuchungen nach einem festen Tarif ausgeführt werden.

Bremen besitzt ein 1872 von der Staatsverwaltung begründetes Untersuchungsamt, welches unter dem Namen „Chemisches Laboratorium der Sanitätsbehörde“ als selbständige Anstalt besteht, desgleichen Hamburg ein 1878 reorganisiertes chemisches Staatslaboratorium. In letzterem wurden 1892 695 Gegenstände, darunter für das Medizinalamt, Polizei- und andere Behörden 189 Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände untersucht.

**Elsass-Lothringen.** In der kaiserl. Polizei-Direktion zu Strassburg ist 1878 ein chemisches Laboratorium eingerichtet worden, welches später erheblich erweitert und durch Bekanntmachung des Ministeriums vom 11. Mai 1890 als öffentliche Fachbehörde zur Anstellung der bei der Ausführung des Nahrungsmittelgesetzes und seiner Folgegesetze erforderlichen Untersuchungen für



den ganzen Umfang des Landes mit Ausnahme des Stadtkreises Metz, wo die Untersuchungen in dem chemischen Laboratorium an der Realschule daselbst vorgenommen werden, erklärt wurde. Die neuesten Bestimmungen über die Einrichtung des Strassburger Laboratoriums sind am 18. Nov. 1893<sup>1)</sup> erlassen worden. Dasselbe steht unter der Leitung eines geprüften Chemikers, welcher zur Anstellung eines fachmännisch gebildeten Assistenten auf eigene Kosten verpflichtet ist. Aufträge von Privaten dürfen ausgeführt werden, soweit dadurch die polizeilichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden. 1891 sind 1327 Untersuchungen vorgenommen worden. Ausserdem war bisher wenigstens Gelegenheit zu Nahrungsmitteluntersuchungen auch in der staatlichen landwirtschaftlichen Versuchsstation zu Rufach (Ober-Elsass) gegeben.

In vielen grösseren Orten, welche eigener Untersuchungsanstalten entbehren, wie z. B. in Berlin, ist bezüglich der erforderlichen Untersuchungen ein festes Übereinkommen mit einem Chemiker getroffen worden.

### c. Nahrungsmittel-Chemiker.

In einem Rundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierungen vom 21. April 1883<sup>2)</sup> wurde es im Hinblick auf die aus Handels- und Gewerbekreisen laut gewordenen Klagen, wonach eine allzu rigorose Auffassung des § 10 N.-M.-G. häufig zur Bestrafung ganz unbedenklicher und allgemein üblicher Manipulationen geführt habe, als wünschenswert bezeichnet, dass die an sich schon schwierigen Untersuchungen von Nahrungs- und Genussmitteln, namentlich von Bier und Wein, nur Chemikern mit ausreichender Erfahrung auf diesem Gebiete anvertraut werden. Diese hätten sich auch nur über die chemische Zusammensetzung der betreffenden Ware zu äussern, während über die weiteren Fragen, ob dieselbe in solcher Zusammensetzung gesundheitsschädlich (§ 12) oder ob sie zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr verfälscht sei, in irgend zweifelhaften Fällen ärztliche bzw. gewerbliche, speziell mit den Gewohnheiten des betreffenden Industriezweigs vertraute Sachverständige zu hören seien. Diesem Rundschreiben entsprechend, in welchem die Notwendigkeit, in der Nahrungsmittel-Chemie ausreichend erfahrene Personen als Sachverständige zu berufen, betont, zugleich aber

---

<sup>1)</sup> Veröff. 1894, S. 102. — <sup>2)</sup> Zinn a. a. O. S. 45.



auch der Umfang ihrer Zuständigkeit festgestellt wird, sind in den Bundesstaaten Anweisungen an die Behörden erlassen worden, in Preussen am 14. September, in Bayern am 16. August 1883.

Der Mangel an hinreichend geschulten Nahrungsmittel-Chemikern machte sich mit der Zunahme des Bedarfs an solchen im Laufe der Jahre mehr und mehr fühlbar. In dieser Beziehung kommt in Betracht, dass bei der Schwierigkeit der einschlägigen Untersuchungen selbst diejenigen, welche sich ausschliesslich mit ihnen befassen, einer längeren technischen Vorbildung bedürfen. Die Auswahl der geeigneten Sachverständigen wurde ferner bisher dadurch erschwert, dass jedes äussere Kennzeichen ihrer Befähigung fehlte. Es ist daher erklärlich, dass, zumal in solchen Bezirken, in denen öffentliche Untersuchungsanstalten nicht zur Verfügung stehen, vielfach Klagen nach der Richtung laut wurden, dass Strafprozesse auf Grund von nicht hinreichend zuverlässigen chemischen Gutachten eingeleitet und entschieden seien. Um Abhilfe hiergegen zu schaffen, entschloss sich die Regierung, eine Prüfung für Nahrungsmittel-Chemiker einzuführen.

Ende 1888 tagte im kaiserl. Gesundheitsamte eine Kommission, welche den Gegenstand vorberiet. Der auf Grund ihrer Verhandlungen ausgearbeitete Entwurf von **Vorschriften, betr. die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker**, wurde dem Bundesrat am 28. Juni 1892<sup>1)</sup> vom Reichskanzler mit einigen darauf bezüglichen Anträgen vorgelegt. Eine Verständigung der Bundesregierungen über diese Vorlage erfolgte am 22. Februar 1894.<sup>2)</sup>

In formeller Hinsicht ist hervorzuheben, dass es sich zunächst lediglich um eine Verständigung der Bundesregierungen unter einander handelt, der Erlass einer Prüfungsordnung für den Umfang des Reichs aber, wie z. B. eine solche bezüglich der ärztlichen Prüfung besteht, dadurch noch nicht gegeben ist. Vielmehr treten die Vorschriften erst auf Grund entsprechender Anordnungen der einzelnen Regierungen in Kraft. Wo solche erlassen werden, sind am Sitze der dafür geeigneten Universitäten und technischen

<sup>1)</sup> Veröff. S. 601. — <sup>2)</sup> Veröff. S. 174.



Hochschulen Prüfungskommissionen zu bilden, den Prüfungen die vereinbarten Vorschriften zu Grunde zu legen und den als reif befundenen Prüflingen auf Grund dieser Vorschriften Befähigungsausweise zu erteilen. Die Regelung der Angelegenheit ist in der bezeichneten Art erfolgt, weil die Reichsgesetzgebung keine Grundlage dafür bot, um sie von reichswegen in Angriff zu nehmen.<sup>1)</sup> Es musste daher den Bundesregierungen überlassen werden, einschlägige Bestimmungen zu treffen. Damit diese nach gleichmässigen Gesichtspunkten erfolgen, ist die vorgängige Verständigung der Regierungen unter einander herbeigeführt worden.

Die Einheitlichkeit des Verfahrens wird ferner dadurch erhöht, dass der Vereinbarung gemäss die Entscheidung über die Zulassung der bezüglich der Vorbildung der Prüflinge vorgesehenen Ausnahmen (§ 5, No. 1 und 2 der Vorschriften), sowie über die Anerkennung der Diplomprüfung zum Zweck der Befreiung von der Vorprüfung (§ 16, Abs. 2) nur im Einvernehmen mit dem Reichskanzler getroffen werden soll.

Die neuen Prüfungseinrichtungen sollen mit dem 1. Oktober 1894 ins Leben treten.

Bezüglich der Prüfungsvorschriften selbst wird auf den Anhang verwiesen, in welchem dieselben wörtlich wiedergegeben sind. An dieser Stelle sei nur kurz hervorgehoben, dass die Prüfungen in einer Vorprüfung und in einer Hauptprüfung bestehen, und dass letztere in einen technischen und einen wissenschaftlichen Abschnitt zerfällt.

Hinsichtlich der Vorbildung, deren Nachweis Bedingung der Zulassung zu den Prüfungen ist, werden das Zeugnis der Reife, ein naturwissenschaftliches Studium von 6 Halbjahren auf Universitäten oder auf technischen Hochschulen des Reichs und eine praktische Thätigkeit von mindestens 5 Halbjahren in chemischen Laboratorien der eben bezeichneten Anstalten gefordert. Das Zeugnis der Reife muss auf einem Gymnasium, einem Realgymnasium, einer Oberrealschule oder einer durch Beschluss des Bundesrats als gleichberechtigt anerkannten anderen Lehranstalt des Reichs erworben sein. Ausnahmen hiervon sind ebenso wie von der Vorschrift, dass das Studium auf deutschen Universitäten oder technischen Hochschulen zurückgelegt werden muss, zulässig. Dieselben gehören zu denjenigen Fällen, in denen die Entscheidung nur im Einvernehmen mit dem Reichskanzler getroffen werden soll (s. oben). Für diejenigen, welche die Prüfung für das höhere Lehramt bestanden haben, ist je nach den Umständen eine teilweise oder gänzliche Entbindung von der Vorprüfung vorgesehen (§ 7, Schlusssatz). Im Falle der gänzlichen Entbindung kommt die Bestimmung des § 16, Abs. 2, Satz 2 in Betracht.

Behufs Zulassung zur Hauptprüfung sind ausser einem

---

<sup>1)</sup> Vgl. Veröff. 1892, S. 65.



kurzen Lebenslauf und den zur Ablegung der Vorprüfung erfordernten Nachweisen ein Zeugnis über die Vorprüfung, sowie Zeugnisse über eine mindestens halbjährliche Teilnahme an Mikroskopierübungen auf einer deutschen Universität oder technischen Hochschule und über eine erfolgreiche Thätigkeit von mindestens 3 Halbjahren an einer staatlichen Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln nach bestandener Vorprüfung der Meldung beizufügen. In letzterer Beziehung ist also eine öffentliche Anstalt nicht ausreichend, sondern es muss eine staatliche Anstalt sein. Doch können den staatlichen Anstalten von der Zentralbehörde sonstige Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie landwirtschaftliche Untersuchungsanstalten gleichgestellt werden.

Für gewisse Fälle sind hinsichtlich der behufs Zulassung zur Hauptprüfung beizubringenden Nachweise Ausnahmen vorgesehen (§ 16, Abs. 2 und 3). Dieselben beziehen sich auf Apotheker und solche Personen, welche die Prüfung für das höhere Lehramt oder an einer technischen Hochschule die Diplom-(Absolutorial-)Prüfung für Chemiker bestanden haben. Im letzteren Fall, in welchem die Zulässigkeit der Ausnahme von der Beurteilung der besonderen einschlägigen Verhältnisse abhängig gemacht wird, soll die Entscheidung im Einvernehmen mit dem Reichskanzler getroffen werden (s. S. 322). Nach § 16, Abs. 3 kann von der auf 3 Halbjahre bemessenen Thätigkeit an einer staatlichen Untersuchungsanstalt ein Halbjahr durch ein mit praktischer Laboratoriumsthätigkeit verbundenes naturwissenschaftliches Studium von gleicher Dauer an einer Universität oder technischen Hochschule nach der Vorprüfung ersetzt werden. Je nach dem Zutreffen dieser Ausnahmen wird die regelrechte Gesamtzubereitungszeit von mindestens 9 Halbjahren entsprechend verkürzt.

Die Verständigung der Bundesregierungen hat sich auch auf eine Reihe von Übergangsbestimmungen erstreckt, welche bis zum 1. Oktober 1895 gelten sollen. Nach diesen wird den als Leiter staatlicher Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln angestellten Sachverständigen der Befähigungsausweis unter Verzicht auf die Prüfungen und deren Vorbedingungen erteilt, den Leitern anderer als staatlicher Anstalten der vorbezeichneten Art jedoch nur, sofern sie nicht mit ihrem Einkommen ganz oder zum Teil auf die Einnahmen aus den Untersuchungsgebühren angewiesen sind. Für noch andere als die vorgenannten Sachverständigen wird die Erteilung des Befähigungsausweises unter gänzlichem oder teilweisem Verzicht auf die Prüfungen und deren Vorbedingungen davon abhängig gemacht, dass dieselben nach dem Gutachten einer der für die Prüfung von Nahrungsmittel-Chemikern eingesetzten Kommissionen nach ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und praktischen Übung im wesentlichen den Anforderungen genügen, welche die neuen Bestimmungen an geprüfte Nahrungsmittel-Chemiker stellen.



Endlich sind die Bundesregierungen darauf bedacht gewesen, den im Besitze des Befähigungsausweises befindlichen Nahrungsmittel-Chemikern eine Vorzugsstellung einzuräumen. Dieselben sollen bei der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen für Nahrungsmittel-Chemie aus § 36 Gew.-O. (s. S. 304), bei der Auswahl von Gutachtern für die mit der Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes in Verbindung stehenden chemischen Fragen, sowie bei der Auswahl der Arbeitskräfte für die öffentlichen Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln (§ 17 N.-M.-G.) eine vorzugsweise Berücksichtigung finden. Hierdurch sind die staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, sowie die Gerichte (s. § 73 Straf- und § 369 Zivilprozessordn. auf S. 305 und 306) darauf hingewiesen, in einschlägigen Fällen als Sachverständige vorzugsweise die geprüften Chemiker zu Rate zu ziehen. Durch ihre Bestellung aus § 36 Gew.-O. sind dieselben aber auch dem Publikum gegenüber mit besonderer Glaubwürdigkeit ausgestattet.

Die Zuständigkeit des geprüften Nahrungsmittel-Chemikers ergibt sich aus dem Inhalt des ihm erteilten Befähigungsausweises. Danach ist er zur chemisch-technischen Untersuchung und Beurteilung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen befähigt. Das Wort „chemisch“ dürfte allerdings nicht in seiner engsten Bedeutung aufzufassen sein, da der Nahrungsmittel-Chemiker vor allem auch die Untersuchung und Beurteilung der fraglichen Gegenstände, soweit sie die Anwendung physikalischer Hilfsmittel, besonders des Mikroskops erfordert, ausführen muss und nach Massgabe der von ihm abgelegten Prüfung ausführen kann. In dieser Beziehung giebt der Inhalt der Prüfungsvorschriften zu der in dem Ausweise gebrauchten summarischen Bezeichnung „chemisch-technisch“ die erforderliche Ergänzung. Andererseits liegt ausserhalb der Zuständigkeit des Nahrungsmittel-Chemikers alles dasjenige, dessen Beurteilung eine besondere, von ihm nicht erworbene Sachkunde voraussetzt. Hierzu gehören in erster Reihe die ärztlichen und tierärztlichen Fachkenntnisse, welche zur Beurteilung der Gesundheitsschädlichkeit, der Frage, ob Fleisch von einem Tiere stammt, das an einer auf den Menschen übertragbaren Krankheit gelitten hat u. s. w., erforderlich sind (vgl. auch die Ausführungen auf S. 302).

#### d. Fleischbeschauer.

(Bezüglich der einschlägigen Verordnungen wird, soweit hier unten etwas anderes nicht vermerkt ist, auf die in dem Abschnitt „Fleischschau“ auf S. 140 ff. angegebenen Quellen verwiesen.)



Die Fleischbeschauer einschl. der Trichinenschauer gehören zu den Personenkategorien des § 36 Gew.-O. (s. S. 304). Sie dürfen demnach ihr Gewerbe frei betreiben. Es ist aber auch den verfassungsmässig dazu befugten Behörden gestattet, Personen, welche dies Gewerbe betreiben wollen, dadurch eine besondere Glaubwürdigkeit beizulegen, dass sie dieselben auf die Beobachtung der bestehenden Vorschriften beeiden und öffentlich anstellen. Die so bestellten Beschauer sind Gewerbetreibende und unterliegen als solche den Bestimmungen der Gewerbeordnung. Unter anderem können sie auf Widerruf angestellt und alsdann durch einfache Geltendmachung desselben aus ihrer Stelle entfernt werden.<sup>1)</sup>

In Preussen ist durch Minist.-Verf. v. 6. April und 26. Juli 1877<sup>2)</sup> bestimmt worden, dass auch die beeidigten und öffentlich angestellten Fleischbeschauer nicht als angestellte Gehülfen der Polizei, sondern als Gewerbetreibende gemäss § 36 Gew.-O. zu behandeln sind. Zur Ausschliessung jeden Zweifels wurde den Behörden empfohlen, in den Konzessionen der Fleischbeschauer den § 36 Gew.-O. ausdrücklich anzuziehen. Dass den amtlich bestellten Fleischbeschauern bestimmte Bezirke überwiesen werden, auf welche sie sich bei der Ausübung ihrer Funktionen zu beschränken haben, ist gesetzlich zulässig, weil es sich dabei nicht um Beschränkungen in dem Betriebe eines durch die Gewerbeordnung Jedermann freigegebenen Gewerbes, sondern lediglich um die Abgrenzung der Rechte und Pflichten einer Klasse der nach § 36 Gew.-O. auf Grund reglementarischer Vorschriften anzustellenden und zu vereidigenden, mit besonderer Glaubwürdigkeit ausgestatteten Gewerbetreibenden, sowie um eine Bestimmung darüber handelt, auf welche Weise das Publikum sich einer ihm durch Polizei-Verordnungen auferlegten Verpflichtung zu entledigen hat. Die Zulässigkeit der Zuweisung bestimmter Bezirke hat auch das kgl. preuss. Kammergericht anerkannt.<sup>3)</sup> Ein Zwangs- und Bannrecht<sup>4)</sup> wird dadurch nicht geschaffen. Eine ausschliessliche Gewerbeberechtigung für einen bestimmten Bezirk darf aber Jedem von mehreren amtlich bestellten Fleischbeschauern nicht übertragen werden.<sup>5)</sup>

Unter Umständen kommt aber auch den öffentlich bestellten Beschauern die Eigenschaft eines Beamten zu.

---

<sup>1)</sup> Preuss. Minist.-Verf. v. 30. Juni 1876. Ministerialbl. S. 265. — <sup>2)</sup> Ebd. S. 166; Johne a. a. O. S. 117. — <sup>3)</sup> Urt. v. 4. Dez. 1884. Veröff. 1887, S. 101. — <sup>4)</sup> Vgl. § 10 Gew.-O. — <sup>5)</sup> Urt. d. kgl. Kammerger. v. 24. Febr. 1881. Jahrb. d. Entsch. dess. Bd. 2, S. 272.



Zur Beurteilung der Sachlage im einzelnen Falle seien zwei Reichsgerichts-Urteile<sup>1)</sup> angezogen.

Nach dem letzteren ist die eidliche Verpflichtung der Trichinenschauer im Zweifel als nur auf der Vorschrift des § 36, Ziff. 1 Gew.-O. beruhend anzusehen; sie bezweckt und wirkt daher nur, die besondere Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der von den Trichinenschauern ausgehenden Gutachten und Bekundungen zu verbürgen. Eine derartige eidliche Verpflichtung eines Gewerbetreibenden ist für sich allein nicht genügend, um die Annahme zu begründen, dass der betreffende Gewerbetreibende öffentlicher Beamter sei. Die Frage, ob einer bestimmten Person die Eigenschaft eines Beamten zukomme, beantwortet sich nach Wortlaut und Sinn des § 359 Str.-G. (s. S. 308) zunächst danach, ob diese Person, zur Wahrnehmung von dem Staatszwecke unmittelbar oder mittelbar dienenden öffentlichen Funktionen durch die zuständige Behörde kraft eines besonderen formellen Aktes berufen, angestellt worden ist. Erst wenn dies nicht der Fall, wird zu prüfen sein, ob die von der betreffenden Person geübte dienstliche Thätigkeit nach ihrer Art und Beschaffenheit eine solche ist, dass daraus mit zwingender Notwendigkeit auf die Beamteneigenschaft geschlossen werden muss, insofern jene Thätigkeit nach staatsrechtlichen Grundsätzen nur im Falle der Ausübung durch einen öffentlichen Beamten Wirksamkeit im öffentlichen und im Rechtsleben erlangen kann. In dem anderen Urteil wird ausgeführt, dass aus § 36 Gew.-O. nicht zu folgern ist, dass alle in Gemässheit dieser Bestimmung beeidigten und öffentlich angestellten Personen dadurch aufhören, Gewerbetreibende zu sein und den Charakter von Beamten erhalten. Wenn aber nach der in Rede stehenden Verordnung (des Oberpräsidenten von Brandenburg v. 26. Mai 1880 — inzwischen durch eine andere Verordn. ersetzt, s. S. 163) der Staat aus sanitätspolizeilichen Gründen die Untersuchung von Schweinefleisch, welches zum Verkauf gebracht werden soll, zwangsweise anordnet, und wenn er zu diesem Zweck Personen öffentlich bestellt und beeidigt, denselben einen bestimmten örtlichen Bezirk als Feld ihrer Thätigkeit anweist, dieselben verpflichtet, die von ihnen verlangten Untersuchungen innerhalb ihres Bezirks vorzunehmen und endlich sie seiner Aufsicht unterstellt, so erscheint es unbedenklich, diese Fleischbeschauer als Organe des Staates anzusehen, durch welche derselbe seine Zwecke, hier die Ausübung der Gesundheitspolizei, verfolgen lässt.

Wie in dem vorstehenden Urteil in der Prov. Brandenburg, hat das Reichsgericht am 13. März 1890<sup>2)</sup> den Trichinenschauern im Reg.-Bez. Erfurt die Beamteneigenschaft zugesprochen. Dagegen sind die Trichinenschauer in den Reg.-Bez. Danzig, Hildes-

<sup>1)</sup> Urteile v. 20. Sept. 1881 u. 26. Sept./3. Okt. 1889. Entsch. Bd. 4, S. 422; Bd. 20, S. 70. — <sup>2)</sup> Entsch. Bd. 20, S. 313.



heim, Düsseldorf nach ausdrücklicher Bestimmung der einschlägigen Verordnungen nicht als Beamte, sondern als Gewerbetreibende anzustellen. In Bayern, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt, Elsass-Lothringen gelten die verpflichteten Beschauer als polizeiliche Aufsichts- und Vollzugsorgane.<sup>1)</sup> Öffentlichen Glauben erhalten die in Bayern angestellten empirischen Fleischbeschauer nicht schon durch die Übertragung ihres Amtes, sondern erst durch ihre Verpflichtung.<sup>2)</sup>

Die von den verpflichteten Fleischbeschauern in Oberbayern und Oberfranken geführten Verzeichnisse über die beschauten Schlachttiere, sowie die in Mittelfranken und Baden über die Fleischschau auszustellenden Urkunden sind öffentliche Register bzw. öffentliche Urkunden im Sinne des § 348 Str.-G. (s. S. 309).<sup>1)</sup> Die von einem bayerischen Fleischbeschauer am Schlachtorte ausgestellten Fleischbeschauscheine sind auch dann als öffentliche Urkunden anzusehen, wenn die zur Einfuhr des Fleisches an einem anderen Orte weiter erforderliche Beglaubigung der Polizeibehörde des Schlachtortes noch nicht ausgefertigt ist.<sup>3)</sup> Die von den empirischen Fleischbeschauern in Bayern vor ihrer Verpflichtung erfolgten Einträge in das vorgeschriebene Tagebuch und ausgestellten Beschauscheine sind nicht als öffentliche Urkunden im Sinne des § 348 Str.-G. anzusehen.<sup>2)</sup>

Den als Beamten angestellten Beschauern dürfen bestimmte Bezirke zur ausschliesslichen Ausübung der Fleischschau zugewiesen werden. Wenn solche Beamte als Nebenerwerb Untersuchungen vornehmen, können sie dadurch auch zu Gewerbetreibenden werden. Die von ihnen ausserhalb des Rahmens ihrer Amtsthätigkeit ausgestellten Bescheinigungen entbehren der Eigenschaft öffentlicher Urkunden im Sinne des § 267 Str.-G. (s. S. 308). Wer Verrichtungen vornimmt, welche ihnen gemäss ihres Amtes obliegen, verfällt wegen Amtsanmassung der Strafbestimmung des § 132 Str.-G. (s. S. 309).<sup>4)</sup>

Bei der verschiedenartigen Thätigkeit der Fleisch- und Trichinenschauer empfiehlt es sich, für letztere die ihnen zukommende besondere Bezeichnung anzuwenden. In Sachsen ist ihnen die Beilegung des Titels „Fleischbeschauer“ durch Minist.-Erl. v. 21. Okt. 1882<sup>5)</sup> grundsätzlich verboten worden.

<sup>1)</sup> Vgl. auch die Reichsger.-Urteile v. 26. Jan. 1888, Entsch. Bd. 17, S. 76; Veröff. 1888, S. 606 und 2. Mai 1889, ebd. Bd. 19, S. 197; 1889, S. 695, sowie d. Urt. d. Oberlandesger. München v. 8. Aug. 1882, Samml. v. Entsch. Bd. 2, S. 167. — <sup>2)</sup> Urt. d. Reichsger. v. 25. April 1889. Entsch. Bd. 19, S. 180; Veröff. 1889, S. 694. — <sup>3)</sup> Desgl. v. 8. Mai 1893. Ebd. Bd. 24, S. 158; 1893, S. 912. — <sup>4)</sup> Desgl. v. 20. Sept. 1881, Entsch. Bd. 4, S. 422 u. 27. Jan. 1888, ebd. Bd. 17, S. 94; Veröff. 1888, S. 621. — <sup>5)</sup> Ostag a. a. O. S. 1.



Die zur amtlichen Anstellung und Verpflichtung der Beschauer befugten Behörden sind in den einzelnen Staaten verschieden. In Preussen sind es in der Regel die Ortspolizeibehörden und Landräte, in Bayern die Distriktpolizeibehörden und in Gemeinden mit magistratischer Verfassung die Bürgermeister, in Sachsen die Amtshauptmannschaften bzw. Stadträte, in Hessen die Kreisämter, in Braunschweig, Anhalt die Kreisdirektionen, in Schwarzburg-Rudolstadt die Landratsämter, in Elsass-Lothringen die Kreisdirektoren u. s. w.

Die Fleischschau soll vorzugsweise Tierärzten übertragen werden, welche im Falle der Anstellung lediglich zu verpflichten sind. Von den sog. empirischen Fleischbeschauern wird, abgesehen von den allgemeinen Erfordernissen der Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit, fast überall ein Nachweis ihrer Befähigung verlangt, der in der Regel von dem zuständigen Bezirks-, im R.-B. Potsdam vom Departements-, in Hessen-Nassau, Elsass-Lothringen vom Kreistierarzt, in Hessen vom Kreisveterinäramt auszustellen ist. Das Zeugnis wird auf Grund einer Prüfung erteilt, welche sich gewöhnlich auf die einschlägigen Bestimmungen, die Beschaffenheit und Benennung der einzelnen Körperteile der Schlachttiere, die Gesundheitszeichen der Tiere im lebenden und geschlachteten Zustande, die hauptsächlichsten Merkmale kranker Schlachttiere, die Merkmale verdorbener Fleischwaren, meist auch auf die Kennzeichen der wichtigeren ansteckenden Tierkrankheiten bezieht. Von der Ausübung der amtlichen Fleischschau sind in der Oberpfalz, in Ober-, Mittelfranken, Hessen, Herzogt. Gotha und Sachsen-Meiningen bestimmungsgemäss Metzger, Wirte, sowie überhaupt diejenigen, welche sich gewerbsmässig mit dem Fleischverkauf befassen, in der Oberpfalz auch Bürgermeister und Beigeordnete, in Hessen Polizeidiener, im Herzogt. Gotha Agenten für Viehversicherung ausgeschlossen.

Die in den Provinzen Sachsen, Hessen-Nassau, Westfalen und in der Rheinprovinz zur Untersuchung von Pferden u. s. w. unter Umständen ausnahmsweise zugelassenen besonderen Sachverständigen (s. S. 159, 182) sind ebenfalls einer Prüfung durch den Departements- bzw. Kreistierarzt unterworfen, in welcher unter Beschränkung auf die in Betracht kommenden Tiere im wesentlichen die gleichen Anforderungen, wie bei der Prüfung der allgemeinen Fleischbeschauer gestellt werden.

Als Trichinenschauer dürfen in den meisten Staaten ohne weiteres Ärzte, Apotheker und Tierärzte, von letzteren in Preussen nach einem Ministerial-Erlass v. 21. Januar 1877<sup>1)</sup> ausser den Departements- und Kreistierärzten auch diejenigen approbierten Tierärzte zugelassen werden, welche die Prüfung als Tierarzt nach Vorschrift des Prüf.-Reglem. vom 25. Sept. 1869 (jetzt v. 13. Juli

<sup>1)</sup> Ministerialbl. S. 39; Johne a. a. O. S. 118.



1889) bestanden oder schon vor dieser Zeit in Berlin die Approbation erlangt haben oder in Hannover auf Grund der abgelegten Prüfung für befähigt erklärt worden sind, in gerichtlichen und polizeilichen Fällen Gutachten abzugeben und bei Maassregeln gegen Verbreitung von Viehseuchen mitzuwirken. Die genannten Personen brauchen sich, um im Bedarfsfalle verpflichtet zu werden, nur bei der zuständigen Behörde zu melden. Eine ausdrückliche Genehmigung zur Vornahme der polizeilich angeordneten Schweinefleischuntersuchung ist aber auch für sie erforderlich.<sup>1)</sup>

Alle übrigen Personen haben zum Erwerb der Bestallung als Trichinenschauer ein polizeiliches Attest über gute Führung beizubringen und nachzuweisen, dass sie im Besitze der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie eines brauchbaren Mikroskops sind, falls die Mikroskope nicht, wie z. B. in Schwarzburg-Rudolstadt, von den Gemeinden gestellt werden. Die zur Erlangung des Befähigungszeugnisses vorgeschriebene Prüfung ist in den meisten Bezirken vor dem Physikus abzulegen, in anderen vor dem Physikus oder Departements- bzw. Kreistierarzt etc. (Brandenburg, R.-B. Danzig, Kassel, Wiesbaden, Münster, Minden, Köln, S.-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Reuss j. L., Schaumburg-Lippe), nur vor dem beamteten Tierarzt im R.-B. Posen und in Oldenburg, vor dem Gesundheitsrat in Hamburg, vor besonderen aus dem Reg.- und Medizinal-Rat, dem Kreisphysikus und dem Departements-Tierarzt bestehenden Kommissionen in den R.-B. Stettin, Magdeburg, Düsseldorf; in Sachsen bildet die Tierarzneischule zu Dresden die Prüfungsstelle. In der aus einem praktischen und theoretischen Teile bestehenden Prüfung hat der Prüfling nachzuweisen, dass er mit Zusammensetzung und Gebrauchsweise des Mikroskops vertraut ist, dass er mikroskopische Präparate erkennen und anfertigen kann, Genese, Vorkommen und Entwicklungsweise der Trichinen, ev. auch der Finnen, die aus dem Genusse trichinösen oder finnigen Fleisches erwachsenden Gefahren und die einschlägigen Gesetze u. s. w. kennt.

Die geprüften Trichinenschauer sind in der Regel auch Nachprüfungen unterworfen. Der preussische Minister der geistlichen etc. Angeleg. hat sich am 20. Januar 1885<sup>2)</sup> damit einverstanden erklärt, dass die Nachprüfungen dieser Beschauer von 2 zu 2 Jahren mit der Maassgabe vorzunehmen sind, dass ihnen bei nicht vollständiger Sicherheit im Auffinden von Trichinen oder bei Vorweisung ihres Mikroskops im vernachlässigten Zustande die Wiederholung der Prüfung auf eigene Kosten bis zum erfolgreichen Bestehen bei Vermeidung der Entlassung auferlegt wird. Die Abhaltung periodischer Nachprüfungen der Trichinenschauer ist in den meisten Bezirken vorgeschrieben.

---

<sup>1)</sup> Vgl. den preuss. Minist.-Erl. v. 16. Jan. 1878. Ministerialbl. S. 34; Guttstadt a. a. O. Tl. 1, S. 310. — <sup>2)</sup> Johne a. a. O. S. 117.



Von der Ausübung der amtlichen Trichinenschau sind gewöhnlich ausgeschlossen Agenten von Viehversicherungs-Anstalten (meist sofern letztere nicht auf Gegenseitigkeit begründet sind), gewerbsmässige Schlächter und Fleischwarenhändler, zuweilen auch Wirte, Polizeibeamte und solche Personen, die in anderer Leute, besonders der genannten Gewerbetreibenden Kost und Lohn stehen.

Die Zulässigkeit der Anstellung von Frauen ist in den R.-B. Bromberg und Magdeburg ausdrücklich vorgesehen. Dagegen ist in Mecklenburg-Schwerin hierzu in jedem Falle die Genehmigung des Ministeriums einzuholen.

Von der Thätigkeit, welche den Fleisch- und Trichinenschauern in den einzelnen Landesteilen zufällt, ist bereits im Abschnitt „Fleischschau“ (s. S. 138 ff.) die Rede gewesen. An dieser Stelle bleibt noch nachzuholen, dass sie in der Mehrzahl der Bezirke zur Aufzeichnung der Beschauergebnisse vorschriftsmässige Tagebücher bzw. Register führen müssen, welche sie den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen, eine gewisse Zeit aufzubewahren bzw. nach erfolgtem Abschluss an die zuständige Behörde abzuliefern haben. Ferner haben die Fleischbeschauer nach § 9 des Reichs-Viehseuchengesetzes (s. S. 113), falls ein polizeiliches Einschreiten noch nicht stattgefunden hat, von dem in der Ausübung ihres Amtes zu ihrer Kenntnis gelangten Ausbruch einer Seuche oder von dem Verdacht einer solchen sofort bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Eine gleiche Verpflichtung liegt ihnen bezüglich der Rinderpest ob (§ 4 d. Rinderpestges., s. S. 187).

Die Aufsicht über die Beschauer üben die Anstellungsbehörden und in technischer Hinsicht in Süddeutschland und in Sachsen in der Regel die Bezirkstierärzte, in Hessen die Kreisärzte und -Veterinärärzte, in Preussen meist die Kreisphysiker, in den R.-B. Stettin, Stade, Minden, Köln, Koblenz und in Lippe ausserdem die beamteten Tierärzte, in Oldenburg und in Schwarzburg-Sondershausen letztere allein.

Die Gebühren werden gewöhnlich von den Vieheigentümern nach behördlich festgesetzter Taxe an die Beschauer bezahlt, nur in einigen Teilen Süddeutschlands, sowie in einigen anderen Landesteilen, wie Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt, sollen dieselben für die Ausführung der allgemeinen Fleischschau möglichst ein festes Gehalt von den Gemeinden beziehen, welchen dann meist überlassen bleibt, Gebühren von den Vieheigentümern zu erheben.

---



## A n h a n g.

### **Gesetz, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen.**

Vom 14. Mai 1879. (Vgl. S. 18.)

§ 1. Der Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln, sowie mit Spielwaren, Tapeten, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und mit Petroleum unterliegt der Beaufsichtigung nach Maassgabe dieses Gesetzes.

§ 2. Die Beamten der Polizei sind befugt, in die Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der in § 1 bezeichneten Art feilgehalten werden, während der üblichen Geschäftsstunden oder während die Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind, einzutreten. Sie sind befugt, von den Gegenständen der in § 1 bezeichneten Art, welche in den angegebenen Räumlichkeiten sich befinden, oder welche an öffentlichen Orten, auf Märkten, Plätzen, Strassen oder im Umherziehen verkauft oder feilgehalten werden, nach ihrer Wahl Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbcheinigung zu entnehmen. Auf Verlangen ist dem Besitzer ein Teil der Probe amtlich verschlossen oder versiegelt zurückzulassen. Für die entnommene Probe ist Entschädigung in Höhe des üblichen Kaufpreises zu leisten.

§ 3. Die Beamten der Polizei sind befugt, bei Personen, welche auf Grund der §§ 10, 12, 13 dieses Gesetzes zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, in den Räumlichkeiten, in welchen Gegenstände der in § 1 bezeichneten Art feilgehalten werden, oder welche zur Aufbewahrung oder Herstellung solcher zum Verkaufe bestimmter Gegenstände dienen, während der in § 2 angegebenen Zeit Revisionen vorzunehmen.

Diese Befugnis beginnt mit der Rechtskraft des Urteils und erlischt mit dem Ablauf von 3 Jahren von dem Tage an gerechnet, an welchem die Freiheitsstrafe verbüsst, verjährt oder erlassen ist.



§ 4. Die Zuständigkeit der Behörden und Beamten zu den in §§ 2 und 3 bezeichneten Maassnahmen richtet sich nach den einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen. Landesrechtliche Bestimmungen, welche der Polizei weitergehende Befugnisse als die in §§ 2 und 3 bezeichneten geben, bleiben unberührt.

§ 5. Für das Reich können durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats zum Schutze der Gesundheit Vorschriften erlassen werden, welche verbieten:

1. bestimmte Arten der Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungs- und Genussmitteln, die zum Verkaufe bestimmt sind;

2. das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln von einer bestimmten Beschaffenheit oder unter einer der wirklichen Beschaffenheit nicht entsprechenden Bezeichnung;

3. das Verkaufen und Feilhalten von Tieren, welche an bestimmten Krankheiten leiden, zum Zwecke des Schlachtens, sowie das Verkaufen und Feilhalten des Fleisches von Tieren, welche mit bestimmten Krankheiten behaftet waren;

4. die Verwendung bestimmter Stoffe und Farben zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen, Spielwaren, Tapeten, Ess-, Trink- und Kochgeschirr, sowie das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Gegenständen, welche diesem Verbote zuwider hergestellt sind;

5. das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum von einer bestimmten Beschaffenheit.

§ 6. Für das Reich kann durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats das gewerbsmässige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Gegenständen, welche zur Fälschung von Nahrungs- oder Genussmitteln bestimmt sind, verboten oder beschränkt werden.

§ 7. Die auf Grund der §§ 5, 6 erlassenen kaiserlichen Verordnungen sind dem Reichstag, sofern er versammelt ist, sofort, anderenfalls bei dessen nächstem Zusammentreten vorzulegen. Dieselben sind ausser Kraft zu setzen, soweit der Reichstag dies verlangt.

§ 8. Wer den auf Grund der §§ 5, 6 erlassenen Verordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. Landesrechtliche Vorschriften dürfen eine höhere Strafe nicht androhen.

§ 9. Wer den Vorschriften der §§ 2 bis 4 zuwider den Eintritt in die Räumlichkeiten, die Entnahme einer Probe oder die Revision verweigert, wird mit Geldstrafe von fünfzig bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:



1. wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genussmittel nachmacht oder verfälscht;

2. wer wissentlich Nahrungs- oder Genussmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.

§ 11. Ist die im § 10 Nr. 2 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft ein.

§ 12. Mit Gefängnis, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer vorsätzlich Gegenstände, welche bestimmt sind, Anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, derart herstellt, dass der Genuss derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wer wissentlich Gegenstände, deren Genuss die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungs- oder Genussmittel verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt;

2. wer vorsätzlich Bekleidungsgegenstände, Spielwaren, Tapeten, Ess-, Trink- oder Kochgeschirr oder Petroleum derart herstellt, dass der bestimmungsgemäße oder vor auszusehende Gebrauch dieser Gegenstände die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wer wissentlich solche Gegenstände verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt.

Der Versuch ist strafbar.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.

§ 13. War in den Fällen des § 12 der Genuss oder Gebrauch des Gegenstandes die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet und war diese Eigenschaft dem Thäter bekannt, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, und wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein. Neben der Strafe kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 14. Ist eine der in den §§ 12, 13 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist auf Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten und, wenn durch die Handlung ein Schaden an der Gesundheit eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre, wenn aber der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren zu erkennen.

§ 15. In den Fällen der §§ 12 bis 14 ist neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände zu erkennen, welche den bezeichneten Vorschriften zuwider hergestellt, verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gebracht sind, ohne Unterschied, ob sie dem



Verurteilten gehören oder nicht; in den Fällen der §§ 8, 10, 11 kann auf die Einziehung erkannt werden.

Ist in den Fällen der §§ 12 bis 14 die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 16. In dem Urteil oder dem Strafbefehl kann angeordnet werden, dass die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei.

Auf Antrag des freigesprochenen Angeschuldigten hat das Gericht die öffentliche Bekanntmachung der Freisprechung anzuordnen; die Staatskasse trägt die Kosten, insofern dieselben nicht dem Anzeigenden auferlegt worden sind.

In der Anordnung ist die Art der Bekanntmachung zu bestimmen.

§ 17. Besteht für den Ort der That eine öffentliche Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, so fallen die auf Grund dieses Gesetzes auferlegten Geldstrafen, soweit dieselben dem Staate zustehen, der Kasse zu, welche die Kosten der Unterhaltung der Anstalt trägt.

## **Gesetz, betr. die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln pp., vom 14. Mai 1879.**

Vom 29. Juni 1887. (Vgl. S. 102.)

Der § 16 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) erhält folgenden Zusatz:

Sofern infolge polizeilicher Untersuchung von Gegenständen der im § 1 bezeichneten Art eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Dieselben sind zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzuziehen.

## **Kaiserliche Verordnung über das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum. Vom 24. Februar 1882.**

(Vgl. S. 286.)

§ 1. Das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum, welches, unter einem Barometerstande von 760 Millimetern, schon bei einer Erwärmung auf weniger als 21 Grade des hunderttheiligen Thermometers entflammbare Dämpfe entweichen lässt, ist nur in solchen Gefässen gestattet, welche an in die Augen



fallender Stelle auf rotem Grunde in deutlichen Buchstaben die nicht verwischbare Inschrift „Feuergefährlich“ tragen.

Wird derartiges Petroleum gewerbsmässig zur Abgabe in Mengen von weniger als 50 Kilogramm feilgehalten oder in solchen geringeren Mengen verkauft, so muss die Inschrift in gleicher Weise noch die Worte: „Nur mit besonderen Vorsichtsmaassregeln zu Brennzwecken verwendbar“ enthalten.

§ 2. Die Untersuchung des Petroleums auf seine Entflammbarkeit im Sinne des § 1 hat mittels des Abel'schen Petroleumprobers unter Beachtung der von dem Reichskanzler wegen Handhabung des Probers zu erlassenden näheren Vorschriften zu erfolgen.

Wird die Untersuchung unter einem anderen Barometerstande als 760 Millimeter vorgenommen, so ist derjenige Wärmegrad maassgebend, welcher nach einer vom Reichskanzler zu veröffentlichen Umrechnungstabelle unter dem jeweiligen Barometerstande dem im § 1 bezeichneten Wärmegrade entspricht.

§ 3. Diese Verordnung findet auf das Verkaufen und Feilhalten von Petroleum in den Apotheken zu Heilzwecken nicht Anwendung.

§ 4. Als Petroleum im Sinne dieser Verordnung gelten das Rohpetroleum und dessen Destillationsprodukte.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1883 in Kraft.

---

## **Gesetz, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen.**

Vom 25. Juni 1887. (Vgl. S. 275.)

§ 1. Ess-, Trink- und Kochgeschirr, sowie Flüssigkeitsmaasse dürfen nicht

1. ganz oder teilweise aus Blei oder einer in 100 Gewichtsteilen mehr als 10 Gewichtsteile Blei enthaltenden Metalllegierung hergestellt,

2. an der Innenseite mit einer in 100 Gewichtsteilen mehr als einen Gewichtsteil Blei enthaltenden Metalllegierung verzinnt oder mit einer in 100 Gewichtsteilen mehr als 10 Gewichtsteile Blei enthaltenden Metalllegierung gelötet,

3. mit Email oder Glasur versehen sein, welche bei halbstündigem Kochen mit einem in 100 Gewichtsteilen 4 Gewichtsteile Essigsäure enthaltenden Essig an den letzteren Blei abgeben.

Auf Geschirre und Flüssigkeitsmaasse aus bleifreiem Britanniametall findet die Vorschrift in Ziffer 2 betreffs des Lotes nicht Anwendung.

Zur Herstellung von Druckvorrichtungen zum Ausschank von



Bier, sowie von Siphons für kohlensäurehaltige Getränke und von Metallteilen für Kinder-Saugflaschen dürfen nur Metalllegierungen verwendet werden, welche in 100 Gewichtsteilen nicht mehr als einen Gewichtsteil Blei enthalten.

§ 2. Zur Herstellung von Mundstücken für Saugflaschen, Saugringen und Warzenhütchen darf blei- oder zinkhaltiger Kautschuk nicht verwendet sein.

Zur Herstellung von Trinkbechern und von Spielwaren, mit Ausnahme der massiven Bälle, darf bleihaltiger Kautschuk nicht verwendet sein.

Zu Leitungen für Bier, Wein oder Essig dürfen bleihaltige Kautschukschläuche nicht verwendet werden.

§ 3. Geschirre und Gefässe zur Verfertigung von Getränken und Fruchtsäften dürfen in denjenigen Teilen, welche bei dem bestimmungsgemässen oder vorauszusehenden Gebrauche mit dem Inhalt in unmittelbare Berührung kommen, nicht den Vorschriften des § 1 zuwider hergestellt sein.

Konservenbüchsen müssen auf der Innenseite den Bedingungen des § 1 entsprechend hergestellt sein.

Zur Aufbewahrung von Getränken dürfen Gefässe nicht verwendet sein, in welchen sich Rückstände von bleihaltigem Schrote befinden. Zur Packung von Schnupf- und Kautabak, sowie Käse dürfen Metallfolien nicht verwendet sein, welche in 100 Gewichtsteilen mehr als einen Gewichtsteil Blei enthalten.

§ 4. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer Gegenstände der im § 1, § 2 Absatz 1 und 2, § 3 Absatz 1 und 2 bezeichneten Art den daselbst getroffenen Bestimmungen zuwider gewerbsmässig herstellt;

2. wer Gegenstände, welche den Bestimmungen im § 1, § 2 Absatz 1 und 2 und § 3 zuwider hergestellt, aufbewahrt oder verpackt sind, gewerbsmässig verkauft oder feilhält;

3. wer Druckvorrichtungen, welche den Vorschriften im § 1 Absatz 3 nicht entsprechen, zum Ausschank von Bier oder bleihaltige Schläuche zur Leitung von Bier, Wein oder Essig gewerbsmässig verwendet.

§ 5. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher zur Verfertigung von Nahrungs- oder Genussmitteln bestimmte Mühlsteine unter Verwendung von Blei oder bleihaltigen Stoffen an der Mahlfläche herstellt oder derartig hergestellte Mühlsteine zur Verfertigung von Nahrungs- oder Genussmitteln verwendet.

§ 6. Neben der in den §§ 4 und 5 vorgesehenen Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, welche den betreffenden Vorschriften zuwider hergestellt, verkauft, feilgehalten oder verwendet sind, sowie der vorschriftswidrig hergestellten Mühlsteine erkannt werden.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person



nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 7. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) bleiben unberührt. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 desselben finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§ 8. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1888 in Kraft.

## **Gesetz, betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen.**

Vom 5. Juli 1887. (Vgl. S. 263.)

§ 1. Gesundheitsschädliche Farben dürfen zur Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, welche zum Verkauf bestimmt sind, nicht verwendet werden.

Gesundheitsschädliche Farben im Sinne dieser Bestimmung sind diejenigen Farbstoffe und Farbzubereitungen, welche Antimon, Arsen, Baryum, Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Quecksilber, Uran, Zink, Zinn, Gummigutti, Korallin, Pikrinsäure enthalten.

Der Reichskanzler ist ermächtigt, nähere Vorschriften über das bei der Feststellung des Vorhandenseins von Arsen und Zinn anzuwendende Verfahren zu erlassen.

§ 2. Zur Aufbewahrung oder Verpackung von Nahrungs- und Genussmitteln, welche zum Verkauf bestimmt sind, dürfen Gefässe, Umhüllungen oder Schutzbedeckungen, zu deren Herstellung Farben der im § 1 Absatz 2 bezeichneten Art verwendet sind, nicht benutzt werden.

Auf die Verwendung von

schwefelsaurem Baryum, (Schwerspath, blanc fixe),  
Barytfarblacken, welche von kohlensaurem Baryum frei sind,  
Chromoxyd,  
Kupfer, Zinn, Zink und deren Legierungen als Metallfarben,  
Zinnober,  
Zinnoxid,  
Schwefelzinn als Musivgold,  
sowie auf alle in Glasmassen, Glasuren oder Emails eingebrannte Farben und auf den äusseren Anstrich von Gefässen aus wasserdichten Stoffen

findet diese Bestimmung nicht Anwendung.

§ 3. Zur Herstellung von kosmetischen Mitteln (Mitteln zur Reinigung, Pflege oder Färbung der Haut, des Haares oder der



Mundhöhle), welche zum Verkauf bestimmt sind, dürfen die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Stoffe nicht verwendet werden.

Auf schwefelsaures Baryum (Schwerspath, blanc fixe), Schwefelcadmium, Chromoxyd, Zinnober, Zinkoxyd, Zinnoxid, Schwefelzink, sowie auf Kupfer, Zinn, Zink und deren Legierungen in Form von Puder findet diese Bestimmung nicht Anwendung.

§ 4. Zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Spielwaren (einschliesslich der Bilderbogen, Bilderbücher und Tuschfarben für Kinder), Blumentopfgittern und künstlichen Christbäumen dürfen die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Farben nicht verwendet werden.

Auf die im § 2 Absatz 2 bezeichneten Stoffe, sowie auf Schwefelantimon und Schwefelcadmium als Färbemittel der Gummimasse, Bleioxyd in Firniss, Bleiweiss als Bestandteil des sogenannten Wachsgusses, jedoch nur, sofern dasselbe nicht ein Gewichtsteil in 100 Gewichtsteilen der Masse übersteigt, chromsaures Blei (für sich oder in Verbindung mit schwefelsaurem Blei) als Öl- oder Lackfarbe, oder mit Lack- oder Firnissüberzug, die in Wasser unlöslichen Zinkverbindungen, bei Gummispielwaren jedoch nur, soweit sie als Färbemittel der Gummimasse, als Öl- oder Lackfarben oder mit Lack- oder Firnissüberzug verwendet werden, alle in Glasuren oder Emails eingebrannten Farben findet diese Bestimmung nicht Anwendung.

Soweit zur Herstellung von Spielwaren die in den §§ 7 und 8 bezeichneten Gegenstände verwendet werden, finden auf letztere lediglich die Vorschriften der §§ 7 und 8 Anwendung.

§ 5. Zur Herstellung von Buch- und Steindruck auf den in den §§ 2, 3 und 4 bezeichneten Gegenständen dürfen nur solche Farben nicht verwendet werden, welche Arsen enthalten.

§ 6. Tuschfarben jeder Art dürfen als frei von gesundheitsschädlichen Stoffen, beziehungsweise giftfrei nicht verkauft oder feilgehalten werden, wenn sie den Vorschriften im § 4 Absatz 1 und 2 nicht entsprechen.

§ 7. Zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Tapeten, Möbelstoffen, Teppichen, Stoffen zu Vorhängen oder Bekleidungsgegenständen, Masken, Kerzen, sowie künstlichen Blättern, Blumen und Früchten dürfen Farben, welche Arsen enthalten, nicht verwendet werden.

Auf die Verwendung arsenhaltiger Beizen oder Fixierungsmittel zum Zweck des Färbens oder Bedruckens von Gespinnsten oder Geweben findet diese Bestimmung nicht Anwendung. Doch dürfen derartig bearbeitete Gespinnste oder Gewebe zur Herstellung der im Absatz 1 bezeichneten Gegenstände nicht verwendet werden,



wenn sie das Arsen in wasserlöslicher Form oder in solcher Menge enthalten, dass sich in 100 qcm des fertigen Gegenstandes mehr als 2 mg Arsen vorfinden. Der Reichskanzler ist ermächtigt, nähere Vorschriften über das bei der Feststellung des Arsengehaltes anzuwendende Verfahren zu erlassen.

§ 8. Die Vorschriften des § 7 finden auch auf die Herstellung von zum Verkauf bestimmten Schreibmaterialien, Lampen- und Lichtschirmen, sowie Lichtmanschetten Anwendung.

Die Herstellung der Oblaten unterliegt den Bestimmungen im § 1, jedoch sofern sie nicht zum Genusse bestimmt sind, mit der Maassgabe, dass die Verwendung von schwefelsaurem Baryum (Schwerspath, blanc fixe), Chromoxyd und Zinnober gestattet ist.

§ 9. Arsenhaltige Wasser- oder Leimfarben dürfen zur Herstellung des Anstrichs von Fussböden, Decken, Wänden, Thüren, Fenstern der Wohn- oder Geschäftsräume, von Roll-, Zug- oder Klappläden oder Vorhängen, von Möbeln und sonstigen häuslichen Gebrauchsgegenständen nicht verwendet werden.

§ 10. Auf die Verwendung von Farben, welche die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Stoffe nicht als konstituierende Bestandteile, sondern nur als Verunreinigungen, und zwar höchstens in einer Menge enthalten, welche sich bei den in der Technik gebräuchlichen Darstellungsverfahren nicht vermeiden lässt, finden die Bestimmungen der §§ 2 bis 9 nicht Anwendung.

§ 11. Auf die Färbung von Pelzwaren finden die Vorschriften dieses Gesetzes nicht Anwendung.

§ 12. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer den Vorschriften der §§ 1 bis 5, 7, 8 und 10 zuwider Nahrungsmittel, Genussmittel oder Gebrauchsgegenstände herstellt, aufbewahrt oder verpackt, oder derartig hergestellte, aufbewahrte oder verpackte Gegenstände gewerbsmässig verkauft oder feilhält;

2. wer der Vorschrift des § 6 zuwiderhandelt;

3. wer der Vorschrift des § 9 zuwiderhandelt, imgleichen wer Gegenstände, welche dem § 9 zuwider hergestellt sind, gewerbsmässig verkauft oder feilhält.

§ 13. Neben der im § 12 vorgesehenen Strafe kann auf Einziehung der verbotswidrig hergestellten, aufbewahrten, verpackten, verkauften oder feilgehaltenen Gegenstände erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 14. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) bleiben unberührt. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 desselben finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.



§ 15. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1888 in Kraft; mit demselben Tage tritt die kaiserliche Verordnung, betreffend die Verwendung giftiger Farben, vom 1. Mai 1882 (Reichs-Gesetzbl. S. 55), ausser Kraft.

## **Gesetz, betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter.**

Vom 12. Juli 1887. (Vgl. S. 202.)

§ 1. Die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen einschliesslich der Marktstände, in welchen Margarine gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle die deutliche nicht verwischbare Inschrift: „Verkauf von Margarine“ tragen.

Margarine im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen, der Milchbutter ähnlichen Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschliesslich der Milch entstammt.

§ 2. Die Vermischung von Butter mit Margarine oder anderen Speisefetten zum Zweck des Handels mit diesen Mischungen, sowie das gewerbsmässige Verkaufen und Feilhalten derselben ist verboten.

Unter diese Bestimmung fällt nicht der Zusatz von Butterfett, welcher aus der Verwendung von Milch oder Rahm bei der Herstellung von Margarine herrührt, sofern nicht mehr als 100 Gewichtsteile Milch oder 10 Gewichtsteile Rahm auf 100 Gewichtsteile der nicht der Milch entstammenden Fette in Anwendung kommen.

§ 3. Die Gefässe und äusseren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallenden Stellen eine deutliche nicht verwischbare Inschrift tragen, welche die Bezeichnung „Margarine“ enthält.

Wird Margarine in ganzen Gebinden oder Kisten gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten, so hat die Inschrift ausserdem den Namen oder die Firma des Fabrikanten zu enthalten.

Im gewerbsmässigen Einzelverkauf muss Margarine an den Käufer in einer Umhüllung abgegeben werden, welche eine die Bezeichnung „Margarine“ und den Namen oder die Firma des Verkäufers enthaltende Inschrift trägt. Wird Margarine in regelmässig geformten Stücken gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten, so müssen dieselben von Würfelform sein, auch muss denselben die vorbezeichnete Inschrift eingedrückt sein, sofern sie nicht mit einer diese Inschrift tragenden Umhüllung versehen sind.

Der Bundesrat ist ermächtigt, zur Ausführung der im Absatz 1 bis 3 enthaltenen Vorschriften nähere, im Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichende Bestimmungen zu erlassen.

§ 4. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf solche Er-



zeugnisse der im § 1 bezeichneten Art, welche zum Genusse für Menschen nicht bestimmt sind, keine Anwendung.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes, sowie gegen die in Gemässheit des § 3 zu erlassenden Bestimmungen des Bundesrats werden mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

Im Wiederholungsfalle ist auf Geldstrafe bis zu sechshundert Mark, oder auf Haft, oder auf Gefängnis bis zu drei Monaten zu erkennen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn seit dem Zeitpunkte, in welchem die für die frühere Zuwiderhandlung erkannte Strafe verbüsst oder erlassen ist, drei Jahre verflossen sind.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der diesen Vorschriften zuwider verkauften oder feilgehaltenen Gegenstände erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 6. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) bleiben unberührt. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 desselben finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§ 7. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Oktober 1887 in Kraft.

---

## **Bekanntmachung, betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter.**

Vom 26. Juli 1887. (Vgl. S. 204.)

Zur Ausführung der im § 3 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, vom 12. Juli 1887 (R.-Gesetzbl. S. 375) enthaltenen Vorschriften hat der Bundesrat in Gemässheit des § 3 Absatz 4 dieses Gesetzes die nachstehenden Bestimmungen beschlossen:

1. Für die im § 3 Absatz 1 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, vom 12. Juli 1887 vorgeschriebene Bezeichnung der Gefässe und äusseren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, ist das anliegende Muster mit der Maassgabe zum Vorbild zu nehmen, dass die Länge der die Inschrift umgebenden Einrahmung



nicht mehr als das Fünffache der Höhe, sowie nicht weniger als 30 cm und nicht mehr als 50 cm betragen darf.

# MARGARINE

2. Der Name oder die Firma des Fabrikanten (§ 3 Absatz 2 des Gesetzes) ist unmittelbar über, unter oder neben der vorbezeichneten Inschrift anzubringen.

3. Die Anbringung der Inschrift (Nr. 1 und 2) erfolgt durch Einbrennen oder durch Aufmalen. In letzterem Falle ist die Inschrift auf weissem oder hellgelbem Untergrunde mit schwarzer Farbe herzustellen. Bis zum 1. April 1888 ist es gestattet, die Inschrift auch mittels Aufklebens von Zetteln anzubringen.

4. Die Inschrift (Nr. 1 und 2) ist auf den Seitenwänden des Gefässes an mindestens 2 sich gegenüberliegenden Stellen, falls das Gefäss einen Deckel hat, auch auf der oberen Seite des letzteren, bei Fässern auch auf beiden Böden anzubringen.

5. Die Vorschriften unter Nr. 1 und 2 finden sinngemässe Anwendung

a) auf die beim Einzelverkauf von Margarine verwendeten Umhüllungen (§ 3 Absatz 3) mit der Maassgabe, dass die Länge der Einrahmung nicht weniger als 15 Centimeter betragen darf;

b) auf die Bezeichnung der würfelförmigen Stücke (§ 3 Absatz 3) mit der Maassgabe, dass eine Beschränkung hinsichtlich der Grösse (Länge und Höhe) der Einrahmung nicht stattfindet, und die Trennung des Wortes Margarine in zwei untereinander zu setzende, durch Bindestriche zu verbindende Hälften gestattet ist.

## Desgleichen.

Vom 12. November 1887. (Vgl. S. 204.)

Zur Ausführung der im § 3 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, vom 12. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 375) enthaltenen Vorschriften hat der Bundesrat in Gemässheit des § 3 Absatz 4 dieses Gesetzes beschlossen, die Bestimmung unter Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 26. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 383) durch folgenden Zusatz zu ergänzen:

Bei runden oder länglich runden Gefässen, deren Deckel einen grössten Durchmesser von weniger als 35 cm hat, darf die Länge der die Inschrift „Margarine“ umgebenden Einrahmung bis auf 15 cm ermässigt werden.



## Kaiserliche Verordnung, betr. das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen.

Vom 1. Februar 1891. (Vgl. S. 259.)

Das gewerbsmässige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Maschinen, welche zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen bestimmt sind, ist verboten.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

## Gesetz, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken.

Vom 20. April 1892. (Vgl. S. 244.)

§ 1. Die nachbenannten Stoffe, nämlich:

lösliche Aluminiumsalze (Alaun u. dergl.), Baryumverbindungen, Borsäure, Glycerin, Kermesbeeren, Magnesiumverbindungen, Salicylsäure, unreiner (freien Amylalkohol enthaltender) Spirit, unreiner (nicht technisch reiner) Stärkezucker, Strontiumverbindungen, Theerfarbstoffe

oder Gemische, welche einen dieser Stoffe enthalten, dürfen Wein, weinhaltigen oder weinähnlichen Getränken, welche bestimmt sind, Anderen als Nahrungs- oder Genussmittel zu dienen, bei oder nach der Herstellung nicht zugesetzt werden.

§ 2. Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke, welchen, den Vorschriften des § 1 zuwider, einer der dort bezeichneten Stoffe zugesetzt ist, dürfen weder feilgehalten, noch verkauft werden.

Dasselbe gilt für Rotwein, dessen Gehalt an Schwefelsäure in einem Liter Flüssigkeit mehr beträgt, als sich in 2 g neutralen schwefelsauren Kaliums vorfindet. Diese Bestimmung findet jedoch auf solche Rotweine nicht Anwendung, welche als Dessertweine (Süd-, Süssweine) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen.

§ 3. Als Verfälschung oder Nachmachung des Weines im Sinne des § 10 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) ist nicht anzusehen:

1. die anerkannte Kellerbehandlung einschliesslich der Haltbarmachung des Weines, auch wenn dabei Alkohol oder geringe Mengen von mechanisch wirkenden Klärungsmitteln (Eiweiss, Gelatine, Hausenblase u. dergl.), von Kochsalz, Tannin, Kohlensäure, schwefliger Säure oder daraus entstandener Schwefelsäure in den Wein gelangen; jedoch darf die Menge des zugesetzten Alkohols bei Weinen, welche als deutsche in den Verkehr kommen, nicht mehr als 1 Raumteil auf 100 Raumteile Wein betragen.



2. die Vermischung (Verschnitt) von Wein mit Wein;
3. die Entsäuerung mittels reinen gefällten kohlensauren Kalks;
4. der Zusatz von technisch reinem Rohr-, Rüben- oder Invertzucker, technisch reinem Stärkezucker, auch in wässriger Lösung, jedoch darf durch den Zusatz wässriger Zuckerlösung der Gehalt des Weines an Extraktstoffen und Mineralbestandteilen nicht unter die bei ungezuckertem Wein des Weinbaugebiets, dem der Wein nach seiner Benennung entsprechen soll, in der Regel beobachteten Grenzen herabgesetzt werden.

§ 4. Als Verfälschung des Weines im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 ist insbesondere anzusehen die Herstellung von Wein unter Verwendung

1. eines Aufgusses von Zuckerwasser auf ganz oder teilweise ausgepresste Trauben;
2. eines Aufgusses von Zuckerwasser auf Weinhefe;
3. von Rosinen, Korinten, Saccharin oder anderen als den im § 3 Nr. 4 bezeichneten Süsstoffen, jedoch unbeschadet der Bestimmung im Absatz 3 dieses Paragraphen;
4. von Säuren oder säurehaltigen Körpern oder von Bouquetstoffen;
5. von Gummi oder anderen Körpern, durch welche der Extraktgehalt erhöht wird, jedoch unbeschadet der Bestimmungen im § 3 Nr. 1 und 4.

Die unter Anwendung eines der vorbezeichneten Verfahren hergestellten Getränke oder Mischungen derselben mit Wein dürfen nur unter einer ihre Beschaffenheit erkennbar machenden oder einer anderweiten, sie von Wein unterscheidenden Bezeichnung (Tresterwein, Hefenwein, Rosinenwein, Kunstwein oder dergl.) feilgehalten oder verkauft werden.

Der blosse Zusatz von Rosinen zu Most oder Wein gilt nicht als Verfälschung bei Herstellung von solchen Weinen, welche als Dessertweine (Süd-, Süssweine) ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen.

§ 5. Die Vorschriften in den §§ 3 und 4 finden auf Schaumwein nicht Anwendung.

§ 6. Die Verwendung von Saccharin und ähnlichen Süsstoffen bei der Herstellung von Schaumwein oder Obstwein einschliesslich Beerenobstwein ist als Verfälschung im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 anzusehen.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den Vorschriften der §§ 1 oder 2 vorsätzlich zuwiderhandelt;
2. wer wissentlich Wein, welcher einen Zusatz der im § 3 Nr. 4 bezeichneten Art erhalten hat, unter Bezeichnungen feilhält



oder verkauft, welche die Annahme hervorzurufen geeignet sind, dass ein derartiger Zusatz nicht gemacht ist.

§ 8. Ist die im § 7 Nr. 1 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft ein.

§ 9. In den Fällen des § 7 Nr. 1 und § 8 kann auf Einziehung der Getränke erkannt werden, welche diesen Vorschriften zuwider hergestellt, verkauft oder feilgehalten sind, ohne Unterschied ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 10. Die Vorschriften des Gesetzes vom 14. Mai 1879 bleiben unberührt, soweit die §§ 3 bis 6 des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehende Bestimmungen enthalten. Die Vorschriften in den §§ 16, 17 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§ 11. Der Bundesrat ist ermächtigt, die Grenzen festzustellen, welche

a) für die bei der Kellerbehandlung in den Wein gelangenden Mengen der im § 3 Nr. 1 bezeichneten Stoffe, soweit das Gesetz selbst die Menge nicht festsetzt, sowie

b) für die Herabsetzung des Gehalts an Extraktstoffen und Mineralbestandteilen im Falle des § 3 Nr. 4

maassgebend sein sollen.

§ 12. Der Bundesrat ist ermächtigt, Grundsätze aufzustellen, nach welchen die zur Ausführung dieses Gesetzes, sowie des Gesetzes vom 14. Mai 1879 in Bezug auf Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen sind.

§ 13. Die Bestimmungen des § 2 treten erst am 1. Oktober 1892 in Kraft.

## **Bekanntmachung, betr. die Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Wein pp.**

Vom 29. April 1892. (Vgl. S. 254.)

Auf Grund des § 11 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, vom 20. April 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 597) hat der Bundesrat beschlossen, die Grenzen für die Herabsetzung des Gehaltes an Extraktstoffen und Mineralbestandteilen (§ 3 Nr. 4 des Gesetzes), wie folgt, festzustellen:

Bei Wein, welcher nach seiner Benennung einem inländischen Weinbaugebiet entsprechen soll, darf durch den Zusatz wässeriger Zuckerlösung

a) der Gesamtgehalt an Extraktstoffen nicht unter 1,5 g, der



nach Abzug der nicht flüchtigen Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1,1 g, der nach Abzug der freien Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1 g,

b) der Gehalt an Mineralbestandteilen nicht unter 0,14 g in einer Menge von 100 ccm Wein herabgesetzt werden.

## Vorschriften, betr. die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker.

Bundesratsbeschluss vom 22. Februar 1894. (Vgl. S. 321.)

§ 1. Über die Befähigung zur chemisch-technischen Beurteilung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen (Reichsgesetz vom 14. Mai 1879, Reichs-Gesetzbl. S. 145) wird demjenigen, welcher die in Folgendem vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat, ein Ausweis nach dem beiliegenden Muster erteilt.

§ 2. Die Prüfungen bestehen in einer Vorprüfung und einer Hauptprüfung.

Die Hauptprüfung zerfällt in einen technischen und einen wissenschaftlichen Abschnitt.

### A. Vorprüfung.

§ 3. Die Kommission für die Vorprüfung besteht unter dem Vorsitz eines Verwaltungsbeamten aus einem oder zwei Lehrern der Chemie und je einem Lehrer der Botanik und der Physik.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung und ordnet bei Behinderung eines Mitgliedes dessen Vertretung an.

§ 4. In jedem Studienhalbjahr finden Prüfungen statt.

Gesuche, welche später als vier Wochen vor dem amtlich festgesetzten Schluss der Vorlesungen eingehen, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung im laufenden Halbjahr.

Die Prüfung kann nur bei der Prüfungskommission derjenigen Lehranstalt, bei welcher der Studierende eingeschrieben ist oder zuletzt eingeschrieben war, abgelegt werden.

§ 5. Dem Gesuche sind beizufügen:

1. Das Zeugnis der Reife von einem Gymnasium, einem Realgymnasium, einer Oberrealschule oder einer durch Beschluss des Bundesrats als gleichberechtigt anerkannten anderen Lehranstalt des Reichs.

Das Zeugnis der Reife einer gleichartigen ausserdeutschen Lehranstalt kann ausnahmsweise für ausreichend erachtet werden.

2. Der durch Abgangszeugnisse oder, soweit das Studium noch fortgesetzt wird, durch das Anmeldebuch zu führende Nachweis eines naturwissenschaftlichen Studiums von sechs Halbjahren, deren letztes indessen zur Zeit der Einreichung des Gesuchs noch



nicht abgeschlossen zu sein braucht. Das Studium muss auf Universitäten oder auf technischen Hochschulen des Reichs zurückgelegt sein.

Ausnahmsweise kann das Studium auf einer gleichartigen ausserdeutschen Lehranstalt oder die einem anderen Studium gewidmete Zeit in Anrechnung gebracht werden.

3. Der durch Zeugnisse der Laboratoriumsvorsteher zu führende Nachweis, dass der Studierende mindestens fünf Halbjahre in chemischen Laboratorien der unter Nr. 2 bezeichneten Lehranstalten gearbeitet hat.

§ 6. Der Vorsitzende der Prüfungskommission entscheidet über die Zulassung und verfügt die Ladung des Studierenden. Letztere erfolgt mindestens zwei Tage vor der Prüfung, unter Beifügung eines Abdrucks dieser Bestimmungen. Die Prüfung kann nach Beginn der letzten sechs Wochen des sechsten Studienhalbjahres stattfinden.

Zu einem Prüfungstermin werden nicht mehr als vier Prüflinge zugelassen.

Wer in dem Termin ohne ausreichende Entschuldigung nicht rechtzeitig erscheint, wird in dem laufenden Prüfungshalbjahr zur Prüfung nicht mehr zugelassen.

§ 7. Die Prüfung erstreckt sich auf  
unorganische, organische und analytische Chemie, Botanik,  
Physik.

Bei der Prüfung in der unorganischen Chemie ist auch die Mineralogie zu berücksichtigen.

Die Prüfung ist mündlich; der Vorsitzende und zwei Mitglieder müssen bei derselben ständig zugegen sein.

Die Dauer der Prüfung beträgt für jeden Prüfling etwa eine Stunde, wovon die Hälfte auf Chemie, je ein Viertel auf Botanik und Physik entfällt.

Wer die Prüfung für das höhere Lehramt bestanden hat, wird, sofern er in Chemie oder Botanik die Befähigung zum Unterricht in allen Klassen oder in Physik die Befähigung zum Unterricht in den mittleren Klassen erwiesen hat, in dem betreffenden Fach nicht geprüft.

§ 8. Die Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung werden von dem Examinator für jeden Geprüften in ein Protokoll eingetragen, welches von dem Vorsitzenden und sämtlichen Mitgliedern der Kommission zu unterzeichnen ist.

Die Zensur wird für das einzelne Fach von dem Examinator erteilt, und zwar unter ausschliesslicher Anwendung der Prädikate „sehr gut“, „gut“, „genügend“ oder „ungenügend“.

Wenn in der Chemie von zwei Lehrern geprüft wird, haben beide sich über die Zensur für das gesamte Fach zu einigen. Gelingt dies nicht, so entscheidet die Stimme desjenigen Examinators, welcher die geringere Zensur erteilt hat.



§ 9. Ist die Prüfung nicht bestanden, so findet eine Wiederholungsprüfung statt. Dieselbe erstreckt sich, wenn die Zensur in der ersten Prüfung für Chemie und für ein zweites Fach „ungenügend“ war, auf sämtliche Gegenstände der Vorprüfung und findet dann nicht vor Ablauf von sechs Monaten statt.

In allen anderen Fällen beschränkt sich die Wiederholungsprüfung auf die nicht bestandenen Fächer. Die Frist, vor deren Ablauf sie nicht stattfinden darf, beträgt mindestens zwei und höchstens sechs Monate und wird von dem Vorsitzenden nach Benehmen mit dem Examiner festgesetzt. Meldet sich der Prüfling ohne eine nach dem Urteil des Vorsitzenden ausreichende Entschuldigung innerhalb des nächstfolgenden Studiensemesters nach Ablauf der Frist nicht rechtzeitig (§ 4) zur Prüfung, so hat er die ganze Prüfung zu wiederholen.

Lautet in jedem Fache die Zensur mindestens „genügend“, so ist die Prüfung bestanden. Als Schlusszensur wird erteilt

„sehr gut“, wenn die Zensur für Chemie und ein anderes Fach „sehr gut“, für das dritte Fach mindestens „gut“ lautet;

„gut“, wenn die Zensur nur in Chemie „sehr gut“ oder in Chemie und noch einem Fach mindestens „gut“ lautet;  
„genügend“ in allen übrigen Fällen.

§ 10. Tritt ein Prüfling ohne eine nach dem Urteil des Vorsitzenden ausreichende Entschuldigung im Laufe der Prüfung zurück, so hat er dieselbe vollständig zu wiederholen. Die Wiederholung ist vor Ablauf von sechs Monaten nicht zulässig.

§ 11. Die Wiederholung der ganzen Prüfung kann auch bei einer anderen Prüfungskommission geschehen. Die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern muss bei derselben Kommission stattfinden.

Eine mehr als zweimalige Wiederholung der ganzen Prüfung oder der Prüfung in einem Fache ist nicht zulässig.

Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

§ 12. Über den Ausfall der Prüfung wird ein Zeugnis erteilt. Ist die Prüfung ganz oder teilweise zu wiederholen, so wird statt einer Gesamtzensur die Wiederholungsfrist in dem Zeugnis vermerkt. Dieser Vermerk ist, falls der Prüfling bei einer akademischen Lehranstalt nicht mehr eingeschrieben ist, auch in das letzte Abgangszeugnis einzutragen. Ist der Prüfling bei einer akademischen Lehranstalt noch eingeschrieben, so hat der Vorsitzende den Ausfall der Prüfung und die Wiederholungsfristen alsbald der Anstaltsbehörde mitzuteilen. Von dieser ist, falls der Studierende vor vollständig bestandener Vorprüfung die Lehranstalt verlässt, ein entsprechender Vermerk in das Abgangszeugnis einzutragen.

§ 13. An Gebühren sind für die Vorprüfung vor Beginn derselben 30 M. zu entrichten.



Für Prüflinge, welche das Befähigungszeugnis für das höhere Lehramt besitzen, betragen in den im § 7 Absatz 5 vorgesehenen Fällen die Gebühren 20 M. Dasselbe gilt für die Wiederholung der Prüfung in einzelnen Fächern (§ 9 Absatz 2).

### B. Hauptprüfung.

§ 14. Die Kommission für die Hauptprüfung besteht unter dem Vorsitz eines Verwaltungsbeamten aus zwei Chemikern, von denen einer auf dem Gebiete der Untersuchung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen praktisch geschult ist und aus einem Vertreter der Botanik.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung und ordnet bei Behinderung eines Mitgliedes dessen Vertretung an.

§ 15. Die Prüfungen beginnen jährlich im April und enden im Dezember.

Die Prüfung kann vor jeder Prüfungskommission abgelegt werden.

Die Gesuche um Zulassung sind bei dem Vorsitzenden bis zum 1. April einzureichen. Wer die Vorbereitungszeit erst mit dem September beendet, kann ausnahmsweise noch im laufenden Prüfungsjahre zur Prüfung zugelassen werden, sofern die Meldung vor dem 1. Oktober erfolgt.

§ 16. Der Meldung sind beizufügen:

1. ein kurzer Lebenslauf;
2. die in § 5 Nr. 1 bis 3 aufgeführten Nachweise;
3. das Zeugnis über die Vorprüfung (§ 12);
4. Zeugnisse der Laboratoriums- oder Anstaltsvorsteher darüber, dass der Prüfling vor oder nach der Vorprüfung an einer der im § 5 Nr. 2 bezeichneten Lehranstalten mindestens ein Halbjahr an Mikroskopierübungen Teil genommen und nach bestandener Vorprüfung mindestens drei Halbjahre mit Erfolg an einer staatlichen Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln thätig gewesen ist.

Wer die Prüfung als Apotheker mit dem Prädikat „sehr gut“ bestanden hat, bedarf, sofern er die im § 5 Nr. 2 bezeichnete Vorbedingung erfüllt hat, der im § 5 Nr. 1 und 3 vorgesehenen Nachweise sowie des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht. Wer die Befähigung für das höhere Lehramt in Chemie und Botanik für alle Klassen und in Physik für die mittleren Klassen dargethan hat, bedarf, sofern er den im § 5 unter Nr. 3 vorgesehenen Nachweis erbringt, des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht. Wer an einer technischen Hochschule die Diplom-(Absolutorial-)Prüfung für Chemiker bestanden hat, bedarf des Zeugnisses über die Vorprüfung nicht, wenn die bestehenden Prüfungsvorschriften als ausreichend anerkannt sind.

Wer nach der Vorprüfung ein halbes Jahr an einer Universität oder technischen Hochschule dem naturwissenschaftlichen



Studium, verbunden mit praktischer Laboratoriumsthätigkeit, gewidmet hat, bedarf nur für zwei Halbjahre des Nachweises über eine praktische Thätigkeit an Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln.

Den staatlichen Anstalten dieser Art können von der Zentralbehörde sonstige Anstalten zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie landwirtschaftliche Untersuchungsanstalten gleichgestellt werden.

§ 17. Der Vorsitzende der Kommission entscheidet über die Zulassung des Studierenden. Dieser hat sich bei dem Vorsitzenden persönlich zu melden.

Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn That-sachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf die Ausübung des Berufs als Nahrungsmittel-Chemiker dathun.

§ 18. Die Prüfung ist nicht öffentlich. Sie beginnt mit dem technischen Abschnitt. Nur wer diesen Abschnitt bestanden hat, wird zu dem wissenschaftlichen Abschnitt zugelassen. Zwischen beiden Abschnitten soll ein Zeitraum von höchstens drei Wochen liegen; jedoch kann der Vorsitzende aus besonderen Gründen eine längere Frist, ausnahmsweise auch eine Unterbrechung bis zur nächsten Prüfungsperiode gewähren.

§ 19. Die technische Prüfung wird in einem mit den erforderlichen Mitteln ausgestatteten Staatslaboratorium abgehalten. Es dürfen daran gleichzeitig nicht mehr als acht Kandidaten teilnehmen.

Die Prüfung umfasst vier Teile. Der Prüfling muss sich befähigt erweisen:

1. eine, ihren Bestandteilen nach dem Examiner bekannte chemische Verbindung oder eine künstliche, zu diesem Zweck besonders zusammengesetzte Mischung qualitativ zu analysieren und mindestens vier einzelne Bestandteile der von dem Kandidaten bereits qualitativ untersuchten oder einer anderen dem Examiner in Bezug auf Natur und Mengenverhältnis der Bestandteile bekannten chemischen Verbindung oder Mischung quantitativ zu bestimmen;

2. die Zusammensetzung eines ihm vorgelegten Nahrungs- oder Genussmittels qualitativ und quantitativ zu bestimmen;

3. die Zusammensetzung eines Gebrauchsgegenstandes aus dem Bereich des Gesetzes vom 14. Mai 1879 qualitativ und nach dem Ermessen des Examinators auch quantitativ zu bestimmen;

4. einige Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Botanik (der pflanzlichen Systematik, Anatomie und Morphologie) mit Hülfe des Mikroskops zu lösen.

Die Prüfung wird in der hier angegebenen Reihenfolge ohne mehrtägige Unterbrechung erledigt. Zu einem späteren Teil wird nur zugelassen, wer den vorhergehenden Teil bestanden hat.



Die Aufgaben sind so zu wählen, dass die Prüfung in vier Wochen abgeschlossen werden kann.

Sie werden von den einzelnen Examinatoren bestimmt und erst bei Beginn jedes Prüfungsteils bekannt gegeben. Die technische Lösung der Aufgabe des ersten Teils muss, soweit die qualitative Analyse in Betracht kommt, in einem Tage, diejenige der übrigen Aufgaben innerhalb der vom Examinator bei Überweisung der einzelnen Aufgaben festzusetzenden Frist beendet sein.

Die Aufgaben und die gesetzten Fristen sind gleichzeitig dem Vorsitzenden von den Examinatoren schriftlich mitzuteilen.

Die Prüfung erfolgt unter Klausur dergestalt, dass der Kandidat die technischen Untersuchungen unter ständiger Anwesenheit des Examinators oder eines Vertreters desselben zu Ende führt und die Ergebnisse täglich in ein von dem Examinator gegenzuzeichnendes Protokoll einträgt.

§ 20. Nach Abschluss der technischen Untersuchungen (§ 19) hat der Kandidat in einem schriftlichen Bericht den Gang derselben und den Befund zu beschreiben, auch die daraus zu ziehenden Schlüsse darzulegen und zu begründen. Die schriftliche Ausarbeitung kann für die beiden Analysen des ersten Teils zusammengefasst werden, falls dieselbe Substanz qualitativ und quantitativ bestimmt worden ist; sie hat sich für Teil 4 auf eine von dem Examinator zu bezeichnende Aufgabe zu beschränken. Die Berichte über die Teile 1, 2 und 3 sind je binnen drei Tagen nach Abschluss der Laboratoriumsarbeiten, der Bericht über die mikroskopische Aufgabe (Teil 4) binnen zwei Tagen, mit Namensunterschrift versehen, dem Examinator zu übergeben.

Der Kandidat hat bei jeder Arbeit die benutzte Litteratur anzugeben und eigenhändig die Versicherung hinzuzufügen, dass er die Arbeit ohne fremde Hülfe angefertigt hat.

§ 21. Die Arbeiten werden von den Fachexaminatoren zensiert und mit den Untersuchungsprotokollen und Zensuren dem Vorsitzenden der Kommission binnen einer Woche nach Empfang vorgelegt.

§ 22. Die wissenschaftliche Prüfung ist mündlich. Der Vorsitzende und zwei Mitglieder der Kommission müssen bei derselben ständig zugegen sein. Zu einem Termin werden nicht mehr als vier Kandidaten zugelassen.

Die Prüfung erstreckt sich:

1. auf die unorganische, organische und analytische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der bei der Zusammensetzung der Nahrungs- und Genussmittel in Betracht kommenden chemischen Verbindungen, der Nährstoffe und ihrer Umsetzungsprodukte, sowie auch die Ermittlung der Aschenbestandteile und der Gifte mineralischer und organischer Natur;

2. auf die Herstellung und die normale und abnorme Beschaffenheit der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der unter das



Gesetz vom 14. Mai 1879 fallenden Gebrauchsgegenstände. Hierbei ist auch auf die sogenannten landwirtschaftlichen Gewerbe (Bereitung von Molkereiprodukten, Bier, Wein, Branntwein, Stärke, Zucker u. dgl. m.) einzugehen;

3. auf die allgemeine Botanik (pflanzliche Systematik, Anatomie und Morphologie) mit besonderer Berücksichtigung der pflanzlichen Rohstofflehre (Drogenkunde u. dergl.), sowie ferner auf die bakteriologischen Untersuchungsmethoden des Wassers und der übrigen Nahrungs- und Genussmittel, jedoch unter Beschränkung auf die einfachen Kulturverfahren;

4. auf die den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen regelnden Gesetze und Verordnungen, sowie auf die Grenzen der Zuständigkeit des Nahrungsmittel-Chemikers im Verhältnis zum Arzt, Tierarzt und anderen Sachverständigen, endlich auf die Organisation der für die Thätigkeit eines Nahrungsmittel-Chemikers in Betracht kommenden Behörden.

Die Prüfung in den ersten drei Fächern wird von den Fachexaminatoren, im vierten Fache von dem Vorsitzenden, geeignetenfalls unter Beteiligung des einen oder anderen Fachexaminators abgehalten. Die Dauer der Prüfung beträgt für jeden Kandidaten in der Regel nicht über eine Stunde.

§ 23. Für jeden Kandidaten wird über jeden Prüfungsabschnitt ein Protokoll unter Anführung der Prüfungsgegenstände und der Zensuren, bei der Zensur „ungenügend“ unter kurzer Angabe ihrer Gründe aufgenommen.

§ 24. Über den Ausfall der Prüfung in den einzelnen Teilen des technischen Abschnitts und in den einzelnen Fächern des wissenschaftlichen Abschnitts werden von den betreffenden Examinatoren Zensuren unter ausschliesslicher Anwendung der Prädikate „sehr gut“, „gut“, „genügend“, „ungenügend“ erteilt.

Für Botanik und Bakteriologie muss die gemeinsame Zensur, wenn bei getrennter Beurteilung in einem dieser Zweige „ungenügend“ gegeben werden würde, „ungenügend“ lauten.

§ 25. Ist die Prüfung in einem Teile des technischen Abschnitts nicht bestanden, so findet eine Wiederholungsprüfung statt. Die Frist, vor deren Ablauf die Wiederholungsprüfung nicht erfolgen darf, beträgt mindestens drei Monate und höchstens ein Jahr; sie wird von dem Vorsitzenden nach Benehmen mit dem Examiner festgesetzt.

Hat der Kandidat die Prüfung in einem Fache des wissenschaftlichen Abschnitts nicht bestanden, so kann er nach Ablauf von sechs Wochen zu einer Nachprüfung zugelassen werden. Die Nachprüfung findet in Gegenwart des Vorsitzenden und der beteiligten Fachexaminatoren statt. Besteht der Kandidat auch in der Nachprüfung nicht, oder verabsäumt er es, ohne ausreichende Entschuldigung sich innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der für die Nachprüfung gestellten Frist zu melden, so hat er die Prüfung in



dem ganzen Abschnitt zu wiederholen. Dasselbe gilt, wenn der Kandidat die Prüfung in mehr als einem Fache dieses Abschnitts nicht bestanden hat. Die Wiederholung ist vor Ablauf von sechs Monaten nicht zulässig.

§ 26. Erfolgt die Meldung zur Wiederholung eines Prüfungsteils nicht spätestens in dem nächsten Prüfungsjahre, so muss die ganze Prüfung von neuem abgelegt werden.

Wer bei der Wiederholung nicht besteht, wird zu einer weiteren Prüfung nicht zugelassen.

Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

§ 27. Nachdem die Prüfung in allen Teilen bestanden ist, ermittelt der Vorsitzende aus den Einzelzensuren die Schlusszensur, wobei die Zensuren für jeden einzelnen Teil des ersten Abschnitts doppelt gezählt werden, sodass im Ganzen zwölf Einzelzensuren sich ergeben.

Die Schlusszensur „sehr gut“ darf nur dann gegeben werden, wenn die Mehrzahl der Einzelzensuren „sehr gut“, alle übrigen „gut“ lauten; die Schlusszensur „gut“ nur dann, wenn die Mehrzahl mindestens „gut“ oder wenigstens sechs Einzelzensuren „sehr gut“ lauten. In allen übrigen Fällen wird die Schlusszensur „genügend“ gegeben.

Nach Feststellung der Schlusszensur legt der Vorsitzende die Prüfungsverhandlungen derjenigen Behörde vor, welche den Ausweis über die Befähigung als Nahrungsmittel-Chemiker (§ 1) erteilt.

§ 28. Wer einen Prüfungstermin oder die im § 17 vorgesehene Frist ohne ausreichende Entschuldigung versäumt, wird in dem laufenden Prüfungsjahr zur Prüfung nicht mehr zugelassen. Der Vorsitzende hat die Zurückstellung bei der im § 27 bezeichneten Behörde zu beantragen, falls er die Entschuldigung nicht für ausreichend hält.

Tritt ein Prüfling ohne ausreichende Entschuldigung von einem begonnenen Prüfungsabschnitt zurück, oder hält er eine der im § 19 Absatz 4 und § 20 vorgesehenen Fristen nicht ein, so hat dies die Wirkung, als wenn er in allen Teilen des Abschnitts die Zensur „ungenügend“ erhalten hätte.

§ 29. Die Prüfung darf nur bei derjenigen Kommission fortgesetzt und wiederholt werden, bei welcher sie begonnen ist. Ausnahmen können aus besonderen Gründen gestattet werden.

Die mit dem Zulassungsgesuch eingereichten Zeugnisse werden dem Kandidaten nach bestandener Gesamtprüfung zurückgegeben. Verlangt er sie früher zurück, so ist, falls die Zulassung zur Prüfung bereits ausgesprochen war, vor der Rückgabe in die Urschrift des letzten akademischen Abgangszeugnisses ein Vermerk hierüber, sowie über den Ausfall der schon zurückgelegten Prüfungsteile einzutragen.



§ 30. An Gebühren sind für die Hauptprüfung vor Beginn derselben 180 M. zu entrichten. Davon entfallen:

- I. auf den technischen Abschnitt  
für jeden der ersten drei Teile 25 M., für den vierten Teil 15 M.,
- II. auf den wissenschaftlichen Abschnitt 30 M.,
- III. auf allgemeine Kosten 60 M.

Wer von der Prüfung zurücktritt oder zurückgestellt wird, erhält die Gebühren für die noch nicht begonnenen Prüfungsteile ganz, die allgemeinen Kosten zur Hälfte zurück, letztere jedoch nur dann, wenn der dritte Teil des technischen Abschnitts noch nicht begonnen war.

Bei einer Wiederholung sind die Gebührensätze für diejenigen Prüfungsteile, welche wiederholt werden, und ausserdem je 15 M. für jeden zu wiederholenden Prüfungsteil auf allgemeine Kosten zu entrichten. Für die Nachprüfung in einem Fache des wissenschaftlichen Abschnitts sind 15 M. zu zahlen.

§ 31. Über die Zulassung der in vorstehenden Bestimmungen vorgesehenen Ausnahmen entscheidet die Zentralbehörde.

#### Ausweis für geprüfte Nahrungsmittel-Chemiker.

Dem Herrn ..... aus ..... wird hierdurch bescheinigt, dass er seine Befähigung zur chemisch-technischen Untersuchung und Beurteilung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen durch die vor der ..... Prüfungskommission zu ..... mit dem Prädikate ..... abgelegte Prüfung nachgewiesen hat.

....., den ...<sup>ten</sup> ..... 18 ..

.....

(Siegel und Unterschrift der bescheinigenden Behörde.)

---



## Sach- und Namenverzeichnis.

### Zeichenerklärung.

|       |                                                                                               |
|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| BS.   | Behörden und Sachverständige (ärztliche und tierärztliche, wie Ärzte, Bezirksärzte u. s. w.). |
| G.    | Gerichtsentscheidung.                                                                         |
| GO.   | Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich.                                                       |
| NMG.  | Nahrungsmittelgesetz.                                                                         |
| StrG. | Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.                                                       |
| RG.   | Andere für das Reich erlassene Gesetze, Verordnungen u. s. w.                                 |
| RB.   | Regierungs-Bezirk.                                                                            |

**Aachen**, RB. Amerikanische Schinken und Speckseiten 166. 170. 175.  
**Aaspocken**. Anhalt 188.  
**Abdecker**, Abdeckereien 182. 184.  
**Abel'scher Petroleumprober** RG 288.  
**Abflusshähne** s. Krahne.  
**Abgerahmte Milch** 218. 219.  
**Ärzte**. Sachverständige 302. 303. 320. — Trichinenschauer 328.  
**Aktinomykose** s. Strahlenpilzkrankheit.  
**Alaun**. Branntwein. Meckl.-Schwerin 258. — Wein RG 245.  
**Alkohol**. Ausschwenken der Weinfässer, Weinkonservierung RG 252.  
**Alte Tiere**. Fleisch von zu — 194.  
**Aluminiumsalze**, lösliche. Wein RG 245.  
**Amt**, öffentl. Unbefugte Ausübung StrG 309.  
**Amtsanmaassung** StrG 309. G 327.  
**Amtsgerichte** RG 296. 297.  
**Amylalkohol** 246.  
**Anhalt**. BS 174. 191. 192. 296. 328. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Finniges Schweinefleisch 177. — Fleisch: aufgeblasenes 195. kranker Tiere 184. 185. 188. 190. do. ungeborener etc. 193. verendeter 195. vergifteter 192. verunglückter 193. — Geräte zum Schlachten trichinöser Schweine 176. — Pferdeschlächtereien 181. — Pferdeschlachtungen 184. — Schlachthäuser 132. 134. 135. — Trichinenschau 168. 172 ff. Nachuntersuchung 174.

**Ansteckende Krankheiten**. GO 115. — Verschleppung durch Milch 223. 224.  
**Anstifter** StrG 39.  
**Anstrich** von Fussböden etc. RG 274.  
**Antimon**. Farben. RG 264. 265. 267.  
**Anzeigepflicht**. Milchbetrieb 225. — Trichinen und Finnen 173. — Viehseuchen RG 330.  
**Apfelschnitte** s. Scheibenäpfel.  
**Apfelwein** RG 245. G 83.  
**Apotheker**. Milch. Württemberg 225. — Mineralwässer. Preussen, Sachsen 260. — Nahrungsmittel 302. 303. Preussen 315. — Trichinenschauer 328.  
**Aquarellfarben** RG 270.  
**Arachisöl**. Butter G 201.  
**Aräometer** 227. 229.  
**Arak** G 258.  
**Arnsberg**, RB. Ausländische Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Finniges Schweinefleisch 177. — Schlachttiere etc., Aushängen 198. — Ställe für trichinöse Schweine 176. — Trichinenschau 166. 172. Nachuntersuchung 174. — Wildschweine 180.  
**Arsen**. Farben RG 264. 265. 272. Untersuchung 266. 274. Verunreinigung 267. Buch- und Steindruck 268. Beizen 273.  
**Arsenvergiftungen** 272.  
**Arzneilich behandelte Tiere**. Milch 215.  
**Arzneimittel** RG 259. G 22.  
**Aufbewahrung**. Bestimmte Arten der — von Nahrungsmitteln etc. NMG 43.



Aufbewahrungsräume. Revisionen NMG 26.

Aufblähung (Blähsucht) infolge von Grünfütterung. Fleischschau. Sigmaringen 160. Bayern 143. Baden 149. Hessen 152. Schwarzburg-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 157.

Aufblasen von Fleisch 195. 196. NMG 43. G 196.

Auffärbung von Weisswein RG 252.

Augen. Schutzvorrichtungen RG 273.

Aurich, RB. Ausländische Schweinefleischwaren 175. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 172.

Aushängen von Schlachttieren etc. 198.

Auslesewein RG 248.

Avinieren RG 252.

**B**ackwaren. GO 199. 200. — Betasten 200. — Färbung G 200. — Verfälschte und gesundheitsschädliche G 50. 88. S. auch Brot.

Baden, Staat. BS 111. 148. 149. 174. **294.** — Bier 238. 239. — Finniges Schweinefleisch 178. — Fleisch: von gehetzten Tieren 193. gesundheitsschädliches 196. von kranken Tieren 190. 191. do. von verendeten 195. vergifteten 192. verunglückten 193. zu jungen 194. — Fleischbänke 11. 149. — Fleischbeschauer 148. 149. 327. — Fleischschau 148. 149. — Fleischverkaufsräume 149. — Freibänke 178. — Kesselsteuerges. 234. — Kunstweinfabrikation 257. — Märkte 11. — Milch: 212 ff. Biestmilch 214. ekelerregende etc. 214. von kranken etc. Tieren 215. Stallprobe 232. — Milchgefässe 222. — Mühlen 11. — Mutterkornhaltiges Getreide etc. 199. — Nahrungsmittel etc. Beschau 11. 111. — Pferdefleisch. Verkauf, Verkaufsstellen 183. — Polizeistrafgeses. 11. — Schlachthäuser, Schlächtereien 11. 119. 138. 149. — Trichinenschau 170. 172 ff. Nachuntersuchung 174. — Untersuchungsanstalten 313—315. — Viehschau, Viehschlachten 11. — Wasseruntersuchung 208. 209.

Baden, Stadt. Untersuchungsanstalt 314. Bancazinn RG 278.

Barmen. Untersuchungsanstalt 318.

Barytfarblacke RG 267.

Baryum. Farben RG 264. 265. 267.

Baryumverbindungen. Wein RG 245.

Baumwollsamööl. Butter G 201.

Bayerisches Bier G 237.

Bayern. BS 142—144. 190. **292. 293.** 328. — Bier 235—238. — Ess-, Trink- und Kochgeschirr 10. — Finniges Schweinefleisch 177. — Fleisch von kranken Tieren 144. 190. — Fleischaufbewahrungs- und Verkaufsräume 145. — Fleischbänke 9. — Fleischbe-

schauer 142. 327. — Fleischschau 9. 140—145. — Freibänke 178. — Getreide, Kinderspielwaren, Kleidungsstoffe 10. — Laktodensimeter, Prüfung 229. — Märkte 9. 10. — Malzaufschlagges. 60. 234—236. — Milch: 211 ff. Biestmilch 214. Blaue, rote etc. 214. von kranken etc. Tieren 216. Stallprobe 233. Vollmilch etc. 219. — Milchaufbewahrungs- und Verkaufsräume 224. — Milchgefässe 219. 222. — Milchkontrolle 225—232. — Mühlen 9. — Nahrungsmittel etc. Beschaffenheit, Beschau etc. 9. 13. 111. — Pferdefleischschau 140. — Polizeistrafges. 9. 140. 293. — Schlachthäuser 9. 137. 145. — Tabak, Tapeten 10. — Untersuchungsanstalten 106. 111. 311—313. — Viehschau 9. — Weinanalyse 242. — Wohnräume, Anstreichen 10.

Beamte. Begriff StrG 308. G 326.

Beerenobstwein RG 245. 250.

Beförderung von Schlachttieren, Fleisch etc. 198.

Beihilfe StrG 39. G 40. 41.

Beizen, arsenhaltige RG 273.

Bekanntmachung von Verurteilungen. Milch 233. — — und Freisprechungen. NMG und Folgegesetze 75. 90. 91. 96. **100. 102.** 206. 249. 254. 275. 282.

Bekleidungsgegenstände NMG 23. 46. 89. RG 272. Bayern 10.

Benzoësäuresulfinid RG 250.

Bereitung s. Herstellung.

Berlin. BS 131. 174. 218. — Bierdruckapparate 283 ff. — Central-Rossschlächtereier 182. — Central-Viehhof 130. 131. — Eis 209. — Fasshähne 280. — Finnenschau 173. — Flaschenverschlusskorken 280. — Fleischschau 131. — Markthallen 114. — Milch: 213 ff. abnorm gefärbte etc. 214. dicke 215. von kranken etc. Tieren 215. spezif. Gewicht, Fettgehalt 221. Vollmilch etc. 219. — Milchbetrieb 225. — Milchgefässe 219. 222. 223. — Milchkühe 218. — Milchuntersuchung 226. 228. — Milchvernichtung 227. — Milchwagen 219. 223. — Mineralwässer, künstliche 260 ff. — Pferdefleisch etc. 180. 183. 184. — Scheibenäpfel 262. — Schlachthaus 131. — Schlachttiere, Fleisch etc. Aushängen, Beförderung 198. — Schweine mit multiplen Blutaustretungen etc. 191. — Schweinefleisch, rohes 180. — Trichinenschau 164. 173 ff. Nachuntersuchung 174. Verarbeitung (trichin. Schweine) 176. — Wildschweine 164. 180.

Berufung RG 299.

Beschaubücher über geschlachtete Schweine 174.

Betrug StrG 3. 298. 299. — Rückfall 4. 299. — Versuch 4.



- Bier. Besteuerung 234. — Gesundheits-schädliches G 78. 90. — Nachmachung G 55. — Schaumerzeugung NMG 43. — Verfälschung 239. G 41. 57. — Bayern 60. 235—238. Baden 238. 239. Sachs.-Altenburg 239. Elsass-Lothringen 238. 239.
- Bierdruckapparate (Bierpumpen etc.). Bestimmungen in einzelnen Staaten 282 bis 286. — Bestandteile 284. RG 278. — Vorzüge 282. — — transportable 286.
- Bierfang 284.
- Biergläser. Metalldeckel RG 277.
- Bierhefe. Zusatz von Salicylsäure in Bayern. G 238.
- Bierkonservatoren s. Bierdruckapparate.
- Bierkouleur 239. Bayern 235. G 237.
- Bierleitungen 285. RG 281.
- Bierpressionen, Bierpumpen s. Bierdruckapparate.
- Bierspritzen (Handspritzen, Spritzhähne) 286.
- Biersurrogate 234—237. G 235. NMG 47.
- Biestmilch (Kolostrum) 214.
- Bilderbogen, Bilderbücher NMG 23. RG 270.
- Birnenwein RG 245.
- Bittere Milch 214.
- Blähsucht s. Aufblähung.
- Blätter, künstliche RG 272.
- Blanc fixe RG 267.
- Blaue Milch 214. 218.
- Blaustein G 78.
- Blei. Farben RG 264. 265. 267. — Metalllegierungen RG 277. — Milchgefäße 222.
- Bleiglasur s. Glasuren.
- Bleihaltiges Email, Kautschukwaren s. Email etc.
- Bleihaltiges Schrot. Rückstände in Gefäßen RG 280.
- Bleioxyd RG 271.
- Bleiröhren für Wasserleitungen 279.
- Bleisoldaten NMG 23.
- Bleistifte RG 273.
- Blei- und zinkhaltige Gegenstände RG Wortlaut 335. — Entstehungsgeschichte 275. 276. — Absicht des Ges. G 276. — Inhalt: § 1. 276—279; § 2. 281; § 3. 279. 280; § 4. 281. 282. 297; § 5. 281. 297; §§ 6, 7. 282. — Abänder. 275.
- Bleiweiss RG 271.
- Blitz. Fleisch der vom — getroffenen Tiere 192. 193.
- Blumen G 20. — — künstliche NMG 46. RG 272.
- Blumentopfgitter RG 270.
- Blut. Beimischung zu Speisen G 59.
- Blutaustretzungen, multiple, bei Schweinen 191. 192.
- Blutpresssack. Mehlsatz G 61.
- Blutreiches Fleisch 196. G 66. 71. 84.
- Blutstreifen oder Blutgerinnsel enthaltende Milch 214.
- Bochum. Untersuchungsanstalt 318.
- Bohnenkaffee G 65.
- Bonn. Landwirtschaftl. Versuchstation, Untersuchungsanstalt 318.
- Borax. Milch 218.
- Borsäure. Milch 218. — Wein RG 245.
- Borsten finniger Schweine 177. do. trichinöser 176.
- Bouquetstoffe. Wein RG 256.
- Brandenburg, Prov. BS 174. — Finnenschau 173. — Pferdefleisch etc. 183. 184. — Pferdeschlächtereien 180. 183. — Schinken und Speckseiten 164. — Trichinenschau 163. 171—173 ff. Nachuntersuchung 174. — Wildschweine 164. 180.
- Brandenburg, Stadt. Untersuchungsanstalt 316.
- Branntwein NMG 82. — RG 257. — Württemberg, Meckl.-Schwerin 258.
- Braunbier. Bayern 235.
- Braunsberg. Untersuchungsanstalt 315.
- Braunschweig, Staat. BS 174. 295. 328. — Finnenschau 173. — Schlachthäuser 132. 134. 135. — Trichinenschau 167. 171. 172 ff. Nachuntersuchung 174. — Wildschweine 167. 180.
- Braunschweig, Stadt. Untersuchungsanstalt 319.
- Brausteuern RG 234. 235.
- Bremen. BS 174. 295. — Finnenschau 173. — Pferdefleisch 184. — Pferdeschlächtereien 181. — Schinken 169. — Schlachthäuser 132. 136. 169. — Trichinenschau 169. 171. 172 ff. Nachuntersuchung 174. — Untersuchungsanstalt 319.
- Bremerhaven. Milch: 213 ff. blaue, rote etc. 214. von arzneilich behandelten Tieren 215. Vollmilch etc. 219. — Milchaufbewahrungs- und Verkaufsstellen 224. 225. — Milchbetrieb 225. — Milchgefäße 219. 222. 224. — Milchkühe 218. — Milchwagen 223.
- Breslau, RB. Fleisch kranker Tiere 184. 185. — Mutterkornhaltiges Getreide etc. 199.
- Breslau, Stadt. Untersuchungsanstalt 316.
- Briefmappen, Briefumschläge RG 273.
- Britanniametall. Lötung RG 278.
- Brokatfarben RG 268.
- Bromberg, RB. BS 130. — Bierdruckapparate 283 ff. — Fleischbeschauer 129. — Fleischhandel 130. — Schlachthäuser 129. 130. — Trichinenschau: 164 ff. Nachuntersuchung 174. Probenentnahme 179. — Wasseruntersuchung 208.
- Bronzefarben RG 268.
- Brot. Mutterkornhaltiges 199. — Württemberg 10. 200. S. auch Backwaren.
- Brunnenvergiftung StrG 6.
- Buchdruck. Farben RG 268—270.



- Büretten. Milchuntersuchung 229.  
 Bürgerliche Ehrenrechte, Verlust ders. NMG 90. 91. StrG 4. 5.  
 Bundesrat 2.  
 Buntstifte RG 273.  
 Bunzlauer Topfwaren. Milch 222.  
 Butter. Begriff 203. — G 77. 82. 201. — Vermischung mit Margarine 203. — Zusätze, fremde 201. — Preussen 206. Sachsen-Altenburg 201.  
 Buttermilch 213. 214. 216. 219. 224.  
**C**admium. Farben RG 264. 265. 267.  
 Central-Rossschlächtereie. Berlin 182.  
 Central-Viehhof. Berlin 130. 131.  
 Chaptalisieren RG 253.  
 Charlottenburg. Mineralwässer, künstliche 260 ff.  
 Chemiker s. Nahrungsmittel-Chemiker.  
 Chemische Centralstelle für öffentl. Gesundheitspflege in Dresden 319.  
 Chemische Verarbeitung finnig. Schweine 177. do. trichinöser 176.  
 Chemisches Laboratorium der Centralstelle f. Gewerbe u. Handel in Stuttgart 319. — der Polizei-Direktion zu Strassburg 225. 319.  
 Chemnitz. Untersuchungsanstalt 319.  
 Chevallier'sches Kremometer 228.  
 Chokolade G 65. — Packung. Oberfranken 280.  
 Cholera. Verschleppung durch Milch 224.  
 Christbäume, künstliche RG 270.  
 Chrom. Farben RG 264. 265. 267.  
 Chromoxyd RG 267. 269. 274.  
 Chromsaures Blei RG 271.  
 Cibeben RG 256.  
 Cichorien. Biersurrogat. Bayern 235.  
 Cigarren G 22.  
 Claviceps purpurea 199.  
 Coenurus cerebralis 192.  
 Cognac G 55. 258.  
 Coldcream RG 269.  
 Coupage RG 252. 253.  
**D**anzig, RB. BS 174. — Finnenschau 173. — Milch bei Maul- und Klauenseuche der Tiere 217. — Trichinenschau: 163. 171. 172 ff. ausländische Schweinefleischwaren 175. Nachuntersuchung 174. Probeentnahme 179. — Trichinenschauer 327.  
 Danzig, Stadt. Untersuchungsanstalt 316.  
 Darmstadt. Milch: 213 ff. Biestmilch 214. ekelerregende etc. 214. spezif. Gewicht, Fettgehalt 221. Untersuchung 226. 229. Vollmilch etc. 219. — Milchaufbewahrungs- und Verkaufsräume 224. — Milchbetrieb 225. — Milchgefässe 219. 222. — Untersuchungsanstalt 319.  
 Decken. Anstrich RG 274.  
 Deklarationszwang 253.  
 Dessertweine RG 247. 248. 256.  
 Deutsches Reich. Bundesrat 2. Kaiser 2. Reichsgesetze 1. 2. Reichstag 2. 42. 47. Zuständigkeit zur Nahrungsmittelgesetzgebung 1. S. auch die Reichsbehörden und die einzelnen für das Reich erlassenen Gesetze, Verordnungen etc.  
 Dextrin. Bier 234. Milch 218.  
 Dicke Milch 214. 215.  
 Dinitrokresol 262.  
 Diphtherie bei Menschen. Verschleppung durch Milch 224. bei Tieren. Milch ders. Baden 215.  
 Distomen 192.  
 Doppeltkohlensaures Natron. Bier. Bayern G 237.  
 Dortmund. Untersuchungsanstalt 318.  
 Drehkrankheit 192.  
 Dresden. Chemische Centralstelle für öffentl. Gesundheitspflege 319. — Markthallen 114. — Milch: 213 ff. Biestmilch 214. ekelerregende etc. 214. von kranken etc. Tieren 216. spezif. Gewicht u. Fettgehalt 221. Untersuchung 226. Verschleppung ansteckender Krankheiten 224. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe, Milchwagen 219. — Schlachthaus 133.  
 Druckvorrichtungen zum Bierausschank RG 278.  
 Düren. Milch: 213 ff. Biestmilch 214. ekelerregende 214. von kranken Tieren etc. 216. spezif. Gewicht u. Fettgehalt 221. Untersuchung 226. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 219. — Untersuchungsanstalt 232.  
 Düsseldorf, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Mutterkornhaltiges Getreide etc. 199. — Safransurrogat 262. — Schlachthäuser 128. — Schweinefleisch, rohes 180. schwachfinniges 177. — Trichinenschau: 166. 172. 173 ff. Nachuntersuchung 174. — Trichinenschauer 327. — Untersuchungsanstalten 106. 318. — Wildschweine 180.  
 Düsseldorf, St. Untersuchungsanstalt 318.  
 Düten. Farben RG 266.  
 Duisburg. Untersuchungsanstalt 318.  
 Durchfall bei Kälbern. Fleisch von solchen 194.  
**E**berswalde. BS 218. Milch: 213 ff. abnorm gefärbte etc. 214. von kranken etc. Tieren 215. spezif. Gewicht u. Fettgehalt 221. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 222. — Milchkühe 218.  
 Echinokokken 192.  
 Egelkrankheit (Distomen) 192.  
 Ehrenrechte, bürgerliche. Verlust ders. NMG 90. 91. StrG 4. 5.  
 Eingeweidewürmer. Fleisch 191.  
 Einziehung von Gegenständen. Milch 233. — NMG 48. 75. 90. 91. 96. 99. Folge-



- gesetze 205. 249. 254. 275. 282. — StrG 5.
- Eis 209.
- Eisenblech. Milchgefässe 222.
- Eiskalte Getränke. Preussen 262.
- Eiweiss. Wein RG 251.
- Ekelerregung G 68. 71. 81.
- Elsass-Lothringen. BS 157. 158. **296.** 328. — Bier 238. 239. — Fleischbeschauer 157. 158. 327. — Fleisch kranker Tiere 190. 191. do. verendeter 195. vergifteter 192. — Fleischschau 157. 158. — Kesselsteuerges. 234. — Metzgergewerbe 133. — Milch: 212. 213 ff. Biestmilch 214. Blaue, rote etc. 214. Fettgehalt 221. von kranken Tieren 215. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 219. — Milchkontrolle 225. — Pferdefleisch 157. 183. — Rosinenwein 257. — Schlachthäuser etc. 120. 133. 137. 158. — Untersuchungsanstalten 319. 320.
- Email. Farben RG 268. — — bleihaltiges. Ess-, Trink-, Kochgeschirr, Flüssigkeitsmaasse RG 277. 278. — Milchgefässe 222.
- Emden. Untersuchungsanstalt 317.
- Entflammbarkeit etc. Petroleum RG 288.
- Entgipsen. Wein RG 245. 246.
- Entsäuerung. Wein RG 253.
- Erdrosselte Tiere. Fleisch 193.
- Erfurt, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Nahrungsmittelkontrolle 110. — Schweinefleischwaren, ausländische 165. 175. finnige 177. — Trichinenschau: 165. 172 ff. Nachuntersuchung 174. — Trichinenschauer G 326. — Wildschweine 180.
- Erlangen. Untersuchungsanstalt 311.
- Erschlagene, erstickte Tiere. Fleisch solcher 192. 193.
- Erstickungszufälle bei Tieren. Fleischschau. Sigmaringen 160. Bayern 143. Baden 149. Hessen 152. Gotha 154. Schwarzb.-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 157.
- Ertränkte Tiere. Fleisch von solchen 193.
- Esel s. Pferdefleisch etc.
- Ess-, Trink- und Kochgeschirr. Begriff 23. 276. — NMG. Beaufsichtig. 19. Herstellung 46. 89. Verkaufen etc. 89. — RG 276. 277. — Bayern 10.
- Essen. Untersuchungsanstalt 318.
- Essig-Leitungen RG 281.
- Esswaren. StrG 5. Bereitung. Hessen 11. — Beschaffenheit, Beschau etc. Bayern 9. Baden 11.
- Etikett G 60.
- Euterkrankheiten. Milch 215.
- Evaporated apples 262.
- F**abrikanten als Sachverständige 302. 320.
- Fälschung. Begriff 47.
- Färbung. Bier 239. Bayern G 236. 238. — Fleisch G 59. — Gefässe etc. 266 bis 268. — Nahrungs- und Genussmittel RG 264—266. G 59. — Wein RG 245. 246.
- Fäule 192.
- Fahrlässigkeit NMG 75—78. 93—96.
- Farben NMG 19. 23. 46. — Untersuchung auf Arsen und Zinn RG 266. 274. — — gesundheitsschädliche RG Wortlaut 337. Entstehungsgeschichte 263. 264. Inhalt: §§ 1, 2. 264. § 1. 264 bis 266. § 2. 266—268. § 3. 268. 269. § 4. 270. 271. § 5. 268. § 6. 270. § 7. 272. 273. § 8. 272—274. § 9. 274. § 10. 267. § 11. 272. § 12. 275. 297. § 13. 275. § 14. 264. 275. — — giftige RG 48.
- Farbmalz. Bayern 238.
- Farbsteine RG 270.
- Farinzucker. Weissbier G 235.
- Fasshähne 279. Preussen, Berlin 280.
- Fasspumpen 286.
- Faules Fleisch 196.
- Federhalter RG 273.
- Feilbieten G 29.
- Feilhalten NMG 29—31. 37. Versuch 32. 34. 35. vollendetes 32. von Nahrungs- und Genussmitteln von bestimmter Beschaffenheit 43. — von verfälschten etc. Nahrungs- und Genussmitteln 61—63, 75. G 73. — do. von gesundheitsschädl. 82. 93. — do. von Gebrauchsgegenständen 89. 93. — von gesundheitszerstörenden Nahrungs-, Genussmitteln, Gebrauchsgegenständen 91. 93.
- Fenster. Anstrich RG 274.
- Feser'sches Laktoskop 229.
- Fett. Milch 219—221. Bestimmung dess. 228. 229. 231. — Tiere: finnige 177. G 178. kranke. Bayern 144. Sachsen 184. 186. 188. 190. 191. todborene, ungeborene. Sachsen 193. trichinöse 176. verendete. Sachsen 195. verunglückte. Sachsen 193.
- Finnenschau 161—180. **173.** Probeentnahme 179. — G 178. S. auch Trichinenschau.
- Finniges Fleisch G 37. 38. 67. 86. 87. RB Gumbinnen 163. RB Oppeln 164. — Benutzung 177. 191. — Wurst von — 197.
- Fische G 85.
- Fischkiemen. Färbung G 59.
- Fixierungsmittel, arsenhaltige RG 273.
- Flaschenverschlusskorken 279. Berlin 280.
- Flashing point. Petroleum RG 288.
- Fleckfieber. Verschleppung durch Milch 224.
- Fleisch (und Fleischwaren). Allg. 117. 139. Württemberg 10. — Benutzung. RB Bromberg 130. — Feilhalten 30. 34. 35. — frisches G 122. — kranker Tiere NMG 44. G 86. 94. 186. Landes-



- rechtl. Verordn. etc. 184—192. Hessen-Nassau, Sigmaringen 160. Bayern 144. Baden 149. Hessen 151. 152. Schwarzburg-Rudolstadt 156. Elsass-Lothringen 157. — Verkauf 36. S. auch Aufblasen, blutreiches, mageres etc. —; krepierete, ungeborene etc. Tiere, etc.
- Fleischaufbewahrungsräume. Bayern 145. Sachsen-Meiningen 153.
- Fleischbänke. RB Gumbinnen 13. Bayern 9. Baden 11.
- Fleischbeschauer. Allg. 302. 304. 324—330. G 325—327. — Anzeigepflicht bei Viehseuchen RG 330. — Beaufsichtigung 330. — Bezeichnung als —. Sachsen 327. — Gebühren 330. — Prüfung 328. — Tagebücher etc. 330. — RB Bromberg 129. Hessen-Nassau 159. Sigmaringen 160. Bayern 142—144. Baden 148. 149. Hessen 151. Sachsen-Meiningen 153. Sachsen-Kob.-Gotha 154. 155. Schwarzb.-Rudolstadt 155—157. Elsass-Lothringen 157. 158.
- Fleischboten 179.
- Fleischbücher 174. 175.
- Fleischhandel. RB Bromberg 130. Sachs.-Meiningen 153. Elsass-Lothringen 133.
- Fleischschau. Allg. 138. 139. — Anordn. ders. mit GO vereinbar G 123. — Preussen 122. 123. 130. 158. Berlin 131. RB Potsdam 161. Hessen-Nassau 158 bis 160. Sigmaringen 160. Bayern 9. 140—145. Württemberg 145—148. Baden 148. 149. Hessen 150—152. Sachs.-Meiningen 152. 153. Sachs.-Koburg-Gotha 153—155. Schwarzb.-Rudolstadt 155—157. Elsass-Lothringen 157. 158.
- Fleischschaukommissionen. Württemberg 145. 146.
- Fleischschauregister. Württemberg 145.
- Fleischschauscheine G 327. — Bayern 142. Württemberg 146. Schwarzburg-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 157.
- Fleischverkaufsräume. Bayern 145. Württemberg 146. 148. Baden 149. Sachs.-Meiningen 153. Herzogt. Gotha 155. Elsass-Lothringen 158.
- Fleischwarenbücher 175.
- Flensburg. Milch 213 ff. — Milchgefäße 222—224. — Milchwagen 219. 223. — Untersuchungsanstalt 317.
- Fliegenglocken. Farben RG 267.
- Flüssigkeitsmaasse RG 276. 277.
- Forst. Untersuchungsanstalt 316.
- Frankfurt a. M. Markthalle 114. — Untersuchungsanstalt 318.
- Franzosen, sog. s. Perlsucht.
- Frauen als Gewerbetreibende 303. — als Trichinenschauer. Berlin 131. RB Bromberg, Magdeburg, Mecklenburg-Schwerin 330.
- Freibänke 197. RB Bromberg 130. Bayern 178. Ober-, Mittelfranken 186. Sachsen 190. Württemberg 147. Baden 178. Herzogt. Gotha 154.
- Freiburg. Untersuchungsanstalt 314.
- Freisprechung s. Bekanntmachung.
- Fruchtliqueur G 259.
- Fruchtsäfte, Fruchtsirup. Gefäße zur Anfertigung von — RG 279. — Nachahmung G 52.
- Fruchtzucker. Wein RG 254.
- Früchte, künstliche RG 272.
- Frühgeborene Tiere. Fleisch ders. 193. G 193.
- Fuchsin. Färbung von Fruchtliqueur G 259.
- Fürth. Untersuchungsanstalt 313.
- Fussböden. Anstrich RG 274.
- Futtermittel für Milchkühe. Berlin 218.
- Gallisieren RG 253—255.
- Gardinen RG 272.
- Gasolin 287.
- Gassen's Kunstkaffee. Preussen 259.
- Gastwirte NMG 36.
- Gebärmutterentzündung bei Tieren. Milch 215.
- Gebärmuttervorfall — Geburtszufälle bei Tieren. Fleischschau. Sigmaringen 160. Bayern 143. Baden 149. Hessen 152. Schwarzb.-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 157.
- Gebrauchsgegenstände NMG 19. 46. 89. Anstrich RG 274. — Bayern, Württemberg 10.
- Gebühren. Fleisch- und Trichinenschauer 330. — Sachverständige RG 306. — Schlachthäuser. Preussen 125. 130. Oldenburg, Braunschweig, Anhalt 135. Lübeck 136.
- Gefängnisstrafe StrG 4. 205.
- Gefäße. Bleihaltige Rückstände RG 280. Farben RG 266—268. — Verfertigung von Getränken und Fruchtsäften RG 279. — Württemberg 10. Hessen 11.
- Gefallene Tiere. Fleisch ders. 195.
- Gehetzte Tiere. Fleisch ders. 193.
- Gehilfe StrG 39. G 40.
- Geistige Getränke GO 112. 114.
- Geisenheim. Lehranstalt f. Obst- u. Weinbau 318.
- Gelatine. Bier. Bayern 238. — Wein RG 251.
- Gelbsucht bei Tieren. Fleisch 186. — Milch 215.
- Geldstrafen. Überweisung an öffentl. Untersuchungsanstalten NMG 104. 105. Folgegesetze 206. 249. 254. 275. 282.
- Genossenschafts-Molkerien 216. 217.
- Genussmittel. Farben RG 264—266. — NMG 19—21. 43. 53. 61. 75. 79. 82. 91. 93. — Packung. Oberbayern, Mittelfranken 280. S. auch Nahrungsmittel.
- Gera, Landratsamt. Fleisch kranker Tiere 185. — Trichinenschau 168. 171.



- Geräte zum Schlachten etc. trichinöser Schweine 176.  
 Gerichte, Gerichtsbarkeit RG 296.  
 Gerichtsverfassung RG 296—301.  
 Gerste G 21. 65.  
 Gerstenmalz. Bier 235.  
 Geschäftsgebräuche NMG 60. 61.  
 Geschäftsstunden, übliche NMG 24.  
 Gespinnste. Farben RG 273. Untersuch. auf Arsen u. Zinn 266. 274.  
 Gesundheit, Schaden an ders. G 96.  
 Gesundheitsamt, kaiserl. 290. 291.  
 Gesundheitsbier NMG 44.  
 Gesundheitsschädliche Stoffe. Württemberg 10. Hessen 11. NMG 34—38. 40. 41. Herstellung 79. 89. 93. Verkaufen etc. 82. 89. 93. — Farben RG 264. S. auch Farben. — Fleisch 196. — Wein 247.  
 Gesundheitsschädlichkeit. Begriff NMG 81—84.  
 Gesundheitszerstörende Nahrungsmittel etc. NMG 91. 93.  
 Gesundheitszerstörung 92. StrG 6.  
 Getränke. Bereitung, Beschau etc. Bayern 9. Baden, Hessen 11. — — eiskalte. Preussen 262. — Geschirre etc. zur Verfertigung von — RG 279. — verfälschte, verdorbene StrG 5.  
 Getreide G 80. — mutterkornhaltiges 199. — Bayern 10.  
 Gewebe. Farben RG 273. Untersuchung auf Arsen u. Zinn 266. 274.  
 Gewerbebetrieb GO 114. 115. 303. im Umherziehen 114. 115. — NMG Probenentnahme 24. — Bayern 10.  
 Gewerbe-Ordnung RG: §§ 1, 11. Allgem. 303. § 16 gewerbliche Anlagen 117. §§ 17, 23, 25, 51 do. 118. G 123. §§ 20, 21, 36, 40, 53, 54 Bestallung 304. § 42 Gewerbebetrieb am fremden Orte G 123. § 44 a Waren-Ankauf u. Bestellung 114. §§ 55—63 Gewerbebetrieb im Umherziehen 114. 115. §§ 64—71 Marktverkehr 111—113. §§ 73, 74 Backwaren 199. 200. §§ 78, 79 Taxen 305. § 142 statutarische Bestimmungen 137. §§ 147 bis 149 Strafen 112. 119. 200. 305. — für Württemberg 11.  
 Gewerbsmässig. Begriff 43.  
 Gipsen. Rotwein RG 244. 247.  
 Glätte RG 271.  
 Glas. Farben, eingebrannte RG 268. — Milchgefässe 222. 223.  
 Glasuren. Bleihaltige 222. RG 277. 278. — Farben, eingebrannte RG 268.  
 Glycerin. Bier. Bayern 235. — Wein RG 245.  
 Gnesen. BS 218. — Milch: 213 ff. abnorm gefärbte etc. 214. von kranken etc. Tieren 215. spezif. Gewicht, Fettgehalt 221. Vollmilch etc. 219. — Milchbetrieb 225. — Milchgefässe 219. 222. — Milchkühe 218. — Milchwagen 219. 223.  
 Göttingen. Untersuchungsanstalt 317.  
 Goldglätte RG 271.  
 Gotha, Hrzgt. BS 154. 155. — Fleisch, gesundheitsschädliches 196. kranker Tiere 188. 190. do. ungeborener, zu jungem, zu alter 193. 194. do. verendeter 195. — Fleischbeschauer, Fleischschau 154. 155. — Schlachthäuser 155. — Trichinenschau 168.  
 Greifenhagen, Kreis. Untersuchungsanstalt 316.  
 Grosshandel. Feilhalten etc. G 31. 64. — Margarine 204. — Schweinefleischwaren 175.  
 Gumbinnen, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finniges Fleisch, Finnenschau 163. 173. 177. — Fleischbänke 13. — Nahrungsmittelkontrolle 106. — Notschlachtungen 181. — Pferdefleisch, Pferdeschlächtereien 180. 184. — Schlachthäuser 13. — Trichinenschau 163. 171. 172. — Trichinöse Schweine: Geräte 176. Nachuntersuchung 174.  
 Gummi. Wein RG 256.  
 Gummifarben RG 270.  
 Gummigutti. Farben RG 264. 267.  
 Gummispielwaren RG 271.  
 Gusseiserne Milchgefässe 222.  
 Gutachten, falsche StrG 307. 308.
- H**aare und Haut, Mittel zur Reinigung etc.; Haarfärbemittel, Haaröle RG 269.  
 Hackfleisch. Trichinenschau. Hamburg, Lübeck 179.  
 Händler als Sachverständige 302. 320.  
 Haftstrafe StrG 5. 205.  
 Hagen. Untersuchungsanstalt 318.  
 Halbmilch 219.  
 Hamburg. BS 174. 295. 329. — Finniges Schweinefleisch 177. — Hack-, Stücken-, Rollfleisch 179. — Obst 262. — Schlächtereien etc. 119. 138. — Schweinefleisch, rohes 180. — Trichinenschau: 169. 171. Nachuntersuchung 174. — Untersuchungsanstalt 319. — Wurst 179.  
 Handelskammern RG 298.  
 Handelsverträge. Wein 243.  
 Hannover, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 171—173. — Wildschweine 165. 180.  
 Hannover, Stadt. Markthalle 114. — Untersuchungsanstalt 317.  
 Harburg. Untersuchungsanstalt 317.  
 Hartgummi. Krannen an Milchwagen 223.  
 Hausenblase. Bier. Bayern 238. — Wein RG 251.  
 Haussuchungen 26.  
 Haut finniger Schweine 177. do. trichinöser 176. S. auch Haare.  
 Heber s. Siphons.  
 Hefenwein RG 255. 256.



- Heidelbeerfarbstoff 246.  
 Heidelbeerwein RG 245.  
 Heidelberg. Untersuchungsanstalt 314.  
 Helgoland. Einführung des NMG und der Folgegesetze 18.  
 Herstellung. Begriff. Blei-Zinkges. 277. 281. NMG 43. 80. Bestimmte Arten der — NMG 43. — gesundheitsschädliche Nahrungsmittel etc. NMG 79. 89.  
 Herstellungsräume. Revisionen NMG 26. 27.  
 Hessen. BS 111. 151. 152. **294.** 328. 330. — Esswaren, Getränke 11. — Fleisch: aufgeblasenes 196. gesundheitsschädliches 196. kranker Tiere 188. 190. 192. 194. do. verunglückter etc. 193. do. zu alter, zu junger 194. — Fleischbeschauer 151. 152. — Fleischschau 150—152. — Gefässe 11. — Gesundheitsschädliche Stoffe 11. 196. — Märkte 11. — Mineralwässer, künstliche 260. — Möbel 12. — Nahrungsmittelkontrolle 111. — Pferdefleischschau 151. — Polizeistrafges. 11. 150. 198. — Schlachthäuser 11. 138. — Trichinenschau 170. — Untersuchungsanstalten 319. — Werkstätten, Werkzeuge 11. — Wurst 179. 197.  
 Hessen-Nassau, Prov. BS 159. 160. 328. — Fleisch zu junger Kälber 194. — Fleischbeschauer 159. — Fleischschau 158—160. — Pferdefleischschau 159. — Schlachthäuser 158.  
 Hettstedt. Untersuchungsanstalt 316.  
 Hildesheim, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Mineralwässer, künstliche 260 ff. — Not-schlachtungen 182. — Pferdefleisch etc. 181. 184. — Schlachthäuser 128. — Trichinenschau 165. 171. 172. — Trichinenschauer 327. — Trichinöse Schweine: Geräte etc. 176. Nach-untersuchung 174. — Wildschweine 165. 180.  
 Himbeer-, Johannisbeersaft G 52.  
 Himbeerliqueur G 54. 56.  
 Hirsesucht s. Perlsucht.  
 Hobelspäne. Bier. Bayern 238.  
 Holzgefässe, Holzkrahnen. Milch 222. 223.  
 Honigfarben RG 270.  
 Hopfen G 22. Bayern 235. G 236.  
 Hydatiden (Echinokokken, Hülsenwurmblasen, Wasserblasen) 192. G 72.  
**Jahrmärkte** GO 111. 112.  
 Jamaika-Rum G 65.  
 Insterburg. Agrikultur — chem. Versuchsstation 316.  
 Inverkehrbringen NMG 35. 37. 38. 40. Versuch, vollendetes 39. — gesundheitsschädliche Nahrungsmittel etc. 82. 89. 93. do. gesundheitszerstörender 91. 93.  
 Invertzucker. Wein RG 253.  
 Irdenes Geschirr. Milch 222.  
 Johannisbeersaft s. Himbeersaft.  
 Johannisbeerwein RG 245.  
 Junge Tiere. Fleisch zu — 194.  
**Käse.** Packung RG 280.  
 Kaffee G 50. 65. 74. 77. — —bohnen-künstliche NMG 47. Preussen 259, S. auch Maschinen. — —surrogate. Packung. Oberbayern, Mittel-, Oberfranken 280.  
 Kaiser, Deutscher 2.  
 Kaliumsulfat RG 247.  
 Kalkkonkremente bei Schweinen 191. 192.  
 Kalkspath — Kalkstein. Wein RG 253.  
 Kammergericht 300.  
 Kaolin. Wein RG 245. 251.  
 Karlsruhe. Untersuchungsanstalt 314.  
 Kartoffelmehl. Bier 234. — Butter G 201.  
 Kartoffeln G 21. — Butter G 201.  
 Kassel, RB. Mineralwässer, künstl. 260 ff. — Mühlenordn., mutterkornhaltiges Getreide etc. 199. — Trichinenschau 166. 172. — Wildschweine 166. 180.  
 Katarrhfieber bei Tieren. Milch. Württemberg 215.  
 Kautabak. Packung RG 280.  
 Kautschukschläuche, K.waren RG 281.  
 Kellerbehandlung. Wein RG 251. 252.  
 Kermesbeeren. Wein RG 245.  
 Kerzen RG 273.  
 Kesselsteuer. Baden, Elsass-Lothringen 234.  
 Kiel. Untersuchungsanstalt 317.  
 Kiemen s. Fischkiemen.  
 Kieselsaure Thonerdeverbindungen. Wein RG 245.  
 Kindermilch, Kinderpulver NMG 44.  
 Kindersaugflaschen RG 278.  
 Kinderspielwaren NMG 23. Bayern 10. S. auch Spielwaren.  
 Klärerden. Wein RG 251.  
 Klärungsmittel. Bier. Bayern 238. — Wein RG 245. 251.  
 Klappläden. Anstrich RG 274.  
 Kleemeistereiwesen. Württemberg 167.  
 Kleidungsstoffe s. Bekleidungsgegenstände.  
 Koblenz, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Bierleitungen 285. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 166. 171. 172.  
 Koblenz, Stadt. Untersuchungsanstalt 318.  
 Koburg, Hrztg. BS 154. — Fleisch von Kälbern kranker Kühe, von trächtigen Tieren, do. zu jungen 194. — Fleischschau 153. 154. — Schlachttiere, Fleisch etc.: Aushängen, Beförderung 198. — Trichinenschau 168.  
 Kochgeschirr s. Essgeschirr.  
 Kochsalz. Butter G 201. Wein RG 251.



- Köln, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 166. 171. 172.
- Köln, Stadt. BS 218. — Markthalle 114. — Milch: 213 ff. arzneilich behandelter Tiere 215. ekelerregende etc. 214. Verschleppung ansteckender Krankh. durch — 224. Vollmilch etc. 219. — Milchbetrieb 225. — Milchgefäße 219. 222 bis 224. — Milchkühe 218. — Milchwagen 219. 223. — Untersuchungsanstalt 318.
- Königsberg, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Schlachthäuser 127. — Trichinenschau 170.
- Königsberg, Stadt. Untersuchungsanstalt 316.
- Körperverschleppung, fahrlässige StrG 98. — schwere StrG 90. NMG 90. — vorsätzliche StrG 90. 299.
- Köslin, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Trichinenschau 164. 170.
- Kohlendunst. Fleisch in — erstickter Tiere 192.
- Kohlensäure. Bierdruckapparate 285. — Wein RG 251.
- Kohlensäurehaltige Getränke. Siphons RG 278.
- Kohlensäure. Baryum. Farben RG 267. — Kalium, Kalk. Wein RG 253. — Natron. Milch 218.
- Kolorierfarben RG 270.
- Kolostrum s. Biestmilch.
- Kommunalabgabenges. Preussen 125.
- Konkludente Handlungen 4.
- Konkurrenz s. Zusammentreffen.
- Konservenbüchsen RG 279.
- Konservierungsmittel. Bier 238. — Milch 218. — Wein RG 245. 246. 252.
- Konstanz. Untersuchungsanstalt 314.
- Kontrollbücher s. Fleischwaren —, Schlachtbücher.
- Korallin. Farben RG 264. 267.
- Korinthen. Wein RG 256.
- Kosmetische Mittel RG 268. 269.
- Kosten bei polizeil. Untersuch. NMG 102—104.
- Kottbus. Untersuchungsanstalt 316.
- Krahne (Abflusshähne). Milchwagen 223.
- Kranke Tiere NMG 44. — Beseitigung, Verwendung. Bayern 144. Württemberg 147. Baden 149. Anhalt 185. S. auch Fett, Fleisch, Milch und die einzelnen Krankheiten.
- Krebs bei Tieren. Fleisch ders. 186.
- Krefeld. Untersuchungsanstalt 318.
- Kreide. Milch 218. — Mineralwässer, künstl. RB. Kassel, Schleswig 261. — Wein RG 253.
- Kremometer 228. 229.
- Krepierte Tiere. Fleisch 195. G 66. 70. 81. 85.
- Küchenabfälle auf Milchwagen 224.
- Kühlapparate in Bierleitungen 285.
- Kuhmilch 213.
- Kuhschmalz G 207.
- Kunstbutter, Margarine. Herstellung 201. — RG Wortlaut 340. Entstehungsgeschichte 201. 202. Inhalt: §§ 1, 2. 202. 203. § 3. 204. § 4. 202. § 5. 205. 297. 298. § 6. 206. Zus.treffen mit NMG oder Betrug 206. Anwendbarkeit des Ges. G 206. Ausfüh.-Bestimm. 204. 205.
- Kunstkaffee s. Kaffeebohnen.
- Kunstprodukte G 60. 258.
- Kunstwein RG 245. 255. G 64.
- Kunstweinfabrikation. Baden 257.
- Kupfer. Branntwein. Württemberg 258. — Farben RG 264. 265. 267—269. — Milchgefäße 222. — Milchwagen 223.
- Kuttlerlei. Unter-Elsass 158.
- L**akritzensaft. Bier. Bayern 235.
- Laktobutyrometer 229.
- Laktodensimeter 227—229.
- Laktoskop 229.
- Lampenschirme RG 273.
- Landesgesetzgebung, Verhältnis z. Reichsgesetzgeb. 1.
- Landesverwaltung. Preussen 292.
- Landgerichte RG 296. 298. 299.
- Landwirtschaftliche Versuchsstationen s. Versuchsstationen.
- Lebende Tiere G 21. 22. 45.
- Lebensbitter G 22.
- Lebensmittel s. Esswaren, Getränke, Genuss-, Nahrungsmittel.
- Leber, mit Hydatiden durchsetzt G 72.
- Leberwurst. Mehlzusatz G 60. 61.
- Leer. Untersuchungsanstalt 317.
- Leim. Bereitung aus finnigen Schweinen 177. do. trichinösen 176.
- Leipzig. Markthalle 114. Schlachthaus 134. Untersuchungsanstalt 319.
- Lichtmanschetten, Lichtschirme RG 273.
- Liegnitz, RB. Fleisch kranker Tiere 184. 185. — do. verendeter 195.
- Ligroin 287.
- Lippe. BS 296. 330. — Bierdruckapparate 284 ff. — Milch 217. — Schlachthäuser etc. 119. 132. 136. — Trichinenschau 169. 171. 172.
- Lippenpomade RG 269.
- Lörrach. Untersuchungsanstalt 314.
- Löschpapier RG 273.
- Löserdürre s. Rinderpest.
- Lötung von Geschirr etc. RG 277. 278.
- Lolch. Branntwein. Meckl.-Schwerin 258.
- Lothringen. Fleisch 194.
- Lübeck. BS 295. — Finnenschau 173. — Fleisch, aufgeblasenes 195. — Schlachthäuser 132. 136. 169. — Trichinenschau 169. 172. 173.
- Lüneburg, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 172.



- Luft, Luftleitungsrohre. Bierdruckapparat 284.
- Lunge, mit Hydatiden durchsetzt G 72.
- Lungenseuche. Fleisch RG 187. — Milch 215. — — wurmige 192.
- Lungensucht s. Perlsucht.
- Lyoner Würste. Mehlezusatz G 61.
- Maass- und Gewichtsordnung** RG 225.
- Madeira RG 248.
- Märkte NMG Probeentnahme 24. — GO 111—113. Bayern 9. 10. Baden, Hessen 11.
- Magazine. Württemberg 11.
- Magdeburg, RB. BS 174. — Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 172. Nachuntersuchung 174.
- Magdeburg, Stadt. Untersuchungsanstalt 316.
- Mageres Fleisch G 70.
- Magermilch 216—219.
- Magnesit. Mineralwässer, künstl. RB Kassel, Schleswig 261.
- Magnesiumverbindungen. Wein RG 245.
- Mainz, Kreis. Mineralwässer, künstl. 260 ff.
- Mainz, Stadt. Untersuchungsanstalt 319.
- Malfarben RG 270.
- Malz. Bayern 235. G 236.
- Malzaufschlaggesetz. Bayern 60. 234—236.
- Mannheim. Untersuchungsanstalt 314.
- Marburg. Untersuchungsanstalt 318.
- Marchand-Salleron'sches Laktobutyrometer 229.
- Margarin 202.
- Margarine RG Bezeichnung 202. — Gefässe u. Umhüllungen 204. — Grosshandel 204. — Verkaufen u. Feilhalten 203—205. — Vermischung mit Butter 203. — Würfelform 204. S. auch Kunstbutter. — G 207. — Preussen. Verkaufsstellen 206.
- Marienwerder, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Trichinenschau 163. 171. Probeentnahme 179.
- Markenschutzgesetz 7.
- Markthallen 113. 114.
- Marmor. Wein RG 253.
- Marquisen RG 272.
- Maschinen z. Herstellung künstl. Kaffeebohnen RG 48. 259.
- Masken RG 272.
- Materialien z. NMG 16.
- Maul- und Klauenseuche. Fleisch 143. 188. — Milch 215—217.
- Maultiere s. Pferdefleisch etc.
- Mecklenburg-Schwerin. BS 174. 294. — Branntwein 258. — Finnenschau 173. — Fleisch, aufgeblasenes 195. bei Perlsucht 190. — Milch 217. — Notschlachtungen 181. — Pferdeschlächtereien etc. 181. 183. — Saccharin 239. — Schlachthäuser 138. — Trichinenschau 167. 171—173 ff. Nachuntersuchung 174.
- Mecklenburg-Strelitz. BS 294. — Trichinenschau 167. 171. 172 ff.
- Medizinalwein NMG 44.
- Mehl. Aufbewahrung NMG 44. — Milch 218. — mutterkornhaltiges 199. — verdorbenes G 80. 82. — Wurst G 60. 61.
- Meineid Sachverständiger StrG 307. 308.
- Merseburg, RB. Trichinenschau 165. 172 ff.
- Messen GO 111. 112.
- Messgefässe. Milch 222. 223.
- Messing. Milch 222. 223.
- Metalldeckel, Biergläser etc. RG 277.
- Metallfarben RG 268.
- Metall(Zinn)folien. Packmaterial RG 280. Oberbayern, Mittel-, Oberfranken 280.
- Metalllegierungen RG 277.
- Methylsaccharin RG 250.
- Mettwürste G 57.
- Metzgergewerbe. Elsass-Lothringen 133.
- M.-Gladbach. Untersuchungsanstalt 318.
- Miescher'sche Schläuche (Psorospermien) 191. 192.
- Milch NMG 44. 54. 57. 218. — Andere Bestimmungen 210—213 ff. — Abnorm gefärbte, ekelerregende etc. 214. — Behandlung bis zum Verkauf 221. 222. — Dicke, saure etc. 214. 215. — Konservierungsmittel 218. — kranker etc. Tiere 215—217. — Magermilch 216—219. — Spezif. Gewicht u. Fettgehalt 219 bis 221. — Stallprobe 220. 232. 233. — Strafbestimmungen 233. — Transport 222. 223. — Trockenbestandteile 219—221. — Veränderlichkeit 210. — Verschleppung von Krankheiten 223. 224. — Volle, halbe, abgerahmte — 218—221. — Milchaufbewahrungs- und Verkaufsräume 223. 224. 225.
- Milchbetrieb 225.
- Milchgefässe. Aichung 225. — Aufschriften 219. — Material 222. 223. — Reinigung, Reinhaltung 223. 224.
- Milchkontrolle, endgültige 231. 232. — vorläufige 225—231.
- Milchkühe 217. 218.
- Milchprober 229.
- Milchuntersuch.-Instrumente 227—229.
- Milchwage 229.
- Milchwagen. Aufschriften 219. — Krahne 223. — Mitführen von anderen Gegenständen 218. 224.
- Milzbrand bei Tieren 45. — Fleisch RG 187. — Milch 215. RG 216.
- Minden, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Fleisch kranker Tiere 184. 185. — Milch: Magermilch 217. Verschleppung von Krankh. 224. — Nahrungsmittelkontrolle 107. 110. — Trichinenschau 165. 171. 172 ff. Nachuntersuchung 174. — Trichinöse Schweine. Geräte 176.



Minderwertiges Fleisch. Allg. 196. RB Bromberg 130. Bayern 144. 193—195. Württemberg 194. 197. Baden 149. 193. Hessen 152. 188. 190. 192—194. Sachs.-Meiningen 153. 192—194. Hrztg. Gotha 154. 194. Schwarzb.-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 186. 194. S. auch Wurst. Mineralwässer, künstliche 259—262. — Anstalten 260. — Apparate 261. — Arbeiterschutz 261. — Chemikalien 261. — Herstellungsräume 261. — Temperatur. Preussen 262. — Wasser 260. 261. Mischbutter 203. G 207. Missfarbiges Fleisch 196. Mittelfranken. BS 144. 145. — Finnenschau 173. — Fleisch: gesundheits-schädliches 196. kranker Tiere 185. 186. 188. do. verendeter 195. do. verunglückter etc. 192. 193. — Fleischschau 140 ff. — Metallfolien 280. — Schweinefleisch, rohes 180. — Trichinenschau 166. 173 ff. Mitthäter StrG 39. G 40. Möbel. Anstrich RG 274. Hessen 12. — —stoffe RG 272. Molken 214. 216. 224. Molkereien 216. 217. Moste. Zollbehandl. RG 253. Mouillage RG 257. Moussierpulver. Bier. Bayern G 237. Mühlen. Bayern 9. Baden 11. Mühlsteine RG 281. Mülheim a. Rh. und a. d. R. Untersuchungsanstalten 318. München. Markthallen 114. Untersuchungsanstalt 229. 311. Münster, RB. BS 174. — Bierdruck-apparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 172 ff. Nach-untersuch. 174. Probeentnahme 179. Münster, Stadt. Untersuchungsanstalt 317. Versuchsstation, landwirtschaftl. 318. Mundhöhle. Mittel zur Reinigung etc. RG 269. Mundstücke für Saugflaschen RG 281. Musivgold RG 268. Muskatfaçon, Muskatliqueur G 64. Mutterkorn (*Secale cornutum*) 199.

**N**abelgeschwüre bei Kälbern. Fleisch ders. 194. Nachahmung, Nachmachung. Begriff 54—56. 59. 60. Nachgemachte Nahrungs- u. Genussmittel NMG 61. 73. 75. Nachprüfungen der Trichinenschauer 329. Nachuntersuchung trichinöser etc. Präparate 173. 174. Nagelpflege. Mittel zur — RG 269. Nahrungs- (und Genuss)mittel. Beaufsichtigung. Allg. 108. Preussen 106. 107. 110. 111. Bayern 9. 12. 13. 111. 116.

Sachsen 111. Württemberg 10. Baden 11. 111. Hessen 111. — Färbung RG 264—266. — Packung. Oberbayern, Mittelfranken 280. — NMG. Beaufsichtigung 19. Begriff 20. 21. gesundheitsschädliche 79. 82. 93. gesundheitszerstörende 91. 93. Herstellung, bestimmte Arten ders. etc. 43. Verfälschen, Nachmachen etc. 53. 61. 73. 75. Nahrungsmittelgesetz RG Wortlaut 331. Entstehungsgeschichte 14. Materialien 16. Inhalt: Allg. 18. § 1. 19—23. § 2. 23—25. § 3. 25—27. § 4. 27. § 5. 11—47. § 6. 47. § 7. 42. 47. § 8. 48. 297. § 9. 27. 297. §§ 10 ff. 49. §§ 10, 11. 51. §§ 10, 12. 50. 88. 89. §§ 10 u. 263 StrG 50. 73. 74. 100. 101. §§ 10 u. Malzaufschlagges. 238. § 10 Preussen 107. § 10 Strafbest. 75. 298. 299. § 10 Ziff. 1. 51—61. Ziff. 2. 41. 61—75. Verhältnis zu § 367, 7 StrG 72. 73. § 11. 75—78. 297. Verhältnis zu § 367, 7 StrG 78. §§ 12—14. 79. §§ 12, 13. Verhältnis zu § 324 StrG G 92. § 12. 35 bis 38. Strafbest. 89. 90. 298. 299. § 12 Ziff. 1 u. 2. 88. § 12 Ziff. 1. 37. 38. 41. 79—89. § 12 Ziff. 1 und §§ 223, 223 a StrG 90. § 12 Ziff. 2. 89. § 13. 91. 92. 300. § 14. 93—99. 298. 299. §§ 14 u. 326 StrG 96. §§ 14 u. 222, 230 StrG 98. § 15. 99. 100. §§ 15, 40 StrG 99. § 16 Abs. 1—3. 100—102. Abs. 4 (Ges. 29. Juni 1887. Wortlaut 334) 102—104. § 17. 104—106. — Anwendbarkeit auf Andere als Gewerbetreibende G 19. bei Zuwiderhandl. gegen die Folge-gesetze 206. 255. — Handhabung. Preussen 107. — Ausführ.-Bestimm. 106. Nahrungsmittel-Chemiker. Allg. 302—304. 321. 324. RG 320. Preussen 206. 321. Bayern 321. — Prüfungsvorschriften RG 321—323. Übergangsbestimm. 323. Wortlaut 346. — Vorzugsstellung 324. Natron s. doppeltkohlens., kohlensaures Natron. Naturprodukte. Nachmachung, Verfälschung 60. Neigenbier G 239. Nesselausschlag bei Schweinen. Fleisch 191. Niederbayern. BS 143. — Fleischschau 140 ff. — Rotlauf 188. Norden. Untersuchungsanstalt 317. Nordhausen. BS 218. — Milch: 213 ff. abnorm gefärbte etc. 214. kranker etc. Tiere 215. spezif. Gew., Fettgehalt 221. Vollmilch etc. 219. — Milchbe-trieb 225. — Milchgefäße 219. 222. — Milchkühe 218. — Milchwagen 219. Notschlachtungen. Bestimm. 181. 184—192. Hessen-Nassau 159. Ober-, Mittel-franken 186. Pfalz 194. Baden 148.



- Hessen 151. Herzogtum Gotha 154. Schwarzb.-Rudolstadt 156. Elsass-Lothringen 157. 186.
- Nürnberg. BS 225. — Milch: 213 ff. Verschleppung von Krankheiten 224. Vollmilch etc. 219. — Milchaufbewahrungs- und Verkaufsräume 224. — Milchbetrieb 225. — Milchgefäße 219. 222. — Milchkontrolle 225. — Untersuchungsanstalt 313.
- O**berbayern. Fleisch: gesundheitsschädliches 196. verendeter Tiere 195. do. vergifteter 192. — Fleischschau 140 ff. — Metallfolien 280. — Nahrungsmittelbeschau etc. 12.
- Ober-Elsass. Fleisch zu junger Kälber 194.
- Oberfranken. BS 144. — Fleisch: aufgeblasenes 196. gesundheitsschädliches 196. erschlagener, gehetzter etc. Tiere 193. do. notgeschlachteter 186. do. trächtiger 194. do. verendeter 195. do. vergifteter 192. do. zu alter, zu junger 194. — Fleischschau 140 ff. — Metallfolien 280. — Nahrungsmittelbeschau etc. 116.
- Oberlandesgerichte RG 296. 300. — Sitzders. 300.
- Oberpfalz. BS 144. — Fleischschau 140 ff. Oberstes Landesgericht in München 301. Oblaten RG 274.
- Obst, unreifes 30. Hamburg 262.
- Obstwein RG 245. 250. 256.
- Öle, mineralische etc. GO 115.
- Ölsammler. Bierdruckapparate 284.
- Offenbach. Untersuchungsanstalt 319.
- Oldenburg, Staat. BS 174. 295. 329. 330. — Finnenschau 173. — Pferdeschlächtereien 181. — Schlachthäuser 132. 134. 135. — Trichinenschau 167. 172. Nachuntersuchung 174.
- Oldenburg, Stadt. Markthalle 114.
- Oleo-Margarin 202.
- Oppeln, RB. BS 129. 130. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnige Schweine und Rinder 164. 177. — Safransurrogat 262. — Schlachthäuser 129. — Schlachttiere, Fleisch: Beförderung, Feilbieten vor den Thüren 198.
- Osnabrück, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Finnenschau 173. — Trichinenschau 165. 172. Probenentnahme 179.
- Osnabrück, Stadt. Untersuchungsanstalt 317.
- P**apier zur Umhüllung von Nahrungsmitteln etc. Farben RG 266.
- Parasiten, tierische 191.
- Pariser Würste. Mehlzusatz G 61.
- Pastellstifte RG 273.
- Pelzwaren RG 272.
- Pension NMG 36.
- Perlsucht(Lungensucht,Tuberkulose etc.). Fleisch. Bestimm. 189—191. G 39. 80. 85. 94. — Milch 215. 216.
- Petiotisieren RG 255. 256.
- Petroleum GO 115. — NMG Beaufsichtig. 19. 23. Herstellung etc. 46. 89. — RG Wortlaut 334. — 48. 266—289. § 1. 287. 288. § 2. 288. § 3. 287. § 4. 286. — Ausführungsbestimm. 289.
- Petroleumbenzin, P. naphta 287.
- Petroleumprober, Abel'scher RG 288.
- Petroleumprüfer, vereidete 289. 304.
- Pfalz. BS 144. 145. — Fleisch: gesundheitsschädlich. 196. gehetzter Tiere 193. do. trächtiger 194. do. verendeter 195. do. vergifteter etc. 192. 193. do. zu junger 194. — Fleischschau 140 ff. — Hydatiden 192. — Pferdefleisch 183. — Trichinenschau 170.
- Pfeffer G 58. 76.
- Pferdefleisch. Beförderung 183. — Einfuhr 184. — Geschäfts- u. Arbeitsräume 183. — Verkauf etc. 183. — G 57. 183.
- Pferdefleischbeschauer 182. 328.
- Pferdefleischschau 180—184. Hessen-Nassau 159. Bayern 140. 144. Württemberg 147. Hessen 151. Sachs.-Meiningen 153. Elsass-Lothringen 157.
- Pferdekauf. Preussen 182.
- Pferdemärkte RG 113.
- Pferdeschlachtungen. Preussen 130. Lübeck 136.
- Pferdeschlächtereien 180—184. Besichtigungen 183. — Schlachtbücher, Schlachtstätten 182. — — u. Abdeckereien 182. 184.
- Pforzheim. Untersuchungsanstalt 314.
- Phytolacca decandra 245.
- Pikrinsäure. Farben RG 264. 267.
- Pocken. Verschleppung durch Milch 224. — bei Tieren. Milch 215. — Fleisch 188.
- Pökelfleisch. Trichinenschau 179.
- Polizeiaufsicht GO 115. — NMG 26. 91. StrG 6.
- Polizeistrafgesetze. Bayern 9. 140. 293. Württemberg 10. Baden 11. Hessen 11. 150. 198.
- Polizeiverwaltung. Preussen 292.
- Pomaden RG 269.
- Porzellengefäße. Milch 222.
- Posen, Prov. Pferde: Notschlachtungen 181. Schlachtungen 180. — Pferdefleisch: Arbeitsräume etc. 183, Aufbewahr., Beförderung 183. Einfuhr, Verkauf, Wurst 184.
- Posen, RB. Finnenschau 173. — Nahrungsmittelkontrolle 107. — Schlachthäuser 128. — Selterswasserfabrikation 260. — Trichinenschau 164. 171. 172 ff. Nachuntersuch. 174. — Wildschweine 180.



- Potsdam, RB. BS 328. — Eis 209. — Fleischschau 161.  
 Pottasche. Milch 218.  
 Presssack G 61.  
 Presswurst G 54.  
 Preussen. BS 129. 174. 189. 260. **291. 292.** 328—330. — Apotheker 315. — Bierdruckapparate 282 ff. — Butter- und Margarine-Verkaufsstellen 206. — Eis 209. — Eiskalte Getränke 262. — Fasshähne 280. — Fleisch, Aufblasen 195. — Fleischbeschauer (Trichinensch.) 325—330. — Fleischschau 122. 123. 130. 158. — Kaffeebohnen, künstl. 259. — Kommunalabgabenges. 125. — Milch: 211 ff. Biestmilch 214. blaue etc. 214. Durchmischung, Kühlung 222. kranker etc. Tiere 215. 217. Magermilch 217. spezif. Gew., Fettgehalt, Trockenbestandt. 221. Stallprobe 232. 233. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 219. 222. 223. — Milchkonservierung 218. — Milchkontrolle 226—229. 231. — Milchwagen 219. 223. — Mineralwasser-Anstalten 260. — -Ausschank 262. — Mutterkornhaltiges Getreide etc. 199. — Nahrungsmittel-Chemiker 206. 321. -Kontrolle 106. — Perlsucht 189. — Petroleum 289. — Pferdefleisch etc. 184. — Pferdekauf 182. — -Schlächtereibetrieb 180. — Polizeiverwaltung 292. — Rinder, finnige 191. — Sachverständige 302. 315. — Schinken u. Speckseiten, amerik. 163. — Schlachthäuser 121 bis 132. — Schweine, Schweinefleisch, finnige 177. rohes 180. trichinöse 176. — Trichinenschau 162. 163 ff. — Untersuchungsanstalten 106. 206. 315—318. — Wasserverunreinig. 207. — Weinanalyse 242.  
 Probeentnahme NMG 23—25. 27. 32. — Milch 226. 229. 230. — Trichinenschau 179. — Wasser 208.  
 Prüfungen. Fleischbeschauer, Pferdefleischbesch. 328. — Trichinenschauer 329.  
 Prüfungsvorschriften f. Nahrungsmittel-Chemiker RG 321—323. Wortlaut 346.  
 Psorospermien s. Miescher'sche Schläuche.  
 Publikum NMG 30. 31. 63. 64. 71.  
 Puder RG 269.  
 Pyämie bei Tieren. Fleisch 186. — Milch 215.  
**Quecksilber.** Farben RG 264. 265. 267.  
 Quevenne'sche Milchwage, — Müller'sches Laktodensimeter 228.  
**Rahm** 214. 216. 219. 224. Bestimm. dess. 228. 229.  
 Randow, Kreis. Trichinenschau 164. 172.  
 Ratzeburg. Milch: 213 ff. Biestmilch 214. ekelerregende etc. 214. kranker Tiere 215. spezif. Gew. etc. 221. Stallprobe 232. Untersuch. 226. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 219. 222.  
 Rauschbrand. Fleisch 158. — Milch 215.  
 Recknagel'sches Laktodensimeter 228. 229.  
 Regenwalde. Untersuchungsanstalt 316.  
 Reichsamt des Innern 290.  
 Reichsgericht RG 296. 297. 300. 301.  
 Reichsgesetze etc. 1. 2.  
 Reichskanzlei, Reichskanzler, Reichskanzleramt 290.  
 Reichstag 2. 42. 47.  
 Reichsverfassung. Art. 2, 4. 1.  
 Reineclauden G 78.  
 Reis. Biersurrogat 234.  
 Reuss ä. L. Fleisch: Aufblasen 195. Aushängen 198. kranker Tiere 185. do. trächtiger 194. do. zu junger 194. — Schlachthäuser 132. 134. 135. — Trichinenschau 168. 171. 172 ff.  
 Reuss j. L. BS 174. 189. 329. — Finnen-schau 173. — Finniges Schweinefleisch 177. — Fleisch kranker Tiere 185. 189. do. verendeter 195. — Schlachthäuser 132. 136. — Trichinenschau 168. 171. 172 ff. Nachuntersuch. 174. Probeentnahme 179.  
 Revision NMG 26. 27. RG 299.  
 Rheinprovinz. BS 182. — Pferde: Fleisch 184. Fleischbeschauer 182. Schlächtereien 181. 183.  
 Rheydt. Untersuchungsanstalt 318.  
 Rinder, finnige. Preussen 191. RB Oppeln 164. — darme als Wursthüllung G 198. — pest (Löserdürre) RG 186. 330. — schmalz G 207. — talg G 201.  
 Ringäpfel s. Scheibenäpfel.  
 Ringelblume G 263.  
 Rohpetroleum 286.  
 Rohrzucker. Wein RG 253.  
 Rollfleisch. Hamburg 179.  
 Rollläden. Anstrich RG 274.  
 Rosinenwein RG 245. 255. 256. — Elsass-Lothringen 257.  
 Rossfleisch s. Pferdefleisch etc.  
 Rote Milch 214.  
 Rotlauf der Schweine 143. 188. 189.  
 Rotwein RG 244. 247. G 97.  
 Rotz (Wurm) der Pferde etc. RG 187.  
 Rouleaux RG 272.  
 Rübenzucker. Wein RG 253.  
 Rückfall StrG 5. RG 205.  
 Rufach. Landwirtsch. Versuchsstation 320.  
 Ruhr bei Tieren. Milch 215.  
 Ruhrort. Untersuchungsanstalt 318.  
 Rum G 65. 258. 259.  
**Saccharin.** Bier. Sachsen, Mecklenb.-Schwerin 239. G 239. — Wein RG 250. 256.  
 Sachsen. BS 111. 133. 190. 192. 260. **292. 293.** 328—330. — Bier 239. — druckapparate 283 ff. — leitungen 285. —



- Fleisch (u. Fett): kranker Tiere 176. 184. 186. 188. 190—192. do. todegeborener etc. 193. do. verendeter 195. do. verunglückter etc. 192. 193. — Fleischbeschauer 327. — Milch kranker Tiere 217. — Mineralwasseranstalten 260. — Nahrungsmittelkontrolle 111. — Pferdeschlachtungen etc. 181. 183. 184. — Schlachthäuser etc. 119. 132. 133. — Schweinefleisch, —waren: amerik. 166. ausländ. 175. finnige 178. trichinöse 176. — Trichinenschau 166. 172. 173 ff. — Untersuchungsanstalten 319. — Wildschweine 166. 180. — Zinkgefäße 222.
- Sachsen, Prov. BS 182. — Pferdefleisch 183. 184. — beschauer 182. — Pferdeschlachtungen 181.
- Sachsen-Altenburg. BS 296. — Bier 239. — druckapparate 283 ff. — leitungen 285. — Butter 201. — Fleisch zu junger Kälber 194. — Mutterkornhaltiges Getreide etc. 199.
- Sachsen-Koburg-Gotha. BS 174. 329. — Finnenschau 173. — Fleischschau 153 bis 155. — Schlachthäuser 132. 136. — Trichinenschau 168. 172. 173. Nachuntersuch. 174.
- Sachsen-Meiningen. BS 153. 192. 295. — Fleisch: kranker Tiere 188. 190. 192. do. trächtiger 194. do. verendeter 195. do. verunglückter etc. 192. 193. — aufbewahrungs- und verkaufsräume, beschauer, handel 153. — schau 152. 153. — Pferdefleischschau 153. — Schlachthäuser etc. 132. 134. 135. 153. 178. — Trichinenschau 168. 171 ff. — Trichinöse Schweine: Geräte, Ställe 176. — Wasser: Leitungsröhren 279. Untersuch. 208.
- Sachsen-Weimar. BS 189. 294. — Finnenschau 173. — Fleisch: aufgeblasenes 195. perlsüchtiger Tiere 189. — Milch 229. — Pferdeschlächtereien 181. — Schlachthäuser 138. 178. — Trichinenschau 167. 171. 172 ff. — Trichinöse Schweine: Geräte, Ställe 176.
- Sachverständige. Aufgaben 301. — Zuständigkeit 302. 303. Preussen 302. — Anstellung GO 304. 305. — in Strafsachen RG 305. 306. in Zivilsachen RG 306. 307. — StrG 307—309.
- Säuren etc. Wein RG 256.
- Safran G 263. —surrogat. RB Oppeln, Düsseldorf 262.
- Salicylsäure. Bier. Bayern G 237. 238. — Milch 218. — Wein RG 246.
- Salz s. Kochsalz.
- Salzsäure. Mineralwässer, künstl. 261.
- Sauerwasser G 73.
- Saugflaschen, Mundstücke — Saugringe RG 281.
- Saugpumpen. Bierausschank 286.
- Saugröhren s. Siphons.
- Saure Milch 214. 215. 219.
- Schachteln. Farben RG 266.
- Schaden an der Gesundheit G 96.
- Schafpocken s. Pocken.
- Scharlach. Verschlepp. durch Milch 224.
- Scharlachbeeren. Wein RG 245.
- Schaumburg-Lippe. BS 174. 329. — Finnenschau 173. — Finniges Schweinefleisch 177. — Trichinenschau 168. 171. 172 ff. Nachuntersuch. 174. — Trichinöse Schweine, Verarbeitung 176.
- Schaumwein RG 245. 250.
- Scheelisieren RG 245.
- Scheibenäpfel, amerik. (Ringäpfel etc.) 262.
- Schimmelpilze. Milch 214.
- Schinken 179. Bremen 169. — amerik. Preussen 163. RB Aachen 175. — ausländ. Brandenburg 164. RB Erfurt 165.
- Schlachtbücher. Herzogt. Gotha 155.
- Schwarzb.-Rudolstadt 156. — Pferde 182. — Schweine 174.
- Schlachthäuser etc. GO 117—120. 137. NMG 32. RG 113. — 9—11. 13. 117 bis 138. 145—149. 153. 155. 158. 178. — Pferde — 182.
- Schlackwürste G 57.
- Schleimige Milch 214.
- Schlesien. Pferde: Fleisch etc. 183. 184. Schlachtungen, Schlächtereien etc. 181. 183. — Trichinenschau 164. 171. 172 ff. Probeentnahme 179.
- Schleswig, RB. Bier: Druckappar. 283 ff. Leitungen 285. — Mineralwässer, künstl. 260 ff. — Notschlacht. 182. — Pferdefleisch etc. 181. 184. — Scheibenäpfel 262. — Schlächtereien 119. — Trichinenschau 165. 170.
- Schmalz G 207.
- Schminkbeeren. Wein RG 245.
- Schminken RG 269.
- Schmutzige Milch 214.
- Schnupftabak. Packung RG 280.
- Schöffengerichte RG 297. 298.
- Schönheitswasser RG 269.
- Schönung. Wein RG 251.
- Schöpfkellen. Milch 223.
- Schreibmaterialien (Mappen, Papier etc.) RG 273.
- Schrot, bleihaltiges RG 280.
- Schutzbedeckungen für Nahrungsmittel etc. Farben RG 267.
- Schwaben. BS 144. — Fleischschau 140 ff.
- Schwartenmagen G 54.
- Schwarzburg-Rudolstadt. BS 155. 156. 328. — Finnenschau 173. — Fleisch: aufgeblasenes 195. gesundheitsschädli. 196. ungeborener etc., verunglückter Tiere 193. do. verendeter 195. do. zu junger 194. — Fleischbeschauer 155 bis 157. 327. — Fleischschau 155—157. — Perlsucht 190. — Pferdeschlächtereien 181. — Schlachthäuser 132. 136. — Trichinenschau 168. 171. 172 ff. — Trichinöse Schweine, Ställe 176.



- Schwarzburg-Sondershausen. BS 174. 329. 330. — Finnenschau 173. — Fleisch, aufgeblasenes 195. — Trichinenschau 168. 171—173 ff. Nachuntersuch. 174. Schwefel, Schwefeln. Branntwein. Meckl.-Schwerin 258. — Wein RG 247. 248. Schwefelantimon, Schwefelcadmium. Farben RG 269. 271. Schwefelsäure. Mineralwässer, künstl. 261. — Rotwein 241. RG 244. 247. 248. 251. Schwefelsaures Baryum. Farben RG 267. 269. 274. — Blei do. 271. — Kalium. Wein RG 247. Schwefelzink. Farben RG 269. — Schwefelzinn do. 268. Schweflige Säure. Wein RG 251. 252. Schweine, Schweinefleisch s. Rotlauf, Trichinenschau etc. — Einfuhr 175. — amerik. RG 161. Schlesien, RB Posen 164. Sachsen 166. — finnige, trichinöse 176. 177. 179. — rohes 180. Schwerin. Milch: 213 ff. Biestmilch 214. ekelerregende etc. 214. kranker Tiere 215. spezif. Gew. etc. 221. Stallprobe 232. Vollmilch etc. 219. — Milchaufbewahrungs- u. Verkaufsräume 224. — Milchgefäße 219. 223. — Milchkonservierungsmittel 218. — Milchkontrolle 226. — Untersuchungsanstalt 226. 319. Schwerspath. Farben RG 267. Schwurgerichte RG 299. 300. Secale cornutum s. Mutterkorn. Seife RG 269. — aus finnigen Schweinen 177. do. trichinösen 176. Selterswasser. RB Posen 260. — Siphons für — RG 278. Septicaemie bei Tieren. Fleisch 186. — Milch 215. Sherry RG 248. Siegelack RG 273. Siegelmarken, Siegeloblaten RG 274. Sigmaringen, Oberamtsbez. BS 160. — Fleisch: gesundheitsschädl. 196. — gehetzter Tiere 193. do. verendeter 195. — Fleischschau 160. — Pferdefleisch etc. 183. 184. Silberglätte RG 271. Siphons (Saugröhren, Heber) RG 278. G 278. Sirup. Biersurrogat 234. Skalenaräometer 227. Solingen. Untersuchungsanstalt 318. Soxhlet'sches Laktodensimeter 228. 229. Spanische Erde. Wein RG 245. 251. Speckseiten, amerik. RG 161. Preussen 163. RB Aachen 166. 170. 175. — ausländ. s. Schinken. Speckwürste. Mehlzusatz G 61. Speyer. Untersuchungsanstalt 311. Spezereiwaren. Packung. Oberfranken 280. Spezifisches Gewicht. Milch 219—221. 227. 228. Spielwaren NMG 19. 23. 46. 89. RG 270 bis 272. 281. Spiritus, Sprit GO 115. — Wein RG 246. Spritzhähne s. Bierspritzen. Spülicht auf Milchwagen 224. Staatsanwaltschaft RG 301. Stachelbeerwein RG 245. Stade, RB. BS 186. — Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Fleisch kranker Tiere 184. — Notschlachtungen 185. — Trichinenschau 165. 171. 172. Ställe. Besicht. Bayern 145. Württemb. 147. Hrztg. Gotha 155. — trichinöser Schweine 176. Stärke, Stärkegummi, Stärkemehl. Bier 234. — Milch 218. Stärkezucker. Wein RG 246. 254. Stallprobe 220. 232. 233. Stearin. Butter G 201. Stechapfelsamen. Branntwein. Meckl.-Schwerin 258. Steindruck. Farben RG 268—270. Steingutgefäße für Milch 222. Stempelung von Tieren 160. — Pferden 182. — Schweinen 173. 174. Stettin, RB. Ausländ. Schweinefleischwaren 175. — Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Nahrungsmittelkontrolle 110. — Schlachthäuser 128. — Trichinenschau 164. 172 ff. Nachuntersuch. 147. Stocher 284. Strafbefehl, amtsrichterl. 101. 297. Strafgesetzbuch RG: § 1 Strafbare Handl., Einteil. 5. 297. §§ 16, 18 Gefängnis u. Haft 4. 5. 205. §§ 32—34 Bürgerl. Ehrenrechte 4. 5. §§ 38, 39 Polizeiaufsicht 6. §§ 40, 42 Einziehung 5. 99. 100. §§ 43, 46 Versuch 32. 33. §§ 47 bis 49 Teilnahme 39. §§ 73, 74, 77, 78 Zusammentreffen 49—51. §§ 113 ff. Widerstand gegen die Staatsgewalt 28. 299. § 132 Amtsanmaassung 309. G 327. § 138 Sachverständige, Ausbleiben 307. §§ 154—157. 161. do. Meineid 307. 308. §§ 211, 212 Mord, Totschlag 91. § 222 fahrläss. Tötung 98. §§ 223 bis 225 vorsätzl., schwere Körperverletz. 90. 91. 299. § 229 Vergift. 91. § 230 fahrläss. Körperverletz. 98. § 245 Rückfall 5. §§ 263, 264 Betrug 3. 4. 298. 299. § 266 Untreue 308. § 267 Urkundenfälschung 308. G 327. §§ 324, 326 Brunnenvergiftung etc. 6. 7. 92. 298. 300. §§ 348, 349, 359 Beamte 308. 309. G 327. § 367 Ziff. 7 Getränke etc., verfälschte etc. 5. 67. 72. 73. 78. 297. Strafprozessordnung RG 101—103. 296. 299. 305. 306. Strahlenpilzkrankheit (Aktinomykose) 191. Stralsund, RB. Trichinenschau 164. 171. 172.



Strassburg. Chemisches Laboratorium d. Polizei-Direktion 225. 319. — Markthalle 114.

Strontiumverbindungen. Wein RG 246. Stückenfleisch. Hamburg 179.

Stuttgart. Markthalle 114. — Milch: 213 ff. blaue etc. 214. kranker etc. Tiere 215. Kühlung 222. Verschleppung von Krankheiten 224. — Milchgefässe 219. 222—224. — Milchwagen 223. 224. — Untersuchungsanstalten 232. 319.

Südweine RG 247. 252. 256.

Süssholz. Bier. Bayern 235. — G 236. 237. 239.

Süssstoffe RG 250. 256.

Süssweine RG 247. 248. 252. 256. — façon G 64.

**Tabak.** Bayern 10.

Täuschung NMG im Handel und Verkehr 51—54. 58. 62. zur — geeignete Bezeichnung 63. 64. G 63—65.

Tannin. Bier. Bayern G 237. — Wein RG 251.

Tapeten NMG 19. 46. 89. RG 272. Bayern 10.

Taxen GO 304. 305.

Teilnehmer StrG 39.

Teppiche RG 272.

Testpunkt. Petroleum RG 288.

Thee G 65.

Theerfarbstoffe. Wein RG 246.

Thonerdeverbindungen, kiesels. RG 245. Thonmilchgefässe 222.

Thüren. Anstrich RG 274.

Tierärzte 302. 303. — als Fleisch-, Trichinenschauer 328. — Pferdefleischschauer 182.

Tiere, kranke, lebende etc. s. Kranke, lebende etc. Tiere.

Tinte, Tintenwischer RG 273.

Tod NMG 90. 91.

Todgeborene Tiere. Fleisch 193.

Todschlag, Tötung StrG 91. 98.

Tollwut RG Fleisch 187. — Milch 215. 216.

Trächtige Tiere. Fleisch 194. 195.

Trauben, eingestampfte 243.

Traubenzucker. Bier G 237. 239.

Tresterwein RG 245. 255.

Trichinienhaltiges Fleisch StrG 5. G 38. 69. 84. 162. — Sachsen 176. S. auch Schweine, Trichinenschau.

Trichinenschau. Allg. 161. 169. G 76. 162. 163. 178. — Bestimm.: 163—180. Anzeigepflicht 173. Eingeführtes Fleisch 175. Nachuntersuch. 173. 174. Probenentnahme 179. Stempelung 173. 174.

Trichinenschauer. Allg. 302. 324—330. G 325—327. — Bestimm.: 163—180. Beaufsicht., Gebühren 330. Nachprüf., Prüfung 329. Stellung 325—327. Tagebücher 330.

Trier, RB. Bierdruckapparate 283 ff. — Finnenschau 173. — Nahrungsmittelkontrolle 111. — Schweinefleisch: ausländ. 175. rohes 180. — Trichinenschau 166. 171. 172.

Trinkbecher RG 281.

Trinkgeschirr s. Essgeschirr.

Trinkrum G 239.

Trockenbestandteile der Milch 219—221. 232.

Tropfbier G 239.

Tuberkulose s. Perlsucht.

Tuschfarben RG 270.

Tuschkästen NMG 23.

Typhus. Verschleppung durch Milch 224. — bei Tieren. Fleisch 186.

**Ü**belriechendes Fleisch 196.

Übertretungen StrG 5. 297.

Umherziehen s. Gewerbebetrieb.

Umhüllungen von Nahrungsmitteln. Farben RG 266—268.

Umgestandene Tiere. Fleisch 195.

Ungenießbarkeit G 69.

Ungeborene Tiere. Fleisch 193. G 71. 193.

Unter-Elsass. Fleisch: gesundheits-schädl. 196. gehetzter Tiere 193. do. mit Hydatiden 192. do. notgeschlacht. 186. do. zu alter, zu junger 194. — Trichinenschau 170. — Wurst 198.

Unterfranken. BS 144. 145. — Fleisch: trächtiger Tiere 194. do. verendeter 195. do. verunglückter etc. 192. 193. do. zu alter, zu junger 194. — Fleischschau 140 ff.

Untersuchungsanstalten, technische, zur Untersuchung von Nahrungsmitteln etc. Allg. 303. 310. NMG 104—106. Normalstatut 309. 310. — Preussen 106. 206. 232. 315—318. Bayern 106. 111. 229. 232. 311—313. Sachsen 319. Württemb. 232. 319. Baden 313—315. Hessen 319. Schwerin 226. 319. Braunschweig, Bremen, Hamburg 319. Elsass-Lothringen 225. 319. 320.

Untreue Sachverständiger StrG 308.

Uran. Farben RG 264. 267.

Urkunden RG 308. G 327. — fälschung StrG 308. 309.

**V**erbrehen StrG 5. 297.

Verdorbene Nahrungsmittel etc. StrG 5. 67. NMG 61. 73. 75.

Verdorbensein. Begriff NMG 66—72.

Verendete Tiere. Fleisch 195.

Verfälschte Nahrungsmittel etc. StrG 5. NMG 61. 73. 75.

Verfälschung. Begriff 56—61. G 41. — Wein RG 255—257.

Vergehen StrG 5. 297.

Vergiftete Tiere. Fleisch 192. — Milch 215.

Vergiftung v. Gegenständen StrG 6.



- Verkaufen NMG 35. 36. von Nahrungsmitteln etc. v. bestimmter Beschaffenheit 43. do. gefälschter etc. 61. 75. do. gesundheitsschädlicher 82. 89. 91. 93.  
 Verkaufsstätten NMG Probeentnahme 24. Revisionen 26. — Margarine 203. 206. G 207. — Milch 225. — Pferdefleisch 183. — Württemberg 10.  
 Vermischung (Verschnitt). Wein RG 252. 253.  
 Verpackung v. Nahrungsmitteln etc. Bestimmte Arten ders. NMG 43. S. auch Margarine, Metallfolien, Umhüllungen.  
 Verschnittwein 243. RG 252. 253.  
 Verschweigung, strafbare NMG 61. 62. 86. 87.  
 Verstecken. Wein RG 252. 253.  
 Versuch, strafbarer StrG 32—34. NMG 33. 90. — strafloser 33.  
 Versuchsstationen, landwirtschaftliche 316—318. 320.  
 Verunglückte (verletzte etc.) Tiere. Fleisch 192. 193. — Fleischschau. Hessen-Nassau 159. 160. Sigmaringen 160. Bayern 143. Baden 149. Hessen 152. Hrzgt. Gotha 154. Schwarzb.-Rudolstadt 156. Unter-Elsass 157.  
 Verurteilung NMG Unausführbarkeit 100. S. auch Bekanntmach.  
 Verzinnung RG 277.  
 Viehfutter NMG 82. — Berlin 218.  
 Viehhöfe RG 113.  
 Viehmärkte GO 112. 113. — Preussen 130. Bremen 136.  
 Viehschau, Viehschlachten. Bayern 9. Württemb. 10. Baden 11.  
 Viehseuchen RG: § 9. 330. § 17. 113. §§ 31, 33. 187. § 36. 187. 216. §§ 39, 40, 43, 45. 187. §§ 54, 56. 113. Abänder.-Entw. 113. 216. Instruk. §§ 8, 29, 61. 216. § 89. 188. — Bayern 143. 144. Württemb. 147. Sachs.-Meiningen 153.  
 Viersen. Untersuchungsanstalt 318.  
 Vinage, Vinieren RG 252.  
 Vollmilch 218.  
 Vorhänge. Farben RG 272. 274.  
**W**  
 Wachsguss RG 271.  
 Wände. Anstrich RG 274.  
 Wässriges Fleisch 196.  
 Wagenschmiere 82.  
 Waldeck. Mutterkornhaltiges Getreide 199.  
 Waldshut. Untersuchungsanstalt 314.  
 Wandergewerbeschein GO 115.  
 Wandsbek. Milch: 213 ff. abnorm gefärbte etc. 214. kranker Tiere 215. spezif. Gew. etc. 221. Stallprobe 232. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 219. 222. 223. — Milchwagen 219.  
 Warenbezeichnungen, Schutz ders. Gesetzentw. 8.  
 Warzenhütchen RG 281.  
 Wasser. Butter G 201. — Untersuch. RB Bromberg, Sachs.-Meiningen 208. Baden 208. 209. Verunreinigung. Preussen 207. — G 209.  
 Wasserbehälter. Vergiftung StrG 6.  
 Wasserblasen s. Hydatiden.  
 Wasserdruckapparate 286.  
 Wasserleitungen 279.  
 Wassersucht bei Tieren. Fleisch 186.  
 Weiches Fleisch 196.  
 Weihnachtsmärkte GO 112.  
 Wein. Begriff 250. — G 53. 55. 56. 58. 60. 65. 72. 97. — RG Wortlaut 343. Entstehungsgeschichte 242—244. §§ 1, 2. 244—246. § 1. 246. 247. § 2. 247. §§ 3—6. 249. § 3. 251—254. § 4. 255 bis 257. §§ 5, 6. 250. § 7. 298. 299. Ziff. 1. 248. Ziff. 2. 254. § 8. 248. 249. § 9. 249. § 10. 249. 255. § 11 a 252. b 254. § 12. 257. gesundheitsschäd. — 247. Verfälschung 255. — Ausführungsbestimm. 254. Wortlaut 345. — Weinanalyse etc. Kommissionsbeschlüsse 240—242. S. auch Entsäuerung, Zucker etc.  
 Wein-Extrakt u. -Mineralbestandteile RG 254. 256.  
 Weinhaltige und weinähnliche Getränke RG 245.  
 Weinleitungen RG 281.  
 Weinsaures Kalium, neutrales RG 253.  
 Weinsorten, bestimmte. Nachmach. etc. RG 252. G 56.  
 Weinsteinssäure. Bier. Bayern G 237.  
 Weinsurrogate NMG 47.  
 Weissbier G 235.  
 Weissblechgefässe. Milch 222. 223.  
 Weisswein. Auffärbung RG 252.  
 Weisswürste. Mehlzusatz G 61.  
 Weizen G 21. — gries G 58.  
 Werkstätten, Werkzeuge. Württemb. 10. 11. Hessen 11.  
 Wertheim. Untersuchungsanstalt 314.  
 Westfalen. BS 182. — Pferde: Fleisch 184. Fleischbeschauer 182. Schlächtereien etc. 181. 183.  
 Westpreussen. Bierdruckapparate 283 ff.  
 Wiesbaden, RB. Trichinenschau 166. 171. 172 ff.  
 Wiesbaden, Stadt. Milch: 213 ff. Biestmilch 214. blaue, rote etc. 214. Fettgehalt 221. kranker etc. Tiere 215. Verschleppung von Krankheiten 224. Vollmilch etc. 219. — Milchbetrieb 225. — Milchgefässe 219. 222—224. — Milchkonservierungsmittel 218. — Milchwagen 219. 223. 224. — Untersuchungsanstalt 318.  
 Wildschweine 164—167. 180.  
 Windkessel. Bierdruckapparate 284.  
 Wissentlichkeit NMG 61. 63. 84—86.  
 Wochenmärkte GO 111. 112.



- Wohnungsräume RG 274. — Anstreichen etc. Bayern 10.
- Württemberg. BS 146. 147. 225. **294.** — Bierdruckapparate 283 ff. — Branntwein 258. — Brausteueres. 234. — Brot 10. — Fleisch: 10. gesundheits-schädl. 196. minderwertiges 197. kranker Tiere 188. 190. do. verendeter 195. do. vergifteter 192. do. zu alter, zu junger 194. — Fleischschau: 145—148. Kommissionen 145. 146. Register 145. Verkaufsräume 146. 148. — Gefässe 10. — Gesundheitsschädl. Stoffe 10. — Gewerbe-Ordn. 11. — Kleemeistereiwesen 167. — Magazine 11. — Milch: 212. Biestmilch 214. blaue, rote etc. 214. kranker etc. Tiere 215. 217. Stallprobe 233. Vollmilch etc. 219. — Milchgefässe 222. — Milchkontrolle 225—228. — Nahrungsmittel, Zubereitung etc. 10. — Pferdefleisch: 147. 183. Wurst 184. — Polizeistrafes. 10. — Schlachthäuser etc. 10. 119. 146. 147. — Trichinenschau 170. — Untersuchungsanstalten 232. 319. — Verkaufsstätten, Viehschlachten, Werkzeuge 10. — Werkstätten 11.
- Würzburg. Untersuchungsanstalt 311.
- Wurm s. Rotz.
- Wurmige Lungenseuche. Fleisch 192.
- Wurst G 34. 35. 57. — Mehlzus. 60. 61 — 81. 97. — v. finnigem Fleisch 197. do. minderwert. 198. do. Pferdefleisch 184. G 57. S. auch Rinderdärme. — Trichinenschau 179. — amerik. Einfuhr RG 161.
- Wutkrankheit s. Tollwut.
- Y**eso gris. Wein RG 251.
- Z**ahnpulver, Zahnseifen etc. Farben RG 269.
- Zapfhähne 285.
- Zeit. Untersuchungsanstalt 316.
- Zentrifugenmilch 219. 221.
- Zink. Farben RG 264. 265. 267—269. — Getränke etc. Sachsen 222. — Milchgefässe 222. — Scheibenäpfel 262. S. auch blei- u. zinkhaltige Gegenstände, Kautschukwaren.
- Zinkoxyd. Farben RG 269.
- Zinkverbindungen. Farben RG 271.
- Zinn. Bleigehalt RG 278. — Farben RG 264. 265. 267—269. Untersuch. ders. auf — 266. 274. — Milchgefässe, Milchwagen 222. 223.
- Zinnfolien s. Metallfolien.
- Zinnober. Farben RG 268. 269. 274.
- Zinnoxid. Farben RG 268. 269.
- Zivilprozessordnung RG 296. §§ 369, 371—375. 306. § 376. 307. §§ 377, 378. 306. § 380. 308. §§ 472, 507. 299.
- Zollbehandlung der Verschnittweine u. Moste RG 253.
- Zucker. Bier 234. — Milch 218. — Wein RG 243. 253—255.
- Zuckerkouleur. Bayern G 236.
- Zugläden. Anstrich RG 274.
- Zusammentreffen (Konkurrenz) strafbarer Handlungen StrG 49—51. — NMG §§ 10, 12. 50. 88. 89. — mit StrG 50. 73. 74. 90. 98. 100. 101. — mit Kunstbutterges. 206. — mit Malzaufschlages. 238.



# Die Nahrungsmittel-Gesetzgebung im Deutschen Reiche und in den einzelnen Bundesstaaten

von

**Dr. Arthur Würzburg**

Bibliothekar im kaiserlichen Gesundheitsamte.

XIV u. 372 Seiten 8° Preis 6 Mark.

Die Schrift, welche für Rechtslaien bestimmt ist, richtet sich an den Sachverständigen ebenso wie an den Studierenden, und will in zusammenhängender Form die im Deutschen Reiche wie in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen und Einrichtungen, welche sich auf Nahrungsmittel etc. beziehen, darstellen. Im Anhang sind die von reichswegen erlassenen Vorschriften über die Prüfungen abgedruckt.

## Kurzes Lehrbuch der Nahrungsmittel-Chemie

von

**Dr. H. Röttger**

Inspektor der Kgl. Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel  
zu Würzburg.

XII u. 467 Seiten 8° Preis 6 Mark.

Das Buch soll ein Leitfaden sein für den Studierenden der Hochschule, ein Ratgeber für den Praktiker; auch die Aufgaben des mit dem prakt. Unterricht Betrauten wird es erleichtern, den Verwaltungs- und Justiz-Behörden manche Auskunft erteilen. Das Buch behandelt nicht nur die Analyse, sondern die gesamte Nahrungsmittel-Chemie und bespricht zunächst die Grundzüge der Ernährungslehre, dann die animalischen und vegetabilischen Nahrungs- und Genussmittel schliesslich Wasser und Luft.

Im Juni 1894 erscheinen:

Sammlung der wichtigsten

**Originalarbeiten**

**über Analyse der Nahrungsmittel**

zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen

von

**Dr. Julius Ephraim**

Assistenten an der Versuchsstation der landwirtschaftlichen Akademie  
Poppelsdorf-Bonn.

Etwa 15 Bogen 8° Preis 4 Mark.

Die einzelnen Abhandlungen, in denen die später allgemein eingeführten Methoden zur Nahrungsmittelanalyse zum ersten Male veröffentlicht wurden, sind, abgesehen davon, dass die in ihnen mitgeteilten Arbeitsmethoden meistens noch heute in der angegebenen Form ausgeführt werden, auch darum noch interessant, weil die Arbeiten auch wertvolle theoretische Bemerkungen über das Wesen der Reaktion, Mitteilungen über nicht ausführbare Methoden etc. enthalten. Das Buch soll den Studierenden und dem Praktiker die Beschäftigung mit den Originalarbeiten erleichtern und ein Nachschlagebuch im Laboratorium sein. Durch ausführliche Litteraturangaben sollen die verschiedenen späteren Arbeiten über Abänderungen, Kritiken u. s. w. mitgeteilt werden.



# Instrumente und Apparate zur Nahrungsmittel-Untersuchung

von  
**Dr. Mayrhofer**

Vorstand des chemischen Untersuchungsamtes für die Provinz Rhein-Hessen  
zu Mainz.

Etwa 20 Bogen 8<sup>o</sup> mit vielen Abbildungen Preis 5 Mark.

Das Werk ist durchaus originell, da noch niemals zuvor eine zusammenfassende Beschreibung der für den Nahrungs- und Handelschemiker wichtigen Apparate und Geräte erschienen ist. Es sind vorzugsweise die Apparate beschrieben und durch zahlreiche Abbildungen erläutert worden, welche erfahrungsgemäss für die Praxis wichtig sind. Praktische Winke über den Gebrauch einzelner Instrumente, über Fehler u. s. w. machen das Buch für angehende Chemiker wertvoll, eine genaue Angabe der Litteratur über jeden einzelnen Apparat machen es zu einem Nachschlagebuch für Fortgeschrittenere.

---

Ende 1894 werden erscheinen:

## Mikroskopie der Nahrungs- und Genussmittel

von  
**Dr. Carl Müller**

Privatdocenten an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin.

Das genannte Bändchen soll weder ein umfangreiches Nachschlagebuch, noch ein für den praktischen Gebrauch gar zu karg bemessenes Hilfsbüchlein darstellen. In erster Linie soll es dem der Nahrungsmittel-Untersuchung sich widmenden Chemiker als Leitfaden während des praktischen mikroskopisch-botanischen Unterrichtes dienen, ihm aber auch nach Ablegung seiner Prüfungen in nicht gar zu verwickelten Fällen der späteren Praxis die ausreichenden Hinweise auf die charakteristischen mikroskopischen Merkmale der wichtigsten Nahrungsmittel bieten. Durch eine Reihe von Originalzeichnungen von der Hand des Verfassers wird die Brauchbarkeit des Buches besonders gefördert.

---

## Bakteriologie

Ein kurzes Lehrbuch für Nahrungsmittelchemiker

von  
**Dr. Erich Wernicke**

Assistenten am Hygienischen Institut in Berlin.

---

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.





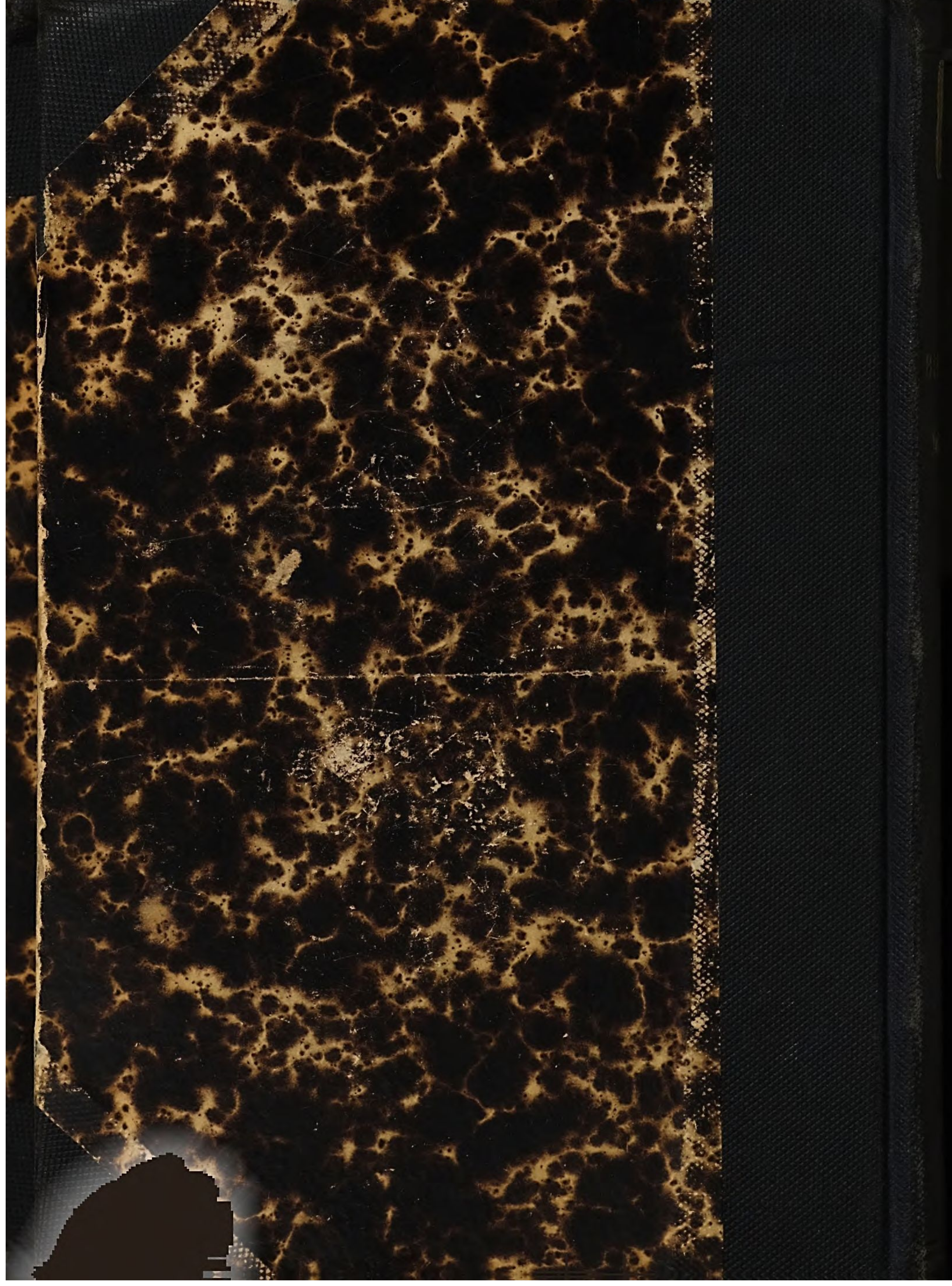














Würzburg, Arthur

Die Nahrungsmittel-Gesetzgebung im Deutschen Reiche und in den einzelnen  
Bundesstaaten

Leipzig 1894

Pol.civ. 18 po-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11883556-0